Die Deutsche Nationalversammlung

Stenographische Berichte

des Untersuchungs-Ausschusses





Die Deutsche Nationalversammlung 1919/20

Stenographische Berichte

über die

öffentlichen Verhandlungen des 15. Untersuchungsausschusses

der

Verfassunggebenden Nationalversammlung

nebst Beilagen

Band I

Berlin 1920
Printed in Germany

Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt

Erster Band.

I. Die öffentlichen Verhandlungen des fünfzehnten Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung.

Die Deutsche Nationalversammlung
im Jahre 1919

Stenographische Berichte

über die

öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses

15. Ausschuß

1919

Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Berlin SW 48.



1. Sitzung des 2. Unterausschusses

Dienstag den 21. Oktober 1919.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 17 Minuten durch den Vorsitzenden, Abgeordneten Warmuth, eröffnet.

Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung.

Der Untersuchungsausschuß ist gemäß Artikel 34 der Verfassung durch Beschluß der Nationalversammlung gebildet worden. Seine Aufgabe ist, eine Reihe bestimmter Fragen der Vorkriegsgeschichte und der Geschichte des Weltkrieges selbst zur Lösung zu bringen, und zwar Fragen, um die sich vorwiegend das politische Interesse gruppiert. Dem zweiten Untersuchungsausschuß, der hier tagt, ist dabei die Aufgabe zugefallen, „Aufklärung sämtlicher Möglichkeiten zu schaffen, zu Friedensbesprechungen mit den Feinden zu gelangen, und Aufklärung der Gründe, die solche Möglichkeiten oder dahingehende Pläne und Beschlüsse deutscherseits zum Scheitern gebracht haben, bezw. wenn Besprechungen stattgefunden haben, aus welchen Gründen solche Besprechungen erfolglos geblieben sind“. In erster Reihe hat der zweite Untersuchungsausschuß dabei sich zur Aufgabe gestellt, die Vermittlungsaktion Wilsons zur Aufklärung zu bringen.

Ich möchte nun vorweg eine allgemeine Bitte an die Herren der Presse richten. Sie besteht darin, in ihrem Urteil eine gewisse Zurückhaltung ausüben zu wollen, bis die Beweisaufnahme über einen jeden Beweispunkt auch voll erschöpft ist; dann ist ja ein ausschlaggebendes Urteil erst möglich. Es sollen alle Urkunden hier zum Vortrag gebracht werden, die ein sachliches Interesse besitzen, es sollen alle Zeugen vernommen werden. Erst wenn das alles erledigt ist, ist ja ein festes Bild vorhanden, das dann der Beurteilung offen steht. Weiter ist auch zu berücksichtigen, daß der Untersuchungsausschuß nur Tatsachen feststellt, kein Schlußurteil abgibt. Ein Urteil zu fällen, insofern sich das Material vielleicht gegen eine bestimmte Persönlichkeit verdichtet hat, wird Sache des Staatsgerichtshofes sein, sofern nämlich das Gesetz, das die Bildung eines Staatsgerichtshofes vorsieht, auch nach dieser Richtung hin ausgebaut wird. Die Presse hat es ja stets im Gerichtsverfahren als Ehrensache behandelt, bis zum Urteil Zurückhaltung der eigenen Meinung zu üben. Hier sind die Verhältnisse gleichgelagert, und ich hoffe, daß mein Appell einen Widerhall bei den Herren der Presse finden wird.

Wir treten nun in die eigentliche Verhandlung ein. Als Zeuge ist vorgeladen Exzellenz Graf v. Bernstorff, den ich bitte, bereits jetzt der Verhandlung beizuwohnen und das Referat mit anzuhören, da ja gerade dieses ihm Gelegenheit geben wird, in seiner späteren Aussage an das eine oder andere anzuknüpfen, das eine oder das andere zu klären.

Ich will aber zunächst die Herren Sachverständigen, die gleichfalls vorgeladen sind, hier vereidigen, damit auch sie Gelegenheit haben, in jeder Lage des Verfahrens, also auch eventuell schon jetzt bei dem Referat, mit eventuellen Fragen und Antworten eingreifen zu können.

Es sind vorgeladen die Herren Geheimrat Dr. Schäfer, Professor Dr. Hoetzsch und Professor Dr. Bonn. Ich bitte die Herren, vorzutreten, da ich ihnen hier den Sachverständigeneid abnehmen muß. Herr Geheimrat Schäfer ist noch nicht anwesend, soviel ich sehe; er wird sich aber wohl noch einfinden, es ist ja noch Zeit.

(Die Sachverständigen Dr. Bonn und Dr. Hoetzsch leisten den Sachverständigeneid. — Inzwischen erscheint auch der Sachverständige Dr. Schäfer und wird ebenfalls vereidigt.)

Ich erteile nunmehr das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Sinzheimer, um uns hier das Referat zu erstatten.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Meine Damen und Herren! Der Vorsitzende hat bereits als Aufgabe dieses Ausschusses bezeichnet „die Aufklärung sämtlicher Möglichkeiten, zu Friedensbesprechungen mit den Feinden zu gelangen, und Aufklärung der Gründe, die solche Möglichkeiten oder dahingehende Pläne und Beschlüsse deutscherseits zum Scheitern gebracht haben, bezw. wenn Besprechungen stattgefunden haben, aus welchen Gründen solche Besprechungen erfolglos geblieben sind".

In Erfüllung dieser Aufgabe ist der Gegenstand der Beratungen dieses Ausschusses zunächst die sogenannte Friedensaktion des Präsidenten Wilson. Es haben dem Ausschuß sämtliche geheimen Akten des Auswärtigen Amtes zur Verfügung gestanden, und es ist dem Referenten sowie den Mitgliedern des Unterausschusses Gelegenheit gegeben worden, sämtliche Akten, die sich auf diese Friedensaktion beziehen, kennenzulernen. Die Akten des Admiralstabs, des Kriegsministeriums und des Generalstabs haben zunächst nicht vorgelegen, werden aber im späteren Stadium dieser Verhandlungen herangezogen werden und herangezogen werden können. Das Referat, das ich hier zu erstatten die Ehre habe, bezieht sich also lediglich auf die Akten des Auswärtigen Amts.

Was nun den Stoff anlangt, der hier zur Grundlage der Beratungen dienen soll, so erscheint es notwendig, ihn in vier Perioden zu gliedern.

Die erste Periode, die uns hier interessiert, ist die Periode vom Ausbruch des Weltkrieges bis zur Sussexnote der deutschen Reichsregierung, die bekanntlich am 4. Mai 1916 an den Präsidenten Wilson gerichtet worden ist.

Die zweite Periode, die für die Gliederung des Stoffes von Bedeutung ist, ist die Periode von diesem 4. Mai 1916 ab bis zum 12. Dezember 1916. Der 12. Dezember war der geschichtliche Tag des Friedensangebotes der deutschen Regierung an die Feinde zur Herbeiführung direkter Verhandlungen über den Frieden zwischen den kriegführenden Mächten.

Die dritte Periode, die ins Auge zu fassen ist, ist die Periode vom 21. Dezember 1916 bis zum 9. Januar 1917. Am 21. Dezember 1916 hat Wilson an uns und an die anderen kriegführenden Mächte das Angebot gemacht, eine Friedensaktion ins Auge zu fassen. Diese Periode soll bis zum 9. Januar 1917 reichen: am 9. Januar 1917 ist im Hauptquartier zu Pleß der sogenannte rücksichtslose U-Boot-Krieg beschlossen worden.

Die vierte und Schlußperiode ist anzusetzen von diesem Tage bis zum Beginn des rücksichtslosen U-Boot-Krieges, bis zum 31. Januar 1917: am 31. Januar 1917 wurde Wilson bezw. dem amerikanischen Botschafter Gerard in Berlin die Note übergeben, wonach Deutschland erklärte, in den rücksichtslosen U-Boot-Krieg eintreten zu wollen. Am 31. Januar erfolgte daraufhin sofort der Abbruch der diplomatischen Beziehungen seitens Amerikas uns gegenüber.

Das sind, meine Damen und Herren, die vier Perioden, die in Betracht gezogen werden müssen, wenn eine Einteilung des Stoffes vorgenommen werden soll.

Was zunächst die erste Periode anlangt, die, wie ausgeführt, bis zur Überreichung der Sussexnote am 4. Mai reichen soll, so ist zu sagen, daß in dieser Periode nach den Akten von irgendeiner bestimmten Friedensaktion nicht die Rede ist. Wohl finden allgemeine Besprechungen theoretischer oder mehr praktischer Art über Friedensmöglichkeiten und Friedensbedingungen statt zwischen dem Kaiser und dem Botschafter Gerard und zwischen Vertretern der Reichsregierung und Gerard. Auch Graf v. Bernstorff meldet in dieser Zeit verschiedentlich, daß Wilson sich für den Frieden interessiere, und vor allen Dingen finden hier schon, insbesondere im Winter 1915/16, zwischen dem Obersten House, der zu diesem Zwecke nach Berlin gesandt war, und Vertretern der Regierung Besprechungen statt. Die Akten ergeben hierüber nur zwei Aufzeichnungen: eine Aufzeichnung des damaligen Kolonialstaatssekretärs Solf über ein Gespräch, daß er mit dem Obersten House gehabt hat, und dann eine Aufzeichnung über ein Gespräch, das der damalige Reichskanzler, Herr v. Bethmann, mit dem Obersten House gehabt hat. Wir werden Gelegenheit haben, diese Aufzeichnungen im Verlauf der Vernehmungen in Betracht zu

ziehen; es erscheint nicht notwendig, bereits jetzt von dem Inhalt dieser Aufzeichnungen Mitteilung zu machen. Ich kann nur im allgemeinen sagen, daß diese Aufzeichnungen eine bestimmte Friedensaktion nicht erkennen lassen, sondern sich auf das Gebiet allgemeiner Besprechungen über Möglichkeiten beschränken, zum Frieden zu kommen, und zwar auf der Grundlage internationaler Regelungen mit besonderer Berücksichtigung der Frage der „Freiheit der Meere".

Ich wende mich daher zur zweiten Periode, der weitaus wichtigeren und bedeutsameren Periode, die sich abspielt vom 4. Mai ab, dem Tage der Überreichung der Sussexnote, in der bekanntlich Deutschland die Erklärung abgab, den U-Boot-Krieg den Neutralen gegenüber auf den sogenannten Kreuzerkrieg zu beschränken, in der Erwartung, daß der Präsident Wilson seinerseits England veranlasse, von den nach der Ansicht unserer Regierung völkerrechtswidrigen Maßnahmen der Blockade abzugehen. In der Zeit von diesem 4. Mai bis zum 12. Dezember, dem Tage unseres Friedensangebots, entwickelt sich nun die Vorbereitung zu einer bestimmten Friedensaktion Wilsons. Auf der einen Seite stehen, wie sich aus den Akten ergibt, die Instruktionen der Reichsregierung an unsern Botschafter in Washington, Herrn Grafen v. Bernstorff. Es wird sich im Laufe der Verhandlungen Gelegenheit geben, im einzelnen von dem Inhalt der Instruktionen, die sämtlich hier vorliegen, Mitteilung zu machen; ich beschränke mich daher in diesem Referat darauf, nur ganz allgemein den Inhalt und die Tendenz der Instruktionen der Reichsregierung an Herrn Grafen v. Bernstorff hier anzugeben.

In diesen Instruktionen wird nach einigem Schwanken, das insbesondere in einer Instruktion des Herrn Staatssekretärs v. Jagow zum Ausdruck kommt — auf die wir dann näher im einzelnen eingehen können —, der Herr Botschafter beauftragt und angewiesen, einen Friedensappell Wilsons herbeizuführen. Die Hauptinstruktion in dieser Richtung geht auf eine genaue Unterredung mit dem damaligen Kaiser zurück, der die darauf bezüglichen Instruktionen, diesen Friedensappell anzuregen und zu ermutigen, besonders genehmigt hat. Diese Ermutigung und Anweisung, einen Friedensappell Wilsons herbeizuführen, wird wiederholt und dringlichst wiederholt in mehrfachen Instruktionen, die an Herrn Grafen v. Bernstorff gerichtet sind. In einer Instruktion wird sogar seitens des damaligen Reichskanzlers, Herrn v. Bethmann, die Anregung an Herrn Grafen v. Bernstorff gegeben, daß, wenn Wilson zaudere, man ihn doch bestimmen möge, mit dem Könige von Spanien und anderen neutralen Mächten einen solchen Friedensappell herbeizuführen. Herr Graf v. Bernstorff hat seinerseits aus Amerika über die Friedensmöglichkeiten berichtet und von vornherein darauf hingewiesen, daß der Präsident Wilson

bereit sei, den Frieden zu vermitteln, daß auch die öffentliche Meinung in Amerika den Frieden wünsche und daß allerdings immer wieder Momente und Tatsachen zu Tage träten, die die öffentliche Meinung zu unseren Ungunsten beeinflußten. Es wird hier insbesondere von der belgischen Deportation gesprochen und darauf hingewiesen, wie alle solche Maßregeln und insbesondere auch die Wirkung des U-Boot-Krieges immer wieder, wenn sich die öffentliche Meinung zu unseren Gunsten gewendet habe, sie wieder in eine uns feindliche Stimmung zurückwerfen. Herr Graf v. Bernstorff weist darauf hin, daß in den Besprechungen, die er mit Oberst House gehabt habe, der Wille, eine Friedensaktion herbeizuführen, da sei. Allerdings wird auf eine Instruktion, wo von Herrn Grafen v. Bernstorff verlangt wird, auf eine solche Aktion hinzuwirken, von ihm erwidert, daß, solange der Wahlkampf in Amerika schwebe und nicht entschieden sei, nicht zu erwarten wäre, daß Präsident Wilson eine solche Friedensaktion unternähme und unternehmen könne, es müßte denn gerade ein besonderer Antrag bei dem Präsidenten Wilson gestellt werden, eine Friedensvermittlung hinauszugeben. Darauf erwidert damals Herr v. Bethmann, daß er einen solchen Antrag nicht stellen wolle; man erwarte überhaupt, daß Wilson nur einen Friedensappell an die kriegführenden Mächte richte, man wünsche aber nicht, daß Wilson selbst an einer Friedenskonferenz mit den kriegführenden Mächten teilnähme, sondern höchstens an einer Friedenskonferenz, die sich an die eigentliche Friedenskonferenz unter den kriegführenden Mächten anschließe und sich darauf beziehen solle, nur internationale Fragen, die überhaupt die ganze Welt interessierten, zu behandeln. Insbesondere hat die Reichsregierung immer zu erkennen gegeben, man möge es zu vermeiden suchen, daß Wilson bestimmte Friedensvorschläge mache, insbesondere auf territorialem Gebiet. Herr Graf v. Bernstorff hat daraufhin erwidert, daß Wilson nicht daran denke, Einfluß auf territoriale Regelungen zu gewinnen; er wünsche auch nicht, an der eigentlichen Friedenskonferenz der kriegführenden Mächte teilzunehmen, sondern er sei durchaus mit uns des Sinnes, seine Beteiligung auf eine Friedenskonferenz nach der eigentlichen Konferenz zu beschränken, die sich darauf beziehe, Fragen allgemeiner, internationaler Art, wie Freiheit der Meere, Abrüstung usw., zu behandeln.

Es kommen nunmehr die Vorbereitungen zu unserm Friedensangebot vom 12. Dezember, und diese Vorbereitungen gehen auf ein Gespräch zurück, das der Reichskanzler Herr v. Bethmann Hollweg am 18. Oktober im Hauptquartier zu Pleß mit Baron Burian gehabt hat. Diese Besprechung zwischen dem Baron Burian und dem Reichskanzler vom 18. Oktober ist nach den Akten die Grundlage für unser Friedensangebot am 12. Dezember. In dieser Unterredung, über die eine ausführliche Aufzeichnung des damaligen Herrn Reichskanzlers in den Akten

enthalten ist, wird von Baron Burian darauf hingewiesen, daß man nicht erwarten könne, daß der Krieg militärisch noch zu entscheiden sei, und daß es bald an der Zeit wäre, irgendwie Friedensverhandlungen herbeizuführen. Aus der Aufzeichnung geht weiter hervor, daß Herr v. Bethmann Hollweg damit einverstanden war und den Gedanken begrüßt, sich ihm angeschlossen und zu erkennen gegeben hat, daß er sich bereits früher mit diesem Gedanken getragen habe.

Diese Vorbereitungen nehmen dann im Laufe der Zeit eine konkretere Gestalt an. Es werden verschiedene Fragen, die streitig waren zwischen den Staatsmännern — deren Erörterung im Laufe der Vernehmungen in Betracht gezogen werden muß —, zum Abschluß gebracht, und als Ausfluß dieser Vorbereitungshandlungen zu unserem Friedensangebot wird dann Anfang Dezember dem Grafen v. Bernstorff mitgeteilt — und auch schon Ende November —, eine solche Friedensaktion stehe bevor, und er möge darauf dringen, daß Wilson möglichst bald mit der in Aussicht gestellten Friedensaktion herauskomme. Darauf erfolgen Berichte des Herrn Grafen v. Bernstorff, in denen er auf die bestimmteste Weise (am 25. November) eine Friedensaktion Wilsons für spätestens Neujahr — sie ist dann bekanntlich am 21. Dezember erfolgt — in Aussicht stellt. Eine weitere Mitteilung des Grafen v. Bernstorff trifft unmittelbar vor unserem Friedensangebot am 7. Dezember hier ein, wonach für die Friedensaktion alles vorbereitet sei. Kurz darauf wird Herrn Grafen v. Bernstorff mitgeteilt, daß die Friedensaktion am 12. Dezember erfolgen wird, und sie erfolgt — sie ist im Reichstag zustande gekommen und öffentlich gemacht worden —, wie Sie wissen, am 12. Dezember.

Meine Damen und Herren! Es wird nicht nötig sein, daß ich rekapitulierend den Inhalt dieser Friedensaktion vom 12. Dezember, die unsererseits unternommen worden ist, hier mitteile; sie wird ja lebhaft in unserer Erinnerung sein. Denn, wie gesagt, es war ein geschichtliches Ereignis von größter Tragweite und wurde damals von uns so empfunden. Bei der Erörterung des Friedensangebotes vom 12. Dezember werden verschiedene Fragen hier zu behandeln sein. Es wird in diesem Zusammenhange, der uns hier beschäftigt, hauptsächlich die Frage in Betracht kommen, ob und warum es gerechtfertigt war, daß trotz der von uns angeregten Friedensaktion Wilsons und trotz der Mitteilung, die Herr Graf v. Bernstorff über eine alsbald bevorstehende Friedensaktion Wilsons gemacht hat, am 12. Dezember die Friedensaktion unmittelbar durch uns erfolgt ist. Ich glaube, daß diese Frage eine der Hauptfragen sein muß, mit denen wir uns im Laufe der Vernehmungen beschäftigen müssen: in welchem Verhältnis dieses Friedensangebot vom 12. Dezember zu den von uns angeregten und in Aussicht gestellten Friedensaktionen Wilsons steht.

Ich komme nunmehr zur dritten Periode. Diese um-

faßt die Zeit vom 21. Dezember, dem Tage der Überreichung des Friedensvermittlungsangebots Wilsons an die kriegführenden Mächte, bis zum 9. Januar, dem Tage der Beschließung oder der Entschließung über die Eröffnung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges im Hauptquartier zu Pleß. Meine Damen und Herren! Es wird nicht erforderlich sein, das, was allgemein bekannt ist, hier zu rekapitulieren; ich nehme an, daß den Anwesenden der Inhalt des Friedensvermittlungsangebots Wilsons vom 21. Dezember noch in Erinnerung ist. Das Wesentliche dieses Friedensvermittlungsangebotes war, daß Wilson keine bestimmten Vorschläge machte, daß er insbesondere nicht beabsichtigte, an der eigentlichen Friedenskonferenz teilzunehmen, daß sein Vorschlag lediglich ein Friedensappell war und er sein Interesse zunächst lediglich an den Fragen des großen internationalen Rechtes bekundete. Die Hauptsache an dem Angebot Wilsons war die Bitte an die kriegführenden Mächte, die konkreten Friedensbedingungen mitzuteilen, weil nur durch Kenntnisnahme der konkreten Friedensbedingungen geprüft werden könne, ob eine Einigung der kriegführenden Parteien möglich sei oder nicht, und der Friede nur erreicht werden könne durch einen Ausgleich auf Grund der beiderseitigen Interessen.

Sie kennen, verehrte Anwesende, die Antwort, die offiziell von uns am 26. Dezember durch eine Note des Herrn Staatssekretärs Zimmermann gegeben worden ist. In außerordentlich höflicher Weise wird dem Herrn Präsidenten Wilson gedankt; aber es wird in dieser Note vom 26. Dezember nicht auf die Bitte des Präsidenten eingegangen, die konkreten Friedensbedingungen mitzuteilen; eine solche Mitteilung erfolgt nicht, weder offiziell, noch zu dieser Zeit inoffiziell.

Hierbei habe ich eine wichtige Mitteilung zu machen: Außer den Berichten des Herrn Grafen v. Bernstorff, daß die Stimmung in Amerika nach dem Frieden dränge und daß die öffentliche Meinung dieses Friedensangebot Wilsons unterstütze, ist am 18. Dezember in Berlin die Mitteilung durch einen unserer Botschafter eingegangen, der von dem amtlichen Schritt einer neutralen Macht, die ich hier nicht bezeichnen kann, Kunde gibt, wonach ein Friedensappell Wilsons in Aussicht stehe und die betreffende Macht guten Grund habe, „zu glauben", daß auch die andere Seite zu Friedensunterhandlungen geneigt sei, wenn wir „etwas" über die Friedensbedingungen bekannt geben würden, namentlich in bezug auf Garantie, Wiederherstellung und völlige Unabhängigkeit Belgiens. Dieser amtliche Schritt der neutralen Macht war, wie gesagt, unmittelbar vor dem offiziellen Empfang der Wilsonnote am 21. Dezember, am 18. Dezember bereits hier in Berlin bekannt. Am 26. Dezember erfolgt, wie Sie wissen, die Antwort Zimmermanns, die ich eben bereits berührt habe, die darin besteht, daß sie auf den konkreten Punkt des Wilsonschen Friedensangebotes,

nämlich die konkreten Friedensbedingungen mitzuteilen, nicht eingeht. Es wird eine der Hauptaufgaben dieses Ausschusses sein, die Frage zu untersuchen, aus welchen Gründen die Friedensbedingungen Wilson gegenüber damals nicht mitgeteilt worden sind.

Hierbei werden hauptsächlich zwei Fragen eine Rolle spielen. Die erste Frage ist die: welche konkreten Friedensbedingungen lagen unseren Friedensabsichten vom 12. Dezember und später zugrunde? Auf diese Frage kann aus den Akten eine bestimmte Antwort gegeben werden. Die Friedensbedingungen sind in den Akten formuliert; ich werde sie aber zunächst nicht zur Verlesung bringen, weil es unbedingt notwendig ist, die Bedeutung und die Natur der formulierten Friedensbedingungen, die unserm Friedensangebot zugrunde lagen und die damals zwischen uns und Österreich mit Genehmigung des Kaisers und mit Genehmigung der Obersten Heeresleitung vereinbart waren, in Verbindung mit unseren Vernehmungen zu erörtern. Die bloße Verlesung dieser vereinbarten Friedensbedingungen könnte den Anschein einer falschen Bedeutung dieser formulierten Vereinbarungen erwecken, und deswegen wünschen wir, daß wir diese Friedensbedingungen mitteilen und zur Kenntnis bringen, sobald sich durch Vernehmung der Zeugen Veranlassung gibt, diese Frage zu besprechen. Aber ich bemerke, daß sich aus den Akten ergibt, daß unserm Friedensangebot bestimmte Vereinbarungen über unsere Friedensbedingungen zugrunde lagen, die in den Akten genauer bezeichnet sind. Ob diese Friedensbedingungen der status quo waren, wie in der Öffentlichkeit behauptet worden ist, oder andere Friedensbedingungen, das wird sich zeigen, wenn sich diese Friedensbedingungen in Verbindung mit den in Betracht kommenden Zeugenvernehmungen erörtern lassen. — Ich sage also: die erste Frage, die uns bei der Prüfung der Antwort des Staatssekretärs Zimmermann vom 26. Dezember beschäftigt, ist die nach dem Inhalt und der Bedeutung der Friedensbedingungen, die damals bereits von uns formuliert waren.

Die andere Frage, die die Gründe beantworten soll, aus denen wir die konkreten Friedensbedingungen nicht mitteilten, ist die Frage, ob etwa zur damaligen Zeit militärischerseits Einwirkungen auf die Beantwortung der Friedensnote ausgeübt worden sind oder nicht. Es ergibt sich aus den Akten, daß eine solche Einwirkung stattgefunden hat. Aber auch über den Inhalt und die Bedeutung dieser Einwirkung soll auf Grund der Akten zunächst nicht gesprochen werden; vielmehr wollen wir auch hier, um die Bedeutung dieser Ansichtsäußerungen militärischerseits in das rechte Licht zu rücken, diese Akten erst besprechen, wenn wir die darauf bezüglichen Vernehmungen der in Betracht kommenden Persönlichkeiten vornehmen. Denn nur in der Verbindung mit diesen Vernehmungen ist es möglich, die Bedeutung der darauf bezüglichen Mitteilungen, wie sie in den Akten vorliegen, in das

rechte Licht, das heißt in das objektive Licht zu rücken. Eine bloße Mitteilung des Akteninhalts könnte den Anschein erwecken, als ob eine einseitige Auffassung durch den Ausschuß herbeigeführt werden solle, und deswegen wollen wir auch dieses Aktenstück mit den Zeugen, die dieses Aktenstück interessiert, durchsprechen.

Ich sagte, diese Periode kommt zum Abschluß am 9. Januar, der die Entschließung über die Eröffnung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges bringt. In der Zwischenzeit macht Graf v. Bernstorff wiederholt den energischsten Versuch, die Reichsregierung wenigstens dazu zu bringen, vertraulich die Friedensbedingungen nach Washington mitzuteilen. Er meldet seine Unterredungen mit dem Obersten House, in denen Oberst House wiederholt wenigstens um vertrauliche Mitteilung der Friedensbedingungen gebeten hat. Es wird also trotz des offiziellen Verhaltens zur Friedensaktion, die es ablehnt, die konkreten Friedensbedingungen mitzuteilen, amerikanischerseits durch Vermittlung des Herrn Grafen v. Bernstorff der Versuch gemacht, uns wenigstens zu veranlassen, vertraulich zu dieser Zeit die Friedensbedingungen mitzuteilen. Damals hat der Herr Staatssekretär Zimmermann den Schriftwechselverkehr mit dem Herrn Grafen v. Bernstorff geführt. Er gibt zunächst auf die Anregung des Herrn Grafen v. Bernstorff keine Antwort. Die erste Antwort ist ganz allgemein gehalten. In der dritten Antwort vom 7. Januar — am 9. Januar wurde der unbeschränkte U-Boot-Krieg beschlossen — bittet er den Herrn Grafen v. Bernstorff, die Frage der vertraulichen Mitteilung der konkreten Friedensbedingungen „dilatorisch" zu behandeln.

Damit ist diese Periode zu Ende. Am 9. Januar wird der rücksichtslose U-Boot-Krieg beschlossen, und es beginnt die Schlußperiode, die Periode vom 9. Januar bis zum 31. Januar, dem Tage der Überreichung der Erklärung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges. In dieser Periode meldet Graf v. Bernstorff insbesondere, nachdem ihm verschiedene Male bereits mitgeteilt worden ist, daß die Erklärung des unumschränkten U-Boot-Krieges bevorstehe, wiederholt in der ernstesten Weise, daß die Erklärung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges den Bruch mit Amerika bedeute. Dieser Gesichtspunkt ist bereits vorher und auch nachher vom Herrn Grafen v. Bernstorff in der energischsten Weise betont worden, daß die Erklärung des U-Boot-Krieges, das heißt das Abgehen von den Zusicherungen der Sussexnote vom 4. Mai, unbedingt den Bruch mit Amerika bedeuten würde, und es darf hier beiläufig erwähnt werden, daß diese von Herrn Grafen v. Bernstorff ausführlich begründete und immer wiederholte Erklärung nach den Akten durch verschiedene Berichte unterstützt wird, und zwar ganz ausführliche Berichte mit ausführlicher Begründung, seitens des jetzigen Unterstaatssekretärs Albert und des Herrn Unterstaatssekretärs Haniel; sie

weisen mit allem Ernst darauf hin, daß die Erklärung des unbeschränkten U-Boot-Krieges den Krieg mit Amerika bedeute, und insbesondere in dem Gutachten, das Herr Unterstaatssekretär Albert über diese Frage nach Lage der Akten abgegeben hat, wird auf die unbeschränkten Hilfsquellen Amerikas hingewiesen, die unerschöpflich seien und die bei der Frage, ob der rücksichtslose U-Boot-Krieg gegen Amerika beginnen solle oder nicht, in Betracht gezogen werden müßten.

Am 16. Januar wird dem Herrn Grafen v. Bernstorff mitgeteilt, daß beschlossen sei, den rücksichtslosen U-Boot-Krieg in die Wege zu leiten, und daß er den Auftrag bekäme, die darauf bezügliche Erklärung am 1. Februar abzugeben. Herr Graf v. Bernstorff telegraphiert mehrfach, daß das den Bruch mit Amerika bedeute. Darauf wird in den Instruktionen, die noch erfolgen, nicht weiter eingegangen. Es scheint, daß Herr Graf v. Bernstorff nun mit verdoppelter Energie gearbeitet hat; denn jetzt kommt der wichtige Schritt, der zum Teil in der Öffentlichkeit bekannt ist. Am 27. Januar telegraphiert Graf v. Bernstorff — das Telegramm kommt hier am 28. Januar an —, daß Oberst House im ausdrücklichen Auftrage Wilsons an ihn herangetreten sei mit dem Inhalt, daß Wilson uns von neuem die Friedensvermittlung anbiete; er wolle sich nicht in territoriale Fragen einmischen, die Entente habe unmögliche Bedingungen genannt, er bäte erstmals um vertrauliche Mitteilung unserer Bedingungen.

Sie wissen vielleicht aus den Darstellungen, die die verschiedenen Herren, die daran beteiligt sind, gegeben haben, daß daraufhin eine Reise des Herrn v. Bethmann in das Hauptquartier stattgefunden hat. Dort erfolgte eine Besprechung über diese Mitteilung des Herrn Grafen v. Bernstorff, und das Ergebnis war, daß der frühere Reichskanzler, Herr v. Bethmann Hollweg, an den Grafen v. Bernstorff telegraphisch mitteilt, es sei zu spät, Wilson hätte früher mit einer solchen Aktion kommen sollen — es wird aufgeklärt werden müssen, was das „früher" bedeutet; denn es haben ja Friedensaktionen früher stattgefunden —, und daß eine Zurücknahme des U-Boot-Krieges nicht mehr möglich wäre, weil es eben technisch unausführbar sei, die U-Boote, die bereits in See gegangen wären, zurückzurufen; er möge diese Mitteilung machen, die deutsche Regierung sei aber bereit, ihm vertraulich die Friedensbedingungen mitzuteilen. Diese Bedingungen werden am 29. Januar dem Grafen v. Bernstorff mitgeteilt mit dem Auftrage, sie vertraulich zur Kenntnis Wilsons zu bringen. Wir werden sowohl den Bericht des Herrn Grafen v. Bernstorff darüber vom 27. Januar wie die Antwort des Herrn v. Bethmann Hollweg wörtlich kennen lernen müssen; das wird im Laufe der Vernehmung des Herrn Grafen v. Bernstorff geschehen. Ich bemerke, es heißt nicht in dem Schreiben des

Herrn Reichskanzlers, die Friedensbedingungen, die er mitteile, seien die Bedingungen, unter denen er bereit sei, Frieden zu schließen, sondern es heißt in diesem Schreiben, wie Sie nachher sehen werden: Das seien die Bedingungen, unter denen Deutschland bereit gewesen „wäre", am 12. Dezember, wenn der Feind auf unser Friedensangebot eingegangen wäre, Frieden zu schließen.

Ob diese Antwort der Bitte Wilsons entspricht, ist eine Frage, die der weiteren Erörterung, Beratung und Begutachtung unterliegen wird. Und nun erfolgt am 31. Januar die Übergabe der Note über die Eröffnung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges und zugleich die Übergabe der Friedensbedingungen. Das Ergebnis kennen Sie: Amerika bricht die diplomatischen Beziehungen mit uns ab.

Ich bin damit am Schlusse und habe nur noch zwei Bemerkungen zu machen.

Wilson zögert offenbar, in den Krieg einzutreten. Darauf deuten zwei Tatsachen, die sich aus den Akten ergeben. Die eine ist, daß er die der unsrigen U-Boot-Note gleichlautende Erklärung des österreichischen Botschafters Tarnowski verheimlicht; er will die Erklärung Österreichs nicht entgegennehmen, um sich den Weg nach Österreich offen zu halten, wie der österreichische Botschafter an den Grafen Czernin berichtet, zu dem Zwecke, um seine Friedensaktion fortzusetzen. Graf Czernin geht darauf ein, spricht seine Freude darüber aus und sagt, es sei rätlich, solche Friedensvermittlungsaktion herbeizuführen, sie stünden ja gemeinschaftlich — er und die deutsche Regierung — auf dem Standpunkt, daß ein Frieden ohne Sieger und Besiegte wünschenswert sei. Von dieser Mitteilung des Grafen Czernin macht der Botschafter Wedel Mitteilung an das Auswärtige Amt, und darauf drahtet Staatssekretär Zimmermann, er stünde nicht auf dem Standpunkt der Wilsonschen Formel: Frieden ohne Besiegte, sondern auf dem Standpunkt: Frieden mit Sieg; er habe die Überzeugung, daß der U-Boot-Krieg uns diese Möglichkeit biete. Diese Note des Herrn Staatssekretärs Zimmermann wird später zur Kenntnis gebracht werden.

Außerdem ist damals über die Schweiz an die deutsche Regierung gemeldet worden, Wilson suche auch weiter den Frieden zu vermitteln, er verlange nur eine Erklärung, daß Deutschland die Anwendung des unbeschränkten U-Boot-Krieges gegen Amerika nicht ins Auge fasse oder wieder zurückziehe. Auf diese verschiedenen schweizerischen Mitteilungen hin — ich kann von diesen schweizerischen Mitteilungen sprechen, denn es ging damals durch die Presse, und die Herren, die die Presse zu jener Zeit verfolgt haben, werden sich dessen erinnern — wird unsererseits erwidert, daß die Durchführung des unbeschränkten U-Boot-Krieges die allgemeine Anwendung der Mittel des unbeschränkten U-Boot-Kriegs verlange und deswegen eine einseitige Erklärung gegenüber

Amerika nicht möglich sei. Es erfolgen Dementis. Und auch diese Spur verliert sich.

Später erst wird der Krieg erklärt, nachdem das sogenannte mexikanische Telegramm des Staatssekretärs Zimmermann bekannt geworden ist, das bereits im Januar von hier abgegangen ist. Ich bin damit zu Ende.

Vorsitzender: Wir treten gleich in die

Vernehmung Seiner Exzellenz des Grafen v. Bernstorff

ein. Ich bitte Eure Exzellenz, hier vorzutreten und den Zeugeneid zu leisten.

(Graf v. Bernstorff leistet den Zeugeneid.)

Vorsitzender: Es empfiehlt sich wohl, daß Exzellenz uns ein zusammenhängendes Bild hier gibt von all dem, was Ihnen über die Friedensaktion und die Friedensvermittlung bekannt ist. Es dürfte sich empfehlen, wenn sich Exzellenz dabei an das Historische, an die Reihenfolge halten will, die soeben von dem Herrn Referenten zum Vortrag gebracht worden ist, und dabei auch die Gruppierung in die vier Teile innehält. Ich werde mich bemühen, Sie nicht durch Fragen zu unterbrechen, sondern bitte Sie, in einheitlichem Fluß uns das vorzutragen, was Ihnen bekannt ist, vielleicht auch, wenn etwa noch auf frühere Vorgänge zurückzugreifen ist, auf die der ersten Periode, die nach dem Vorschlage des Referenten mit der Sussexnote beginnt, noch vorgelagerten Ereignisse zu sprechen zu kommen.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich möchte gerade zunächst auf die erste Periode näher eingehen, weil die Politik, die Herr Wilson während des ganzen Krieges verfolgt hat und konsequent verfolgen wollte, damals schon zum Ausdruck gekommen ist. Wilson hat Anfang August 1914, sofort nach Ausbruch des Krieges, einen ersten Friedensvermittlungsversuch gemacht, der von beiden Seiten abgewiesen wurde. Dann hat er im September durch Staatssekretär Bryan einen zweiten Versuch bei mir machen lassen, der daran scheiterte, daß die Entente gar nicht geantwortet hat. Wenigstens habe ich niemals von einer solchen Antwort etwas gehört; es mag sein, daß eine Antwort an die amerikanische Regierung gelangt ist, ich habe jedenfalls niemals eine Antwort erhalten. Auch hat Präsident Wilson im August eine Proklamation an das amerikanische Volk erlassen, in welcher er die Amerikaner zur Neutralität anhielt, weil schon damals eine so erregte Stimmung in den Vereinigten Staaten war, daß sogar die Privatbeziehungen zum Teil darunter litten, und er glaubte, daß in Amerika ernste Differenzen entstehen könnten, wenn er nicht zur Neutralität mahnte. In dieser Proklamation hat Wilson schon gesagt, daß das amerikanische Volk das einzige

wäre, welches in der Lage sein würde, den Krieg zu beendigen, wenn es aus dem Streite fern bliebe, und daß die Vereinigten Staaten die einzige Großmacht wären, welche genügend Macht und Einfluß haben würde, um dieses Ziel herbeizuführen. Dies ist die Politik Wilsons während der ganzen Zeit gewesen.

Als das zweite Friedensangebot durch Bryan gescheitert war, hielt er es für notwendig, sich mehr zurückzuhalten, weil er glaubte, damit nichts mehr erreichen zu können. Er sandte aber trotzdem seinen Freund, den Obersten House, im Winter 1914/15 — in Berlin war er im Monat März — nach Paris, London und Berlin, um die Friedensvermittlung Wilsons vorzubereiten. Als dieser damals von Berlin zurückkam, wo er, soviel ich weiß, alle maßgebenden Herren gesprochen hatte, sagte er mir, daß der Moment noch nicht gekommen sei, es wäre noch niemand bereit, auf einen Frieden einzugehen; aber er würde später wiederum im Auftrage von Wilson nach Europa gehen, um zu sehen, ob dann etwas zu machen sein würde.

Präsident Wilson selbst hat zum ersten Male mit mir über den Frieden gesprochen, als ich nach der „Lusitania“-Angelegenheit eine Audienz bei ihm erbat, weil damals die Gefahr des Krieges mit Deutschland sehr drohend war und ich deshalb den Wunsch hatte, mich mit ihm auszusprechen. Damals hat Wilson — ich darf vielleicht diese Stelle aus meinem Telegramm verlesen — gesagt:

> Wir sollten durch Aufgeben des Unterseebootkrieges einen Appell an die Moral richten, da nur durch eine Verständigung, nicht mehr durch die Waffen der Krieg endgültig entschieden werden könne. Würden wir den Unterseebootkrieg aufgeben, so würde er dann auf Aufhebung der englischen Aushungerungspolitik dringen. Nach bestimmten Nachrichten aus London werde das gegenwärtige Kabinett darauf eingehen. Wilson hofft, daß damit ein Anfang gemacht würde für eine Friedensaktion im großen Stile, welche er an der Spitze der Neutralen in die Wege leiten möchte.

Vorsitzender: Von welchem Datum ist das Telegramm?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Das Telegramm ist vom 2. Juni 1915. Das Telegramm war das Ergebnis des ersten Notenwechsels über die „Lusitania“. Die Noten sind ja bekannt. Nach der ersten Note war von hier aus eine Antwort gekommen, welche weder nachgab noch irgendeine bestimmte Erklärung gab, sondern nur die Versenkung der „Lusitania“ dadurch zu motivieren oder zu erklären suchte, daß die „Lusitania“ ein Hilfskreuzer, bewaffnet und mit Munition versehen gewesen wäre. Nach diesem ersten Telegrammwechsel über die „Lusitania“ schien

der Krieg unvermeidlich. Ich bin deshalb zu Wilson gegangen und habe, um Zeit zu gewinnen, verabredet, daß ein Herr, der damals in Amerika beim Roten Kreuz tätig war, der jetzige Unterstaatssekretär Meyer-Gerhardt, nach Berlin reisen sollte, um den Inhalt dieses Telegramms hier ausführlich mündlich zu erläutern. Wilson ist darauf eingegangen und hat auch damals versprochen, daß er, bis die Mission des Herrn Meyer-Gerhardt irgendwelchen Erfolg gezeitigt hätte, keine ernstlichen Schritte tun würde, welche zum Bruche führen könnten.

Der Notenwechsel über die „Lusitania" ging weiter, ohne zu irgendwelchem positiven Ergebnis zu führen. Inzwischen wurde ein anderes englisches Schiff, die „Arabic", torpediert. Es kam zum zweiten Male beinahe zum Kriege. In diesem Falle wurde aber unsererseits nachgegeben insofern, als zugestanden wurde, daß Passagierdampfer nicht ohne vorherige Warnung versenkt werden sollten.

Vorsitzender: Kann ich über die Mission dieses Herrn Meyer-Gerhardt etwas erfahren?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Er ist nach Berlin gefahren, um die Wilsonschen Pläne hier weiter mündlich zu erörtern. Aber ich kann nicht sagen, was daraus geworden ist, denn ich habe nachher von ihm nichts mehr gehört.

Nachdem die erste Kriegsgefahr wegen der „Lusitania" und auch die zweite wegen der „Arabic" vorüber war, hat die amerikanische Regierung geglaubt, daß sie anfangen könnte, ihr Programm zu verwirklichen; sie hat die erste Note an England gerichtet, die, soviel ich mich entsinne, in Washington das Datum vom 18. Oktober und in London das Datum vom 5. November trägt, worin die englische Blockade als illegal und nicht zu verteidigen erklärt wurde. Gleich nach dieser Note fing nochmals in Washington eine Verhandlung über die endgültige Regelung der „Lusitania"-Frage an, die uns zum dritten Male an den Rand des Krieges brachte, weil von amerikanischer Seite verlangt wurde, daß wir anerkennen sollten, daß die Versenkung der „Lusitania" illegal gewesen wäre. Dieses Wort „illegal" wurde unserseits unbedingt abgelehnt. Über dieses Wort wäre es beinahe wieder zum Kriege gekommen. Aber schließlich gab Wilson in diesem Falle nach und erklärte, er würde sich ohnedem begnügen, wenn wir erklärten, daß Repressalien — denn als solche wurde die Versenkung der „Lusitania" bezeichnet — gestattet wären, jedoch nicht Neutrale treffen dürften und daß man Repressalien nur anwenden dürfte, wenn dadurch Neutrale nicht Schaden litten. Diese Erklärung war soeben fertig und sollte zwischen Staatssekretär Lansing und mir ausgetauscht werden, als in Berlin der verschärfte U-Bootkrieg erklärt wurde. Infolgedessen

wurde auch aus dieser Lösung der „Lusitania"-Frage nichts. Es war also vollkommen unmöglich, in irgendwelcher Weise den größeren Plänen Wilsons näherzutreten.

Vorsitzender: Der verschärfte U-Boot-Krieg ist natürlich nicht der rücksichtslose!

Zeuge Graf v. Bernstorff: Nein, der verschärfte U-Boot-Krieg war eine Zwischenphase, wo hier erklärt worden war, daß bewaffnete Handelsschiffe ohne Warnung angegriffen werden sollten, aber nur bewaffnete. Wenn sie bewaffnet waren, sollten die Grundsätze des uneingeschränkten U-Boot-Krieges gelten.

Bald darauf ereignete sich die Torpedierung der „Sussex", und bei dieser Gelegenheit kam eine endgültige Einigung zwischen beiden Regierungen zustande, welche als Resultat hatte, daß der U-Boot-Krieg künftig nach den Grundsätzen des Kreuzerkrieges geführt werden sollte.

Vorsitzender: Das war die Note vom 4. Mai. Soll die jetzt zur Verlesung gebracht werden?

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ist nicht nötig!

Vorsitzender: Sie ist ja veröffentlicht. Wenn Exzellenz wünscht, daß eine Urkunde verlesen werden soll, oder zur eigenen Orientierung des Wortlauts einer Urkunde bedarf, bitte ich, es mir anzugeben. Ich habe wohl beinahe sämtliche in Betracht kommenden Urkunden zur Stelle.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Erst durch die Einigung über die Sussexnote war die Bahn frei für irgendwelche Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten über die Freiheit der Meere und über den eventuellen Abschluß eines Friedens, wie der Herr Referent vorhin gesagt hat.

Im Laufe des Winters war der Oberst House zum zweiten Male nach Berlin gefahren; er war hier im Januar 1916. Als er das zweite Mal von Europa zurückkam, sagte er mir, daß nach seinen Erfahrungen der Hauptwiderstand gegen einen Frieden vorläufig noch in Paris zu finden wäre, daß er in England eine gewisse Bereitwilligkeit gefunden hätte und daß man ihm auch in Berlin gesagt habe, wir würden zu geeigneter Zeit bereit sein, auf eine amerikanische Friedensvermittlung einzugehen. Dies waren aber alles keine bindenden Zusicherungen, sondern nur allgemeine Unterredungen gewesen.

Ich habe zum ersten Male von der Absicht der kaiserlichen Regierung, den Wilsonschen Wünschen entgegenzukommen, durch ein Telegramm gehört, welches der Botschafter Gerard nach der Erledigung der Sussexaffäre nach Washington gerichtet hatte. In diesem Telegramm stand, nach Aussage des Herrn House

mir gegenüber, daß die deutsche Regierung nunmehr bereit sei, eine Friedensvermittlung Wilsons anzunehmen. Ich habe darauf in Berlin angefragt, ob diese Auffassung richtig sei, und habe dann ein Telegramm zurückbekommen, welches der Herr Referent vorhin schon erwähnt hat. In dem Telegramm wurde gesagt, daß bei der Erregung der öffentlichen Meinung in Deutschland noch einige Zeit hingehen müsse, daß aber im allgemeinen der Wunsch, eine Wilsonsche Friedensvermittlnug anzunehmen, vorhanden sei. Soll dieses Telegramm vielleicht verlesen werden?

Vorsitzender: Welches Datum trägt das Telegramm?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Es muß aus dem Mai 1916 sein.

Vorsitzender: Es wird das Telegramm vom 4. Mai sein, das Telegramm von Exzellenz an das Auswärtige Amt. Es hat folgenden Wortlaut:

> House sagte mir, Gerard habe telegraphiert, daß wir Friedensvermittlung Präsidenten annehmen würden und daß House's Besuch in Berlin zu diesem Zwecke willkommen sei. Hier über Lösung Unterseebootfrage noch nichts bekannt. Friedensvermittlung hängt natürlich von glattem Verlauf ab, welcher noch immer am leichtesten zu erreichen wäre durch Pause Unterseebootkrieg während Verhandlung.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Das war mein Telegramm!

Vorsitzender: Das ist Ihr Telegramm. Nun kommt die Antwort.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Von Bethmann an Graf v. Bernstorff am 6. Mai.

Vorsitzender: Der Erlaß Bethmanns lautet in seinen wesentlichen Teilen:

> Wir hoffen, daß unsere Note und großes Zugeständnis Zustand Mißtrauens endgültig beseitigt und Ära gegenseitiger vertrauensvoller Beziehungen eröffnet. Animosität hiesiger öffentlicher Meinung gegen Wilson wegen Ton und Inhalt seiner Note und wegen Eindrucks der Parteinahme gegen uns allerdings so groß, daß eine öffentlich erkennbare Aktion gegenüber England vorhergehen muß, bevor er als unparteiischer Friedensanreger von deutschem Volke akzeptiert würde. Insofern ist Gerards Telegramm übereilt. Unterläßt Wilson eine derartige Aktion, so besteht Gefahr, daß sich Animosität unheilbar vertieft und Möglichkeit der Friedensvermittlung in weiteste Ferne gerückt wird. Letzten Endes bleibt Anbahnung natürlich immer erwünscht. . . .

Es heißt in diesem Erlaß noch:

Besuch von House hier jederzeit sehr willkommen.

Das ist die Antwort von Bethmann Hollweg an Graf v. Bernstorff vom 6. Mai.

Darf ich bitten, fortzufahren.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Aus dem Datum dieses Telegramms ist zu ersehen, daß es abgesandt war zwei Tage, nachdem die Einigung in der Sussexfrage zustande gekommen war. Wir hatten in der Note vom 4. Mai den Vorbehalt gemacht, daß wir uns freie Hand für den Fall vorbehielten, daß es Amerika nicht gelingen sollte, England zur Beobachtung des Völkerrechts zu zwingen. Dieser Vorbehalt wurde zwar von der amerikanischen Regierung nicht anerkannt, ist aber derjenige Vorbehalt, auf Grund dessen nachher der uneingeschränkte U-Boot-Krieg erklärt werden konnte, ohne von den früheren Zusagen zurückzutreten. Oberst House, der immer den Wunsch hatte, daß Wilson den Frieden vermitteln sollte, ist derjenige gewesen, mit dem ich während der ganzen Zeit verhandelt habe. Es ist vielleicht merkwürdig, daß ich diese Verhandlungen mit einer Privatperson geführt habe. Das lag aber in den Verhältnissen in Amerika, da der Oberst House der intimste Freund des Präsidenten Wilson war, und weil es unbedingt notwendig war, die sämtlichen Verhandlungen über einen Frieden geheim zu halten. Eine Geheimhaltung von Verhandlungen in Washington war jedoch gänzlich unmöglich. Denn wenn ich auf das Staatsdepartement fuhr oder zum Präsidenten selbst ging, so konnte ich sicher sein, daß die beiden Häuser von Journalisten umlagert waren und daß fortwährend Fragen an mich gerichtet wurden, denen ich nicht ausweichen konnte. Ich konnte antworten, was ich wollte, es wurde unter allen Umständen daraus irgendeine Information gezogen, und wenn ich auch nachher dementierte, so war doch sicher zu erwarten, daß schließlich etwas herauskam, was nicht herauskommen sollte. Deshalb ist es der Wunsch des Präsidenten gewesen, daß ich durchweg diese vollkommen vertraulichen Fragen mit seinem Freunde, dem Obersten House, verhandelte, der in New York wohnt, und den ich dort in seiner Privatwohnung habe besuchen können, ohne daß es, glaube ich, bis auf den heutigen Tag in Amerika bekannt ist, daß ich monatelang mit ihm verhandelt habe. Er sagte mir damals, daß sich die Verhältnisse so entwickelt hätten, daß Wilson nicht mehr die Macht habe, England zu zwingen, den völkerrechtlichen Normen zu gehorchen. Das erkläre sich dadurch, daß der amerikanische Handel so sehr durch seine Beziehungen mit der Entente gebunden wäre, daß Wilson unmöglich diese Handelsbeziehungen stören könne, ohne einen derartigen Sturm in der öffentlichen Meinung hervorzurufen, daß er seinen Willen nicht würde durchsetzen können. Im

Gegensatz hierzu wäre aber Wilson in der Lage und hätte die Macht, einen Frieden ohne Sieg herbeizuführen; er hätte die Absicht, diese Macht anzuwenden, sobald die Gelegenheit dazu käme. Nachdem aber ein solcher Schritt in Amerika, wo die Ententepropaganda sehr stark war, allgemein als prodeutsch bezeichnet werden würde, könne er einen solchen Schritt nur tun, wenn sich die öffentliche Meinung in Amerika etwas über die Beziehungen zu Deutschland beruhigt hätte. Zu diesem Zwecke schlug er vor, daß eine Pause eintreten möge, wo wir weder verhandelten noch überhaupt über die deutsch-amerikanischen Beziehungen sprächen, damit auch die Presse sich beruhigte. Er sagte mir dann, daß er Ende des Sommers die Friedensvermittlung bestimmt anzubahnen hoffe.

Ich habe damals den Obersten House zwei bis drei Monate nicht gesehen und erwartete, daß die Friedensvermittlung Wilsons ungefähr im September erfolgen würde. Inzwischen war Rumänien in den Krieg eingetreten. Ich bin damals zum Oberst House aufs Land gefahren und habe ihn dort besucht.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Rumänien trat erst im August 1916 in den Krieg ein. Nun scheint mir eins wichtig zu sein. Die grundlegende Instruktion des Herrn Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg erfolgte am 18. August. Vielleicht ist es von Bedeutung, diese Instruktion wörtlich kennen zu lernen. Sie ist damals nach allen Seiten hin verabredet und vom Kaiser persönlich genehmigt worden. Wenn es der Vorsitzende wünscht, würde sie wörtlich zu verlesen sein.

(Zuruf: Bitte das Ganze!)

Die Instruktion lautet folgendermaßen:

> Eine Vermittlung des Präsidenten, die den Beginn von Friedensverhandlungen der Kriegführenden untereinander herbeiführen will, sind wir gerne bereit anzunehmen. Bitte, hierauf gerichtete Tätigkeit des Präsidenten nachdrücklich ermutigen. Natürlich darf uns nicht zugemutet werden, uns bei Annahme solcher Vermittlung auf irgendwelche konkreten Friedensbedingungen zu verpflichten. Allgemeine Friedenskonferenz unter Beteiligung der Neutralen nur im Anschluß an vorangegangene erfolgreiche Friedensverhandlungen unter den Kriegführenden über allgemeine völkerrechtliche und internationale Fragen von Freiheit der See, Abrüstung letzten Endes erträglich.

Es kommen dann noch weitere Mitteilungen, auf die im Laufe Ihrer Vernehmung einzugehen sein wird.

Vorsitzender: Ich bitte, fortzufahren.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Anfang September, nach dieser Instruktion, deren Inhalt ich House auch mitgeteilt hatte, sagte mir Oberst House, daß eine Vermittlung Wilsons jetzt unmöglich wäre und aufgeschoben werden müßte, weil infolge des Eintritts Rumäniens in den Krieg die Entente völlig siegesgewiß wäre und Wilson infolgedessen abgewiesen werden würde.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Herr Graf, es ist vorangegangen eine telegraphische Anfrage des Herrn Reichskanzlers v. Bethmann am 2. September. Auch die scheint mir nötig zu sein hier zu verlesen. Denn das, was Sie eben erzählten — — —

Konsul Müller: Das Telegramm, auf das eben Exzellenz Graf v. Bernstorff Bezug genommen hatte, scheint vom 18. August zu sein.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Nein, was er eben sagte, war vom 12. September.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Das muß ein falsches Datum sein.

(Konsul Müller überreicht dem Vorsitzenden ein Aktenstück.)

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Das Telegramm ist bei den Akten, es ist die Antwort auf den 18. August — was Sie eben sagten, war vom 18. August —, die Antwort auf die Instruktion des Herrn Reichskanzlers v. Bethmann, die ich verlesen habe.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich glaube, dies Telegramm, das nach den Akten vom 18. August datiert ist, muß versehentlich so datiert sein; denn in dem Telegramm steht: infolge des Eintritts Rumäniens in den Krieg.

Vorsitzender: Der ist noch gar nicht gewesen!

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Darum wollte ich die Antwort auf das Telegramm verlesen. Am 2. September erging ein Telegramm des Herrn Reichskanzlers v. Bethmann an Sie nach dem Eintritt Rumäniens in den Krieg, das folgendermaßen lautet:

> Unsere Westfront steht fest. Ostfront durch Kriegserklärung Rumäniens natürlich etwas gefährdet. Aufrollung der Front oder Zusammenbruch Oesterreichs aber nicht zu besorgen. Türkei und Bulgarien zuverlässig. . . . Hoffnung, vor Winter durch Kriegsmüdigkeit Rußlands oder Frankreichs zum Frieden zu kommen, durch diese Entwicklung verringert. Erscheint, wenn im Osten keine größere Katastrophe eintritt, Friedensvermittlung Wilsons möglich und erfolgreich, wenn wir Belgiens bedingte Wiederherstellung zusichern? Andernfalls müßte rücksichtsloser **U-Boot-Krieg** ernst erwogen werden. Erbitte lediglich Ihre

persönliche Nachricht, ohne nach irgendeiner Seite Andeutung zu machen.

Darauf ist Ihr Telegramm die Antwort.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich komme zurück zu dem Punkte, wo mir Oberst House sagte, daß die Friedensvermittlung Wilsons aufgeschoben werden müßte, weil die Entente infolge des Eintritts Rumäniens in den Krieg siegesgewiß sei und Wilson deswegen abgewiesen werden würde. Diese Erklärung von House ist mir auch später immer besonders wichtig erschienen, weil ich, als Wilson wirklich seine Friedensvermittlung eintreten ließ, aus dieser früheren Erklärung annahm, daß er nun bestimmt davon überzeugt sei, daß sie auch von der Entente angenommen werden würde, nachdem er vorher erklärt hatte, daß keine Aussicht wäre, daß sie angenommen würde.

Vorsitzender: Ich bitte, auch das Telegramm, das hier am 12. September eingegangen ist, dessen Abgangsdatum sich aber aus den Akten nicht ergibt, zur Verlesung zu bringen.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Sinzheimer:

> Friedensvermittlung Wilsons bis auf weiteres aufgeschoben, weil augenblicklich aussichtslos wegen Eintritt Rumäniens und dadurch hervorgerufener Siegeszuversicht der Feinde. Wilson glaubt, vor den Wahlen nicht mehr vermitteln zu können, weil England ihn bis nach dem Wahltag dilatorisch behandeln und ihn, wenn er nicht wiedergewählt würde, kühl abweisen würde. Falls aber Wilson bei den Wahlen siegt, wofür Aussichten jetzt günstig, und bis dahin Stillstand in Kriegsoperationen eingetreten ist, will Präsident sofort Vermittlung eintreten lassen. Er glaubt, dann stark genug zu sein, um Friedenskonferenz zu erzwingen. Wilson betrachtet es als amerikanisches Interesse, daß keiner der Kriegführenden entscheidenden Sieg erringt.

Vorsitzender: Nun bitte ich, fortzufahren.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich weiß nicht, wieweit ich jetzt auf die verschiedenen Telegramme eingehen soll, welche aus Berlin eingingen und mich aufforderten, die Friedensvermittlung Wilsons zu beschleunigen. Das Wichtigste davon ist ein Memorandum, welches vom Kaiser selber geschrieben war und Herrn Gerard mitgegeben werden sollte, als er nach New York auf Urlaub fuhr. Es befindet sich bei den Akten. Ich weiß nicht, ob der Herr Referent wünscht, daß es verlesen wird.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Es ist bei den Akten in englischer Sprache. Es scheint mir nach den Akten keine

entscheidende Rolle zu spielen. Ich habe es deswegen in meinem Referat nicht erwähnt.

Vorsitzender: Ist Ihre Auffassung die gleiche oder ist noch etwas darüber zu sagen?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich möchte meinen, daß nach meiner Erinnerung — ich spreche nach der Erinnerung — gerade dies Memorandum dasjenige war, das am tiefsten Eindruck auf Amerika gemacht hat.

Vorsitzender: Dann bitte ich, nach Ihrer Erinnerung so viel auszusagen, wie Sie über dies Memorandum sagen können.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. **Sinzheimer:** Es ist hier!

Vorsitzender: Vielleicht kann es in englischer Sprache vorgelesen werden.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Darf ich noch die Einzelheiten dazu geben. Herr Gerard fuhr nach Amerika auf Urlaub. Vor seiner Abreise hatte der Kaiser ein Memorandum aufgesetzt, in welchem er, soviel ich aus dem Kopfe weiß — —

Vorsitzender: Darf ich es Ihnen hier zur Verfügung stellen! Es ist in englischer Sprache. Vielleicht wird es gleich übersetzt.

(Zuruf: Das Datum!)

Berichterstatter Abgeordneter Dr. **Sinzheimer:** Es ist am 9. Oktober durchgegangen!

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ja, am 9. Oktober. Es war, wie mir mitgeteilt wurde, von Seiner Majestät selbst geschrieben und sollte Herrn Gerard daran erinnern, daß er in Charleville damals in Aussicht gestellt hätte, daß der Präsident den Frieden vermitteln wollte. Es lautet:

> Eure Exzellenz haben Seiner Majestät bei Ihrer Unterredung in Charleville im April gesagt, daß Präsident Wilson gegen Ende des Sommers bereit sein würde, seine guten Dienste anzubieten, um den Frieden herbeizuführen. Die deutsche Regierung hat keine Information, ob der Präsident noch an dieser Idee festhält, und in bezug auf das Datum, an welchem er diesen Schritt unternehmen will. Inzwischen hat aber die Führung des Krieges eine solche Form angenommen, daß die deutsche Regierung die Zeit voraussieht, in welcher sie genötigt sein wird, ihre Freiheit wiederzugewinnen, welche sie sich in der Note vom 4. Mai vorbehalten hat, und daß dadurch ein Schritt des Präsidenten verhindert werden könnte. Die deutsche Regierung glaubt,

daß es ihre Pflicht sei, dieses Eurer Exzellenz mitzuteilen für den Fall, daß Sie es für möglich halten sollten, die beabsichtigte Aktion des Präsidenten zu beschleunigen, damit sie nicht so spät in dem Jahre stattfinde.

So ist die Uebersetzung des Englischen. — Dieses Memorandum sollte Herrn Gerard mitgegeben werden, als er nach New York fuhr. Er war aber bereits abgereist, und da ist es mir nach Washington telegraphiert worden. Ich sollte es, wenn ich es für opportun hielte, Herrn Gerard geben, ich wäre aber frei, das Memorandum auch anders zu behandeln. Ich habe es damals aus persönlichen Gründen, auf die ich vielleicht nicht einzugehen brauche, nicht Herrn Gerard, sondern Herrn Oberst House gegeben, der es dem Präsidenten übermittelt hat. Dieses Memorandum ist auch später hier einmal in der Presse erwähnt worden. Es ist dann von Washington aus in einem offiziösen Zeitungskommuniqué anerkannt worden, daß das Memorandum an den Präsidenten gelangt wäre. In den Unterredungen, welche hierauf folgten, wurde mir immer wieder betont, daß vor der Wahl des Präsidenten keine Möglichkeit wäre, einen Friedensschritt zu tun. Die Wahl fand am 7. November statt.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Einen Moment darf ich unterbrechen! Herr Graf Bernstorff sagte, daß dieses Memorandum den größten Eindruck in Amerika gemacht habe!

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Den größten Eindruck auf die Regierung. Die Öffentlichkeit wußte nichts davon.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Vielleicht ist Graf v. Bernstorff in der Lage, zu sagen, nach welchen Richtungen sich dieser Eindruck bekundet hat.

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Insofern, als von diesem Augenblick an die feste Überzeugung in Amerika bestand, daß die deutsche Regierung bereit sein würde, eine Vermittlung Wilsons anzunehmen. In dieser Beziehung ist es wichtig gewesen.

(Zuruf: Von welchem Datum war es?)

Vorsitzender: Das Memorandum ist vom 9. Oktober. — Bitte, fortzufahren!

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Am 7. November fand die W a h l statt, die so außerordentlich unsicher ausfiel, daß am ersten Abend in New York der Glaube herrschte, daß die republikanische Partei gesiegt hätte. Es hing so an einem Faden, daß noch acht Tage nachher nicht bestimmt war, welche Partei gesiegt hatte, da ganz genaue Auszählungen in einigen der westlichen Staaten vorgenommen werden mußten. Ich gehe auf diese Einzelheit ein, weil

sich dadurch erklärt, daß Präsident Wilson vor dem 15. November überhaupt nicht in der Lage war, einen Friedensschritt zu tun.

Präsident Wilson hat dann, wie ich vertraulich erfuhr, die Friedensnote, die er am 18. Dezember absandte, ungefähr am 15. oder 16. November geschrieben, hat sie aber noch nicht abgesandt, sondern in seinem Tische behalten, weil damals in Amerika wieder eine antideutsche Woge über das Land ging wegen der belgischen Deportationen. Mir sagte damals der Oberst House, daß der Weg des Friedensvermittlungsangebots nicht beschritten werden könnte, weil es bei der gegenwärtigen Stimmung der Präsident vor der öffentlichen Meinung nicht verantworten könne.

Abgeordneter Dr. Cohn: Wann war denn diese Mitteilung des Obersten House?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Das wird aus einem meiner Telegramme zu ersehen sein. Es wird Mitte November gewesen sein.

Vorsitzender (nach Einsicht in die Akten): Jawohl, am 15. November.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich weiß nicht, ob solches Telegramm bei den Akten ist. Ich teile es aus dem Gedächtnis mit.

Abgeordneter Dr. Cohn: Ist es das etwa: Nr. 36, 4. Dezember. „Nach Lansing wird Friedensvermittlung durch belgische Deportation hinausgeschoben." Bernstorff an Auswärtiges Amt vom 1. Dezember, Nr. 36, auf Seite 6 oben.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Seite 53 vom 21. November:

> Wilsons Gründe sind die folgenden: Er glaubt, seine Vermittlung nur eintreten lassen zu können, wenn die hiesige öffentliche Meinung uns gegenüber so günstig bleibt, wie sie in den letzten Monaten gewesen ist. Deshalb beklagt er auch die sogenannten belgischen Deportationen.

Vorsitzender: Soll das noch weiter verlesen werden, damit sich ein vollkommenes Bild ergibt? Die ganze Antwort ist doch sehr wesentlich. Exzellenz haben es wohl in Ihrem Besitz. Ich bitte, es von Anfang an zu verlesen.

Zeuge Graf v. Bernstorff:

> Wilson beauftragt House spontan, mir streng vertraulich zu sagen, daß er möglichst bald in Friedensvermittlung Schritte tun wolle, vermutlich zwischen jetzt und Neujahr. Er macht indes zur Bedingung, daß bis dahin bei uns möglichst wenig von Friedensvermittlung gesprochen und geschrieben wird, um vorzeitige Ablehnung seitens unserer Feinde zu verhindern, und daß wir ferner U-Boot-Krieg

strengstens nach unseren Versprechungen führen und keine neuen Kontroversen aufkommen lassen. Wilsons Gründe für obige Bedingungen sind die folgenden. Er glaubt, seine Vermittlung nur eintreten lassen zu können, wenn die hiesige öffentliche Meinung uns gegenüber so günstig bleibt, wie sie in den letzten Monaten gewesen ist. Deshalb beklagt er auch die sogenannten belgischen Deportationen.

Vorsitzender: Exzellenz, ich werde, um Ihre Stimme zu schonen, in der Verlesung fortfahren:

> Jede neue U-Boot-Kontroverse würde die Stimmung hier wieder gegen uns verschlechtern, während, wenn diese Frage ausgeschaltet werden kann, die Spannung mit England sich verschärfen wird. Die britische Antwort hinsichtlich der schwarzen Listen und die englischen Preßäußerungen über die Wahl Wilsons haben hiesige Regierungskreise sehr verstimmt. Durch die U-Boot-Frage wird diese Verstimmung aber immer wieder auf uns abgelenkt. Wilson zögert noch, Friedensvermittlung eintreten zu lassen, weil Staatsdepartement eine Ablehnung seitens unserer Feinde erwartet, während House stark drängt und hoffnungsvoll ist. Ich habe ihn weisungsgemäß nach Möglichkeit ermutigt, indem ich ihm sagte, daß m. E. unsere Feinde gar nicht ablehnen könnten, in Verhandlungen zu treten, und weiter beabsichtigt Wilson nichts. House schien wir sehr dadurch beeindruckt, daß ich ihn daran erinnerte, wie die englische Regierung während des ganzen Krieges immer durch lügnerische und diplomatische Künste versucht hätte, die öffentliche Meinung auf ihre Seite zu bringen. Dieses durch Lug und Trug aufgebaute Kartenhaus würde sofort zusammenbrechen, wenn unsere Feinde jetzt Verhandlungen ablehnten und dadurch ihre Eroberungsgelüste offen zugeben müßten. Ich fürchtete viel eher, daß England zum Schein auf Verhandlungen eingehen und in diesen versuchen würde, uns ins Unrecht zu setzen. Ich wählte diese Argumentation, weil Wilson vor allem die Demütigung der Ablehnung fürchtet. Wenn es überhaupt zu Verhandlungen, selbst zu erfolglosen, kommt, so hat Wilson größten Erfolg zu verzeichnen.

Ich glaube, der Schluß ist unwesentlich, und die weitere Verlesung kann unterbleiben.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Darf ich eins dazu bemerken? Was Sie eben anführten, wird durch ein Telegramm vom 1. Dezember ergänzt. Ich darf den darauf bezüglichen Teil Ihres Telegramms, hier eingegangen am 4. Dezember, verlesen:

> Lansing sprach mir besonders eindringlich von dem amerikanischen Protest bezüglich der belgischen Deportierten. Durch diesen werde die gesamte belgische Hilfsaktion gefährdet, ferner werde hiesige Stimmung wieder vergiftet, und zwar gerade im Augenblick, wo es so aussehe, als ob Friedensverhandlungen begonnen werden könnten. Lansing sprach Ansicht aus, daß, wenn Kaiserliche Regierung einen Weg finden könnte, um in belgischer Frage den Protesten des neutralen Auslandes nachzugeben, dies hier einen gewaltigen Eindruck zu unseren Gunsten hervorrufen, und daß es wahrscheinlich gleich darauf möglich sein werde, den Beginn von Friedensverhandlungen vorzuschlagen. Bisher sei leider immer etwas dazwischen gekommen.

Ich muß nunmehr auf weitere Instruktionen in der Friedenssache zurückgreifen, die an Sie vor der Absendung Ihres Telegramms von hier aus ergangen waren. Ich möchte da zunächst darauf aufmerksam machen, daß am 26. September durch den Herrn Reichskanzler v. Bethmann Hollweg eine Instruktion an Sie ergangen ist. Darin wird darauf hingewiesen, daß sich die Marine von dem unbeschränkten U-Boot-Krieg schnellen Erfolg verspreche, der England in wenigen Monaten dem Friedensgedanken geneigter machen würde, daß aber die Gesamtlage sich ändern würde, falls Wilson, seinen angedeuteten Absichten folgend, den Mächten einen Friedensvermittlungsvorschlag macht. Eine diesbezügliche Aktion müßte aber bald erfolgen. Und nun fährt der Herr Reichskanzler wörtlich fort:

> Eure Exzellenz wollen Angelegenheit mit Oberst House vorsichtig besprechen und die Absichten des Herrn Wilson in Erfahrung bringen. Eine Friedensaktion des Präsidenten, die nach außen hin spontan erscheinen müßte, würde bei uns ernsthaft in Erwägung gezogen werden, und dies würde ja auch für die Wahlkampagne Herrn Wilsons schon einen Erfolg bedeuten.

Diese Instruktion vom 26. September wird ergänzt durch eine Instruktion des Herrn Reichskanzlers vom 14. Oktober, und das ist die Antwort auf Ihre Mitteilung, daß jetzt Wilson die Friedensvermittlungsaktion mit Rücksicht auf den Balkan nicht machen könne; es bedürfe eines besonderen Antrags auf Friedensvermittlung. Darauf erwiderte der Herr Reichskanzler:

> Ausdrücklicher Antrag auf Friedensvermittlung Wilsons nach wie vor wegen bisheriger Begünstigung der Entente und nach letzter Rede Asquiths und Lloyd Georges unmöglich. Spontaner Friedensappell, zu dem ich ihn weiter zu ermutigen bitte, würde von uns gern angenommen werden.

Abgeordneter Dr. Cohn: Wann ist das?

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Das ist am 14. Oktober. — Nun kommt das, was ich im Referat erwähnt habe. Es heißt nämlich weiter:

> Wenn er allein den Entschluß nicht finden kann, sollte er sich mit Papst, König von Spanien und europäischen Neutralen in Verbindung setzen.

Das war die Instruktion des Herrn Reichskanzlers. Darauf erwiderten Sie: Eine solche Gesamtaktion ist nach amerikanischer Auffassung nicht möglich, in Frage komme nur eine Aktion Wilsons.

Nun darf ich noch Mitteilung machen von einem Privatbriefe, den der Herr Staatssekretär v. J a g o w an Sie am 20. November gerichtet hat. Darin schreibt er:

> Wie Sie aus Ihren anderweitigen Instruktionen ersehen haben, stehen wir den Friedenstendenzen des Präsidenten Wilson nach wie vor sympathisch gegenüber. Seine darauf gerichtete Tätigkeit ist nachdrücklich zu ermutigen. Natürlich darf aber seine Vermittlungstendenz nicht auf konkrete Vorschläge hinauslaufen (weil diese uns doch ungünstig wären).

Aber schon am 16. November war Ihnen angedeutet worden, daß anderweite Schritte in der Friedensfrage unternommen werden sollen, und am 22. November — zwei Tage nach dem Jagow-Brief — wird Ihnen mitgeteilt, daß wir mit unseren Verbündeten demnächst unsererseits ankündigten, in Friedensverhandlungen einzutreten. Am 24. November geht hier ein Telegramm von Ihnen ein, das folgenden Wortlaut hat:

> Bitte dringend, keinerlei Änderung im U-Boot-Krieg eintreten lassen, bis entschieden, ob Wilson in Friedensvermittlung eintreten wird. Ich halte dies für nahe bevorstehend.

Dieses Telegramm vom 24. November findet eine wichtige Ergänzung in einem t e l e g r a p h i s c h e n B e r i c h t, der am 2 5. N o v e m b e r hier eingeht, und der mir wichtig zu sein scheint. Hierin heißt es wörtlich:

> Wilson beauftragte House spontan, mir streng vertraulich zu sagen, daß er möglichst bald in Friedensvermittlung Schritte tun wolle, vermutlich zwischen jetzt und Neujahr. Er macht indes zur Bedingung, daß bis dahin bei uns möglichst wenig von Friedensvermittlung gesprochen und geschrieben wird, um vorzeitige Ablehnung seitens unserer Feinde zu verhindern, und daß wir ferner U-Boot-Krieg strengstens nach unseren Versprechungen führen und keine neuen Kontroversen aufkommen lassen.

Das war also unmittelbar vor unserer Friedensaktion am 12. Dezember.

Vorsitzender: Ich bitte nun, Exzellenz, zu dem, was soeben der Herr Referent vorgetragen hat, Stellung zu nehmen, damit durch Ihre eidliche Zeugenaussage dies eine Bestätigung findet oder nicht.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich habe diese Instruktionen alle immer mit Oberst House besprochen und erwartete, daß die Friedensaktion jedenfalls im Laufe des Dezember erfolgen würde, als ich die Nachricht erhielt, daß die Kaiserliche Regierung beabsichtigte, selbst einen Schritt zu tun. Ich habe aber niemals eine Instruktion bekommen — ich habe auch jetzt die Akten danach durchgesucht, ich habe keine bekommen —, daß die bis zum 25. November aus Berlin datierende Instruktion, Wilson zu ermutigen, aufgehoben wäre. Ich habe also bis zuletzt geglaubt, daß wir zwar nicht wünschten, daß Wilson sich in die Verhandlungen über die territorialen Fragen mischen sollte, daß wir auch nicht wünschten, daß Wilson auf der Friedenskonferenz über die europäischen Fragen mit uns sitzen sollte, sondern daß eine zweite Konferenz sämtlicher Staaten der Welt stattfinden sollte, wo die Wilson besonders am Herzen liegenden Fragen, wie Völkerbund, Schiedsgericht usw., verhandelt, während die territorialen und sonstigen europäischen Fragen unter den Kriegführenden geregelt werden sollten. Ich habe daher alle späteren Instruktionen so aufgefaßt, daß ich immer wieder nur betonen sollte, daß wir diese Grundsätze hätten. Auf diese ist Wilson immer eingegangen. Er hat niemals verlangt, an der ersten Friedenskonferenz beteiligt zu sein, hat aber gesagt: ich glaube nicht, daß eine solche Konferenz zustande kommen wird, wenn ich nicht die Möglichkeit habe, sie zusammenzubringen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Sie sagten eben: Mir ist nie eine Instruktion zu jener Instruktion vom November zugegangen, wonach der Auftrag, Wilson zur Herbeiführung einer Friedensaktion zu ermutigen, zurückgezogen worden wäre. Das ist richtig. Das Gegenteil ist sogar richtig. Sie wurden von neuem ermuntert, weiter vorzugehen. Ich mache auf eine *Instruktion des Herrn Staatssekretärs Zimmermann vom 26. November* aufmerksam, worin es wörtlich heißt:

> Friedensaktion Wilsons würden wir unserer im Telegramm Nr. 116 vom 22. November erwähnten Aktion vorziehen. Hierfür jedoch unbedingt erwünscht, daß Wilson sich zu baldigem Handeln, womöglich bei Eröffnung des Kongresses oder unmittelbar nachher, entschließt.

Die Eröffnung des Kongresses hat, soviel ich mich erinnere, Mitte Dezember stattgefunden. Also die Friedensaktion Wilsons sollte fortgesetzt werden, trotzdem unsere Absicht, eine eigene

Friedensaktion zu machen, damals schon feststand. Wir werden dazu jedenfalls Herrn Staatssekretär Zimmermann hören müssen.

Vorsitzender: Jedenfalls wünschte Wilson immer noch, den Friedensanreger zu spielen, wie Sie das auch in den Berichten zum Ausdruck bringen.

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Den Friedensanreger für die konkreten Friedensbedingungen, und dann sollte eine zweite Konferenz stattfinden, welche sich mit den allgemeinen Fragen beschäftigen sollte.

Abgeordneter Dr. **Spahn:** Ist der Oberst House vom Wortlaut dieser Instruktionen, die Sie bekommen haben, fortlaufend in Kenntnis gesetzt gewesen, so daß er selbst ein eigenes Urteil darüber hatte, ob eine Schwankung in Berlin eingetreten war oder nicht?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Er ist fortlaufend von mir über meine Instruktion unterrichtet worden, aber allerdings nicht in irgendwelcher Weise, daß wir die Friedensvermittlung Wilsons nicht mehr wünschten. Das habe ich ihm niemals gesagt.

Abgeordneter Dr. **Spahn:** Also der Wortlaut selbst ist ihm nicht immer mitgeteilt worden, so daß er nicht ein eigenes Urteil aus dem Wortlaut gewinnen konnte?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Nein!

Vorsitzender: Ich bitte, fortzufahren.

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Als bekannt darf ich voraussetzen, daß unser Friedensangebot erfolgte und daß darauf die Note von Herrn Wilson abgesandt wurde. Nach dieser Note habe ich einen Besuch bei Lansing gemacht, um ihn zu fragen, wie sie sich den modus procedendi dächten, und dann findet sich in den Akten ein Telegramm von mir, wo ich sage, daß in Amerika der Hauptnachdruck darauf gelegt würde, daß beide Teile die Friedensbedingungen nennen sollten, und zwar ist in dem Telegramm der Ausdruck „Clearing house" gebraucht worden.

Abgeordneter **Katzenstein:** Ich möchte gern wissen, ob das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember bei der amerikanischen Regierung als eine Unterstützung oder als eine Gefährdung ihrer Friedensaktion aufgefaßt worden ist.

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Es wurde als Gefährdung angesehen.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Durch Inhalt oder Form?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Es wurde als Gefährdung angesehen — das hat mir Oberst House im Auftrage des Präsidenten

gesagt, weil man in Amerika unseren Friedensschritt als Schwäche unsererseits ansah.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer**: Gerard soll sich hier geäußert haben, daß das eine ausgezeichnete Aktion sei. Gerard soll auch mit der weiteren Behandlung zufrieden gewesen sein.

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Ich kann mir das nicht vorstellen, weil Gerard nach meiner Erinnerung noch in Amerika war.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer**: Die Akten enthalten eine solche Äußerung. Aber ich sehe, sie bezieht sich auf unsere Antwortnote vom 26. Dezember, die noch nicht hierher gehört.

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Ja, unsere Antwort! Ich spreche von unserem Friedensangebot. Damals war er noch nicht zurück.

Vorsitzender: Und dieses Friedensangebot vom Dezember betrachten Sie als eher die Friedensaussicht gefährdend?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Ich sage nur, daß in Amerika diese Auffassung als die Auffassung Wilsons und des Obersten House angesehen wurde.

Vorsitzender: Jawohl! Es ist nicht Ihre private Ansicht, sondern eben die Ansicht der öffentlichen Meinung in Amerika gewesen.

Sachverständiger Dr. **Bonn**: Ich möchte folgende Fragen stellen: Wann haben Euer Exzellenz Mitteilung davon erhalten, daß unser Friedensschritt stattfinden werde, und wann hatten Sie ihn mitgeteilt?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Nach den Akten sind zwei Telegramme da. Das eine, wenn ich nicht irre, vom 26. November.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. **Sinzheimer**: Vom 16. November! Das Telegramm von Staatssekretär Jagow lautet:

> Läßt sich übersehen, ob Präsident in Friedensvermittlung Schritte unternehmen will, eventuell welche und wann? Frage wichtig zur Beurteilung etwaiger anderweiter Schritte in gleichem Sinn.

Das ist die erste Andeutung, die nach Amerika gedrahtet wird, was unser Friedensangebot vom 12. Dezember betrifft. Die Mitteilung, daß der Friedensschritt bevorsteht, kommt erst am 9. Dezember. Da telegraphiert Unterstaatssekretär v. Stumm, daß die Friedensaktion gemacht werde.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Es kommt auch noch ein Telegramm vom 22. November in Betracht.

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Wenn diese Daten richtig sind, haben Sie also keine Zeit gehabt, in Berlin darauf aufmerksam zu machen, daß unter Umständen unser deutsches Friedensangebot, das Ihnen am 9. mitgeteilt wurde, sehr störend auf die amerikanische Aktion einwirken könne. Das ist doch, wenn ich richtig verstehe, die Frage, um die es sich im Augenblick handelt.

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Soweit ich mich entsinne, habe ich keine Zeit mehr gehabt, hinüber zu telegraphieren. Aus den Akten müßte sich das Nähere ergeben, aber ich kann mich nicht entsinnen, daß ich einen Schritt gegen unseren Friedensschritt getan hätte.

Abg. Dr. **Cohn:** Am 22. November soll noch ein Telegramm von Jagow ergangen sein, worin Ihnen mitgeteilt wird, daß ein Friedensangebot der Zentralmächte in Aussicht genommen sei. Vielleicht läßt der Herr Vorsitzende das wörtlich verlesen.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. **Sinzheimer:** Ich habe vorhin versäumt, darauf hinzuweisen, daß, abgesehen von der allgemeinen Mitteilung vom 16. November, Ihnen am 22. November vom Staatssekretär v. Jagow ausdrücklich folgendes mitgeteilt worden ist:

> Ganz geheim!
>
> Zu Euerer Exzellenz ausschließlichen persönlichen Information. Sofern günstige militärische Lage es gestattet, beabsichtigen wir, mit unseren Verbündeten demnächst Bereitwilligkeit unsererseits anzukünden, in Friedensverhandlungen einzutreten.

Das ist hier am 22. November abgesandt worden. Sie müssen es erhalten haben. Denn am 25., Herr Graf, antworten Sie — das scheint mir wichtig zu sein —:

> Wilson beauftragte House spontan, mir streng vertraulich zu sagen, daß er möglichst bald in Friedensvermittlung Schritte tun wolle, vermutlich zwischen jetzt und Neujahr. Er macht indes zur Bedingung, daß bis dahin bei uns möglichst wenig von Friedensvermittlung gesprochen und geschrieben wird, um vorzeitige Ablehnung seitens unserer Feinde zu verhindern. . . .

Ich muß Sie fragen: Was heißt das „von Friedensvermittlung soll nicht gesprochen werden“, heißt das, daß nur von der Friedensvermittlung Wilsons nicht gesprochen werden solle, oder überhaupt nicht von Friedensvermittlung? Es scheint mir wichtig, festzustellen, ob wir trotz der Bitte Amerikas, zu schweigen, das Friedensangebot gemacht haben.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Es wird auch aus anderen Berichten und Telegrammen hervorgehen, daß die Amerikaner immer auf dem Standpunkt standen, daß eine Friedensvermittlung nur gelingen könnte in einem Augenblick, wo Deutschland besonders stark wäre, denn sonst würde die Entente nicht annehmen, und infolgedessen wurde mir immer von amerikanischer Seite gesagt, ich möge doch zu Hause Einfluß dahin ausüben, daß bei uns weder in der Presse, noch von der Regierung aus irgendwie vom Frieden gesprochen würde; denn jedesmal, wo überhaupt von uns über den Frieden die Rede wäre, würde die Möglichkeit für Wilson, den Frieden zu vermitteln, gestört.

Abgeordneter Katzenstein: Die Auskunft des Herrn Grafen ist deshalb besonders interessant, weil bisher wohl die Meinung geherrscht hat, daß das deutsche Friedensangebot durch den stolzen Ton, den es angeschlagen habe, durch die Aufzählung der deutschen Erfolge bei den feindlichen Mächten abschreckend gewirkt habe. Nun sagen Sie, Herr Graf, umgekehrt, es habe in Amerika überhaupt durch die Tatsache, daß die Friedensbereitwilligkeit festgestellt wurde, den Eindruck der Schwäche erweckt. Ich möchte doch bitten, das einmal festzustellen.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich kann mich genau auf die Unterredung entsinnen, die ich nach unserem Friedensangebot mit House hatte, wo er sein besonderes Bedauern darüber aussprach, daß wir einen Friedensschritt getan hätten, weil er glaubte, daß das die Wilsonsche Friedensvermittlung stören würde, weil er als Schwäche betrachtet würde, daß aber Wilson vielleicht trotzdem doch noch seinen Friedensschritt tun würde und daß er die Absicht hätte, Wilson zu ersuchen, es zu tun. Es erfolgte ja dann auch zur großen allgemeinen Überraschung in Washington der Wilsonsche Friedensschritt vier oder fünf Tage nach dem unsrigen.

Abg. Dr. Sinzheimer: Am 18! — Sie haben bei einem späteren Telegramm vom Januar über das Friedensangebot vom 12. Dezember sich ausgesprochen. Sie teilen mit, daß man es in Amerika nicht ernst genommen habe, weil es ohne konkrete Friedensbedingungen erfolgt sei. Würden Sie sich darüber aussprechen, ob diese Bemerkungen in Ihrem Telegramm richtig sind? Es fällt, wie gesagt, in eine spätere Zeit, in den Januar. Aber da berichten Sie über den Eindruck, den Amerika von diesem Friedensangebot gewonnen hat.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich glaube, daß die letzte Äußerung sich nur auf die öffentliche Meinung bezieht, nicht auf die Regierung, und die öffentliche Meinung war ja ständig durch die Telegramme, die von London kamen, sehr stark beeinflußt; denn es war immer nur möglich, unsere Nachrichten in die Presse zu bringen, nachdem die Londoner Telegramme bereits ihre Wirkung aus-

geübt hatten, sodaß also ständig eine starke Beeinflussung der amerikanischen Presse von London aus geschah.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Aber die Frage ist wohl wesentlich: Wollen Sie sich darüber noch einmal äußern, ob unser Friedensangebot vom 12. Dezember als eine Durchkreuzung von Wilsons Absichten angesehen worden ist oder nicht.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Als Durchkreuzung nicht, aber als Erschwerung. Als Durchkreuzung nicht, denn sonst würde Wilson nicht mehr seine Friedensaktion gemacht haben.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Haben Sie die Regierung oder Herrn Oberst House nicht informiert: Aus den und den Gründen erfolgte ein deutsches Friedensangebot; oder kam das ganz unerwartet?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich muß aus dem Gedächtnis antworten. Aber soviel ich weiß, habe ich mit Oberst House über unser Friedensangebot nicht gesprochen, weil es mir als ausschließlich persönlich mitgeteilt war, und soviel ich mich entsinne, stand auch in dem Telegramm drin, es hinge von der militärischen Lage ab, sodaß also bis zum letzten Momente nicht zu wissen war, wann das kommen würde.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Haben Sie das so aufgefaßt, daß Sie überhaupt keine Mitteilung machen dürften?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich habe überhaupt nicht davon gesprochen.

Sachverständiger Dr. Bonn: Es handelt sich um 2 getrennte Fragen: Einmal, ob Sie mit dem Obersten House vor dem 12. Dezember über die Sache gesprochen haben. Das durften Sie ja nicht, das ist ganz klar! Und zweitens, ob Sie nach dem 12. Dezember mit ihm gesprochen haben, um festzustellen, welchen Eindruck das deutsche Angebot gemacht habe. Diese Frage hatten Sie ja vorhin bereits beantwortet. Es handelt sich, glaube ich, um zwei ganz getrennte Dinge.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Zwischen dem 12. und 18. Dezember habe ich mit House über das deutsche Friedensangebot gesprochen. Ich kann mich auf das Datum nicht genau besinnen, es ist auch aus den Akten nicht zu ersehen. Aber gesprochen habe ich mit ihm darüber; das weiß ich genau, weil ich mich vollkommen genau auf die Unterredung entsinne, wo er mir sagte, daß Präsident Wilson nach seiner Ansicht hoffentlich trotzdem mit seinem Friedensschritte herauskommen würde.

Abgeordneter Dr. Cohn: Herr Graf, Sie sagten vorhin, daß Ihnen Oberst House gesagt habe, Amerika oder er persönlich

fasse das Friedensangebot vom 12. Dezember als geeignet auf, den Eindruck der Schwäche zu erwecken. Hat Ihnen Oberst House oder ein anderer offizieller Mann etwas über den Eindruck gesagt, den das Friedensangebot vom 12. bei den Ententemächten gemacht hat, nicht bei der öffentlichen Meinung, sondern bei den Ententeregierungen selbst?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich wüßte mich nicht an eine besondere Bemerkung zu erinnern, die ich zitieren könnte.

Abgeordneter Dr. Cohn: Noch eine Frage! Haben Sie den Eindruck bekommen, als ob man auf amerikanischer Seite, sei es bei wem immer, mit dem Friedensangebot vom 12. Dezember unzufrieden gewesen sei, ich möchte sagen, mehr aus einem Prestigegrunde heraus, daß wegen des deutschen Friedensangebotes ein etwaiges Friedensangebot von Wilson nicht so in der Welt aufgenommen werden könnte, weil es eine konkurrierende Aktion sei?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich habe damals den Eindruck gehabt, daß die amerikanische Regierung entschieden enttäuscht war, weil ihr dadurch der erste Schritt vorweggenommen wurde.

Sachverständiger Dr. Bonn: Ich glaube, es handelt sich auch hier wieder um zwei getrennte Fragen: Einmal, was Sie vorhin berichteten, daß Oberst House Ihnen mitteilte, wir sollten kein Friedensangebot machen, weil das als Zeichen der Schwäche aufgefaßt würde. Das war doch vor dem 12. Dezember. Das war eine Warnung, wir sollten die amerikanische Aktion ruhig laufen lassen. Nach dem 12. Dezember hat Oberst House, wenn ich recht verstanden habe, Ihnen nicht gesagt: Das deutsche Friedensangebot, das jetzt erlassen worden ist, wird von uns als Zeichen der Schwäche aufgefaßt. Oder hat er Ihnen das gesagt?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Er hat mir doch einmal bei der Unterredung zwischen dem 12. und dem 18. gesagt, daß die Friedensaktion Wilsons dadurch gestört würde, daß bei der Entente die Auffassung bestände, daß wir das Friedensangebot nicht gemacht haben würden, wenn wir nicht den Frieden sehr notwendig brauchten.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Herr Graf v. Bernstorff hat sich darüber in einem Telegramm vom 14. Januar 1917 ausgesprochen. Da schreiben Sie:

> Die öffentliche Meinung beschäftigt sich hauptsächlich mit der Frage, warum der Präsident seine Note gleich nach dem deutschen Friedensangebot absandte. Bekanntlich war die Note schon seit längerer Zeit vorbereitet und wäre wohl auch ohne unser Vorgehen zu Weihnachten abgeschickt

> worden, obgleich dies bei dem zaudernden Naturell Wilsons, der alle Fragen gern dilatorisch behandelt, nicht so unbedingt sicher ist. Ich glaube, das Hauptmotiv des Präsidenten war sein dringender Wunsch, die Vermittlerrolle zu übernehmen — eine Aussicht, die gefährdet erschien, wenn unsere Feinde auf direkte Verhandlungen mit uns eingegangen wären. Hierdurch dürfte sich die Wahl des Zeitpunktes erklären, welche Wilson von unseren Gegnern besonders übel genommen wird.

Sie sagen dann noch, Wilson würde als Parteigänger der deutschen Politik von den deutschfeindlichen Blättern angesehen, weil er im Anschluß an unsere Note mit seiner Friedensvermittlung hervorgetreten sei.

Vorsitzender: Wollen Sie noch mal Stellung nehmen?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich habe nichts Besonderes mehr zu sagen.

Abgeordneter Dr. Cohn: Es soll eine Note von Staatssekretär Zimmermann am 1. Dezember ergangen sein, die vielleicht nachher noch vorgetragen werden kann. Darin sollen Sie angewiesen sein, darauf hinzuweisen, daß die Friedensvermittlung Wilsons bald erfolgen müsse, da die Marine das Vorgehen gegen die bewaffneten Frachtdampfer fordere. Ist Ihnen das in Erinnerung?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ja!

Abgeordneter Dr. Cohn: Und können Sie sagen, was Sie darauf unternommen haben?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Genau kann ich das nicht — —

Abgeordneter Dr. Cohn: Vielleicht — entschuldigen Sie, daß ich unterbreche, Herr Graf — wird erst diese Note vom 1. Dezember verlesen. Es handelt sich um zwei Noten vom 1. Dezember, eine über „Mississippi“, und eine andere über Friedensvermittlung, von Zimmermann und Bernstorff.

Vorsitzender: Ich will die Note vollständig zur Verlesung bringen:

> Zu Eurer Exzellenz persönlichen Information! Marine verlangt dringend Revision amerikanischen Memorandums über bewaffnete Handelsschiffe vom 25. März, insbesondere Forderung, daß offensiver Charakter im Einzelfalle nachgewiesen werden müsse. Um Aufrollung Frage in Übereinstimmung mit Vorschlag Eurer Exzellenz zu vermeiden, müßte Wilsons Friedensaktion schnell einsetzen.

Abgeordneter Dr. Cohn: Welche Folgerungen haben Sie, Herr Graf, daraus gezogen?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Es ist sehr schwer, jetzt zu sagen, welche Folgerungen ich aus den einzelnen Telegrammen gezogen habe, da ich fortlaufend ständig mit Oberst House über diese Fragen verhandelt habe, sodaß ich jedenfalls, wenn ich eine Instruktion bekam, mich erneut zu ihm begab und mit ihm dieselbe besprach. Aber wenn nicht ein Telegramm vorhanden ist, das ein Antwort von mir enthält, so ist darauf nichts erfolgt, was von irgendeiner besonderen Bedeutung gewesen wäre.

Vorsitzender: Es wird noch einmal im Archiv nachgeforscht werden, ob sich noch ein Telegramm findet.

Abg. Dr. Cohn: Erinnern Sie sich Herr Graf, nachdem Sie von Herrn Staatssekretär Jagow zu Ihrer persönlichen Information, und nur zu Ihrer persönlichen Information diese Mitteilung erhalten haben, eine Friedensaktion der Zentralmächte stehe bevor, daß Sie im Hinblick auf Ihre Verhandlungen mit Wilson oder Oberst House hiergegen in Berlin vorstellig geworden sind und abgeraten hätten, im Moment eine Friedensaktion zu unternehmen, oder ob Sie nichts darauf getan und das eben nur entgegengenommen haben?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich glaube nicht, daß ich irgend etwas anderes getan habe, als, wie aus den Telegrammen hervorgeht, immer wieder gesagt, daß die Friedensvermittlung Wilsons jeden Tag zu erwarten wäre, und da ich gleichzeitig die Instruktion aus Berlin erhalten hatte, daß in Berlin die Wilsonsche Friedensvermittlung vorgezogen würde, so habe ich immer geglaubt, daß vielleicht doch noch die Wilsonsche vor der unsrigen erfolgen würde. Aber ich kann mich nicht entsinnen, daß ich ein besonderes Telegramm deshalb gesandt habe.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Darf ich noch eine Schlußfrage an Sie stellen, Herr Graf! Wir sind, wenn ich nicht irre, bis zum 12. Dezember gekommen. Wir würden also dann noch nicht gesprochen haben über unsere Antwort auf die Friedensvermittlungsnote des Herrn Wilson vom 21. Dezember.

Nun möchte ich Sie ganz allgemein fragen als Ergebnis: Haben Sie die Instruktionen, die Ihnen zugegangen sind, in dem Sinne aufgefaßt, daß Sie den Präsidenten Wilson — eventuell durch Oberst House — ermuntern oder beeinflussen sollten, eine Friedensaktion zu unseren Gunsten zu unternehmen?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ja!

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: War Wilson bereit, diesen Wünschen Rechnung zu tragen?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ja!

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: War er bereit, auf diese Wünsche innerhalb des Rahmens, der Ihnen gesteckt war — Nichteingehen auf territoriale Fragen, nur Friedenskonferenz über internationale Fragen, keine konkreten Vorschläge — einzugehen?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ja!

Vorsitzender: Dann werden wir die Vernehmung für heute abbrechen und morgen, weil es notwendig ist, sie möglichst im Zusammenhang zu Ende zu führen, die Vernehmung um 10 Uhr im selben Raum fortsetzen.

(Schluß der Sitzung 12 Uhr 30 Minuten.)





2. Sitzung des 2. Unterausschusses

Mittwoch den 22. Oktober 1919.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 20 Minuten durch den Vorsitzenden, Abgeordneten Warmuth, eröffnet.

Vorsitzender: Ich eröffne die Sitzung.

Bevor wir in die Verhandlungen eintreten, möchte ich einiges zu den Klagen bemerken, die in der Presse geführt worden sind über die Unzulänglichkeit des Raumes, in dem wir hier tagen; es seien viel zu wenig Plätze für Publikum und Presse vorhanden. Das ist durchaus zutreffend. Ich kann aber versichern, daß wir uns die größte Mühe gegeben haben, rechtzeitig einen Raum zu erhalten, der den berechtigten Forderungen von Presse und Publikum genügt hätte. Der Saal des Hauptausschusses konnte uns nicht zur Verfügung gestellt werden, weil räumliche Umarbeiten dazu notwendig geworden wären, die sich in wenigen Tagen wahrscheinlich als völlig überflüssig herausgestellt hätten, da wir, wie gesagt, auf der Suche nach einem anderen Raum waren, der allen Erfordernissen durchaus gerecht geworden wäre. Ich darf weiter erklären, daß wir die größte Aussicht haben, bereits für die nächste Sitzung einen solchen besseren Raum — es ist der Plenarsitzungssaal des Herrenhauses — zur Verfügung gestellt zu erhalten. Die Genehmigung des Staatsministeriums ist bereits vorhanden; es hängt nur noch von kleinen Formalitäten ab, daß uns dieser Raum übergeben wird. Völlig abwegig aber ist es — das möchte ich besonders hervorheben —, wenn ein hiesiges Blatt unserem Präsidenten Fehrenbach die Absicht unterstellt, er habe durch die Wahl dieses Raumes die möglichst große Verbreitung der Verhandlungsberichte verhindern wollen. Das ist durchaus unrichtig, ich weise das zurück. Unsere besten Absichten haben sich bisher durch die Widrigkeit der Verhältnisse nicht verwirklichen lassen.

Ich trete nunmehr in die eigentliche Verhandlung ein und gebe zunächst Herrn Dr. Quarck das Wort zu einer Frage, die er an Herrn Grafen v. Bernstorff zu richten beabsichtigt.

Abgeordneter Dr. Quarck: Herr Graf v. Bernstorff hat gestern im Verlaufe seiner Ausführungen die außerordentlich wichtige Bekundung getan — ich zitiere nach dem übereinstimmenden Bericht der Presse —, „Wilson hätte nicht mehr die Macht" — so habe es ihm House mitgeteilt —, „in der kritischen Periode 1916 England zu zwingen, den völkerrechtlichen Normen zu gehorchen, weil der

amerikanische Handel so sehr an die Entente gebunden wäre, daß Wilson unmöglich diese Handelsbeziehungen stören könne, ohne einen ungeheuren Sturm hervorzurufen". Das beweist mir die Gebundenheit Wilsons bei seinen Friedensbemühungen an die amerikanisch-europäischen Handelsbeziehungen, speziell an die Kriegshandelsbeziehungen zu England und Frankreich. Ich halte diesen Punkt für so ungeheuer wichtig zur Beurteilung des ganzen Verlaufs der Wilsonschen Friedensaktion, daß ich den Herrn Zeugen bitten möchte, uns Näheres über seine Ansicht bezüglich dieser Gebundenheit mitzuteilen, uns vielleicht aus seiner reichen Erfahrung, die er selbst bei der Vertretung der deutschen Interessen in Amerika gemacht hat, Proben für diese Vorgänge zu geben und dies näher zu erläutern.

Vorsitzender: Bitte, Herr Graf, darüber sich zu äußern!

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Ich habe diese Bemerkung gemacht, weil ich vorher mein Telegramm über die Unterredung mit dem Präsidenten Wilson nach der Lusitaniaversenkung erwähnt hatte. Von dieser Unterredung sagte ich, daß Wilson damals bereit gewesen wäre, für die Freiheit der Meere einzutreten, und sich sogar bestimmt dahin ausgesprochen hätte, daß er damals glaubte, diese Freiheit der Meere erreichen zu können. Er hatte aber damals als Voraussetzung die Forderung aufgestellt, daß wir den U-Boot-Krieg aufgeben sollten. Bekanntlich ist von dem Tage der Versenkung der „Lusitania" bis zu der Versenkung der „Sussex" und unserer nachherigen Einigung über den Sussexfall niemals in Amerika ein Moment gekommen, wo keine deutsch-amerikanische Kontroverse bestand. In dem ganzen Jahre vom 7. Mai 1915 bis zum 4. Mai 1916 folgte eine deutsch-amerikanische Kontroverse nach der andern. Jedesmal, wenn wir glaubten, irgend etwas drüben erreicht zu haben, geschah wieder eine Versenkung oder eine Verschärfung des U-Boot-Krieges, oder irgendein anderer Vorfall trat ein, der alle Verhandlungen in Amerika illusorisch machte. Während dieser Zeit hatte sich — das darf ich ebenso als bekannt voraussetzen — der gesamte amerikanische Handel auf die Entente eingestellt. Alle Bemühungen, die wir in Amerika machten, um zu erreichen, daß diejenigen amerikanischen wirtschaftlichen Kreise, besonders die Baumwollinteressenten, die vorher vorwiegend nach Deutschland exportiert hatten, sich regen sollten, kamen nachher nicht mehr in Betracht, weil die Ausfuhr in die Ententeländer so groß geworden war, daß schließlich nur dem Tropfen im Eimer zu vergleichen war, was sie an uns hätten verdienen können. Die Verhältnisse lagen also so, daß die amerikanischen Handelskreise durchweg ein Interesse daran hatten, ihren Handel mit der Entente aufrecht zu erhalten. Wenn Wilson so vorgegangen wäre, daß er diesen Handel gestört hätte, so würde er die öffentliche

Meinung in Amerika gegen sich gehabt haben. Ich erinnere daran, daß in unseren Verhandlungen Fälle vorgekommen sind, wo gesagt wurde, er möchte doch ein Embargo auf die Ausfuhr auflegen, und daß damals Wilson immer gesagt hat, das könne er einfach nicht, denn er könne nicht gegen die öffentliche Meinung auftreten. Dies spielte besonders eine Rolle nachher bei der Frage der bewaffneten Handelsschiffe. Es wurde damals gesagt, Wilson solle die bewaffneten Handelsschiffe aus den amerikanischen Häfen fernhalten und sie als Kriegsschiffe betrachten. Er hat das immer abgelehnt, weil er sagte, damit würde er den gesamten amerikanischen Handel brachlegen, da es andere als bewaffnete Handelsschiffe kaum mehr gab; die Amerikaner hatten bekanntlich damals keine Handelsflotte und waren auf die Handelsflotte der Entente angewiesen.

Ich glaube, daß ich damit das Wesentliche der Frage des Herrn Dr. Quarck beantwortet habe.

Sachverständiger Dr. Schäfer: Am 5. April des Jahres 1916 hat sich zum ersten Male der Herr Reichskanzler im Reichstag über die Kriegsziele ausgesprochen, und das ging in bezug auf Belgien dahin, daß Belgien nicht wieder ein Bollwerk in der Hand der Feinde gegen uns werden dürfte. Der Reichstagsabgeordnete Spahn hat, wohl als Vorsitzender der Zentrumsfraktion, nachher diese Darlegungen in der Erklärung zusammengefaßt, daß, wenn Belgien kein Bollwerk in der Hand der Feinde werden dürfe, das soviel heiße, daß Belgien politisch, militärisch und wirtschaftlich in unserer Hand liegen werde. Das war in derselben Zeit, wo der U-Boot-Krieg, wie die Erklärung der Regierung vom 14. März sagt, in verschärfter Form — der verschärfte U-Boot-Krieg ist in vollem Gange, wurde am 14. März verkündet — sich vollzog. Nun möchte ich gerne wissen, einmal, wie sich die amerikanischen politischen Autoritäten, speziell Wilson, zu diesen deutschen Forderungen gestellt haben. Das muß vor der Öffentlichkeit klargelegt werden, sofern der Herr Graf darüber Auskunft geben kann. Zweitens wäre an den Herrn Reichskanzler die Frage zu richten, — —

Vorsitzender: Diese Frage bitte ich zurückzustellen!

Sachverständiger Dr. Schäfer: Dann beschränke ich mich auf die Frage, wie sich die amerikanischen Autoritäten zu diesen deutschen Forderungen gestellt haben.

Sachverständiger Dr. Hoetzsch: Darf ich eine Ergänzungsfrage zu der vorigen Frage stellen: Herr Graf ist also der Ansicht, daß die Verschiebung der wirtschaftlichen Interessen nach England seitens Amerikas im Frühjahr 1916 bereits so stark war, daß Wilson nicht in der Lage war, gegen die öffentliche Meinung zu handeln?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Jawohl!

Vorsitzender: Darf ich bitten, eine Antwort auf die Ausführungen des Herrn Professor Hoetzsch bezw. des Herrn Geheimrat Schäfer zu geben.

Zeug Graf v. Bernstorff: Während des ganzen Krieges ist die belgische Frage diejenige gewesen, welche die Amerikaner am meisten interessiert und die amerikanische öffentliche Meinung in erster Linie gegen uns aufgebracht hat. Bis zur „Lusitania" war überhaupt in der ganzen antideutschen Propaganda in Amerika eigentlich von nichts anderem die Rede wie von Belgien. Ich zweifle nicht, daß die Amerikaner auch bei der Friedensvermittlung unter allen Umständen die Forderung der vollkommenen Wiederherstellung Belgiens gestellt hätten und daß sie niemals an etwas anderes gedacht haben als an diese Wiederherstellung und unter anderen Bedingungen niemals den Frieden vermittelt hätten.

Vorsitzender: Ich finde in den Akten eine ganze Reihe von Instruktionen, die an Sie ergangen sind, die sich gerade mit der belgischen Frage beschäftigen und die es Ihnen nahelegen, nach der Richtung zu wirken, daß Wilson überzeugt sein könnte, daß wir bei den späteren Friedensverhandlungen unbedingt von einer Annexion Belgiens nichts wissen wollten. Meinen Sie, daß dies allein dem Präsidenten Wilson genügt haben würde, wenn ihm dies vorgetragen worden wäre, oder ob er nun weiter etwas Positives besonders verlangt und zur Bedingung gemacht hätte, bei den Friedensverhandlungen überhaupt mitzuwirken, daß auch eine Wiederherstellung Belgiens zugesichert werden soll?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich glaube, daß er die Erklärung, daß wir Belgien nicht annektieren wollten, für den Beginn seiner Friedensvermittlung jedenfalls als genügend betrachtet hat. Sonst würde er die Senatsrede vom 22. Januar nicht gehalten haben.

Vorsitzender: Es war ihm also diese ausdrückliche Zusicherung, die vom Auswärtigen Amt in der belgischen Frage gekommen war, bekannt, und sie war für ihn zunächst jedenfalls genügend.

Abgeordneter Dr. Schücking: Wenn ich mich recht erinnere, hat uns der Herr Graf gesagt, daß im allgemeinen auch beim amerikanischen Volke Sympathien für eine Friedensvermittlung vorhanden gewesen sind, daß diese Sympathien für eine amerikanische Friedensvermittlung aber zeitweise immer wieder getrübt worden sind. Ich möchte den Herrn Grafen um Auskunft bitten, welche Ereignisse, abgesehen von der Ausübung des unumschränkten U-Boot-Krieges, Lusitania-Fall usw. und auch von der Deportation der Belgier, sonst noch eingetreten sind, die die amerikanische Stimmung in der Weise beeinflußt haben, daß das

amerikanische Volk an Sympathie für die Friedensvermittlung verlor.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Da wären allerdings Vorfälle zu nennen, die direkt mit der Frage der Friedensvermittlung, mit der wir uns hier befassen, nichts zu tun haben, wohl aber die Stimmung beeinflußt haben. Das sind die sogenannten deutschen Verschwörungen in den Vereinigten Staaten. Es ist von der feindlichen Propaganda behauptet und, wie ich annehmen muß, nach der Untersuchung des amerikanischen Senats als feststehend betrachtet worden, daß deutscherseits Verschwörungen in Amerika veranstaltet worden sind, welche sich nicht im Einklang mit den amerikanischen Gesetzen befanden.

Abgeordneter Dr. Cohn: Welcher Art waren denn diese Verschwörungen?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Nach meiner Auffassung hat es Verschwörungen nicht gegeben. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es irgend etwas, was den Ausdruck „Verschwörung" berechtigt erscheinen lassen würde, niemals gegeben hat. Es sind nur einzelne Handlungen vorgekommen, die tatsächlich mit den Gesetzen der Vereinigten Staaten nicht in Einklang zu bringen waren, mit denen wir aber drüben oder ich persönlich jedenfalls niemals etwas zu tun gehabt haben.

Abgeordneter Dr. Schücking: Stellen diese Vorfälle gemeine Verbrechen mit politischen Motiven, wie Brandstiftung usw., dar?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Die Verurteilungen in den sämtlichen Vorfällen haben stattgefunden, nachdem ich die Vereinigten Staaten verlassen habe. Sowohl die Verurteilungen der beiden betreffenden deutschen Konsuln wie des Herrn Rintelen und die meisten anderen haben erst nachher stattgefunden. Ich weiß also nicht, inwieweit diese Herren überführt worden sind oder nicht. Ich weiß allerdings, daß seitens einiger dieser Herren Sabotage getrieben worden sein soll. Inwieweit die Herren wirklich tatsächlich überführt worden sind, kann ich nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Cohn: Es ist in diesem Zusammenhange nach meiner Information wohl auch von seiten der Amerikaner behauptet worden, daß die Militärbevollmächtigten oder Marinebevollmächtigten, die Deutschland in Amerika hatte, an den von Ihnen soeben erwähnten oder anderen Akten gleicher Art beteiligt waren. Ist Ihnen bekannt, daß etwas Derartiges behauptet worden ist, und über die Richtigkeit der Behauptung selbst?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Die Behauptung kann ich durchaus bestätigen, indem der Herr Marineattaché und der Herr

Militärattaché auf Grund solcher Anklagen ausgewiesen worden sind, das heißt ihre Abberufung durch unsere Regierung wurde verlangt, und bei diesem Anlaß ist gesagt worden, daß diese Herren durch die Tätigkeit solcher Agenten kompromittiert worden seien.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Solcher Agenten! Was für Agenten?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Dann muß ich direkt auf den hauptsächlichsten Fall eingehen, der die Kompromittierung hervorgerufen hat: das ist der Fall der Entsendung eines Herrn Kapitänleutnants Rintelen.

Vorsitzender: Bitte, darauf noch einzugehen!

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Es erschien in New York eines Tages bei mir im Hotel, wo ich mich damals gerade aufhielt, ein Kapitänleutnant d. R. Rintelen. Ich fragte ihn, warum er mich besuche und was er in Amerika zu tun hätte, und darauf antwortete er, das dürfe er mir nicht sagen. Darauf sagte ich ihm, ich würde dann in Berlin anfragen und würde mich sonst keineswegs mit ihm weiter abgeben. Auf meine Anfrage in Berlin habe ich keine Antwort erhalten. Darauf kam Rintelen noch einmal zu mir nach Washington; er erbat meine Hilfe und sagte, er beriefe sich auf das Kriegsministerium. Ich habe ihm damals erwidert, ich werde nach Berlin telegraphieren und fragen, ob das Kriegsministerium Sie anerkennt. Darauf habe ich wieder keine Antwort bekommen. Ich weiß nicht, ob die Telegramme angekommen sind oder nicht; das kann ich nicht sagen. Später ist Rintelen in Amerika, ich glaube — das kann ich nicht beschwören, da müßte ich vorsichtig sein —, auf Wunsch des Militär- und des Marineattachés, abgeschoben worden und in England verhaftet worden. In England hat er sich als Agent der deutschen Regierung ausgegeben. Darauf habe ich nochmals nach Berlin telegraphiert und habe ein Telegramm zurückbekommen, unterzeichnet vom Herrn Staatssekretär v. Jagow, in welchem gesagt wurde: Sie sind ermächtigt, kategorisch zu dementieren, daß wir irgend etwas mit Rintelen zu tun haben.

Abgeordneter **Gothein**: Ich wollte fragen, ob sich diese Sabotageakte bloß auf deutsches Eigentum, insbesondere Schiffe, Piers usw., bezogen oder gleichzeitig auch auf amerikanisches Eigentum, Munitionsfabriken usw. Es würde dann vielleicht in späterer Verhandlung wohl noch festzustellen sein, ob trotz der Erklärung, welche der Staatssekretär des Auswärtigen über die Tätigkeit des Herrn Rintelen, daß er kein deutscher Agent sei, gegeben hat, er etwa von militärischer Seite als solcher bestellt war. Wir haben ja ähnliches wohl in Norwegen erlebt. Ist Exzellenz vielleicht davon etwas bekannt?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich weiß auch noch heute nicht, wer Rintelen nach Amerika geschickt hat und was für Aufträge er gehabt hat.

(Zuruf: Die Sabotagefrage!)

— In der Sabotagefrage kann ich auch nur sagen, daß ich heute noch nicht weiß, ob wirklich irgendwelche Sabotage von Deutschen verübt worden ist. In Amerika ist allerdings behauptet worden, daß auf Handelsschiffen aller Nationen Bomben gelegt worden wären und daß Munitionsfabriken in die Luft gesprengt worden seien usw. Aber ich kann unter meinem Eide hier sagen, daß ich nicht weiß, ob solche Fälle jemals wirklich vorgekommen sind oder ob sie mit Recht nachgewiesen worden sind.

Vorsitzender: Geschweige, daß sie irgendwie im Auftrage der deutschen Regierung geschehen sind oder daß irgendwie die deutsche Regierung hinter dieser Sabotage gestanden hat!

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich müßte dann die Frage genau präzisiert haben: wer ist die deutsche Regierung gewesen?

Vorsitzender: Sagen wir: das Auswärtige Amt.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Das Auswärtige Amt sicher nicht.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ist Ihnen bekannt, daß diese Agenten, insbesondere Herr Rintelen, Geldmittel, und zwar in größerem Umfange gehabt haben?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Bezüglich der Abberufung des Marineattachés Kapitän Boy-Ed ist mir gegenüber amtlich von der amerikanischen Regierung, nachdem sie sich vorher geweigert hatte, den Grund anzugeben, nachher gesagt worden, die Abberufung von Kapitän Boy-Ed wäre verlangt worden, weil sich hätte nachweisen lassen, daß Rintelen eine halbe Million Dollar von ihm erhalten hätte.

(Zuruf: Von Boy-Ed?)

— Ja.

Sachverständiger Dr. Bonn: Ist Exzellenz bekannt, daß über diese ganze Sache eine amerikanische Untersuchung eingeleitet worden ist, daß, wenn ich recht berichtet bin, allerdings diese Untersuchung ein bißchen allgemein gehalten worden ist, daß aber ein sehr dicker Band über diese Dinge vorhanden ist, der wohl auch in dem einen oder andern Exemplar bereits in Deutschland zu haben sein dürfte?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich habe den Bericht selber gelesen, habe aber daraus nicht mit Bestimmtheit entnehmen können, ob wirklich tatsächlich irgendwelche von diesen uns vorgeworfenen Dingen passiert sind.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Ist Ihnen bekannt, Exzellenz, ob amerikanische Zeitungen — ich weiß nicht, zu welcher Zeit — die Faksimiles von Schecks veröffentlicht haben, die von Herrn Papen oder von Herrn Boy-Ed, von dem Militär- oder dem Marineattaché, an derartige Agenten ausgeschrieben worden seien?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Herr v. Papen hat Amerika unter freiem Geleit verlassen und hat infolgedessen geglaubt, daß er alles mitnehmen könnte, was er wollte; er hat allerdings sein Scheckbuch mitgehabt. Da der Militär- und der Marineattaché vollkommen selbständig in Amerika gehandelt haben, so könnte ich keine Aussage darüber machen und müßte bitten, daß Herr v. Papen selber vernommen wird. Ich kann nicht sagen, was er gezahlt hat und was er nicht gezahlt hat. Ich weiß aber, daß ihm sein Scheckbuch weggenommen worden ist.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Meine Frage ging dahin, ob Ihnen bekannt ist, daß amerikanische Zeitungen Faksimiles von Schecks mit der Unterschrift v. Papen veröffentlicht haben.

Zeuge: Graf v. Bernstorff: Das ist mir bekannt.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Wann mag das wohl gewesen sein?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Die Abberufung der beiden Herren ist im Anfang Dezember 1915 verlangt worden. Herr v. Papen ist in England wohl im Januar 1916 verhaftet worden. Es muß Februar 1916 etwa gewesen sein.

Vorsitzender: Das gehört in ein Gebiet hinein, das gegenwärtig noch gar nicht zur Diskussion bezw. Vernehmung gestanden hat. Es ist etwas weiter zurückgreifend, über den 12. Dezember hinaus.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Nein, es ist ein Jahr früher.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Ich habe nach dieser Richtung noch eine Frage. Mir ist in Erinnerung, als ob hier in Deutschland einmal eine große Zeitungspolemik nach Amerika hin war, über Einwirkung auf österreichisch-ungarische, namentlich auf ungarische Arbeiter. Ist Ihnen darüber etwas bekannt, und wie hing das zusammen, wie wirkte es auf die Friedensstimmung und Friedensbereitschaft der amerikanischen Stellen, — nämlich diese Geschichte mit den ungarischen und österreichischen Munitionsarbeitern, die aus den Fabriken herausgenommen werden sollten oder mit Gewalt vertrieben worden sind? Ich weiß nicht mehr genau, wie die Dinge zusammenhängen.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Bekanntlich waren wir beiden Botschaften, sowohl die österreichisch-ungarische als die deutsche, vollkommen abgesperrt von Europa durch die Blockade. Wir waren

also nur in der Lage, bestimmte Gelegenheiten zu benutzen, und alles, was wir hinüberschickten, haben wir chiffriert. Ich sage das gleich, weil später gewiß die Frage an mich gerichtet werden wird, woher es kam, daß auch die Chiffren bekannt geworden sind. Das hat jedenfalls an der großen Quantität der chiffrierten Depeschen und chiffrierten Berichte gelegen, die wir absandten. — Der österreich-ungarische Botschafter hatte im September 1915 einen Bericht einem amerikanischen Journalisten namens Archibald mitgegeben, in welchem er einen Vorschlag eines ungarischen Journalisten einreichte, der beantragte, man möge seitens der österreichisch-ungarischen Regierung Geld geben, damit unter den ungarischen Arbeitern — in Toledo, glaube ich, war es und bei den Bethlehem Steal Works — Streiks inszeniert würden. Dieser Archibald hat sich den betreffenden Brief, der nicht chiffriert war, in England abnehmen lassen, und darauf wurde von der amerikanischen Regierung verlangt, daß der österreichisch-ungarische Botschafter abberufen würde.

Vorsitzender: Damit ist diese Frage erledigt.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Ich habe noch eine letzte Frage nach dieser Richtung. Es ist von der Tätigkeit eines Herrn v. Igel auch in diesem Zusammenhange gesprochen worden. Es interessiert mich nun, ob das etwa eine selbständige Aktion war und nicht im Zusammenhange mit der Papen- und Boy-Ed'schen Aktion stand.

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Als Herr v. Papen und Herr Boy-Ed abberufen wurden, stellte sich für uns die Notwendigkeit heraus, die Geschäfte, welche die Herren noch gehabt hatten, durch irgend jemand liquidieren zu lassen. Soweit die militärischen in Betracht kamen, wurde Herr v. Igel der Vertreter des Militärattachés. Es ist mir gegenwärtig nicht in Erinnerung, wer die Marinegeschäfte übernommen hat. Jedenfalls hatte Herr v. Igel die militärischen übernommen, und er hatte ein Büro in New York, welches eigentlich nur dazu dienen sollte, alles zu liquidieren, was übrig geblieben war. Dieses Büro wurde eines Tages von Beamten gestürmt, welche Herrn v. Igel in einem Augenblick fanden, wo sein Geldschrank offen war und einige Akten auf dem Tische lagen. Diese Akten haben die Beamten mitgenommen. Es wurde nachher von mir verlangt, daß ich diese Akten als Akten der Botschaft nehmen sollte, damit Herr v. Igel als Mitglied der Botschaft rekognosziert würde.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Wer verlangte das?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Die amerikanische Regierung; sie hatte die Akten beschlagnahmt und verlangte, um sie herauszugeben, daß ich diese Akten als Akten der Botschaft anerkennen sollte.

Ich habe mich geweigert, diese Akten als Akten der Botschaft anzuerkennen, weil ich mit diesen Dingen nichts zu tun gehabt hatte. Infolgedessen sind die Akten noch heute in den Händen der amerikanischen Regierung, obgleich dieser Vorfall ein Jahr vor dem Abbruche der diplomatischen Beziehungen stattfand.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Sie sprechen von einem Büro, Exzellenz, das für die Liquidation dieser Angelegenheiten — verstehe ich Sie recht: neu errichtet wurde, oder war es das alte Büro?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Es war die Fortsetzung des Büros des Militärattachés in New York.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Wie firmierte dieses Büro: Büro des Militärattachés, oder unter näherer Zweckangabe?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Soweit ich mich entsinne, ist es einfach fortgeführt worden als Büro des Militärattachés der Botschaft.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Wenn es das Büro des Militärattachés der Botschaft war, so auch hieß und nach außen hin erkennbar war, lag dann nicht für Sie, Exzellenz, ein Anlaß vor, gegen diesen Bruch der Exterritorialität zu protestieren?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Ja, ich habe auch dagegen protestiert. Aber dann ist von der amerikanischen Regierung die Theorie aufgestellt worden, daß Herr v. Igel wegen eines Verbrechens verfolgt würde, und infolgedessen könnte nicht festgestellt werden, ob er unter diesen Umständen auf Exterritorialität Anspruch hätte. Diese Kontroverse hat noch das ganze Jahr hindurch gedauert, solange ich in Amerika war, sie ist niemals entschieden worden. Ich glaube, sie ist niemals weiter von der amerikanischen Regierung verfolgt worden, weil damals die Friedensaktion kam und alle Kontroversen absichtlich liegen gelassen wurden.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Ist das Verbrechen von der amerikanischen Regierung bezeichnet worden?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Es waren die angeblich von dem Militärattaché inspirierten Verschwörungen.

Sachverständiger Dr. **Bonn**: Es steht jedenfalls fest, daß die sogenannten Verschwörungen in der öffentlichen Meinung Ihre Aufgabe nicht erleichtert haben. Ich glaube aber aus der ganzen Entwicklung recht verstanden zu haben, daß auf der anderen Seite auch folgendes feststeht: Sie haben die Kenntnis dieser „Verschwörungen“ bestritten; das ist Ihnen persönlich auch durchaus geglaubt worden; und Sie haben trotz dieser „Verschwörungen“ persönlich mit dem Obersten House, wie Sie noch

gestern erklärt haben, in einem vertrauensvollen Verhältnis gestanden. Ist das so?

Zeuge Graf v. Bernstorff: An dem Tage, wo mich der Staatssekretär Lansing bat, zu ihm zu kommen, um von mir die Abberufung der beiden Herren v. Papen und Boy-Ed zu verlangen, stellte ich sofort an ihn die Frage, ob ich durch diese angeblichen Taten der beiden Herren mit kompromittiert sei. Wenn die amerikanische Regierung der Ansicht wäre, daß ich durch diese Handlungen mit kompromittiert sei, so würde ich sofort meine Regierung bitten, mich abzuberufen, da es unmöglich wäre, daß ein Botschafter auf seinem Posten bliebe, der nicht das Vertrauen der Regierung hätte, bei der er akkreditiert wäre. Der Staatssekretär Lansing hat mir damals kategorisch geantwortet: Sie sind in keiner Weise an dieser Angelegenheit beteiligt, und wir würden es außerordentlich bedauern, wenn Sie uns verließen, weil Sie augenblicklich mit den wichtigen Verhandlungen betraut sind. Diese Äußerung des Staatssekretärs Lansing hat mir Oberst House zwei Tage darauf in noch schärferer Form wiederholt.

Sachverständiger Dr. Bonn: Das führt uns auf den Dezember 1915. Diese Vertrauenserklärung galt aber, wenn ich recht verstanden habe, ungemindert bis zu Anfang 1917. — Oder ist es nicht so?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich nehme es wenigstens an, denn sonst würde man wohl nicht vertraulich mit mir verhandelt haben.

Abgeordneter Gothein: Aus den Erklärungen des Herrn Grafen Bernstorff habe ich entnommen, daß die Stellung des Militärattachés eine vollständig selbständige war und er dem Botschafter in keiner Weise untergeordnet war. Ich wollte fragen: war es allgemein, nicht nur bei Deutschland, sondern auch bei anderen Botschaftern so, daß der Militärattaché eine vollständig selbständige Stellung einnahm und den Weisungen des Botschafters bzw. Gesandten nicht unterstellt war?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Die Stellung der Marine- und Militärattachés ist immer eine doppelte und etwas zweifelhafte gewesen. In allen militärischen Fragen haben sie direkt ihren Behörden unterstanden, während solche Berichte, welche politischer Natur waren, unbedingt durch den Botschafter gingen, und dieser auch das Recht hatte, dieselben aufzuhalten bzw. den Herrn zu bitten, sie zu ändern. Während des Krieges hatte sich aber die Lage etwas verschoben, indem — jetzt darf man das wohl sagen — in New York mehrere militärische Fragen zu behandeln waren, die es notwendig machten, daß der Militär- und der Marineattaché beide nach New York zogen und Washington verließen. Infolge-

dessen habe ich während des Krieges auf die beiden Herren nur insofern Einfluß gehabt, als ich sie dann und wann bei Besprechungen in New York gesehen habe, wenn ich dorthin fuhr. Im übrigen haben sie während des Krieges vollkommen selbständig gehandelt, sie sind auch nicht auf das Geld der Botschaft angewiesen gewesen, sondern hatten eigene Fonds.

Abgeordneter Gothein: Ich hatte noch die Frage gestellt, ob dem Herrn Grafen Bernstorff bekannt ist, ob bei den Botschaftern und Militärattachés der anderen Mächte ein ähnliches Verhältnis bestanden hat oder ob das bloß für Deutschland bestand?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ein ähnliches Verhältnis hat überall bestanden. Denn in meiner langjährigen diplomatischen Tätigkeit ist es mir mehrfach begegnet, daß militärische Attachés von ihrer Regierung abberufen wurden wegen Spionage oder ähnlicher Fälle, wo von vornherein niemals auch nur daran gedacht wurde, die Zivilbotschafter deswegen mit in die Sache hineinzubringen.

Abgeordneter Gothein: Herr Graf Bernstorff hat ausgeführt, daß in allen politischen Dingen die Berichte der Militärattachés unbedingt durch die Botschaft gehen mußten. War bei der Entfernung des Militär- und Marineattachés von dem Sitze der Botschaft — ich höre eben, daß sie während des Krieges in New York saßen — die Möglichkeit gegeben, irgendeine Kontrolle darüber auszuüben, ob sie politische Berichte unabhängig von der Botschaft erstatteten, und war diese Kontrolle überhaupt möglich? Es ist doch auch immer eine zweifelhafte Frage: was ist eine politische Sache, und was ist eine rein militärische Sache?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Eine unbedingte Kontrolle war nicht möglich. Da ich aber während der zwei Jahre im übrigen in vollster Harmonie mit den beiden Herren gearbeitet habe, glaube ich nicht, daß sie politische Berichte geschrieben haben, von denen ich keine Kenntnis hatte. Ich weiß es aber nicht; ich glaube es jedoch nicht.

Abgeordneter Dr. Cohn: Hat denn das amerikanische Staatsdepartement dagegen nichts eingewendet, daß diese beiden doch zum diplomatischen Personal gehörigen Herren ihren Amtssitz von Washington nach New York verlegt haben?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Nein, darüber ist niemals gesprochen worden. Diese Frage ist niemals aufgekommen.

Vorsitzender: Ich glaube, diese Frage nicht weiter zur Erörterung stellen zu müssen, weil wir doch damit ins Uferlose kommen.

Abgeordneter Dr. Schücking: Ist es richtig, daß, während wir mit Amerika noch im Frieden waren und Eure Exzellenz sich um

eine amerikanische Vermittlung bemühten, Wilson in einer Botschaft an den Kongreß wörtlich über die verbrecherischen Umtriebe Deutscher auf amerikanischem Boden Klage geführt hat?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Wilson hat in seiner Botschaft an den Kongreß, ungefähr gleichzeitig mit der Abberufung unseres Militär- und Marineattachés, von verbrecherischen Umtrieben gesprochen. Aber soviel ich mich entsinne — ich müßte die Botschaft noch einmal ansehen —, bezog sich die Botschaft nur auf Amerikaner deutscher oder österreichischer, italienischer, — fremder Abstammung, nicht auf Deutsche. Ich habe damals — ich glaube, es muß etwas später gewesen sein — im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt eine öffentliche Erklärung erlassen, daß die in den Vereinigten Staaten lebenden Deutschen sich unter allen Umständen den Gesetzen des Landes unterzuordnen hätten.

Vorsitzender: Nun bekommt Herr Professor Schäfer das Wort zu einer ganz neuen Sache, nachdem diese erledigt ist.

Sachverständiger Dr. Schäfer: In der Friedensnote vom 18. Dezember 1916, die am 21. hier übergeben worden ist, spricht Wilson auch von den kleineren und schwächeren Völkern, die man vor Rechtsbruch und Vergewaltigung durch größere Mächte schützen müsse; das sei ein Hauptziel. Ich möchte nun wissen — man denkt ja zunächst dabei an Belgien —, ob es dem Herrn Grafen möglich gewesen ist, sich über diese Frage mit Wilson oder Lansing oder House zu benehmen und zu fragen, ob Wilson noch an andere Staaten gedacht habe, etwa an Griechenland, meinetwegen auch an Portugal. Es liegt mir daran, daß wir die Äußerungen Wilsons richtig verstehen, wie sie gemeint sind, und was er damit gesagt haben wollte.

Vorsitzender: Eigentlich gehört das zu einer späteren Sache. Wir haben die vorige Verhandlung mit dem 12. Dezember abgeschlossen. Wir würden uns vollständig verlieren. Wir stellen diese Frage wohl noch zurück. Es knüpfen sich daran womöglich wieder weitere Fragen. Wir kommen sonst nicht vorwärts.

Ich möchte jetzt noch eine Frage stellen, die sich auf die Zeit, die wir in der gestrigen Sitzung besprochen hatten, bezieht. Sie haben, Exzellenz, am Anfange Ihrer gestrigen Ausführungen erzählt, daß bereits im August 1914 ein Friedensvermittlungsangebot Wilsons bestand, daß Herr Gerard Gelegenheit gehabt hat, mit dem Kaiser in dieser Richtung zu sprechen, daß der Kaiser darauf eine Antwort gegeben hat, daß Gerard gebeten hat, das niederzuschreiben, und dieses Aide-Memoire, wenn wir es so nennen wollen, hat durch Gerard seinen Weg nach Washington gefunden. Es ist dem Ausschuß erwünscht, darüber etwas Näheres zu erfahren, besonders auch in der Richtung, welchen

Eindruck die Bemerkung des Kaisers in Washington sowohl bei der Regierung als auch bei der Bevölkerung ausgelöst hat.

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Damit ist dieses Memorandum gemeint, welches ich — —

Vorsitzender: Vom August 1914! Sie haben es im Anfange Ihrer gestrigen Vernehmung erwähnt — ich nehme an, daß Sie das im Auge gehabt haben —, indem Sie sagten: Wilson hat Anfang August sofort nach Ausbruch des Krieges eine erste Friedensvermittlung versucht.

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Im August 1914, ehe ich in Amerika war? Denn ich war auf Urlaub, als der Krieg ausbrach, und bin erst am 23. August wieder in Amerika eingetroffen. Anfang August hat Wilson einen allgemeinen Appell an alle kriegführenden Staaten gerichtet. Ich müßte aber die Akten noch einmal einsehen, in welcher Form er das gemacht hat, da ich es nicht aus dem Gedächtnis weiß und nicht selber in Washington war. Es war jedenfalls ein Ersuchen, den Frieden wiederherzustellen. In welcher Form, weiß ich nicht mehr. Es war im August. Nachdem ich wieder in Amerika war, hat Staatssekretär Bryan ein zweites Mal versucht, eine Friedensvermittlung herbeizuführen. Das war ungefähr am 6. oder 7. September, glaube ich.

Vorsitzender: Sie sind also gegenwärtig nicht in der Lage, etwas Näheres vor allem über die Antwort des Kaisers und das, was er schriftlich niedergelegt hat, zu sagen; Sie müßten sich erst näher orientieren.

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Ich glaube gar nicht, daß es sich um eine Äußerung des Kaisers handelt; ich glaube, es war eine amtliche Antwort der deutschen Regierung.

Vorsitzender: So ist es durch die Presse seinerzeit gegangen, soweit es uns in Erinnerung ist. Vielleicht haben wir zwei verschiedene Handlungen im Auge.

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Ich glaube, da liegt ein Mißverständnis vor. Der Kaiser hat ein Telegramm an Wilson gerichtet, in welchem er ihn bat, wegen der Greuel der belgischen Bevölkerung eine Äußerung herbeizuführen.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Das ist auch geschehen.

Vorsitzender: Das ist eine andere Sache. Diese Zusammenkunft soll nach dem Buche Gerards im Lustgarten stattgefunden haben. Das hat Gerard gesagt. — Ihnen ist jedenfalls darüber nichts bekannt.

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Nein, das habe ich nie gehört.

Vorsitzender: Dann ist diese Angelegenheit auch erledigt.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Ich bitte noch um eine Frage: Exzellenz, ist Ihnen bekannt, daß unter Mitwirkung, auch vielleicht auf Veranlassung der Amerikaner, ein Hilfswerk für Belgien organisiert worden ist?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Jawohl!

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Ist Ihnen bekannt, ob die Verwendung der aufgebrachten Hilfsgelder, Lebensmittel usw. zur Zufriedenheit der Amerikaner erfolgt ist oder ob aus diesem Hilfswerk heraus Verstimmungen mit der amerikanischen Regierung entstanden sind, die den Friedenswillen beeinträchtigt haben könnten?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Ich bin persönlich mit der Hilfsaktion in Belgien beinahe gar nicht befaßt worden; das ist alles in Europa geschehen. Ich habe aber drüben niemals gehört, daß irgendwelche Verstimmung entstanden wäre.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Danke schön!

Vorsitzender: Exzellenz, es ist auch noch wichtig, dem Ausschuß nochmals über folgendes Aufklärung zu geben. Herr Dr. Sinzheimer, bitte!

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer:** Es bezieht sich auf folgendes. Sie gaben auf eine Frage die Auskunft, daß in Regierungskreisen in Amerika unser Friedensangebot vom 12. Dezember als Zeichen der Schwäche gedeutet worden sei und deswegen der Friedensaktion Wilsons hinderlich, weil die Entente dann davon ausginge, wir befänden uns im Zustande der Schwäche und machten aus diesem Grunde eine selbständige Friedensaktion. Ich wollte Sie fragen: Haben Sie die Tatsache mitgeteilt, daß dieses Friedensangebot vom 12. Dezember nicht etwa nur vom Auswärtigen Amt, sondern in völliger Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung, der die Note vom 12. Dezember vorlag und die sie mitredigiert hat, ausgegangen sei, oder war Ihnen die Tatsache überhaupt nicht bekannt?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Die Verhandlungen hierüber sind, soviel ich mich entsinne, durchaus nur mit der hiesigen amerikanischen Botschaft geführt worden. Uns ist das Friedensangebot und alles, was dazu gehörte, nach Washington telegraphiert worden; ich habe aber keinerlei Auftrag gehabt, irgendwelche Mitteilung daran zu knüpfen. Die Sache ist gar nicht durch die Botschaft gegangen.

Vorsitzender: Dann kommen wir jetzt zu der weiteren — —

Abgeordneter Dr. **Cohn** (unterbrechend): Wird darüber nicht eine Feststellung herbeigeführt, ob die Frage des Herrn Vorredners nach den Akten so liegt, wie er es dargestellt hat?

Berichterstatter Abgeordneter Dr. **Sinzheimer**: Ich kann auf Grund der Akten feststellen, daß dieses Friedensangebot vom 12. Dezember in völliger Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung zustande gekommen ist, und daß die Oberste Heeresleitung den Entwurf des Friedensangebotes zur Vorlage gehabt hat, daß dieser Entwurf von ihr korrigiert und genehmigt worden ist.

Vorsitzender: Ich bitte, jetzt mit der Aussage da fortzufahren, wo sie gestern ihren Abschluß gefunden hat. Sie hatte gestern ihren Abschluß gefunden mit dem Friedensangebot vom 12. Dezember, das von uns ausging, und es wird jetzt damit zu beginnen sein, das amerikanische Friedensangebot einer Erörterung zu unterziehen, also die Zeit vom 21. Dezember als Ausgangspunkt zu nehmen. Darf ich bitten, damit zu beginnen.

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Wie ich gestern erwähnte, hatte Wilson sein Friedensvermittlungsangebot — denn als solches haben wir es in Washington durchaus betrachtet, und auch die öffentliche Meinung hat es als solches betrachtet — abgesandt, trotzdem unser Friedensangebot vorlag, und gerade dadurch erregte das Wilsonsche Angebot sehr großes Aufsehen in Amerika, weil es so direkt auf unser Angebot folgte, daß der Anschein erweckt wurde, als wolle er dieses Angebot unterstützen. Infolgedessen hatte er noch zuletzt in seine Note hineingesetzt, daß sein Angebot nichts mit dem deutschen Angebot zu tun hätte und daß er es schon seit längerer Zeit abzusenden beabsichtigt habe. Die öffentliche Meinung in Amerika hat, wie der Herr Referent gestern schon erwähnte, indem er einen Bericht vorlas, den Schritt Wilsons absolut als einen prodeutschen betrachtet. Es wurden in allen Zeitungen in dem Sinne Artikel geschrieben, und die Stimmung war allgemein so in Washington, wie ich ja auch schon gestern erwähnte. Ich bin darauf zu dem Staatssekretär Lansing gegangen, um ihn zu fragen, wie er sich den modus procedendi auf diese Note hin dächte, und da kam diese Unterredung, welche auch gestern schon erwähnt wurde, wo gesagt wurde, daß die Amerikaner sich das so vorstellten, als wenn sie ein Clearing-House für die Friedensbedingungen darstellen sollten, und darauf erfolgte die erwähnte deutsche Antwort. Von dem Augenblick dieser deutschen Antwort ist allerdings nun wohl, wie ich jetzt nach dem Stande der Akten und nach den Veröffentlichungen der letzten Zeit annehmen muß, zwischen der Auffassung, welche ich von der deutschen Antwort gehabt habe, und der Auffassung, welche hier über die deutsche Antwort geherrscht hat, ein Widerspruch entstanden. Ich habe angenommen, daß die deutsche Note weiter nichts bedeutete,

als daß wieder betont werden sollte, daß wir eine Wilsonsche Vermittlung nur insoweit wünschten, um eine Konferenz zustande zu bringen, und daß die kriegführenden Mächte über die einzelnen Punkte untereinander verhandeln sollten. So habe ich damals die Note verstanden und habe nicht geglaubt, daß damit die Wilsonsche Friedensvermittlung beendigt werden sollte. Aus den Veröffentlichungen der letzten Zeit und aus dem jetzigen Studium der Akten, die mir vorgestern zugänglich gemacht worden sind, muß ich nachträglich annehmen, daß unsere Antwort vom 26. Dezember die Absicht hatte, die Friedensvermittlung Wilsons gänzlich abzuschneiden. Mitgeteilt ist mir dies aber nicht worden, so daß ich immer noch weiter angenommen habe, daß die Friedensvermittlung Wilsons erwünscht wäre, und auch von der Friedensvermittlung Wilsons in Telegrammen gesprochen habe, worauf eine Kontroverse darüber entstanden ist, was die Friedensvermittlung Wilsons wäre. Ich habe z. B. ein Telegramm gesehen, wo der Kaiser an das Auswärtige Amt telegraphiert und gefragt hat, warum ich denn noch von einer Friedensvermittlung Wilsons spräche, während eine solche doch gar nicht existiere.

Vorsitzender: Ich möchte hier nun einmal unterbrechen, um Ihnen Gelegenheit zu geben, das näher zu begründen: woraus schlossen Sie die Absicht der deutschen Regierung, von einer Friedensvermittlung, wie sie in dem Wilsonschen Friedensangebot zutage trat, nichts wissen zu wollen? In diesem Wilsonschen Friedensangebot sagt Wilson ausdrücklich, er schlägt keinen Frieden vor, er bietet nicht einmal seine Vermittlung an, er regt nur an, daß man sondiere, die Neutralen, die kriegführenden Staaten usw. usw. Also nur eine Anregung, daß sondiert werde, nicht eine Friedensvermittlung, wird selbst von Wilson in dieser Friedensnote ausgesprochen. Infolgedessen war doch zunächst auch ein Anlaß für die deutsche Regierung nicht vorhanden, diesen Schritt als einen Friedensvermittlungsschritt aufzufassen. Wie kommt es nun, daß Sie der deutschen Regierung die Absicht unterstellen, daß sie einer Friedensvermittlung unzugänglich wäre? Und ich möchte auch ganz besonders doch noch einmal darauf hinweisen, daß es sich immer um zwei Friedensschritte handelt: einmal um die allgemeine Regelung auf territorialem Gebiete, bei der Wilson ja sowieso aus dem Spiel bleiben wollte, und zweitens um diese second convention, die ja eine größere Rolle spielt, bei der jedenfalls, soweit ich das aus den Urkunden feststellen kann, eine starke Bereitwilligkeit der deutschen Regierung zutage trat. Es wird immer und immer wieder betont, nach dieser Richtung zu wirken; es wird immer gesagt: wir sind bereit, an der Freiheit der Meere, der Friedensliga usw., an alledem mitzuwirken, weil Wilson seinerzeit hier seine Mitwirkung zugesichert habe. Wenn Sie unter diesem Gesichtspunkte mir vielleicht noch eine nähere Interpretation dessen geben würden, was Sie eben aussprachen,

daß Sie eine Absicht der deutschen Regierung, auf den Friedensschritt Wilsons einzugehen, vermißten!

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Ich habe die Note Wilsons als einen Friedensvermittlungsschritt deswegen angesehen, weil das sich mit Notwendigkeit aus allen früheren Verhandlungen ergab. Es war die Note, die mir vorher von Oberst House angekündigt war, und ich habe deshalb die Form, die Wilson gewählt hat, für eine — wenn ich so sagen darf — sehr unsichere und tastende gehalten, weil er dadurch die Ablehnung unmöglich machen wollte. Hätte er direkt den ersten Tag erklärt: das ist eine Friedensvermittlung, so hätte man ihm vielleicht geantwortet: die wollen wir nicht. Die Note war aber so gehalten, daß eine Ablehnung tatsächlich nicht möglich war.

Vorsitzender: Sind Sie mit diesen Bemerkungen fertig, Herr Graf?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Ich möchte nur noch auf die andere Frage zurückkommen. Ich habe damals durchaus geglaubt, daß unsere Note vom 26. Dezember in keiner Weise irgend etwas an dem bisherigen Verhalten der Regierung änderte und daß also alles so wäre wie früher, nur daß man hätte von neuem betonen wollen, daß wir eine Einmischung Wilsons in die territorialen Fragen nicht wünschten. Für mich änderte diese Note nichts. Ich habe vorhin nur erwähnt, daß ich jetzt anderer Ansicht sei, weil ich aus dem vom Feldmarschall Hindenburg veröffentlichten Brief angenommen habe, daß damit die Friedensvermittlung Wilsons abgelehnt werden sollte. Es ist doch vor einigen Wochen ein Brief des Feldmarschalls Hindenburg veröffentlicht worden, in welchem er auf diese Dinge eingeht.

Vorsitzender: Steht aber außerhalb Ihrer eigenen Ansicht!

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Ich wollte damit nur sagen, daß ich heute diese Note anders auffasse, als ich sie damals aufgefaßt habe.

Vorsitzender: Denn daran müssen wir doch festhalten, daß Wilson jedenfalls ausschlaggebenden Wert auf die Mitteilung unserer konkreten Friedensbedingungen nicht legte, daß die Verweigerung dieser keinen Bruch für ihn bedeutete?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Es hat keinen Bruch für ihn bedeutet, indem er ruhig weiter verhandelt hat. Er hat wohl immer angenommen, daß er uns schließlich bewegen würde, unsere Bedingungen zu nennen.

Vorsitzender: Jawohl, daß aber das Zurückhalten an sich noch keine Bedeutung in dem Sinne hätte, wie Sie es heute auffassen.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Demgegenüber muß eine Feststellung getroffen werden. Das Kernstück in der Note Wilsons vom 21. Dezember enthält die Bitte an alle kriegführenden Mächte, die konkreten Friedensbedingungen mitzuteilen. Ich erlaube mir, das kurz vorzulesen. Es scheint mir notwendig, die Note im Wortlaut vor sich zu haben. Die entscheidende Stelle lautet:

> Der Präsident regt an, daß baldigst Gelegenheit genommen werde, von allen jetzt kriegführenden Staaten ihre Ansichten über die Bedingungen zu erfahren, unter denen der Krieg zum Abschluß gebracht werden könnte, und über die Vorkehrungen, die gegen die Wiederholung des Krieges oder die Entfachung irgendeines ähnlichen Konflikts in der Zukunft zufriedenstellende Bürgschaft leisten könnten, so daß sich die Möglichkeit biete, sie offen zu vergleichen. Dem Präsidenten ist die Wahl der zur Erreichung dieses Zieles geeigneten Mittel gleich. Er ist gerne bereit, zur Erreichung dieses Zweckes in jeder annehmbaren Weise seinerseits dienlich zu sein oder sogar die Initiative zu ergreifen; er wünscht jedoch nicht, die Art und Weise und die Mittel zu bestimmen. Jeder Weg wird ihm genehm sein, wenn nur das große Ziel, das er im Auge hat, erreicht wird.

Und dann sagt er an einer anderen Stelle der Note:

> Doch die konkreten Ziele, für die der Kampf geführt wird, sind niemals endgültig festgestellt worden.

Er schließt damit, daß er keinen Frieden vorschlage, er biete nicht einmal seine Vermittlung an, er rege nur an, daß man sondiere, damit in Erfahrung gebracht werde, „wie nahe wohl das Ziel des Friedens sein mag“.

In der Note, die wir als Antwort auf dieses Ersuchen am 26. Dezember geschickt haben, wird die Bitte Wilsons um Bekanntgabe der Friedensbedingungen überhaupt nicht erwähnt. Die Bekanntgabe erfolgt nicht. Darauf berichten Sie (zum Zeugen) fortlaufend, daß Lansing nunmehr bitte, nachdem wir abgelehnt haben, öffentlich die Friedensbedingungen zu nennen, sie wenigstens vertraulich mitzuteilen. Öfters berichten Sie über diesen dringenden Wunsch Wilsons.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Jawohl!

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ist das so richtig?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ja!

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Dann wollte ich noch eine Frage an Sie richten: Sie erwähnten eben einen Brief Hindenburgs.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Das ist ein Brief, der vor sechs Wochen im „Lokalanzeiger" veröffentlicht worden ist.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: In den Akten findet sich ein solcher Brief nicht. Wenn ich mich recht erinnere, ist an diesen Brief eine Erklärung des Herrn Staatssekretärs Zimmermann angefügt.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Die habe ich nicht gelesen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Dann hat wohl der Brief Hindenburgs hier weiter keine Bedeutung.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Nein. Ich entnahm nur aus dem Brief und aus dem Studium der Akten, daß mit der Note vom 26. Dezember hier in Berlin bei der Kaiserlichen Regierung die Annahme vorherrschte, daß nun die Friedensvermittlung Wilsons beendigt wäre. Das habe ich angenommen aus diesen Veröffentlichungen; denn das würde die Differenz erklären, die anscheinend zwischen meiner Auffassung und der der Regierung im Monat Januar bestanden hat.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Nun darf ich noch eines feststellen: Auf die Übermittlung der Bitte Lansings, die konkreten Bedingungen wenigstens vertraulich mitzuteilen, antwortet Ihnen Herr Staatssekretär Zimmermann am 7. Januar — zwei Tage vor der Erklärung des U-Boot-Krieges —, Sie möchten diese Frage — wörtlich — „dilatorisch behandeln". Ist Ihnen das in der Erinnerung?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Das ist mir in der Erinnerung, und daraus habe ich auch entnommen, daß alles so wäre wie bisher, nur sollte ich diese Frage dilatorisch behandeln.

Vorsitzender: Damals wurde Ihnen in demselben Schreiben ausdrücklich gesagt, Sie möchten mit allem Eifer dringend betonen, daß die Bedingungen für diese second convention in vollstem Maße von uns gewährt würden.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Sie erwähnten eben als Stütze für Ihre neu gewonnene Ansicht, daß die Friedensaktion Wilsons in diesem Zeitpunkt überhaupt nicht gewollt gewesen sei, ein Telegramm des Kaisers. Dieses Telegramm muß zur Verlesung gebracht werden. Das Telegramm ist vom 16. Januar und wird übermittelt durch den Herrn Legationssekretär von — —

Vorsitzender (unterbrechend): Verzeihung, das ist in dem — —

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ich wollte nur den Inhalt des Telegramms feststellen, nachdem es vom Herrn Grafen Bernstorff erwähnt worden ist. Es ist vom 16. Januar 1917 und ist an den Herrn Staatssekretär gerichtet. Da heißt es nämlich:

> Seine Majestät lassen Euer Exzellenz für Auskunft danken.

— Ich komme gleich darauf zurück, was das für eine Auskunft war. —

> Zum Telegramm bemerkt Seine Majestät, daß Allerhöchstdieselben „gar keinen" Wert auf Wilsons Friedensaktion legen. Falls der Bruch mit Amerika unvermeidlich sei,

— den Sie (zum Zeugen) gemeldet haben —,

> „ist es nicht zu ändern! Es wird vorgegangen".

Vorsitzender: Das ist aber eine Frage, die hier erst zur Erörterung kommen kann, wenn wir bei dem Zeitpunkt angekommen sind, also zum mindesten erst nach dem 9. Januar, nach der Plesser Erklärung. Ich gehe auf diese Frage jetzt zunächst nicht weiter ein; wir kommen ja im Laufe der Verhandlung heute noch dazu.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Verzeihen Sie, wenn ich Herrn Grafen Bernstorff richtig verstanden habe, wollte er aus diesem Telegramm schließen, daß überhaupt keine Absicht bestanden hat, auch zu einem früheren Zeitpunkt, auf die Friedensaktion Wilsons einzugehen. Ist das richtig?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Nein. Nach meiner heutigen Kenntnis der Sachlage folgere ich jetzt, daß die deutsche Note vom 26. Dezember die Absicht hatte, die Friedensaktion Wilsons zu beendigen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Auf Grund dieses Telegramms?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ja, und nach den Veröffentlichungen verschiedener Art, die ich seitdem gelesen habe.

Vorsitzender: Der Schriftwechsel, der Ihnen in damaliger Zeit vom Auswärtigen Amt oder von den hiesigen maßgebenden Stellen zugeführt wurde, hat Ihnen die Überzeugung jedenfalls nicht gegeben?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Nein. In der damaligen Zeit habe ich geglaubt, daß die Friedensvermittlung Wilsons ruhig weiter fortlaufen sollte wie bisher, daß nichts geändert würde.

Vorsitzender: Es waren Ihnen auch Instruktionen auf den Weg gegeben, die durchaus in dieser Richtung gehen?

Zeuge Graf v. Bernstorff: So habe ich das wenigstens verstanden.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Jenes Telegramm des Kaisers geht auf einen Bericht des Grafen Bernstorff zurück, der dem Kaiser offenbar vorgelegt war. In diesem Bericht spricht der Zeuge von einer „Friedensaktion" Wilsons. Darauf erkundigt sich der Kaiser, was diese „Friedensaktion" bedeute, er sei der Ansicht, „daß nie von einer Friedensvermittlung Wilsons die Rede gewesen ist". Darauf antwortet Staatssekretär Zimmermann, was folgt:

> Bitte, Seiner Majestät zu melden, daß der vom Grafen Bernstorff gebrauchte Ausdruck „Friedensvermittlung Wilsons" nicht den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung trägt. Von einer Friedensvermittlung Wilsons ist, wie Seine Majestät betonen, in der Tat niemals die Rede gewesen. Graf Bernstorff ist darüber nicht im Irrtum gelassen und hat sich offenbar nur im Ausdruck vergriffen. Der Botschafter hat meines Erachtens lediglich die von Präsident Wilson durch seine Note an die Kriegführenden eingeleitete Friedensaktion im Auge, die inzwischen durch die Antwort der Entente gänzlich zum Scheitern gebracht worden ist. Das Telegramm des Grafen Bernstorff ist abgegangen, bevor diese Antwort der Entente in Washington vorlag.

Sie hatten aber inzwischen immer berichtet, in Anknüpfung an die früheren Instruktionen, daß die Friedensaktionen, die von uns angeregt waren, weitergehen würden, und daß zur Herbeiführung weiterer Aktionen vertraulich die konkreten Friedensbedingungen mitgeteilt werden sollten. Ist diese Auffassung so richtig?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich habe geglaubt, daß die Friedensvermittlung Wilsons begonnen habe und daß sie weitergehen sollte. Das habe ich immer geglaubt.

Sachverständiger Dr. Bonn: Ich glaube, ich kann feststellen, daß alle die Äußerungen des Kaisers und der Schriftwechsel mit dem Herrn Staatssekretär Zimmermann, der uns eben vorgelesen worden ist, in Washington nicht zu Ihrer Kenntnis gekommen sind?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Nein!

Sachverständiger Dr. Bonn: Damit scheidet meines Erachtens die Möglichkeit, von Ihnen Informationen über diese Dinge und deren Wirkungen zu erhalten, aus unserem Programm vollkommen aus. Es ist nicht möglich, daß Sie über Dinge, die Sie nicht wissen, Auskunft geben können.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Das ist vollkommen richtig. Ich hatte nur, da ich hier unter Eid aussage, das Gefühl, daß ich das

klarstellen müßte, daß ich heute über die Note vom 26. Dezember anders denke wie damals. Damals habe ich diese Note als eine Fortsetzung der Friedensvermittlung Wilsons angesehen und muß annehmen, daß auch Gerard sie so aufgefaßt hat, nachdem er diese Note gelobt hat, während ich heute nach dem Stande der Veröffentlichungen annehme, daß diese Note die Friedensvermittlung Wilsons beendigen sollte. Das wollte ich nur klarstellen, weil ich sonst Aussagen gemacht hätte, die ich unter meinem Eide nicht machen konnte.

Abgeordneter Dr. **Schücking**: Das Wesentliche dieser Form der amerikanischen Vermittlung war doch, daß im Gegensatz zur eigentlichen Mediation Amerika nur das Clearing-House bilden wollte. Haben Sie, Herr Graf, denn nun nicht unter diesen Umständen in der Berliner Antwort eine Erklärung darüber, daß man seinerseits seine Friedensbedingungen mitteilen wollte, was doch durch den Begriff des Clearing-House notwendig war, schmerzlich vermißt?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Diese Note ist mir überhaupt nicht mitgeteilt worden, sondern auf dem üblichen telegraphischen Wege gegangen durch die Botschaft in Berlin. Ich habe allerdings — das gebe ich zu — die Note damals bedauert, weil sie mir nicht genügend entgegenkam für meine dortigen Verhandlungen. Aber nachdem mir die Instruktion vom 7. Januar sagte, ich solle die Frage dilatorisch behandeln, nahm ich an, daß die Friedensvermittlung nicht aufgegeben wäre und daß tatsächlich nichts geändert würde.

Vorsitzender: Ich glaube, Herr Professor Bonn wollte seine Frage noch ergänzen.

Sachverständiger Dr. **Bonn**: Ich wollte nur folgendes sagen: Es ist natürlich selbstverständlich, daß uns der Zeuge mitteilen muß, wenn sich seine Meinung über eine Sachlage geändert hat. Aber damit, glaube ich, muß die Sache aufhören; denn diese Sachlage, die sich durch die Vorlage von neuen Dokumenten geändert hat, kann durch eine Meinung des Zeugen natürlich nicht ermittelt werden. Der springende Punkt scheint mir der folgende zu sein: Sind Exzellenz die k o n k r e t e n d e u t s c h e n F r i e d e n s b e d i n g u n g e n vor dem 29. Januar mitgeteilt worden?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Nein.

Sachverständiger Dr. **Bonn**: Sind Ihnen die deutschen Friedensbedingungen in einer nicht konkreten Form mitgeteilt worden?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Mit Ausnahme des bereits verlesenen Telegramms, wo gesagt war, daß wir Belgien nicht annektieren wollten und daß wir im übrigen mit der Freiheit der

Meere, obligatorischem Schiedsgericht usw. einverstanden wären, nein. Sonst habe ich nichts erhalten.

Vorsitzender: Es ist ja immer gesagt worden, die Friedensbedingungen würden „mäßige“ sein.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ja, der Ausdruck „maßvoll“ kommt, glaube ich, vor.

Vorsitzender: In vernünftigen Grenzen jedenfalls sich bewegen und in einem Gegensatz stehen zu den unvernünftigen Bedingungen, die die Entente gestellt hat! Aber etwas Bestimmtes, Konkretes ist Ihnen jedenfalls vor dem 29. Januar nicht bekannt geworden?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Nein. Es ist mir immer nur gesagt worden, die Bedingungen wären sehr maßvoll, und die belgische Frage wurde erwähnt. Das ist mir noch erinnerlich durch eine Unterredung mit dem Staatssekretär Lansing, weil diese Unterredung die Differenz der Anschauungen klar hervortreten ließ. Lansing fragte mich, warum wir denn unsere Friedensbedingungen durchaus nicht kundgeben wollten, und da sagte ich ihm weisungsgemäß, daß wir der Ansicht wären, daß unsere so maßvollen Bedingungen im Gegensatz zu den feindlichen den Eindruck der Schwäche hervorrufen würden, und daß wir infolgedessen nicht die Absicht hätten, sie öffentlich kundzugeben. Darauf sagte L a n s i n g: „Das verstehe ich nicht, das begreife ich gar nicht. Warum fordern Sie nicht auch so viel wie die anderen? Denn schließlich wird man sich auf der Mitte einigen. Ich kann gar nicht begreifen, warum Sie maßvolle Bedingungen stellen, sondern machen Sie es genau so, und dann einigen wir uns auf der mittleren Linie.“

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Erinnern Sie sich, Exzellenz, daß nicht nur die amerikanische Regierung, sondern auch die öffentliche Meinung sehr stark auf die B e k a n n t g a b e v o n F r i e d e n s b e d i n g u n g e n drängte?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ja, die ganze Presse und überhaupt jeder erwartete, daß wir die Bedingungen kundgeben würden, ganz allgemein.

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Erinnern Sie sich vielleicht auch, daß die amerikanischen Zeitungen Versuche gemacht haben, aus Dingen, die sie hier und da einmal gehört haben, aus Begriffen wie „maßvoll“ und ähnlichen Ausführungen über Belgien sich ein Bild über unsere Friedensbedingungen zu machen, — daß seinerzeit, wenn ich mich recht erinnere, auch vorgegeben wurde, die deutschen Friedensbedingungen seien in einem Artikel — oder ich glaube, es waren zwei — in der „Evening Mail“ enthalten?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Es sind außerordentlich viele Fälle vorgekommen, wo Zeitungen behauptet haben, teils durch mich

oder durch andere über die deutschen Friedensbedingungen informiert worden zu sein. Ich kann aber kategorisch erklären, daß ich niemals irgend jemandem in Amerika offizielle deutsche Friedensbedingungen vor dem 29. Januar 1917 genannt habe. Ich habe allerdings bei privaten Unterhaltungen darüber gesprochen; das versteht sich von selbst, anders könnte diplomatisch überhaupt nicht verhandelt werden. Aber daß ich irgend jemals gesagt hätte, daß bestimmte Bedingungen diejenigen der deutschen Regierung wären, das ist nicht der Fall gewesen.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Herr Graf, sind Ihnen nachher in Deutschland die Bedingungen bekannt geworden, die dem Friedensangebot vom 12. Dezember zugrunde lagen?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Die habe ich am 29. Januar amtlich erhalten.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: So, amtlich. Haben Sie sie auch weitergegeben?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Ich bekam sie gleichzeitig mit der Erklärung des U-Boot-Krieges und habe sie gleichzeitig übermittelt.

Vorsitzender: Es sind das diejenigen Bedingungen, von denen bereits gestern die Rede war, vom 29. Januar: „Wir teilen Ihnen mit, wie die Bedingungen gewesen wären, in Friedensverhandlungen einzutreten, falls die Entente unser Friedensangebot vom 12. Dezember angenommen hätte."

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Jawohl!

Vorsitzender: Ich möchte aber dabei gleich zur Erklärung den Schlußsatz anfügen, weil diese Telegramme möglicherweise die Auffassung aufkommen lassen könnten, daß es für uns überhaupt mit Friedensbedingungen in diesem Augenblick vorbei wäre. Es steht im Schlußsatz ausdrücklich:

> „Wie die Instruktion wegen des verschärften U-Boot-Krieges ergibt, sind wir jederzeit bereit, den Bedürfnissen Amerikas nach aller Möglichkeit Rechnung zu tragen. Wir bitten den Präsidenten, seine Bemühungen trotzdem aufzunehmen resp. fortzusetzen, und erklären uns zur Einstellung des verschärften U-Boot-Krieges bereit, sobald volle Sicherheit dafür geboten ist, daß die Bemühungen des Präsidenten zu einem für uns annehmbaren Frieden führen würden."

Ich nehme an, daß dieses Telegramm in direktem Zusammenhange steht mit Ihrem Bericht vom 23. Januar, in dem Sie gerade das hervorheben, was Sie jetzt soeben ausdrückten, daß durch die Bekanntgabe der Friedensbedingungen möglicherweise in Deutschland ein ungünstiger Eindruck entstehen könnte in dem

Sinne, daß diese Friedensbedingungen zu mäßig wären; Sie schlugen damals vor, über diese Bedingungen sogar noch etwas hinauszugehen, indem Sie das Verlangen aussprachen, es möchte z. B. eingeflochten werden, daß wir als Sieger ein unabhängiges Irland verlangen würden. Das ist richtig; dieser Zusammenhang — darauf kam es mir an, um dieses mißverständliche „wäre" zu klären — ist vorhanden.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Herr Graf, Sie sagten vorhin, Sie hätten die Auffassung, daß im Mittelpunkt der amerikanischen Friedensvermittlung oder Anregung, sozusagen als conditio sine qua non, das Verlangen nach völliger Wiederherstellung Belgiens gestanden hätte, und jetzt sagten Sie soeben, Lansing habe Ihnen gesagt: „Warum machen Sie so mäßige Friedensbedingungen? Schlagen Sie doch genug auf, und dann wird man sich auf einer mittleren Linie einigen." Fühlen Sie, daß ein gewisser Gegensatz zwischen diesen beiden Äußerungen von Ihnen besteht, oder sind Sie der Meinung, daß sich Ihre erste Erklärung: „Es war die Wiederherstellung Belgiens für die Amerikaner eine conditio sine qua non für alle von Amerika angeregten Fragen", auch beziehen sollte auf die Äußerung von Lansing: „Schlagen Sie nur etwas vor, man wird sich auf der mittleren Linie verständigen!"

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Ich habe die Äußerung Lansings niemals auf Belgien bezogen, weil ich vollkommen überzeugt war, daß eine amerikanische Friedensvermittlung ohne Wiederherstellung von Belgien nach der amerikanischen Stimmung vollkommen ausgeschlossen war.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. **Sinzheimer**: Ich bemerke, daß diese Erörterungen der Aufstellung der Friedensbedingungen nicht gerecht werden, und muß mir vorbehalten, aus den Akten die betreffenden Feststellungen zu treffen. Dies gehört jetzt meines Erachtens unbedingt zur Sache. Die Friedensbedingungen, die unserm Friedensangebot vom 12. Dezember zugrunde lagen und die auf das Ersuchen Wilsons nicht mitgeteilt worden sind, sind mit dem Baron Burian genau vereinbart. Ich bemerke — —

Vorsitzender: Wir sind jetzt zunächst noch bei der Vernehmung des Herrn Grafen v. Bernstorff, und ich habe keinen Grund, hier Ergänzungen des Referats einflechten zu lassen. Ich glaube, es ist jedenfalls richtiger, daß wir zunächst einmal Herrn Grafen v. Bernstorff zu Ende vernehmen, und dann kann diese Ergänzung des Referats erfolgen.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. **Sinzheimer**: Dann muß ich gegenüber der Feststellung, die hier gemacht worden ist, die Be-

merkung machen, daß die Friedensbedingungen, die am 28. Januar Wilson mitgeteilt worden sind, andere sind als diejenigen Friedensbedingungen, die unserm Friedensangebot vom 12. Dezember zugrunde lagen.

Vorsitzender: Wir werden auf diesen Punkt natürlich noch zu sprechen kommen.

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Ich glaube, wir müssen uns ganz der Richtlinie anschließen, die der Herr Vorsitzende gezogen hat. Es handelt sich nicht darum, ob die Friedensbedingungen, die Herrn Grafen v. Bernstorff übermittelt worden waren, die richtigen waren oder nicht, sondern es handelt sich bloß darum: Welche Friedensbedingungen sind dem Grafen v. Bernstorff am 28./29. Januar übermittelt worden, und was hat er damit angefangen? Nur darüber kann der Zeuge Auskunft geben. Selbstverständlich werden wir später, wenn andere Zeugen über andere Dinge Auskunft geben, in die Frage hineinsteigen müssen: Hat das gestimmt, oder hat es nicht gestimmt? Ich glaube aber, es würde bloß eine Zeitverschwendung sein, wenn wir Herrn Grafen v. Bernstorff Dinge fragen, die er nicht beantworten kann, außer wenn er sie vorher in den Akten nachliest. Und es ist doch nicht die Aufgabe eines Zeugen, Dinge zu erzählen, die er irgendwo gelesen hat, sondern er hat nur Dinge vorzubringen, die er infolge seiner eigenen Erfahrung besser kennt als andere bzw. als die Akten.

Vorsitzender: Ich beabsichtige auch, in dieser Weise weiter zu prozedieren.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Herr Graf, ist Ihnen nach Ihrer Rückkehr nach Deutschland bekannt geworden, daß die Bedingungen, wie sie Ihnen am 28. Januar zur Weitergabe an Lansing mitgeteilt wurden, andere waren als diejenigen, die kurz vor dem 12. Dezember in gemeinschaftlicher Beratung der Obersten Heeresleitung, des Reichskanzlers, des Kaisers usw. festgestellt worden sind?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Nein, das höre ich heute zum ersten Male, und ich kann auch vielleicht diese Frage, soweit ich in Betracht komme, dadurch abkürzen, daß ich von vornherein erkläre, daß die Friedensbedingungen in Amerika überhaupt keine Rolle mehr gespielt haben, da ich sie an demselben Tage wie die Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges erhalten habe und da der uneingeschränkte U-Boot-Krieg notwendigerweise den Abbruch der diplomatischen Beziehungen hervorrufen mußte, weil bei dem Notenwechsel über die „Sussex“ die amerikanische Note vom 18. April 1916 ein Ultimatum war, in welchem erklärt wurde: „Sofern Deutschland den U-Boot-Krieg

nach den bisherigen Gesetzen weiter fortführt, so muß ich die diplomatischen Beziehungen abbrechen". Es war also tatsächlich nach der diplomatischen Situation für die amerikanische Regierung gar keine andere Möglichkeit vorhanden als die, die Beziehungen abzubrechen, wenn sie nicht heute etwas für weiß erklären wollte, was sie da vorher für schwarz erklärt hatte.

Vorsitzender: Tatsächlich hat doch auch nach dem U-Boot-Krieg Wilson sich weiter bereit erklärt, in Verhandlungen mit uns einzutreten und eine friedliche Basis zu gewinnen. Ich will aber damit nicht vorgreifen; ich möchte gern die chronologische Reihe wahren. Es ist aber das jedenfalls eine Frage, die ich, wenn wir zu diesem Zeitpunkt gekommen sind, noch stellen werde, deren Erörterung ja außerordentlich wichtig ist, weil sie eben maßgebend ist für die Frage, ob der U-Boot-Krieg tatsächlich alle Verhandlungen mit Amerika ein für allemal abgeschnitten hat.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Ich habe noch eine Frage.

Vorsitzender: Ich möchte zunächst, damit wir vorwärts kommen, doch jetzt wieder beim 21. Dezember beginnen.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Ich meine, es wäre doch jetzt die schicklichste Gelegenheit, weil der Zeuge schon von diesem Zeitpunkt gesprochen hat; aber ich will mich bescheiden.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Es handelt sich darum, die äußerst wichtige Frage festzustellen, warum auf das Ersuchen Wilsons vom 21. Dezember unsere konkreten Friedensbedingungen nicht mitgeteilt worden sind. Der Nachweis wird nicht nur geführt durch Zeugenaussagen, er wird auch geführt durch den Akteninhalt, und deswegen muß ich mir die Mitteilung dieses Akteninhalts über die Bedeutung der Friedensbedingungen unter allen Umständen vorbehalten. Denn es hängt von der Art, der Natur jener Bedingungen ab, ob sie sich überhaupt zur öffentlichen Bekanntmachung in jenem Zeitpunkt geeignet haben oder nicht. Aus der Natur der Bedingungen fällt auch auf die Beantwortung der Frage, warum — —

Vorsitzender: Es ist selbstverständlich, daß wir darauf noch eingehen werden und müssen. Die Bemerkungen dazu werden keineswegs abgeschnitten werden. Das ist ausgeschlossen! Aber ich wiederhole: Es gehört nicht in den Rahmen der Vernehmung des Herrn Grafen v. Bernstorff hinein, und infolgedessen schließen wir es aus.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Nur eine Frage, die ich noch zu stellen habe! Herr Graf, darf ich bitten, mir folgende Frage zu beantworten: Die Bedingungen, die Sie am 28. Januar überreicht

haben, waren Ihnen vom Unterstaatssekretär Zimmermann als maßvoll bezeichnet worden. Wenn Sie nun damals die Lage betrachten, unmittelbar vor Abbruch der diplomatischen Beziehungen, und den Inhalt der Bedingungen, dann möchte ich jetzt die Frage an Sie richten: schienen Ihnen unter Berücksichtigung der Gesamtlage einschließlich des Ihnen bekannten, bevorstehenden Abbruchs der diplomatischen Beziehungen die Bedingungen, als Sie sie nun vor sich hatten, auch noch als maßvoll?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Die Bedingungen, die mir mitgeteilt worden sind, habe ich für maßvoll gehalten. Aber ich möchte wiederholen, daß ich auf die Bedingungen keinen Wert mehr gelegt habe; denn da ich genau wußte, daß die diplomatischen Beziehungen abgebrochen würden, hatten sie gar keinen Wert mehr.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Sie haben sie überreicht, wenn ich richtig verstanden habe, zusammen mit der U-Boot-Note?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Das ist nicht ganz richtig. Die Übergabe hat sich anders abgespielt, indem die sämtlichen Friedensverhandlungen von mir mit Oberst House geführt worden sind und die U-Boot-Frage mit dem Staatssekretär Lansing. Ich habe daher am 31. Januar nachmittags 5 Uhr weisungsgemäß Herrn Staatssekretär Lansing die U-Boot-Note übergeben, habe aber die Friedensbedingungen bereits am 30. morgens in die Hände des Obersten House gelangen lassen, indem ich hoffte, daß er sofort nach Washington fahren — was er auch getan hat — und vielleicht noch etwas damit erreichen würde.

Sachverständiger Dr. **Schäfer**: Eine Frage, die ich bereits vorhin aufwarf, möchte ich nun wiederholen, da sie in den jetzt behandelten Abschnitt gehört. Mir kommt vor allem darauf an, festzustellen, nicht nur was gesagt worden ist, sondern auch wie es gemeint gewesen ist. An wen hat *Wilson* wohl in seiner *Friedensnote am 18. Dezember* gedacht, wenn er von *kleineren Völkern* spricht, die er *vor Rechtsbruch und Gewalttätigkeit schützen* will. Hat Herr Graf Gelegenheit gehabt, mit Wilson zu sprechen und festzustellen, ob dabei nur an Belgien oder vielleicht auch an andere kleine Staaten, wie z. B. Griechenland, gedacht worden ist?

Vorsitzender: Herr Geheimrat, dazu kommen wir ja auch später!

(Zuruf.)

— Es läßt sich allerdings durch Antwort gleich feststellen.

Sachverständiger Dr. **Schäfer**: Dann noch eine auf die Botschaft vom 22. Januar sich beziehende Frage!

Vorsitzender: Die kommt später! — Darf ich bitten, Herr Graf, zu der ersten Frage des Herrn Professors Schäfer Stellung zu nehmen.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich habe im einzelnen über die Frage, welche Staaten er gemeint hat, niemals mit ihm oder mit Oberst House gesprochen. Ich persönlich habe angenommen, daß er damit Belgien meinte, und daß er nur die Form gewählt hat, es auszudrücken, die er häufig anzuwenden pflegte, indem er mehrere Dinge auf einmal nannte und es dem Leser überließ, daraus zu schließen, was er wollte.

Vorsitzender: Wir fahren nun fort, und ich glaube, es ist nun das Angemessenste, wenn wir uns jetzt zunächst einmal mit der Ententeablehnungsnote beschäftigen und mit dem Eindruck, den sie in Amerika, besonders auf Wilson, gemacht hat, wie er die Situation bezüglich der Möglichkeit eines Friedens nach dieser schroffen Ablehnung des Friedens durch die Entente aufgefaßt hat. Es wird besonders zu berücksichtigen sein, ob er sie für einen Bluff hielt oder nicht. Die Ablehnung durch die Entente ist die Note, die unmittelbar der Note vom 26. Dezember folgte.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Soweit meine Verhandlungen mit Vertretern des Präsidenten Wilson in Betracht kommen, hat er mir immer gesagt, daß er die Bedingungen der Entente, die sowohl auf unsere Note als auch auf die Note Wilsons nachher erfolgten, als nicht ernst zu nehmen betrachtete. Er hat ausdrücklich gesagt, er hielte sie für Bluff, und hat die Ansicht ausgesprochen, daß die Entente wohl die Absicht hätte, uns dazu zu bewegen, den U-Boot-Krieg zu machen und die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen. Das ist die in Washington bei den amtlichen Persönlichkeiten vertretene Auffassung gewesen.

Vorsitzender: Er hielt es also nicht für ein so starkes Hemmnis, daß er glaubte, sie könnte seine Friedensbemühungen illusorisch machen!

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Sie sprechen, Herr Graf, in einem Bericht vom 26. Januar davon, daß man Ihnen in Amerika die Bedingungen der Entente nicht nur als Bluff bezeichnet habe, sondern daß Ihnen Oberst House wörtlich von den „unmöglichen Bedingungen" der Entente gesprochen habe.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Soviel ich mich entsinne, wird das richtig sein. Es wird sicher richtig sein, da ich es gemeldet habe; aber ich meine: die Sache ist mir im Moment nicht erinnerlich.

Vorsitzender: Vielleicht kann Herr Dr. Sinzheimer es zur Auffrischung Ihres Gedächtnisses vorlesen.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer**: Sie berichten am 27. Januar:

> House entwickelte mir folgenden Gedankengang des Präsidenten: Unsere Feinde hätten ihre unmöglichen Friedensbedingungen offen ausgesprochen. Darauf habe der Präsident im direkten Gegensatz hierzu sein Programm entwickelt. Nunmehr seien auch wir moralisch verpflichtet, unsere Bedingungen bekanntzugeben, weil unsere Friedensabsichten sonst als nicht ehrliche angesehen würden.

Sachverständiger Dr. **Bonn**: Ich möchte hierzu eine Frage stellen. Sie erwähnten, daß von amerikanischer Seite gesagt worden sei, die Entente versuche, durch maßlose Friedensbedingungen uns gewissermaßen in eine U-Boot-Falle im weitesten Sinne des Wortes zu locken. War dies eine allgemeine Meinung, oder hatten Sie ganz bestimmte einflußreiche Persönlichkeiten im Auge?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Ich habe meine Verhandlungen mit Oberst House im Auge gehabt, der sich mit mir immer über die sämtlichen Fragen und Möglichkeiten vertraulich aussprach, und da ist die Auffassung öfter ausgesprochen worden: daß die Entente versuchen würde, unter allen Umständen einen Krieg zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu provozieren und dadurch den Krieg zu ihren Gunsten zu entscheiden.

Sachverständiger Dr. **Bonn**: Es handelt sich also um eine Äußerung des Obersten House!

Vorsitzender: Ich bitte Sie nun, Herr Graf, uns mitzuteilen, was Ihnen noch über den Zeitraum bekannt ist, der bis zum 9. Januar geht, indem ich den 9. Januar als das Datum der Plesser Konferenz auffasse. Wollen Sie uns sagen, was in dieser Zeit verhandelt worden ist, um die Geneigtheit Wilsons, zu einem Frieden zu kommen, zu verstärken.

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Ich wüßte nicht, daß in den Tagen noch irgend etwas Besonderes vorgefallen wäre. Ich habe allerdings persönlich, da ich damals noch glaubte, daß ich damit den Wünschen der Regierung entspräche, in der öffentlichen Meinung alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Friedensvermittlung Wilsons zu fördern. Das möchte ich besonders hervorheben, weil ich nachträglich von einem Teil der deutschen Presse angegriffen worden bin, daß ich eine eigene Politik getrieben hätte, die nicht diejenige der Regierung gewesen wäre.

Vorsitzender: Sie haben Ihrerseits alles getan, um Wilson für diese Friedensvermittlung geneigt zu machen?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Ich habe mich in allen mir zugäng-

lichen Zeitungen und allen meinen eigenen Äußerungen vollkommen darauf eingestellt, daß Wilson den Frieden vermitteln sollte.

Vorsitzender: Es ist Ihnen mehrfach vom Auswärtigen Amt in Berlin, vom Unterstaatssekretär Zimmermann nahegelegt worden, doch einmal das zu betonen, ob sich nicht ein energischer Druck auf England durch Wilson in Form von Ausfuhrverboten auf Lebensmittel und Kriegsmaterialien erzielen ließe. Sie haben das vorhin erwähnt und gesagt, er hätte das nicht tun können, weil die Rücksicht auf den amerikanischen Handel zu stark gewesen wäre. Nun wäre es mir doch erwünscht, darüber noch Bestimmteres zu hören. Denn schließlich mußte die Rücksicht auf den Handel bei einem Manne wie Wilson, der sich so für den Frieden bemüht hat, doch zurücktreten vor der für ihn viel wichtigeren Frage, den Frieden zu erreichen.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Die Lage im Winter 1916/17 hatte sich in der Frage des Handels, die hier gleichbedeutend ist mit der Frage der Industrie, insofern geändert, als Wilson wieder gewählt worden war auf Grund eines Programms, erstens den Frieden erhalten zu haben, und zweitens, die Kriegsbereitschaft der Vereinigten Staaten zu erhöhen. Unter Kriegsbereitschaft verstand Wilson nicht nur eine Vermehrung der Armee, sondern die Schaffung einer großen Flotte und auch, wie in seiner Proklamation ausdrücklich hervorgehoben worden ist, die Schaffung einer großen Handelsflotte. Infolgedessen mußte die Industrie in Amerika annehmen, daß auch in dem Moment, wo der Friede gemacht wurde, die Industrie so reichlich Beschäftigung erhalten würde, daß sie in keiner Weise durch den Friedensschluß verlieren würde. Dadurch hatte sich die Stimmung in der amerikanischen Industrie nicht mehr so feindlich gegen einen uns günstigen Frieden gestellt wie früher. — Außerdem muß ich in diesem Zusammenhange noch erwähnen, daß der erste positive Schritt, den Wilson zur Erzwingung des Friedens machte, und welcher weder damals noch, soweit ich es jetzt habe verfolgen können, in den heutigen Veröffentlichungen irgendwie erwähnt worden ist, der war, daß die Federal Reserve Board, die unserer Reichsbank entsprechende Behörde in Amerika, im Dezember ungefähr kurz vor der Wilsonschen Friedensvermittlung das Verbot der Beleihung fremder ungedeckter Wertpapiere herausgab. Es stellte sich die Sache also tatsächlich so dar, daß der amerikanische Geldmarkt der Entente verschlossen gewesen wäre, da es nicht anzunehmen ist, daß Amerikaner in irgendwelchem bedeutenden Maße noch Papiere gekauft hätten, die nicht beliehen werden konnten.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Sie haben dies auch nach Berlin berichtet! Nun noch zwei Fragen, die für die Beurteilung der Frage, ob auch objektiv eine Friedensmöglichkeit

bestanden hat, äußerst wichtig ist. Ich möchte zunächst folgende Frage an Sie richten: Waren Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß die Entente auf Friedensvorschläge Wilsons eingehen würde? Ist Ihnen bekannt, ob irgendwelche Fühlung mit der Entente stattgefunden hatte, aus der Wilson schließen konnte, die Entente sei damals friedenswillig gewesen im Gegensatz zu ihrer offiziellen Note?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Daß eine positive Fühlung stattgefunden hat, nehme ich an. Aber ich kann es nicht beschwören. Ich habe es immer angenommen, weil Wilson mir hatte sagen lassen, er würde die Friedensvermittlung nur dann vornehmen, wenn er begründete Aussicht habe, daß es zu einem Erfolg führen würde.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Und daraus schließen Sie, weil er dann das Friedensangebot gemacht hat, daß diese Aussicht auf Annahme bestanden hat. Aber das ist nur ein Schluß, den Sie ziehen?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Es ist nur ein Schluß! Ich kann es nicht beschwören. Tatsachen sind mir nicht bekannt. Ich weiß nur, daß Oberst House fortwährend in New York mit englischen Parlamentariern verhandelt hat; aber ich kann weiter nichts sagen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Es kommt auch weiter darauf an, soweit wir dazu imstande sind, von hier aus zu prüfen, ob ein echter Friedenswille überhaupt vorgelegen hat. In der letzten Zeit wurde Wilson im Senat in ein Kreuzverhör genommen, und dabei wurde die Frage an ihn gerichtet, ob er auch dann, wenn wir nicht den uneingeschränkten U-Boot-Krieg angefangen hätten, in den Krieg mit Deutschland gegangen wäre. Nach Pressenachrichten soll er diese Frage bejaht haben. Ist Ihnen zunächst das Original bekannt, und welche Bedeutung schieben Sie dieser Äußerung zu?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Wenn es der Herr Vorsitzende gestattet, so muß ich da allerdings sagen, daß wir hier vollkommen auf das Gebiet der Psychologie kommen, ich also unter meinem Eide nicht sagen kann, wie der Präsident sich das gedacht hat. Ich kann nur sagen, was ich darüber glaube, und da stellt sich die Sache für mich folgendermaßen dar: Die Äußerung des Senators Mc. Cumber im Weißen Hause lautete ungefähr folgendermaßen: Herr Präsident, glauben Sie, daß unsere moralische Auffassung über die deutsche Schuld am Kriege uns in den Krieg gebracht hätte, wenn Deutschland nicht unsere Untertanen und unseren Handel in unrechtmäßiger Weise angegriffen hätte? Darauf hat der Präsident geantwortet: Ich hoffe es! Darauf hat der Senator

Mc. Cumber gesagt: Glauben Sie, daß wir also doch in den Krieg hineingekommen wären, selbst wenn Deutschland sich nicht gegen uns speziell vergangen hätte? Da hat der Präsident gesagt: Ich nehme es an nach dem Verlauf, welchen die Dinge seitdem genommen haben. — So ist die Unterredung!

Vorsitzender: Ich wollte zunächst noch eine Frage an Sie richten. Welches ist nun Ihre eigene Auffassung? Sie kennen doch Wilson. Wir wollen uns einmal hier, wie Sie ganz richtig sagen, auf das psychologische Gebiet begeben. Ist nach Ihrer eigenen Auffassung es für Wilson maßgebend gewesen, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg erklärt wurde, um daraufhin die Beziehungen zu uns abzubrechen? Glauben Sie persönlich, daß das für ihn das treibende Motiv gewesen ist, oder haben da andere Motive für ihn mitgewirkt oder auch allein gewirkt?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen?

Vorsitzender: Jawohl! Für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und für den späteren Krieg.

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Meine persönliche Anschauung ist immer gewesen — ich habe die unzählige Male in meinen Berichten und Telegrammen niedergelegt —, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen gleichbedeutend wäre mit Krieg, und daß in dem Moment, wo die diplomatischen Beziehungen abgebrochen würden, der Krieg nur eine Frage von Tagen und Wochen wäre, je nachdem die Vereinigten Staaten dazu bereit wären oder nicht, aber daß der Krieg eine unbedingte Sicherheit an dem Tage wäre, wo die Beziehungen abgebrochen würden, und zwar aus folgendem Grunde: weil wir in den Vereinigten Staaten in einem heftigen Kampfe mit der feindlichen Propaganda standen, die überhaupt gar kein anderes Ziel hatte, als den Krieg zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten herbeizuführen. In dem Augenblick, wo die deutsche Botschaft in Washington ausgeschaltet wurde, standen wir dieser Propaganda vollkommen wehrlos gegenüber, und es war gar kein Zweifel, daß die sodann das Feld gewinnen würden.

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Ich glaube, es sind verschiedene Punkte zur Sprache gekommen, auf die wir eingehen müssen. Vor allen Dingen ist es nötig, daß wir die englische Ausgabe dieser Unterhaltung, die Herr Graf v. Bernstorff aus dem Gedächtnis wiedergegeben hat, bekommen. Sie ist im Auswärtigen Amt vorhanden. Es ist ein sehr langer Bericht. Wir müssen die ganze Sache erst einmal prüfen, ehe wir ein endgültiges Wort sprechen.

Vorsitzender: Dann möchte ich vorschlagen, daß wir das

zurückstellen. Bis morgen kann der englische Text vom Auswärtigen Amt von Herrn Konsul Müller beschafft werden.

Sachverständiger Dr. Bonn: Dann noch einen zweiten Punkt! Es scheint mir, daß wir die Frage, ob Wilson einen echten Frieden wollte oder nicht, in diesem Zeitpunkt gar nicht besprechen können; denn die Botschaft vom 22. Januar, die eine viel breitere Entfaltung des Wilson-Programms bietet, war noch nicht da, auf diese müssen wir erst eingehend zu sprechen kommen. Dagegen möchte ich eine andere Frage an Eure Exzellenz richten. Es ist Ihnen sicher bekannt, daß durch den Erlaß seines Friedensangebots vom 18. bezw. 21. Dezember Wilson sofort in den Geruch leidenschaftlicher Deutschfreundlichkeit gekommen ist, und daß es eine sehr erregte Kontroverse gegeben hat. Bei dieser Gelegenheit ist dann, wenn ich mich recht entsinne, Lansing einmal nicht unbedenklich ausgeglitten. Um die Sache etwas zu aplanieren, hat er den Interviewern, die ihm etwas energisch zusetzten, gesagt: ja, der Präsident habe das machen müssen, denn wenn es nicht glückt, sehr schnell den Frieden zustande zu bringen, so wird der uneingeschränkte U-Boot-Krieg begonnen, und wenn der uneingeschränkte U-Boot-Krieg kommt, so bedeute das Krieg mit Deutschland. Der Präsident wollte keinen Krieg. Ähnliche Äußerungen hat schon auf dem Schiff Gerard, wenn ich mich nicht irre, zu dem Vertreter der „New York World“ getan, der das auch in seinem Buche wiedergegeben hat. Ich wollte nur ungefähr an die Dinge erinnern und Eure Exzellenz fragen, ob Sie darüber bestimmte Auskunft geben können.

Vorsitzender: Bitte, Exzellenz! — Vielleicht auch morgen, wenn Ihnen die Beantwortung jetzt Schwierigkeiten macht.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Wir kommen da zurück auf die Frage des opportunen Augenblicks für die Friedensvermittlung des Präsidenten. Wie ich schon gestern erwähnte, war der Präsident immer der Ansicht, daß die Friedensvermittlung nur auf der Basis eines Friedens ohne Sieg gemacht werden könnte. Er wollte also einen Augenblick ergreifen, wo keiner von beiden Kriegführenden noch die Hoffnung hatte, den Sieg zu erringen. Infolgedessen hatte er beim Eintritt Rumäniens in den Krieg die Friedensvermittlung aufgeschoben, weil damals geglaubt wurde, daß die Entente siegen könnte. Er nahm aber andererseits an, daß, solange die Entente hoffte, die Vereinigten Staaten in den Krieg gegen uns mit hineinzuziehen, sie dann sicher nicht auf ein Friedensangebot eingehen würde. Infolgedessen hat er immer gesagt: ich kann keine Friedensvermittlung anfangen, solange eine Kontroverse mit Deutschland vorhanden ist; denn so lange hofft die Entente noch immer darauf, daß die Vereinigten Staaten mit gegen Deutschland in den Krieg gehen.

Deshalb ist diese Äußerung, die Herr Professor Bonn vorhin erwähnte, daß die Möglichkeit eines Krieges mit Deutschland bestand, von dem Präsidenten als eine Gefährdung seines Friedensschrittes betrachtet worden, und deshalb ist der Staatssekretär Lansing sofort ins Weiße Haus gerufen worden und hat am Nachmittag diese Erklärung auf Anordnung des Präsidenten Wilson zurückgenommen und sie wegerklärt.

Vorsitzender: Damit ist diese Frage ja genügend beantwortet. Ich möchte noch auf eins eingehen. Der U-Boot-Krieg, auch der rücksichtslose U-Boot-Krieg, erscheint doch unter dem Gesichtswinkel eines Gegenmittels gegen die Hungerblockade, auch gegen den rücksichtslosen Druck, den England auf die Neutralen beim Handelsverkehr usw. ausübte. Konnten diese beiden Momente für Wilson nicht auch so stark ins Gewicht fallen, daß unsere Maßnahme des rücksichtslosen U-Boot-Krieges als eine begreifliche erschien? Er tritt doch immer in seiner Senatsbotschaft und bei allen möglichen Reden als der Mann auf, der für Menschlichkeit und Gerechtigkeit eintritt. Es scheint mir doch nun wahrscheinlich zu sein, daß auch Sie, Exzellenz, nach dieser Richtung hin auf Wilson bezw. durch Vermittlung von House eingewirkt haben, und es wäre mir interessant zu erfahren, wie Wilson sich gerade in bezug auf diese rein menschlichen Gesichtspunkte geäußert oder verhalten hat.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Diese Verhandlungen liegen weiter zurück. Diese Frage ist von mir sehr häufig berührt worden: in den Verhandlungen über die Lusitania-Frage, die Arabic-Frage, das zweite Mal, als die Lusitania-Frage aufkam, und in der Sussex-Frage. Nach Einigung in der Sussex-Frage ist in meinen Verhandlungen nicht mehr davon die Rede gewesen, weil Präsident Wilson der Ansicht war, daß sich die Verhältnisse so verschoben hätten, daß er nicht mehr in der Lage wäre, nunmehr England zu einem Kriege nach den Regeln des Völkerrechts zu zwingen. Zur Zeit der Lusitania-Angelegenheit hat Wilson im Gegenteil immer gesagt: wenn ihr mir in der Frage des U-Boot-Krieges entgegenkommt, werde ich die Hungerblockade, die ich gleichfalls, ebenso wie ihr, für illegal und für nicht zu verteidigend ansehe, zu brechen suchen; ich kann das aber nur tun, wenn der U-Boot-Konflikt mit Deutschland aus der Welt geschafft wird.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Bei der Frage des Friedenswillens wollte ich Sie allgemein fragen: Glauben Sie an den wirklichen Willen Wilsons, den Frieden zu vermitteln?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ja!

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Glauben Sie, daß er dabei Rücksicht genommen hätte auf unsere deutschen Lebensinteressen, oder sollte es ein Frieden sein zugunsten der Entente?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich habe das Programm Wilsons vom 22. Januar 1917, in welchem er deutlich von einem Frieden ohne Sieg sprach, wörtlich genommen und habe angenommen, daß es einen Frieden ohne Sieg bedeutete, und daß Deutschland seine Weltstellung in vollem Maße behalten würde.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Also nicht ein Frieden zugunsten der Entente, keine Vermittlung, um uns in die Arme zu fallen! Glauben Sie, daß er den Dolus hatte, eine Vermittlung nur deswegen herbeizuführen, um uns auf der Höhe der militärischen Erfolge an der Ausnutzung der militärischen Erfolge zu verhindern?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ob ich das persönlich glaube?

Vorsitzender: Mit anderen Worten: halten Sie ihn für einen ehrlichen Makler oder nicht?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich hielt ihn damals für einen absolut ehrlichen Makler. Damals habe ich persönlich gar nicht an unsere so großen militärischen Erfolge geglaubt; sie waren doch niemals entscheidend.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Dann noch eine Frage, die an die Auffassung des Auswärtigen Amts über Wilson anknüpft. Es liegt eine Äußerung des Staatssekretärs Zimmermann in einem Erlaß an den Botschafter Wedel vom 6. Februar vor. Hier heißt es: „Als Vermittler würde er sein ganzes Gewicht gegen uns einsetzen.“ War nach Ihrer Auffassung eine solche Beurteilung Wilsons zutreffend?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Daß diese Auffassung schließlich die hier vorherrschende war, liegt ja klar darin zutage, daß wir eben die Wilsonsche Friedensvermittlung nicht angenommen haben und statt dessen den U-Boot-Krieg gemacht haben. Da ich aber über meine persönliche Meinung befragt werde, so sage ich ganz offen, daß ich unter allen Umständen den Wilsonschen Frieden angenommen hätte.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Halten Sie die Auffassung des Auswärtigen Amts über den Willen Wilsons, die ich eben verlesen habe, als Auffassung des Staatssekretärs Zimmermann für richtig oder nicht?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich persönlich halte sie für falsch.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Und zwar auf Grund Ihrer amerikanischen Eindrücke?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Auf Grund meiner Verhandlungen!

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Auf Grund Ihrer persönlichen Verhandlungen mit Wilson, House und Lansing.

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Ich glaube, es hat keinen Zweck, wenn wir die Zeugen zu Urteilen über die Äußerungen anderer Zeugen schon jetzt veranlassen, ehe wir diese gehört haben. Ich glaube, wir sollten einmal bis zum 22. Januar weitergehen, denn da hat sich Wilsons Politik in ihrer ganzen Breite entfaltet.

Ich möchte aber, da ich das Wort habe, eine andere Frage an Exzellenz stellen. Exzellenz erinnern sich, daß Wilson im Sommer 1916 eine Anzahl Kampfmittel wirtschaftlicher Art gegen die Schwarzen Listen usw. der Entente sich bewilligen ließ. Das waren sehr komplizierte Dinge; sie gingen nicht weit genug, aber immerhin müssen wir hier feststellen, daß er in der Tat den Versuch gemacht hat, sich wirtschaftliche Machtmittel gegen die Alliierten zu schmieden. Das zusammen mit der Handlung des Federal Reserve Board zeigt in der Tat, daß er den Versuch machte, sich auf einen Druck vorzubereiten.

Es kommt noch ein anderes Moment in diese Frage hinein, das allerdings von uns nicht ganz klargestellt werden kann. Es ist ja bekannt, daß im Spätherbst 1916 Sir Edward Grey abtrat. Das ist immer als ein erschwerendes Moment für die amerikanische Friedensvermittlung betrachtet worden, wenn ich mich recht erinnere. Auch über diesen Punkt möchte ich Auskunft haben.

Vorsitzender: Ich halte es für richtig, daß wir jetzt chronologisch fortfahren. Ich bitte, das zu tun, daß Sie also jetzt all das, was Sie weiter an positiven Tatsachen uns anzugeben haben, bis zum 9. Januar besprechen, darüber hinaus bis zur Senatsbotschaft und diese selbst hier wiedergeben.

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Ich wüßte nichts mehr anzuführen bis zur Senatsbotschaft, was in dieser Frage von Interesse wäre.

Vorsitzender: Dann kommen wir zur Senatsbotschaft.

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Am 22. Januar 1917 hat Wilson eine Botschaft an den Senat gerichtet, in welcher er den „Frieden ohne Sieg" eingehend erläuterte, wie er ihn sich vorstellte. Diese Botschaft hat dadurch einen besonderen Wert als feierlicher Akt erhalten, daß Präsident Wilson den Wortlaut vorher, ehe er die Rede hielt, nach Europa telegraphieren und am selben Tage den fremden Regierungen überreichen ließ, an dem er die Rede hielt. Es wurde dadurch also zu einem ganz besonders feierlichen Regierungsakt der Vereinigten Staaten.

Nun muß ich aber etwas einschalten, was hier vielleicht nicht direkt hineingehört; aber vor dem Tage hatte ich schon die Mitteilung bekommen, daß wir den uneingeschränkten U-Boot-Krieg machen würden. Diese Mitteilung habe ich am 19. Januar bekommen. Ich war also damals bestrebt, einen

Aufschub des uneingeschränkten U-Boot-Krieges zu erreichen, damit die Friedensvermittlung Wilsons, die ich nun für viel energischer in Angriff genommen hielt als vorher, weitergehen könnte. Ich habe immer in dem Sinne nach Berlin telegraphiert. Ich selbst hatte die Hoffnung, daß die Übergabe dieser Botschaft am 22. Januar schon den Einfluß in Berlin gehabt hätte, daß der Befehl für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg rückgängig gemacht würde. Das war aber nicht der Fall und ist, wie bekannt, auch durch meine Telegramme nicht erreicht worden. — Damit ist eigentlich die ganze chronologische Darstellung erledigt.

Vorsitzender: Sie kamen dann nach Berlin zurück.

Sachverständiger Dr. Schäfer: Der Herr Graf hat eben gesagt, daß die Nachricht von dem zum 1. Februar 1917 beabsichtigten U-Boot-Krieg am 19. Januar zu ihm gekommen sei. Am 22. Januar ist die Senatsbotschaft erfolgt, und diese war, wie er eben sagte, vorher schon fertiggestellt und nach allen Richtungen hin mitgeteilt worden. Hat der Präsident Wilson nun von der Absicht der deutschen Regierung, am 1. Februar den U-Boot-Krieg zu eröffnen, Kunde gehabt, als er die Botschaft verfaßte, oder nicht?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Persönlich glaube ich nicht, daß Wilson die Kunde von dem U-Boot-Krieg gehabt hat. Ich habe keinen Anlaß anzunehmen, daß er vor dem 31. Januar nachmittags 5 Uhr, wie ich mitgeteilt habe, davon gewußt hat. Ich nehme es um so weniger an, als der amerikanische Botschafter Gerard hier eine Rede gehalten hat, die vollkommen unmöglich gewesen wäre, wenn er nicht noch geglaubt hätte, daß er, seinen Instruktionen entsprechend, alles tun sollte, um die Friedensvermittlung Wilsons herbeizuführen.

Sachverständiger Dr. Schäfer: Dann ist es sehr auffallend, daß Wilson in seiner Botschaft am 22. Januar Bedingungen genannt hat, die für Deutschland völlig unerfüllbar waren. In diesen Bedingungen steht vor allen Dingen zunächst darin, daß Polen ein geeinigtes, unabhängiges und selbständiges Reich sein solle. Nun war ja allerdings die Proklamation vom 5. November 1916 vorausgegangen. Aber diese Proklamation der beiden Herrscher hat keineswegs Polen zu einem geeinigten und keineswegs zu einem selbständigen und unabhängigen Reich gemacht. Wenn das durchgeführt werden sollte, wie in der Botschaft gesagt ist, so mußte diese Proklamation viel weitergehen, als sie zunächst in Aussicht gestellt hatte. Volle Unabhängigkeit und ein geeinigtes Polen konnte von Deutschland gar nicht zugestanden werden. Ich stehe persönlich auf dem Standpunkt, daß die jetzige Ordnung der Dinge unvereinbar ist mit dem Bestande des Deutschen Reiches. Das ist meine persönliche Auffassung.

Nun ist in dieser Botschaft weiter davon die Rede, daß jedem Staate ein Zugang zum Meere gesichert sein müsse. Dieser Zugang zum Meere ist bisher von verschiedenen Staaten, auch von uns selbst, zum großen Teile durch fremdes Land gegangen. Wir haben unsere Einfuhr und Ausfuhr zum großen Teile über Antwerpen dirigieren müssen; Böhmen über Hamburg ist in derselben Lage gewesen. Es lagen gar keine Gründe vor — die Proklamation vom 5. November hat das für Polen auch schon festgelegt —, es lagen keine Gründe vor, eine derartige Forderung noch neu zu stellen. Das waren weitere Forderungen, die offenbar darauf zugeschnitten waren, etwas in die Diskussion hineinzuwerfen, was von Deutschland nicht zugestanden werden konnte. Ich für meine Person habe keinen Zweifel, daß Wilson sich darüber völlig im klaren war. Und Sie werden auch — das darf ich hinzufügen — in den Verhandlungen zwischen dem 4. Oktober und dem 9. November 1918 sehen, wie er zunächst etwas in die Verhandlungen hineinwirft und in jeder neuen Note Schritt um Schritt weitergeht. So kann ich nur die Meinung aussprechen, was meiner Überzeugung nach bei der ganzen Art der Fragen in diesem Verhör nicht genug zur Klarheit gekommen ist, daß man nicht bloß auf den Wortlaut gehen, sondern sich die Frage vorlegen muß: Was hat der Mann für Absichten und Tendenzen verfolgt? Nach dieser Richtung möchte ich noch nähere Fragen nachher tun, da der Herr Graf nach seiner Stellung mehr als irgend ein anderer über die Absichten und Stimmungen in Amerika unterrichtet sein muß.

Vorsitzender: Ich möchte bemerken — weil Sie die Fragen des Vorsitzenden und der anderen nach dieser Richtung korrigierten, daß zu wenig auf das psychologische Moment eingegangen wäre —, daß ich diese Fragen wiederholt an den Herrn Grafen gestellt habe.

Sachverständiger Dr. Schäfer: Nicht psychologisch! Es handelt sich um die ganze politische Lage. Wilson ist Staatsmann und will das Ziel erreichen, was den Vorteilen seines Staates entspricht. Ich halte auch die Frage, ob Wilson ein ehrlicher Makler ist oder nicht, für zu scharf gestellt. In dieser Alternative kann man diese Frage nicht stellen. Wilson wollte im ersten Teil des Krieges durchaus den Frieden, einen Frieden, der nicht gerade zugunsten der Entente war, aber jedenfalls einen Frieden, der Deutschland nicht in eine Stellung brachte, die als Gefährdung Englands betrachtet werden mußte. Dem konnte ein unentschiedener Krieg entsprechen, aber nicht ein entschiedener deutscher Sieg.

Vorsitzender: Das ist eigentlich ein Gutachten von Ihnen über die ganze politische Lage, das mir aber wenig im Zusammenhang mit der Vernehmung des Herrn Grafen zu stehen scheint. Oder

beabsichtigen Sie, daß der Herr Graf sich nunmehr auch dahin äußert, wie aus der allgemeinen politischen Konstellation der damaligen Zeit Wilson die Sachlage selbst wohl beurteilt hätte, ob er als Amerikaner für die Interessen Amerikas eintreten mußte, ob er als ehrlicher Makler für Deutschland in Betracht kam oder nicht?

Sachverständiger Dr. Schäfer: Ich würde bitten, dem Herrn Grafen zum Schluß diese Fragen vorzulegen, aber nicht jetzt.

Vorsitzender: Dann werden wir diese Frage, da wir doch morgen die Verhandlungen weiter fortsetzen müssen, vielleicht vorbereiten.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich bin auch jetzt bereit.

Vorsitzender: Wir haben nur noch 5 Minuten Zeit. — Herr Dr. Sinzheimer wollte noch eine Frage stellen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ich spreche von der Senatsbotschaft vom 22. Januar, die in diese Zeit fällt. Es wird die Behauptung in der Öffentlichkeit aufgestellt, diese Senatsbotschaft sei schon deshalb für uns unannehmbar gewesen, weil Wilson erklärt habe, die Bedingungen der Entente seien diskutierbar. Ich habe hier den Wortlaut der Senatsboschaft und finde in ihr einen solchen Wortlaut nicht. Er sagt:

> Die Mittelmächte erwiderten in einer Note, die einfach besagte, daß sie bereit seien, mit ihren Gegnern zu einer Konferenz zusammenzutreten, um die Friedensbedingungen zu erörtern. Die Mächte der Entente haben viel ausführlicher geantwortet, und wenn auch nur in allgemeinen Umrissen, so doch mit genügender Bestimmtheit, um Einzelfragen einzubeziehen, die Vereinbarungen, Bürgschaften und Wiederherstellungen angegeben, die ihnen als die unumgänglichen Bedingungen einer befriedigenden Lösung erscheinen.

Ist Ihnen sonst irgendwelche Bekundung Wilsons bekannt, daß er jene Bedingungen der Entente als diskutabel bezeichnet hat?

Vorsitzender: Darf ich bitten, Exzellenz, darauf einzugehen.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Nein, daß er sie als diskutabel für uns betrachtet hätte, habe ich nie gehört. Er hatte immer erklärt, daß wir uns über die Bedingungen untereinander einigen sollen, und daß er nur die Herbeiführung einer Aussprache in die Wege leiten wollte.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Das war die eine Frage: die Diskussionsgrundlage. Aber soeben ist Ihnen die Polenfrage

vorgehalten worden. Es wird behauptet, daß durch die Äußerung Wilsons ein einiges und unabhängiges Polen müsse wiederhergestellt werden, diese Forderung für uns unannehmbar geworden sei, weil damit ohne weiteres auch preußische Gebietsteile in Anspruch genommen worden seien. Nun ist es meines Erachtens wichtig, zur Deutung dieser Äußerung in der Senatsbotschaft, Ihren unmittelbar nachher eingehenden Bericht zu beachten, worin Sie ausdrücklich berichten:

> Wilson anbietet zunächst vertraulich Friedensvermittlung auf Grund seiner Senatsbotschaft, das heißt also ohne Einmischung in territoriale Friedensbedingungen.

Fassen Sie die Sache so auf, daß er damit nicht unbedingt darauf bestehen wollte, daß territoriale Gebietsabtrennungen von Deutschland verlangt werden sollten?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Das soeben vorgelesene Telegramm bezieht sich auf die Konversation, die ich zwei Tage nach der Botschaft mit Oberst House hatte. Er bat mich damals telegraphisch, nach New York zu kommen, und bot offiziell die Friedensvermittlung Wilsons an auf Basis der Senatsbotschaft und gab dann die in diesem Telegramm folgenden Erläuterungen. Ich kann aber auf das bestimmteste versichern, daß niemals von amerikanischer Seite mit mir über einen Frieden verhandelt worden wäre, wo auch nur die geringste Abtretung deutschen Gebiets mir zugemutet worden wäre.

Vorsitzender: Wir brechen hiermit die Verhandlungen ab. Die nächste Sitzung findet morgen um 10 Uhr wieder im hiesigen Raume statt, da ich noch keine Sicherheit habe, ob uns der Herrenhaussaal morgen bereits zur Verfügung steht. Das ist für die nächste Woche aber mit Bestimmtheit anzunehmen.

(Schluß der Sitzung 12 Uhr 30 Minuten.)

3. Sitzung des 2. Unterausschusses

Donnerstag den 23. Oktober 1919.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 30 Minuten durch den Vorsitzenden, Abgeordneten Warmuth, eröffnet.

Vorsitzender: Ich eröffne die Sitzung.

Es ist eine irrtümliche Urteilsvoraussetzung mehrfach in der Presse zutage getreten, und es sind auch eine Reihe von Anfragen in derselben Richtung an mich ergangen, die ich durch eine Bemerkung, bevor wir in die Verhandlungen treten, kurz erledigen möchte. Es ist ausdrücklich durch die Geschäftsordnung vorgesehen, daß jedes Mitglied des Untersuchungsausschusses ein selbständiges und unbeschränktes Fragerecht besitzt, was sich bei dem Zweck, Ziel und den Aufgaben des Ausschusses ja eigentlich von selbst versteht.

Ich trete nun in die Verhandlungen ein und möchte zunächst noch einmal auf eine Bemerkung zurückgreifen, die am Schluß der letzten Sitzung erfolgt ist. Exzellenz haben uns erklärt, daß, solange die Friedensvermittlungsaktion mit Wilson schwebte, niemals die Rede davon gewesen ist, daß Deutschlands Integrität durch den Friedensvertrag irgendwie angegriffen werden sollte. Das ist wohl richtig, wie Exzellenz bestätigen werden?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Jawohl!

Vorsitzender: Nun ist in der Senatsbotschaft Wilsons vom 22. Januar wörtlich gesagt: „Ich halte es für ausgemacht, daß die Staatsmänner überall darin einig sind, daß es ein einiges, unabhängiges, selbständiges Polen geben soll.“ Und an einer andern Stelle bemerkt er: „Soweit als möglich, sollte überdies jedes große Volk, das jetzt nach einer vollen Entwicklung seiner Hilfsmittel strebt, eines direkten Ausganges nach den großen Heerstraßen der See versichert sein. Wo dies durch Gebietsabtretungen nicht bewerkstelligt werden kann, wird es sicherlich durch Neutralisierung der Zugangswege unter allgemeiner Garantie erreicht werden können.“ Mir scheint, daß darin ein Widerspruch liegt; denn wenn das erstere verwirklicht werden sollte: ein einiges Polen, und zwar gleichzeitig mit einem Korridor zum Meer oder aber durch Neutralisierung bestimmter Gebiete Deutschlands, so konnte die Integrität Deutschlands unmöglich unversehrt bleiben. Es liegt darin also ein Widerspruch, und ich bemerke, daß diese Botschaft ja doch am 22. Januar, also zu einer Zeit erging, als die diplomatischen Beziehungen noch voll bestanden, Sie selbst,

Exzellenz, ja auch noch in Washington waren. Darf ich einige Worte der Aufklärung von Ihnen erbitten.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Daß Präsident Wilson die Wiederherstellung Polens wollte, bezweifle ich keineswegs. Aber ob diese Wiederherstellung Polens so weit gehen sollte, daß Preußen bzw. Deutschland Gebiete abtreten sollten, das würde nach meiner Ansicht erst aus den Verhandlungen hervorgegangen sein und würde ja immerhin vielleicht eingetreten sein durch Kompensation. Also der „Friede ohne Sieg" war nach meiner Ansicht nicht notwendigerweise unbedingt so aufzufassen, daß ganz genau dieselben Gebietsteile Deutschland blieben, sondern daß eine Art von Status quo entstand, wo also keinesfalls irgend etwas von Rechten oder Gebieten abgetreten werden würde ohne entsprechende Kompensationen.

Vorsitzender: Das ist eine persönliche Auffassung von Ihnen, Exzellenz, oder ist das der Niederschlag von Unterredungen, die Sie — mit House beispielsweise — damals geführt haben?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Das ist meine aus den damaligen Verhandlungen hervorgegangene Überzeugung.

Vorsitzender: Also durch die damaligen Verhandlungen? Es sind also Äußerungen von seiten House's, wie man sich den Frieden gedacht hat, in der Richtung gefallen, daß die Integrität Deutschlands nicht wörtlich in dem Sinne zu verstehen sei, daß wirklich genau der Status quo ante erhalten blieb, sondern daß eventuell der Kompensationsweg beschritten werden sollte, also in diesem Spezialfalle das eine oder andere Stück an Polen abgetreten werden bzw. eine Neutralisierung eines Gebietes, etwa von Danzig, stattfinden sollte und daß Deutschland einen entsprechenden Ausgleich erhalten sollte, sodaß dann in dieser Weise gedacht ein ungeschwächtes Deutschland blieb?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Das hat sich für mich aus dem Programm „Frieden ohne Sieg" immer von selbst ergeben. Denn wenn Deutschland einseitig eine Gebietsabtretung hätte gewähren müssen ohne Kompensation, so wäre das eben kein „Frieden ohne Sieg" mehr gewesen.

Vorsitzender: Jawohl, das ist ja eine Schlußfolgerung von Ihnen, Exzellenz. Aber, wie gesagt, ich möchte nochmals betonen, daß House in diesem Sinne sich ausdrücklich geäußert hat?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Es ist immer in dem Sinne verhandelt worden — mündlich —, daß gegenseitige Kompensationen nicht ausgeschlossen wären.

Vorsitzender: Nicht ausgeschlossen wären. — Herr Gothein!

Abgeordneter Gothein: Es heißt hier: „Wo dies durch Ge-

bietsabtretungen nicht bewerkstelligt werden kann, wird es sicherlich durch **Neutralisierung der Zugangswege** unter allgemeiner Garantie erreicht werden.“ Das würde doch die Möglichkeit offen lassen, daß Danzig sowohl wie die Zugangswege, also die Weichsel auf der einen Seite, die Bahn Marienburg—Mlawa — ist es ja wohl —, die anschließenden Bahnen an und für sich vollständig deutsch blieben, daß aber ein Vertrag abgeschlossen würde, durch welchen diese Zone insofern also neutralisiert würde, daß der Durchgangsverkehr vollständig für Polen gewährleistet wäre, ähnlich wie anderswo. Es wäre aber auch die andere Möglichkeit eines Zuganges für Polen zur See noch dadurch gegeben gewesen, daß dieser über Litauen nach Libau in Kurland ermöglicht worden wäre. Ist diese Frage auch etwa zur Erörterung gelangt?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** So weit in die Einzelheiten ist nicht eingegangen worden. Denn historisch hat sich ja die Sache so abgespielt, daß die Botschaft des Präsidenten am 22. Januar gehalten wurde. Wenn ich mich nicht irre, habe ich dann ein Telegramm von Herrn House am 23. bekommen, es kann aber auch der 24. Januar gewesen sein — aus den Akten ist das nicht mehr genau festzustellen —, in dem er mich bat, nach New York zu kommen und mit ihm zu sprechen. Ich bin dann hingefahren, und an dem Tage hat er offiziell die Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson im allgemeinen auf der Basis der Botschaft vom 22. Januar angeboten. Diese Tatsache habe ich nun nach Berlin telegraphiert, und das war meine letzte Unterredung mit Herrn House. Ich habe also seit dem — sagen wir — 24. Januar überhaupt keine politische Unterredung mehr in Amerika gehabt, außer der Überreichung der Erklärung des U-Boot-Krieges, wo sofort der Abbruch erfolgte. Es würde also das letzte amtliche Telegramm von mir dasjenige sein, das die amtliche Friedensvermittlung Präsident Wilsons anbot.

Vorsitzender: Ja. — Herr Professor Schücking!

Abgeordneter **Dr. Schücking:** Da gar nicht von einem neutralen Korridor, sondern nur von einem „neutralen Weg“ die Rede war, haben es Eure Exzellenz da nicht auch für wahrscheinlich gehalten, daß das so auszulegen sei, daß überhaupt nur ein völkerrechtliches Servitut gemeint sei?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Soweit überhaupt mit mir darüber gesprochen worden ist, ist damals nur die Rede gewesen von dem Zugange zum Meer durch Eisenbahnverbindungen oder dergleichen.

Vorsitzender: Also nicht eine Neutralisierung in dem Sinne, daß das Gebiet der Staatshoheit Deutschlands entzogen werde.

Sachverständiger **Dr. Hoetzsch:** Herr Graf sagte eben, Wilson habe die **Wiederherstellung Polens** immer gewünscht.

Darf ich fragen: Ist dieses Problem, das für Deutschland doch entscheidend war und für das eine bestimmte Lösung durch die Proklamation von Polen schon in Aussicht genommen war, in den Besprechungen zwischen Ihnen, Wilson, House und anderen amerikanischen Staatsmännern häufiger erörtert worden, was doch nahe lag? Und zweitens: wenn ja, hatten Sie den Eindruck, daß eine Klarheit auf amerikanischer Seite bestand, wie Polen wieder hergestellt werden sollte, und ein entschiedener Wille dazu?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Ein klares Programm über die Wiederherstellung Polens war jedenfalls in Amerika nicht vorhanden, und es ist mir gegenüber immer betont worden, daß diese Verhandlungen zwischen den Kriegführenden geführt werden sollten; nur wollte Amerika das Prinzip feststellen, daß Polen wiederhergestellt werden müsse.

Sachverständiger Dr. **Bonn**: Wenn ich Sie recht verstehe, Exzellenz, so handelt es sich bei Ihren Besprechungen mit House nicht darum, daß eine kriegführende Partei mit der anderen kriegführenden Partei im gegenseitigen Verhandeln feststellt: was bekomme ich, was gibst du?, sondern es hat sich im wesentlichen um den Versuch gehandelt, eine Aussprache zwischen den Kriegführenden herbeizuführen. Infolgedessen ist die Situation natürlich ganz anders wie etwa im Jahre 1918. Wenn wir über das Jahr 1918 zu sprechen haben, liegt eine Wilsonsche Friedensforderung vor, die Wilson als Kriegführender stellte. Ich nehme an, Exzellenz, daß Sie diesen Unterschied als richtig anerkennen?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Ja, ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Friedensvermittlung oder die Friedensaktion von Wilson im Jahre 1917 mit derjenigen von 1918 überhaupt nichts zu tun hat, und daß der Umstand, daß Wilson in Versailles versagt hat, gar nichts zu tun hat mit der Zeit, wo er über Deutschland vollkommen anders dachte als im Jahre 1918. Das sind zwei vollkommen getrennte Aktionen, wo ein Rückschluß von der einen auf die andere nach meiner Ansicht ausgeschlossen ist.

Sachverständiger Dr. **Bonn**: Es kommt mir vor allen Dingen darauf an, daß wir uns einmal scharf klar werden, um was es sich bei dieser ganzen Wilson-Aktion gehandelt hat. Infolgedessen darf ich wohl rekapitulierend fragen, ob meine Rekapitulation richtig ist: 1. Wilson hat nach langem Zögern einen Friedensschritt getan und dabei eigentlich Allgemeinheiten gesagt, am 18. bezw. 21. Dezember. Nachdem dann die Antworten der Entente eingelaufen sind, ist Wilson einen Schritt weitergegangen. Er hatte von der Entente Friedensbedingungen; von uns hatte er keine Friedensbedingungen nach dem, was wir bis jetzt gehört haben. Daraufhin hat er einen Versuch gemacht, etwas zu schaffen, was als „Aktionsgrundlage“ bezeichnet worden ist. Es ist gestern

das Wort „diskutabel" gebraucht worden. Darum handelt es sich nicht, sondern es handelt sich — und ich möchte das bestätigt haben, ob ich richtig auffasse — darum, ob Wilson damit eine Grundlage gemeint hat, auf der die Kriegführenden diskutieren konnten. Ist das die richtige Auffassung?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich habe es immer so aufgefaßt, daß die Botschaft vom 22. Januar ein Programm war, auf Grund dessen Besprechungen stattfinden sollten, weiter nichts.

Vorsitzender: Das stimmt ja auch mit der Note überein, die Sie seinerzeit am 27. Januar an das Auswärtige Amt gesandt haben, in der Sie ausdrücklich sagen:

> Der Präsident wäre besonders erfreut, wenn Eure Exzellenz gleichzeitig erklären wollten, daß wir bereit seien, auf der Basis seiner Senatsbotschaft in die Konferenzen einzutreten.

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Dann möchte ich an dem Wort „Programm" Anstoß nehmen und fragen, ob es sich nicht im wesentlichen um „Grundsätze", um allgemeine Richtlinien gehandelt hat. Ein Programm ist schon etwas Positives. Wenn wir auf die 14 Punkte kommen — und das wird später ja geschehen müssen —, können wir von einem „Programm" sprechen. Aber zwischen einem Programm und allgemeinen Grundsätzen ist — das wissen wir alle sehr zu unserem Schaden — ein großer Unterschied. Diese Botschaft vom 22., — haben Sie sie als „allgemeine Grundsätze" aufgefaßt?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich habe sie so aufgefaßt, wie in dem Telegramm steht: als Basis, als allgemeine Grundsätze. Ich bin mit dem Ausdruck „allgemeine Grundsätze" vollkommen einverstanden.

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Man kann also, wenn einem diese Botschaft vorliegt und nichts weiteres, über irgendwelche Modalitäten der Anwendung dieser Grundsätze gar keine Schlüsse ziehen, außer wenn man, wie Sie vorhin sagten, von rückwärts interpretiert?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich bin ganz der Ansicht.

Sachverständiger Dr. **Schäfer:** Ich glaube, die Frage der Neutralisierung, von der hier in der Erklärung vom 22. Januar die Rede ist, läßt sich ja auf sehr verschiedene Weise lösen und beantworten. Es ließe sich ja auch denken, daß an weiter nichts gedacht worden ist, als was staatsrechtlich besteht bei der deutschen Ein- und Ausfuhr über Belgien, oder was besteht bei der Böhmens über Deutschland oder der unsrigen über Österreich (Triest), wie ich gestern schon erwähnte. Aber daß das nun gerade

in dieser Form gemeint sei, das halte ich nicht für sehr wahrscheinlich, und ich glaube kaum, daß in Wirklichkeit eine Neutralisierung hätte durchgeführt werden können, ohne daß auch eine Verfügung über diese Gebiete damit verbunden war.

Aber nun kommt ja weiter hinzu, daß von einem „geeinten und selbständigen, unabhängigen Polen“ die Rede ist, und eine derartige Forderung ist selbstverständlich mit dem Bestand des Deutschen Reiches nicht vereinbar; darauf möchte ich doch größtes Gewicht legen. Weiter ist dann von „Kompensationen“ die Rede gewesen. Solche Kompensationen lassen sich ja nur an der West- und an der Nordgrenze denken; im Osten handelt es sich doch um Verlust. Also eine Kompensation konnte nur dort stattfinden, und da waren wir an beiden Grenzen gesättigt. Es hat kein Vernünftiger jemals in Deutschland Annexionen im Westen gefordert, die sich auf ganz Belgien erstreckten; nur das Erzbecken von Longwy und Briey und der Westabhang der Vogesen, wenig umfangreiche Gebiete, sind in Frage gekommen; nur um das würde es sich handeln. Aber ich möchte einmal auf etwas anderes aufmerksam machen und Eure Exzellenz fragen, ob Sie dazu etwas zu sagen vermögen: wie sich Wilson das wohl gedacht hat, wenn er sagte, daß Völker nicht von einer Herrschaft in die andere beliebig wie Sachen verschoben werden können. Wenn das nicht geschehen sollte, ist die Frage die: Wie sollen die Kompensationen erfolgen, wenn auf diese Weise territoriale Kompensationen ausgeschlossen sind und die Völker nicht verschoben werden sollen?

Vorsitzender: Sollte hier nicht ein Urteil von dem Herrn Grafen verlangt werden, das eigentlich außerhalb des Rahmens der Beweisaufnahme steht? Herr Graf hat lediglich Tatsachen mitzuteilen. Wenn wir darauf hauptsächlich hinauskommen, daß wir Urteile ganz allgemeiner Natur aus dem Zeugen herausziehen, ich glaube, dann fördern wir nicht das Ziel unserer Aufgabe.

Sachverständiger Dr. Schäfer: Es ist aber wichtig für die Auffassung der Botschaft.

Vorsitzender: Vielleicht kann es in diesem Sinne doch eine Würdigung finden. — Ich bitte Sie also, Exzellenz, sich zu diesen Bemerkungen des Herrn Geheimrats Schäfer zu äußern.

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Das ist nach meiner Ansicht eine prinzipielle Frage, was wir mit dieser Friedensvermittlung Wilsons, wenn wir sie angenommen hätten, anzufangen beabsichtigten. Mir hat immer nur vorgeschwebt, daß durch die Hilfe Wilsons eine Besprechung zwischen den kriegführenden Staaten stattfinden sollte, die, wie ich hoffte, zu einem Ergebnis führen würde, sobald die Staatsmänner der kriegführenden Mächte wirklich miteinander sprachen, weil das bisher noch nie gelungen

war. Was dabei herauskommen würde, war natürlich eine Frage des Resultats der Verhandlungen. Das war nicht vorauszusehen. Wir kommen ja nachher zu der Frage, ob Wilson auch ohne unsern U-Boot-Krieg in den Krieg eingetreten wäre. Ich habe aber, abgesehen von dem Wunsch, die Friedensverhandlungen zu einem Beginn zu bringen, die Annahme der Friedensvermittlung Wilsons hauptsächlich mit aus dem Grunde gewünscht, damit der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg verhindert wurde. Das war für mich einer der Hauptzwecke der Annahme der Friedensvermittlung Wilsons — ich glaube, daß das aus meinen Berichten und Telegrammen vollkomen klar hervorgeht, der Herr Referent wird das bestätigen —, weil ich immer der Ansicht war, der U-Boot-Krieg würde automatisch den Abbruch der Beziehungen mit uns herbeiführen. Außerdem würde aus dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen automatisch der Krieg mit den Vereinigten Staaten hervorgehen, und der Krieg mit den Vereinigten Staten bedeutete für mich den Verlust des Krieges durch Deutschland. Infolgedessen war das ganze Ziel meiner zweieinhalbjährigen Tätigkeit in Amerika ausschließlich darauf gerichtet, den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg zu verhindern. Ich war anderseits der Ansicht, daß die gesamte Tätigkeit der Entente ausschließlich darauf gerichtet war, den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg und damit den Sieg der Entente herbeizuführen. Infolgedessen blieb nach meiner Ansicht kein anderes Mittel übrig, als die Vermittlung Wilsons anzunehmen. Das war die einzige Möglichkeit, den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg zu verhindern. Wenn wir durch die Vermittlung Wilsons den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg verhinderten, so wäre nach meiner Ansicht, ganz abgesehen von der Frage, ob Wilson wohlwollend über übelwollend war, der Frieden unter allen Umständen zustande gekommen, weil die Entente ohne die Hilfe Amerikas uns überhaupt nicht besiegen konnte. Wenn wir den Eintritt der Vereinigten Staaten verhinderten, so wäre im Laufe der Zeit infolge von Verhandlungen, wenn auch nicht in 14 Tagen, wenn auch nicht in vier Wochen, wenn auch nicht in sechs Monaten, — so wäre ohne Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg unter allen Umständen ein Verständigungsfrieden zustande gekommen, welcher nach meiner Ansicht ein deutscher Sieg gewesen wäre.

Vorsitzender: Wir werden ja nachher noch Gelegenheit haben, gerade diese Frage zu überprüfen, ob nicht unter allen Umständen ein Krieg zwischen Amerika und Deutschland zustande gekommen wäre, und werden da besonders zu prüfen haben die Äußerung Wilsons vor dem Foreign Committee, wie das bereits gestern angeregt worden ist. Diese Frage kann vielleicht später noch einmal erörtert werden.

Ich möchte jetzt bloß noch einmal darauf hinweisen, daß Wilson es doch ausdrücklich abgelehnt hat, sich in diese territorialen Friedensverständigungen der kriegführenden Mächte einzumischen, daß ihm ganz wesentlich immer nur am Herzen lag, an der Second Convention beteiligt zu sein, —

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Ja!

Vorsitzender: an den Verhandlungen, die Friedensliga, Abrüstungsfrage, Freiheit der Meere usw. usw. beträfen. Auch hier scheint mir offenbar ein Widerspruch darin zu liegen, wenn er jetzt in der Senatsbotschaft doch in diese territorialen Fragen eingreift, nicht doch bloß in dem Sinne, daß er gewissermaßen eine Anregung gibt, wie das die kriegführenden Mächte unter sich bei den schließlichen Friedensverhandlungen machen sollten, sondern doch auch in dem Sinne, daß er seine ganze Mitwirkung bei dem Frieden unter die Voraussetzung stellt, daß Deutschland sich auch auf diesen Punkt der Senatsbotschaft hin bekennt, — nicht wahr?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Ja, aber wir hatten doch selbst schon ein Polen hergestellt!

Vorsitzender: Aber doch nicht in der Weise, daß es irgendwie die Integrität und Staatshoheit Deutschlands verletzte, während wir doch ausdrücklich, insbesondere durch die Forderung der Neutralisierung als den geringeren Fall, einen erheblichen Eingriff in unsere Staatshoheitsrechte als gegeben erachteten.

Abgeordneter **Gothein**: Was die Frage anlangt, ob Wilson seine Stellung geändert hat: ist das eventuell darauf zurückzuführen, daß er jetzt mit einem Programm, einer Grundlage herauskam, weil von deutscher Seite ihm die Mitteilung der Friedensbedingungen verweigert worden war?

Zweitens wollte ich fragen: ist unter den Worten „ein einiges Polen“ zu verstehen, daß diesem Polen sämtliche Gebiete mit polnischsprechender Bevölkerung angehören sollten? Wir sprechen und sprachen doch auch vor dem Kriege von einem „einigen“ Deutschland, obgleich weite Gebiete mit deutschsprechender Bevölkerung außerhalb Deutschlands geblieben waren. Nun handelt es sich ja bei den deutschen Gebieten, den Ostmarken, zudem um zweisprachige Gebiete, die nicht rein polnisch sind. Meint Exzellenz, daß der Präsident Wilson damit gemeint hat, daß diese Gebiete, die gemischtsprachig sind, auch unbedingt zu einem einigen Polen gehören müssen?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Ich glaube nicht, daß er sich über die Grenzen dieses zu schaffenden Polens damals so genaue Vorstellungen gemacht hat. Ich glaube es nicht. Ich glaube, daß er

sich einfach vorgestellt hat, daß die Verhandlungen das übrige ergeben sollten. Ich glaube nicht, daß er eine bestimmte Vorstellung darüber hatte.

Abgeordneter Gothein: Dann die andere Frage: ob er dazu gekommen ist, sein selbständiges Programm aufzustellen, weil ihm von uns die Friedensbedingungen nicht mitgeteilt worden sind?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich habe es eher so aufgefaßt, daß er die Absicht hatte, an dem nächsten Tage darauf, wie er es ja wirklich getan hat, uns offiziell die Friedensvermittlung anzutragen, und daß er infolgedessen vorher eine Basis oder, wie Professor Bonn vorhin sagte, allgemeine Grundsätze aufstellen wollte, aus denen wir erkennen könnten, was seine Friedensvermittlung bedeutet.

Sachverständiger Dr. Hoetzsch: Ich bitte, mich über einen Widerspruch aufzuklären, der sich nach meinen Notizen in einer Äußerung des Herrn Grafen von gestern und heute findet. Wenn ich mich recht erinnere, hat Herr Graf gestern gesagt, ihm sei niemals von Amerika zugemutet worden, in Besprechungen einzutreten, die Deutschland die geringste Abtretung von Gebiet zumuteten, und heute gab er auf meine Frage die Auskunft, daß zwar ein bestimmtes Programm über Polen nicht bestanden hätte, aber ihm gesagt worden sei, seitens Amerikas würden die von Polen bewohnten Gebiete festgestellt. Es waren nun zweifellos innerhalb des deutschen Reichsgebiets von Polen bewohnte Gebiete vorhanden. Logisch würde damit die Forderung der Abtretung ausgesprochen sein. Diese beiden Äußerungen stimmen nicht ganz überein. Ich bitte um Auskunft, ob ich mich beim Notieren dieser Äußerungen geirrt habe.

Vorsitzender: Ich glaube, das ist ein Irrtum.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich habe bestimmt erklärt und wiederholt, daß mir niemals während der Verhandlungen die Abtretung deutschen Gebietes zugemutet worden ist. Über diese Einzelheiten von Polen habe ich überhaupt nicht mehr verhandelt, wie ich wiederhole, weil es zu Verhandlungen über die Botschaft vom 22. Januar überhaupt nicht gekommen ist. Ich würde ja niemals verhandelt haben und habe es nie in Amerika getan, ohne eine feste Basis von Instruktionen von Berlin zu haben. Da ich über die Botschaft vom 22. Januar keine Instruktion gehabt habe und, soviel ich mich entsinne, die einzige Äußerung über diese Botschaft die Erklärung des U-Boot-Krieges ist, in welcher im Eingange gesagt worden ist, daß die deutsche Regierung im allgemeinen mit dem Programm vom 22. Januar einverstanden wäre — so ähnlich lautete der Eingang —,

Vorsitzender: Ja!

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** habe ich niemals über die Botschaft Instruktionen gehabt, habe also niemals über dieselbe verhandelt.

Sachverständiger Dr. **Hoetzsch:** Es dreht sich da nicht um die Verhandlungen über die Botschaft, sondern Sie sagten vorhin selbst, daß doch Verhandlungen über Polen unverbindlich stattgefunden hätten. Die Frage war eine sehr wichtige Frage, die, wie Sie selbst sagen, Amerika außerordentlich interessierte. Dabei muß doch geäußert worden sein, wie man sich in Amerika die Gestaltung des polnischen Gebiets dachte.

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Das ist immer nur in ganz allgemeinen Wendungen geschehen, niemals so, daß mir gesagt worden ist: Deutschland muß soundsoviel Gebiet an Polen dazu abtreten. Das ist niemals gesagt worden.

Vorsitzender: Sondern so, wie Sie vorhin bereits gesagt haben.

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Allgemein!

Vorsitzender: Allgemein. Es ging, um das nochmals zu wiederholen, nur bis zur Botschaft; von dem Tage der Botschaft ab ist überhaupt über diese Frage zwischen Ihnen und House — —

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Da habe ich nur eine verhältnismäßig kurze Unterredung gehabt, die in meinem Telegramm vom 27. niedergelegt ist.

Vorsitzender: Das habe ich hier, es wird nachher zur Verlesung kommen. Jedenfalls hat diese Unterredung diese Fragen, die uns hier beschäftigen, nicht irgendwie berührt.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Herr Graf, wann haben Sie von der Absicht erfahren, die Proklamation vom 5. November 1916 in Berlin zu erlassen?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Die polnische?

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Ja. — Oder haben Sie das erst aus der Presse erfahren?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Nach meiner Erinnerung habe ich es auf dem üblichen Wege erfahren, auf dem wir die meisten Mitteilungen bekamen. Wie den Herren bekannt ist, war ja die Verbindung mit Amerika außerordentlich schwierig, und wir haben infolgedessen amtliche Mitteilungen nur dann bekommen, wenn Instruktionen zu geben waren. Die allgemeinen Vorgänge wurden mir immer mitgeteilt durch die offenen Transocean-Telegramme, die jeden Tag ankamen. Ich glaube — ich möchte nicht eine falsche

Behauptung aufstellen — aber, soviel ich mich erinnere, habe ich die Proklamation über Polen auf dem gewöhnlichen Wege durch ein solches Transocean-Telegramm erhalten.

Vorsitzender: In den Akten ist keine Mitteilung darüber.

Abgeordneter Dr. Cohn: Ist es Ihnen Ihrer Erinnerung nach später amtlich mitgeteilt worden durch Instruktion oder Schreiben?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich glaube nicht!

Abgeordneter Dr. Cohn: Haben Sie irgendwelche Gelegenheit genommen, Ihre Meinung über die Wirkung der Proklamation über Polen auf die Friedensbesprechungen hier in Berlin zum Ausdruck zu bringen?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Nein, nicht, daß ich mich entsinne. Ich habe auch in den Akten nichts darüber gefunden. Ich glaube nicht.

Abgeordneter Dr. Cohn: Sind Sie damals der Meinung gewesen, daß die in der Proklamation vom 5. November 1916 ausgesprochene Absicht, ein Königreich Polen zu errichten unter Aufrechterhaltung des Besitzstandes von Preußen und eventuell von Österreich, sicher aber von Preußen, sich würde durchführen lassen, oder sind Sie vielleicht der Meinung — —

Vorsitzender (unterbrechend): In welchem Zusammenhange, darf ich fragen, soll das mit dem Wilsonschen Friedensprogramm stehen?

Abgeordneter Dr. Cohn: Ja, weil es die Stellung des Herrn Zeugen zu den Verhandlungen bestimmen konnte.

Vorsitzender: Also bitte! In den Akten jedenfalls spielt diese Sache auch nicht die leiseste Rolle.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich kann mich nicht entsinnen, daß diese Proklamation irgendwelche Rolle in den Verhandlungen gespielt oder irgendwelchen Einfluß ausgeübt hätte. Selbstverständlich ist sie in der amerikanischen Presse sehr lebhaft besprochen worden, und von der antideutschen Richtung der Presse ist gesagt worden, daß diese Proklamation nicht echt wäre, und von der andern Seite ist sie als eine Äußerung unseres Wunsches, die Selbstbestimmung der Völker anzuerkennen, verwertet worden. Aber in den Verhandlungen hat sie gar keine Rolle gespielt.

Abgeordneter Dr. Cohn: Sie haben auch mit Herrn Oberst House Ihrer Erinnerung nach nicht darüber gesprochen?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Nach meiner Erinnerung nicht.

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Es ist schon einmal betont worden, daß zwei Dinge zu scheiden sind: was wollte Wilson bis zum 31. Januar, und was wollte Wilson später? Das später lasse ich einstweilen vollkommen aus. Wenn man es nicht tut, so verwirren wir uns leicht die Dinge. Wenn ich den Ausführungen von Professor Hoetzsch gefolgt bin, so hat er z. B. eine Formulierung aus den 14 Punkten gebraucht und angenommen, daß sie bereits in der Botschaft vom 22. enthalten wäre.

Ich möchte im Augenblick den Zeitraum, soweit ich in Frage komme, streng bis zum 31. Januar innehalten und frage nun: Was wollte Wilson am 31. Januar? Vor dem 31. Januar ist der Bruch nicht erfolgt; bis dahin müssen wir annehmen, daß er noch auf seiner alten Linie geblieben ist. Ich möchte nun nochmals die Frage richten: Ist Wilson über seine Botschaft vom 22. Januar dadurch hinausgegangen, daß er am 23. oder 24. Januar Ihnen durch Oberst House einen Vermittlungsvorschlag anbieten ließ? Ist das richtig?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Jawohl!

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Eine offizielle Vermittlung! Es ist also eine Reihe von fortschreitenden Momenten festzustellen: erstens am 18. Dezember Allgemeinheiten, dann bestimmte Grundsätze am 22. Januar, dann darüber hinausgehend ein positiver Vermittlungsvorschlag. Stimmt das?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Jawohl!

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Wollte nun Wilson, als er seinen Vermittlungsvorschlag machte, beziehentlich, als er die Botschaft vom 22. Januar erließ, am Verhandlungstisch als Gleichberechtigter teilnehmen, oder war er damit zufrieden, die Kriegführenden zusammenzuführen?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Auf diese Frage kann ich nur wiederholen, was ich schon gesagt habe, daß mir der Präsident Wilson immer hat sagen lassen, er wünschte die Kriegführenden zu einer Konferenz zusammenzubringen. Er sprach immer vom Haag oder einem anderen neutralen Orte, und daß dann gleichzeitig oder hinterher, je nachdem es zustande käme, eine zweite Weltkonferenz stattfinden sollte, an welcher Wilson teilnehmen wollte mit sämtlichen Staaten der Welt, um die Freiheit der Meere und die anderen allgemeinen Fragen zu regeln.

Sachverständiger Dr. **Bonn:** In der ersten Konferenz, die als die Friedenskonferenz zu bezeichnen wäre, wollte er also weder vertreten sein, noch bestimmte materielle Forderungen anmelden.

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Das hat er immer ausdrücklich erklärt.

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Daraus ergibt sich dann auch, daß, wenn die beiden kriegführenden Parteien sich auf einer etwas anderen Basis geeinigt hätten, als es den Grundsätzen der Botschaft vom 22. Januar entspricht, Wilson allenfalls bei der zweiten Konferenz etwas hätte machen können, aber nicht bei der ersten.

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** So war es immer gedacht, und soviel ich mich entsinne, steht auch in der Botschaft etwas Ähnliches, daß er auch eine andere Basis annehmen würde. In einer seiner Reden steht es jedenfalls.

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Ich glaube, es ist in der ersten Note vom 18. Dezember.

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** In einer von beiden steht unbedingt: „Ich lege keinen Wert auf ganz bestimmte Formulierungen; die Amerikaner würden sich auch mit einer anderen einverstanden erklären."

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Gut! Wenn ich recht verstehe, handelt es sich also darum, daß Wilson zwar einen Frieden wollte, der bestimmten Grundsätzen entsprach, damit er ein dauernder sei, daß er aber an der Ausgestaltung der einzelnen Friedenspunkte kein großes Interesse hatte, vorausgesetzt, daß sich die andern einigten.

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Das hat er wiederholt erklärt. Er hat mir immer sagen lassen, daß er sich nur für diejenigen Fragen interessieren könnte, welche eine tiefe Bewegung in den Vereinigten Staaten verursachten. Da stand also an der Spitze Belgien und im übrigen die Frage der Freiheit der Meere und des Völkerbundes, des Schiedsgerichts — und der Abrüstung vor allen Dingen.

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Daraus würde sich also ergeben, daß erstens Wilson, wie ich vorhin schon gesagt habe, eine scharf umrissene, vollkommen durchdachte P o l e n p o l i t i k noch nicht hatte?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Das habe ich immer angenommen.

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Und zweitens: Nehmen wir einmal an, daß in der ersten Friedenskonferenz die Beteiligten ohne sein Zukommen sich geeinigt hätten! Würde er große Schwierigkeiten gemacht haben, wenn die Polenfrage etwas anders gelöst wäre?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Das habe ich immer angenommen, das ist meine Auffassung gewesen, daß er das nicht getan hätte.

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Selbstverständlich kann man diese Frage nicht klar beantworten. Aber da so viel andere Fragen über die Polenfrage gestellt worden sind, die man ebensowenig beantworten kann, muß man sie auch in dieser Form stellen. Es scheint also, daß es sich darum gehandelt hat, daß Wilson bis zum 31. einen Leitfaden den Kriegführenden zur Hand geben wollte, auf Grund dessen sie sich aussprechen sollten, und daß er befriedigt gewesen wäre, wenn die Aussprache zu einem Ergebnis geführt hätte.

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** So habe ich die Lage aufgefaßt.

Vorsitzender: Aber diese unbedingte Forderung, die gerade wegen der kleineren, unterdrückten Staaten, wie er es wohl nennt, stattfindet, die Forderung, wie sie ausdrücklich hier ausklingt besonders bezüglich Polens, steht doch eigentlich damit in Widerspruch, daß es sich bloß darum handeln sollte, einen allgemeinen Leitfaden zu geben. Das scheint doch hier eine conditio sine qua non gewesen zu sein.

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Wenn ich das sagen darf: daß Polen eine conditio sine qua non war, würde ich auch annehmen; aber das ist es ja schließlich auch für uns gewesen, nachdem wir Polen hergestellt hatten.

Abgeordneter Dr. **Schücking:** Haben Sie Grund zu der Annahme, Exzellenz, daß, als Präsident Wilson sein Polenprogramm in der Botschaft vom 22. Januar aufstellte, ihm und seiner näheren Umgebung überhaupt die eigenartigen gemischtsprachigen Bevölkerungsverhältnisse der preußisch-polnischen Provinzen auch nur bekannt gewesen wären?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Ich bin überzeugt, daß sie nicht bekannt waren.

(Heiterkeit.)

Abgeordneter Dr. **Spahn:** Glauben Sie, daß bei Wilson eine Sinnesänderung eingetreten ist vom 22. Januar 1917 bis zum 4. Juli 1918?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Das ist meine Überzeugung!

Abgeordneter Dr. **Spahn:** Es ist so auffallend; er spricht in seiner Rede am Grabe Washingtons so ganz bestimmte Leitsätze als Ausdruck seiner Gesinnung aus, daß es auffallend ist, daß diese Leitsätze nicht schon während des ganzen Krieges für ihn maßgebend waren. Ist Ihnen die Rede gegenwärtig? — Vom 4. Juli 1918! — Ich will sie Ihnen sonst überreichen.

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Die nach dem Kriegsausbruch? Ja, die ist mir erinnerlich!

Abg. Dr. Spahn: Ich nahm auf Grund dieser Rede an, daß sein ganzes Verhalten die ganze Zeit hindurch durch diese Leitsätze bestimmt gewesen war. Das nehmen Sie offenbar nicht an.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich habe immer angenommen, daß in dem Verhalten Wilsons am 31. Januar 1917 eine vollkommene Änderung eingetreten ist, die ich mir psychologisch erkläre. Da muß ich auch wieder auf die große Frage und, wenn ich so sagen darf, auf die Schlagworte eingehen, die während des Krieges gebraucht worden sind, auf den Unterschied zwischen Verständigungsfrieden und einem sogenannten deutschen Frieden. Wilson hat nach meiner Überzeugung am 31. Januar seine Ansicht über uns insofern geändert, als er angenommen hat, daß wir einen anderen als einen sogenannten deutschen Frieden nicht haben wollten; in einem solchen deutschen Frieden sah er das von der Entente uns immer unterlegte Programm der Weltbeherrschung als gegeben und gewann von da ab die Ansicht, Deutschland wolle wirklich die Weltherrschaft erringen. Danach hat er sich verhalten. Ich glaube, daß das die psychologische Erklärung für das ganze Verhalten Wilsons ist.

Abgeordneter Dr. Cohn: An welchem Tage sind Sie von Amerika abgereist, Herr Graf?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Am 13. Februar 1917.

Vorsitzender: Damit wäre diese von mir angeschnittene Frage erschöpft. Ich bitte nun, in den Ausführungen da fortzufahren, wo wir sie gestern abgeschlossen haben. Exzellenz wollen die Vorgänge jetzt einer Erörterung Ihrerseits unterziehen, die sich nach der Senatsbotschaft abgespielt haben. Es würde sich also um Unterredungen handeln, die Sie mit Oberst House gehabt haben. Wir werden auf das Friedensangebot, das unmittelbar folgte, zu sprechen kommen und später auf Ihren Bericht und die Antwort auf den Bericht aus Berlin.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Wie ich vorhin schon sagte, habe ich ein Telegramm von Oberst House bekommen, ich weiß nicht genau, am 23. oder 24. Jedenfalls mit der Bitte, möglichst schnell nach New York zu kommen.

Vorsitzender: Die Antwort von Ihnen ist vom 27. Januar.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Da das Telegramm erst von Washington weggeschickt worden ist, war es an einem dieser Tage. Da hat die Unterredung stattgefunden, über welche ich telegraphisch berichtet habe. Vielleicht darf ich den Herrn Referenten bitten, den Bericht zu verlesen.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Sinzheimer:

House bat mich spontan im Auftrag Wilsons, ihn zu besuchen, und sagte mir das Folgende als offiziellen Auftrag des Präsidenten:

Wilson anbietet zunächst vertraulich Friedensvermittlung auf Grund seiner Senatsbotschaft, d. h. also ohne Einmischung in territoriale Friedensbedingungen. Als nicht vertraulich betrachtet Wilson sein gleichzeitig an uns gerichtetes Ersuchen um Mitteilung unserer Friedensbedingungen. House entwickelte mir folgenden Gedankengang des Präsidenten: Unsere Feinde hätten ihre unmöglichen Friedensbedingungen offen ausgesprochen. Darauf habe Präsident in direktem Gegensatz hierzu sein Programm entwickelt. Nunmehr seien auch wir moralisch verpflichtet, unsere Bedingungen bekanntzugeben, weil unsere Friedensabsichten sonst als nicht ehrliche angesehen werden würden. Nachdem Euer Exzellenz Herrn Wilson mitgeteilt hätten, daß unsere Friedensbedingungen gemäßigte seien, und daß wir auf die zweite Friedenskonferenz eingehen wollten, glaube Präsident, daß er mit seiner Senatsbotschaft unseren Absichten entsprochen hätte. Wilson hoffe, daß wir ihm Friedensbedingungen mitteilen würden, welche hier und in Deutschland veröffentlicht werden dürften, damit sie unbedingt in der ganzen Welt bekannt würden. Wenn wir nur in ihn Vertrauen hätten, sei Präsident überzeugt, daß er dann die beiden Friedenskonferenzen erreichen könne. Er wäre besonders erfreut, wenn Eure Exzellenz gleichzeitig erklären wollten, daß wir bereit seien, auf der Basis seiner Senatsbotschaft in die Konferenzen einzutreten. Motivieren ließ sich unsere Erklärung dadurch, daß Wilson uns jetzt direkt um unsere Friedensbedingungen gebeten hat. Präsident meint, die an ihn gerichtete Ententenote braucht als Bluff nicht in Betracht gezogen zu werden. Er hoffe bestimmt, Friedenskonferenzen zustande zu bringen, und zwar so schnell, daß unnötiges Blutvergießen der Frühjahrsoffensiven verhindert werde. Wie weit Eure Exzellenz Wilson entgegenkommen wollen und können, läßt sich von hier aus nicht beurteilen. Indessen bitte ich dringend, folgendes vortragen zu dürfen: Wenn jetzt ohne weiteres U-Boot-Krieg begonnen wird —

— ich darf dazu bemerken, daß am 16. Januar offiziell an Bernstorff vertraulich mitgeteilt worden ist, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg beschlossen worden sei, und daß am 31. Januar eine auf die Eröffnung des U-Boot-Krieges bezügliche Note an den amerikanischen Botschafter übergeben werde —,

wird Präsident dies als Schlag ins Gesicht betrachten, und Krieg mit den Vereinigten Staaten ist unvermeidlich.

> Hiesige Kriegspartei wird Oberhand gewinnen und Beendigung des Krieges meines Erachtens unabsehbar sein, da Machtmittel der Vereinigten Staaten trotz allem, was man dagegen sagen kann, sehr groß sind. Anderenfalls, wenn wir auf Wilsons Vorschlag eingehen, allein Pläne an der Hartnäckigkeit unserer Gegner scheitern, wird es dem Präsidenten sehr schwer werden, gegen uns in den Krieg zu gehen, selbst wenn wir dann uneingeschränkten U-Boot-Krieg anfangen. Es handelt sich also vorläufig nur um einen Aufschub von kurzer Dauer, um unsere diplomatische Stellung zu verbessern. Ich selbst bekenne mich allerdings zur Ansicht, daß wir jetzt durch Konferenzen einen besseren Frieden erreichen werden, als wenn sich die Vereinigten Staaten unseren Feinden anschließen.

Dann kommt noch eine Bemerkung über schnellste Antwort.

Vorsitzender: Der Bericht ist vom 27. Januar.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Hier eingegangen am 28. Januar.

Vorsitzender: Darf ich bitten, Exzellenz, sich auf der Grundlage dieses Berichts dazu zu äußern!

Zeuge Graf v. Bernstorff: Darauf habe ich die Antwort bekommen, soviel ich mich entsinne, am 30., und dann habe ich die Friedensbedingungen gleichzeitig mitgeteilt.

Vorsitzender: Die Antwort ist abgegangen am 29. und dürfte bei Ihnen am 30. gewesen sein.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Dann habe ich die Friedensbedingungen sofort Oberst House mitgeteilt und am nächsten Tage die Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges überreicht und habe mit niemand mehr verhandelt, weil die diplomatischen Beziehungen zwei Tage darauf abgebrochen worden sind.

Vorsitzender: Es empfiehlt sich wohl, die Antwort sofort zu verlesen. Ich bitte den Herrn Referenten, die Antwort des damaligen Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg vorzulesen.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Sinzheimer:

> Bitte, dem Präsidenten Dank Kaiserlicher Regierung für seine Mitteilung aussprechen. Wir bringen ihm volles Vertrauen entgegen und bitten ihn, dasselbe auch uns zu schenken. Deutschland ist bereit, die von ihm vertraulich angebotene Vermittlung zur Herbeiführung einer direkten Konferenz der Kriegführenden anzunehmen, und wird seinen Verbündeten das Gleiche

empfehlen. Wir bitten, unsere Annahme ebenso wie das Angebot ganz vertraulich zu behandeln. Öffentliche Bekanntgabe unserer Friedensbedingungen ist jetzt unmöglich, nachdem die Entente Friedensbedingungen publiziert hat, die auf Entehrung und Vernichtung Deutschlands und seiner Bundesgenossen hinauslaufen und vom Präsidenten selbst als unmöglich bezeichnet werden. Als Bluff können wir sie nicht auffassen, da sie vollkommen mit den Reden übereinstimmen, die feindliche Machthaber nicht nur vorher, sondern auch nachher gehalten haben, und sich genau mit den Zielen decken, um derentwillen Italien und Rumänien überhaupt in den Krieg eingetreten sind, auch, was die Türkei anlangt, den von England und Frankreich vertraglich an Rußland gemachten Zusicherungen entsprechen. Solange diese Kriegsziele unserer Gegner öffentlich aufrechterhalten werden, würde öffentliche Bekanntgabe unserer Friedensbedingungen als Zeichen nicht vorhandener Schwäche unvertretbar sein und nur zur Verlängerung des Krieges beitragen. Um Präsidenten Wilson einen Beweis unseres Vertrauens zu geben, teilen wir ihm, jedoch ganz ausschließlich für seine Person, hiermit die Bedingungen mit, unter denen wir bereit gewesen wären, in Friedensverhandlungen einzutreten, falls die Entente unser Friedensangebot vom 12. Dezember v. J. angenommen hätte.

Und nun kommen die Friedensbedingungen:

Rückerstattung des von Frankreich besetzten Teiles von Elsaß, Gewinnung einer Deutschland und Polen gegen Rußland strategisch und wirtschaftlich sichernden Grenze, koloniale Restitution in Form einer Verständigung, die Deutschland einen seiner Bevölkerungszahl und der Bedeutung seiner wirtschaftlichen Interessen entsprechenden Kolonialbesitz sichert. Rückgabe der von Deutschland besetzten französischen Gebiete unter Vorbehalt strategischer und wirtschaftlicher Grenzberichtigungen, sowie finanzieller Kompensationen. Wiederherstellung Belgiens unter bestimmten Garantien für die Sicherheit Deutschlands, welche durch Verhandlungen mit der belgischen Regierung festzustellen wären. Wirtschaftlicher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage des Austausches der beiderseits eroberten und im Friedensschluß zu restituierenden Gebiete. Schadloshaltung der durch den Krieg geschädigten deutschen Unternehmungen und Privatpersonen. Verzicht auf alle wirtschaftlichen Abmachungen und Maßnahmen, welche ein Hindernis für den normalen Handel und Verkehr nach Friedensschluß bilden würden, und Abschluß entsprechender Handelsverträge. Sicherstellung der Freiheit der Meere.

Die Friedensbedingungen unserer Verbündeten bewegten sich in Übereinstimmung mit unseren Anschauungen in gleich mäßigen Grenzen.

Wir sind ferner bereit, auf der Basis der Senatsbotschaft des Präsidenten Wilson in die von ihm nach Beendigung des Krieges angestrebte internationale Konferenz einzutreten.

Euer Exzellenz wollen dem Präsidenten diese Mitteilungen bei Übergabe der Note über den verschärften U-Boot-Krieg machen und gleichzeitig folgendes bemerken:

Wenn sein Angebot nur wenige Tage vorher erfolgt wäre, hätten wir den Beginn des neuen U-Boot-Krieges vertagen können. Jetzt sei es hierzu trotz bester Dispositionen aus technischen Gründen leider zu spät, da umfassende militärische Vorbereitungen getroffen, die nicht mehr rückgängig zu machen, und U-Boote mit neuen Instruktionen bereits ausgelaufen seien. Form und Inhalt der feindlichen Antwortnote auf unser Friedensangebot und die Note des Präsidenten seien derart schroff gewesen, daß wir angesichts des uns aufs neue angekündigten Kampfes auf Leben und Tod die Anwendung des besten, zu schneller Kriegsbeendigung geeigneten Mittels nicht mehr hinausschieben und Verzicht darauf vor unserem eigenen Volke nicht hätten verantworten können.

Wie die Instruktion wegen verschärften U-Boot-Krieges ergibt, sind wir jederzeit bereit, den Bedürfnissen Amerikas nach aller Möglichkeit Rechnung zu tragen. Wir bäten den Präsidenten, seine Bemühungen trotzdem aufzunehmen resp. fortzusetzen, und erklärten uns zur Einstellung des verschärften U-Boot-Krieges bereit, sobald volle Sicherheit dafür geboten sei, daß die Bemühungen des Präsidenten zu einem für uns annehmbaren Frieden führen würden.

Das ist die Note!

Vorsitzender: Ich bitte, Exzellenz, sich dazu zu äußern, insbesondere auch nach der Richtung hin, wie Sie diese Instruktion, die auch während dieser Antwort gegeben worden ist, zur Ausführung gebracht haben.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Wie ich gestern schon bemerkte, habe ich diese Instruktion in zwei Teilen ausgeführt, indem ich alles, was sich auf den Frieden bezog, sofort Oberst House mitgeteilt habe, so daß er in der Lage war, den Präsidenten zu informieren, noch ehe die amerikanische Entscheidung über die Schritte, welche auf unsere U-Boot-Note erfolgen sollten, gefallen wäre. Soviel ich mich entsinne, ist auch Oberst House sofort nach New York gekommen, um mit dem Präsidenten zu sprechen. Aber, wie ich gestern

erwähnte, war es nach der ganzen Lage der Verhältnisse in den Vereinigten Staaten vollkommen ausgeschlossen, daß irgendwelche Diskussion noch erfolgte, wenn wir den uneingeschränkten U-Boot-Krieg erklärten. Das schloß nach der ganzen Lage der Verhältnisse in Amerika absolut aus, daß nach dieser Erklärung noch irgendwie verhandelt wurde.

Vorsitzender: Es wurde tatsächlich nicht mehr verhandelt. Sie haben auch Ihrerseits nicht mehr versucht, eine Verhandlung — —

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich habe es insofern versucht, als ich in derselben Weise verhandelt habe wie immer. Ich habe Herrn Oberst House mitgeteilt und ihm geschrieben, er möge mir ja sagen, ob er mit mir darüber sprechen wolle, und mir mitteilen, was darauf erfolgen würde. Aber weiter ist nichts mehr erfolgt.

Vorsitzender: Exzellenz kehrten dann — ich glaube, wir sind bereits an diesen Zeitpunkt gekommen — nach Deutschland zurück.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Erst am 31. Januar abends habe ich die U-Boot-Note übergeben, und wie fest ich davon überzeugt war, daß eine andere Lösung gar nicht möglich war, geht daraus hervor, daß ich den Befehl zur Zerstörung der deutschen Handelsschiffe, den ich eventuell geben sollte, bereits an dem Morgen des 31. Januar ausgesandt habe, weil ich überzeugt war, daß am Abend des 31. gar keine Aussicht mehr sein würde, die Ausführung zu bewerkstelligen. Ich habe am 31. Januar morgens 10 Uhr Befehl zur Zerstörung der deutschen Handelsschiffe gegeben, und abends 7 Uhr wurden sie bereits von der amerikanischen Polizei besetzt. Es wäre also nicht einmal möglich gewesen, diesen Befehl auszuführen, wenn ich ihn nicht vorher abgesandt hätte.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer:** Daß man hier mit dem Bruch mit Amerika gerechnet hat, geht daraus hervor, daß Ihnen am 18. Januar ein Telegramm des Unterstaatssekretärs Zimmermann zugegangen ist, in dem Sie angefragt werden, welcher Botschaft die Interessen der Deutschen in Amerika für den Fall des Bruches mit Amerika anvertraut werden sollen.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich habe immer angenommen, daß man es in Berlin erwartete. Aber darüber kann ich natürlich nichts aussagen. Ich kann nicht aussagen, was die Regierung in Berlin geglaubt hat. Ich habe aber aus dem Telegramm genau das gleiche wie Sie entnommen.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer:** Sie antworteten, daß in diesem Falle die Schweiz die Interessen der Deutschen wahrnehmen solle!

Vorsitzender: Hat das eine besondere Bedeutung, oder gebot das nicht die allgemeine Vorsicht, daß man das bereits ins Auge faßte, oder ist das von Ihnen so aufgefaßt worden, daß in der Tat ein baldiger Abbruch der Beziehungen zu Amerika in Deutschlands Auffassung bevorstände?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich mußte das annehmen! Da ich seit zwölf Monaten immerwährend genau dasselbe telegraphiert habe, daß der U-Boot-Krieg den Abbruch der diplomatischen Beziehungen bedeuten würde, habe ich angenommen, daß es mir geglaubt würde. Aber darüber kann ich nichts aussagen, was hier geglaubt worden ist.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Es ist wohl unstreitig, daß das hier angenommen worden ist. Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat am 16. Januar Ihnen eine Instruktion gesandt. Darin heißt es am Schlusse:

> Ich bin mir wohl bewußt, daß wir mit unserem Vorgehen Gefahr laufen, den Bruch und möglicherweise den Krieg mit den Vereinigten Staaten herbeizuführen. Wir sind entschlossen, dieses Risiko auf uns zu nehmen. Ich bitte aber Euer Exzellenz, mir umgehend etwaige Gesichtspunkte für Behandlung Angelegenheit mitzuteilen, durch die Gefahr Bruches vermindert werden könnte.

Selbstverständlich war man bestrebt, den Bruch zu vermeiden, aber mit der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit hat man mit Bestimmtheit wohl hier gerechnet.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Über irgend etwas, was in Berlin geschehen ist, kann ich nur per Reflex aussagen.

Vorsitzender: Jawohl! — Ich will noch diese Frage zur Klärung bringen, die uns bereits gestern als Frage beschäftigt hat. Es ist die Äußerung, die Präsident Wilson vor der Foreign Commission getan hat, für die uns das englische Original gestern nicht zur Verfügung stand. Es wird sich vielleicht empfehlen, wenn Herr Professor Bonn — ich glaube, Sie haben es übergeben, —

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich habe die Übersetzung hier.

Vorsitzender: Wenn Sie uns auf Grundlage des Originals Mitteilungen machen wollen!

Zeuge Graf v. Bernstorff: Nach einer mir vom Auswärtigen Amt zugängig gemachten Niederschrift lautet die Übersetzung folgendermaßen. Eine kleine Aufzeichnung geht voraus. Zur Diskussion kam Wilsons Satz, daß der Völkerbund eine moralische Verpflichtung unter den Mitgliedsstaaten schaffe, gegen ein Land,

das sich Völkerrechtsverletzungen schuldig mache, gemeinsam vorzugehen. Senator Harding, einer der schärfsten Bekämpfer des Völkerbundes, warf den Gedanken in die Debatte, daß sich die Vereinigten Staaten als souveränes Land unmöglich von einer außerhalb stehenden Körperschaft, nämlich dem Völkerbundsrate, vorschreiben lassen könnten, welches ihre moralische Verpflichtung in irgendeinem internationalen Konflikte sei. Wilson, in die Enge getrieben, mußte dies natürlich zugeben, betonte aber, daß trotzdem der Wert des Völkerbundes in keiner Weise beeinträchtigt werde. Er sagte:

> Die amerikanische Republik bedarf an sich keines Rates von irgendwelcher Seite, damit sie ihre moralischen Verpflichtungen erfüllt; aber sie stabilisiert die ganze Welt durch ihr im voraus abgegebenes Versprechen, daß sie mit anderen Nationen, die in derselben Weise urteilen, zusammenstehen wird, um das Recht in der Welt aufrecht zu erhalten.

In diesem Zusammenhange nun versucht Senator Mc. Cumber, Wilsons Theorie durch einen praktischen Hinweis auf die letzten geschichtlichen Ereignisse zu erschüttern. Er weist auf den letzten Krieg hin, in dem ja ein Völkerbund noch nicht vorhanden war, und es entspinnt sich folgendes Zwiegespräch:

> Mc. Cumber: Würde unsere moralische Überzeugung von der Ungerechtigkeit des deutschen Krieges uns in diesen Krieg hineingezogen haben, wenn Deutschland keine Akte gegen uns begangen hätte, und zwar ohne den Völkerbund, da wir ja damals noch keinen Völkerbund hatten?
>
> Wilson: Wie die Dinge sich entwickelten, hoffe ich, sie würden es schließlich getan haben, Herr Senator!
>
> Mc. Cumber: Glauben Sie, daß wir, wenn Deutschland keine Akte der Ungerechtigkeit gegen unsere Bürger begangen hätte, in diesen Krieg hineingekommen sein würden?
>
> Wilson: Ich glaube es!
>
> Mc. Cumber: Sie glauben, wir würden sowieso hineingekommen sein?
>
> Wilson: Ja!

Dann folgt nun die Aufzeichnung.

Vorsitzender: Haben Sie dazu noch etwas persönlich zu bemerken?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Nein!

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Als Sie von Amerika abreisten, wurde Ihnen in der amerikanischen Presse der Vorwurf der Doppelzüngigkeit gemacht. Wollen Sie sich dazu äußern?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Es ist zum Teil in der amerika-

nischen Presse, besonders später, der Vorwurf erhoben worden, daß die **Friedensverhandlungen mit Wilson** nur zu dem Zwecke geführt worden wären, um die Vorbereitungen für den U-Boot-Krieg zu verschleiern. Dieser Vorwurf ist gegen mich erhoben worden, und auch der Vorwurf ist erhoben worden, daß ich das gewußt hätte und in diesem Sinne verhandelt hätte.

Vorsitzender: Nur retardierend gewissermaßen!

Zeuge Graf v. Bernstorff: Aber aus allem, was ich bisher ausgesagt habe, ist jedenfalls für jeden Unbefangenen klar, daß ich unbedingt an diese Friedensvermittlung geglaubt habe und — was ich besonders hervorheben möchte — bis zuletzt geglaubt habe, daß ich damit den Intentionen der deutschen Regierung entspräche.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: In einem Aufsatz des „Demokratischen Deutschland" sagen Sie, daß alle Fragen in Berlin entweder von den **zivilpolitischen** oder den **militärischen leitenden Stellen** diktiert gewesen seien oder ein Kompromiß zwischen beiden Richtungen dargestellt haben. Was wollten Sie damit sagen?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Das ist meine persönliche Auffassung, die aus allen Telegrammen hervorgegangen ist, auch in Amerika vollkommen bekannt war und auch in allen Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung immer zum Ausdruck kam, eine Überzeugung, die auch übrigens House in Berlin gewonnen hatte, daß es sich in Berlin um einen Kampf zwischen zwei Parteien handelte, von denen die eine den U-Boot-Krieg wollte und die andere ihn nicht wollte, und infolgedessen die eine den Bruch mit Amerika vorhersah und die andere den Bruch nicht wünschte.

Vorsitzender: Haben Sie diese Auffassung bereits nach Ihrer Rückkehr nach Deutschland gewonnen, z. B. in der Art, wie sich Ihr Empfang gestaltete? Ich möchte diese Frage ganz besonders aufrollen. Als Sie nach Deutschland zurückkehrten, war es sicher Ihr Wunsch, sofort dem Kaiser Bericht zu erstatten, ins Hauptquartier zu kommen.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Diese Auffassung hat eigentlich bei mir seit dem Sussex-Vorfall nicht mehr bestanden. Die Auffassung, von der jetzt gesprochen wird, habe ich hauptsächlich — und das habe ich damals mit dem, was in dem Artikel gesagt worden ist, gemeint — in der Zeit gehabt, die zwischen dem Lusitania-Vorfall und dem Sussex-Vorfall lag, weil es sich da immer darum handelte, welche Richtung die Oberhand gewann. Ich habe nach dem Sussex-Vorfall allerdings geglaubt, daß die Richtung, mit welcher ich selber harmonierte, nämlich den U-Boot-Krieg nicht zu führen und mit

Amerika zu verhandeln, definitiv das Übergewicht gewonnen hätte. Diese Auffassung habe ich von da ab gehabt.

Vorsitzender: Diese Richtung glaubten Sie zu erblicken in den militärischen und Marinekreisen?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Jawohl!

Vorsitzender: Nun kommen wir nochmals auf das zurück, was wir schon vorher behandelt haben. Haben Sie bei Ihrer Rückkehr nach Deutschland infolge der Art Ihres Empfanges im Hauptquartier irgendwie geglaubt, Schlüsse ziehen zu können, die das bestätigen, was Sie soeben bezüglich des besonderen Einflusses einer gewissen Richtung zum Vortrag gebracht haben?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Da ich unter meinem Eid gefragt werde, muß ich darauf antworten, daß ich allerdings die Auffassung gehabt habe, daß die Erklärung des U-Boot-Krieges einen vollkommenen Sieg der militärischen Richtung bedeutete. Diese Auffassung habe ich gehabt.

Vorsitzender: Wollen Sie sich einmal darüber äußern, in welcher Form Sie nach Ihrer Rückkehr nach Deutschland Gelegenheit gehabt haben, Ihre Auffassung amtlich als Botschafter zur Kenntnis der entsprechenden Instanz, also der höchsten Instanz, zu bringen?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich habe am ersten Abend nach meiner Rückkehr — ich bin, glaube ich, am 13. März abends zurückgekehrt

(Zuruf: Am 14. März!)

— dann also am 15. März abends eine Unterredung mit dem Herrn Reichskanzler v. Bethmann Hollweg gehabt.

Vorsitzender: Da haben Sie also die Sachlage dargestellt. Was ist nun bei dieser Unterredung, insbesondere nach der Art der Unterredung, wesentlich für diese Frage, die uns jetzt beschäftigt, herausgekommen?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich glaube, es wäre besser, wenn der Herr Reichskanzler v. Bethmann Hollweg sich nachher über die Gründe selber äußern würde, die er mir damals genannt hat. Ich bin aber auch bereit, darüber auszusagen, was er mir an dem Abend mitgeteilt hat.

Vorsitzender: Ich bitte Sie, das vorzutragen.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Herr v. Bethmann Hollweg hat mir damals seine Gründe dafür angegeben, weshalb er die amerikanische Vermittlung nicht angenommen hätte. Er hat mir zwei

Gründe — soviel ich mich entsinne — genannt. Der erste Grund war der, daß die Wilsonsche Vermittlung in Deutschland so unpopulär wäre, daß er — ich zitiere, glaube ich, wörtlich — meinte: „Ich würde mit der Vermittlung Wilsons im Reichstage nicht durchgekommen sein; nur die sozialdemokratische Partei würde sich damit einverstanden erklärt haben, keine andere Partei.“ Der zweite Grund, den Herr v. Bethmann Hollweg anführte, bestand darin, daß Herr v. Bethmann Hollweg einen sogenannten faulen Frieden nicht schließen zu können glaubte, ohne das letzte Mittel, die letzte Waffe gebraucht zu haben, welche im deutschen Volke als die schärfste und beste betrachtet wurde und von der das deutsche Volk glaubte, daß sie zum Siege führen würde. Es wird sich ja nachher herausstellen, ob ich die Worte richtig wiedergegeben habe.

Vorsitzender: Bei der späteren Vernehmung werden wir wahrscheinlich auch noch das eine oder andere Mal auf Sie, Exzellenz, zurückgreifen müssen, und es wird sich infolgedessen Ihre Anwesenheit auch bei späteren Zeugenvernehmungen noch als notwendig erweisen.

Abgeordneter Katzenstein: Sie haben mitgetilt, daß Wilson sich dahin geäußert habe, er glaube — er hat den eigentümlichen Ausdruck gebraucht, er hoffe es —, daß auch ohne Unbilligkeiten Deutschlands gegen amerikanische Bürger, also auch ohne den U-Boot-Krieg, der Bruch zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland eingetreten sein würde. Läßt das nicht einen Zweifel, ich will nicht sagen, an der Aufrichtigkeit der Friedensvermittlung Wilsons, aber doch daran zu, daß W i l s o n selbst an einen Erfolg der Friedensvermittlung geglaubt hat?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Da komme ich natürlich wieder auf das Gebiet der Psychologie, wo es sehr schwer ist, unter Eid etwas auszusagen. Ich kann nur meine Auffassung dahin präzisieren, daß nach meiner Meinung Wilson damals vor der Erklärung des U-Boot-Krieges die moralische Überzeugung von der Ungerechtigkeit des deutschen Krieges nicht gehabt hat, und daß infolgedessen die ganze Folgerung, die aus dieser späteren Äußerung Wilsons zu ziehen ist, überhaupt gänzlich illusorisch ist.

Vorsitzender: Wie lange hat es gedauert, Exzellenz, bis Sie nach Ihrer Rückkehr v o m K a i s e r e m p f a n g e n wurden?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Sechs oder sieben Wochen! Es war am 4. Mai.

Vorsitzender: Scheint Ihnen das nicht ein ungewöhnlich langer Zeitraum zu sein, vor allem bei der Wichtigkeit der Mission, die Sie in den Vereinigten Staaten hatten?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ja, es schien mir damals so. (Heiterkeit.)

Vorsitzender: Glauben Sie, irgendwelche Gründe dafür anführen zu können, etwa solche, die in der Persönlichkeit des Kaisers gelegen haben?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Es sind mir damals Gründe angegeben worden, die ich aber nicht für sehr ausschlaggebend hielt. Ich habe angenommen, daß der Grund, warum ich erst nach sechs bis sieben Wochen vom Kaiser empfangen wurde, lediglich in den Verschiedenheiten der politischen Anschauung lag.

Vorsitzender: Sind die Gründe derart, daß sie verdienen, hier von Ihnen jetzt vorgetragen zu werden?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Wenn ich danach gefragt werde —.

Vorsitzender: Dann bitte ich, darüber Auskunft zu geben.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Die zwei Gründe, die mir angegeben worden sind — —

Vorsitzender (unterbrechend): Von wem?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Die zwei Gründe, von denen der eine nachher vom Kaiser selbst in Konstantinopel ausführlich besprochen worden ist, sind folgende: Der erste Grund bezieht sich darauf, daß der schwedische Gesandte, als wir von New York abreisten, einen Koffer voll Akten — ich glaube, es waren schwedische Depeschen an seine Regierung, das kann ich aber nicht beschwören — auf unser Schiff hat bringen lassen, wovon wir gar nichts wußten. Nachher wurden wir bekanntlich in Halifax zwölf Tage lang aufgehalten, und das Schiff wurde genau untersucht. Dabei ist dieser Koffer mit den schwedischen Akten von den Engländern beschlagnahmt worden und ist — was ich übrigens damals auch nicht gewußt habe — von Schweden nach London transportiert und dort geöffnet worden. Die englischen Zeitungen haben damals diesen Fall so angesehen, als wenn mir ein Koffer mit Depeschen weggenommen worden wäre. Diese Meinung ist mehrfach geäußert worden, und ich glaube, daß damals auch die Vermutung bestanden hat, daß sich in diesem Koffer auch Depeschen der Botschaft befanden, daß z. B. das Geheimnis der mexikanischen Depesche auf diese Weise bekannt geworden ist. Ich glaube, daß das der eine Grund dafür war, daß es so lange dauerte, bis ich vom Kaiser empfangen wurde. Jedenfalls hat der Kaiser geglaubt, daß ich einen Koffer mit Depeschen nicht mit genügender Sorgfalt behandelt hätte. So ist mir die Sache dargestellt worden.

Dann der zweite Grund, den ich anführen muß, wenn ich alles sagen soll, und über den ich auch mit dem Kaiser später in Kon-

stantinopel bei einer längeren Unterredung gesprochen habe, liegt darin, daß mir der Kaiser sagte, ich sei schuld daran, daß ein Mann wie Gerard hier amerikanischer Botschafter geworden sei. Ich habe damals geantwortet, daß die Ernennung des Botschafters Gerard mir erst mitgeteilt worden sei, nachdem die Wahl auf ihn gefallen wäre, und daß ich damals infolgedessen keinen Grund gesehen hätte, nun wieder eine erneute Verstimmung dadurch hervorzurufen, daß ich empfahl, einen bereits auserwählten Botschafter abzulehnen. Außerdem hätte ich damals vor dem Kriege nach der ganzen Lage der Sache die Persönlichkeit Gerards für vollkommen ungefährlich gehalten, da ich ja damals nicht wissen konnte, daß der Krieg in Aussicht stände.

Vorsitzender: Das sind also die Gründe?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Jawohl!

Abgeordneter Dr. Schücking: Herr Graf, haben Sie Gründe zu der Annahme, daß Ihre ganze einjährige Vermittlungstätigkeit in Amerika von den Kreisen, die hier für den unbeschränkten U-Boot-Krieg arbeiteten, mißbilligt worden ist? Haben Sie insbesondere solche Gründe aus persönlichen Gesprächen entnommen, die Sie nach Ihrer Rückkehr mit dem General Ludendorff im Hauptquartier gehabt haben?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ja, aus meiner Unterredung mit dem General Ludendorff am 4. Mai habe ich geglaubt entnehmen zu müssen, daß ihm diese Tätigkeit unsympathisch und unerwünscht gewesen ist.

Abgeordneter Dr. Schücking: Würden Sie uns vielleicht über den Inhalt dieser Unterredung Aufschluß geben!

Zeuge Graf v. Bernstorff: Soviel ich mich entsinne, und soweit ich unter meinem Eid aussagen kann, hat sich die Konversation ungefähr so abgespielt, daß General Ludendorff mich mit den Worten empfing: „Nun, Sie wollten ja in Amerika Frieden machen! Sie dachten wohl, wir wären zu Ende?“ Darauf habe ich erwidert: „Nein, ich glaubte nicht, daß wir zu Ende wären, aber ich wollte den Frieden machen, ehe wir zu Ende wären.“ Darauf hat der General Ludendorff mir geantwortet: „Ja, aber wir wollten nicht, und außerdem werden wir jetzt durch den U-Boot-Krieg die Sache in drei Monaten beendigen.“

(Heiterkeit.)

Darauf habe ich ihn gefragt, ob das sicher wäre, daß der Krieg in drei Monaten zu Ende sei. Er erwiderte mir, er hätte an demselben Tage vormittags ganz bestimmte Nachrichten darüber bekommen, daß England unter keinen Umständen länger als drei Monate noch den Krieg aushalten könne, und zwar wegen der ge-

ringen vorhandenen Verpflegungsmittel. Dann hat mich der General gefragt, wann ich glaubte, daß Amerika mit irgendwelchen ernstlichen Kräften in den Krieg eintreten würde. Darauf habe ich geantwortet: in einem Jahr; wenn er also glaube, mit dem U-Boot-Krieg den Krieg beendigen zu können, so müsse es vor dem Ablauf dieses Jahres geschehen. Darauf sagte mir der General noch einmal: „Ein Jahr brauchen wir nicht, wir werden vorher durch den U-Boot-Krieg fertig werden."

Sachverständiger Dr. Bonn: Ich wollte nur eine kleine Frage im Zusammenhang mit der Beschlagnahme des schwedischen Koffers stellen. Die Geschichte mit dem schwedischen Koffer haben Sie erst sehr viel später erfahren, oder sofort nach Ihrer Rückkehr?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Soviel ich mich entsinne, habe ich von dem schwedischen Koffer zuerst durch eine Meldung der Presse aus London gehört.

Abgeordneter Dr. Schücking: Hat nicht irgendwelche Untersuchung stattgefunden?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Nein, eine Untersuchung hat nicht stattgefunden!

Abgeordneter Dr. Schücking: Hat — was ja viel wichtiger ist — eine Untersuchung über die Schicksale der mexikanischen Depesche stattgefunden?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ja, da hat eine Untersuchung stattgefunden!

Abgeordneter Dr. Schücking: Und welches ist das Ergebnis dieser Untersuchung gewesen, soweit Ihre Tätigkeit in Frage kam?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Soviel ich weiß, ist überhaupt kein Ergebnis aus der Untersuchung herausgekommen. Nachträglich ist mir aber gar kein Zweifel darüber, daß unsere sämtlichen Depeschen von den Engländern entziffert und den Amerikanern zur Verfügung gestellt worden sind.

Sachverständiger Dr. Bonn: Damit würden Sie also sagen, daß diese Depesche zwischen Deutschland und Amerika abgefangen worden ist, und daß die Entzifferung nicht infolge der Übermittlung auf dem Landwege von Amerika nach Mexiko erfolgt ist.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Nach dem, was ich später erfahren habe, nehme ich an, daß die Engländer sämtliche Telegramme, welche über englische Kabel gingen, dechiffriert haben.

Sachverständiger Dr. Bonn: Diesen Punkt werden wir später noch weiter verfolgen müssen.

Vorsitzender: Ja, wir wollen die Sache aber hier zunächst damit abbrechen.

Abgeordneter Dr. **Spahn:** Über die Kofferfrage wird der Staatssekretär Zimmermann später Nachricht geben. Die Darstellung, die wir von ihm bekommen haben, weicht von der Ihrigen ab, Exzellenz. Aber das wird bei ihm zur Sprache kommen.

Was die Depesche an Carranza betrifft, so ist der Vorwurf erhoben worden, daß kein Chiffrewechsel eingetreten sei, daß immer noch die alte Chiffre benutzt worden sei, die längst bekannt gewesen wäre. Dadurch sei es möglich gewesen, diese Depesche zu dechiffrieren. Wie steht es damit?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Die Chiffren sind selbstverständlich während des Krieges viel seltener gewechselt worden, als das sonst der Fall war. Das lag aber an den Verhältnissen, weil es unmöglich war, uns neue Chiffren zu schicken. Ich habe das letzte Mal neue Chiffren mit dem U-Boot „Deutschland" bekommen. Zweimal, auf den beiden Fahrten des U-Bootes „Deutschland", habe ich neue Chiffren bekommen.

Abgeordneter Dr. **Spahn:** Dann eine weitere Frage — Ihre Unterredung mit dem General Ludendorff gibt mir Anlaß dazu —: Haben Sie den Bericht, den Haniel über die Stärke Amerikas und die Gefahr, die für uns in einem Eingreifen Amerikas läge, weil Amerika unbesiegbar sei, gekannt, bevor er hierher geschickt wurde?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Ich habe mit Herrn v. Haniel in der äußersten Harmonie in Washington zusammengearbeitet, und er war in dieser Frage durchaus meiner Meinung. Drei Wochen vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen hat er, glaube ich — er hat mir das noch vor ein paar Tagen bestätigt, und er wird wohl selber hier vernommen werden —, an seinen Verwandten, den Grafen Monts, und an zwei andere Herren — ich glaube auch an Herrn v. Treutler und andere — Privatbriefe geschrieben in demselben Sinne, wie ich berichtete. Er hat mir diese Briefe damals sämtlich gezeigt oder ihren Inhalt mitgeteilt — das weiß ich nicht mehr genau —, jedenfalls ist mir aber genau bekannt gewesen, was er geschrieben hat.

Abgeordneter Dr. **Spahn:** Das war also keine amtliche Mitteilung?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Es ist immer bei uns üblich gewesen, daß man amtliche Nachrichten durch Privatbriefe unterstützte. Das ist Modus gewesen, der in der Diplomatie vollkommen gang und gäbe war.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ich darf vielleicht das aus den Akten feststellen.

Abgeordneter Dr. Spahn: Hat General Ludendorff davon gewußt?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Das weiß ich nicht. Ich glaube aber, daß ein Privatbrief von Haniel durch den Grafen Monts an den Feldmarschall geschickt worden ist.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Aus den Akten kann festgestellt werden, daß ein längerer Teil eines Privatbriefes von Haniel hier amtlich überreicht worden ist, ich glaube, durch den Grafen Monts, wenn ich mich nicht sehr täusche. Der Inhalt des Briefes ist dem General Ludendorff zur Kenntnis gebracht worden. Dasselbe gilt von dem ebenso wichtigen ausführlichen Gutachten des jetzigen Unterstaatssekretärs Albert. Insbesondere wird in diesem Gutachten darauf hingewiesen, daß die Hilfskräfte Amerikas auch in militärischer Beziehung unerschöpflich seien. Auch dieser Bericht — es war ein direkter Bericht — ist, glaube ich, von Exzellenz Helfferich weitergegeben worden. Exzellenz Helfferich hat, soviel ich mich erinnere, diesen Bericht an das Auswärtige Amt weitergegeben.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Konsul Müller zu einer Regierungserklärung.

Konsul Müller: Ich wollte zu der Frage der mexikanischen Depesche nur erwähnen, daß eine genaue Untersuchung über das Abhandenkommen der mexikanischen Instruktion im Auswärtigen Amt geführt worden ist. Ich glaube aber, daß diese Sache erst später erörtert werden soll.

Abgeordneter Dr. Cohn: Mich interessiert die mexikanische Sache, und ich möchte aus dem Gesichtspunkte, den vorher Herr Professor Bonn angeführt hat, eine Frage stellen. Herr Professor Bonn sprach davon, daß nach Ihrem Weggang von Washington, Herr Graf, in der amerikanischen Presse der Vorwurf gegen Sie erhoben worden sei, Sie hätten eine zwiespältige, doppelzüngige Politik geführt. Glauben Sie, daß das Bekanntwerden der mexikanischen Angelegenheit geeignet war und auch die Wirkung erzielt hat, diesen Vorwurf nicht nur gegen Sie, sondern vor allem auch gegen das deutsche Volk zu verschärfen?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Daß die Mexikodepesche propagandistisch gegen uns verwertet worden ist, unterliegt wohl keinem Zweifel. Aber einen besonderen Einfluß auf den Gang der Weltgeschichte hat die mexikanische Angelegenheit nicht gehabt, weil der Krieg sowieso gekommen wäre.

Abgeordneter Dr. Cohn: Haben Sie den General Ludendorff

gesprochen, ehe Sie mit dem Kaiser gesprochen haben oder umgekehrt?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Umgekehrt, ich habe den Kaiser zuerst gesprochen.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Haben Sie auch andere Herren aus dem Hauptquartier gesprochen?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Ich habe auch mit dem Feldmarschall Hindenburg gesprochen.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Haben Sie mit Herren aus der politischen Abteilung gesprochen?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Nein!

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Mit niemandem sonst?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Nein!

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Ist Ihnen von niemand irgendwie gesagt worden, wie Sie sich verhalten sollten, daß man dem Kaiser nicht zu viel ernste Sachen mitteilen dürfte?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Nein!

Konsul Müller: Nachdem auf die mexikanische Instruktion eingegangen worden ist, möchte ich erklären, daß nach dem Ergebnis der Untersuchung im Auswärtigen Amt mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, daß sie nicht vor dem Bruch der Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland in Amerika bekannt geworden ist, sondern erst erheblich später.

Vorsitzender: Das stimmt also mit dem überein, was Exzellenz Bernstorff sagt.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer:** Haben Sie die Gründe, die man Ihnen dafür angegeben hat, daß Sie vom Kaiser nicht empfangen wurden, als Vorwände oder als die wirklichen Gründe angesehen? Es war damals in der Öffentlichkeit sehr viel davon die Rede.

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Den Ausdruck „Vorwände" würde ich als zu stark bezeichnen. Ich glaube, daß diese Gründe mitgewirkt haben. Aber ich habe allerdings persönlich angenommen, daß der tiefer liegende Grund in der politischen Meinungsverschiedenheit läge.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer:** Haben Sie Anhaltspunkte dafür, daß vielleicht besondere Kreise den Kaiser bestimmt haben, Sie, der Sie vielleicht genauere Auskunft über die Friedensaktion gegeben hätten, nicht zu empfangen?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Nein, Anhaltspunkte habe ich nicht!

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Es fällt in dem Telegramm, das ich gestern verlesen habe, auf, daß der Kaiser sich erstaunt nach der Friedensaktion Wilsons erkundigt, so daß wir also aufklären müssen, ob er über den Gang Ihrer Bemühungen unterrichtet gewesen ist. Haben Sie bestimmte Anhaltspunkte darüber?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Nein, Anhaltspunkte habe ich nicht!

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Darf ich auf das Gespräch mit Herrn v. Bethmann Hollweg zurückkommen. Sie haben eben gesagt, Herr v. Bethmann Hollweg habe Ihnen erklärt, ein Friede durch Wilson sei im deutschen Volke unpopulär. Ist Ihnen bekannt, daß gerade die deutsche Presse den Frieden durch die Vermittlung Wilsons als unpopulär bezeichnet hat, und haben Sie nicht gefragt, ob es nicht möglich gewesen wäre, die Presse einigermaßen über die Instruktionen aufzuklären, die Ihnen die Reichsregierung selbst gegeben hat? Sie beklagen sich einmal in einem Ihrer Berichte über die Haltung der Presse.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich habe allerdings angenommen, daß die Presse eine sehr starke künstliche Agitation für den U-Boot-Krieg machte. Das habe ich allerdings angenommen, und da diese künstliche Agitation für den U-Boot-Krieg meistens mit Angriffen auf mich verbrämt war, so habe ich allerdings meistens davon Kenntnis gehabt. Aber ob die Regierung in der Lage gewesen wäre, diese Preßkampagne einer Richtung, welche das Auswärtige Amt beinahe ebenso scharf bekämpfte wie mich, zu beeinflussen, das konnte ich von meiner Tätigkeit in Amerika aus nicht beurteilen.

Vorsitzender: Sie sprachen eben von einer künstlichen Stimmungsmache!

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich habe sie für künstlich gehalten.

Vorsitzender: Aus welchen Gründen? Es konnte ja doch eine sehr natürliche Stimmungsmache sein, zumal sie sich aus der ganzen Situation erklärte.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Das gebe ich zu. Ich habe aber von meinem Standpunkte aus diese Agitation als künstlich angesehen und gestehe zu, daß ich sie auch heute noch als künstlich ansehe, weil ich noch heute glaube, daß, wenn die öffentliche Meinung zwischen einem möglichen Verständigungsfrieden und dem U-Boot-Krieg zu wählen gehabt hätte, und wenn sie genau orientiert gewesen wäre, sie den Verständigungsfrieden gewählt haben würde.

Vorsitzender: Sie setzen also immer noch eine Inspirierung von dritter Seite voraus. Ich wiederhole infolgedessen die Frage, Exzellenz, ob Sie bestimmte Anhaltspunkte dafür haben, oder ob das bloß Ihre rein subjektive Auffassung gewesen ist, daß es sich hier um etwas Künstliches handelt? — Wenn Sie eine Antwort darauf nicht geben können, dann ist die Sache erledigt.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Eine bestimmte Antwort kann ich darauf nicht geben. Ich habe nur immer angenommen, daß eine gewisse Richtung der Presse von seiten der U-Boot-Krieg-Partei künstlich großgezogen wurde.

Vorsitzender: Dann ist die Frage damit erledigt.

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Ich darf vielleicht noch auf einen anderen Punkt zurückgreifen. Als Sie am 4. Mai mit General Ludendorff sprachen, war das das erste Mal, daß Sie mit der Obersten Heeresleitung über die amerikanische Situation verhandelten, oder hatten Sie schon vorher dazu Gelegenheit?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Es war das erste Mal, daß ich mit maßgebenden Personen darüber sprach.

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Sie kamen am 14. März hier an. Damals waren die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. Es spielten, wie wir aus den Depeschen, die schon verlesen worden sind, wissen, noch allerlei Möglichkeiten, vage Möglichkeiten; aber immerhin, wir waren noch nicht im Krieg. Der Kriegszustand trat erst, wenn ich mich recht entsinne, am 2. April ein. Ist diese Spanne nicht von maßgebenden Kreisen ausgenutzt worden, um Sie zur persönlichen Berichterstattung aufzufordern?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich könnte mich in den Daten jetzt irren, aber soviel ich weiß, war an dem Tage meiner Ankunft hier diese Frage in allen Phasen bereits erledigt. Ich bin persönlich auch heute noch der Ansicht, daß meine Zurückhaltung in Halifax durch die Engländer zu dem Zweck geschehen ist, damit ich keine Gelegenheit hätte, noch irgendetwas hier anzubringen. Ich habe immer die Auffassung vertreten, daß das unnötige Aufhalten in Halifax den Zweck hatte, irgendwelche Anknüpfung durch mich auszuschließen.

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Darf ich vielleicht noch folgende Frage stellen: Es ist Ihnen wahrscheinlich bekannt, daß in irgendeiner der von der amerikanischen Propaganda verteilten Flugschriften ausdrücklich steht, man habe mit der Erklärung des Krieges gezögert, weil man Ihnen, der Sie als Freund freundschaftlicher Beziehungen bekannt waren, habe Gelegenheit geben wollen, mit den maßgebenden Stellen zu sprechen?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ob das wirklich die Absicht der Amerikaner war, weiß ich nicht. In den Zeitungen habe ich es gelesen.

Sachverständiger Dr. Bonn: Über die Tatsache können Sie keine Auskunft geben?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Über die Tatsache kann ich gar keine Auskunft geben, weil ich seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen außer freundlichen Abschiedsbriefen von den amerikanischen Staatsmännern gar nichts mehr gehört, auch mit niemandem mehr gesprochen habe.

Sachverständiger Dr. Bonn: Es bleibt aber die Tatsache bestehen, daß die Engländer Sie zum mindesten zwölf Tage länger, als nötig war, in Halifax zurückgehalten haben, daß Sie am 14. März hier ankamen und daß dann die weitere Zurückhaltung der entscheidenden maßgebenden Stellen vom 14. März bis zum 4. Mai gedauert hat, obwohl die Kriegserklärung erst am 2. April stattgefunden hat. Ist das richtig?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Die Tatsache ist richtig.

Sachverständiger Dr. Bonn: Schlüsse will ich gar nicht ziehen. Nun haben Sie in der Unterredung mit General Ludendorff, als er Ihnen vorwarf — so fasse ich es auf —, daß Sie Frieden hätten machen wollen, ihm zu verstehen gegeben, daß diese Friedensbemühungen keine diplomatische Extratour von Ihnen war, sondern daß Sie zum mindesten der gutgläubigen Meinung waren, die Politik der Regierung zu vertreten.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Das habe ich ihm gesagt. Ich entsinne mich auch einer Äußerung, die mir vorhin entfallen war. Ich entsinne mich, daß der General Ludendorff mir auf meine Bemerkung, daß ich den Frieden hätte machen wollen, ehe wir zu Ende waren, antwortete: übrigens sind Sie ja wohl berechtigt gewesen, wenn Sie geglaubt haben, daß wir am Ende wären; denn Ihre Instruktionen, welche ich mehrfach gelesen habe, konnten einem wohl den Gedanken geben, daß wir zu Ende wären. Ich entsinne mich noch genau auf diese Antwort.

Sachverständiger Dr. Bonn: Haben Sie gelegentlich der Unterredung mit General Ludendorff ihm im einzelnen über die Friedensschritte, die Sie unternommen hatten, berichtet?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Im einzelnen, — nein!

Sachverständiger Dr. Bonn: Wußte er damals, daß nach dem 22. Januar Wilson noch am 24. durch Oberst House Ihnen die Friedensvermittlung anbot, oder wußte er damals diese Tatsache nicht?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Das wußte er.

Abgeordneter Dr. Cohn: Herr Graf, diese Vorstellung, diese Audienz beim Kaiser entsprach, wie ich annehme, dem Brauch, daß der von seinem Posten zurückkehrende Diplomat sich beim Kaiser vorzustellen hat. Oder ist hier mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des Krieges besonderer Wert darauf gelegt worden von Ihrer oder von des Herrn Reichskanzlers Seite?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Es war üblich, daß wir uns immer meldeten, wenn wir nach Berlin kamen; vollends nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen — wenn man aus einem fremden Lande zurückkam. Da habe ich es für selbstverständlich gehalten, mich beim Kaiser zu melden.

Abgeordneter Dr. Cohn: Sprachen Sie darüber bei Ihrer ersten Unterredung mit Herrn v. Bethmann Hollweg?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich glaube, daß der Reichskanzler mir damals gesagt hatte, ich würde wohl demnächst empfangen werden oder ich solle mit dem Kaiser sprechen. Darauf kann ich mich nicht genau entsinnen. Ich weiß nur, daß die Rede davon war, ich solle den Kaiser sehen.

Abgeordneter Dr. Cohn: Mich interessiert der technische Gang, um eine Unterredung herzustellen.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Der technische Gang? — Es bedurfte der Anmeldung durch das Auswärtige Amt im Hauptquartier.

Abgeordneter Dr. Cohn: Ist diese Anmeldung sofort erfolgt oder später?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Soviel ich mich entsinne, ist sie sofort erfolgt.

Abgeordneter Dr. Cohn: Es sind also die Gründe, die Sie vorhin angegeben haben, nicht vom Auswärtigen Amt zuerst geltend gemacht worden, sondern von einer anderen Seite aus?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich habe diese Gründe nachher amtlich erfahren, als ich mich erkundigte, warum es so lange dauerte.

Abgeordneter Dr. Cohn: Aber wer hat sie geltend gemacht? Sie nehmen an, daß das Auswärtige Amt sofort Ihre Vorstellung beim Kaiser in die Wege geleitet hat?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Soviel ich mich entsinne, ja!

Vorsitzender: Das geht auch daraus hervor, daß Sie andere Gründe als die, die Sie angegeben haben, nicht für diese Verzögerung angeben konnten.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Ist nun die Besprechung mit dem Generalfeldmarschall Hindenburg und General Ludendorff auch von irgendeiner Seite, insbesondere von Ihnen oder von dem Herrn Reichskanzler oder vom Auswärtigen Amt, veranlaßt worden, oder ergab sie sich nur zufällig?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Sie ergab sich aus der Sachlage. Ich erhielt ein Telegramm, welches mir durch das Auswärtige Amt mitgeteilt wurde, daß ich mich am 4. Mai in Kreuznach beim Kaiser zu melden hätte. Bei der Frühstückstafel befanden sich auch der Feldmarschall und General Ludendorff, und ich habe mich nachher rein aus Höflichkeit verpflichtet gefühlt, den beiden Herren Besuche zu machen.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Gut! Ich verstehe Sie recht, Herr Graf, daß die Oberste Heeresleitung selbst nicht das Bedürfnis empfunden hat, den aus Amerika zurückkehrenden Botschafter zu sprechen.

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Nein, eine Aufforderung dazu habe ich nicht erhalten.

Vorsitzender: Sie haben doch bald nach Ihrer Rückkehr eine Unterredung mit dem damaligen Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Herrn Zimmermann, nachgesucht. Ist in dieser Unterredung auch, wie ich als selbstverständlich annehme, die Rede von den Friedensvermittlungen Wilsons gewesen, und ist Ihnen da vielleicht eine Meinung gesagt worden, wie das Auswärtige Amt sich zu diesen Wilsonschen Friedensvermittlungen, deren Ernsthaftigkeit usw. usw., stellte?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Soviel ich mich entsinne, habe ich am nächsten Tage nach meiner Ankunft beim Staatssekretär Zimmermann mit dem österreichischen Botschafter gefrühstückt, und es hat sich daraus eine Konversation über die ganze Sachlage ergeben, die aber im wesentlichen in meiner Erinnerung nichts anderes ergeben hat, als was ich bereits als die Meinung des Herrn Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg ausgedrückt habe.

Vorsitzender: Also etwas Besonderes ist in dieser Unterredung nicht gewesen?

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Dieselbe Auffassung, vielleicht in anderen Worten, aber im allgemeinen dieselbe!

Vorsitzender: Im allgemeinen genau das gleiche.

Abgeordneter **Gothein**: Herr Graf haben vorhin gesagt, daß Sie den Eindruck gehabt hätten, daß die Stimmung der Presse auf einer künstlichen Mache beruhe. War Ihnen das Vorhanden-

sein und die Tätigkeit des Kriegspresseamts und der Zensur bekannt, die ja einen starken Einfluß auf die Haltung der Presse ausübte?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich habe mich bei meiner früheren Äußerung so vorsichtig verhalten, weil ich als damals in Amerika Lebender die wirklichen Verhältnisse nicht genau kannte. Ich habe aber geglaubt, daß besonders seitens der Marinebehörden die Presse im Sinne des U-Boot-Krieges beeinflußt würde. Das glaube ich auch heute noch. Aber positive Beweise dafür kann ich natürlich nicht geben.

Vorsitzender: Damit ist diese Frage erledigt.

Abgeordneter Dr. Petersen: Exzellenz, Sie haben, wenn ich mich recht erinnere, gesagt, Sie wären gleich nach Rückkehr von dem Herrn Reichskanzler v. Bethmann Hollweg empfangen worden, und haben dann den Inhalt dieser Unterredung in kurzen Sätzen geschildert. Der Reichskanzler war ja doch der alleinige verantwortliche Leiter unserer deutschen Politik. Haben Sie bei der Gelegenheit Ihrerseits Gelegenheit genommen, etwa anzuregen, im jetzigen Stadium noch irgendwelche Versuche zu machen, mit Wilson oder mit der amerikanischen Regierung über weitere Friedensvermittlung trotz alledem in Fühlung zu kommen, oder haben Sie, ausgehend von der Überzeugung, daß doch alles unnütz sei, in der Richtung Ihrerseits keine Anregung mehr gegeben?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich habe damals überhaupt keine Anregung mehr gegeben, weil ich die Sache als vollkommen erledigt betrachtete. Ob damals der Krieg mit Amerika 8 oder 14 Tage später erklärt wurde, habe ich nicht für wesentlich gehalten, weil ich fest überzeugt war, daß der Krieg erklärt würde.

Abgeordneter Dr. Petersen: Jedenfalls steht aber fest, daß Sie in einer Unterredung mit dem verantwortlichen Leiter unserer Politik Ihrerseits eine Anregung nicht gegeben haben, die damals nicht befolgt worden wäre, sondern auch Sie haben bei dieser Unterredung nicht mehr gewünscht, daß weitere Versuche gemacht würden, mit Amerika wieder in Verhandlungen zu kommen.

Zeuge Graf v. Bernstorff: Die Unterredung war vielleicht eine einstündige. Ich kann mich auch heute nicht mehr genau darauf besinnen, was damals gesagt worden ist. Aber jedenfalls ist mir eine Anregung meinerseits nicht erinnerlich.

Abgeordneter Dr. Cohn: Ich komme noch einmal auf die Frage zurück, die Herr Abgeordneter Gothein vorhin Exzellenz gestellt hat. Sie ging dahin: Ist Ihnen die Einrichtung der Pressekonferenzen und des Kriegspresseamts schon in Amerika bekannt gewesen?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Daß sie existierte, habe ich aus Erlassen, aus Zeitungen und aus sonstigen Mitteilungen gewußt.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Und welche Zwecke diese Institutionen verfolgten? Nicht das Kriegspresseamt, sondern die vom Kriegspresseamt veranstalteten Pressekonferenzen!

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Jawohl, das habe ich gewußt.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Welchem Zweck sie dienten und in welcher Weise sie geleitet wurden, in welcher Weise sie abgehalten wurden?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Im allgemeinen habe ich das gewußt.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer:** Fiel Ihnen auf, daß während derselben Zeit, in der das Auswärtige Amt die Friedensaktion Wilsons wünschte, die schärfste Fehde in einem gewissen Teile der Presse gegen Wilson und für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg geführt worden ist?

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Aufgefallen ist es mir.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer:** Also zwei offizielle Faktoren haben offenbar eine verschiedene Haltung eingenommen! Einerseits will man Wilson, und andererseits bekämpft man ihn.

Zeuge **Graf v. Bernstorff:** Von amtlicher Seite? Ich habe eben angenommen, daß diejenigen Kreise, die diese Vermittlung wollten, auf die Presse keinen Einfluß hatten.

Vorsitzender: Damit schließt dieser Teil der Beweisaufnahme ab.
Wir vertagen uns. Die nächste Sitzung wird stattfinden am 31. Oktober, vormittags 10 Uhr, wahrscheinlich im Plenarsitzungssaal des Herrenhauses. Indessen wird über die Lokalität noch etwas Bestimmtes gesagt werden. Zu diesem Termin wird geladen werden: Seine Exzellenz v. Bethmann Hollweg. Auch Herrn Grafen bitte ich, sich an dieser Sitzung zu beteiligen, da sehr wahrscheinlich Gegenüberstellungen notwendig sein werden. Herr Graf werden also noch eine besondere Vorladung erhalten.

(Schluß der Sitzung 12 Uhr 11 Minuten.)

4. Sitzung des 2. Unterausschusses

Freitag den 31. Oktober 1919.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 20 Minuten durch den Vorsitzenden, Abgeordneten **Warmuth**, eröffnet.

Vorsitzender: Ich eröffne die Sitzung.
Wir beginnen mit der

Vernehmung Seiner Exzellenz des Herrn v. Bethmann Hollweg.

Ich bitte Exzellenz, hier vorzutreten, da ich zunächst Ihre Vereidigung vorzunehmen habe.
Ihr Vorname?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Theobald.

Vorsitzender: Ihr Alter?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: 63 Jahre.

Vorsitzender: Die Verfassung gestattet es jedem, den Eid mit dem religiösen Zusatz oder ohne ihn zu leisten. Welchen Wunsch haben Exzellenz? Soll ich den Eid vorsprechen mit dem religiösen Zusatz oder ohne ihn?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich werde den Eid in der Form leisten, wie ihn Herr Graf Bernstorff neulich geleistet hat.

Vorsitzender: Also mit dem religiösen Zusatz.

(Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg leistet den Zeugeneid.)

Das Thema ist Ihnen bekannt. Es handelt sich um die **Wilsonsche Friedensaktion**. Wir werden festzustellen haben, welches die Reichspolitik in bezug auf die Wilsonsche Friedensaktion gewesen ist und welche Gründe für die Reichspolitik maßgebend gewesen sind. Ich gebe Ihnen, Exzellenz, keinerlei Beschränkungen in zeitlicher Hinsicht. Sie mögen auf Geschehnisse zurückgreifen, soweit Sie wollen, soweit Sie es für notwendig erachten. Aber ich bitte, im Auge zu behalten drei ganz besondere Kernfragen, deren Beantwortung für den Ausschuß wesentlich ist.

Diese **Kernfragen** sind folgende:

1) aus welchen Gründen ist das Friedensangebot am 12. Dezember durch die Zentralmächte erfolgt, trotzdem die Mitteilungen des Grafen Bernstorff eine Friedensaktion Wilsons bis spätestens Ende Dezember in sichere Aussicht gestellt hatten?
2) Aus welchen Gründen sind Wilson die konkreten Friedensbedingungen nicht mitgeteilt worden, und zwar
   a) weder öffentlich, wie es seine Note vom 21. Dezember anregte,
   b) noch vertraulich trotz der durch den Grafen Bernstorff mitgeteilten Bitte des Obersten House und Lansings?
3) Aus welchen Gründen hat die politische Reichsleitung die Friedensaktion Wilsons nicht weiter betrieben, wohl aber ihre Zustimmung zur Führung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges gegeben?

Das sind also die Fragen, die der Unterausschuß so, wie ich sie verlas, formuliert hat.

Ich möchte persönlich hinzufügen, daß es also zur Illustration dieser Fragen darauf ankommen wird, zu beantworten: Nahmen Sie die angebotene Friedensvermittlung Wilsons als von ihm ernst gemeint auf? Welche bestimmten Gründe hatten Sie gegebenenfalls für die gegenteilige Annahme? Hielten Sie weiter die Bemühungen Wilsons, deren Ernsthaftigkeit vorausgesetzt, für aussichtsvoll oder umgekehrt von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt, etwa infolge der Stellungnahme der Entente zur Friedensnote Wilsons, oder was dergleichen mehr ist? Hat die Oberste Land- und Seekriegsleitung gegen die Wilsonsche Aktion gewirkt? Welche Gründe hatten diese Leitungen für die Führung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges und die Inangriffnahme desselben zu dem frühen Zeitpunkt ins Feld geführt? Es werden da vor allem die Plesser Konferenzen vom 9. Januar eine bedeutsame Rolle spielen.

Nun bitte ich, Exzellenz, im Zusammenhang — ich werde mich bemühen, durch Zwischenfragen den Vortrag nicht zu stören — das vorzutragen, was auf das Beziehung hat, was ich Ihnen als Thema jetzt gegeben habe.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Ich möchte zunächst die Tatsachen kurz zusammenfassen, die, wie mir scheint, in den bisherigen Verhandlungen hier festgestellt sind, nicht bestritten und auch von mir als richtig angenommen werden.

Nachdem wir schon in der ersten vom Herrn Berichterstatter gekennzeichneten Periode durch allgemeine Besprechungen von Friedensmöglichkeiten der amerikanischen Regierung dokumentiert

hatten, daß wir zu einem Verhandlungsfrieden bereit seien, hat mit dem Beginn der zweiten Periode eine Aktion von uns mit dem Ziele eingesetzt, daß der Präsident Wilson einen Friedensappell an die Kriegführenden richten möge. Unser Wunsch ging dahin, daß der Präsident Wilson die Entente an den Verhandlungstisch bringen solle. Glückte dies, dann sollten die unmittelbaren Beziehungen zwischen den Kriegführenden von diesen allein ohne die Teilnahme Wilsons geregelt werden. Erst in einer anschließenden Konferenz sollten unter der Teilnahme des Präsidenten Wilson die allgemeinen internationalen Fragen, wie Freiheit der Meere, Abrüstung, Schiedsgerichte usw., geregelt werden. Mit diesen Modalitäten war Präsident Wilson nicht nur einverstanden, sondern hat eine andere Tätigkeit zunächst überhaupt nicht für sich beansprucht. Dieser Punkt muß scharf pointiert werden. Wer die Rolle des Präsidenten mit dem Worte „Friedensvermittlung" bezeichnet, verleitet zu der irrigen Anschauung, als habe nach unserer Absicht der Präsident Wilson materiell bei der Ordnung der Friedensbedingungen mitwirken sollen. Das war eben nicht der Fall. Wenn und soweit in unseren Akten davon die Rede ist, eine Friedensvermittlung Wilsons werde nicht gewünscht — am zweiten Tage der Vernehmung des Herrn Grafen v. Bernstorff sind solche Fälle erörtert worden —, so bezieht sich dies ausschließlich auf eine Friedensvermittlung im gewöhnlichen Wortsinn, auf eine Vermittlung, welche die Teilnahme an der materiellen Formulierung der Friedensbedingungen mit umschließt. Nicht getroffen aber wird diejenige Tätigkeit, welche als Werk des Präsidenten Wilson gedacht worden ist. Ich möchte diese Tätigkeit zur Vermeidung aller Mißverständnisse und zum Unterschied von der Friedensvermittlung in ihrer gewöhnlichen Bedeutung mit dem Worte „Friedensaktion" bezeichnen.

Sind die tatsächlichen Hergänge bis zum Schluß der zweiten Periode, also bis zu unserem Friedensangebot vom 12. Dezember 1916, auch innerhalb dieses Ausschusses, wie mir scheint, klargestellt und unbestritten, so fällt der erste sozusagen kritische Punkt mit diesem unsern Friedensangebot zusammen. Wenn ich es mir richtig notiert habe, so hat der Herr Berichterstatter als eine hierbei vornehmlich zu erörternde Frage, als eine Hauptfrage — und der Herr Vorsitzende hat sie soeben als eine der drei Kernfragen bezeichnet —, als eine Hauptfrage bezeichnet, ob und warum es gerechtfertigt war, daß wir ein eigenes Friedensangebot machten, obwohl wir einen Friedensappell durch den Präsidenten betrieben und obwohl Graf v. Bernstorff in Aussicht gestellt hatte, Wilson werde bis spätestens Ende Dezember einen solchen Appell erlassen. Bei dieser Frage verlassen wir das Gebiet der Tatsachenfeststellung und gehen ganz ausgesprochen zu der politischen Würdigung feststehender Tatsachen über. Indessen

muß, wenn richtig gewürdigt werden soll, der Sachverhalt scharf im Auge behalten werden.

Hinter jener Hauptfrage steht unverkennbar die Vorstellung, daß wir durch unser Friedensangebot die Friedensaktion des Präsidenten Wilson gestört und gefährdet hätten. Demgegenüber betone ich: der Friedensappell, den Präsident Wilson erlassen wollte und dessen bevorstehenden Erlaß Graf v. Bernstorff in Aussicht gestellt hatte, ist enthalten in der Friedensnote des Präsidenten Wilson vom 18. Dezember. Geschrieben ist diese Note vom Präsidenten Wilson, wie Graf v. Bernstorff ausdrücklich bezeugt hat, Mitte November. Der Wortlaut dieser Note ist nach dem gleichen Zeugnis bis auf den Zusatz, daß die Note mit unserem Friedensangebot nicht in Zusammenhang gebracht werden dürfe, von Mitte November bis zum 18. Dezember unverändert geblieben. Mitte November hatten wir noch kein eigenes Friedensangebot gemacht, und Präsident Wilson wußte noch nicht, daß wir überhaupt die Absicht hatten, ein Friedensangebot zu machen. Klarer und unwiderleglicher Schluß ist, daß unser Friedensangebot weder den Präsidenten von seiner Friedensaktion abgehalten, noch deren Inhalt beeinflußt hat. Ist Wilson darüber verstimmt gewesen, daß wir seinen Frieden nicht abgewartet haben, so steht doch fest, daß er seiner Verstimmung keinen Einfluß auf sein Handeln eingeräumt hat.

Hiernach kann, wenn von einer schädlichen Wirkung unseres Friedensangebots gesprochen wird, nur gefragt werden, ob es unser Friedensangebot gewesen ist, das die Entente veranlaßt hat, die Friedensnote Wilsons vom 18. Dezember in einer Weise zu beantworten, die einer Ablehnung gleichgekommen ist, ob ich, wenn das so war, dies hätte wissen müssen oder voraussehen können und in dieser Erkenntnis hätte warten müssen, ob und bis der Präsident selbst die in Aussicht gestellte Friedensaktion unternähme.

Hiermit aber geraten wir in einen Komplex von Problemen, von denen die hier erörterten amerikanischen Beziehungen doch nur einen verhältnismäßig kleinen Ausschnitt bilden. Die jeweilige militärische Lage an den fast über die ganze Welt erstreckten Fronten dieses Krieges, die inneren Zustände bei uns selbst und bei unseren Bundesgenossen, die Aspirationen der verschiedenen politischen Parteien, die Mentalität der Staatsmänner in den verschiedenen Regierungen, ihre subjektive und vielfach voneinander abweichende Beurteilung der Gesamtlage, — ich kann die verschiedenen Momente gar nicht alle aufzählen, die beberücksichtigt werden müssen, wenn man zu einem einigermaßen zutreffenden Urteil gelangen will. Aber auch wenn wir alle diese weitverzweigten und ineinander verflochtenen Momente überblicken, sehen wir allergünstigstenfalls immer erst die eine Seite

der Sache. Die andere, und zwar die entscheidende Seite, das, was bei unseren Feinden vorgegangen ist, ist uns in wichtigsten Beziehungen verborgen und wird uns, wie ich vermute, noch lange verborgen bleiben. Wenigstens habe ich bisher nicht den Eindruck gewinnen können, als ob die Ententeregierungen nunmehr ihre Archive öffnen und publizieren würden.

Nur unter dieser Voraussetzung aber könnten wir, wie fast über alle Fragen des Krieges, so auch über die jetzt in Rede stehende Thesis, über die Opportunität unseres Friedensangebotes vom 12. Dezember, abschließend urteilen. Was wir über das Verhalten der Entente gegenüber der Friedensnote Wilsons vom 18. Dezember hier diskutieren, sind doch nichts als Konjekturen.

Ich komme zu den Motiven, welche uns veranlaßt haben, ein eigenes Friedensangebot dem Warten auf die in Aussicht gestellte Aktion des Präsidenten Wilson vorzuziehen. Ich bin gezwungen, diese die ganze Komplikation des Weltkrieges umfassenden Motive, soweit ich es heute vermag, in ihrer Gesamtheit darzustellen. Die Gründe, welche für ein Warten auf Wilson sprechen konnten, sind in der bisherigen Untersuchung klar herausgearbeitet worden. Sie haben gewiß viel für sich, namentlich heute, nachdem die Probe auf dieses Exempel nicht gemacht worden ist und die Bahn für Konjekturen frei ist. Sie bedürfen indes, wie mir scheint, einer Ergänzung nach der negativen Seite, das heißt einer Hervorhebung derjenigen Momente, mit denen für das Urteil der Zentrale ein Warten auf den Präsidenten belastet war.

Ich werde zunächst hier diese Momente darzulegen versuchen, um sodann zu den positiven Gründen der anderen Alternative, nämlich unseres Friedensangebotes, überzugehen. Vielleicht darf ich, wenn ich von den Momenten rede, die gegen das Warten auf Wilson sprachen, die Reihenfolge innehalten, daß ich zunächst von der persönlichen Seite der Sache spreche, dann von den Erfahrungen, die wir mit der amerikanischen Politik und ihrer Stellung zur Entente vorher gemacht hatten, und endlich einen Blick auf unsere politischen Verbindungsmöglichkeiten mit den Vereinigten Staaten werfe.

Ich bin weit davon entfernt zu behaupten, daß es dem Präsidenten Wilson mit dem in Aussichtstellen seiner Friedensaktion nicht ernst gewesen sei. Es lag aber doch für das Urteil der Berliner Zentrale eine lange Tatsachenreihe vor, die es zweifelhaft machen mußte, ob und wann er glauben würde, seinen Entschluß überhaupt ausführen zu können.

Zunächst möchte ich nach der persönlichen Seite hin bemerken, daß, was bisher hier nicht genügend hervorgehoben worden ist, in dem Charakter des Präsidenten Wilson nach der Berichterstattung des Grafen Bernstorff ein gewisser zaudernder Zug gelegen hat. Graf Bernstorff berichtet zum Beispiel am 14. Januar:

> Bekanntlich war die Note schon seit längerer Zeit vorbereitet und wäre wohl auch ohne unser Vorgehen zu Weihnachten abgeschickt worden, obgleich dies bei dem zaudernden Naturell Herrn Wilsons, der alle Fragen gern dilatorisch behandelt, nicht so unbedingt sicher ist.

Über diesen zaudernden Zug des Präsidenten ist die Berliner Leitung schon vor diesem Bericht des Botschafters durch Erfahrung auf vielen Gebieten aufgeklärt worden. Ich glaube mich auch zu erinnern, daß nach Meldungen, die gerade Ende Dezember 1916 eingingen, auch neutrale Staatsmänner in Zweifel gewesen sind, ob der Präsident ernsthaft an Frieden denke.

Und weiterhin: Präsident Wilson war doch sozusagen gehandicapt durch sein und seines Landes Verhältnis zur Entente. Die Stimmungen in den Vereinigten Staaten oder vielmehr der Grad des Wohlwollens zu unsern Gegnern haben ja im Laufe des Krieges, namentlich im ersten Jahre, geschwankt. In die Seele des Präsidenten selbst können wir nicht hineinsehen. Ich jedenfalls will es nicht einmal versuchen. Aber selbst wenn er freundliche Gesinnungen für Deutschland gehabt haben sollte — Herr Clemenceau, der ihn sicherlich genau kennt, hat neulich im französischen Senat feierlich das Gegenteil bekundet —, unabhängig von der öffentlichen Meinung seines Landes war er unter allen Umständen nicht. Gleichviel ob nun eigene Auffassungen oder Rücksicht auf die öffentliche Meinung seines Landes bestimmend gewesen sind — fest steht, daß die Tatsachen es nicht wohl möglich machen, beim Präsidenten Wilson Dispositionen vorauszusetzen, aus denen wir auf eine auch nur einigermaßen sichere Förderung unserer Sache hätten schließen können.

Gleich in den Anfang des Krieges fiel die, gelinde gesagt, kühle Aufnahme unserer Vorstellung gegen den Gebrauch völkerrechtswidriger Geschosse unserer Feinde. Der barsche Ton aller amerikanischen Vorstellungen gegen den allerdings von Amerika für unerlaubt gehaltenen Unterseebootkrieg stach doch sehr auffällig von den bei Worten bleibenden Protesten ab, mit denen sich die amerikanische Regierung gegen die von ihr selbst ausdrücklich als völkerrechtswidrig bezeichnete englische Willkürherrschaft zur See wandte, während hinter den an uns gerichteten Noten sehr unzweideutig Drohung mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, wenn nicht mit Krieg stand.

Über die *amerikanischen Waffen- und Munitionslieferungen* mochte man völkerrechtlich denken, wie man wollte, tatsächlich bedeuteten sie nach Lage der Sache eine einseitige Begünstigung unserer Feinde, ohne die der Krieg nach aller Wahrscheinlichkeit sehr viel früher zu Ende gegangen wäre. Uns ist stets gesagt worden, Präsident Wilson könne aus völkerrechtlichen Gründen nichts gegen diese Lieferungen unternehmen. Es muß aber doch sehr zweifelhaft sein, ob er auch ohne diesen

Hinderungsgrund eingeschritten wäre. Graf v. Bernstorff hat hier die ungeheuer wichtige Mitteilung gemacht, Präsident Wilson habe ihn unmittelbar nach unserer Sussex-Note durch Oberst House wissen lassen, er könne gegen die völkerrechtswidrigen Seemaßnahmen Englands nichts machen, weil die öffentliche Meinung seines Landes das wegen der Verflechtung des amerikanischen Handels mit der Entente nicht zulassen würde. Diese Mitteilung scheint mir doch in zwei Beziehungen von fundamentaler Bedeutung zu sein. Einmal — ich will das hier nur tatsächlich feststellen — hatte uns Wilson wiederholt erklärt, er werde, falls wir vom unbeschränkten U-Boot-Krieg ließen, England zur Londoner Deklaration zurückbringen. Nun, durch unsere Sussex-Note hatten wir die Wilsonsche Voraussetzung erfüllt. Sodann erweist die Mitteilung des Obersten House, daß der Präsident Wilson doch in allen etwaigen Handlungen gegenüber England fest an die Schranken gebunden war, die ihm durch die engen Geschäftsgemeinschaften seines Landes mit England gezogen waren.

Es ist klar, daß Wilson bei solcher Situation auch rücksichtlich seiner geplanten Friedensaktion in seiner Handlungsfreiheit stark beschränkt war und daß es für uns mißlich und gewagt gewesen wäre, seine Friedensaktion als sicheren Faktor in unsere Rechnung einzustellen, selbst aber untätig zu warten. Das gilt nicht nur bezüglich der Frage, ob Wilson eine Friedensaktion machen, sondern namentlich auch bezüglich der Frage, wann er es tun würde. Dieses „Wann“ aber, meine Damen und Herren, hatte eine sehr wesentliche militärische Bedeutung. Das Warten auf den Präsidenten, mit dessen politischer Gebundenheit und, wie Graf v. Bernstorff sagte, mit dessen zauderndem Charakter ich rechnen mußte, durfte nicht dazu führen, daß uns die Möglichkeit der anderen Alternative aus der Hand geschlagen wurde.

Daß ein Friedensangebot, um den ohnehin mit ihm nur zu leicht verbundenen Eindruck der Schwäche zu vermeiden, von uns nur in einem militärischen Höhepunkt gemacht werden konnte, brauche ich hier nicht zu begründen. Wurde dieser Moment verpaßt, so konnte die Gelegenheit zu einem Friedensangebot überhaupt für unabsehbare Zeit dahin sein. Hielten wir im Herbst 1916 ein Friedensangebot grundsätzlich für nötig, dann mußten wir selbst über den Zeitpunkt frei disponieren können, konnten uns unmöglich darauf verlassen, daß auch Wilson gerade diesen Zeitpunkt wählen werde. Deshalb haben wir damals alle Vorbereitungen so getroffen, daß unser Friedensangebot in dem Moment herauskam, wo für alle Welt erkennbar die Entscheidung im rumänischen Feldzug zu unseren Gunsten gefallen war.

Hieraus ergeben sich die Gründe, warum ich in der Beurteilung des Präsidenten Wilson und seiner Politik von der Auffassung des Grafen v. Bernstorff teilweise abweichen zu müssen ge-

glaubt habe. Die Feststellung, daß die Zentralleitung die Berichterstattung auch des tüchtigsten Botschafters immer erst mit dem eigenen Urteil und den Schlüssen kombinieren muß, welche sie selbst aus der Gesamtheit der politischen Ereignisse zieht, wird nicht wie eine Anmaßung klingen. Im vorliegenden Fall habe ich es ganz besonders beklagt, daß unsere briefliche und telegraphische Verbindung — damit komme ich auf den dritten Punkt, den ich besprechen wollte — mit dem Grafen v. Bernstorff während des Kriegs dauernd auf das empfindlichste beschränkt gewesen ist; andernfalls hätten die Anschauungen, die dort aus dem amerikanischen Milieu, hier aus der europäischen Gesamtsituation geschöpft wurden, unter gegenseitiger Korrektur leichter einander angenähert werden können. Tatsächlich aber lagen die Dinge so, daß wir über einen unkontrollierten telegraphischen Verkehrsweg zwischen Berlin und der Botschaft in Washington überhaupt nicht verfügten. Die englischen Kabel — die deutschen wurden ja schon in der ersten Zeit des Krieges unbrauchbar gemacht — standen uns natürlich nicht offen. Der Funkendienst wurde auf amerikanischer Seite, unter englischem Druck, nicht unter völkerrechtlichem Zwang, bald unter Zensur genommen und gestattete keinen chiffrierten Verkehr, also den Verkehr, der für politische Dinge notwendig ist. Nur zu kurzen und seltenen Mitteilungen konnte ein umständlicher und nicht einwandfreier Weg benutzt werden, auf dem indessen der gegenseitige Verkehr eine Woche und mehr beanspruchte. Außerdem hatte uns zu gewissen Zeiten die amerikanische Regierung den Weg über ihre hiesige Botschaft zu chiffriertem Verkehr gelegentlich gestattet; eine gewisse Kontrolle des Inhalts dieser Depeschen hatte sich die Botschaft vorbehalten. Meine Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, mit welchen rein äußerlichen Schwierigkeiten eine umfängliche Aktion zu rechnen hatte, die von Washington aus hätte geleitet werden sollen. Wir wären dabei jedenfalls gegenüber den feindlichen Partnern technisch in einer hoffnungslosen Unterlegenheit gewesen.

Diese Seite der Sache, so äußerlich sie erscheinen mag, ist aber noch in einer anderen Beziehung bezeichnend. Die Erschwerungen unseres Verkehrs mit Washington beruhten doch wesentlich auf völkerrechtlich nicht zu begründenden Forderungen Englands, die sich die amerikanische Regierung gefallen ließ, und es war die amerikanische Regierung selbst, die wohl gleichfalls aus Konnivenz gegen England der Vermittlung unseres Verkehrs mit dem Grafen v. Bernstorff recht enge Grenzen setzte. Ein gewisser Ausgleich wäre geschaffen worden, wenn die amerikanische Regierung ihren Botschafter hier, Herrn Gerard, in den Stand gesetzt hätte, mich über die Intentionen des Präsidenten in Frage der Friedensaktion fortlaufend zu orientieren. Anstatt dessen ist Herr Gerard eigentlich nur der Überbringer unfreundlicher Noten

gewesen. Er erklärte mir gerade in der kritischsten Zeit des Winters 1916/17 wiederholt, daß er in Sachen der Wilsonschen Friedensaktion nicht informiert und ohne Instruktionen sei.

Die Gesamtheit dieser Momente hat nicht gestattet, der Grundauffassung des Grafen v. Bernstorff in vollem Umfange zu folgen.

Ich sehe davon ab, für die Richtigkeit meiner Auffassung die spätere Haltung des Präsidenten als beweiskräftig heranzuziehen. Aber bemerkenswert bleibt doch, wie mir scheint, daß die berühmten 14 Punkte von Präsident Wilson im Januar 1918, also zu einer Zeit aufgesetzt worden sind, wo Amerika im vollen Kriege mit uns stand. Und wie würde der Versailler Friede aussehen, wenn er mit den Zusagen des Präsidenten im Einklang stände?

Herangezogen ist in einer der früheren Sitzungen auch das Kreuzverhör, dem der Präsident Wilson Mitte August dieses Jahres im Kongreß unterzogen worden ist. Es ist hier eine Übersetzung des betreffenden Passus aus diesem Kreuzverhör vorgelesen worden. In dramatischer Zuspitzung hat dort der Präsident seine Überzeugung feierlich und apodiktisch bekundet, daß Amerika in den Krieg gezogen wäre, auch wenn wir keinerlei feindselige Akte gegen Amerika oder gegen amerikanische Bürger verübt hätten. Gelinde gesagt auffällig ist diese Bekundung. Von deutscher Seite ist versucht worden, ihr jede Beweiskraft für eine skeptische Beurteilung von Wilsons Politik abzusprechen. Des näheren will ich nicht darauf eingehen. Nur Präsident Wilson selbst könnte sagen, was er gemeint hat. Es gibt aber doch recht beachtenswerte Urteile der amerikanischen Presse über dieses Kreuzverhör, die der hier vorgetragenen deutschen Interpretation sehr entschieden widersprechen. Ich glaube, hiermit den gesamten Umkreis der Momente, die für das Urteil der Zentrale gegen das Warten auf den Präsidenten Wilson sprachen, umschrieben zu haben. Ich hebe noch einmal hervor: die Unsicherheit nicht nur des Ob, sondern namentlich des Wann und die militärische Bedeutung dieses Wann!

Ich komme nunmehr zu der anderen Seite der Frage, nämlich dem Komplex der Gründe, die für die mit dem Friedensangebot des 12. Dezember gewählte Alternative sprachen. Hier will ich, da es sich auch hier um sehr vielgestaltige und in die ganze damalige Lage verflochtene Motive handelt, scheiden zwischen den mehr akzessorischen Momenten der Anregung Österreichs und der innerpolitischen Gründe unserer Bundesgenossen, und zwischen der Absicht, die feindlichen Regierungen in Verhandlungen zu verstricken und auf den Friedenswillen der feindlichen Völker zu wirken.

Zunächst der äußere Anstoß. Im Sommer 1916 hatte Baron Burian ein Friedensangebot der Zentralmächte angeregt. Baron Burian zweifelte nach meinen Eindrücken an der Möglichkeit,

den Krieg ausschließlich durch Waffengewalt erfolgreich zu beenden, glaubte aber den Zeitpunkt kommen zu sehen, wo die gesamten Zustände der Donaumonarchie einem weiteren Durchhalten nicht mehr gewachsen sein würden, weder materiell, noch moralisch. Da bisher alle Sondierungen über Friedensmöglichkeiten resultatlos verlaufen waren, Baron Burian aber überzeugt war, daß die öffentliche Dokumentierung der Friedensbereitschaft der Zentralmächte unentbehrlich sei, um die moralische Stimmung in der Donaumonarchie hochzuhalten, regte er ein öffentliches Friedensangebot an, von dem er eine gute Wirkung selbst für den Fall erhoffte, daß die Feinde es ablehnen sollten. Daß ganz unabhängig hiervon auch bei ihnen der Wunsch nach möglichst baldiger Beendigung des Völkermordens mitbestimmend gewesen ist, ist selbstverständlich.

Diese Deduktion unseres Bundesgenossen in den Wind zu schlagen, wäre selbst dann ausgeschlossen gewesen, wenn ich ihre Begründung nicht hätte voll anerkennen können. Die innerpolitischen Motive, die für unsere Bundesgenossen galten, hatten auch für uns selbst eine erhebliche Bedeutung; jedenfalls sprachen sie nicht gegen, sondern für ein öffentliches Friedensangebot.

Bei uns in Deutschland hatte sich die Kluft zwischen denjenigen Kreisen, welche die zukünftige Sicherheit unseres Landes nur von der Verwirklichung mehr oder weniger weitgehender annexionistischer Kriegsziele abhängig glaubten, und denjenigen Schichten, welche solchen Zielen abhold waren, immer mehr erweitert und vertieft. In seinen Extremen führte der Gegensatz zu den widerlichsten gegenseitigen Anschuldigungen, die nach meinen Eindrücken die Widerstandskraft breiter Volksschichten ernstlich bedrohten. Wiederholt zwar war in amtlichen Enunziationen und in meinen Reden der Verteidigungscharakter des Krieges unterstrichen worden, und der leidenschaftliche Haß, mit dem mich die sogenannten Annexionisten verfolgten, konnte kaum Zweifel über meine Stellung aufkommen lassen. Trotzdem mußte eine abermalige Betonung, daß der Krieg nicht um phantastischer Ziele fortgeführt werde, auch innerpolitisch nützlich und nötig erscheinen. Wenn aber trotzdem die von mir angedeutete, das Volk spaltende Entwicklung, die wohl allen in diesem Saale Anwesenden gegenwärtig ist, ihren Lauf genommen hat, so liegt in dieser Tatsache der Beweis, daß es jedenfalls gut war, ihm durch ein ganz sinnfälliges und nicht mehr wegzuleugnendes Mittel abzuhelfen.

Ich komme nach dieser Vorbemerkung zu der wesentlichen Gruppe der für das Friedensangebot sprechenden Gründe, nämlich zu den außerpolitischen Motiven. Dabei muß ich freilich über Gesamterwägungen meiner Politik sprechen, die auf den ersten Blick, aber doch nur scheinbar, über den Rahmen der hier zur Diskussion stehenden Fragen hinausgehen. Ich war der Ansicht,

nicht nur in den dem deutschen Friedensangebot vorausgehenden Monaten, sondern auch früher und nachher, daß Versuche, den Frieden herbeizuführen, nicht nur durch Sondierungen, wie sich die feindlichen Regierungen stellen würden, sondern auch durch Einwirkung auf die feindlichen Völker unternommen werden müßten. Allgemeines Verhängnis dieses Krieges ist es gewesen, daß die Bewegungsfreiheit aller Regierungen, auch der zaristischen, in der Friedensfrage außerordentlich beschränkt gewesen ist. Die Staaten, gezwungen, ihre Völker zu der äußersten Anstrengung, Energie und Zähigkeit anzuspornen und in derjenigen Stimmung zu erhalten, die ihnen militärisch notwendig erschien, haben Mächte der Leidenschaft, Stimmungen des Hasses teils hervorgerufen, teils gerufen, die sie nicht wieder loswurden, auch wenn sie sie hätten loswerden wollen. In allen Ländern entstanden Organisationen der Kriegsleidenschaft, zum Teil aufgebaut auf politischen Parteien, auf Organisationen des modernen staatlichen und wirtschaftlichen Lebens und gestützt — das liegt in der Natur der Dinge — insbesondere von denjenigen Gewalten im Staate, denen die militärischen Interessen oblagen. Diese Maschinerie der Kriegsstimmung — so möchte ich sie nennen — beschränkte sowohl bei uns, wie bei den anderen Mächten die Bewegungsfreiheit der Regierungen. Ich habe sehr frühzeitig geglaubt und auch Seiner Majestät dem Kaiser gesagt, der gerade für diesen Gesichtspunkt volles Verständnis hatte, daß die von Parlamenten, Zeitungen und dieser ganzen Maschinerie abhängigen Regierungen nur sehr schwer würden Frieden machen können, wenn nicht in den Völkern selbst die Friedensstimmung obsiege.

Wenn Sie die Reden, die ich im Reichstag vor und nach dem Friedensangebot gehalten habe, durchlesen, so werden Sie finden, daß dieser Gedanke, auf die friedenswilligen Minoritäten in den feindlichen Ländern zu wirken, darin immer wiederkehrt, freilich mannigfach beschränkt durch die Grenzen, die auch mir durch die militärischen Interessen auf der einen Seite, auf der anderen durch die Majoritätsverhältnisse im Parlament und in der öffentlichen Meinung gezogen waren. Ich habe mich indes bewußt, und zwar nicht nur in Worten, sondern auch in Handlungen, dagegen gewehrt, meine Bewegungsfreiheit durch eine Entfesselung nicht wieder zu bindender Kräfte und Leidenschaften einschränken zu lassen. Das haben die feindlichen Regierungen nicht getan. Meine Damen und Herren, Sie würden in den Akten der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amtes manche Zeugnisse hierfür finden können, auch Zeugnisse unserer Feinde über die ihnen unbequeme Wirkung meiner Reden und insbesondere der gegen die besinnungslose Kriegsleidenschaft unserer Feinde gerichteten Stellen. Das Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 war für mich ein Glied in dieser Kette.

Wenn Sie nach meinen Motiven weiterforschen, so bitte ich, zu unterscheiden zwischen der Absicht, womöglich die feindlichen

Regierungen in Unterhandlungen zu verwickeln und den Stein ins Rollen zu bringen, und dem Gedanken, daß ein offizielles und öffentliches Angebot der Mittelmächte eine tiefe Wirkung auf die Friedensstimmung in den feindlichen Völkern nicht verfehlen könnte. Ich will die beiden Gruppen von Motiven besonders betrachten.

Ich bin selbstverständlich heute nicht in der Lage, die erste Gruppe im einzelnen vollständig zu rekonstruieren. Schon in den bisherigen Verhandlungen dieses Ausschusses ist die kurz vor unserem Friedensangebot in England ausgebrochene Kabinettskrise gestreift worden, in der nach mannigfachen Schwankungen das Kabinett Asquith durch das Kabinett Lloyd George ersetzt wurde. Aus der Vorgeschichte dieser Krise muß ich doch einige Momente hervorheben.

Schon als Lloyd George am 28. September sein Boxerinterview gab, waren gewisse Anzeichen von Divergenzen erkennbar. Nach seinem Interview wurde Lloyd George von Pazifisten wegen des beleidigenden Tones angegriffen, den er gegen die Neutralen angeschlagen hätte. Lloyd George soll sich mit dem Argument verteidigt haben, er habe guten Grund gehabt, sich als Kriegsminister davor zu schützen, daß man ihm den Krieg durch eine verfrühte Friedensaktion störe. Greys Bankettrede im Oktober 1916 wurde allgemein von seinen Anhängern als eine Desavouierung Lloyd Georges bezeichnet. Am 27. November meldete „Manchester Guardian“, die Gerüchte von einer bevorstehenden Kabinettsrekonstruktion hingen mit dem andern Gerücht zusammen, daß Grey, Balfour, Lansdowne einen Frieden durch Verhandlungen begünstigten. Am 30. November verzeichnete „Labour Leader“ dasselbe Gerücht und fügte die Namen von Runciman und Mac Kenna hinzu. Am 1. Dezember schrieb dann Lloyd George den Brief an Asquith, der die Krisis vom 6. brachte. Am 11. Dezember war das Kabinett Lloyd George fertig gebildet. Der 12. Dezember war das für unser Friedensangebot nach reiflichen Erwägungen mit den Bundesgenossen und den militärischen Stellen verabredete Datum. Am 13. Dezember — ich habe das zufällig in den Zeitungen gefunden — schrieb die „Morning Post“, es gehe ein allgemeines Gefühl der Erleichterung durch das Land, darüber, daß die englische Kabinettskrise vor das deutsche Friedensangebot gefallen und gelöst wäre. Zweifellos hat bei uns in den dem Friedensangebot vorausgehenden Monaten derselbe Eindruck bestanden, der Lloyd George zuerst zu seinem Boxerinterview vom 28. September, dann zu seinem Vorgehen gegen Asquith veranlaßt hat, nämlich, daß in dem englischen Kabinett verschiedene Strömungen in der Friedensfrage miteinander rangen.

Ähnlich lagen die Dinge in Rußland, wo das aus Männern der Rechten gebildete Kabinett der Neigung bezichtigt wurde, aus Gründen der inneren Politik und aus Furcht vor der Revolution

einen Frieden zu suchen, — ein Kabinett, das freilich über eine nur sehr minimale Bewegungsfreiheit verfügte, da die Parteien der Mitte, der Liberalen und die gesamte Organisation des Handels, der Industrie und der Zeitungen im Gegensatz zum unteren Volke und im Zusammenhang mit den Einflüssen der Entente eine leidenschaftliche Kriegsthese verfochten.

Ich gebe zu, daß die deutsche Politik das Ziel, mit eventuell friedensgeneigten Regierungen in Verhandlung zu kommen, auch durch einen Friedensschritt des Präsidenten Wilson, wenn er wirklich erfolgte, hätte erstreben können. Abgesehen aber von der Unsicherheit, zu der nach den bisher mit Äußerungen des Präsidenten Wilson gemachten Erfahrungen die Berliner Zentrale doch immerhin berechtigt war, abgesehen auch von der noch weiteren Unsicherheit, ob dieser Friedensschritt des Präsidenten, wenn er überhaupt erfolgte, noch in eine günstige militärische Situation fallen würde, abgesehen also von allen diesen Erwägungen war es die zweite Gruppe von Motiven, nämlich die Absicht, auf den Friedenswillen der feindlichen Völker und insbesondere der unteren Massen zu wirken, die mir den öffentlichen Friedensschritt vom 12. Dezember besser und zweckmäßiger erscheinen ließ als den Friedensschritt des Präsidenten Wilson und das Warten auf ihn.

Es ist selbstverständlich, daß weder ich noch meine Mitarbeiter am 12. Dezember 1916 über den mutmaßlichen Erfolg dieses Friedensschrittes und seine Wirkungen so klug urteilen konnten, wie heute meine Kritiker darüber zu urteilen vermögen. Das Friedensangebot wurde von unseren Feinden einmütig abgelehnt. Ja, meine Damen und Herren, das wissen Sie heute — das wußten wir damals nicht. Immerhin, wenn man die Zeitungen aus der damaligen Zeit durchliest und sich die Ereignisse in diesen Wochen bei unseren Gegnern, soweit sie bekannt wurden, ins Gedächtnis zurückruft, so ist nicht zu leugnen, daß jedes einzelne der feindlichen Länder und die Koalition insgesamt einige den Männern des Krieges doch recht unbequeme Wochen durchmachte. Herr Briand beeilte sich, das Land vor der Vergiftung durch das deutsche Friedensangebot energisch zu warnen, und sprach von einem Manöver und einer Falle. Bezeichnend aber blieb, daß die Vereinigung der Pariser Sozialisten in einem mit sehr großer Majorität gefaßten Beschlusse verlangte, daß dieses Friedensangebot nicht ohne weiteres verworfen würde. Der russische Minister des Äußern beeilte sich, die öffentliche Erörterung des Friedensangebots durch eine sofortige kategorische Ablehnung abzuschneiden, und erließ das strengste Zensurverbot. Anscheinend hatte er nicht Zeit gehabt, sich mit seinen Verbündeten vorher zu verständigen; denn die schroffe russische Ablehnung scheint auf die Stimmung in den Völkern der Westmächte in einer den Regierungen und den Kriegs-

parteien recht unbequemen Weise eingewirkt zu haben. Es konnte sehr wohl möglich sein, daß die Antwort der Alliierten unter einem einsetzenden Drucke von unten her doch wenigstens so ausfiel, daß es uns möglich geworden wäre, den Faden des Friedens weiterzuspinnen und schließlich auch die widerstrebenden kriegerischen Regierungen der Gegner in Verhandlungen zu verstricken. Eine solche Antwort hätte der politischen Leitung des Reiches die Möglichkeit gegeben, diejenige schwere Entscheidung, die seit dem Jahre 1915 wie ein Damoklesschwert über ihr hing, und zwar desto drohender hing, je mehr die Zahl unserer U-Boote wuchs und die technischen Argumente gegen die U-Boote sich verringerten, — ich sage also, eine solche Antwort hätte der deutschen Regierung die Handhabe gegeben, unter Berufung auf Friedensmöglichkeiten sich dem am 9. Januar gefaßten und von ihr für verhängnisvoll gehaltenen Beschluß mit Erfolg zu widersetzen. Alle diese Eventualitäten, die Sie heute ausscheiden können, weil sie nicht eingetreten sind, müssen Sie hier mitberücksichtigen, wenn Sie die aufgeworfenen Fragen beantworten! Ja, meine Damen und Herren, es ist überaus billig und einfach, anzunehmen, daß das, was eingetreten ist, eintreten mußte, und daß in der Geschichte das wirklich Gewordene schon vorher das Wahrscheinliche war. Das Friedensangebot war der Versuch, zu den feindlichen Völkern vorzudringen und durch die Völker zu den Regierungen. Wir haben damals bei der Erörterung der verschiedenen Arten, ein solches Friedensangebot zu übermitteln, uns für eine sofortige und überraschende Veröffentlichung entschieden, damit die Ententeregierungen nicht durch vorherige Zensurmaßnahmen die Kunde vor ihren Völkern verbergen oder durch vorherige Zurechtmachung ihre Wirkung abschwächen konnten. Diese Wirkung ist freilich — das leugne ich nicht und habe ich nie geleugnet — beeinträchtigt worden durch die von der Besorgnis, schwach zu erscheinen, diktierte Form unseres Friedensangebots, die ein Kompromiß der militärischen und politischen Gesichtspunkte darstellte.

Durch die Ablehnung unserer Feinde erscheint heute jenes Friedensangebot als ein Mißerfolg, weil es nicht zum Frieden führte. Trotzdem hat es bei den feindlichen Ländern lange nachgewirkt, und diese Wirkung konnte durch ein ruhiges Fortfahren auf demselben Weg, nämlich in der Taktik einer öffentlichen Wirkung auf die Friedensstimmung der feindlichen Minoritäten verstärkt, ausgebaut und aufrechterhalten werden. Ich persönlich bin damals im Rahmen des außerpolitisch und innerpolitisch Möglichen auf dem beschrittenen Pfade geblieben. Bekanntlich hat sich im Reichstag im Juli 1917 erstmalig eine Majorität für den Gedanken dieser Taktik gefunden, und ich habe, soviel ich mich erinnere, in meiner Rede im Haushaltsausschuß des Reichstages kurz vor meinem Sturz — ich glaube, es

war am 7. Juli 1917 — Gelegenheit genommen, auf die Anregung, aus der dann die Friedensresolution des Reichstages hervorgegangen ist, zu erwidern, daß ich gegen diese Idee an sich schon deshalb nichts einzuwenden hätte, weil sie ja ganz in der Fortsetzung der von mir bisher verfolgten Politik liege. Dieser Politik fehlte bis zum Juli 1917 eine Majorität im Parlament und in der öffentlichen Meinung. Es ist für mich — das wollen mir die Damen und Herren hier gestatten, offen auszusprechen — ein eigenartiges Verhängnis, daß ich durch eine Verbindung des Parlaments mit der militärischen Leitung in dem Augenblick gestürzt wurde, als sich mir (mit erhobener Stimme) zum ersten Male die Möglichkeit bot, diese meine politische Linie, gestützt auf eine Majorität des Parlaments, nicht nur inmitten der von allen Seiten gegen sie angehenden Gewalten tastend und mit vielen Halbheiten kämpfend, zu verteidigen, sondern wirksam zu verfolgen. Beklagt habe ich — erlauben Sie mir das, bitte, einzuschieben — die Umstände, unter denen die Reichstagsresolution vom Juli zustandekam: nicht in einem militärischen Höhepunkt wie unser Friedensangebot vom 12. Dezember, sondern im Anschluß an sensationelle Feststellungen über Fehlschläge des U-Boot-Krieges, die fast panikartig wirkten, und begleitet von dem offenkundigen Sieg der Militärpartei über die gemäßigte Politik des Reichskanzlers, und alles das noch dazu zu einem Zeitpunkte, der doch mancherlei Anzeichen von Verhandlungsmöglichkeiten trug. Diese Begleitumstände waren das Schädliche, und aus diesem Grunde habe ich noch wenige Tage vor meinem Sturz dem Haushaltsausschuß zugerufen: Fassen Sie keine schlappe Resolution!

Wenn Sie nicht nur bei Gelegenheit dieser Untersuchung über die amerikanische Vermittlung, sondern ganz allgemein bei Ihren Forschungen über Friedensmöglichkeiten nicht nur nach den einzelnen Tatsachen, sondern nach dem großen Zusammenhang forschen wollen, so darf ich Sie vielleicht noch einmal aus meinen Erfahrungen heraus auf die eigenartige Fatalität aufmerksam machen, die in diesem Kriege über der inneren und äußeren Geschichte aller Länder gelastet hat.

Man kann sehr zweifelhaft darüber sein, ob unser Friedensangebot vom 12. Dezember zu einem anderen Erfolge geführt hätte, wenn ihm nicht zwischen dem 6. und 11. Dezember die englische Kabinettskrise vorausgegangen wäre. Es ist möglich, vielleicht auch wahrscheinlich, daß dieselbe englische Regierung, die von Herrn Lloyd George gestürzt wurde, weil sie in den bloßen Verdacht geriet, mit der Friedensidee zu spielen, auch nach dem 12. Dezember durch die Macht der vorhin gekennzeichneten Maschinerie der Kriegsleidenschaft gestürzt und auch dann das Friedensangebot abgelehnt worden wäre. Jüngst hat Graf Czernin mitgeteilt, daß die russische Regierung

kurz vor dem Sturze des Zaren die erste geheime Sondierung über einen Frieden hatte nach Wien gelangen lassen. Es ist gewiß eines dieser für den Verlauf des Weltkrieges charakteristischen Verhängnisse, daß diese Aktion nicht wenige Wochen früher erfolgte. Aber die Geschichte der russischen Revolution vom März 1917 legt doch den Gedanken nahe, daß auch dieser Versuch, selbst wenn er früher unternommen worden wäre, an der Maschinerie der Kriegsleidenschaft gescheitert wäre. Denn schließlich ist die russische Revolution vom März 1917 zum Siege geführt worden dadurch, daß die bürgerlichen Parteien, die in Rußland unter dem Einfluß der Entente die Träger der Kriegsidee waren, nicht ohne Mitwirkung der englischen Politik, sich gegen den im Verdacht von Friedensneigung stehenden zaristischen Hof und seine Minister wandten.

Die Beispiele für diese Fatalität und ihren Ursprung in der Macht jener gekennzeichneten Maschinerie der Kriegsstimmung ließen sich noch vermehren. Ich selbst erblicke das Verhängnis der deutschen Politik in der hier untersuchten Periode darin, daß die schroff ablehnende Antwort, die uns die Entente auf unser Friedensangebot gegeben hat, der politischen Leitung die Argumente nahm, mit denen allein sie sich unter den in Deutschland herrschenden Verhältnissen dem Beschluß vom 9. Januar hätte widersetzen können.

Ich fasse zusammen! Das Ob und namentlich das Wann eines Wilsonschen Friedensschrittes erschien der Zentrale zweifelhaft. Sie zog, um den militärischen Zeitpunkt nicht zu verpassen und um durch eine öffentliche Aktion zu den Völkern der Entente vorzudringen, den Weg des eigenen öffentlichen Friedensangebots vor.

Ich nehme an, daß die Frage, die der Herr Berichterstatter als Hauptfrage bezeichnet und der Herr Vorsitzende im Eingang der heutigen Verhandlung als Kernfrage aufgeführt hat, hiermit beantwortet ist.

Vorsitzender: Auf diesen Punkt 2 wünschen Exzellenz nicht weiter einzugehen?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. **Bethmann Hollweg:** Nein! Ich bitte, fortfahren zu dürfen! Ich bin ungefähr an der Hälfte meiner Ausführungen!

Die offizielle Antwort der Entente auf unser Angebot ist in ihrer Kollektivnote vom 30. Dezember enthalten. Die vorhergegangenen Kundgebungen der feindlichen Staatsmänner hatten die Welt auf dieses Schriftstück vorbereitet. Es war eine völlig eindeutige Absage auf alle Verhandlungswünsche. Der Ton der Note, so schroff und beleidigend wie nur möglich gewählt, gab ihrem Inhalt eine doppelte dezisive Bedeutung. Ich wüßte nicht, daß damals irgendeine maßgebende Stimme bei

uns oder bei unseren Verbündeten die Note als Bluff und damit als verschleierte Andeutung der Verhandlungsbereitschaft unter Bedingungen aufgefaßt hätte, auf die das deutsche Volk damals hätte eingehen können. Ich gehe mit der Behauptung nicht zu weit, daß nach Bekanntwerden der Kollektivnote vom 30. Dezember die Auffassung ihrer Bedeutung als Verneinung jeden Verständigungswillens eine allgemeine gewesen ist.

Inzwischen hatten wir die Friedensnote des Präsidenten Wilson vom 21. Dezember beantwortet. Daß wir die Anregung warm begrüßten, war die gegebene Folge unseres Wunsches nach einem Verhandlungsfrieden, lag in der Linie der Politik, die zu unseren Anregungen in Washington und zu unserem eigenen Friedensangebot geführt hatte. Ebenso entsprach es dem vereinbarten Grundsatz, wonach Präsident Wilson nur einen Friedensappell erlassen, nicht Friedensvermittler sein solle, wenn wir erklärten, daß nach unserer Ansicht unmittelbarer Gedankenaustausch unter den Kriegführenden am ehesten zum Ziele führen würde. Eine öffentliche und offizielle Diskussion der beiderseitigen Kriegsziele, bevor die Verhandlungsbereitschaft beider Seiten feststand, wäre nach meiner Überzeugung eine Prozedur gewesen, die etwaige Verhandlungsbereitschaften im Keime erstickt hätte. Den Beweis hierfür hat die Entente mit der Aufzählung ihrer Kriegsziele bei der Beantwortung der Wilsonschen Friedensnote gegeben. Nichts ist so geeignet gewesen, die Möglichkeit zu einem Verhandlungsfrieden in weiteste Ferne zu rücken, als dieser Vernichtungs- und Zertrümmerungskatalog. Erstaunlich ist mir demgegenüber der Ausspruch des Obersten House, von dem Graf v. Bernstorff hier berichtet hat, er wundere sich, warum nicht auch wir extravagante Kriegsziele aufstellten, dann würde sich auf einer Mittellinie eine Verständigung finden lassen. Dieses Rezept mag gut sein, wenn die Beteiligten mit dem ernsthaften Entschluß der schließlichen Einigung verhandeln, und wenn sie die Sache unter sich abmachen. Hier aber galt es, erst einmal ernsthafte Verhandlungsbereitschaft herzustellen. Das Gegenteil hätten wir erreicht, wenn wir vor aller Welt Kriegsziele proklamierten, die sich auch nur annähernd auf der Linie bewegten wie die der Entente.

Zu den mir vorgelegten Fragen gehört nun auch die, weshalb wir unsere Bedingungen nicht vertraulich nach Washington mitgeteilt hätten. Ich habe in den Akten eingesehen, daß uns um die Weihnachtszeit eine allgemein gefaßte Mitteilung durch unseren Botschafter zugekommen ist, wonach man auf ganz vertrauliche Vorbesprechungen zur Vorbereitung von möglichen Verhandlungen großes Gewicht legen würde. Die Antwort, die darauf ergangen ist, wurde hier, zum Teil wenigstens, erwähnt in dem Satze, die Frage der Mitteilung unserer Friedensbedingungen möge dilatorisch behandelt werden. Das

war eine vertrauliche Anweisung an den Botschafter, nicht Antwort auf eine an uns gestellte Frage. Wir wurden damals nicht nach unseren Friedensbedingungen im einzelnen gefragt. Graf v. Bernstorff hat in dem betreffenden Telegramm als für Wilson wesentlich die sogenannten allgemeinen Friedensgarantien: Abrüstung zu Wasser und zu Lande, schiedsrichterliche Einrichtungen und Friedensliga, bezeichnet. Wir haben diesen Punkt in einer auch von Wilson ausdrücklich anerkannten, durchaus entgegenkommenden Weise beantwortet. Wir haben darüber hinaus in dieser Antwort unsere Bedingungen angedeutet. Der Botschafter ist ermächtigt worden zu sagen, daß unsere eigentlichen Friedensbedingungen sehr mäßig seien und sich im Gegensatz zu denen der Entente in durchaus vernünftigen Grenzen bewegten; dies gelte insbesondere für Belgien, das wir nicht zu annektieren wünschten. Es folgen noch Einzelheiten, dabei auch die Feststellung, daß die elsaß-lothringische Frage für uns indiskutabel sei.

Wie war die Wirkung dieser Mitteilungen? Wilson ließ uns wissen, daß ihm unsere Äußerung äußerst wertvoll sei. Daraus wollen Sie ersehen, daß auch in diesem Punkte nichts versäumt worden ist. Ich bemerke, daß damals von Wilson noch nicht die materielle Vermittlung proponiert war. Diese Vorgänge liegen vor dem 22. Januar, und erst an diesem Tage, in der Kongreßbotschaft, verwandelte sich die Friedensaktion in eine Friedensvermittlung. Die positiv ausgesprochene Bitte um vertrauliche Mitteilung unserer Bedingungen fällt erst in das allerletzte Stadium vor dem Bruch. Sie wissen, daß und wie wir dem damals ausgesprochenen Wunsche willfahrt haben.

Ich schalte hier eine kurze Bemerkung über die Frage der Kriegsziele überhaupt ein. Mit unseren Verbündeten haben wir uns vor unserem Friedensangebot vom 12. Dezember über die gegenseitigen Kriegsziele verständigt. Dem Präsidenten Wilson haben wir am 29. Januar deutsche Kriegsziele vertraulich mitteilen lassen, die von jenen im Dezember in manchen Beziehungen abwichen. Das ist ja ausdrücklich vom Herrn Berichterstatter konstatiert. In den Akten der späteren Zeit wird man noch weitere, wiederum verschiedene Kriegsziele und Festsetzungen finden, die unter den deutschen Ressorts stattgefunden haben. An die Leidenschaftlichkeit, mit der in der Presse und unter den politischen Parteien über die Kriegsziele gestritten worden ist, brauche ich nur zu erinnern. Wenn man nicht unter allen Umständen bis zur Erreichung bestimmter Minimalkriegsziele weiterkämpfen wollte, hatten alle diese Festsetzungen wenig oder gar keinen praktischen Wert. Wollte man das nicht — und ich habe es nicht gewollt —, so konnte erst in dem Augenblick, wo sich Verhandlungsmöglichkeiten darboten, nach der jeweiligen Gesamtlage entschieden werden, ob und auf welcher Basis man verhandeln wolle oder müsse. Alle früheren Festsetzungen zerfielen dann vor dieser Gesamtlage

in ein Nichts. Und das war die einfache und nüchterne Konsequenz davon, daß wir im Daseinskampfe standen und daß wir einen Koalitionskrieg von einer Ausdehnung führten, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat. Verhandlungsmöglichkeiten auf einer Basis, die das deutsche Volk akzeptiert hätte, haben sich bis zu der Epoche, von der wir jetzt sprechen, niemals geboten. Hätten unsere Feinde im Winter 1916/17 ernsthafte Verhandlungsbereitschaft gezeigt, dann wäre es bei der ersten Fühlungnahme Aufgabe gewesen, sich ein Bild von dem Erreichbaren zu machen und dann erst endgültige Beschlüsse zu fassen. Die interne Verständigung, die vor unserer Friedenskundgebung vom 12. Dezember stattfand, konnte also im wesentlichen nur bedeuten, daß vorerst einmal die Erörterungen stillgelegt wurden, indem das Maximum der politischen und das Minimum der militärischen Stellen aneinander angeglichen wurden.

Ich kehre zu der chronologischen Reihenfolge der Vorgänge zurück. Die Situation am 9. Januar, wo der uneingeschränkte U-Boot-Krieg beschlossen wurde, war folgende: Die Marine machte sich stark, England bis zur neuen Ernte friedensbereit zu machen, wenn am 1. Februar der unbeschränkte U-Boot-Krieg begönne. Der 1. Februar wurde als äußerster Termin bezeichnet, wenn der U-Boot-Krieg überhaupt Erfolg haben sollte; könne sich England durch die namentlich in den Februar fallenden Getreidetransporte wieder verproviantieren, dann sei die Möglichkeit zur Ausnutzung dieses Kriegsmittels für ein Jahr verpaßt. Die Oberste Heeresleitung verlangte den U-Boot-Krieg mit voller Entschiedenheit als ein von der allgemeinen Kriegslage gebieterisch gefordertes Kampfmittel. Dabei wurde hervorgehoben, daß es auch gegen die an der Somme kämpfenden Truppen nicht mehr verantwortet werden könne, die englischen Munitionstransporte noch weiter ungehindert über den Kanal kommen zu lassen. Hinter der Forderung der Obersten Heeresleitung stand ein gewaltiger Teil des Volkes, das sich wohl seit Jahresfrist ehrlich in den Glauben eingelebt hatte, der U-Boot-Krieg werde uns mit aller Sicherheit den Sieg bringen. Der Glaube saß so tief und fest, daß gegen mich, von dem man wußte, daß ich ihn nicht teile, unterirdisch auch mit den infamsten Verleumdungen gearbeitet worden war. Der überwiegende Teil der Presse hatte mit Hochdruck in demselben Sinne gewirkt. Wiederholte Ansätze, die Presse zu zügeln, waren ohne bleibenden Erfolg geblieben, weil der U-Boot-Krieg außer von Armee und Marine auch von der Mehrheit des Reichstags getragen war. Das Zentrum hat im Oktober 1916 namens seiner sämtlichen Fraktionsmitglieder erklärt, daß für die politische Entscheidung über die Kriegführung zwar ich dem Reichstage gegenüber allein verantwortlich sei, meine Entscheidung dabei werde sich aber wesentlich auf die Entschließung der Obersten Heeresleitung zu stützen haben;

falle die Entscheidung für die Führung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges aus, so dürfe ich des Einverständnisses des Reichstages sicher sein. Das bedeutete: formal bleibt der Reichskanzler verantwortlich, aber bei einer Differenz mit der Obersten Heeresleitung hat er auf keinen Rückhalt beim Reichstage zu rechnen, der Reichstag folgt der Obersten Heeresleitung. Hiermit war, da Konservative und Nationalliberale schon seit früher unbedingte und drängende Verfechter des U-Boot-Krieges waren, der parlamentarische Ring geschlossen; der Reichstag hatte eine Verantwortung für den Lauf der Dinge genommen, von der er sich auch hinterher nicht mehr freimachen kann.

Von militärischer Seite ist jetzt behauptet worden, ich hätte die Oberste Heeresleitung sehr wider ihren Willen in den Streit um den U-Boot-Krieg hineingezogen. Diese Behauptung greift fehl. Der U-Boot-Krieg war die Anwendung eines Kriegsmittels, und zwar eines Kriegsmittels, das notwendigerweise den Bruch mit Amerika, möglicherweise auch Komplikationen mit anderen Neutralen, zur Folge hatte. Daraus folgte meine Zuständigkeit und Verantwortlichkeit. Ein Kriegsmittel aber — und das blieb der U-Boot-Krieg — konnte nur auf Antrag der für die kriegerischen Operationen verantwortlichen Stelle, das heißt der Obersten Heeresleitung, in Anwendung gebracht werden. Die Oberste Heeresleitung selbst hat im Kriege diesen Standpunkt scharf vertreten. In ihrem Schreiben an mich vom 26. Dezember 1916 heißt es:

> „Da jetzt aber die Ansichten scharf auseinanderzugehen scheinen, muß ich es zur Wahrung der Stellung der Obersten Heeresleitung aussprechen, daß Eure Exzellenz als Reichskanzler zwar die ausschließliche Verantwortung beanspruchen, daß ich aber

— der Feldmarschall —

> selbstverständlich auch noch weiter mit aller Kraft und in vollem Verantwortlichkeitsgefühl für den siegreichen Ausgang des Krieges dafür eintreten werde, daß militärisch das geschieht, was ich dafür für richtig halte."

Als ich am 9. Januar in Pleß ankam, war die Entscheidung de facto schon gefallen. Die Oberste Heeresleitung und der Admiralstab waren ihrerseits entschlossen, den U-Boot-Krieg zu machen. Der Kaiser stand auf ihrer Seite.

Gegen Frühjahr und Sommer 1916, wo ich den U-Boot-Krieg verhindert hatte, war die Situation von Grund aus verändert. Damals hatte ich mit meiner Ansicht durchdringen können, weil die Autorität des Generals v. Falkenhayn doch nicht groß genug war, um bei der offensichtlich nicht zureichenden Zahl von U-Booten — frontbereit hatten wir am 1. März nur 35 große U-Boote — eine Maßregel durchzudrücken, die zwar in den von

den Konservativen, den Nationalliberalen, den Alldeutschen und der Marine beeinflußten Kreisen populär war, von der Mehrheit des Reichstages aber doch noch skeptisch beurteilt wurde. Jetzt war die Zahl der U-Boote so stark gewachsen, daß bei der geringen Welternte des Jahres 1916 ein Gelingen des U-Boot-Krieges allerdings plausibler gemacht werden konnte. Den Ausschlag gab, daß jetzt der Feldmarschall Hindenburg und der General Ludendorff an der Spitze der Obersten Heeresleitung standen. Das Vertrauen, das diese Feldherren beim gesamten Volke vom Niedersten bis zum Höchsten genossen, gegründet auf die Tatsache, daß sie wiederholt Retter des Vaterlandes gewesen sind, war ohne Grenzen. Die Majorität des Reichstags hatte deutlich gemacht, daß sie Hindenburgs Votum als entscheidend ansehen werde. Forderten diese beiden Feldherren den U-Boot-Krieg als notwendiges Kriegsmittel, ratihabierten sie damit die Anschläge der Marine und erklärten sie sich stark genug, bis zum Eintritt des von der Marine gewährleisteten Erfolges alle Folgen des U-Boot-Krieges, auch den Krieg mit Amerika, zu tragen, dann mußte ich in der Lage sein, meinen Widerspruch auf einen ganz klaren und durchschlagenden Grund zu stützen. Hatte ich einen solchen Grund?

Der Admiralstab hatte den vorausgesagten Erfolg des U-Boot-Krieges mit detaillierten statistischen Berechnungen von Männern begründet, die sich selbst für volkswirtschaftliche Autoritäten hielten. Diese Berechnungen waren selbstverständlich nicht beweiskräftig; aber ebensowenig konnte die Erfolglosigkeit des U-Boot-Krieges statistisch nachgewiesen werden. Sowohl die Führung wie die Unterlassung des U-Boot-Krieges blieb ein Experiment. Wurde von der Obersten Heeresleitung mit dem ganzen Nachdruck, der ihrer Stimme zukam, behauptet, daß eine erfolgreiche Beendigung des Krieges den U-Boot-Krieg bedingungslos fordere, aber auch durch die von ihr akzeptierten Zusicherungen des Admiralstabes gewährleistet werde, dann mußte ich einen greifbaren Anhalt für die Aussicht vorführen können, auch ohne U-Boot-Krieg den Krieg in einer für Deutschland annehmbaren Form zu Ende zu bringen. Vage und unsubstantiierte Vorstellungen mußten sich an der von der ganzen Autorität der Obersten Heeresleitung getragenen Überzeugung brechen, daß die militärische Gesamtlage den U-Boot-Krieg gebieterisch fordere, und daß der Aufschub des U-Boot-Krieges einem Verzicht auf ihn gleichkomme. Auch diese letztere Deduktion konnte anfangs 1917 nicht mehr schlankweg abgewiesen werden. Haltlos war sie im Frühjahr und Sommer 1916 gewesen; und auch wenn der Großadmiral v. Tirpitz jetzt behauptet, 1916 hätte der U-Boot-Krieg gemacht werden müssen, 1917 sei es zu spät gewesen, — 1916 hatten wir eben nicht annähernd die erforderlichen U-Boote, waren wir militärisch den Folgen des U-Boot-Krieges in keiner Weise

gewachsen. Damals hätte uns der Kriegseintritt Amerikas in einem Moment getroffen, wo die militärische Gesamtlage durch das Mißglücken des Angriffes auf Verdun und durch die Bedrohung der östlichen und südöstlichen Front durch Rumäniens Haltung aufs schwerste belastet war. 1917 aber war dank der Führung der Obersten Heeresleitung und der Tapferkeit unserer Truppen die Lage eine ganz andere. Rumänien war erledigt. Im Westen war namentlich durch den Ausbau der rückwärtigen Stellungen, durch feste Fundierung des Munitionsersatzes eine unendlich größere Sicherheit geschaffen. Trotzdem war die Zeit gegen uns. Auch der entschlossenste Siegeswille und die festeste Siegeszuversicht konnte das brutale Faktum nicht aus der Welt schaffen, daß bei andauerndem Wachsen der feindlichen Übermacht unser Ersatz an Menschen abnahm und unter den Wirkungen der Blockade schlechter wurde. Ein auf 1918 verschobener U-Boot-Krieg hätte nicht mehr die Zeit vor sich gehabt, wo er selbst bei otpimistischer Auffassung noch hätte wirken können. Die Verantwortung, ein Kriegsmittel verhindert zu haben, das von so mächtigen Autoritäten und mit solchen Gründen gefordert wurde, in dem große Volksmassen in der Heimat und in den Schützengräben, in dem die Mehrheit der berufenen Vertreter des Volkes die einzige, aber auch sichere Rettung vom Untergang sahen, diese Verantwortung war die ungeheure, die furchtbare Last, die in jenen Tagen und Stunden zentnerschwer auf mir lag. Nun, meine Damen und Herren, war ich am 9. Januar imstande, für absehbare Zeit — und absehbar mußte die Zeit sein, wenn der U-Boot-Krieg nicht über den 1. Februar hinausgeschoben werden konnte — einen Verhandlungsfrieden in Aussicht zu stellen? Ich habe vorhin ausgeführt, daß und weshalb ich die Antwort der Entente auf unser Friedensangebot als apodiktische Absage auffassen mußte, als so apodiktisch, daß ich auch von der Friedensnote Wilsons vom 21. Dezember einen Umschlag nicht mehr erwartete. Am 9. Januar war es mir schlechterdings unmöglich zu sagen: Nein, der U-Boot-Krieg wird nicht gemacht, ich stehe dafür, daß wir demnächst zu Friedensverhandlungen kommen. Jedes Wort der Kollektivnote der Entente vom 30. Dezember hätte mich verstummen machen müssen, ja, ich hätte selbst nicht an das geglaubt, was ich gesagt hätte, denn das Vertrauen darauf, daß der Präsident Wilson, selbst wenn er es gewollt hätte, auch nur imstande sein würde, gewissermaßen als unser Geschäftsträger die Entente an den Verhandlungstisch und zur Aufgabe ihrer exorbitanten Kriegsziele zu zwingen, hatte ich nicht und konnte ich nicht haben.

Auch andere Verhandlungsmöglichkeiten — nur mit Betrachtung der Wilsonschen Friedensaktion erschöpft man ja bei weitem nicht die Situation — konnte ich nicht in Aussicht stellen. Die russische Revolution war oft prophezeit und ihr Kommen war nach den allgemeinen russischen Zuständen durchaus möglich. Aber der

Zeitpunkt, wo sie eintrat, war unberechenbar. In dieser Situation war ich außerstande, am 9. Januar dem Kaiser einen andern Ratschlag zu geben als den, den ich gegeben habe, nämlich, daß ich es nicht empfehlen könne, sich mit dem Votum seiner militärischen Ratgeber in Widerspruch zu setzen.

Ich bin darüber angegriffen worden, daß ich am 9. Januar nicht abgegangen bin. Für mich persönlich wäre der Rücktritt eine einfache und bequeme Lösung gewesen. Hätte ich annehmen können, daß sich aus meinem Abschied für die in meiner Person bekämpfte Politik irgendein Gewinn ergeben hätte, so hätte ich keinen Augenblick gezögert, dem Kaiser mein Amt zur Verfügung zu stellen. So aber durfte ich die Dinge nicht sehen. Der telegraphische Verkehr mit der Obersten Heeresleitung hatte mir keinen Zweifel lassen können, daß von ihrer Seite der rücksichtslose Einsatz der U-Boote mit der äußersten Entschlossenheit betrieben würde. Sobald die ablehnende Rede Lloyd Georges vom 19. Dezember bekannt geworden war, ging im Auswärtigen Amt ein Telegramm des Generals Ludendorff ein, in dem er auf Grund persönlicher Eindrücke an der Westfront die Überzeugung aussprach, daß nunmehr der U-Boot-Krieg mit aller Schärfe einsetzen müsse. Ein Hinweis des Auswärtigen Amtes auf die ernsten Bedenken wurde dahin erwidert, daß der General zwar nicht vor der Erledigung unserer Friedensaktion zum unbeschränkten U-Boot-Krieg drängen wolle; es folgte aber sofort die ganz präzise Erklärung, daß wir ohne den rücksichtslosen U-Boot-Krieg den Feldzug verlieren würden. Ende Januar sei der Zeitpunkt gekommen. Der Feldmarschall könne die Verantwortung für den Verlauf des Feldzuges nicht mehr tragen, falls die Regierung hierauf nicht eingehe. So wurde also bereits hier, am 22. Dezember, von der Führung der Armee offen mit der Stellung der Kabinettsfrage gedroht. Am folgenden Tage, dem 23. Dezember, erhielt ich ein Telegramm, das von dem Herrn Feldmarschall selbst gezeichnet war. Darin war ausgesprochen — ich zitiere wörtlich:

> Die Entente führt mit allen Mitteln den Krieg weiter. Daran besteht kein Zweifel, nachdem wir in allen Parlamenten eine so scharfe Absage bekommen haben. Auch Wilsons Bestrebungen können daran nichts ändern, wenn unsere Gegner sich nicht selbst Lügen strafen wollen. Ich halte das Wilsonsche Angebot für von England hervorgerufen. Wir können meines Ermessens aus nationalen Gründen in Rücksicht auf unsere starke militärische Position darauf jetzt nicht eingehen. Es würde daher eine schwere und militärisch nicht zu rechtfertigende Unterlassung sein, wollten wir uns irgendwie hinhalten lassen.

Mit starken Worten wies das Telegramm auf die Stimmung in der Armee hin, die den rücksichtslosen Einsatz aller Kräfte

erwarte. Meiner nicht zustimmenden Antwort folgte am 26. Dezember ein auch im Tone schroffes Telegramm des Feldmarschalls, in dem es heißt:

> Ich hatte in meinem Telegramm die Notwendigkeit baldigen energischen Handels zur See betont, da ich darin das einzige Mittel erblicke, den Krieg zu schnellem Ende zu führen. Eure Exzellenz glauben, diesen Weg noch nicht betreten zu können. Unsere militärische Lage erlaubt es aber nicht, daß irgendwelche Verhandlungen einmal als richtig anerkannte militärische Maßnahmen hinausschieben und so die Energie der Kriegführung lähmen.

Für diese Forderung setzte der Feldmarschall — das ist der Passus des Telegramms, den ich vorhin schon vorgelesen habe bezüglich der Verantwortung des Feldmarschalls — sein volles Verantwortungsgefühl ein. Gegen die politische Verantwortung des Reichskanzlers, die er nicht bestritt, setzte er die Verantwortung der Obersten Heeresleitung. Den Möglichkeiten politischer Verhandlungen wurde die unbedingte Notwendigkeit militärischer Maßnahmen entgegengestellt und vom Standpunkt der Obersten Heeresleitung aus unbedingt übergeordnet. Darf angenommen werden, daß die Oberste Heeresleitung auf dem Wege der Überredung zu einer anderen Auffassung dieses Verhältnisses zu bringen war? Unsere Verhandlungen mit Amerika waren ihr bekannt. Die Bewertung dieser Verhandlungen war das Wesentliche. Keine Tatsachen, die ihren Wert irgendwie hätten erhöhen können, standen mir nicht zu Gebote. Bis zum 9. Januar war kein Moment hinzugetreten, das die Aussicht, mit politischen Mitteln dem Frieden näher zu kommen, verstärkt hätte. Das tiefe Mißtrauen der Obersten Heeresleitung gegen den Präsidenten Wilson zu beseitigen, besaß ich, der ich auch selbst nicht ohne Skepsis war, kein Mittel. Daß aber mit dem Entschluß zum unbeschränkten U-Boot-Krieg jede Möglichkeit einer weiteren Betätigung des Präsidenten im Sinne der Herbeiführung des Friedens abgeschnitten wurde, darüber bestand Klarheit. Der U-Boot-Krieg bedeutete den Bruch und in weiterer Folge den Krieg mit Amerika. Hierum drehten sich seit Jahren die Auseinandersetzungen zwischen der militärischen und der politischen Leitung. Das Entscheidende war, daß die Oberste Heeresleitung nunmehr fest entschlossen war, auch das Risiko Amerika auf sich zu nehmen, und daß sie es dabei auch auf die Machtprobe mit der politischen Leitung ankommen lassen wollte.

Sachlich wäre mit dem Ausscheiden meiner Person auch nicht das Geringste geändert worden. Der Entschluß zum unbeschränkten U-Boot-Krieg stand fest. Der Kaiser wäre nicht imstande gewesen, selbst wenn er es gewollt hätte, einen Kanzler gegen das Votum von Hindenburg zu halten. Ein Kanzler aber,

der die formale politische Verantwortung dafür übernommen hätte, war um so eher zu finden, als er, auf die große Mehrheit des Volks und seiner Repräsentanten, auf das übereinstimmende Verlangen von Armee und Marine gestützt, sein Amt übernehmen konnte. Ich aber mußte folgendes bedenken. Von dem Augenblick an, wo der unbeschränkte U-Boot-Krieg faktisch beschlossen war, handelte es sich nicht mehr darum, daß die Oberste Heeresleitung ihren Willen, das Risiko des Bruchs mit Amerika einzugehen, durchgesetzt hatte und nun sehen mochte, wie sie weiterkam, sondern es handelte sich um das Risiko des Reichs, um Wohl und Wehe des deutschen Volkes. Durfte ich etwas tun, um das nicht mehr aufzuhaltende Entscheidungsspiel zu stören? Durfte ich irgendeine Chance vernichten?

Ich wußte, daß man in Wien keineswegs mit leichtem Herzen die neue Wendung des Krieges mitmachen würde. Mein Abgang hätte unsere Bundesgenossen in noch schwerere Zweifel gestürzt und vielleicht verhängnisvolle Differenzen herbeigeführt. Und bei uns? Ich weiß wohl, daß ein guter, ein großer Teil der öffentlichen Meinung gejubelt hätte, wenn mit mir eine verhaßte Persönlichkeit von der Führung der Reichsgeschäfte abgetreten wäre. Aber ich durfte annehmen, daß ich in anderen Volksschichten noch ein gewisses Kapital an Vertrauen besaß, das mit meinem Weggang der gemeinsamen Sache unseres Volkes verloren gegangen wäre. Ich hatte die Empfindung, daß nach meinem Abgang die ganze Macht, sowohl außerpolitisch als innerpolitisch, widerstandslos an die geschilderte Maschinerie der Kriegsleidenschaft übergegangen wäre, daß der endgültige Riß im Volke, den zu verhindern ich mich bemüht — und doch auch verhindert habe —, dann eingetreten wäre, und daß dieser Riß im weiteren Verlauf zum Unheil führen mußte. Liebe zur Macht oder andere persönliche Motive haben mich gewiß nicht bestimmt, wenn ich an meinem Platze blieb.

Der Eintritt Amerikas in den Krieg ist schließlich unser Verhängnis geworden, und doch werden Sie bei dem Fortgange Ihrer Untersuchungen auf Tatsachen stoßen, die darauf hindeuten, daß auch nach dem Eintritt Amerikas in den Krieg unser Weg nicht unter allen Umständen zur Katastrophe führen mußte. Noch während meiner Amtszeit gegen Ende des ersten Halbjahres 1917 schienen sich Verhandlungsmöglichkeiten aufzutun. Ich habe sie aufgenommen, aber über meinen Sturz nicht weiter verfolgen können.

Doch ich breche diese Gedankenreihe ab und kehre zum 9. Januar zurück. Wie hat die damalige Zwangslage — und es war eine Zwangslage — entstehen können? Ich erinnere zunächst an Bekanntes, wie schon im Dezember 1914, wo wir doch nur einen relativ minimalen Bestandteil an U-Booten hatten, der Großadmiral v. Tirpitz in dem bekannten, übrigens ohne

mein Wissen und selbst ohne Wissen des Admiralstabes gegebenen Interview den Gedanken der U-Boot-Blockade in das Volk gebracht und dadurch die Phantasie des Volkes entzündet wurde, um nun den Gedanken nicht mehr loszulassen, bis ehrliche Überzeugung weiteste Volkskreise beherrschte, daß der U-Boot-Krieg das Radikalmittel unserer Rettung, daß Verräter am Volke sei, wer sich ihm widersetzte. Dieser ehrliche Glaube ist es gewesen, der der Agitation ihre Stärke gegeben hat. Stand doch hinter dem Glauben der berechtigte Stolz auf die glänzenden und unvergänglichen Taten unserer U-Boote! Wurde er doch getragen von der ganzen Autorität der Marine!

In den Erinnerungen des Großadmirals v. Tirpitz liest man, wie er ein Gegner aller Entschlüsse — tatsächlich gefaßter Entschlüsse — über den U-Boot-Krieg gewesen ist. Der U-Boot-Krieg vom Februar 1915 — und darin wird der Großadmiral recht haben — sei falsch gewesen; 1916 hätte ein U-Boot-Krieg gemacht werden müssen, 1917 sei es zu spät gewesen. Und doch hat der Name des gefeierten Schöpfers der deutschen Flotte das Brustschild aller Agitationen sein und bleiben können! Sie wissen, daß es wie ein Schrei der Verzweiflung durch breite Schichten ging, als Tirpitz im Frühjahr 1916 abtrat. Sie erinnern sich weiter, wie sich in die aufrichtige Überzeugung Machenschaften gemischt haben, welche von aller demagogischen Agitation unzertrennlich zu sein scheinen, wie unter Berufung auf Marinekreise die phantastischsten Zahlen über unsere U-Boot-Stärke kolportiert wurden, wie Amerika, von dem es doch seit der „Lusitania" und der „Sussex" sicher sein mußte, daß es uns beim uneingeschränkten U-Boot-Krieg den Krieg erklären werde, von Blättern, die der Marine nahestanden, unter skrupelloser Ausnutzung volkstümlicher Vorstellungen als quantité négligeable behandelt wurde.

Nun, meine wiederholten vertraulichen Berichtigungen der phantastischen Zahlen konnten nicht öffentlich gegeben werden und darum auch nicht in das Volk dringen, weil ich sonst den Feinden die relative Schwäche unserer U-Boot-Kräfte enthüllt hätte. Und — auch dies will ich nur andeuten — die Macht der militärischen Zensur wurde nicht eingesetzt, um diese Agitation zu brechen, sie reichte aber hin, um jeden stärkeren Versuch des Widerspruchs gegen die Agitation mundtot zu machen. Die Vorstellung, als ob es nur eines Winkes der politischen Leitung bedurft hätte, um eine kraftvolle und erfolgreiche öffentliche Agitation gegen die U-Boot-Propaganda einzuleiten, ist eine nachträgliche Konstruktion. Sie rechnet nicht mit den damaligen Überzeugungen, Tatsachen und Machtverhältnissen.

Was Amerika anlangt, so war die Animosität des Volkes, namentlich infolge der amerikanischen Waffen- und Munitionslieferungen und wegen des zum mindesten unfreundlichen Tones so mancher amerikanischen Note so stark, daß diese Animosität auch

bei großen politischen Parteien so fest, daß alle meine Warnungen vor Unterschätzung Amerikas stets dem so beliebten und während des ganzen Kriegsverlaufes von mächtigen Faktoren propagierten Einwurf der Schwäche begegneten.

Das hat mich nicht abgehalten, die Agitation immer aufs neue mit allen Mitteln zu bekämpfen, die mir zu Gebote standen. Zeitweise gelang es mir, einen Rückschlag der Agitation zu erzwingen. Aber immer aufs neue standen, und zwar aus dem Untergrund des in der Kriegspsychose unbesiegbaren nud unbegrenzten Vertrauens auf die U-Boot-Waffe die Argumente für ihre rücksichtslose Anwendung auf. Die Hypnose, in die unser Volk versetzt worden ist, war eine Versündigung an ihm. Ob der U-Boot-Krieg gemacht werden sollte oder ob er zu unterlassen war, war eine Frage von so verhängnisvoller Bedeutung, daß keine Volksleidenschaft auf sie einwirken durfte. Das Gegenteil ist geschehen. Volksüberzeugung war ein Moment geworden, an dem, wenn ein Hindenburg den U-Boot-Krieg aus militärischen Gründen wollte, nicht vorübergegangen werden konnte, ohne nicht auf ewig in der Seele des Volkes den Stachel zurückzulassen, daß seine Zukunft dem Kleinmut geopfert sei.

Und damit komme ich zu einer zweiten allgemeinen Betrachtung. Die Staatsorganisation, über die wir im Frieden verfügten, gestattete, wenn ich von allen feindlichen Übertreibungen absehe, doch eine straffe und einheitliche Zusammenfassung der administrativen und politischen Kräfte. Alles änderte sich mit einem Schlage, als wir in den Krieg eintraten. Mit tausend Armen griff die Armee in die zivilen Behördenorganisationen ein. In einem Kriege, der den letzten wehrfähigen Mann zu den Waffen rief, und in dem alle Kräfte der Heimat einzig und allein darauf eingestellt werden mußten, der kämpfenden Armee zum Siege zu verhelfen, war die Erweiterung der militärischen Zuständigkeiten unausweichlich. Und es war weiterhin unausweichlich, daß diese Entwicklung gradatim wuchs, je mehr der Krieg der Nation ihre letzten Kräfte auspreßte. „Militärische Notwendigkeit“ war das Wort, das immer steigend jeden Akt der fortschreitenden Präponderanz der Heeresleitung rechtfertigte, bis zuletzt auch nichtmilitärische Forderungen damit begründet wurden, daß sonst die Verantwortung für die weitere Kriegführung nicht getragen werden könne.

Vielleicht ist dem militärischen Übergewicht nicht rechtzeitig und energisch genug Widerstand geleistet worden. Möglicherweise hätte ein Mann von den Qualitäten und der Autorität, wie sie Bismarck nach dem Erfolge etwa schon von 1866 besessen hat, die Einheitlichkeit der Kriegsleitung zu sichern vermocht. In unserm namenlosen Zusammenbruch, der nur möglich geworden ist, weil wir alle gesündigt haben, unternehme ich es nicht, eigene Schuld auf andere abzuwälzen. Aber ich muß doch die Tatsachen

festhalten. Als der Feldmarschall v. Hindenburg mit dem General Ludendorff an die Spitze der Heeresleitung berufen war, stand fast für das gesamte bürgerliche Deutschland fest, daß ihnen allein die Entscheidung darüber gebühre, wie der Krieg geführt und wie er beendigt werden sollte. Es stand fest, daß sich die politische Leitung auch in nicht rein militärischen Fragen ihnen zu fügen habe. Im Reichstag, der berufenen Volksvertretung — von dem Parlament des größten Einzelstaats zu schweigen —, unterwarf sich die Mehrheit vornweg dem zukünftigen Votum der Obersten Heeresleitung. Wie das, und zwar speziell in der U-Boots-Frage, geschehen ist, habe ich schon dargestellt. In dem ganz offen geführten Kampfe gegen die Autorität des Reichskanzlers fehlte es nunmehr an allen Gegengewichten. Niemals — ich spreche natürlich nur von meiner Amtszeit — hat es einen Zeitpunkt gegeben, wo ich zur Durchsetzung des politischen Übergewichts eine haltbare Mehrheit bei den Parteien gefunden hätte. Einen inneren Kampf hätte ich wohl entfesseln können. In keinem Moment aber hätte er anders geendet als mit einem Scheitern dieses Beginnens und mit einem tiefen und noch tieferen Riß durch das Volk. Es muß doch offen ausgesprochen werden, daß die Mehrheit des deutschen Volkes und seiner gesetzlichen Vertretung das Übergewicht der militärischen Leitung gewollt hat. Die Konsequenzen davon ergeben sich von selbst.

Dabei will ich eins zugeben: eine parlamentarische Regierung hätte vielleicht an sich stärker sein können. Die Unfertigkeit unserer politischen Zustände ist uns zum Fluch geworden.

Auch hier liegen Versäumnisse, aber auch hier vielleicht eine Kollektivschuld vor. Kommandieren läßt sich, auch, wo es gewollt wird, die Parlamentarisierung nicht. Sie entwickelt sich mit der politischen Reife des Volkes. Nachträgliche Konjekturen sind müßig, wie die Dinge verlaufen wären, wenn gleich zu Anfang des Krieges ein parlamentarisches Kabinett eingesetzt worden wäre. Mir will scheinen — und spätere Beobachtungen möchten den Schluß rechtfertigen —, daß auch in diesem Falle der Dualismus nicht vermieden worden wäre. Dieser Dualismus hatte doch schließlich darin seinen Grund, daß die militärischen Stellen Ansprüche auf Diktatur aus der von weiten Volkskreisen getragenen Vorstellung maßgeblicher Beherrschung aller zu entscheidenden Fragen herleiteten.

Ich kann an diesem Ort diese großen Probleme nur andeutungsweise berühren. Ganz vorübergehen aber kann man an ihnen nicht, wenn man den Gang der politischen Ereignisse richtig einzuschätzen versucht. Wer die historische Wahrheit, und zwar die große wesentliche Wahrheit und nicht die der Einzeltatsachen feststellen will, der wird weder diejenigen, die Widerstände nicht zu beseitigen vermochten, noch die Träger dieser

Widerstände anklagen können, ohne die aus der Geschichte des deutschen Volkes und seiner politischen Parteien entstandene Mentalität zu berücksichtigen. Dies zu sagen, wird mir erlaubt sein, auf den die ganze ungeheure Komplikation der Ereignisse dieses Weltkrieges eingestürmt ist.

Wenn ich zu den Ereignissen im Januar zurückkehre, so bleiben mir nur noch wenig Worte über die Vorkommnisse nach dem 9. Januar zu sagen übrig. Zunächst die Antwort der Entente auf Wilsons Friedensnote vom 18. Dezember. Die Antwort formuliert einen scharfen Unterschied zwischen der Entente und uns. Die Entente sei völlig unschuldig am Kriege, wir die allein Schuldigen. Es wird deshalb dagegen protestiert, daß wir bei kommenden Verhandlungen auf gleichem Fuß mit der Entente behandelt würden. Als unerläßliche Friedensbedingungen werden territorial in großen Grundzügen eben die bezeichnet, die jetzt in dem Versailler Friedensvertrag niedergelegt sind. Die Entente erwartet, daß sich Präsident Wilson der Anschauung anschließe, wir seien keine gleichberechtigte Partei, sondern der zu bestrafende Angeklagte, mit anderen Worten: dem Friedensvermittler wird von vornherein Parteilichkeit angesonnen. Aus dieser Antwort der Entente habe ich entnommen, daß ich am 9. Januar zu Unrecht an einer bestehenden oder kommenden Verhandlungsbereitschaft der Entente verzweifelte.

Die Stellung Wilsons wird durch seine Kongreßbotschaft vom 22. Januar bezeichnet. Drei Momente scheinen mir in den hier behandelten Fragen diese Botschaft zu charakterisieren: zunächst, was bereits hier im Ausschuß betont worden ist: die Erweiterung der Friedensaktion zur Friedensvermittlung. Sodann keine Abwehr unserer von der Entente begehrten Disqualifikation, vielmehr anerkennende Feststellung, daß die Antwort der Entente einen Schritt zum Frieden bedeute, während unsere eigene Antwort damals als ungenügend bezeichnet wird. Endlich, was die Friedensbedingungen anlangt, Proklamierung allgemeiner, wie die Folge gezeigt hat, sehr dehnbarer Grundideen. Daneben die Forderung eines einigen, unabhängigen, selbständigen Polens mit einem Korridor zum Meer. Über die Bedeutung der polnischen Frage hatte sich die amerikanische Regierung nach den Eindrücken des Grafen Bernstorff ein klares Bild nicht gemacht.

Mein Gesamteindruck von dieser Botschaft ist der gewesen, daß Präsident Wilson in seiner nunmehr beanspruchten Rolle als Friedensvermittler nicht geneigt sein würde, bei Friedensverhandlungen gegen die vorhin charakterisierten Forderungen der Entente Stellung zu nehmen, und daß auf dieser Basis eröffnete Friedensverhandlungen zu Ergebnissen geführt haben würden, die vom deutschen Volk zurückgewiesen worden wären. Auch dieser Eindruck hat meine Auffassung vom 9. Januar bestätigt. Endlich

am 28. Januar kam die Depesche des Grafen Bernstorff, wonach Präsident Wilson nunmehr den Frieden vermitteln wolle und vermitteln zu können hoffe. Darauf habe ich trotz meiner skeptischen Auffassung der Lage versucht, den U-Boot-Krieg aufzuschieben. Der Versuch ist an der kategorischen Erklärung des Admiralstabs gescheitert, daß ein Aufschub unmöglich sei, weil ein großer Teil der ausgesandten U-Boote für neue Befehle nicht mehr erreichbar wäre. Es blieb mir nichts übrig als die Mitteilung unserer Friedensbedingungen an den Präsidenten Wilson und die Zusage der Aufhebung des U-Boot-Krieges, sobald es dem Präsidenten gelungen sein werde, eine Erfolg versprechende Grundlage für Friedensverhandlungen zu sichern.

Um die Stellung des Reichstags zu charakterisieren, will ich hervorheben, daß bei vertraulicher Bekanntgabe unserer Wilson mitgeteilten Friedensbedingungen an die Kommission die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder das Verlangen aussprach, ich möchte mich, falls es nun doch noch zu Friedensverhandlungen kommen sollte, nicht an das Wilson mitgeteilte Programm halten, weil es zu maßvoll sei.

Hiermit bin ich am Ende meiner Ausführungen. Ich bitte um Nachsicht für meine Ausführlichkeit; sie ist ausschließlich dem Wunsche entsprungen, der Feststellung der Wahrheit in ihren großen Zügen zu dienen, soweit ich es vermag.

Vorsitzender: Es ist selbstverständlich, daß Exzellenz jetzt einer Erholungspause bedürfen. Infolgedessen werden wir jetzt die Verhandlungen abbrechen und um 4 Uhr fortsetzen.

(Pause von 12 Uhr 16 Minuten bis 4 Uhr.)

Die Sitzung wird um 4 Uhr 19 Minuten durch den Vorsitzenden, Abgeordneten Warmuth, wieder eröffnet.

Vorsitzender: Wir fahren in der Verhandlung fort.

Exzellenz trennten in Ihren Ausführungen scharf „Vermittlung“ und „Aktion“, soweit es sich um die Friedensbemühungen Wilsons handelt. Es scheint uns notwendig, daß nach dieser Richtung hin eine Klärung eintritt, ob Sie unter Vermittlung nicht vor allem die Tätigkeit eines Staates verstehen, die auf die Leistung „guter Dienste“, wie man das völkerrechtlich ausdrückt, hinzielt, sondern ob Sie das auch lediglich als „Aktion“ aufgefaßt wissen wollen, ob also die Tatsache, daß ein Staat die streitenden Parteien an einen Tisch zusammenbringt — es ist ja in diesem Zusammenhange das Wort „Clearinghouse“ häufig gebraucht worden —, von Ihnen nicht als Vermittlung,

sondern lediglich als eine Aktion aufgefaßt wird, die außerhalb einer Vermittlung stände. Darüber möchte ich von Ihnen, Exzellenz, zur Begriffserklärung eine Aufklärung erbitten.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich habe bereits heute früh meine Ausführungen über den Unterschied, den ich dem Gebrauch der Worte „Friedensaktion“ und „Friedensvermittlung“ beilege, nur zu dem Zwecke gemacht, Mißverständnissen vorzubeugen, wie sie mir in den bisherigen Sitzungen schon passiert zu sein scheinen. Selbstverständlich ist im weiteren Sinne des Wortes auch die Tätigkeit des Präsidenten Wilson, die darin bestehen sollte, die Kriegführenden an einen Tisch zu bringen, eine Friedensvermittlung — selbstverständlich! —, und es steht jedem anheim, wenn man über diese Dinge spricht, auch da das Wort „Friedensvermittlung“ anzuwenden. Ich habe nur die Scheidung vorgenommen, um verschiedene Tätigkeiten streng auseinanderzuhalten. Schon in den bisherigen Sitzungen war ausdrücklich festgestellt worden, auch von Herrn Grafen Bernstorff, daß der Präsident Wilson in den Vorstadien niemals auch nur in Anspruch genommen hatte, an der Regelung der Verhältnisse, namentlich der territorialen Verhältnisse unter den Kriegführenden beim Friedensschluß beteiligt zu werden, daß er lediglich eine Tätigkeit bei den allgemeinen internationalen Fragen, der Abrüstung, der Freiheit der Meere, Schiedsgerichte, Völkerliga usw. für sich beanspruchte. Diese Tätigkeit des Präsidenten Wilson hat sich — und auch das ist in den bisherigen früheren Verhandlungen festgestellt worden — geändert. Sie fing an, sich in gewissem Sinne zu ändern, wie schon angedeutet, in der Friedensnote vom 18. Dezember 1916. Die Änderung trat tatsächlich allerdings erst in der Kongreßbotschaft vom 22. Januar klar hervor. Wenn ich nicht irre, ist dies ein Punkt, auf den der Herr Professor Bonn ausdrücklich bei seinen Fragen aufmerksam gemacht hat, daß sich am 22. Januar die Sache veränderte, indem der Präsident Wilson nun seinerseits ganz bestimmte Friedensbedingungen bereits formulierte, unter denen er sich einen Frieden nur denken könnte. Damit sagte er, daß er bei seiner Friedensvermittlung an der Regelung dieser Verhältnisse, bei seiner Friedenstätigkeit — will ich also jetzt mal sagen — an der Ordnung dieser Verhältnisse teilnehmen wollte. Ein spezieller Fall war das einige Polen, der Korridor zum Meer. Um nun in der Debatte und in den weiteren Verhandlungen die Tätigkeit des Präsidenten Wilson, wie wir sie ihm von Anfang an zugedacht hatten, und wie er sie von Anfang an nur beansprucht hatte, nicht zusammenzuwerfen mit der Veränderung, die durch die Kongreßbotschaft vom 22. Januar eingetreten war, habe ich vorgeschlagen, in der Terminologie die Begriffe „Friedensaktion“ — man könnte jeden anderen Begriff, jedes andere Wort wählen — und „Friedensvermittlung“ einzuführen. Es war also nur ein Vorschlag von

mir, respektive eine Bezeichnung, daß, wenn ich in meinen Ausführungen von „Friedensaktion“ spreche, es die Tätigkeit war, die wir dem Präsidenten Wilson zugedacht hatten, während „Friedensvermittlung“ bei meinen Ausführungen eine Tätigkeit bedeuten sollte, bei der auch an der materiellen Ordnung der Friedensbedingungen der Friedenvermittelnde teilnimmt. Das ist allein die Absicht meiner Ausführungen gewesen.

Vorsitzender: Damit ist diese Frage erschöpft.

Ich greife nun auf das Geschehnis zurück, daß im September 1916 Gerard nach Amerika zurückging, und es werden von mir daran nun die Fragen geknüpft, ob damals Gerard Friedensbedingungen von Ihnen, Exzellenz, mitgeteilt bekommen hat, die er also in Washington an der zuständigen Stelle vortragen sollte, und zweitens, ob auch von Ihnen, Exzellenz, Gerard mit Instruktionen versehen worden ist, die ihm ein Urteil, einen Überblick über die verschiedenen Strömungen, wie sie in Deutschland vorhanden waren, geben konnten.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Die Frage ist doppelt gegliedert. Darf ich zuerst die letztere Frage beantworten?

Vorsitzender: Bitte!

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Ich habe in zahlreichen Gesprächen mit dem Botschafter Gerard — er besuchte mich doch relativ häufig — wiederholt über die verschiedenen Strömungen, die im deutschen Volke namentlich mit Rücksicht auf den U-Boot-Krieg umgingen, gesprochen. Der Botschafter Gerard hatte auch selbst seine eigenen Beobachtungen angestellt, und in den gegenseitigen Gesprächen deckten sich die beiderseitigen Beobachtungen. Ich habe es dem Botschafter Gerard wiederholt ausgesprochen, daß der Druck auf den U-Boot-Krieg ein größerer wurde. Es war ja auch mit Händen zu greifen, daß seit dem Herbst 1916 der Druck ein größerer wurde. Der Botschafter Gerard machte selber diese Beobachtungen. Ich habe ihm gesagt — man kann natürlich die Worte nicht anführen, die man in einem Gespräch mit einem anderen Diplomaten führt; das liegt auch zu weit zurück —, daß ich seine Beobachtungen für richtig hielte. Unter anderm hat auch der Botschafter Gerard mir wiederholt von seiner Beobachtung Mitteilung gemacht, daß er sehe, wie meine persönliche Stellung immer mehr umstritten würde. Auch darüber haben wir in derselben Weise gesprochen — natürlich in diplomatischen Ausdrücken, wie man sich eben darüber ausspricht. Selbstverständlich kann ich diese einzelnen Ausdrücke nicht mehr mitteilen.

Vorsitzender: Selbstverständlich!

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Was nun den ersten Teil der Frage anlangt, ob ich dem Botschafter Gerard Kriegszielbedingungen mitgegeben hätte — soviel ich weiß, habe ich ihm keine konkreten Kriegszielbedingungen mitgeteilt. In den Unterredungen, die ich mit ihm hatte, sind wir bei verschiedenen Malen, aus verschiedenen Anlässen zu sprechen gekommen auf das, was ich über deutsche Kriegsziele in meinen Reichstagsreden gesagt hatte. Aber etwas Weiteres ist meines Wissens nie geschehen.

Ich möchte aber an diese Frage eine allgemeine Bemerkung knüpfen. Ich bin imstande und nur imstande, dem Ausschuß Auskunft zu geben über die Motive und Ziele meines Handelns, über die Kräfte, die nach meinen Eindrücken dafür gearbeitet haben, mich unterstützt haben, und über diejenigen, die mir entgegengesetzt worden sind, wie ich das heute früh auch getan habe. Ich erkläre mich aber für völlig außerstande, nun einzelne spezielle Fragen, womöglich an Daten geknüpft, hier zu beantworten. Ich möchte doch den Ausschuß zu bedenken bitten, daß ich seit bald zwei Jahren keinen Einblick in die Akten mehr habe, und daß mir Einblick in die Akten jetzt vor noch nicht ganz acht Tagen bewilligt worden ist. Die Zusammenstellung der Akten, die ja, glaube ich, auch dem Ausschuß vorliegt — da ist mir eine Zusammenstellung, ich glaube, vor fünf Tagen zugefertigt worden, eine weitere mit Aktenstücken, die sehr interessant sind, gestern vormittag um 11 Uhr. Nun, meine Herren, das ist ja ganz unmöglich, daß ich das Aktenmaterial im einzelnen, im Wortlaute der Depeschen, in ihren Daten hier gegenwärtig haben soll, hier beeidete Aussagen darüber abgeben soll. Außerdem, diese Akten würden ja gar nicht genügen. Ich habe ja heute früh Andeutungen gemacht, daß ich auch bei Beurteilung all der Fragen, die hier an mich im großen gerichtet werden, mich doch nicht beschränken kann lediglich auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Ich habe auszuführen versucht, wie ich die Komplikationen des ganzen Weltkrieges dabei zu berücksichtigen habe. Ich würde, wenn ich Aktenkenntnis haben sollte, unzählige Akten des Auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei noch heranziehen müssen, um die Umstände zu rekonstruieren, unter denen an einzelnen Tagen die und die Depesche abgegangen ist, welche speziellen Vorkommnisse, welche politischen Erwägungen, welche Rücksichten taktischer Natur — die doch auch außerordentlich stark wirken bei dem politischen Geschäft — da vorgelegen haben und veranlaßt haben, daß nun etwa gerade diese Wortfassung gebraucht worden ist. Das ist mir ganz unmöglich hier zu rekonstruieren. Ich möchte daher die Bitte an den Ausschuß richten, daß, wenn Sie glauben, derartige spezielle Fragen an mich richten zu müssen, mir die Fragen formuliert mitgeteilt werden und mir auch die nötige Zeit gelassen wird, um, wenigstens soweit es möglich ist, mir noch aus den Akten die Kenntnisse zu verschaffen, die

zu einer zeugeneidlichen Antwort auf solche Fragen erforderlich sind. Aber ich möchte wiederholen: Während des Krieges ist doch eine solche Fülle von Sorgen und Aufgaben auf mich eingestürmt, daß heute, nachdem ich zwei Jahre bald aus dem Amte bin — ja, es sind ja über zwei Jahre —,

(Zuruf: 2½ Jahre!)

daß es mir rein unmöglich ist, hier über Details Auskunft zu geben. Ich kann Ihnen doch nur nach bestem Gewissen sagen, was ich während des Krieges in den einzelnen Phasen gewollt und angestrebt habe. Nur darüber kann ich Auskunft geben.

Vorsitzender: Es ist ganz selbstverständlich, Exzellenz, daß, wenn ich Fragen an Sie richte, die nicht lediglich auf Motive und Ziele, die Sie im Auge gehabt haben, hingelenkt sind, daß, wenn ich beispielsweise an bestimmte Geschehnisse anknüpfe und von Ihnen eine bestimmte Antwort über diese Geschehnisse haben möchte, dann der Fall eintreten kann, daß Sie hier eine bestimmte Antwort nicht geben können. Das wird von uns gewürdigt werden, und wir werden, soweit es möglich ist, Ihr Gedächtnis sofort aufzufrischen suchen durch Verlesung der betreffenden Urkunden oder durch Detaillierung des Geschehnisses, soweit es uns bekannt ist. Eventuell geben Sie uns in einer späteren Sitzung die bestimmte Antwort auf die bestimmte Frage. So zu verfahren ist eine Pflicht, die wir ja um so mehr haben, als Sie alles das, was Sie hier vorbringen, unter Ihrem Eide vorbringen. Es wird also auch gemäß Ihrer Bitte, formulierte Fragen vorzulegen, verfahren werden.

Die Frage, die ich in sachlicher Natur an Sie richtete, bezüglich Gerards, ist von Ihnen dadurch erschöpft?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Soweit mein Gedächtnis reicht, habe ich ihm in anderer Weise, als ich Ihnen dargestellt habe, Friedensbedingungen nicht mitgeteilt. Ich hatte mich aber, wenn ich das noch einmal unterstreichen darf, über die allgemeine Natur der Kriegsziele, die ich erstrebte, im Reichstag in verschiedenen Reden, allerdings auch mit verschiedener Nuancierung geäußert.

Vorsitzender: Konkrete Friedensbedingungen haben Sie jedenfalls, Exzellenz, Gerard nicht mitgeteilt?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Soweit ich mich entsinnen kann, nicht!

Vorsitzender: Ich möchte dann eine Auskunft darüber von Ihnen, Exzellenz, erbitten, inwieweit Österreich über die Wilsonsche Friedensaktion, auf dem laufenden gehalten wurde, ob also zwischen der Obersten Heeresleitung und

Österreich über die Wilsonsche Friedensaktion, soweit sie uns besonders durch Herrn Grafen Bernstorff bekannt war, eine ständige Fühlung bestand.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. **Bethmann Hollweg**: Auf diese Frage kann ich nur antworten, daß, soweit es mir gegenwärtig, in diesem Moment gegenwärtig ist, Österreich mit orientiert worden ist. Eine fortgesetzte Orientierung — diese Orientierung im einzelnen würde Sache des Auswärtigen Amtes gewesen sein, nicht Sache des Kanzlers unmittelbar. Wie diese Orientierung stattgefunden hat, darüber bin ich im Moment vollkommen außerstande ein Auskunft zu geben.

Ich darf aber bei dieser Gelegenheit vielleicht auf die vorige Frage noch einmal zurückkommen, wobei ich auch zeigen kann, wie es mir eigentlich unmöglich ist, auf Fragen, die mir plötzlich vorgelegt werden, so aus meinem Gedächtnis die Dinge zu rekonstruieren, daß ich Ihnen vollständige Auskunft geben kann. Um also nichts Falsches zu sagen, entsinne ich mich eines Gesprächs mit dem Botschafter Gerard. — Ich glaube auch, daß er es in seinem Buche erwähnt, ich glaube es! Ich hatte einmal im Reichstag gesagt, in Belgien müßten wir Vorsorge treffen, daß es von der Entente nicht als Sturmbock gegen uns benutzt wird. Ich weiß nicht, welche Worte ich benutzt habe.

(Zuruf: Bollwerk!)

— Als Bollwerk gegen uns! Ich habe in einer anderen Rede einmal gesagt: „Welche Garantien — da habe ich mich negativ ausgedrückt — wir dagegen verlangen müssen, meine Herren, das kann ich nicht ausführen.“ So heißt es ungefähr in meiner Rede. Auch das kann ich nur approximativ wiedergeben; ich kann mich irren. Ich erinnere mich, daß Gerard mir einmal die Frage vorgelegt hat: was denken Sie sich unter den Garantien? — und daß ich ihm dabei auch einiges ausgeführt habe, wie man sich Garantien denken könnte gegen eine handelspolitische Ausnutzung von Belgien durch die Entente, gegen eine militärische Ausnutzung der Entente usw. Darüber haben wir nach meiner Erinnerung gesprochen, und, soviel ich weiß, hat Herr Gerard in seinem Buche über diese Unterredung Mitteilungen gemacht, welche von mir damals, als das Buch erschien, nach meinem Gedächtnisse, was damals also den Ereignissen noch näher stand, als durchaus falsch angesehen wurden. Ich habe, soviel ich weiß, ein Dementi gegen diese Bemerkungen im Gerardschen Buche erlassen. Wo und wie ich das Dementi erlassen habe, wie ich die Sache dargestellt habe, darüber kann ich im jetzigen Moment, ohne daß es mir möglich ist, das erforderliche Material zusammenzusuchen — ich weiß nicht, ob ich es zu Hause habe —, auch nicht Auskunft geben.

Nur um nicht unvollständig zu erscheinen, als ob ich hier, wo ich zeugeneidlich aussagen muß, unvollständige Aussagen

mache, möchte ich dies nachholen. Es ist möglich, daß noch andere Dinge gewesen sind, die mir nur jetzt nicht gegenwärtig sind. Wenn der Ausschuß, wie ich den Mitteilungen des Herrn Vorsitzenden entnehme, bereit ist, mir derartige Fragen formuliert vorzulegen und mir Zeit zu lassen, in meinem Gedächtnisse nachzuforschen, eventuell in Papieren, Zeitungen — Aktenmaterial habe ich auch zu Hause nicht, ich habe keine Akten in meine Verabschiedung hinein mitgenommen; ich möchte das ausdrücklich bemerken, ich habe das nicht getan; es ist auch den Beamten verboten gewesen, und ich wollte nicht mit einem schlechten Beispiel vorangehen. Ich habe nur Abschriften, allgemein zugängliche Sachen behalten, geheime Sachen vertraulicher Natur habe ich nicht da.

Es ist dies nur ein Zusatz zu meiner ersten Aussage, damit ich begründe, wie es eigentlich unmöglich ist, solche Fragen ganz plötzlich an mich zu richten. Ich habe nur meinen guten Willen bezeugen wollen, daß ich geantwortet habe und gesagt habe, ich bitte um Formulierung der Fragen und eine Aussprache in der nächsten Sitzung.

Vorsitzender: In der nächsten Sitzung wird ja Gelegenheit sein, daß Eure Exzellenz Ergänzungen zu den heutigen Aussagen noch vortragen können. Vielleicht kann ich in der Frage des Zusammenfühlens zwischen Österreich und Deutschland Ihr Gedächtnis dadurch auffrischen, daß ich daran erinnere, daß am 5. Dezember Baron Burian den Wunsch ausgesprochen hat, daß Wilson nicht als Friedensvermittler auftrete. Es scheinen dabei besonders auch persönliche Wünsche Burians stark mitgespielt zu haben.

Ist Ihnen, Exzellenz, darüber etwas bekannt, und kann gerade diese Notiz Ihnen dazu dienen, Ihr Gedächtnis nach der Richtung aufzufrischen, daß vorher schon über diese Friedensbedingungen mit Österreich Verhandlungen gepflogen sind?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Nein. Ich erkläre mich dazu völlig außerstande. Ich würde mich in Konjekturen und Mutmaßungen ergehen, die keinen Grund und Boden haben.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer:** Am 18. Oktober haben Sie im Hauptquartier zu Pleß mit Baron Burian über die Möglichkeit, zu einem Frieden zu kommen, gesprochen. Hier wurde die Grundlage zu unserem Friedensangebot vom 12. Dezember verabredet. Darüber liegt eine ausführliche Aufzeichnung vor, auf die in dem Referat Bezug genommen ist. In dieser Aufzeichnung ist keine Bemerkung darüber enthalten, daß Baron Burian mitgeteilt worden ist, daß außerdem von der politischen Reichsleitung eine Friedensaktion Wilsons bereits angeregt sei. Erinnern Sie sich, Exzellenz, daß Baron Burian von vornherein, als die Methode der Herbei-

führung des Friedens besprochen wurde, eingeweiht wurde, daß eine solche Friedensaktion Wilsons von uns angeregt worden sei?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Nein, das kann ich nicht sagen; ich weiß nicht mehr genau, wie und in welcher Form ich mit Burian darüber gesprochen habe. Ich möchte aber, da die Aufzeichnung von mir herangezogen wird, darüber eine Bemerkung machen. Ich habe diese Aufzeichnung inzwischen noch nicht in den Akten gesehen, möchte aber über die Natur einer solchen Aufzeichnung meine Ansicht aussprechen. Aufzeichnungen, die ich in dieser Weise zu den Akten gemacht habe, waren aide-mémoires für mich, und der Ausschuß möchte sich einmal vergegenwärtigen, wie solche Aufzeichnungen häufig im Kriege zustande gekommen sind. In einem Drang und in einer Flut der Geschäfte habe ich häufig mir sehr eilig Notizen über das gemacht, von dem ich wollte, daß es meinem Gedächtnis später nicht entschwinden sollte. Aber Dokumente sind diese Aufzeichnungen nicht, es sind persönliche aide-mémoires, die nicht auf Vollständigkeit Anspruch machen können.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer:** So fassen wir auch die Sache hier auf. Aber die Frage, ob Burian dahin informiert war, daß von unserer Seite eine Anregung an Wilson zur Herbeiführung einer Friedensaktion gemacht worden ist, ist die Frage, die uns interessiert.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Ich habe schon vorhin gesagt, daß zur Beantwortung dieser Frage mir Zeit gelassen wird. Ich würde vorschlagen, die Antwort in einer der nächsten Sitzungen entgegenzunehmen, wo es mir möglich sein wird, nach Einsicht der Akten und Unterredungen mit meinen Mitarbeitern — ich habe doch nicht alles persönlich gemacht — mein Gedächtnis aufzufrischen, um Ihnen zu sagen, wie die Sache nach meiner Kenntnis sich zugetragen hat.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Exzellenz, darf ich Ihnen zur Unterstützung Ihres Gedächtnisses aus der Schrift vom 18. Oktober folgendes bemerken. Sie beginnt mit den Worten: „Baron Burian trug mir gestern in Pleß folgendes vor“ — und nun kommt der Inhalt dieser Mitteilung von Baron Burian. Es heißt hier:

> Wir sollten nicht die Friedensvermittlung eines oder aller Neutralen anrufen, weil eine solche Vermittlung stets eine abträgliche Stellungnahme des Vermittelnden zu den Friedensbedingungen in sich schließen würde. Wohl aber sollten wir die Neutralen bitten, uns konkret ausgedrückte Friedensangebote unserer Feinde zu übermitteln. Dieses Ersuchen sei an alle Neutralen (Amerika, Spanien, Schweiz, Holland, Skandinavische Staaten) gleichlautend, gleichzeitig und öffentlich zu richten. Der Papst sei — — usw.

Nun ist hier Amerika an erster Stelle unter den neutralen Staaten genannt. Kommt Ihnen, nachdem ich Ihnen dies jetzt vorgelesen habe, vielleicht in Erinnerung, ob im Verlaufe der Unterredung mit Baron Burian nicht nur von Amerika die Rede war, sondern auch von anderen Neutralen, etwa in dem Zusammenhang: dieser Neutrale ist schon mit einer Friedensaktion befaßt oder wird sich damit befassen?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Ich kann nur wiederholen, daß ich darum bitte, über die Frage, die an mich gerichtet ist, in einer der nächsten Sitzungen Auskunft geben zu können, nachdem ich die Möglichkeit gehabt haben werde, mit meinen Mitarbeitern, insonderheit mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, über diese Frage zu sprechen. Ich möchte in bezug auf die Unterredung mit dem Baron Burian aber noch folgendes mitteilen. Die Ausführung unserer Friedensaktion vom 12. Dezember unterschied sich, soweit mein Gedächtnis reicht, in zwei Punkten von den Vorschlägen des Barons Burian. Der Baron Burian hatte im Auge die Überreichung eines Friedensangebotes durch die Neutralen an unsere Feinde, also kein öffentliches Friedensangebot, soweit ich mich entsinne. Ich glaube, darauf deutet auch das hin, was über die Neutralen gesagt worden ist.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Ja, warum haben Sie damals die Mitteilung von Baron Burian dahin reproduziert: „Dieses Ersuchen soll gleichlautend, gleichzeitig und öffentlich an alle Neutralen gerichtet werden"?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Ja, öffentlich an alle Neutralen ausgeführt! Das ist immer noch ein Unterschied, wenn dieses Friedensangebot öffentlich den Neutralen mitgeteilt wurde, oder wenn es — wie es hier bei uns geschehen ist — in einer Sitzung des Reichstags mitgeteilt wurde. Ich habe heute früh über die Gründe gesprochen, welche uns eine solche öffentliche Bekanntgabe des Friedensangebots in einer Parlamentssitzung für geeignet erscheinen ließen. Wir wollten dem vorbeugen, daß die Entente durch Zensurverbote usw. eine wirkliche Bekanntgabe dieses Friedensangebots verhinderte, mit dem wir ja beabsichtigen, auf die Mentalität der Völker zu wirken. Auch darüber habe ich heute morgen gesprochen. Mir schwebt also vor, daß nach dieser Richtung hin der Burianſche Vorschlag etwas anders nuanciert war. Er unterschied sich auch noch in einem anderen Punkte; aber das interessiert im gegenwärtigen Moment nicht. Baron Burian war ursprünglich — ich weiß nicht, ob in der Aufzeichnung auch davon die Rede ist — der Auffassung, daß wir zugleich mit dem Friedensangebot einen Katalog unserer Friedensbedingungen übergeben sollten. Das habe ich für un-

praktisch gehalten. Über die Gründe habe ich auch heute früh generelle Ausführungen gemacht.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Ohne in Sie gegenüber dieser Erklärung dringen zu wollen, Exzellenz, darf ich doch auf eins hinweisen. Es ist auch in dieser Aufzeichnung von einer Parallelaktion eines bestimmten neutralen Staates oder eines neutralen Souveräns die Rede. Kommt Ihnen vielleicht in diesem Zusammenhang eine weitere Erinnerung?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Ich wiederhole meine Bitte, über diese Frage in der nächsten Sitzung Auskunft geben zu können.

Vorsitzender: Wir werden in der nächsten Sitzung ausführlich Aufschluß darüber bekommen, so daß es sich erübrigt, noch weitere Fragen in der Richtung zu stellen.

Ich möchte jetzt aber einmal auf ein Faktum zu sprechen kommen, das möglicherweise bei Ihrer Beurteilung der Wilsonschen Friedensaktion von einem gewissen Werte gewesen ist, aber heute früh nicht berührt worden ist. Dieses Faktum betrifft den ehemaligen Staatssekretär des Äußern Bryan. Bald nach Ausbruch des Krieges wußten Zeitungen von Unstimmigkeiten zwischen Wilson und Bryan zu berichten. Tatsächlich trat auch Bryan nach etwa Jahresfrist von seinem Amte zurück und Lansing trat an seine Stelle. Bryan hat nun, soweit die Presse darüber Aufschluß gegeben hat, über die Gründe seines Rücktritts Erklärungen abgegeben, die darin kulminierten, daß ihm die Wilsonsche Politik nicht mehr weiter gelegen hätte, weil sie unfehlbar zum Kriege mit Deutschland führen müßte, und daß er als überzeugter Pazifist an dieser Politik nicht teilnehmen wollte. Ist Ihnen, Exzellenz, über dieses Faktum etwas Bestimmtes bekannt gewesen, und hat diese Tatsache Sie in Ihrer ganzen Beurteilung Wilsons mit beeinflußt?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Ich bitte, auch diese Frage in der nächsten Sitzung beantworten zu können.

Vorsitzender: Schön. Ich komme nun noch zu einer Frage, deren Klärung uns erwünscht erscheint, und zwar in bezug auf eine hervortretende Unstimmigkeit einerseits in dem Wunsche, der bei Ihnen bestanden zu haben scheint, durch Wilsons Vermittlung tatsächlich zu einem Frieden zu kommen, und andererseits der Tatsache, daß Sie dem Wunsche Wilsons nicht Rechnung getragen haben, der darin bestand, daß sein Friedensangebot vor einem unsrigen herauskommen sollte; Sie wollten mit unserem Friedensangebot im Gegenteil dem Wilsonschen zuvorkommen. Ich sehe, daß Ihre Bemühungen auch in bezug auf die Neutralen dahin gerichtet waren, besonders auch in Spanien, dort die

Wilsonsche Friedensaktion zu fördern. Auf der anderen Seite tragen einzelne Handlungen und Äußerungen von Ihnen doch einen Stempel, der darauf hinzudeuten scheint, daß noch eine andere Auffassung danebenherlief. Ich möchte nach dieser Richtung hin noch um eine Aufklärung bitten.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Ich habe heute früh die Vorteile einer Wilsonschen Friedensaktion und die Vorteile eines eigenen Friedensangebotes dargelegt und gegeneinander abgewogen. Ich kann nur wiederholen, was ich heute früh gesagt habe. Im übrigen habe ich geglaubt, in dieser Sache zwei Eisen im Feuer haben zu sollen.

Vorsitzender: Nun war doch der ausdrückliche Wunsch Wilsons verlautbart worden. Es war uns durch den Grafen Bernstorff mitgeteilt worden, wir möchten mit unseren Bedingungen nicht herauskommen, weil das möglicherweise die Wilsonsche Friedensaktion ungünstig beeinflussen könnte, dem ganzen Charakter Wilsons entspräche das nicht und was dergleichen Dinge mehr sein könnten. Können uns Exzellenz darüber vielleicht eine präzise Antwort geben, warum man diesen besonderen Wunsch Bernstorffs glaubte ignorieren zu müssen?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Ich bitte, diese Frage in der nächsten Sitzung beantworten zu dürfen.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer:** Sie haben heute morgen eine sehr ausführliche Charakteristik Wilsons gegeben, die für die Herbeiführung des Friedens nicht günstig war. Wollen Sie sich über die Gründe äußern, die dazu geführt haben, daß Sie und das Auswärtige Amt trotz dieser Charakteristik die Friedensaktion Wilsons angeregt haben!

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Weil der Krieg ein solcher war, daß alle Chancen, auch wenn sie gering waren, wahrgenommen werden mußten.

Vorsitzender: Es ist am 26. November eine Note des Staatssekretärs Zimmermann nach Washington abgegangen, daß wir die Wilsonsche Friedensaktion unserem Friedensangebot vorziehen, und am 27. November ging seitens Ihrer Exzellenz an Hindenburg eine Note ab — das Material befindet sich in unseren Händen —, daß wir mit unserem Friedensangebot herauskommen müßten. Hier liegt also innerhalb zweier aufeinanderfolgender Tage eine Gegensätzlichkeit der Aktionen vor, allerdings nicht eine Gegensätzlichkeit in derselben Person, indem ja die eine Note von Staatssekretär Zimmermann, die andere von Eurer Exzellenz stammte. Sind Sie, Exzellenz, in der Lage, uns über diese Gegensätzlichkeit Aufklärung zu geben?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Die Gegensätzlichkeit erklärt sich nach meiner Ansicht aus der Antwort, die ich vorhin schon gegeben habe, daß wir zwei Eisen im Feuer hatten und im Feuer haben wollten. Taktische Motive mögen dahin gewirkt haben, daß ich das eine Eisen nach der einen Seite hin für das besser zu empfehlende hielt, und nach der anderen Seite das andere. Das sind taktische Erwägungen, wie sie in der Politik jeden Tag vorkommen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Es wurde aber am 26. November durch die Note des Staatssekretärs Zimmermann ausdrücklich nach Washington mitgeteilt, daß die Wilsonaktion zurückgezogen werden solle.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich schlage vor, über diese Note, die, soviel mir mitgeteilt wird, als von Herrn Staatssekretär Zimmermann herrührend bezeichnet worden ist, den Staatssekretär Zimmermann, der ja demnächst vernommen werden soll, zu vernehmen. Ich habe — das möchte ich bei dieser Gelegenheit betonen — vollkommen und in allen Fällen d'accord mit meinem von mir hochgeschätzten Mitarbeiter, dem Herrn Staatssekretär Zimmermann, gearbeitet. Aber wenn ich gefragt werden soll, welche Motive dem Staatssekretär Zimmermann bei der Abfassung dieser Depesche die Hand geführt haben, so scheint mir seine Vernehmung zweckmäßiger zu sein.

Vorsitzender: Staatssekretär Zimmermann wird ja selbstverständlich auch von uns vernommen werden; aber eine gewisse Übereinstimmung zwischen den so wichtigen Noten müssen wir doch von vornherein annehmen. Es erklärt sich also die Gegensätzlichkeit einfach, wie Sie schon mehrfach betont haben, dadurch, daß Sie zwei Eisen im Feuer haben wollten.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Wenn am 27. November Graf Bernstorff dahin informiert wurde, er möchte anregen, daß die Wilsonsche Friedensaktion erfolge, und wenn Wilson nicht mitgeteilt worden ist, daß am 12. Dezember eine eigene Friedensaktion bereits erfolgte, mußte das auf Wilson nicht eine Wirkung haben, die unter Umständen ungünstig sein konnte?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich habe mir erlaubt, heute früh auszuführen, daß die Friedensaktion des Präsidenten Wilson durch unser Friedensangebot nicht beeinträchtigt worden ist. Er hat diese Friedensaktion, die in seiner Friedensnote vom 18. Dezember besteht, ausgeführt, und zwar war diese Friedensnote — auch das habe ich ausführlich dargelegt — Mitte November geschrieben, und sie ist bis zum 18. Dezember nicht verändert worden. Ich kann das hier nur wiederholen.

Vorsitzender: Das ist eine Tatsache, die Ihnen, Exzellenz, absolut bekannt ist, daß eine Veränderung an dieser Note, die durch eine ganze Reihe von Wochen bei Wilson sich befunden hat, in keiner Weise stattgefunden.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Herr Graf Bernstorff hat neulich bezeugt, daß mit Ausnahme des einen Zusatzes, den der Präsident Wilson — ich glaube, im zweiten Absatz — gemacht hat, seine Note dürfe nicht in Zusammenhang mit unserer Friedensaktion gebracht werden, im übrigen die Note unverändert geblieben ist. Das habe ich aus seinem Zeugnis entnommen. Selbstverständlich weiß i ch nicht, was Wilson getan hat.

Vorsitzender: Irgendwelche anderen Tatsachen stehen Ihnen dafür nicht zu Gebote!

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer:** Ich wollte nur wissen, Exzellenz, warum Wilson nicht in Kenntnis gesetzt und eine gewisse Vereinbarung mit ihm getroffen wurde, daß am 12. Dezember ein eigenes Friedensaktionsprogramm erfolgen würde, so daß ein Zusammenspielen doch unmöglich gewesen wäre.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Die ganze Absicht unseres F r i e d e n s a n g e b o t s v o m 12. D e z e m b e r ist doch die der Überraschung gewesen — ich habe das auch ausgeführt —, wegen der Wirkung auf die Völker. Ich konnte das doch unmöglich erst in der Welt bekannt werden lassen. Es ist auch mit unsern Verbündeten verabredet worden, daß es geheim gehalten werden sollte. Ich habe es hier geheim gehalten. Soviel ich weiß, ist auch der Reichstag am 12. Dezember sehr überrascht gewesen, sehr wenige Menschen haben davon gewußt. Also ich habe es für zweckmäßig gehalten. Mehr kann ich über die Sache nicht sagen.

Sachverständiger Dr. **Schäfer:** Ich wollte vorhin darauf aufmerksam machen, daß im Grunde genommen ein Gegensatz zwischen der Mitteilung von Bernstorff vom 26. November und der Mitteilung vom nächsten Tage nicht besteht. Der eine Weg kann der bessere sein. Darum kann es doch wünschenswert sein, daß der andere eingeschlagen wird. Ein Gegensatz besteht nicht.

Vorsitzender: Das ist bereits erklärt worden, wie die Gegensätzlichkeit als solche aufzufassen ist.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Sie sagten, Exzellenz, daß die Aktion Wilsons durch das Friedensangebot der Zentralmächte nicht beeinträchtigt worden sei. Nun entsteht vielleicht die Frage: Nehmen Sie an, daß manche Stellen in Deutschland eine solche Beeinträchtigung wünschten? Mit anderen Worten, daß sie die Absicht hatten,

das Friedensangebot so erscheinen zu lassen, daß damit die Wilsonsche Aktion durchkreuzt werde?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Nein!

Vorsitzender: Herr Professor Bonn zu dieser Frage!

Sachverständiger Dr. Bonn: Ich glaube, man muß doch zweierlei Dinge scheiden: die subjektive Wirkung auf den Präsidenten Wilson und die objektive Wirkung. Ich kann es für durchaus begreiflich halten, daß Präsident Wilson, der zweifelsohne ein Zauderer war, durch das deutsche Friedensangebot gezwungen worden ist, endlich einmal zu handeln, wenn er überhaupt noch zum Schuß kommen wollte. Dadurch scheint mir keine Schwierigkeit entstanden zu sein, trotzdem ich auf der anderen Seite auch sehr wohl begreifen kann, wenn Präsident Wilson dieses Zuvorkommen mit einer gewissen Verstimmung betrachtet hat.

Viel wichtiger als diese Frage scheint mir aber die andere zu sein: ist die Wirkung der Wilsonschen Friedensaktion nicht dadurch beeinträchtigt worden, daß wir ihm zuvorgekommen sind? Soweit Amerika in Frage kommt, kann ich das aus meiner eigenen Erinnerung bestätigen. Denn in dem Augenblick, wo Wilson herauskam, nachdem wir ein Friedensangebot gemacht hatten, erschien das als ein Zusammenspiel mit Deutschland. Der Vorwurf eines solchen Zusammenspiels wäre leicht erträglich gewesen, wenn ein solches bestanden hätte. Aber es ist ja ausdrücklich darauf hingewiesen worden: ein solches hat nicht bestanden. Dadurch ist Wilson in Amerika zweifelsohne in den Ruf gekommen, er treibe prodeutsche Politik. Es ist ja das letzte Mal schon festgestellt worden, daß Gerard schon auf dem Schiff und Lansing in einem ungeschickten Interview diesen Eindruck zu verwischen gesucht haben. In Amerika steht die Sache also fest. Ich glaube, man muß die Frage auch stellen, ob durch dieses Zuvorkommen nicht die Möglichkeiten der Wilsonschen Friedensaktion in den feindlichen Ländern verschlechtert worden sind.

Vorsitzender: Wünschen Exzellenz dazu weitere Auskunft zu geben?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich möchte Herrn Professor Bonn daran erinnern, daß ich darüber heute vormittag schon Ausführungen gemacht habe, ganz spezielle. Ich habe mir auszuführen erlaubt, daß subjektiv der Präsident Wilson durch unser Friedensangebot, das ohne seine Kenntnis erfolgte, vielleicht verstimmt gewesen ist, daß er dieser Verstimmung aber keinen Einfluß auf sein Handeln eingeräumt hat. Das habe ich erwiesen. Ich habe daran die Betrachtung geknüpft, daß die Frage eigentlich so gestellt werden müßte: Hat unser Friedensangebot daraufhin gewirkt, daß die Entente die Friedensnote Wil-

sons vom 18. Dezember ablehnend und in anderer Weise beantwortet hat, wie wenn wir kein Friedensangebot gemacht hätten? Mit anderen Worten: hat der Entente unser Friedensangebot so mißfallen, daß sie um deswillen der Friedensaktion von Wilson keine Folge gegeben hat? Ich habe das ausgeführt und bitte, das in meiner Rede eventuell nachzulesen; und ich habe endlich daran die Bemerkung geknüpft: ja, eine Antwort darüber könnten wir doch nur geben, wenn wir wüßten, was bei unseren Feinden vorgegangen ist. Aber die Betrachtungen, die wir darüber anstellen würden, würden nur Konjekturen bleiben, denn, wie ich gesagt habe, ich habe nicht den Eindruck, daß die Entente gewillt ist, ihre Archive zu öffnen. — Ich glaube, ich habe diese Frage heute vormittag erörtert.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Darf ich im Anschluß hieran Ihre Aufmerksamkeit auf folgendes lenken: Die Niederschrift, von der vorhin schon gesprochen war, über die Mitteilung des Freiherrn v. Burian datiert, glaube ich, vom 18. Oktober 1916. Am 1. Oktober 1916 richten Sie ein Telegramm an Freiherrn v. Grünau, das in den hier interessierenden Teilen folgendes besagt:

> Sie wollen nachfolgendes Telegramm dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg und Abschrift davon dem Admiral v. Holtzendorff zustellen: Admiral v. Holtzendorff mitteilt mir soeben streng vertraulich, daß nach ihm heute zugegangener Nachricht aus dem Großen Hauptquartier in Aussicht genommen werde, U-Boot-Krieg etwa am 18. Oktober zu beginnen, wozu die Boote mit den entsprechenden Befehlen am 10. dieses Monats auslaufen müßten.
>
> Ich kann der Vorstellung nicht Raum geben, daß in dieser Frage ohne eine bisher nicht erfolgte, von Seiner Majestät sanktionierte Vereinbarung mit mir ein entscheidender, mir lediglich durch den Chef des Admiralstabes mitgeteilter Beschluß gefaßt werden sollte, und möchte folgendes zur Sache bemerken:
>
> Wir haben bekanntlich Amerika zugesagt, den U-Boot-Krieg nur nach Prisenordnung zu führen. Von dieser Zusage können wir nur durch ausdrückliche Erklärung und unter Beobachtung einer Frist abgehen, welche Amerika theoretisch die Zurückhaltung amerikanischer Schiffe und Passagiere von der Fahrt nach England ermöglicht. Graf Bernstorff ist auf persönlichen Befehl Seiner Majestät angewiesen, den Präsidenten Wilson zum Erlaß eines Friedensappells zu veranlassen. Sofern Wilson dazu gebracht wird, soll die wahrscheinliche Ablehnung des Appells durch England und seine Verbündeten — während wir ihn annehmen — uns die Grundlage verschaffen, um die Zurück-

ziehung unserer Amerika erteilten Zusage moralisch vor der Welt, insonderheit auch vor den europäischen Neutralen, zu rechtfertigen und dadurch auf deren präsumtive spätere Haltung einzuwirken. Graf Bernstorff hat auf den ihm sofort telegraphisch übermittelten Auftrag noch nicht geantwortet. Bevor die Situation in dieser Beziehung nicht geklärt ist, ist eine Ankündigung und demzufolge eine durch Allerhöchste Befehle zu erwirkende Ausführung des U-Boot-Krieges unmöglich. Vorher kann ich auch schlechterdings nicht die Zustimmung unserer Verbündeten einholen.

Meine Frage geht nunmehr im Anschluß an das Vorige nach folgender Richtung: Damals war von einem Friedensangebot der Mittelmächte noch nicht die Rede, wohl aber war die Rede von einer von deutscher Seite, vom Auswärtigen Amt oder von Ihnen, für Bernstorff nach Washington ergehenden Anweisung, Wilson zu einem Friedensappell zu veranlassen, und in Beziehung damit ist bereits damals — am 1. Oktober — die Möglichkeit gebracht worden, von einer früher erteilten Zusage Amerika gegenüber, den U-Boot-Krieg als Kreuzerkrieg zu führen, zurückzugehen, sofern, was wahrscheinlich sei, England und die übrigen Gegner den Appell ablehnen, während er von deutscher Seite angenommen werde. Meine Frage geht nun wiederholt dahin: Bestanden bei gewissen Stellen Absichten, überhaupt das Friedensangebot mit einer Änderung der Taktik im U-Boot-Kriege in Verbindung zu bringen?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. **Bethmann Hollweg**: Das weiß ich nicht. Ich kann doch nur über das, was ich gewollt habe, Auskunft geben. Was andere Stellen gewollt haben, weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Exzellenz, was Sie gewollt haben, ist, glaube ich, zu entnehmen aus dem Telegramm vom 1. Oktober 1916 an Freiherrn v. Grünau, an den Vertreter des Auswärtigen Amts bei der Obersten Heeresleitung. Ich bitte, wenn ich dieses Telegramm mißverstehe, es zu erläutern. Es heißt: Von der Zusage, den U-Boot-Krieg nur nach Prisenordnung zu führen, können wir „nur durch ausdrückliche Erklärung und unter Beobachtung einer Frist abgehen“; Graf Bernstorff soll den Präsidenten Wilson zu einem Friedensappell veranlassen; „sofern Wilson dazu gebracht wird, soll die wahrscheinliche Ablehnung des Appells durch England und seine Verbündeten, während wir ihn annehmen, uns die Grundlage verschaffen, um die Zurückziehung unserer Amerika erteilten Zusage moralisch vor der Welt zu rechtfertigen.“ „Soll!“ Wer ist der, dem gegenüber die Ablehnung des Appells die moralische Grundlage zur Zurücknahme einer Zusage geben soll, und nach wessen Willen soll es geschehen?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Mir scheint, die Sache ist doch sehr einfach. Wir hatten in der Sussex-Note den U-Boot-Kieg nur nach der Prisenordnung zu führen versprochen, aber ausdrücklich daran die Bedingung geknüpft: wir werden frei sein, wenn unsere Erwartung — den Wortlaut habe ich natürlich nicht gegenwärtig — wenn unsere Erwartung nicht erfüllt wird, daß Amerika England wieder zur Londoner Deklaration zurückbringt. Nun mußte durch irgendein Ereignis nachher festgestellt werden; nun halten wir die Zeit für gekommen, wo wir wieder frei sind. Und ein solches Ereignis war eine etwaige Ablehnung einer Friedensaktion von Wilson oder unseres Friedensangebots durch die Entente.

Ich möchte einschalten: Herr Dr. Cohn hat gesagt: am 1. Oktober sei von einem Friedensangebot unsererseits noch nicht die Rede gewesen. Ich habe den Gedanken bereits den ganzen Sommer bei mir erwogen, auch wie ich ihn ausführen könnte.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Pardon, Exzellenz, ich sagte nur, daß die Anregung des Herrn Freiherrn v. Burian am 1. Oktober noch nicht ergangen war. Über Friedensabsichten, die Sie hatten, und über Ihre Pläne, ein Friedensangebot zu erlassen, war in diesem Zusammenhang ja gar nicht die Rede. Aber darf ich darauf aufmerksam machen: die Rücknahme der Zusage Amerika gegenüber, wie sie in der Sussex-Note erklärt war, war damals, wie Sie eben auch bestätigten, davon abhängig, daß es Amerika nicht gelinge, England zu unserer Auffassung vom Seekriege zurückzuführen. Hier aber wird ja doch etwas ganz anderes als Grund für den Rücktritt von der Zusage angegeben, nämlich die Ablehnung eines Friedensappells. Diese beiden Dinge haben doch an und für sich, wie ich glaube, nichts miteinander zu tun. In Verbindung können sie doch nur dann miteinander gebracht werden, wenn man eben die Absicht hat, einen Friedensappell herbeizuführen zu dem Zwecke, um bei der Ablehnung ein Kriegsmittel daraus zu machen oder ein Kriegsmittel zu erweitern.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Ich erlaube mir zu bemerken, daß ich das für einen Trugschluß halte. Es mußte, nachdem wir in der Sussex-Note die bekannte, von mir eben skizzierte Stellung eingenommen haben, irgendein Ereignis eintreten, wo wir gegenüber Amerika vertreten konnten: nun ist es aber vorbei, nun haben wir freie Hand. Und ein solches Ereignis — es konnten auch andere Ereignisse sein — war die etwaige Ablehnung eines Friedensangebots oder die Ablehnung eines Friedensappells von Wilson. Veranlaßt ist im übrigen — ich möchte das bemerken, das wird ja auch aus den Akten hervorgehen müssen — dieses Telegramm vom 1. Oktober von mir an Herrn v. Grünau durch eine falsche Mitteilung des Admiralstabs

oder durch eine falsch aufgefaßte, daß der U-Boot-Krieg am 18. Oktober eintreten sollte. Soviel ich weiß, wird sich auch aus den späteren Akten ergeben, daß ein Mißverständnis vorliegt.

Vorsitzender: Das geht auch aus der Einleitung hervor.

Sachverständiger Dr. **Hoetzsch:** Herr Graf Bernstorff hat auf die Frage nach der Wirkung des deutschen Friedensangebots in Amerika auf Grund einer Äußerung des Obersten House sehr bestimmt geantwortet, daß dieses Friedensangebot zwar nicht als Durchkreuzung — das war der Ausdruck, den der Herr Referent gebraucht hatte — gewirkt habe, wohl aber als Erschwerung der amerikanischen Friedensaktion. Herr Graf Bernstorff fuhr fort, daß die amerikanische Regierung enttäuscht gewesen sei, daß ihr so die Sache aus der Hand genommen war. Aus der Antwort, die Eure Exzellenz an Professor Bonn gaben, glaube ich schließen zu dürfen, daß Eure Exzellenz diesen Standpunkt des Grafen Bernstorff nicht teilen.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Ich habe schon heute früh gesagt: wenn der Präsident Wilson durch unser Friedensangebot verstimmt gewesen ist — und das war er auch, ich weiß, daß er verstimmt gewesen ist —, so hat ihn das doch nicht verhindert, seine Aktion auszuführen.

Sachverständiger Dr. **Hoetzsch:** Also Eure Exzellenz halten den Standpunkt des Grafen Bernstorff in dieser Angelegenheit nicht für richtig?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Der Herr Graf Bernstorff hat, soviel ich weiß, der Auffassung Ausdruck gegeben, daß dem Präsidenten Wilson seine Friedensaktion erschwert worden wäre. Nicht wahr, das ist doch der Eindruck gewesen, den Herr Graf Bernstorff gehabt hat? Die Tatsache ist die — unser Friedensangebot war vom 12. Dezember —, daß am 18. Dezember der Präsident Wilson seinen Friedensappell in einer Form erlassen hat, die er bereits Mitte November, vor dem Friedensangebot vorgenommen hatte.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer:** Ich darf noch eine Frage klären. Am 25. November telegraphiert Bernstorff, daß die Aktion Wilsons unmittelbar bevorstehe oder baldigst zu erwarten sei, aber nur unter der Bedingung, daß bis dahin bei uns von Friedensvermittlung möglichst wenig gesprochen werde. Dieser Mitteilung, die von House offiziell ausgegangen ist, ist nicht widersprochen worden mit der Mitteilung: wir werden doch vom Frieden sprechen, nämlich durch unser Friedensangebot. Konnte das nicht in Wilson eben die Empfindung der Brüskierung hervorrufen?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Es ist möglich, daß es in dem Präsidenten Wilson die Empfindung der Brüskierung hervorgerufen hat. Ich komme auf das zurück, was ich jetzt zum fünften Male, glaube ich, gesagt habe: trotzdem hat der Präsident Wilson seine Friedensaktion in der Form ausgeführt, die er in der Mitte November bereits vorgenommen hatte.

Vorsitzender: Diese Frage scheint mir auch erledigt zu sein.

Sachverständiger Dr. **Schäfer:** Ich wollte nur hinzufügen: Meines Erinnerns hat der Graf Bernstorff gesagt, daß die Erschwerung darin gelegen habe, daß darin eine deutsche Schwäche zutage getreten sei und dadurch eben das Vermittlungsangebot von Wilson bei den Mächten erschwert wäre, weil sie sähen, sie könnten den Krieg mit Erfolg fortführen. Darin hat nach der Aussage des Grafen Brnstorff die Erschwerung gelegen.

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Ich glaube, daß wir die Frage, wie das deutsche Friedensangebot auf Wilson gewirkt habe, als erledigt beiseite lassen können. Darüber herrscht Einstimmigkeit bei allen denen, die wir gefragt und die geantwortet haben. Das scheint mir aber nicht der Kernpunkt zu sein. Der Punkt ist der: Bei diesem Friedensangebot sollte doch etwas herauskommen, und es ist gar kein Zweifel — es ist nicht etwa Konjektur, und dazu brauchen wir, glaube ich, nicht die Akten, dazu genügt ein Blick in die Presse der alliierten Staaten —: Ist nicht die Frage so zu stellen: die Tatsache, daß Wilson einer deutschen Friedensaktion nachhinkt, hat seine Aktion als eine Parallelaktion erscheinen lassen! Er ist damit in Amerika und auch bei unsern Gegnern als Agent Deutschlands, wenn ich es einmal ganz scharf ausdrücken darf, erschienen. Dadurch ist es möglich geworden, daß diese ganze Maschinerie des Hasses, von der Exzellenz heute morgen gesprochen haben, in ganz anderer Weise wieder in Bewegung gesetzt worden ist, als das sonst der Fall gewesen wäre. Ich glaube, dies — nicht die Psyche Wilsons, die bei anderer Gelegenheit natürlich eine Rolle spielt — ist hier der entscheidende Punkt.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Wenn ich mich dazu äußern darf: Gewiß, Herr Professor Bonn hat in mancher Beziehung recht. Ich habe auch schon ausgeführt, daß auch meiner Ansicht nach die Frage dahin zu stellen ist, ob die Ablehnung, die die Entente auf den Wilsonschen Friedensappell gegeben hat, als Folge unseres Friedensangebots und der sich daran knüpfenden Beurteilung der Wilsonschen Friedensaktion aufzufassen ist. Daß in Amerika der Präsident Wilson vielleicht dadurch Schwierigkeiten gehabt hat, daß man ihm gesagt hat: Du hinkst ja den Deutschen nach —, das mag wohl sein. Im übrigen war, glaube ich, in allen Ländern der Entente die Hinneigung der

Vereinigten Staaten, die größere Hinneigung — ich will mich ganz vorsichtig ausdrücken — der Vereinigten Staaten zur Entente so bekannt, daß etwas Ernsthaftes mit der angeblichen Deutschfreundlichkeit des Präsidenten Wilson wohl nicht auszurichten war.

Sachverständiger Dr. Hoetzsch: Ich schließe mich Herrn Professor Bonn an: Die Frage nach der Wirkung auf die Psyche des Präsidenten Wilson ist beantwortet. Aber die Frage ist noch nicht beantwortet, ob nicht die amerikanische Aktion, die auf die Instruktion Eurer Exzellenz eingeleitet war, in ihren Wirkungen durch das deutsche Friedensangebot erschwert oder gar erheblich gelähmt worden ist, ob es also, praktisch gesprochen, nicht richtiger gewesen wäre, erst die amerikanisch-deutschen Beziehungen sich auslaufen zu lassen, ehe Deutschland mit seinem Vorstoß vorgegangen wäre. Das scheint mir die Frage zu sein, auf die eine Antwort noch nicht gegeben ist.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich glaube, auf meine Ausführungen von heute morgen verweisen zu dürfen. Ich habe heute morgen Gründe auseinandergesetzt, welche für unsern Friedensantrag gesprochen haben. Ich habe gesagt, um es kurz zu rekapitulieren: Bei meiner Einschätzung der Politik und der Psyche des Präsidenten Wilson hatte ich keine Sicherheit dafür, ob er einen Friedensappell erlassen würde, und ich hatte namentlich keine Sicherheit, wann er einen Friedensappell erlassen würde. Dieses Wann war aber von durchschlagender Wichtigkeit; denn ein brauchbarer Friedensschritt kann nur zur Zeit eines militärischen Höhepunktes gemacht werden. Wenn wir den militärischen Höhepunkt wahrnehmen wollten, mußten wir darüber entscheiden. Wir konnten bei der Unsicherheit des Präsidenten Wilson nicht darauf rechnen, daß er den Punkt unserer militärischen Höhestellung nun gerade für seine Friedensaktion benützen würde. Daß er den Anfang Dezember, wo wir Czernawoda, wo wir Bukarest genommen haben, nicht benutzt haben würde, scheint mir aus der Mitteilung des Obersten House hervorzugehen, daß er unser Friedensangebot für ein Zeichen der Schwäche gehalten hätte. Wenn also Amerika glaubte, wir wären in dem Moment so schwach, so hätte der Präsident Wilson auch seinerseits einen Friedensappell nicht unternommen. Denn er mußte doch dessen gewärtig sein, daß die Entente auf einen Friedensappell nicht eingehen würde, wenn sie uns in einer ganz schlechten Lage vermutete.

Ich habe weiterhin heute früh ausgeführt, aus welchen Gründen, innerpolitischen und außerpolitischen, ich ein eigenes Angebot für zweckmäßig hielt, nicht nur für zweckmäßig, sondern in gewisser Beziehung für notwendig hielt, und daß, wenn ich mich auf den Präsidenten Wilson verließ, bei seiner Unsicherheit — wenn ich es einmal hier so aussprechen darf — ich nicht wußte, ob die Zeit eines militärischen Höhepunkts bei uns verpaßt werden

würde und die Möglichkeit zu einer Friedensaktion ad calendas Graecas vertagt werden würde, was ich aus den dargelegten Gründen für einen Schaden gehalten haben würde.

Sachverständiger Dr. **Hoetzsch**: Wenn ich in drei Sätzen zusammenfassen darf, so stehen Eure Exzellenz also auf dem Standpunkt, daß Sie im Dezember 1916 gewissermaßen in einer Zwangslage gewesen wären, die durch die innerpolitische Lage sowie dadurch bestimmt war, daß Deutschland den Erfolg, einen militärischen Höhepunkt erreicht zu haben, nicht ungenutzt verstreichen lassen dürfe. Aus dieser Zwangslage heraus hielten es Eure Exzellenz für richtiger, das allgemeine Friedensangebot zu erlassen, und nahmen dafür in Kauf, schätzten also in der möglichen Wirkung geringer ein, daß darüber die ganze mit Amerika eingeleitete Aktion ins Stocken geriet. Ist das richtig formuliert?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Nein, es ist nicht richtig formuliert. Wir drehen uns ja hier um Konjekturen herum, wie mir scheint. Also nehmen Sie an, daß der Präsident Wilson eine Friedensaktion in den letzten Tagen des November erlassen hätte, so nehme ich an, daß wir von unserem Friedensangebot Abstand genommen hätten. Ich hätte es in Kauf genommen, daß wir diejenigen guten Seiten eines eigenen Friedensangebotes verloren, von denen ich heute früh gesprochen hatte, und wäre auch gewissermaßen erfreut gewesen, die guten Seiten eines Wilsonschen Friedensappells für mich zu haben. Darum habe ich auch beim Grafen Bernstorff die Fortsetzung der F r i e d e n s a k t i o n bei W i l s o n immer noch betrieben, obwohl wir entschlossen waren, selber ein Friedensangebot zu machen, weil ich ja nicht wußte, an welchem Tage sich der Präsident Wilson dazu bereit erklären würde und in welcher Form. Jedes neue politische Ereignis, wie es ein Friedensappell des Präsidenten Wilson gewesen wäre, schafft eine neue politische Konstellation mit ganz neuen Bruchteilen der Konstellation. Nachträglich sich konstruieren zu wollen, wie das gewesen wäre, halte ich für ein unfruchtbares Beginnen .

Abgeordneter **Katzenstein**: Exzellenz, Sie haben uns heute dargelegt, aus welchen Gründen Sie eine Bekanntgabe der Friedensbedingungen für unzweckmäßig gehalten haben. Nun ist die Zurückhaltung der deutschen Friedensbedingungen — —

Vorsitzender: Das ist eine Sache, Herr Abgeordneter Katzenstein, die erst später berührt werden soll.

Sachverständiger Dr. **Bonn**: Wenn ich mich an das, was Graf Bernstorff ausgesagt hat, recht erinnere, so bestand keinesfalls ein Widerspruch zwischen der amerikanischen Auffassung und der deutschen Auffassung, daß eine Friedensvermittlung oder — ich

will mich vorsichtig ausdrücken — eine Friedensaktion nur Erfolg haben könnte in einem Augenblick, wo wir militärisch gut dastanden. Das hat, wenn ich mich recht erinnere, Oberst House ausdrücklich dem Grafen Bernstorff mitgeteilt. Die Bemerkung, die Graf Bernstorff machte, unser Friedensangebot werde von den Alliierten als Zeichen der Schwäche betrachtet, sollte doch folgendes heißen: in dem Augenblick, da die deutsche Regierung mit einem Friedensangebot herausgekommen ist, ist es für die amerikanische Regierung viel weniger wahrscheinlich, daß sie einen Erfolg erreichen wird; denn die Alliierten werden sagen: die Deutschen haben es furchtbar eilig. Nun ist es gar keine Frage, daß eine Friedensaktion, sowohl eine deutsche wie eine amerikanische, nur Erfolg haben konnte in einer militärisch guten Lage. Darüber wird auch keine Meinungsverschiedenheit bestehen. Aber eine militärisch günstige Lage ist doch nicht eine Sache von drei oder vier Tagen. Sie war vorhanden nach dem rumänischen Feldzug. Es ist gar kein Zweifel: Präsident Wilson ist nach allem, was wir gesehen haben, ein Zauderer. Es war also die Frage: konnte man ihn nicht aus seinem Zaudern herausrütteln, ohne daß man seine Friedensaktion gefährdete? Wäre es — das ist die Frage, die ich an Exzellenz richten möchte — unmöglich gewesen, eine Warnung nach Washington zu richten, etwa des Inhalts: wenn nicht bald etwas geschieht, werden wir andere Wege gehen müssen?

Das ist der eine Punkt. Der andere Punkt, der von Herrn Professor Hoetzsch schon angeschnitten ist, scheint mir der zu sein: Ich verstehe vollkommen, daß man abwog: was ist besser, eine amerikanische Friedensaktion oder ein eigenes Friedensangebot? Es scheint mir aber doch hier der Fall so zu liegen, daß man eine Entscheidung überhaupt nicht getroffen hat, sondern, wenn ich es einmal vulgär ausdrücken will, die Sache nach dem Sprichwort zu machen suchte: doppelt genäht hält besser. Über diese zwei Punkte möchte ich um Auskunft bitten.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Was den letzteren Punkt anlangt, so habe ich schon vorhin gesagt: wir wollten zwei Eisen im Feuer haben, und dabei bleibe ich. Je nachdem das eine besser brannte als das andere, sollte es benutzt werden.

Zweitens: Herr Professor Bonn meinte, der militärische Höhepunkt wäre doch nicht die Frage einer kurzen Zeit. Ich möchte bitten, in der Geschichte unseres Krieges zurückzudenken, wie durch Offensiven, die wir an der Westfront zu erleiden gehabt haben, sich doch in verhältnismäßig kurzer Zeit das Kriegsbild und die Chancen jedenfalls in den Augen der Feinde wesentlich verändert haben.

Ich darf drittens noch hinzufügen: Wenn nun hier diskutiert wird, ja, was ist besser gewesen, so gebe ich zu, gewisse Nach-

teile hat unser Friedensangebot gegenüber der amerikanischen Friedensaktion gehabt, aber auch gewisse Vorteile hat es gegenüber der Friedensaktion Amerikas gehabt. Das Entscheidende ist aber das, was Herr Professor Bonn gesagt hat, Wilson war ein zaudernder Charakter, ein großer Zauderer. Was er tun würde, wann er es tun würde, konnte ich als irgendeinen sicheren Faktor in meine Rechnung nicht einstellen. Den Ratschlag, den Herr Professor Bonn gegeben hat, ich hätte Wilson sagen lassen sollen, wenn er nicht schnell macht, würden wir uns anders entscheiden, möchte ich nicht gerade für politisch klug gehalten haben.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Wenn ich mich recht erinnere, Exzellenz, haben Sie heute ausgeführt, daß Ihr Zweifel an dem ernsten Willen Wilsons zu einem Friedensschluß dadurch gesteigert worden sei, daß der amerikanische Botschafter auf Anfrage erklärt habe, nichts von Wilsons Absichten zu wissen. Nun ist meines Wissens der amerikanische Botschafter von der zweiten Hälfte September bis unmittelbar vor Weihnachten in Amerika gewesen. Auf welche Zeit bezieht sich dies?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Gerade das hat mich gewundert. Wie Gerard aus Amerika zurückkam, da hatte ich erwartet, er würde mir sagen können, was Präsident Wilson eigentlich weiter machen wollte. Da gab er mir in gewisser verlegener Weise auch in den nächsten Tagen, es ist noch vor dem 9. Januar gewesen, die Antwort: ich habe keine Instruktion aus Amerika, ich weiß nicht recht, was ist. Er hat mir allgemein gesagt, wie er dies auch auf dem vielberufenen Diner getan hat, es sind sehr gute Verhältnisse; aber er hat mir auch weiter in der ersten Hälfte Januar gewissermaßen klagend gesagt: ich weiß nicht, was in Washington los ist, ich habe gar kein Telegramm.

Abgeordneter **Gothein**: Ich wollte fragen, ob sich dieser Mangel an Instruktion des Botschafters Gerard nicht darauf bezog, daß inzwischen eine neue Situation für Amerika dadurch eingetreten war, daß wir selbst mit unserem Friedensangebot herausgekommen waren?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Ich habe nur — und auch darüber habe ich Ausführungen heute früh gemacht — folgenden generellen Eindruck. Wir hatten sehr schlechte Verbindungsmöglichkeiten mit Amerika, ich habe das einzeln ausgeführt. Ich habe den Eindruck gehabt, daß, wenn dem Herrn Präsidenten Wilson es so am Herzen läge, die Friedensaktion vorwärts zu bringen und den Krieg zu Ende zu bringen, er dann seinen Botschafter in Berlin, mit dem er ganz bequem verkehren konnte, täglich so instruiert haben würde, daß ein Teil der Verhandlungen, welche erforderlich waren, nicht in Washington, sondern in Berlin stattfand, und aus dem Umstand, daß das

nicht geschehen ist, habe ich weitere Folgerungen für meine Skepsis gezogen.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Exzellenz, ich verstehe Sie recht, diese Skepsis ist also ein Ergebnis der nach dem 22. Dezember und späterhin gemachten Erfahrungen, bestand aber nicht etwa von Anfang an?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Ich bitte zu beachten, daß ich heute früh eine ganze Reihe von Gründen angegeben habe, welche meine Skepsis in den Präsidenten Wilson veranlaßt haben.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Exzellenz, Sie sagten heute, es sei untunlich gewesen, das deutsche Friedensangebot länger hinauszuschieben. Es war andererseits von Amerika aus spätestens für den Ablauf des Jahres durch den Grafen Bernstorff der Friedensschritt in Aussicht gestellt worden. Lag ein besonderer Grund vor und welcher, nicht die Frist vom 12. Dezember bis 31. Dezember von deutscher Seite noch abzuwarten?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Am 12. Dezember haben wir uns auf einem militärischen Höhepunkt befunden. Ich habe die Gründe dargelegt, welche mich zu dem Friedensangebot veranlaßt haben. Diesen militärischen Höhepunkt habe ich wahrnehmen wollen. Wenn ich bis zum 31. Dezember es aufgeschoben hätte, wer weiß, was in der Zwischenzeit passierte. Und ob Wilson nun wirklich bis zum 31. Dezember losschießen würde, ja, es ist der Eindruck des Grafen Bernstorff gewesen, aber ich habe mir auseinanderzusetzen erlaubt, und es war mir doch interessant, daß Herr Professor Dr. Bonn meinen Eindruck bestätigt hat, Wilson war ein großer Zauderer. Was konnte da nicht noch alles passieren!

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Sie sagten heute, Exzellenz, daß die Form des Friedensangebotes auf einem Kompromiß beruhte, mit dessen Fassung Sie nicht völlig einverstanden gewesen seien. Welches waren die gegensätzlichen Auffassungen, die in der Formulierung zu einem Kompromiß vereinigt werden mußten?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Ich glaube, über diese Frage hat sich der General Ludendorff in seinem Buche ausgesprochen. Er hat hervorgehoben, daß er zur Formulierung zurügezogen wäre und Wert darauf gelegt hätte — ich kann den Wortlaut nicht angeben —, daß dem siegreichen Zustande, in dem wir uns befunden haben, in unserem Friedensangebot Ausdruck gegeben würde. Ich glaube, das ist in etwas zu starker Weise geschehen.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Das bezog sich auf den begleitenden Armeebefehl „Im Gefühl des Sieges“?

(Zuruf: Nein, auf die Note selber!)

Vorsitzender: Wir kommen jetzt zu einer ganz anderen Frage. Es liegt dem Ausschuß daran, darüber von Ihnen, Exzellenz, eine Aufklärung zu bekommen, welche Möglichkeiten die Reichsleitung besaß in bezug auf die öffentliche Aufklärung im Sinne dessen, was die Reichsleitung politisch erreichen wollte. Es sollte das deutsche Angebot vom 12. Dezember dahin wirken, die Kriegsleidenschaften zu dämpfen. Sind nun von der obersten Reichsleitung Schritte geschehen im Sinne einer öffentlichen Aufklärung, die also auf eine Dämpfung der Kriegsleidenschaften hinwirkten? Bestanden überhaupt solche Möglichkeiten, und inwieweit sind diese Möglichkeiten ausgenutzt worden? Wie weit hat also auch die Zensur eingegriffen, um nicht in einem dem Ziele der Reichsleitung konterkarierenden Sinne zu arbeiten?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Ich habe die Frage nicht ganz genau verstanden: Was wir getan haben für die öffentliche Stimmung im Inland?

Vorsitzender: Ja, für die öffentliche Stimmung im Inland, damit sie möglichst in Einklang gebracht wurde mit den Zielen der Reichsleitung.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Zu diesem Zwecke habe ich meine Rede im Reichstag bei Einbringung des Friedensangebots gehalten und habe selbstverständlich dafür gesorgt, soweit das möglich war, daß die Presse in dieselbe Kerbe einhieb. Aber dem Ausschuß ist es ja bekannt, daß schon damals und auch schon früher der größte Teil der Presse nicht sehr geneigt war, die Gedanken weiter zu verfolgen, die ich ausgesprochen hatte.

Vorsitzender: Also die wesentlichste Einwirkung geschah von Ihnen, Exzellenz, im Parlament durch Reden, wie Sie ausführten, Reden, die dann durch die Presse selbstverständlich ihren weiteren Kommentar und ihre Verbreitung fanden; denn auf die Presse selbst war der Einfluß, den die oberste Reichsleitung ausübte, nur ein geringer, wie Sie eben ausgeführt haben.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Ich glaube, ich bin mißverstanden worden. Es versteht sich von selbst, daß der Apparat, der nun einmal bestand, um meine Politik zu unterstützen, also auch die Gedanken zu propagieren, die ich in meiner Rede ausgesprochen hatte, in Bewegung gesetzt worden ist. Wie das im einzelnen geschehen ist, darüber habe ich als Reichskanzler keine Kenntnis.

Abgeordneter Gothein: Exzellenz haben unterm 5. Februar 1916 an den General v. Falkenhahn, der damals Chef der Obersten Heeresleitung war, ein Telegramm gerichtet, in dem Sie sich darüber beschweren, daß die Zensur die Presse, insbesondere die „Deutsche Tageszeitung“, die „Kölnische Volkszeitung“ und die „Kreuzzeitung“ gewähren ließen, die sich in hetzerischer Weise für eine schleunige Verschärfung des U-Boot-Krieges ausließen und diese forderten und unter Verkennung der Gefahren eines Abbruchs der Beziehungen den Versuch, für den Lusitania-Streit einen Ausgleich zu finden, damit durchkreuzten, und daß Eure Exzellenz gleichzeitig gebeten haben, Anweisungen an die Oberzensurstelle ergehen zu lassen, die diesem Treiben ein Ende machen. Die Antwort des Generals v. Falkenhahn auf dieses Telegramm ist zwar prinzipiell zustimmend, indessen kann er doch nicht finden, daß die Haltung dieser Zeitungen irgendwie gefährlich sei, und hält es auch für sehr bedenklich, einseitig eine Richtung zu unterbinden. Es geht also daraus hervor, daß ein starker Gegensatz zwischen Eurer Exzellenz selber und der Heeresleitung, beziehungsweise der Zensur, bestand. Es ist mir noch nicht möglich gewesen, die weiteren Schriftstücke durchzusehen. Ich wollte einmal fragen, ob in dieser Frage öfter Beschwerden von seiten der Regierung gegenüber der Handhabung der Zensur ergangen sind.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich habe mir heute früh auszuführen erlaubt in dem Passus meiner Darlegungen, wo ich von der Agitation für den U-Boot-Krieg gesprochen habe, daß ich gegen diese Agitation wiederholt mit allen mir zugänglichen Mitteln eingeschritten sei. Das ist in diesem Telegramm geschehen, das ist in mündlichen Erörterungen geschehen, wenn ich im Hauptquartier mit dem General v. Falkenhahn und anderen Leuten zusammen war. Das ist wiederholt geschehen. Ich habe die Gründe ausgeführt, aus welchen die Agitation doch immer wieder aufgelebt ist, und, wie ich hier wiederholen möchte, von denen ich den stärksten darin sehe, daß in weiten Kreisen des deutschen Volkes die ehrliche Überzeugung bestand, daß der U-Boot-Krieg uns retten würde, das einzige Mittel sei, uns zu retten. Es war das der stärkste Grund; denn eine solche Überzeugung läßt sich durch die Zensur nicht totmachen, ohne die übelsten Wirkungen mit herbeizuführen. Ich kann also über dieses einzelne Telegramm nicht weiter Auskunft geben. Ich kann nur noch einmal wiederholen: Ich bin gegen diese Propaganda wiederholt eingeschritten, habe bei den Zensurstellen und bei der obersten Zensurstelle Vorstellungen gemacht, und trotzdem ist aus den Gründen, die ich angegeben habe, diese Propaganda immer wieder aufgelebt.

Abgeordneter Dr. Schücking: Exzellenz haben heute morgen

von der Maschinerie der Kriegsstimmung gesprochen, die in allen Ländern gleichmäßig gefährlich war. Wenn man diese Maschinerie der Kriegsstimmung hätte überwinden wollen, so wäre es darauf angekommen, eine Plattform zu finden, die allen Völkern gemeinsam war, die in den Krieg verwickelt waren. Eine solche Plattform war in gewissem Sinne gegeben in den Völkerbundideen, und Eure Exzellenz haben ja, wenn ich mich recht erinnere, im November 1916 sich schon im Budget-Ausschuß des Reichstages für den Gedanken des Weltfriedensbundes ausgesprochen. Ist es Eurer Exzellenz nun bekannt, daß, nachdem Sie selbst sich für diesen Gedanken ausgesprochen haben, durch die Maßregeln der Zensur alle Schriften unterdrückt wurden, die sich in Deutschland mit diesen Ideen beschäftigten, auch in rein wissenschaftlicher Weise? Ist es Eurer Exzellenz bekannt, daß den Trägern dieser Ideen bei Androhung von Schutzhaft und Gefängnisstrafe verboten war, sich über diese Ideen auch in rein theoretischer Form zu äußern, und daß diese militärischen Maßnahmen noch fortdauerten, selbst als der Reichstag in seiner Resolution vom Juli 1917 internationale Rechtsgarantien gefordert hatte?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich muß gestehen, es ist mir noch nicht ganz klar, wie diese Frage mit dem thema probandum im Zusammenhang steht, mit der Wilsonschen Friedensaktion.

Vorsitzender: Wahrscheinlich meint Herr Professor Schücking, daß die Friedensstimmung im Lande eine Förderung erhalten hätte, und daß dadurch wiederum die eigene Friedensaktion, wie sie von uns vorbereitet war und am 12. Dezember zum Ausdruck kam, wesentlich mit unterstützt worden wäre. Ich nehme an, daß das die Tendenz gewesen ist, die diesen Ausführungen des Professors Schücking zugrunde liegt.

Abgeordneter Dr. Schücking: Jawohl!

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Im übrigen weiß ich zu der Sache selber, über die Details, die Professor Schücking gestreift hat, im einzelnen heute nicht Bescheid. Ich glaube auch nicht, daß es mir möglich sein wird, aus den Akten das Nähere zu ersehen. Ich entsinne mich, daß — ich glaube, Professor Quidde war es wohl, drangsaliert worden ist.

(Zuruf: Auch Professor Schücking!)

Ich glaube, er hat mir darüber geschrieben. Ich glaube, ich habe ihn auch mal selber empfangen. Ich glaube, er ist von Herrn Staatssekretär Zimmermann auch empfangen worden. Es ist mir so; ich weiß es aber nicht. Ich weiß, daß diese Verfolgungen, die

da vielleicht stattgefunden haben, nicht nach meinem Sinne gewesen sind. Soviel ich weiß, habe ich auch in dem Fall des Professors Quidde etwas veranlaßt. Aber im einzelnen ist es mir selbstverständlich unmöglich, über diese Details hier Auskunft zu geben.

Abgeordneter Gothein: Ich wollte nochmal fragen: hatte die politische Leitung überhaupt keine Möglichkeit, gegenüber der Zensur direkte Anordnungen und Anweisungen zu geben, daß sie genötigt war, sich deswegen immer zuerst an die Oberste Heeresleitung zu wenden?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Auch das ist eine Frage, die ich heute nicht unter dem Zeugeneid beantworten kann, wie die Organisation da im einzelnen gewesen ist. Ich möchte zu bedenken bitten, daß das, was in der Weise nachher geschah, doch von meinen Mitarbeitern vorgelegt wurde, mir eventuell zur Unterschrift vorgelegt wurde, daß das aber doch Fragen waren, die in allen Sorgen des Weltkrieges von mir selbst nicht haben bearbeitet werden können. Also: ich bin nicht imstande, hierüber im Moment nähere Auskunft zu geben.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Das Entscheidende scheint mir das zu sein: Während Sie die Friedensaktion über Wilson betrieben haben, waren, soviel ich aus den Akten weiß, die Presse und der Reichstag nicht informiert über Ihre Stellung zu Wilson. Es wurde also immer Ihre Aktion gestört durch die öffentliche Meinung, die nicht informiert war. Darum kommt es darauf an zu wissen: Was haben Sie getan, um Presse und Reichstag in Parallele zu bringen zu dem, was Sie beabsichtigt haben?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich glaube, das ist auch eine Frage — sie ist ja sehr prägnant hier gefaßt —, aber es ist eine allgemein politische Frage, die auch nur durch allgemeine Ausführungen beantwortet werden kann. Wir haben, glaube ich, doch seit Anfang des Krieges eine Animosität der Parteien und der öffentlichen Meinung gegen Amerika zu konstatieren gehabt. Ich habe wiederholt in vertraulichen Besprechungen mit Reichstagsabgeordneten auf die Gefahr hingewiesen, welche in einer weiteren Propagation dieser Animosität gegen Amerika läge. Ich habe auch Anweisung gegeben, daß kalmierend auf die Presse in dieser Beziehung gewirkt werden sollte. Ich möchte Sie aber erinnern — auch das ist übrigens ein Punkt, den ich heute bereits gestreift habe —, daß alle meine Bemühungen, in dieser Beziehung in der Öffentlichkeit dahin zu wirken, daß diese mir durchaus begreifliche Animosität gegen Amerika doch in gewissen Schranken gehalten würde, immer dem Einwurf der

Schwäche begegnet sind. Die hier Anwesenden wissen ja, wie mir auch durch politische Aktionen — einmal im Preußischen Abgeordnetenhaus — der Vorwurf gemacht worden ist, aus Kleinmut nicht scharf und energisch gegen Amerika vorzugehen. Das sind allgemeine Strömungen im Volke gewesen, gegen die ich gekämpft habe; aber mich nun zu fragen im einzelnen: was haben Sie gegen diese Strömungen getan? — mir scheint: das ist doch nicht, das ist schwer zu beantworten.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Es ist ja wohl sicher, daß Sie schon damals pessimistisch oder sorgenvoll über den Ausgang des Krieges dachten. Sie haben heute morgen erwähnt, daß General Ludendorff selbst erklärt habe: der Krieg ist ohne U-Boot-Krieg nicht mehr zu gewinnen. Haben Sie keine Möglichkeit gehabt, nun vor allen Dingen die Presse und den Reichstag für ihre Politik durch rücksichtslose Aufklärung, durch Kampf zu gewinnen, und im Reichstag besonders, wenn Sie keine Mehrheit hatten, sich eine solche zu schaffen?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich möchte dem zunächst widersprechen, was der Herr Berichterstatter über meine Stellung gesagt hat, ich sei ein Pessimist gewesen. Das bin ich nicht gewesen — ich möchte das hier ausdrücklich feststellen und würde nicht wünschen, daß durch Feststellungen des Herrn Berichterstatters in dieser Weise meine angebliche Auffassung festgelegt wird. Ernst aufgefaßt habe ich unsere Lage vom ersten Tage des Krieges an, ernst, sehr ernst. Aber Ernst und Pessimismus sind zwei ganz verschiedene Dinge.

Nun ist auch das wieder eine Frage, warum ich das Volk nicht voll über den Ernst der Lage aufgeklärt habe. Ja, ist es denn unbekannt, daß ich von Parteien, von der öffentlichen Meinung gerade um deswillen die schärfste Opposition zu erdulden gehabt habe, weil gesagt worden ist: der sieht unsere Lage für ernst an —? (Mit erhobener Stimme:) Das ist es ja gerade gewesen, was gegen mich angeführt worden ist, daß ich die Lage als ernst angesehen habe! Ich möchte diejenigen Herren des Reichstages, mit denen ich vertraulich über die Sache gesprochen habe, daran erinnern, daß ich ihnen nie ein rosiges Bild vorgeführt habe, niemals! Ich weiß es, daß zum Beispiel der verstorbene Abgeordnete Bassermann sich beklagt hat: wenn ich persönlich beim Reichskanzler gewesen bin, da kommt man sehr ernst heraus. Also über die Situation, über den Ernst unserer Lage habe ich in vertrauten Gesprächen — über meinen Ernst! — niemals ein Hehl gemacht. Wenn ich im Reichstag den Pessimismus vertreten hätte, von dem der Herr Berichterstatter spricht, (auf den Tisch schlagend) dann wären wir sofort zusammengebrochen, meine Herren! Da habe ich den Mut aufrechterhalten, und das war meine Pflicht. Das war meine Pflicht gegen das Volk, und das war meine Pflicht gegen

die Armee. Ich habe dabei — ich möchte bitten, meine Reden darüber nachzulesen — ich habe, obwohl ich selbstbewußte und zuversichtliche Worte gesprochen habe, — goldene Berge habe ich niemals aufgerichtet vor dem deutschen Volk!

Abgeordneter Dr. Cohn: Darf ich wegen der Beeinflussung der Presse folgende konkrete Frage stellen?

Die Einrichtung der Pressekonferenzen ist Ihnen ja wohl bekannt, Exzellenz. Sie waren meines Wissens zuerst geleitet von dem Herrn Major Deutelmoser, einem Major aus dem Großen Generalstabe. Späterhin übernahm sie ein anderer Herr, auch ein Offizier. Herr Major Deutelmoser wurde aber von der Pressekonferenz weg in das Auswärtige Amt berufen, und zwar als Chef der Presseabteilung oder der politischen Abteilung. Wenn nun die Differenzen zwischen politischer und militärischer Reichsleitung bestanden, die heute ja auch von Ihnen wiederum hervorgehoben worden sind, wie ist es gekommen, daß ein Mann, der selbstverständlich zunächst von seinem militärischen Standpunkte ausgehen und von diesem Standpunkte aus die Presse in den Pressekonferenzen leiten mußte, nunmehr noch von der zivilen Reichsleitung ins Auswärtige Amt berufen wird, da er doch von keinen anderen als militärischen Auffassungen ausgehen konnte?

Vorsitzender: Das gehört aber nicht zum Thema.

Abgeordneter Dr. Cohn: Bitte sehr, ich glaube doch wohl, Herr Vorsitzender, gerade gegenüber den Feststellungen und Bekundungen des Herrn Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg gehört es hierher als konkretes Beispiel für den auch von ihm beklagten Widerstreit zwischen militärischen und zivilen Stellen. Ich möchte zur Aufklärung über die Notwendigkeit dieser Frage und ihre Zusammengehörigkeit mit dem Thema für den Herrn Vorsitzenden folgendes bemerken. Es ist vorhin aus den Äußerungen des Herrn v. Bethmann Hollweg hervorgegangen, daß er geglaubt hat, die Dinge bis zu einem gewissen Grade nehmen zu müssen, wie sie eben durch den Krieg geboten waren, auch die Prävalenz der militärischen Seite der Staatsleitung. Demgegenüber möchte ich positiv fragen: warum ist nun von dem damaligen Herrn Reichskanzler noch positiv der Einfluß der militärischen Stellen auf das Auswärtige Amt und auf die Öffentlichkeit verstärkt worden, indem man einen Mann von dieser Vergangenheit und von dieser Mentalität in das Auswärtige Amt hineingenommen hat?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Der Einfluß des Militärs ist nicht verstärkt worden durch die Berufung

des Herrn Deutelmoser, und den Herrn Deutelmoser habe ich als einen geeigneten Beamten für das Amt, in das er berufen worden ist, gehalten. Auf Vorschlag des Auswärtigen Amtes habe ich mich mit seiner Berufung einverstanden erklärt. Welche Gründe mich dazu bestimmt haben, darüber habe ich, glaube ich, bei dieser Zeugenaussage keine Auskunft zu geben.

Reichsminister Dr. **David**: Seine Exzellenz hat gesagt, es sei damals im Volke eine allgemeine starke Strömung gegen Amerika und Wilson gewesen, und diese allgemeine Strömung, diese allgemeine Stimmung gegen Amerika habe ja auch mit ein Motiv gebildet dafür, daß unsererseits das Friedensangebot vom 12. dem Wilsonschen vorausging.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Nein, das habe ich nicht gesagt!

Reichsminister Dr. **David**: Die Oberste Heeresleitung war darüber informiert, daß von der politischen Leitung Wilson zu einer Friedensaktion angeregt war. Das spielte im Herbst des Jahres sich ab. Zu gleicher Zeit wurde von der Obersten Heeresleitung und ihrem Presseapparat im Lande diese Amerikahetze und Wilsonhetze von Tag zu Tag in das Volk hineingetrieben. Ist von der politischen Leitung etwas geschehen bei der Obersten Heeresleitung, um sie darauf aufmerksam zu machen, daß damit ja die politische Aktion, die Wilson zu einer Friedensaktion bringen sollte, durchkreuzt, jedenfalls aufs ernsthafteste bedroht war? Ist die Oberste Heeresleitung nicht veranlaßt worden, durch ihre Pressemaschine darauf hinzuwirken, daß diese Durchkreuzung der geplanten Aktion durch eine falsche Einstellung der öffentlichen Meinung, wie es durch die Pressekonferenzen usw. erfolgte, aufhöre und eine richtigere Einstellung erfolge als Vorbereitung für die erfolgreiche Aktion bei Wilson?

Zweitens: Hat Seine Exzellenz nicht die Frage erwogen, ob es damals nicht möglich gewesen wäre, die Führer der Parteien oder wenigstens die Führer derjenigen Parteien, von denen er annehmen durfte, daß sie die Tendenz seiner Politik, auf einen Verständigungsfrieden hinzukommen, billigten, in vertrautester Form wenigstens darüber zu informieren, daß eine solche Aktion mit Wilson in Vorbereitung sei, um auch von da aus die öffentliche Meinung in das richtige Fahrwasser zu bringen?

Vorsitzender: Ich bitte, Exzellenz!

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Die Animosität gegen Amerika ist nicht ein Grund zu unserem Friedensangebot gewesen. Ich glaube, Herr David hat in dieser Beziehung meine Ausführungen nicht richtig aufgefaßt. Ich habe,

soviel ich mich entsinne, die Animosität im deutschen Volke nicht als Grund dafür angegeben, daß wir ein eigenes Friedensangebot machen.

Reichsminister Dr. David: Ein Grund mit, ein Motiv mit!

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich glaube, ich habe es nicht einmal als Motiv heute aufgeführt, ich glaube nicht.

Daß die Oberste Heeresleitung unterrichtet gewesen ist von unseren Schritten in Amerika, ist selbstverständlich. Es geht im übrigen auch aus den Telegrammen hervor, die ich heute verlesen habe.

Es ist schließlich gefragt worden, ob ich nicht geglaubt hätte, durch vertrauliche Mitteilungen namentlich an die Mitglieder derjenigen Reichstagsparteien, welche meine Politik noch zu unterstützen einige Neigung gehabt haben, daß ich dadurch, daß ich sie ins Vertrauen zog, die Wirksamkeit der zu erwartenden Friedensaktion des Präsidenten Wilson hätte fördern können. Ich möchte mir erlauben, darauf zu bemerken, daß die Wirksamkeit von Wilsons Friedensaktion bei der deutschen Regierung nicht gestärkt zu werden brauchte. Wir haben in der Beantwortung von Wilsons Friedensnote ihm ja doch in warmen Worten gedankt und seinen Friedensappell angenommen, ohne uns stören zu lassen von der Animosität, die im deutschen Volke geherrscht hat.

Abgeordneter Gothein: Nach der neulichen Bekundung des Herrn Botschafters Grafen Bernstorff haben ihm Eure Exzellenz nach seiner Rückkehr aus Amerika gesagt, Sie hätten, wenn Sie, statt zu dem letzten Mittel der U-Boot-Waffe zu greifen, einen durch Amerika vermittelten Frieden angenommen hätten, bei diesem Bestreben den Reichstag nicht hinter sich gehabt, höchstens im Reichstag die sozialdemokratische Fraktion. War Eurer Exzellenz nicht bekannt, daß die Fortschrittliche Volkspartei, von der ich ja allerdings zugebe, daß sie mit der Sozialdemokratie keine Mehrheit gebildet hätte, genau ebenso den uneingeschränkten U-Boot-Krieg bekämpfte, weil er zum Kriege mit den Vereinigten Staaten führen müsse?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Gewiß ist mir das letztere bekannt gewesen, und was mein Gespräch mit dem Grafen Bernstorff, nachdem er zurückgekommen ist, anlangt, so möchte ich dazu folgendes bemerken: Was ich im einzelnen mit dem Grafen Bernstorff gesprochen habe, ist mir nicht mehr gegenwärtig. Herr Graf Bernstorff hat darüber Bekundungen gemacht, was ich ihm gesagt hätte, die unzweifelhaft richtig wieder-

geben, was ich gesagt habe. Meine Aufgabe war es — das ist ein Gedanke, den ich heute früh auch schon gestreift habe —: nachdem der uneingeschränkte U-Boot-Krieg einmal beschlossen war, mußte ich allen gegenüber die Wirksamkeit des U-Boot-Krieges nicht irgendwie in Zweifel ziehen, mußte auch hier sagen: wir werden damit etwas erreichen. Und darum habe ich in meinem Gespräch mit dem Grafen Bernstorff nicht die innersten Falten meines Herzens aufgedeckt — dazu lag auch gar keine Notwendigkeit vor —, sondern ich habe diejenigen Momente angegeben, welche für den U-Boot-Krieg gesprochen haben.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ich darf auf die Frage zurückkommen, die ich vorhin an Sie gestellt habe und die meines Erachtens nicht ganz geklärt ist. Es war Ihnen bekannt, daß General Ludendorff erklärt hatte, es läge ihm durchaus fern, die Reichsregierung vor der Erledigung unserer Friedensaktion zum rücksichtslosen U-Boot-Krieg zu drängen. Er müsse jedoch noch einmal seine Ansicht festlegen, daß wir ohne rücksichtslosen U-Boot-Krieg den Feldzug verlieren würden. Seine Eindrücke von der Westfront hätten ihn hierin bestärkt, die Versenkung der bewaffneten Handelsdampfer genüge nicht. Also Ludendorff sieht die militärische Lage als hoffnungslos an, wenn der rücksichtslose U-Boot-Krieg nicht einsetzt! Sie haben heute morgen geschildert, daß Sie die Gefahr des unbeschränkten U-Boot-Krieges erkannt haben und ihn nicht wollten. Der Feldzug konnte nicht gewonnen werden; das Kriegsmittel, das noch zur Bereitschaft stand, war nach Ihrer Ansicht nicht zum Erfolg führend. War es da nicht die Aufgabe, durch Verwendung solcher Mitteilungen wenigstens eine Beschränkung in den Kriegszielen herbeizuführen? War das nicht ein Mittel, gegen die „Kriegsmaschine“ erfolgreich zu arbeiten? Mußte in solcher Lage politisch nicht Entscheidendes geschehen?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. **Bethmann Hollweg**: Ich kann den Zusammenhang für diese Frage noch nicht recht herausfinden. Ich habe ja selbst heute früh diese Depesche, die der Herr Berichterstatter verlesen hat, verlesen. Der Standpunkt der Obersten Heeresleitung war eben, „der U-Boot-Krieg ist notwendig, sonst verlieren wir den Feldzug“. Ich bin der Ansicht gewesen: nicht, wir verlieren den Feldzug, wenn wir den U-Boot-Krieg machen, absolut. Ich habe heute bereits angegeben, daß es mir möglich erschienen ist, selbst nachdem Amerika in den Krieg getreten war, zu einem anderen Kriegsende zu kommen, wie wir heute gekommen sind. Ich habe nur die große Gefahr vor Augen gehabt, und ich habe nicht an die Berechnungen der Marine geglaubt, daß wir nun England unmittelbar friedensbereit machen würden bis zur nächsten Ernte. Also das Risiko, welches wir übernommen haben, ist mir ungeheuer erschienen. Aber ich habe Ihnen doch

die ungeheuer schwierige Lage geschildert, in der ich mich befunden habe, die Anwendung eines Kriegsmittels zu verhindern, das von so maßgeblichen Autoritäten wie unserer Obersten Heeresleitung als unumgänglich notwendig gefordert wurde, wenn wir den Krieg nicht verlieren sollten. Ich habe diese ungeheuer schwierige Lage, in der ich mich befunden habe, heute morgen schon geschildert und möchte darauf verzichten, noch einmal darauf einzugehen.

Abgeordneter **Katzenstein**: Exzellenz, Sie haben dargelegt, welche ungeheure Gefahr der U-Boot-Krieg mit sich brachte. General Ludendorff hatte erklärt, daß ohne den U-Boot-Krieg der Feldzug verloren sei. Exzellenz, Sie müssen die Gefahr, die durch den Eintritt Amerikas in den Krieg drohte, für schwerer gehalten haben als die von General Ludendorff geäußerten Befürchtungen, denn nach der Ansicht Ludendorffs wäre ohne den unbeschränkten U-Boot-Krieg der Feldzug unbedingt verloren gewesen. Ich möchte gern wissen, welche Beweggründe Eure Exzellenz veranlaßt haben, trotz dieser Auffassung Ludendorffs sachlicher Gegner des unbeschränkten U-Boot-Krieges zu sein?

Zeuge **Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg**: Ich habe meine Stellung zu dem U-Boot-Krieg heute so ausführlich und so eingehend dargelegt, daß mir erlassen werden sollte, noch einmal die einzelnen Fragen hier zu erörtern.

Abgeordneter **Heile**: Bei der Entscheidung über den U-Boot-Krieg war es so, daß Rücksicht genommen wurde auf die Stimmung, die in der öffentlichen Meinung vorhanden war. Die Frage liegt nahe, wieweit die öffentliche Meinung in Deutschland künstlich geschaffen worden ist. Nun habe ich damals selbst, der ich auch in der Presse tätig bin, die Erfahrung gemacht, daß, als ich in der Presse die Meinung des damaligen Herrn Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg unterstützen und verteidigen wollte, mir von der militärischen Zensur dies verboten wurde. Und als ich darauf hinwies — und vielen anderen in der Presse ist es damals genau so gegangen —, daß ich nur die Politik der Reichsregierung unterstützt und nur deshalb, um die Politik der Reichsregierung zu unterstützen, diesen Artikel geschrieben hätte, antwortete die militärische Zensur, das sei ihr furchtbar egal und ginge sie gar nichts an.

(Bewegung.)

Es war so, daß ein Kampf um die öffentliche Meinung zwischen der politischen Reichsleitung und der militärischen Kriegsleitung ohne allen Zweifel vorhanden war. Ich möchte nun die Frage stellen, ob dem damaligen Herrn Reichskanzler bekannt war, daß die militärische Zensur nicht nur in einem solchen Einzelfalle, sondern dauernd alle ihre Macht benutzt hat, um die Politik

des Reichskanzlers zu durchkreuzen, und wenn es dem Herrn Reichskanzler bekannt war, ob es nicht möglich gewesen ist, dagegen als Reichskanzler etwas zu tun, und ob etwas und was dagegen geschehen ist.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Daß die Oberste Heeresleitung absichtlich die Zensur angewiesen hätte, meine Politik zu durchkreuzen, darüber ist mir nichts bekannt.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Im Anschluß daran möchte ich Exzellenz fragen: Ist Ihnen vielleicht der Vorgang mit Professor Dr. Hans Delbrück bekannt, der schon im Herbst 1914 deshalb vom Oberkommando Berlin zurechtgewiesen wurde, weil er einen Artikel über das zukünftige Verhältnis Deutschlands zu England geschrieben hatte; und als er antwortete, er sei erstaunt, daß man ihn darüber zur Rechenschaft ziehe, er habe den Artikel in unmittelbarer Übereinstimmung mit dem Reichskanzler geschrieben, sei ihm erwidert worden: „Desto schlimmer für den Reichskanzler, das ändert aber nichts an meiner Auffassung.“ Ist Ihnen dieser Vorgang bekannt?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Daß Professor Hans Delbrück damals Schwierigkeiten gehabt hat, weiß ich. Aber welche Antwort die Zensurbehörde dem Professor Hans Delbrück gegeben hat, weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Eine Frage noch! Es wurde, glaube ich, heute vormittag erwähnt, geht aber auch aus den Akten hervor, daß am 18. Dezember 1916 noch eine neutrale Macht die Nachricht nach Berlin hat gelangen lassen, daß die Entente Neigung habe, auf Wilsons Vorschläge einzugehen, wenn Deutschland sich zur Wiederherstellung Belgiens verpflichte.

Dann darf ich zu der allgemeinen Frage des Verhältnisses zwischen Zivil- und Militärgewalt noch folgendes fragen: Sie erwähnten heute Autoritäten, die sich selbst für Autoritäten auf volkswirtschaftlichem Gebiete hielten und den U-Boot-Krieg empfohlen hätten. Haben Sie veranlaßt, daß andere Autoritäten jenen entgegengestellt wurden, daß mit anderen Worten das Urteil der zivilen Stellen und der politischen Leitung des Reiches nicht nur auf die von militärischer Seite beigebrachten Autoritäten und solcher, die sich dafür hielten, angewiesen war?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Ich habe die verschiedenen Denkschriften des Admiralstabes über die Führung des U-Boot-Krieges nebst ihren statistischen wissen-

schaftlichen Beilagen stets an die mit mir zusammenarbeitenden inneren Ressorts mit der Bitte um ihre Begutachtung abgegeben, und dabei sind auch andere Autoritäten von diesen Ressorts, soviel ich weiß, herangezogen worden, um nun gegenüber dem Standpunkt des Admiralstabes und seinen Berechnungen mir ihre eigene Ansicht darzulegen.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Eine letzte Frage zu diesem Punkte, Exzellenz! Sie sprachen die Meinung aus, es hätte vielleicht zum gegebenen Zeitpunkt stärker auf eine Zurückdrängung der militärischen Prävalenz hingewirkt werden können. Sind Sie der Meinung, daß der Anspruch auf militärische Prävalenz beim Militär geendet hat, oder glauben Sie, daß vielleicht auch Zivilstellen den Anspruch der militärischen Prävalenz für richtig hielten und demgemäß Ihre Politik nicht voll unterstützten?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Das ist eine Frage, über die ich keine Auskunft erteilen kann.

Vorsitzender: Damit ist der Fragenzyklus wohl erschöpft, soweit er sich an die erste Kernfrage anschließt, und soweit Exzellenz in der Lage waren, heute darüber Auskunft zu erteilen. Wir werden auf einzelne Fragen und ihre Beantwortung in der nächsten Sitzung noch zurückkommen müssen.

Ich gebe nun noch Exzellenz Spahn außerhalb dieses Fragenkomplexes das Wort zu einer besonderen Frage, die er heute noch erledigen möchte.

Abgeordneter Dr. **Spahn**: Exzellenz! Sie haben heute vormittag das Schreiben mitgeteilt, das der Vorstand der Zentrumsfraktion Ihnen zugehen ließ, und haben es so charakterisiert, daß man meinen könnte, es wäre eine Proklamation der Militärdiktatur beabsichtigt gewesen. Nun teile ich diese Auffassung nicht. Aber es kommt mir auf diese Charakteristik nicht an. Sie veranlaßt mich nur, die Frage zu stellen, damit das Bild nicht verschoben wird, ob Sie irgendwelchen Anhalt dafür haben, daß der Inhalt und der Gedankengang dieses Schreibens in den Verhandlungen verwertet worden ist, die der Kaiser mit der Obersten Heeresleitung in Pleß über den U-Boot-Krieg geführt hat.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Dafür habe ich keinen Anhalt. Ich habe lediglich heute früh mitgeteilt — das ist auch jetzt noch meine Ansicht —, daß ich dieses Schreiben des Zentrums dahin auffaßte: Hindenburg soll bestimmen, ob er den U-Boot-Krieg für notwendig hält; wir wünschen, daß der

Reichskanzler sich dann seiner Ansicht anschließt; jedenfalls hat er die Deckung beim Zentrum, wenn er das tut.

Vorsitzender: Damit ist diese Frage auch erledigt.

Wir brechen nunmehr die Sitzung ab. Die nächste Sitzung findet statt Dienstag, den 4. November, 10 Uhr. Zu dieser Sitzung sind Eure Exzellenz wieder geladen, gleichfalls Exzellenz Graf Bernstorff, damit möglicherweise eine Gegenüberstellung stattfinden kann. Eine gesonderte Ladung ergeht also nicht.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 19 Minuten.)

---

5. Sitzung des 2. Unterausschusses

Dienstag den 4. November 1919.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 23 Minuten durch den Vorsitzenden, Abgeordneten Warmuth, eröffnet.

Vorsitzender: Ich möchte zunächst in die Vereidigung von Exzellenz v. Romberg als Sachverständigen eintreten. Das ist bisher noch nicht geschehen. Exzellenz v. Romberg, ich erbitte zunächst Ihre Personalien, Ihren Vornamen und Ihr Alter.

Sachverständiger **v. Romberg:** Gisbert, Freiherr v. Romberg, geboren 1866.

Vorsitzender: Wünschen Exzellenz, daß ich den Sachverständigeneid Ihnen in der Form der religiösen Zusätze oder ohne diese abnehme?

Sachverständiger **v. Romberg:** In derselben Form, wie er bisher geleistet worden ist.

(Der Sachverständige v. Romberg leistet darauf den Sachverständigeneid.)

Vorsitzender: Wir fahren nunmehr fort in der Vernehmung von Exzellenz v. Bethmann Hollweg. Es war bei der Frage zu 1 unter den Kernfragen, die dahin lautet:

> Aus welchen Gründen ist das Friedensangebot am 12. Dezember durch die Zentralmächte erfolgt, trotzdem die Mitteilungen des Grafen Bernstorff eine Friedensaktion Wilsons bis spätestens Ende Dezember in sichere Aussicht gestellt? —

in der letzten Sitzung noch einiges unerledigt geblieben, das Exzellenz heute nachtragen wollten. Es wird sich da, ohne daß ich damit irgendwie Exzellenz vorgreifen will, was Exzellenz zur Ergänzung hier vortragen wollen, im wesentlichen wohl noch um die Beantwortung folgender Fragen handeln:

> Wie weit hat der Rücktritt Bryans Ihre Auffassung von Wilsons ernsthaftem Friedensvermittlungswillen beeinflußt?
>
> Hat Gerard bei seiner Abreise im September 1916 die Friedensbedingungen mitgeteilt erhalten?
>
> Wie weit war Baron Burian über den Stand der Verhandlungen mit Wilson orientiert?

> Warum ist das deutsche Friedensangebot erfolgt, trotzdem Wilson für seine Aktion zur Bedingung gemacht hatte, daß vorher über Friedensvermittlung nicht gesprochen werden solle?

Das sind, wie gesagt, die wesentlichsten Fragen. Es ist damit aber durchaus nicht gesagt, daß etwa die Erörterung anderer Fragen ausgeschlossen sein sollte.

Darf ich Exzellenz bitten, uns nun darüber Vortrag zu halten?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Was die erste Frage anlangt, so ist selbstverständlich der Rücktritt Bryans unter den politischen Umständen, unter denen er erfolgte, von mir auch nach jeder Richtung hin beobachtet worden. Sein Eindruck auf mich hat ja lediglich zu der Skepsis, die sich nachher im weiteren Verlauf bei mir gegenüber der Politik Wilsons entwickelt hat, beitragen können.

Was die Mitgabe konkreter Friedensbedingungen an Botschafter Gerard anlangt, so glaube ich, in der vorigen Sitzung bereits gesagt zu haben, daß ich konkrete Friedensbedingungen niemals dem Botschafter Gerard mitgegeben habe. Dazu lag auch für mich keine Veranlassung vor. Daß ich in meinen häufigen Gesprächen mit dem Botschafter Gerard — er pflegte mich zu besuchen nach jeder Reichstagssitzung usw., und da haben wir darüber gesprochen — über etwaige Friedensbedingungen, über die im allgemeinen meiner Auffassung nach zu weitgehenden Friedensprogramme, die bei uns ja aufgestellt worden sind, meine Ansicht nicht verhehlt habe, ist klar. Ich glaube nicht, daß der Botschafter Gerard aus all dem, was ich ihm gesagt habe, jemals etwas anderes hat entnehmen können, als daß die Friedensbedingungen, die mir vorschwebten, durchaus maßvoll gewesen sind.

Nun die Frage wegen der fortdauernden Orientierung des Barons Burian über unsere Friedensdémarche in Washington. Selbstverständlich ist bei meinen wiederholten Unterredungen mit dem Baron Burian sowohl wie mit dem hiesigen österreich-ungarischen Botschafter über Friedensmöglichkeiten auch die Eventualität eines Friedens durch den Präsidenten Wilson erörtert worden. Daß dem Präsidenten die Rolle eines Weltfriedensbringers erstrebenswert war, war allgemein bekannt. Als Friedensvermittler in dem von mir neulich gekennzeichneten engeren Sinn des Wortes erschien Wilson dem Baron Burian wegen seiner offensichtlichen und hier besprochenen Hinneigung zur Entente wenig erwünscht. Mußte ich dem österreichischen Staatsmann hierin zustimmen, so habe ich doch andauernd in meinen Unterredungen den Standpunkt vertreten, daß uns, die wir gemeinsam möglichst baldige Friedensverhandlungen wünschten, ein Friedensappell Wilsons nur genehm sein könnte, was Baron Burian nach meiner Erinnerung niemals bestritten hat. Ob Baron

Burian nun auch fortdauernd von allen unseren einzelnen Schritten in Washington unterrichtet worden ist, werden die dem Ausschuß zur Verfügung stehenden Akten ergeben. Ich vermag aus meiner Erinnerung darüber nicht präzise zu antworten.

Vorsitzender: Zu dieser Frage wünscht Herr Sinzheimer eine Bemerkung zu machen.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer:** Die entscheidende Frage scheint uns zu sein, ob Baron Burian mitgeteilt worden ist, daß Graf Bernstorff instruiert worden ist, einen Friedensappell Wilsons herbeizuführen, also ob ihm das Verhältnis zwischen Reichsleitung und Graf Bernstorff mit dem Ziel einer Herbeiführung der Friedensaktion Wilsons bekannt gemacht worden ist.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß auch Bundesgenossen gegenüber eine solche genaue Orientierung über die Ausführung dessen, was wir anstrebten, nicht gebräuchlich zu sein pflegt. Mir scheint das Entscheidende zu sein, daß Baron Burian nach unseren Unterredungen völlig im klaren darüber sein mußte, daß mir — und also der deutschen Politik — ein Friedensappell des Präsidenten Wilson erwünscht wäre. Das scheint mir für das Bundesverhältnis das maßgebende zu sein: daß Österreich-Ungarn wußte, Deutschland wird ein Friedensappell — Appell, nicht die Vermittlung, in dem unterschiedlichen Sinn, den ich mir neulich festzustellen erlaubt habe — angenehm sein.

Wenn ich zu der nächsten, noch ausstehenden Frage übergehen kann, so möchte ich folgendes bemerken. Der Herr Vorsitzende hat zum Ausdruck gebracht, ich hätte meinem Wunsche, durch Wilsons Vermittlung tatsächlich zu einem Frieden zu kommen, durch meine Wirksamkeit teilweise nicht nachgegeben. So hätte ich beispielsweise dem Wunsche Wilsons nicht Rechnung getragen, sein Friedensangebot vor einem unsrigen zu verwirklichen, vielmehr hätte ich mit unserem Friedensangebot dem Wilsonschen zuvorkommen wollen. Hierauf antworte ich: mir kam es darauf an, zum Frieden zu kommen. Welche Gründe mich zu dem eigenen Friedensangebot bestimmt haben, habe ich am Freitag vormittag ausgeführt. Ich will meine damaligen Ausführungen hier nicht wiederholen. Da Wilsons Friedensappell bis zu dem Augenblick nicht verwirklicht war, wo wir mit unserem Friedensangebot herauskommen mußten, wenn wir überhaupt ein solches machen wollten, haben wir uns entschlossen, unser Friedensangebot hinausgehen zu lassen.

Der Herr Vorsitzende hat weiterhin gefragt, warum ich den durch Graf Bernstorff übermittelten Wunsch des Präsidenten Wilson, mit unseren Bedingungen nicht vor seiner Friedensaktion herauszukommen, ignoriert hätte. Hierauf antworte ich: Mit

Friedensbedingungen sind wir bei unserem Friedensangebot ja nicht herausgekommen; wir haben vielmehr nur ganz allgemein die Grundlagen angegeben, auf denen wir in Friedensverhandlungen einzutreten bereit waren. Wir haben erklärt, daß die Vorschläge, die wir zu den Verhandlungen mitbringen würden, und die darauf gerichtet seien, Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit unserer Völker zu sichern, nach unserer Überzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens bilden würden. Machten wir einmal ein Friedensangebot — und die Gründe dafür habe ich ja angegeben —, dann mußte auch zum mindesten die allgemeine Basis angedeutet werden, auf der wir bereit waren, in Verhandlungen einzutreten.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit einige Bemerkungen machen, die sich zwar nicht auf formulierte Fragen, aber doch auf Gedankengänge beziehen, die in den bisherigen Verhandlungen angeklungen sind. Offenbar besteht vielfach die Ansicht, daß wir mit der Betonung unseres Friedensangebots und der gleichzeitig laufenden Betreibung einer amerikanischen Friedensaktion eine nicht nur in ihren Folgen schädliche, sondern auch unzulässige Doppelaktion unternommen hätten. Pressestimmen haben von einem Doppelspiel gesprochen. Zur Unterstützung dieser Ansicht sind zwei Telegramme herangezogen worden, das eine vom 26. November, an den Grafen Bernstorff gerichtet, in dem es heißt:

> Friedensaktion Wilsons würden wir unserer, in Telegramm Nr. 116 vom 22. November erwähnten Aktion

— nämlich der Ankündigung unserer Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen —

> vorziehen —

das andere vom 27. November, also vom Tage darauf, an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg, in dem, wie hier erwähnt worden ist, von dem psychologischen Augenblick für ein eigenes Friedensangebot gesprochen wird. Es ist erforderlich, die in Frage kommenden Teile der beiden Telegramme zu verlesen. An den Botschafter in Washington ist telegraphiert worden:

> Friedensaktion Wilsons würden wir unserer, in Telegramm Nr. 116 vom 22. November erwähnten Aktion vorziehen. Hierfür jedoch unbedingt erwünscht, daß Wilson sich zu baldigem Handeln, womöglich bei Eröffnung des Kongresses oder unmittelbar nachher, entschließt. Bei Hinziehen bis Neujahr oder später würde Abflauen militärischer Operationen während des Winterfeldzugs Friedensneigung in öffentlicher Meinung bei Gegnern herabstimmen, andererseits weitere militärische Vorbereitungen für Frühjahrsoffensive erforderlich machen, deren Durchführung dann wieder bei Militär Widerstand gegen Friedensaktion vermutlich stärken würde. Bitte, diese Gesichtspunkte vorsichtig

ohne Empressement als Ihre persönliche Ansicht bei House verwerten und mich fortlaufend über Sachlage unterrichten.

Der entsprechende Absatz in dem Telegramm an den Feldmarschall lautet:

Präsident Wilson hat vertraulich den Grafen Bernstorff wissen lassen, daß er in der Zeit zwischen jetzt und Neujahr einen Friedensappell zu erlassen gedenke. Ob er seine Absicht wirklich ausführt, bleibt völlig ungewiß. Er ist unentschlossen und scheut ängstlich eine Zurückweisung. Wir müssen damit rechnen, daß er den Appell nur erläßt, wenn er dessen strikte Ablehnung durch die Entente nicht zu erwarten braucht, d. h. wenn sich die Entente in einer Verfassung befindet, die die strikte Ablehnung auch eines von uns ausgehenden Friedensangebots nicht wahrscheinlich macht. Ich lasse dahingestellt, ob unsere Lage bei Friedensverhandlungen, die auf einen Appell von Wilson eröffnet werden, günstiger ist, als wenn die Verhandlungen die Folge eines von uns gemachten Angebots sind. Zweifellos aber ist unsere Situation eine bessere, wenn die Ablehnung aller Verhandlungen durch die Entente einen Appell Wilsons, als wenn sie ein Angebot von uns trifft. Deshalb wird die Unpopularität, der ein Wilsonscher Appell in weiten Kreisen bei uns begegnen wird, für unsere Entschlüsse nicht maßgebend sein dürfen. Auf der andern Seite werden wir bei der Unsicherheit, die über den Entschlüssen Wilsons bis zum letzten Augenblick schweben wird, und bei der mit dem Fortschreiten des Winters abnehmenden etwaigen Geneigtheit unserer Feinde, auf Friedensverhandlungen einzugehen, den psychologischen Moment für ein eigenes Friedensangebot über der Hoffnung auf einen Appell Wilsons nicht ungenützt vorübergehen lassen dürfen.

Ein Doppelspiel kann aus diesen beiden Telegrammen in keiner Weise abgeleitet werden. Es werden in einem Stadium der Vorbereitung Erwägungen angestellt und Voraussetzungen erörtert, die notwendig angestellt und erörtert werden mußten. Weder ist in dem einen Telegramm die amerikanische Aktion, noch in dem andern unsere eigene Aktion ausgeschlossen worden. Ein Zwiespalt zwischen den beiden Depeschen besteht hiernach nicht. Soll etwa auf Grund dieser Telegramme behauptet werden, daß ich durch abweichende Behandlung der Friedensfrage gegenüber der Obersten Heeresleitung und gegenüber Washington ein Doppelspiel getrieben hätte, so muß ich eine solche Behauptung als unbegründet ablehnen.

Wie steht es nun mit der zweiten Version, die darauf hinausgeht, ich hätte durch gleichzeitiges Betreiben der beiden Aktionen gegen den Präsidenten Wilson ein Doppelspiel getrieben? Dazu bemerke ich zunächst: darüber besteht ja auch kein Zweifel, daß unser Botschafter über beide Möglichkeiten auf dem laufenden gehalten

worden ist. Am 22. November ist der Botschafter bereits davon unterrichtet worden, daß wir planen, unsere Friedensbereitschaft öffentlich zu erklären. Wenn nach der damaligen Lage in Amerika diese öffentliche Erklärung unserer Verhandlungsbereitschaft die Wilsonsche Aktion hätte beeinträchtigen oder seinen guten Willen stören können, so hätte unser umsichtiger Botschafter auf Grund seiner genauen Kenntnis der maßgebenden amerikanischen Persönlichkeiten gewiß nicht verfehlt, dringende Warnungen nach Berlin gelangen zu lassen. Dazu wäre auch vollauf Zeit gewesen. Mir ist nicht erinnerlich — und ich habe in den Akten keinen Anhalt dafür gefunden —, daß dies geschehen wäre. Der Herr Berichterstatter hat durchaus richtig betont, daß soweit als möglich versucht werden mußte, die beiden Eisen, von denen ich gesprochen habe, ineinanderzuspielen. Dieser Versuch ist, wie mir scheint, gerade durch die beiden zitierten Depeschen gemacht worden und hat wesentliche Anhaltspunkte dafür, daß das eine Eisen das andere stören würde, nicht ergeben.

Daß dies auch nicht geschehen ist, geht aus dem weiteren Verlaufe hervor. Ich habe darüber gesprochen und will nur noch an die Mitteilung des Grafen Bernstorff erinnern, daß unser Friedensangebot auf die pazifistische Strömung in Amerika sehr günstig gewirkt hat und daß die Stärke dieser pazifistischen Strömung für Wilsons Haltung wesentlich war. Der Vorwurf eines illoyalen Doppelspiels würde mich höchstens dann treffen, wenn ich, während ich die Wilsonsche Friedensaktion betrieb, gleichzeitig am U-Boot-Krieg gearbeitet hätte. Aber das habe ich nicht getan. Darüber brauche ich keine Ausführungen mehr zu machen. Ich glaube, ich habe meine Stellung dazu neulich genügend gekennzeichnet, und meine ganze Arbeit an der Wilsonschen Friedensaktion ist ja gerade darauf gerichtet gewesen, den drohenden U-Boot-Krieg durch Herbeiführung einer rechtzeitigen Friedensaktion, die natürlich Aussicht auf Erfolg versprechen mußte, unnötig zu machen.

Ich muß hier noch darauf hinweisen, daß die amerikanische Regierung über die Situation, die sich entwickelte, nicht im unklaren gewesen ist. In der Sussexnote hatten wir ausdrücklich gesagt, daß für den Fall, daß die Schritte der amerikanischen Regierung wegen der Freiheit der Meere bei England nicht zum Erfolge führen würden, die deutsche Regierung sich einer neuen Tatsache gegenübersehen würde, für die sie sich volle Freiheit der Entschließung vorbehalten müsse. Die amerikanische Regierung wußte, daß bei der tatsächlichen Ergebnislosigkeit ihrer seerechtlichen Verhandlungen mit England, soweit solche überhaupt stattgefunden haben, wir jeden Tag uns entschließen konnten, von der freien Hand Gebrauch zu machen. Amerika kannte die Gefahr herannahender Entscheidung über den U-Boot-Krieg aus dem Promemoria des Kaisers, zu dessen Übergabe Graf Bernstorff von mir ermächtigt

war, und das er, wie neulich von ihm geschildert worden ist, auch übergeben hat. In meinen Gesprächen mit dem Botschafter Gerard habe ich wiederholt von den Umständen und von den Kräften im Volke gesprochen, welche auf den Unterseebootkrieg drängten. Er selbst verhehlte mir dabei seine Ansicht nicht, daß der Druck auf den Unterseebootkrieg immer stärker, meine persönliche Stellung immer umstrittener würde. Ich darf bitten, hiermit Gerards eigene Äußerungen in seinem Buche zu vergleichen. Schließlich, am 21. Dezember — also unmittelbar nach dem Wilsonschen Friedensappell — erklärte der Staatssekretär Lansing in einem vielbeachteten Interview, die Wilsonsche Note sei ergangen, weil Amerika selbst an die Schwelle des Krieges heranrücke. Also, worum es sich handelte, wußte Amerika genau. Es scheint, daß die amerikanische Regierung ihrer Botschaft Auftrag gegeben hatte, auf etwaige Anzeichen einer bevorstehenden Änderung unserer Politik sorgsam achtzugeben. Auch dies spricht dafür, daß sie über die Entwicklung der Lage sich keiner Täuschung hingab. Herr Gerard berichtet in seinem Buche, daß er durch seinen Marineattaché Informationen über die wahrscheinlich bevorstehende Wiederaufnahme des U-Boot-Krieges gesammelt hat, daß ihm diese Informationen von einflußreichen deutschen Persönlichkeiten bestätigt worden seien, und daß er entsprechende Meldungen alsbald nach jenem mehrfach erwähnten Diner an seine Regierung gegeben hat. Dies alles führe ich an, um zu belegen, daß in Washington irgendwelche Täuschung über die Lage nicht bestanden hat, geschweige denn, daß wir versucht hätten, eine Täuschung hervorzurufen.

Hatte ich mich nun dadurch, daß ich den Friedensappell Wilsons betrieb, in seine Hände gegeben? Das wäre doch nur dann der Fall gewesen, wenn wir ihn gewissermaßen zu unserem Geschäftsführer gemacht und uns verpflichtet hätten, von allen eigenen Aktionen, die einen vielleicht zukünftigen Friedensappell — vielleicht zukünftigen! — Wilsons stören könnten, abzusehen. Das ist nicht geschehen, und ich habe die Gründe, warum es nicht geschehen ist, in der vorigen Sitzung dargelegt.

Es lag also folgende Situation vor: unser Friedensangebot war in Formen abgelehnt worden, die uns zu der Überzeugung bringen mußten, daß die Entente auch auf Wilsons Friedensnote eine Antwort geben würde, die jede Basis für annehmbare Verhandlungen ausschloß, und daß hiernach keine Aussicht auf eine Verhandlungsbereitschaft der Entente in absehbarer Zeit bestand. Die Antwort der Entente vom 12. Januar auf die Wilsonsche Friedensote hat den Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung ergeben. War aber die Situation so beschaffen, und hatten wir, wie ich ausgeführt habe, Wilson nicht zu unserem Geschäftsführer gemacht, so hatten wir jetzt volle Aktionsfreiheit und (mit erhobener Stimme) mußten sie haben, wenn wir überhaupt noch eine selbständige Rolle in diesem Kriege spielen wollten; das erzwangen

militärische Notwendigkeiten. Zog unsere Oberste Heeresleitung aus der festgestellten Nichtverhandlungsbereitschaft die Schlüsse, von denen ich am Freitag gesprochen habe, und ermöglichten mir die Umstände, die ich gleichfalls auseinandergesetzt habe, nicht, den U-Boot-Krieg zu verhindern, so war das eine logische Folge der Ereignisse, aber (mit erhobener Stimme) kein Doppelspiel!

Ich glaube mit diesen Ausführungen, die ja vielleicht etwas über den Rahmen der formulierten Fragen hinausgegangen sind, die ich aber für notwendig gehalten habe gegenüber vielen Äußerungen, die gefallen sind — nicht in diesem Saale, aber sonst —, Klarheit auch nach dieser Richtung hin zu bringen, und ich glaube, hiermit die noch ausstehende Antwort auf in der vorigen Sitzung gestellte Fragen erledigt zu haben.

Vorsitzender: Danke, Exzellenz!

Sachverständiger Dr. **Hoetzsch:** Ich bitte noch um eine bestimmtere Antwort auf die vom Vorsitzenden an Eure Exzellenz gerichtete Frage, betreffend den Botschafter Gerard. Erstens: ist die Reise, die der Botschafter Gerard Ende September 1916 begann, von Eurer Exzellenz zu einer Friedensmission nach Amerika benutzt worden oder nicht? Exzellenz werden sich erinnern, daß diese Auffassung in der neutralen und in der feindlichen Presse geäußert worden ist, und daß auch von der deutschen Presse sehr häufig, je nach der Parteirichtung, Vermutung, Hoffnung, Befürchtung Ausdruck gegeben wurde, Gerard solle gewissermaßen im Auftrage Eurer Exzellenz die Friedensmission durchführen. Darf ich bitten, diese Fragen, die bestimmt gestellt sind, mit einem Ja oder Nein zu beantworten?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Selbstverständlich konnte ich dem Botschafter Gerard keine Aufträge geben, eine Reise zu machen. Die lag in seinem freien Willen. Ich hatte mit dem Botschafter Gerard unmittelbar nach unserer Sussexnote — auch darüber findet sich in seinem Buche eine Bemerkung, die ich eventuell nachzusehen bitte, der Botschafter ist damals im Großen Hauptquartier gewesen — die vielen Besprechungen gehabt und habe selbstverständlich auch seinen Besprechungen mit dem Kaiser beigewohnt — ich hatte ihm gesagt — so berichtet Gerard darüber, und ich habe keinen Anlaß, zu zweifeln, daß er hier das Richtige sagt —, Gerard sagt — den Wortlaut habe ich nicht hier, aber dem Sinne nach —: der Reichskanzler sagte mir, als die Sussexnote nunmehr vereinbart und festgestellt war: Nunmehr hat der Präsident Wilson freie Bahn für eine große Aktion des Friedenswillens! — Ich habe ja in den bisherigen Sitzungen auseinandergesetzt, aus welchen Gründen ich selbst bei meiner skeptischen Stellung einen Wert darauf gelegt habe, wenn es gelänge, tatsächlich den Präsidenten Wilson, und zwar rechtzeitig, zu

einem Friedensappell zu bringen. Als mir — im September ist es ja wohl gewesen — der Botschafter Gerard seine Absicht mitteilte, nach Amerika zu reisen, bin ich selbstverständlich auf der von mir bisher eingenommenen Linie geblieben und habe meine Gespräche mit ihm, über die ich hier wörtlich natürlich nicht referieren kann, dahin eingerichtet, daß ich ihm, dem Botschafter, erneut klarmachte: gewiß, wenn der Präsident baldigst einen Friedensappell an die kriegführenden Mächte richtet, wird mir das nur angenehm sein. Ich glaube, daß im diplomatischen und politischen Verkehr, namentlich mit dem Botschafter einer fremden Macht und einer Macht, die uns doch bereits vorher in manche Ungelegenheiten gestürzt hatte, ein solches Gespräch nicht wohl anders verlaufen kann. Ich war, um das noch einmal zu wiederholen — dahin habe ich Ihre Frage, Herr Professor, aufgefaßt, ob ich ihm gewissermaßen Instruktionen gegeben habe —, dazu einem fremden Botschafter gegenüber selbstverständlich nicht in der Lage. Ich konnte nur versuchen, durch meine Haltung, durch mein Gespräch, durch die Art, wie ich spreche, die Eindrücke bei ihm hervorzurufen, von denen ich wünschte, daß er sie nach Amerika mitnehmen sollte.

Sachverständiger Dr. Hoetzsch: Eine Anschlußfrage! Hat der Botschafter Gerard im Verlauf dieser Unterredungen nach Amerika ein deutliches Bild von denjenigen Bedingungen mitgenommen, die Eure Exzellenz vorhin allgemein als maßvoll bezeichneten? Ich darf daran erinnern, daß Eure Exzellenz in einer öffentlichen Polemik gegen Gerard negativ gezeigt haben, daß doch über die Vorgänge ziemlich eingehend gesprochen sein muß. Eure Exzellenz sagen gegenüber dem Botschafter Gerard, er sei über die Ostziele Deutschlands nur obenhin hinweggegangen. Ihn schienen die *westlichen Fragen* ausschließlich zu interessieren. Also darf ich fragen: hat der Botschafter Gerard aus diesen Unterredungen ein deutliches und bestimmtes Bild mitgenommen über die Bedingungen, die Eure Exzellenz für den Abschluß des Friedens vorsahen?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich will eine ganz präzise Antwort auch auf diese präzis gestellte Frage geben. Was den Osten anlangt, so erklärte Gerard mit einer Handbewegung: die östlichen Verhältnisse interessieren uns in Amerika nicht. Davon ist überhaupt nicht von ihm mit mir gesprochen worden, sondern sein Interesse richtete sich auf *Belgien*, und ich habe ihn in diesen Gesprächen an frühere Äußerungen von mir erinnert. Ich habe ihm gesagt: Exzellenz, Sie wissen ja, was ich im Reichstag darüber gesagt habe; darauf nehme ich Bezug. Ich habe auch gesagt — das ist ja ein Fall, der auch in der Öffentlichkeit nachher noch weiter gespielt hat; ich habe die Rede nicht hier und kann den Wortlaut nicht zitieren, es würde auf den Wortlaut ankommen —, ich habe aber einmal in einer Rede gesagt: selbstver-

ständlich ist es unser Wunsch, Vorsorge zu treffen, daß Belgien nicht als Bollwerk in Zukunft von der Entente benutzt wird zur Schädigung Deutschlands — und habe im Reichstag hinzugefügt: welche Garantien — ich glaube, da ist zum erstenmal das Wort „Garantien" gefallen, das nachher so viel Staub aufgewirbelt hat in der Welt —, welche Garantien da im einzelnen von uns gedacht werden, darüber kann ich mich selbstverständlich nicht aussprechen. Ich glaube, so, in dieser Form habe ich im Reichstage gesprochen, und an diese meine Äußerung habe ich auch den Botschafter Gerard erinnert. Ich habe ihm auch gesagt: ja, das kann ich nicht näher auseinandersetzen, das hängt auch ganz vom Ausgange des Krieges nachher ab. Und daß ich wünschte, den Krieg durch einen Verhandlungsfrieden zu beendigen, darüber bestand beim Botschafter Gerard kein Zweifel.

Er hat dann versucht, zu insistieren: ja, wie denken Sie über Lüttich? Soweit wie ich mich entsinne — ich habe sehr viele Gespräche während des Krieges mit wichtigen Persönlichkeiten gehabt, und so genau kann ich heute selbstverständlich, namentlich, wo es sich um eine zeugeneidliche Vernehmung handelt, das nicht wiederholen — aber mir schwebt es vor, daß Herr Gerard mir gesagt hat: ja, über Lüttich ließe sich ja sprechen. Ich glaube, in meinem Dementi habe ich das auch erwähnt. Ich habe aber das Dementi nicht hier.

Dann versuchte er weiter zu insistieren. Es wurde damals doch über die flandrische Küste usw. viel gesprochen. Wie man das bei derartigen Gesprächen tut, mußte ich eine ausweichende Sprache führen. Gerard wußte aber, daß ich, um mal ohne jeden Nebenklang zu sprechen — ich bitte den nicht hineinlegen zu wollen, nur der Kürze halber —, er wußte doch, daß ich kein Annexionist war. Das wußte doch ganz Deutschland. Gerade aus diesem Grunde wurde mir die scharfe Opposition gemacht, von der der Botschafter Gerard Zeuge war. Also im Bilde ist der Botschafter Gerard absolut gewesen, daß ich einen Verhandlungsfrieden anstrebte, daß ich maßvolle Kriegsziele verfolgte. Und er wußte weiter, daß in den politischen Parteien und in der Öffentlichkeit gerade um dieser beiden Punkte willen ein scharfer Kampf gegen mich geführt wurde, von dem er den Eindruck hatte, daß er sich immer mehr zu meinen Ungunsten entwickelte. Ich glaube, daraus ergibt sich doch die Situation. Ich habe die Überzeugung gehabt, daß Gerard in dieser Beziehung durchaus im Bilde gewesen ist. Wenn er in seinem Buche, das er geschrieben hat nach dem Kriegseintritt, diejenigen Seiten schärfer hervorhebt, welche für Deutschland ungünstig sind — ich brauche da auf das einzelne nicht einzugehen —, so ist das wohl eine natürliche Erscheinung, welche bei der Kriegspsychose, die sich in diesem Kriege entwickelt hat, allerdings Formen angenommen hat, von denen man wünschen möchte, daß sie unterblieben wären.

Sachverständiger Dr. **Hoetzsch:** Haben Euer Exzellenz den amerikanischen Botschafter, der doch ein sehr wichtiges Glied der Verbindung mit den Vereinigten Staaten und besonders bei der geschilderten Schwierigkeit der Nachrichtenübermittlung war, irgendwie, wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf, eingestellt als ein brauchbares Werkzeug für diesen Friedensappell?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Ich möchte daran erinnern, das ich bereits in der vorigen Sitzung gesagt habe: ein auffälliger Punkt für mich wäre der gewesen, daß ich aus allen meinen Unterredungen mit dem Botschafter Gerard den Eindruck gewann, er sei über die Intentionen seines Präsidenten nicht genau informiert. Aus diesem rein sachlichen Eindruck, der von aller persönlichen Abschätzung absieht, über die ich mich hier nicht zu äußern brauche und nicht äußern möchte, — aus diesen rein sachlichen Momenten ergibt sich das Maß von Wert, das ich den Aktionen des Botschafters Gerard beigemessen habe.

Sachverständiger Dr. **Hoetzsch:** Ist es gestattet, diese Frage dem Herrn Grafen Bernstorff vorzulegen? Dann bitte ich den Herrn Grafen Bernstorff um eine Antwort, ob auch Graf Bernstorff der Ansicht war, der hiesige amerikanische Botschafter sei über die Absichten seiner Regierung nicht genügend unterrichtet worden. Herr Graf Bernstorff sagt in einem vertraulichen Bericht, daß er den amerikanischen Botschafter Gerard seit vielen Jahren sehr genau kenne, und ich schließe daraus, daß Sie über ihn ein begründetes Urteil haben.

Zeuge Graf **v. Bernstorff:** Ich möchte nach meinen Erfahrungen annehmen, daß der amerikanische Botschafter Gerard bis zu seiner Reise nach Amerika nicht orientiert war, daß er nach seiner Reise orientiert war.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Darf ich mich auch dazu äußern? Ich kann nur wiederholen: ich stehe mit der Ansicht, die der Herr Graf v. Bernstorff dahin geäußert hat, daß bis zu seiner Reise der Botschafter Gerard nicht orientiert war, völlig im Einklang, und was seine Orientierung nach seiner Reise anlangt, so kann ich nur wiederholen, daß gerade in den Januartagen des Jahres 1917, wo mir, auch nachdem der U-Boot-Krieg beschlossen war, selbstverständlich daran lag, mit der äußersten Beschleunigung zu wissen, ob denn irgendeine erfolgversprechende und aussichtsreiche Aktion von dem Präsidenten Wilson zu erwarten sei, zu einer Zeit, wo es noch möglich gewesen wäre, den U-Boot-Krieg rückgängig zu machen — es lag mir daran —, da habe ich wiederholt ihn zu sondieren versucht — er ist wiederholt bei mir gewesen —, ich habe ihn gefragt: wie steht es in Amerika drüben? Da hat er mir selber, und zwar, ich wiederhole es, mit einem gewissen Tone des Vorwurfs gegen seine Regierung, gesagt: ich bin

uninformiert, ich weiß es nicht, ich habe keine Instruktionen, man telegraphiert mir nicht. Mir scheint das letztere doch übereinzustimmen mit der Schilderung, die von dem Präsidenten Wilson sonst allgemein und, wenn ich mich nicht irre, auch von dem Grafen Bernstorff entworfen worden ist, daß Präsident Wilson nicht geneigt war, über seine Intentionen über den Kreis allernächster Vertrauter hinaus Auskunft zu geben. Diese Charakteristik des Präsidenten Wilson ist mir von unzähligen Amerikanern als die zutreffende im Laufe des Krieges und auch nachher bestätigt worden. Präsident Wilson hat in manchen Beziehungen auch in Amerika geradezu als eine Sphinx gegolten, und, ich meine, in welchem Grade er als Sphinx gegolten hat, das haben wir jetzt auch bei den amerikanischen Urteilen über das Verhalten Wilsons in Versailles und bei dem sogenannten Kreuzverhör, von dem wir neulich gesprochen haben, bestätigt gefunden. Es ist mir also, ohne irgendwie nach irgendeiner Seite hin ein Vorurteil markieren zu wollen, vollkommen klar, auch bei der Persönlichkeit des Herrn Gerard klar, daß er nicht zu den intimen Vertrauten des Präsidenten Wilson, denen er einen Blick in die Falten seines Herzens zeigte, gehört hat.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Exzellenz, mir scheint die Frage wesentlich zu sein, ob Wilson annehmen konnte, wir wünschten seine Friedensvermittlung. Und nun berichtet — und darauf nahm wohl Herr Professor Hoetzsch Bezug — Herr Graf Bernstorff aus Washington: House sagte mir, Gerard habe telegraphiert, daß wir Friedensvermittlung des Präsidenten annehmen würden, und daß Houses Besuch in Berlin zu diesem Zweck willkommen sei. Die Frage ist also die: Sind Gerard bestimmte Äußerungen darüber gemacht worden, daß wir die Friedensvermittlung Wilsons wünschten oder nicht?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich habe den Eindruck, daß ich durch meine Ausführungen heute sowohl wie am Freitag diese Frage doch eigentlich schon beantwortet habe. Ich habe heute Bezug genommen darauf, was ich dem Botschafter Gerard unmittelbar nach der Sussex-Note gesagt habe: Nun aber, Herr Botschafter, wir haben so weit nachgegeben, nun hat Präsident Wilson freie Hand für seine Aktion! Das ist meiner Ansicht nach der stärkste Ausspruch dafür, daß ich wünschte, daß er eine diplomatische Aktion macht. Im diplomatischen Verkehr kann man es nicht anders ausdrücken. Man kann nicht in formulierten Sätzen über die Sache sprechen, man muß den Eindruck auf den Mann hervorzurufen suchen. Und daß Wilson, abgesehen hiervon, den Eindruck bekommen haben muß, ich wünschte einen Friedensappell von ihm, daß nach meinen Unterredungen, die ich mit dem Botschafter Gerard hatte, bevor er nach Amerika reiste, und über die ich versucht habe, zu referieren, auch der Eindruck bei Wilson bestärkt

worden ist, ist ganz unzweifelhaft. Er mußte auch bestärkt werden durch die Instruktionen, die wir dem Grafen Bernstorff erteilt haben. Ich bitte aber doch das eine zu berücksichtigen — und auch darüber habe ich mit Herrn Gerard wiederholt gesprochen —: durch das gesamte bürgerliche Deutschland und über die Kreise des bürgerlichen Deutschlands hinaus, durch die Armee, ging bitterste Animosität gegen Amerika, eine Animosität, die die amerikanischen Granaten jeden Tag tiefer in die Herzen des Volkes einwühlte. Ich erinnere daran, daß Führer bedeutungsvoller Parteien im Reichstag es ganz offen aussprachen: für einen Frieden, der von Wilson kommt, bedankt sich das deutsche Volk. Diese Stimmung war selbstverständlich auch dem Botschafter Gerard bekannt, und er wußte, daß gerade die Kreise, welche diese Animosität am schärfsten vertraten, auch meine ausgesprochensten Gegner waren. Mit dieser Komplikation mußte auch Gerard rechnen, sie mußte seine Einschätzung der Dinge, die sich in Zukunft entwickeln würden, beeinflussen und beeindrucken. Das konnte nicht anders sein. Wie im politischen Leben überhaupt, so sind namentlich in diesem Kriege eine Unmenge verschiedener Strömungen, Elemente, Momente vorhanden, welche ineinander griffen, so daß es unmöglich ist, die Probleme auf eine ganz einfache, zugespitzte und prägnante Frage und deren Beantwortung konzentrieren zu wollen,

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Exzellenz sagten, daß an sich ein I n e i n a n d e r s p i e l e n z w i s c h e n W i l s o n s F r i e d e n s a k t i o n und u n s e r e r e i g e n e n Friedensaktion wünschenswert gewesen sei. Hier ist doch zunächst daran zu denken, daß dem Präsidenten Wilson Mitteilungen dahin gemacht worden wären: Wir machen eine eigene Aktion und hoffen und wünschen, daß Wilson diese Aktion in der einen oder anderen Richtung annimmt und fortführt. Nun ist aber dem Grafen Bernstorff ausdrücklich mitgeteilt worden, die Absicht, die eigene Friedensaktion zu machen, streng vertraulich zu behandeln, nur für sich persönlich zur Kenntnis zu nehmen. Es sollte also vermieden werden, daß gerade dem Präsidenten Wilson Kenntnis gegeben würde, daß unsererseits eine eigene Friedensaktion geplant sei. Wenn von einem Doppelspiel die Rede war, so scheint mir die Möglichkeit dafür darin zu bestehen, daß Wilson davon, daß wir eine Friedensaktion herbeizuführen suchten, keine Kenntnis bekommen sollte. Das scheint mir der Punkt zu sein, auf den sich diejenigen stützen, die die Behauptung des Doppelspiels aufstellen.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Zu diesem Punkte des Problems möchte ich mir folgende Bemerkung gestatten. Was für eine Situation hätte sich wohl ergeben, wenn ich den Grafen Bernstorff beauftragt hätte, zu sagen: Präsident Wilson soll jeden Friedensappell unterlassen, ich werde ihn selbst

machen? Das hätte doch zur Voraussetzung gehabt, daß ich — ich habe schon vorhin den Ausdruck gebraucht — Wilson zu unserem Geschäftsführer gemacht hätte. Das war nicht der Fall und konnte nicht der Fall sein. Was wäre wohl passiert, wenn es hieß, der Reichskanzler hat die ganze zukünftige Aktion Deutschlands in das Ermessen des Präsidenten Wilson gestellt? Ich wäre doch an demselben Tage von meinem Sitz hinweggefegt worden! Das Ineinanderspielen der beiden Aktionen, das ich an sich als erwünscht bezeichnet habe, wäre unzweifelhaft gefördert worden, wenn wir dem Präsidenten Wilson von unserer Absicht, ein eigenes Friedensangebot zu machen, hätten Mitteilung machen lassen. Das ging aber nicht und setzte voraus, daß ich mich mit gefesselten Händen dem Präsidenten Wilson überliefert hätte. So weit möglich hat das Ineinanderspielen trotzdem stattgefunden. Ich habe vorhin ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß wir am 22. November den Botschafter Grafen Bernstorff von unserer Absicht, ein eigenes Friedensangebot zu machen, in Kenntnis gesetzt haben, und daß Graf Bernstorff diese Depesche unbeantwortet gelassen hat, während er doch beim Vorliegen prinzipieller Gegengründe unzweifelhaft sofort ein dringendes warnendes Telegramm an mich gerichtet haben würde: unter keinen Umständen macht ein eigenes Friedensangebot, es schlägt hier alles in Stücke.

Ich habe weiter darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Beurteilung des Grafen v. Bernstorff unser eigenes Friedensangebot in den pazifistischen Kreisen von Amerika günstig gewirkt hat. Wenn man bedenkt — auch darüber habe ich bereits gesprochen —, in welchem Grade der Präsident Wilson von der öffentlichen Meinung seines Landes abhängig war, wie er eben durch diese öffentliche Meinung des Landes nach seinen eigenen durch den Obersten House dem Grafen Bernstorff übermittelten Mitteilungen daran gehindert war, gegen England irgend etwas Maßgebliches zu tun, dann mußte es für ihn von größtem Werte sein, daß die pazifistischen Elemente, welche ein Gegengewicht gegen diesen Teil der öffentlichen Meinung, gegen diesen proenglischen Teil der öffentlichen Meinung, bildeten, gestärkt wurden. Die Plattform, auf der der Präsident Wilson soeben neuerdings zum Präsidenten gewählt worden war, war ja gerade die Friedensplattform gewesen, verbunden mit der — wie lautet doch der technische englische Ausdruck? — (Zuruf: preparedness of war!) ja, mit der preparedness of war. Wenn nun die eine Stütze dieser Plattform, die Friedensströmung, durch unser Friedensangebot verstärkt worden ist — und das ist nach dem Zeugnis des Grafen Bernstorff geschehen —, so war das keine Durchkreuzung, sondern eine Unterstützung der Friedensaktion des Präsidenten.

Vorsitzender: Ich möchte im Anschluß daran Herrn Grafen Bernstorff bitten, hier eine Auskunft darüber zu geben. Exzellenz,

am 22. November 1916 war Ihnen durch v. Jagow telegraphiert worden:

> Sofern günstige militärische Lage es gestattet, beabsichtigen wir mit unseren Verbündeten demnächst Bereitwilligkeit unsererseits anzukündigen, in Friedensverhandlungen einzutreten.

Es ist dann unter dem 26. November ein weiteres Telegramm des Staatssekretärs Zimmermann an Sie ergangen, das in seinen wesentlichen Teilen von Exzellenz v. Bethmann Hollweg soeben vorgelesen worden ist. Es beginnt mit den Worten:

> Friedensaktion Wilsons würden wir unserer erwähnten Aktion vorziehen. Bitte, mich fortlaufend über Sachlage telegraphisch zu unterrichten.

Darf ich fragen, Exzellenz, was Sie auf diese Ankündigung hin nach Berlin zurückdepeschiert haben? Es findet sich darüber nichts bei den Akten. Ist gleichwohl von Ihnen in irgendeiner Weise darauf reagiert worden? Wie haben Sie diese Telegramme aufgenommen? Welches war Ihre Ansicht über diese von uns beabsichtigte Friedensaktion, die also mit der Wilsonschen Friedensaktion dann in einem Zusammenklang sich befand?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich glaube, ich habe schon in meiner ersten Aussage angegeben, daß ich auf dieses erste Telegramm hin keinen Schritt getan habe, daß ich aber fortlaufend mit dem Obersten House in Verbindung geblieben bin. Ich habe dieses Telegramm vom 22. November damals bereits als die Ankündigung einer feststehenden Tatsache angesehen, an der nichts mehr zu ändern war; denn es stand in dem Telegramm: „Wir beabsichtigen im Einvernehmen mit unseren Verbündeten demnächst Bereitwilligkeit anzukündigen.“ Ich nahm also an, daß bereits ein Beschluß des Vierbundes vorlag, und daß überhaupt nichts mehr daran zu ändern wäre. Ich habe auch niemals angenommen, daß unser Friedensangebot die Vermittlung Wilsons verhindern würde. Ich habe allerdings neulich gesagt, daß die diplomatische Stellung Wilsons dadurch erschwert worden wäre, ich habe aber nicht gesagt, daß es eine Verhinderung gewesen wäre. Die Äußerung, die ich bei der ersten Vernehmung getan habe, bezog sich lediglich auf die diplomatische Stellung Wilsons bei dem Friedensangebot und auf die Wirkung in bezug auf die Entente; aber ich habe niemals geglaubt, daß Wilson dadurch verhindert worden wäre, seine Vermittlung eintreten zu lassen.

Vorsitzender: Infolgedessen hielten Sie es nicht für notwendig, nach dieser Richtung hin einen besonderen Warnungsruf nach Berlin zurückzudepeschieren?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Nein!

Vorsitzender: Andererseits hätte ja allerdings Ihre Meinung, daß doch eine Störung damit verbunden sei, vielleicht die Veranlassung geben können, etwa nach dieser Richtung hin Berlin aufmerksam zu machen. Aber Sie haben wohl dieses Moment zu gering geschätzt, als daß sie es einer besonderen Depesche nach Berlin für würdig erachteten?

Zeuge Graf v. Bernstorff: Ich wiederhole, ich habe damals geglaubt, daß dieses Telegramm vom 22. November die Ankündigung einer vollendeten Tatsache sei, einer vollendeten Tatsache, gegen die nichts mehr zu machen wäre. Ich möchte noch hinzufügen, daß ich damals auch keinen Anlaß hatte, anzunehmen, daß unser Friedensangebot die Friedensvermittlung Wilsons stören würde; denn meine Äußerung von neulich bezog sich auf eine nachträgliche Besprechung mit dem Obersten House. Es ist schwierig, hier eine Auskunft ex post zu geben, weil man doch jetzt die ganze Situation zusammen sieht und ich damals unter den Eindrücken des Moments gehandelt habe. Damals hatte ich mit House über unser Friedensangebot nicht gesprochen und sah eigentlich keinen Grund, warum unser Friedensangebot die Friedensvermittlung Wilsons stören sollte. Nachher ist mir allerdings von House gesagt worden, daß vom Standpunkte des Präsidenten aus, die Friedensvermittlung Wilsons gestört worden sei, weil der Präsident befürchtete, daß unser Friedensangebot eine geringere Neigung bei der Entente hervorrufen würde, seine Friedensvermittlung anzunehmen.

Vorsitzender: Damit ist die Sache erledigt.
Dann bitte ich Exzellenz Zimmermann vorzutreten. — Wie heißen Sie mit Vornamen?

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Arthur.

Vorsitzender: Ihr Alter?

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: 55 Jahre.

Vorsitzender: Wollen Sie den Eid mit dem religiösen Zusatz leisten?

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Jawohl!

(Der Zeuge leistet den Zeugeneid.)

Vorsitzender: Exzellenz, Sie haben, wie aus einer Notiz in der „Vossischen Zeitung" hervorgeht, in einer vertraulichen Besprechung mit maßgebenden Journalisten, die kurz vor Erlaß der Friedenskundgebung durch Sie selbst herbeigeführt worden war, ausdrücklich erklärt: „Wir erlassen dieses Friedensangebot, um einer Wilsonschen Friedensaktion, die wohl demnächst ergehen wird, zuvorzukommen." Damit ist die Absichtlichkeit zum Ausdruck gebracht, der Wilsonschen Friedens-

aktion, die man kannte, zuvorzukommen. Darf ich Eure Exzellenz bitten, sich dazu zu äußern!

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Mir ist erinnerlich, daß ich eine derartige Äußerung der Presse gegenüber gemacht habe. Wenn ich sie gemacht habe, so habe ich mich dabei im wesentlichen von innerpolitischen Erwägungen leiten lassen. Es war allgemein bekannt, daß eine Friedensaktion Wilsons dem deutschen Volke, der Mehrheit des deutschen Volkes und dem Reichstag, damals im höchsten Maße unsympathisch gewesen sein würde. Auf der anderen Seite konnte ich mich der Sorge nicht verschließen, daß unser Friedensangebot nicht nur im Ausland als eine Bitte um Frieden und als ein Zeichen der Schwäche ausgelegt werden könnte, sondern daß es vor allen Dingen auch von weiten Kreisen des Inlandes, namentlich denjenigen Kreisen, die an die Durchführung des U-Boot-Krieges weitgehende Hoffnungen knüpften, besonders verurteilt werden würde; es würde der Regierung der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß wir, um uns der gefährlichen Entschließung des U-Boot-Krieges zu entziehen, gerade das Friedensangebot machten. Mir lag aber aus innerpolitischen und auch aus außerpolitischen Erwägungen natürlich daran, daß das deutsche Volk und die deutsche Presse möglichst geschlossen hinter die Aktion der Regierung tragen. Davon versprach ich mir, daß dem Ausland, jedenfalls den Neutralen und unseren Feinden, der Vorwand genommen würde, daß das deutsche Volk nicht geschlossen hinter dem Friedensangebot stünde. Es war erwünscht — das kann ich nur betonen —, daß möglichst die ganze öffentliche Meinung in Deutschland hinter das Friedensangebot trat. Deshalb — um dieses Ziel zu erreichen — habe ich damals mich der Wendung bedient, daß ich den Herren sagte: nicht ein Friedensangebot, sondern eine Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson ist meiner Überzeugung nach oder meiner Vermutung nach zu erwarten und steht unmittelbar bevor; wir werden uns, falls eine solche Vermittlung angeboten wird, ihr selbstverständlich nicht entziehen können; dadurch würden wir den Präsidenten verletzen und uns einen so gewichtigen Neutralen zum Feind machen; daß aber eine solche Friedensvermittlung Ihnen allen, meine Herren, oder einem großen Teil von Ihnen und auch einem großen Teil des deutschen Volkes außerordentlich unsympathisch ist, das weiß ich und das glaube ich hier nicht besonders unterstreichen zu müssen; gerade um diesem sehr unsympathischen Schritt vorzubeugen, haben wir uns entschlossen, mit unserem Friedensangebot vorzutreten, um gewissermaßen dem Präsidenten zuvorzukommen. Das sind die Motive gewesen, die mich damals bei dieser Erklärung an die Presse geleitet haben.

Vorsitzender: Tatsächlich sind es also nicht die Motive, die irgendwie für den Kanzler selbstbestimmend gewesen wären!

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Nein, diese Motive sind es nicht gewesen! Ich habe die Bearbeitung der Presse in diesem Fall als meine Aufgabe betrachtet und das Ziel verfolgt, Einheitlichkeit in die deutsche Presse nach außen hin zu bringen und unser Friedensangebot möglichst durch die ganze deutsche Presse unterstützen zu lassen.

Vorsitzender: Also eine Taktik, weiter nichts!

Abgeordneter Gothein: Ist Eurer Exzellenz erinnerlich, daß Sie in einer Sitzung im Hauptausschuß einige Wochen später erklärt haben: wir wollen Wilson als Friedensvermittler nicht und, um ihn als Vermittler auszuschalten, haben wir dieses Friedensangebot gemacht? Und war Ihnen nicht eventuell der Gedanke gekommen, daß aus einer solchen Pressekonferenz doch schon vorzeitig, als noch die Wilsonsche Friedensvermittlung möglich war, etwas in die Öffentlichkeit käme oder in Amerika verraten würde, daß dort diese Haltung, um es zart auszudrücken, als eine widerspruchsvolle aufgefaßt würde?

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Gewiß, ich habe eine derartige Erklärung im Haushaltsausschusse abgegeben. Aus welchen Gründen ich gegen eine Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson war in dem Sinne, daß der Präsident eine Friedenskonferenz zusammenberief, ihr präsidierte und nun als Arbiter, als ehrlicher Makler auftrat, das Ihnen auseinanderzusetzen, meine Herren, werde ich, wenn Sie es wünschen, sofort tun. Ich stand auf dem Standpunkt, daß wir nicht eine Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson in dem Sinne wünschen könnten, daß er als ehrlicher Makler auftrat; wohl aber wünschte ich eine Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson in dem Sinne, daß er den Anstoß zu Friedensverhandlungen gab und unsere Feinde an den Friedenstisch führte. In dieser Beziehung sind unsere Instruktionen von A bis Z konstant gewesen und ein Widerspruch derselben wird aus den Akten nicht zu entdecken sein. Ich habe mir diese neuerdings noch angesehen. Ich habe infolgedessen auch im Reichstage, in der Budgetkommission erklärt, eine Friedensvermittlung mit Wilson als Arbiter wünschen wir allerdings nicht. Daß ich in der Pressekonferenz eine derartige Bemerkung gemacht habe, und weshalb ich sie gemacht habe, habe ich vorhin erklärt. Ich glaubte mich auf die streng vertrauliche Behandlung seitens der Herren verlassen zu dürfen. Daß sie meine streng vertraulichen Bemerkungen nicht an die Öffentlichkeit bringen würden, glaubte ich annehmen zu dürfen, da die Herren mir als zuverlässige Herren bekannt waren.

Abgeordneter Gothein: Zu der Zeit, als Exzellenz diese Mitteilung der Pressekonferenz machten, kam ja aber noch gar nicht

in Frage, daß Wilson ambierte, als Vermittler aufzutreten. Damals war ja nach unseren Informationen bei Wilson lediglich die Absicht vorhanden, die Parteien an den Verhandlungstisch zu führen, und an der ersten Konferenz, die die eigentlichen Friedensverhandlungen zu führen hatte, wollte er gar nicht teilnehmen.

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Gewiß, der Moment war noch nicht eingetreten; Wilson war noch nicht mit seinem Wunsche hervorgetreten, direkt zu vermitteln. Indes konnte man das immer besorgen und befürchten, daß er mit einem derartigen Wunsch kommen würde. Jedenfalls — das muß ich noch einmal wiederholen — verfolgte ich mit meiner Erklärung damals innerpolitische Ziele; ich wünschte, daß die Presse einheitlich hinter unser Friedensangebot treten möchte, ein Friedensangebot, von dem ich annahm, daß es in weitesten Kreisen als Schwäche aufgefaßt werden würde. Wenn ich gesagt hätte, der Präsident Wilson wird nur eine Friedensanregung bringen, so hätte das meines Erachtens der Presse gegenüber nicht genügt; ich mußte sagen, der Präsident Wilson will vermitteln und will als Arbiter auftreten; das müssen wir vermeiden, und aus diesem Grunde kommen wir zuvor. Es war also ein taktisches Manöver.

Vorsitzender: Ich stelle zunächst fest, daß für Frau Schmitz Exzellenz Dr. Spahn eingetreten ist.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Exzellenz sagen, es war ein taktisches Manöver. Nun wußten Sie, daß wir eine Wilson-Friedensaktion eingeleitet hatten. Sie sagten, die Einheitlichkeit der Presse sollte hergestellt werden. Wurde die nicht dadurch zerstört? Und beeinflußten Sie nicht die Presse in dem Sinne, gegen Wilson Stellung zu nehmen, den wir selbst als Friedensanreger provoziert hatten? Wurde nicht also gerade durch einen Vertreter des Auswärtigen Amtes eine Stimmung erzeugt, von der vorhin der Herr Reichskanzler als schwer belastend sprach, gegen Wilson, für den wir eine gute Stimmung brauchten, um jene Vorurteile oder Urteile abzuschwächen im Sinne der Politik des Auswärtigen Amtes?

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Herr Wilson hatte, wie Ihnen bekannt ist, gezögert. Er hatte sich zu einem Friedensschritt, der mir persönlich außerordentlich erwünscht gewesen wäre, zu einem Anstoß zu Friedensverhandlungen, nicht entschlossen. Deshalb hatten wir uns eben entschlossen, mit unserm Friedensangebot hervorzutreten. Mir lag es — das habe ich jetzt schon wiederholt betont — daran, für unser Friedensangebot die öffentliche Meinung zu erwärmen und eine einheitliche Stellung unserer Presse für diesen unsern Friedensschritt herbeizuführen. Die Rücksichten auf den Präsidenten Wilson traten bei dieser Gelegenheit zurück, und daß ich hier vor der Presse besonderen Anlaß hatte,

für den Präsidenten Wilson einzutreten, das sehe ich nicht ein, das kann ich nicht anerkennen. Die Presse war damals außerordentlich gegen den Präsidenten Wilson eingenommen. Gerade aus diesem Grunde, und um unser Friedensangebot verständlich zu machen, wies ich darauf hin, daß wir dieser sehr sympathischen Friedensaktion des Präsidenten Wilson zuvorkommen wollten.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer**: Ich sprach nicht davon, Exzellenz, daß Sie für Wilson eintreten sollten, aber für die Wilson-Aktion der Regierung. Es fragt sich, ob die nicht zerstört wurde durch die Informationen an die Presse, deren Mißstimmung gegen Wilson in dem Augenblick gefährlich werden konnte, wo Wilson im Sinne der Reichsregierung tätig werden sollte.

Zeuge Staatssekretär a. D. **Zimmermann**: Nachdem wir uns zu einem Friedensangebot entschlossen hatten, betrachteten wir zunächst die Sache von unserm Standpunkt als erledigt.

Vorsitzender: Es lag Ihnen also in erster Reihe daran, für das von uns aus beabsichtigte Friedensangebot Stimmung zu machen?

Zeuge Staatssekretär a. D. **Zimmermann**: Absolut!

Sachverständiger Dr. **Hoetzsch**: Nur eine Feststellung bitte! —

Vorsitzender: Verzeihung! Regierungserklärungen gehen vor. Herr Reichsminister David!

Reichsminister Dr. **David**: Nachdem wir bereits beschlossen hatten, mit einer eigenen Friedensaktion vorzugehen, war doch noch dem Herrn Grafen Bernstorff nach Amerika durch das vorhin erwähnte Telegramm die Mitteilung gemacht worden, wir zögen aber vor, wenn Wilson seine Friedensaktion vor der unsrigen mache. Es scheint mir doch, daß Ihre Bemerkungen den Pressevertretern gegenüber das Gegenteil bedeuteten. Sie liefen darauf hinaus, daß wir unsere Aktion vorzögen und nicht wünschten, daß Wilson seine Aktion vor der unsrigen mache. Das ist wohl das direkte Gegenteil: das, was Sie der Pressekonferenz mitteilten, und das, was dem Herrn Grafen Bernstorff mitgeteilt wurde. Nun sagten Sie, das sei ein taktisches Manöver gewesen. Ich will mir die Frage gestatten: standen Sie innerlich noch auf dem Boden der Politik, die durch das Telegramm an den Herrn Grafen Bernstorff noch einmal charakterisiert worden war, nämlich: daß es für uns doch vorteilhafter sei, wenn Wilson sein Friedensangebot vorher machte, und setzten Sie sich gegen ihre eigene Überzeugung in Widerspruch, als Sie der Presse jene Mitteilung machten, und zugleich in Widerspruch zu der von dem Herrn Reichskanzler entrierten Politik?

Zeuge Staatssekretär a. D. **Zimmermann**: Der Herr Reichsminister David scheint mir nicht auseinanderzuhalten das Datum, an dem jene Instruktionen an den Herrn Botschafter Bernstorff ergangen ist, und meine Mitteilung an die Pressevertreter. Ich habe die Instruktion an den Grafen Bernstorff meines Erachtens am 26. November erlassen.

Vorsitzender: Ja, am 26. November!

Zeuge Staatssekretär a. D. **Zimmermann**: Damals stand ich absolut auf dem Standpunkt, daß ein Schritt von Wilson unserem Friedensschritt vorzuziehen wäre, und zwar aus folgenden Gründen: Ich habe schon vorhin angedeutet, daß ich von einem Friedensangebot, das wir erlassen würden, befürchtete, daß es als Bitte um Frieden, als Zeichen der Schwäche, nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland aufgefaßt werden könnte. Auf der anderen Seite glaubte ich, daß ein Friedensangebot, das wir losließen, allerdings leichter von der Entente abgelehnt werden könnte als eine Friedensanregung, die der Herr Präsident Wilson erlassen würde; und selbst wenn das Wilsonsche Friedensangebot von unseren Feinden abgelehnt worden wäre, so schien das mir auch immer noch vorteilhafter für uns, weil dadurch unsere Stellung dem Präsidenten und der ganzen Welt gegenüber eine bessere geworden wäre. Wir hätten den Präsidenten wohl von seiner Voreingenommenheit gegen uns befreit und hätten ihn zu einer scharfen Stellungnahme gegen unsere Feinde veranlaßt. Das erwartete ich und nahm ich an. Aus diesem Grunde habe ich damals die Instruktion nach Washington gegeben, daß ich einem Friedensangebot des Präsidenten Wilson einem deutschen Schritte gegenüber den Vorzug gebe. Ich habe an diesem Standpunkt auch weiter festgehalten, und ich erinnere daran, daß ich später noch eine Instruktion losließ, als die Frage mit den bewaffneten Handelsschiffen zur Diskussion stand. Da habe ich gesagt: um dieser Erörterung und der Entwicklung dieser Frage vorzubeugen, wird es notwendig sein, daß das Friedensangebot des Präsidenten Wilson schnell kommt. Ich hoffte, daß der Präsident sich zu der Sache schnell entschließen würde. Es kam aber dann die U n t e r r e d u n g m i t L a n s i n g, von der Graf Bernstorff berichtet. Da hat Lansing von neuem erklärt, die belgischen Deportationen hätten eine sehr schlechte Stimmung wieder gegen uns hervorgerufen und beeinträchtigten auch im allgemeinen die Stimmung, so daß die an sich für ein Friedensangebot günstige Situation wieder beeinträchtigt würde. Ich betrachtete das als eine neue Vertröstung ad calendas Graecas. Schon in dem Telegramm, das uns am 25. November hier zugegangen war, in dem Graf Bernstorff berichtet hatte, daß Präsident Wilson sich vermutlich bis zu Neujahr zu einem Friedensschritt entschließen würde, hatte Graf Bernstorff gleichzeitig betont, daß immer noch zweifelhaft wäre,

ob der Präsident sich dazu entschließen würde, da er auf die öffentliche Meinung — oder so ähnlich heißt es — Rücksicht nehmen müsse oder glaube, Rücksicht nehmen zu müssen. Mir schienen alle diese Umstände darauf hinzudeuten, daß wir doch nicht mit Sicherheit auf einen Friedensschritt des Präsidenten Wilson rechnen konnten. Es kam uns aber darauf an, so schnell wie möglich einen solchen Friedensschritt herbeizuführen. Die Gründe sind von dem Herrn Reichskanzler v. Bethmann Hollweg entwickelt worden; sie sind auch in einem meiner Telegramme zum Ausdruck gebracht worden. Wir wollten um einen weiteren Winterfeldzug herumkommen. Wir glaubten, daß, wenn nicht zeitig, noch vor Weihnachten, diese Friedensaktion losginge, durch ein Einstellen oder ein Abflauen der Kriegsoperationen die Friedenssehnsucht und der Friedenswunsch bei den Feinden abflauen könnte, daß aber umgekehrt unsere Vorbereitungen auf einen neuen Feldzug auch unsere militärischen und Marinekreise veranlassen würden, weiter auf Fortsetzung des Krieges zu drängen.

Vorsitzender: Das steht in dem Telegramm vom 25. November?

Zeuge Staatssekretär a. D. **Zimmermann:** Das steht ausdrücklich darin. Das war der Standpunkt, der uns leitete. Wir wollten unter allen Umständen so schnell wie möglich zu einer Friedensanregung kommen. Und wenn ich mich schließlich für unseren Friedensschritt entschlossen hatte, trotzdem ich auf dem Standpunkt stand, daß er nach außen hin als Zeichen der Schwäche aufgefaßt werden könnte, so waren für mich folgende Erwägungen maßgebend: Erstens war der Fall von Bukarest ein Ereignis, das in der ganzen Welt seinen Eindruck nicht verfehlte, und nach solch einem Ereignis war es für die Feinde schwer, die Behauptung aufzustellen und sie zu rechtfertigen, daß wir im Moment der Schwäche, des Zusammenbruchs, mit einem Friedensangebot vorkämen. Zweitens verschloß ich mich nicht dem gerade von den inneren Behörden und namentlich auch von dem Herrn Reichskanzler vertretenen Gesichtspunkt, daß wir unserem Volke — das in seinen breiten Massen ganz besonders schwer unter dem Kriege zu leiden hatte — den Nachweis schuldig wären, daß wir — die Regierung — einen Frieden gern herbeiführen wollen, daß es nicht an uns liegt, wenn das Blutvergießen fortgesetzt wird. Das war der Standpunkt, der mich schließlich dazu veranlaßte, auch diesem Friedensangebot vom 12. Dezember zuzustimmen. Und dann habe ich in der Presse — allerdings, wie ich dem Herrn Reichsminister David gegenüber noch einmal betonen muß, erheblich später, erst am 12. — diesen Standpunkt vertreten, und ich habe ihn lediglich aus taktischen Gesichtspunkten vertreten. Gewiß mag es ein Widerspruch sein: die Haltung nach außen und diese Vertretung gegenüber der Presse. Aber, meine Herren, das sind eben Mittel, deren man sich als Politiker — und der Herr Reichs-

minister Dr. David wird sie genau so kennen wie ich — bedienen muß, wenn man ein Ziel erreichen will.

Reichsminister Dr. David: Exzellenz Zimmermann hat eben ausgeführt, durch die Mitteilungen, die Lansing machte, sei es sehr zweifelhaft geworden, ob Wilson überhaupt eine Friedensaktion machen werde, jedenfalls sei dadurch die Sache wieder in weite Ferne gerückt gewesen. Gerade wenn man von dieser Auffassung ausging, war es eigentlich nicht leicht verständlich, wie man der Presse sagen konnte: wir wollen unsere Friedensaktion rasch machen, damit wir der Wilsonschen vorauskommen; denn wenn die Wilsonsche hinausgeschoben war, so war dieses Moment der Eile nicht notwendig. Man brauchte ja dann gar nicht zu fürchten, daß er uns vorauskommen würde. Es scheint mir das nicht geklärt zu sein. Dr Grund für das eilige Vorgehen scheint dadurch gerade ausgemerzt gewesen zu sein.

Im übrigen hat Herr Staatssekretär Zimmermann, wenn ich ihn richtig verstanden habe, noch einmal erklärt, aus außenpolitischen Gründen hätte er es auch für besser gehalten, wenn die Wilsonsche Friedensaktion vor unserer gekommen wäre. Es liegt das ja auch auf der Hand. Wenn die Friedensaktion Wilsons auch gescheitert wäre, so wäre doch, wenn Wilson uns dabei an seiner Seite gefunden hätte, und wenn er durch nichts von unserer Seite aus verstimmt gewesen wäre, dies ein gewaltiger politischer Vorteil für das noch viel größere Ziel als die Friedensaktion gewesen, nämlich dafür, Amerika neutral zu halten. Wilson wäre unser Verbündeter bei der ganzen Aktion gewesen (Heiterkeit), jawohl, und wir wären Wilsons Verbündete bei dieser Aktion gewesen, die Wilson unternommen hätte, um den Frieden herbeizuführen. Wilson hätte das Angebot gemacht, wir hätten erklärt: jawohl, wir gehen darauf ein, wir sind auf Ihrer Seite, Herr Präsident. Die Entente wäre auf der Gegenseite gewesen und hätte die Aktion Wilsons verhindert. Wenn das so gelaufen wäre — ich wiederhole es —, so wäre das für uns eine psychologisch günstige Situation gewesen, zu verhindern, daß Amerika seine Neutralität aufgab und gegen uns an der Seite der Entente in den Krieg trat. Ich meine, das war doch das höchste Ziel der Politik, das für uns damals geboten war.

Darum verstehe ich, wiederhole ich, daß von der Reichsleitung aus erklärt wurde, es sei uns lieber, wenn die Friedensaktion Wilsons der unsrigen vorausgehe. Wenn ich Herrn Zimmermann recht verstehe, stand er auch später auf diesem Standpunkt, und da ist es mir unbegreiflich, wie er trotzdem dazu kommen konnte, unsere Presse in eine Richtung hineinzutreiben, die dieses ganze Zusammengehen mit Amerika auf das schwerste gefährden mußte.

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Herr Dr. David,

ich habe vorhin schon erklärt, aus welchem Grunde ich das nicht wollte.

Vorsitzender: Ich wollte diese Frage als erledigt betrachten.

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Ich betrachte auch durch meine Ausführungen die Ausführungen des Herrn Dr. David als erledigt. Es sind politische Erwägungen, was eingetreten wäre und was möglicherweise hätte eintreten können, wenn wir den und den Schritt gemacht oder unterlassen hätten. Wir begeben uns da wieder auf das Gebiet der Vermutungen. Hier wollen wir doch Tatsachen feststellen. Ich kann Herrn Dr. David nur bestätigen, daß ich einem Friedensschritte des Präsidenten Wilson aus den von ihm selbst angeführten Gründen den Vorzug gegeben hätte. Der Friedensschritt kam aber nicht, und wir glaubten, nicht mehr warten zu können. Als wir nun unseren Friedensschritt machten, hielt ich damit die Sache zunächst für erledigt. Ich hoffte, daß der Präsident Wilson, falls es ihm wirklich darauf ankam, sich für den Frieden einzusetzen, sich anschließen würde, und ich glaubte, daß er das auch tun würde, ohne daß sich unsere Presse hier besonders freundlich und wohlwollend für ihn äußerte. Er hatte sehr lange gezögert und konnte sich infolgedessen nicht wundern, wenn wir uns nun selbst entschlossen, aus eigener Initiative mit dem Friedensschritt zu kommen. Ich wünschte damals, daß der Präsident hinter uns träte. Wenn ich aber in der Pressekonferenz einen solchen Standpunkt, wie ich ihn vorhin entwickelte, vertreten habe, so kann ich nur wiederholen: es leiteten mich dazu taktische, innerpolitische Erwägungen.

Ob das ganz richtig gewesen ist? Herr Dr. David würde die Sache vielleicht anders vertreten haben. Ich persönlich — das will ich doch hier bei dieser Gelegenheit noch einmal ausdrücklich betonen — stand einer Vermittlung des Präsidenten Wilson allerdings von vornherein skeptisch gegenüber. Die Gründe, die mich dazu veranlaßten, darf ich hier kurz einmal entwickeln.

Vorsitzender: Bitte sehr, Exzellenz!

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Schon der erste Telegrammwechsel, der zwischen dem Kaiser Wilhelm und dem Präsidenten Wilson aus Anlaß der Verwendung der Dum-Dum-Geschosse durch unsere Feinde stattgefunden hat, hatte doch zum Nachdenken Anlaß gegeben. Der Präsident hatte uns auf unsere Anregung eine recht kühle, ablehnende, nahezu direkt unfreundliche Antwort gegeben. Es kam dann die Stellung des Präsidenten in der Unterseebootfrage dazu. Wir hatten ja von vornherein betont und immer wiederholt, daß wir unsere Unterseebootwaffe nur als Repressalie einsetzten gegen die unter jeglicher Mißachtung des Völkerrechts und unter schnöder Verletzung — —

Vorsitzender: Exzellenz, ich glaube doch — verzeihen Sie, wenn ich Sie unterbreche —, wir kommen zu weit ab. Wir wollen uns doch auf das Thema begrenzen, welches durch diese Information der Presse gegeben ist. Ich werde noch Gelegenheit haben, Exzellenz nachher zu vernehmen, und da würde es sich besser machen, diese Frage in dem großen Rahmen Ihres Vortrages zu erörtern. Es ist dem Ausschuß doch von wesentlichem Interesse, gerade die Wirkung kennen zu lernen, die Ihre Äußerung damals, wonach wir also der Wilsonschen Friedensaktion zuvorkommen wollten, gehabt hat, und da wir einen der Hauptbeteiligten daran, Herrn Bernhard, der ja auch der Verfasser dieses Artikels in der „Vossischen Zeitung" vom 23. Oktober ist, wie ich sehe, hier unter den Anwesenden haben, so möchte ich gleich, wie es der Ausschuß beschlossen hat, Herrn Bernhard als Zeugen in dieser Sache hören. — Darf ich bitten, Herr Bernhard, vorzutreten.

(Zeuge Bernhard tritt vor.)

Sie heißen mit Vornamen?

Zeuge Verlagsdirektor **Bernhard:** Georg.

Vorsitzender: Ihr Alter?

Zeuge Verlagsdirektor **Bernhard:** 45 Jahre.

Vorsitzender: Wünschen Sie den Eid in der religiösen Formel oder ohne den religiösen Zusatz?

Zeuge Verlagsdirektor **Bernhard:** Mit dem religiösen Zusatz.

(Der Zeuge Verlagsdirektor Bernhard leistet den Zeugeneid.)

Vorsitzender: Herr Bernhard, Sie sind der Verfasser dieses Artikels; er ist jedenfalls mit der bekannten Chiffre Bhd. gezeichnet. Es ist hier also in diesem Leitartikel das bemerkt worden, was ich bereits hier ausgeführt habe. Es ist hier noch weiter gesagt worden, es wäre der Sinn der Äußerung gewesen, es soll dem Friedensangebot zuvorgekommen werden; „sie wurde in dem dem früheren Staatssekretär eigenen derben Ton burschikoser Gutmütigkeit gegeben". Darf ich Sie bitten, sich einmal über den Inhalt selbst, soweit er Ihnen noch bekannt ist, vor allem dann aber auch über die Wirkung, die er gehabt hat, über das, was Sie als den Sinn und die Absicht der Äußerung des Herrn Staatssekretärs auffaßten, uns des näheren Auskunft zu geben.

Zeuge Verlagsdirektor **Bernhard:** Ich möchte zunächst eine falsche Auffassung richtigstellen, die hier bei der Vernehmung anscheinend herrscht. Es handelte sich nicht um die sogenannte Pressekonferenz, in der die Äußerung des Herrn Staatssekretärs gefallen ist, sondern es handelte sich um eine besondere vertrauliche

Besprechung, die, wenn ich mich recht entsinne, stattfand im kleinen Konferenzsaal des Auswärtigen Amtes

Zeuge Staatssekretär a. D. **Zimmermann**: Jawohl!

Zeuge Verlagsdirektor **Bernhard**: — und bei der etwa — ich kann mich in der Zahl irren — überhaupt nur zwischen 10 und 20 Pressevertreter anwesend waren; es waren nur die Chefredakteure der großen Blätter und ganz wenige Vertreter auswärtiger Blätter anwesend. Diese Konferenz fand statt auf plötzliche besondere Zusammenberufung, ich glaube, am 12. Dezember, kurz bevor der Herr Reichskanzler seine Rede im Reichstag hielt. (Zustimmung des Zeugen Zimmermann.) Ich habe den Gedankengang der Rede des Herrn Staatssekretärs nur ungefähr so, wie ich ihn wiedergegeben habe, noch im Kopfe gehabt. Ich habe aber, um mich zu vergewissern, ob die Sache stimmt, ob meine Erinnerung mich nicht trügt, bevor ich die Sache veröffentlichte, mit einem der damals anwesenden Kollegen gesprochen, und der hat mir den Sinn der Äußerung bestätigt und außerdem auch den Wortlaut, so wie er ihn im Gedächtnis hatte, gesagt. Ich kann aber nicht sagen, ob der Wortlaut so richtig ist. Es entspricht aber dieser Wortlaut, den der Herr Kollege mir angab, genau dem Sinn, an den ich mich erinnere. Ich habe die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs damals so verstanden, so wörtlich, wie er sie machte: Es droht eine Friedensaktion von Wilson.

Vorsitzender: Droht?

Zeuge Verlagsdirektor **Bernhard**: Ja, droht. Ich meine, ich habe das so verstanden. Ich habe allen Friedensaktionen Wilsons nach meiner politischen Überzeugung sehr skeptisch gegenüber gestanden. Ich habe geglaubt, aus einer Reihe von wirtschaftlichen Gründen stehe Amerika so sehr an der Seite Englands, daß es dem Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht möglich wäre, eine unparteiische Aktion vorzunehmen. Mit dieser Auffassung bin ich an den Vortrag des Herrn Staatssekretärs herangetreten. Ich habe eine Bestätigung meiner politischen Auffassung in den Worten des Herrn Staatssekretärs gesehen. Ich habe angenommen, daß auch der Herr Staatssekretär derselben Auffassung ist, daß aus irgend einem Deutschland ungünstigen Grunde der Präsident Wilson eine Friedensaktion vorhabe, und daß, um diese zu verhindern, wir das deutsche Friedensangebot machen. Das mußte meine Auffassung und mußte mein Eindruck von den Worten des Staatssekretärs sein. Ich sah eine Bestätigung meiner Anschauung in diesen Worten. Erst viel später habe ich erfahren, und zwar erst als der Graf Bernstorff zurückkehrte, daß wir die Wilsonschen Friedensaktionen angebahnt hatten, und daß auf unsere Veranlassung der Präsident der Vereinigten Staaten eine solche

Friedensaktion vorzunehmen beabsichtigte. Ich habe damals sofort, nachdem ich von diesen Dingen Kenntnis bekam, in der „Vossischen Zeitung“ einen Artikel geschrieben, in dem ich darauf hingewiesen habe, daß dadurch ja ganz neue Situationen geschaffen würden, und daß da ein Doppelspiel vorläge, das ich persönlich für höchst bedenklich halte. Das habe ich aber vorher nicht gewußt, sondern ich habe von der Rede des Staatssekretärs, damals als er sie hielt, die Auffassung gehabt, die ich Ihnen eben schilderte. Nachdem ich erfuhr, was in Amerika vorgegangen ist, war ich allerdings auf das höchste erschreckt über diese Mitteilung, über den wirklichen Sinn oder — ich will mal so sagen — über den Doppelsinn der Mitteilung des Herrn Staatssekretärs.

Vorsitzender: Es wird gewünscht, zu erfahren, ob Sie sich des Wortlauts der Äußerung von Exzellenz Zimmermann damals entsinnen.

Zeuge Verlagsdirektor Bernhard: Ich entsinne mich des Wortlauts nicht.

Vorsitzender: Sie haben im Gespräch zusammen mit einem Kollegen festgestellt, daß das der Sinn gewesen ist?

Zeuge Verlagsdirektor **Bernhard:** Ja, der Kollege hat auch einen bestimmten Wortlaut genannt. Aber den kann ich unter meinem Eide nicht als richtig bezeugen.

Vorsitzender: Der Wortlaut ist Ihnen persönlich nicht bekannt?

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Welchen Wortlaut hat der Kollege Ihnen mitgeteilt?

Zeuge Verlagsdirektor **Bernhard:** Er hat mir gesagt, daß der Staatssekretär Zimmermann ungefähr gesagt habe: Wir machten das, damit der Wilson seine Finger nicht in der Pastete habe.

Vorsitzender: Das ist nur der Sinn, nicht der Wortlaut?

Zeuge Verlagsdirektor **Bernhard:** Ja, das sagte mir der Kollege, das sei der Wortlaut, dessen er sich erinnere. Das ist das, was ich andeuten wollte, als ich in der „Vossischen Zeitung“ von „der burschikosen Art“ des Staatssekretärs schrieb. Es ist aber ebensogut möglich — nachdem der Kollege mir den Wortlaut gesagt hat, habe ich mich entsonnen, daß etwas Ähnliches dem Wortlaut nach gesagt worden ist.

Vorsitzender: Wer war der Kollege?

Zeuge Verlagsdirektor Bernhard: Der Kollege Baecker von der „Deutschen Tageszeitung“.

Vorsitzender: Ist der anwesend?

(Zurufe: Nein!)

Er ist nicht hier.

Ich bitte den Zeugen, fortzufahren.

Zeuge Verlagsdirektor Bernhard: Ich möchte bemerken, daß ich damals ja gar nichts anderes annehmen konnte. Ich bin sehr erstaunt über die Bekundungen, die Herr Zimmermann heute hier gemacht hat, daß er die Presse damals irrtümlich informiert habe. Ich kann mir durchaus vorstellen, daß man aus taktischen Gründen unter Umständen einmal die Öffentlichkeit in einer Weise bearbeiten läßt, die vielleicht im Augenblick nicht ganz richtig ist. Daß man aber dann der Presse nicht die Motive sagt, die man dabei hat, das ist etwas, was ich nicht verstehe. Namentlich ist mir nie in den Sinn gekommen, daß, wenn unter dem Siegel strengster Vertraulichkeit eine Anzahl führender Personen der Presse zusammengerufen werden — — —

Vorsitzender: Herr Zeuge, das geht aber zu weit, das geht über das hinaus, was wir von Ihnen als Zeugenaussage haben wollen; das wäre lediglich ein kritisches Urteil, das nicht zur Sache gehört.

Zeuge Verlagsdirektor Bernhard: Ich bitte um Entschuldigung. Selbstverständlich würde ich mir nicht erlauben, als Zeuge ein kritisches Urteil auszusprechen. Es handelt sich aber hier darum, verständlich zu machen, weshalb ich damals nur den geschilderten Eindruck empfangen konnte. Ich mußte annehmen, daß das, was gesagt wurde, absolut den Tatsachen entsprach. Eine Anzahl führender Persönlichkeiten der Presse war zusammengerufen und zu strengster Vertraulichkeit verpflichtet, und da konnte ich nicht glauben, daß das alles geschehen war, um diese Männer hinters Licht zu führen.

Vorsitzender: Ja, das ist etwas anderes; wenn Sie das ausführen wollen, gehört es auch in den Rahmen dessen hinein, was Sie hier aussagen sollen. Also Sie nahmen an, daß das, was Herr Zimmermann gesagt hat, absolut richtig sei, und sahen darin nicht irgendeine Taktik?

Zeuge Verlagsdirektor Bernhard: Nein!

Vorsitzender: Nach meiner Ansicht ist nun das, was wir den Zeugen zu fragen hatten, erledigt.

Abgeordneter Gothein: Wenn eine derartige Zusammenkunft der führenden Männer der Presse stattfindet, in der der Staatssekretär des Auswärtigen ihnen die Motive mitteilt, aus denen eine Aktion erfolgt, beabsichtigt er dann, daß die Presse, wenn auch solche Sachen vertraulich sind, doch in diesem

Sinne weiter arbeitet und diese Gedanken vertritt, wenn schließlich der vorausgesetzte Fall eintritt, also hier die Wilsonsche Friedensvermittlung? Sieht der Herr Zeuge das im allgemeinen als den Zweck einer derartigen Konferenz an, und hat die Presse dann in diesem Sinne die Mitteilungen des Staatssekretärs weiter verwertet?

Zeuge Verlagsdirektor **Bernhard**: Ich fasse eine solche vertrauliche Besprechung dahin auf, daß die Presse die wirklichen Motive der Regierung kennen lernt und nun ihrer Parteistellung und ihrer persönlichen Überzeugung nach das schreibt, was sie für richtig hält, aber unter Würdigung der richtigen Motive, die die Regierung gehabt hat.

Abgeordneter **Gothein**: Ist denn die Frage in dem Sinne, wie es der Staatssekretär wünschte, von der Presse behandelt worden?

Zeuge Verlagsdirektor **Bernhard**: Das kann ich im Augenblick nicht mehr sagen. Ich glaube aber kaum, daß irgendjemand geschrieben haben könnte, wir wollten mit unserem Friedensangebot einer Aktion des Präsidenten Wilson zuvorkommen. Denn dann hätte er die Vertraulichkeit verletzt.

Vorsitzender: Ich bitte Herrn Bernhard, sich wieder zurückzuziehen.

Wir können jetzt gleich noch die belgische Deportationsfrage behandeln.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Noch eine Frage über die Stellung von Exzellenz Zimmermann. Nachdem Amerika die Beziehungen zu uns abgebrochen hatte oder in den Krieg eingetreten war, fand in diesem Saale eine Besprechung des Haushaltsausschusses über diese Dinge statt. Aus der Diskussion erinnere ich mich einer Äußerung von Ihnen, Exzellenz, die mir jetzt wichtig scheint, um zu prüfen, wie Ihre Stellung zu der ganzen Friedensaktion und zu unserem Friedensangebot im Verhältnis zu Wilson war. Da haben Sie sich dem Sinne nach — zum Teil wörtlich — ungefähr folgendermaßen geäußert: Das Gute bei dem Bruch mit Amerika ist, daß wir diesen Menschen als Friedensvermittler jetzt los sind.

Zeuge Staatssekretär a. D. **Zimmermann**: Ich erinnere mich nicht dieser Äußerung, aber immerhin kann sie von mir gemacht worden sein. Ich glaubte, doch irgendetwas dem Hauptausschuß sagen zu müssen, und ich war selbstverständlich über diesen Bruch und diesen Krieg mit Amerika außerordentlich bewegt, ich bedauerte ihn aufs lebhafteste; denn ich hatte immer die Hoffnung, daß unsere Instruktionen, die wir am 28. Januar noch an den Botschafter für den Präsidenten Wilson losgelassen hatten, und

die doch von unserem Standpunkt aus den Wünschen des Präsidenten Wilson gegenüber sehr entgegenkommend gefaßt waren, indem wir ausdrücklich eine Friedensvermittlung von Wilson annahmen, den Präsidenten bis zu einem gewissen Maße hätte beeinflussen können. Ich hatte angenommen, daß Präsident Wilson bei einigem guten Willen und bei einigermaßen neutralem Verhalten, falls er nämlich nicht absolut gegen uns eingenommen und unser Feind wäre, denn doch auf die Sache hätte eingehen können und nicht den Bruch mit uns hätte wählen müssen. Ich hatte es auch bedauert, daß der Präsident nicht den Botschafter noch persönlich empfangen hatte zur Auseinandersetzung der Gesichtspunkte und unseres weiten Entgegenkommens auf seine Wünsche und unserer Bereitwilligkeit, darauf einzugehen. Der Präsident hatte ja bekanntlich sofort abgebrochen. Graf Bernstorff hatte bereits am 29. mit dem Obersten House die Sache besprochen. Oberst House hatte natürlich mit dem Präsidenten Fühlung genommen, und bei der Wichtigkeit der Sache wäre es doch nur natürlich gewesen, und man hätte es wohl erwarten können, daß der Präsident noch Gelegenheit genommen hätte, mit unserem Botschafter die Sache zu besprechen. Er hat sich aber einfach zum Bruch entschlossen. Ich war selbstverständlich über diese Sache sehr enttäuscht und glaubte, daraus allerdings entnehmen zu sollen, daß das skeptische Urteil, das Urteil, das ich schon immer im Innersten hatte, die Sorge, die ich gegenüber der Neutralität des Präsidenten gehegt hatte, nunmehr vollständig bestätigt war. Ich glaubte, daraus entnehmen zu sollen, daß der Präsident in der Tat unser Feind ist, und daß es dann wohl besser ist, daß wir um seine Friedensvermittlung ganz herumgekommen sind. Das habe ich, wenn ich so etwas gesagt habe, jedenfalls im Auge gehabt, das war meine Idee bei der Sache.

Abgeordneter Gothein: Exzellenz sagen, daß Sie sehr enttäuscht gewesen seien über die Haltung des Präsidenten Wilson nach unserer Erklärung des U-Boot-Krieges. Es widerspricht das einigermaßen dem Akteninhalt, in dem das Auswärtige Amt wie auch der Herr Reichskanzler, über dessen Intentionen doch das Auswärtige Amt unterrichtet sein mußte, stets die Meinung vertreten hatten, daß die Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges nicht bloß zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen, sondern auch zur Kriegserklärung der Vereinigten Staaten führen würde.

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Gewiß, diesen Standpunkt haben wir vertreten, aber es kam eben diese Instruktion, diese neue Wendung in die Situation hinein durch die Mitteilung des Grafen Bernstorff, die sich auf die Mitteilung des Obersten House gründete, daß Präsident Wilson nun wirklich seine Friedensvermittlung anbiete, und daß er zu diesem Zweck unsere Kriegs-

ziele zu kennen wünsche. Da haben wir eben in einem meines Erachtens außerordentlich entgegenkommenden Telegramm, wie es in der damaligen Situation überhaupt nur noch möglich war, uns ausgelassen. Wir sind eingesprungen auf diese letzte Chance, die sich uns bot, um die Gefahr eines Bruches und Krieges mit Amerika zu vermeiden, und das Telegramm, wenn es noch einmal durchgesehen und hier vorgelesen wird, wird wohl allgemein, glaube ich, den Eindruck hervorrufen, daß es recht entgegenkommend gefaßt worden ist, und daß der aufrichtige Wunsch unsererseits darin zum Ausdruck gebracht worden ist, es zu einer Verständigung kommen zu lassen. Wir haben in den Telegrammen auch ausdrücklich betont: Wir können leider die U-Boot-Waffe nicht mehr sofort abstoppen, weil es technisch unmöglich ist; die Marine erklärt uns, die Befehle sind abgegangen, wir können die U-Boote nicht mehr stoppen, wir sind aber bereit, sofort den U-Boot-Krieg einzustellen, sobald der Präsident uns die Möglichkeit zu Friedensverhandlungen auf anständiger Grundlage bietet. Das war unsere Stellungnahme, und wir glaubten, daß, wenn der Präsident es wirklich ernst um den Frieden meinte und nicht absolut gegen uns eingenommen wäre, er tatsächlich das noch erreichen und durchsetzen könnte, und er hätte es auch meines Erachtens durchsetzen können, wenn er es gewünscht hätte.

Vorsitzender: Wir wollen diese weiteren Vernehmungen doch lieber der allgemeinen Vernehmung unterordnen. Ich möchte jetzt noch auf einen Punkt zu sprechen kommen, den ich gerade durch Exzellenz Zimmermann beantwortet sehen möchte. Es handelt sich um die Deportationsfrage der belgischen Arbeiter nach Deutschland. Ich glaube, daß Exzellenz Zimmermann über diese Frage besser informiert ist als Exzellenz v. Bethmann Hollweg. In diesem Zusammenhang knüpfe ich an an ein Telegramm des Wiener Botschafters Grafen Wedel vom 21. Dezember 1916, in dem er ungefähr folgendes ausführte:

> Gerard erachtet es von außerordentlicher Wichtigkeit, daß die Deportationen belgischer Arbeiter nach Deutschland aufhören. Durch diese Maßnahme sei der gute Eindruck der Rede des Reichskanzlers, in welcher er offen aussprach, daß Belgien nicht zu den Kriegszielen Deutschlands gehöre, beinahe gänzlich verwischt und in Amerika eine ganz unbeschreibliche Empörung hervorgerufen worden. Dieses Vorgehen gegen ihre katholischen Glaubensgenossen habe sogar unter den Irländern einen äußerst peinlichen Eindruck gemacht. Bei vielen von ihnen seien dadurch die Sympathien ins Lager der Entente geführt worden.

— usw. usw.

Der Botschafter hoffe, daß ihm dies gelingen werde, da

seines Wissens weder Herr v. Bethmann Hollweg noch Freiherr von Bissing Anhänger dieser Maßnahme seien.

Herr Burian

— steht dann am Schluß —

bemerkte hierzu: Der Anregung des Botschafters Gerard, wegen der belgischen Arbeiter in Berlin vorstellig zu werden, werde er keine Folge leisten, annehmend, daß Exzellenz selbst die Vor- und Nachteile dieser Maßregeln abwägen werden.

Ich konnte bei dieser Gelegenheit wahrnehmen,

— schließt er —

daß man sich auch hier über die Überführung der belgischen Arbeiter falsche Vorstellungen macht. Es dürfte sich vielleicht empfehlen, mehr als bisher in der Presse auf die rücksichtsvolle Ausführung seitens der deutschen Behörden, die gute Versorgung der belgischen Arbeiter und ihrer Familien usw. hinzuweisen.

Darf ich Eure Exzellenz bitten, zu dieser Mitteilung des Grafen Wedel, die doch von großer Bedeutung für die ganze Stimmung in Amerika war, einmal hier Stellung zu nehmen und zu erklären, was Sie darauf veranlaßt haben, wie Sie die ganzen Verhältnisse bezüglich der belgischen Deportationen gewürdigt haben usw.

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Die Frage der belgischen Deportationen war eine Sache, die das Auswärtige Amt direkt nichts anging. Es handelt sich um eine innere Maßnahme. Von meinem auswärtigen Standpunkt bin ich natürlich ein scharfer Gegner der ganzen Sache gewesen. Derartige Maßnahmen mußten außenpolitisch außerordentlich schlecht wirken, und ich habe nicht unterlassen, diesen meinen Standpunkt an geeigneter Stelle zu vertreten. Indessen waren für die zuständigen Stellen eben militärische Notwendigkeiten ausschlaggebend. Ich war nicht in der Lage, diese Maßnahmen zu verhindern. Ich habe, als das Telegramm aus Wien kam, mich von neuem eingesetzt und versucht, diese Deportationen rückgängig zu machen oder wenigstens in einer so milden Form wie nur möglich durchführen zu lassen, damit ich in der Lage war, nach außenhin unseren Feinden, die immer erklärten, daß wir neue Grausamkeiten und unerhörte Unmenschlichkeiten begingen, zu sagen: voilà, die Sache ist durchaus nicht so schlimm; wir haben das so und so gemacht. Selbstverständlich war mir vom außenpolitischen Standpunkte die Sache außerordentlich fatal.

Vorsitzender: Exzellenz, konnten Sie nicht doch Ihre ganze Intensität, da Ihnen die Friedensaktion Wilsons vorschwebte, die doch wünschenswerterweise zu einem Ziel führen sollte, dahin einsetzen, daß die belgischen Deportationen, deren verstimmenden Ein-

druck auf Amerika Sie doch kannten, auch aus dem Telegramm des Grafen Wedel doch besonders kennen lernten, — ich meine, konnten Sie da nicht in Ihrer Eigenschaft als Staatssekretär des Auswärtigen doch noch intensiver auf die militärischen Instanzen wirken, denen das ja allein unterstand, dahin wirken, daß die Deportationen aufhörten oder doch in einer Weise vorgenommen wurden, die jedes tadelnde Urteil erstickte oder nahezu erstickte?

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Ich kann nur wiederholen, daß ich alle diese Nachrichten verwertet habe und für sie sehr energisch und nachdrücklich eingetreten bin.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich möchte einige wenige allgemeine Worte zu der Sache sagen. Auch mir sind vom politischen Gesichtspunkt aus diese Deportationen im höchsten Grade unerwünscht gewesen. Sie sind vom Militär als notwendige Zwangsmaßregeln begründet worden, um das Hindenburg-Programm durchzuführen, um es durchführen zu können. Vollkommen ist es ja meines Wissens auch dann noch nicht gelungen, es auszuführen; aber es ist mir die zwingende militärische Notwendigkeit entgegengehalten worden. Trotzdem habe ich in voller Übereinstimmung mit dem Generalgouverneur Freiherrn v. Bissing mit allen Mitteln dahin gewirkt, zum mindesten die Härten, die bei der Maßregel hervortraten, zu beseitigen. Ich habe den Generalgouverneur Freiherrn v. Bissing persönlich nach Berlin gebeten. Herr v. Bissing ist unmittelbar danach gekommen; ich habe eingehend die Sache mit ihm verhandelt. Er hat mir damals — ich entsinne mich dessen genau — die gesamten Schriftstücke, seine Korrespondenz, welche mit der Obersten Heeresleitung entstanden war, unterbreitet. Wir haben die einzelnen Fälle besprochen. Ich habe es nach den vorliegenden sachlichen und persönlichen Verhältnissen für das Geeignetste gehalten, wenn der General v. Bissing die Angelegenheit persönlich mit dem Feldmarschall v. Hindenburg und dem General Ludendorff weiter verhandelte. Das schien mir der zweckmäßigste Weg zu sein, um schnell zum Ziele zu kommen. Der Generalgouverneur — es ist ja bekannt: er war ein bejahrter Herr, und seine Gesundheit hat leider Gottes damals schon viel zu wünschen übrig gelassen — ist noch am selben Abend — am Morgen war er aus Brüssel angekommen — nach Pleß gefahren und hat dort gewisse Milderungen im Verfahren durchgesetzt. Das war in dem Moment meiner Ansicht nach das, was mit dem meisten Erfolg geschehen konnte, — und das ist geschehen.

Ich bin weiterhin bemüht gewesen, fortgesetzt auf eine Abstellung, auf eine Milderung der zutage getretenen Härten hinzuwirken. Über diese Angelegenheiten muß ein reichhaltiges Aktenmaterial vorhanden sein, zum Teil im Auswärtigen

Amt. Angeknüpft hat sich die ganze Angelegenheit an eine Verordnung des Generalgouverneurs Freiherrn v. Bissing wegen zwangsweiser Beschäftigung der arbeitslosen und arbeitsunwilligen Elemente in Belgien, von denen Unsichermachung des ganzen Okkupationsgebietes befürchtet wurde. Nach meiner Erinnerung sind Verhandlungen mit dem Auswärtigen Amt geführt worden, inwieweit eine derartige Verordnung nach allgemein völkerrechtlichen Grundsätzen zulässig sei. Dann muß aber auch meiner Ansicht nach ein sehr weitschichtiges Aktenmaterial im Reichsamt des Innern vorhanden sein, das ja doch auch mit dem belgischen Generalgouvernement zu tun hatte, ferner bei der Obersten Heeresleitung und, wie ich vermute, auch beim Kriegsministerium hier wegen der späteren Unterbringung der Belgier, die deportiert worden waren. Ich bin der Ansicht, daß, wenn sich der Ausschuß ein vollkommen klares Bild über die ganze Angelegenheit machen will, es erforderlich ist, erst einmal ein Referat auf Grund dieses gesamten Aktenmaterials zu bekommen.

Tatsächlich hat der Gegensatz in der ganzen Angelegenheit auch hier vorgeherrscht, daß eine Maßregel, welche von der Heeresleitung als militärisch zwingend bezeichnet worden war, mit ungünstigen politischen Folgen verknüpft war, wie wir das im Kriege wiederholt bei den verschiedensten Angelegenheiten erlebt haben, und selbstverständlich habe ich, soweit es mir möglich war, gegen die militärisch mir als notwendig bezeichneten Verhältnisse politische Gegengründe angeführt, um diesen Gegengründen zum Durchbruch zu verhelfen. Das versteht sich von selber.

Abgeordneter **Dr. Sinzheimer**: Exzellenz, war die Deportationsfrage — und nur insoweit interessiert sie hier diesen Ausschuß; denn inwieweit die Deportation völkerrechtswidrig war oder nicht, wird ein anderer Ausschuß erledigen — eine hochpolitische Frage, deren Beantwortung für die freie Anbahnung einer Friedensstimmung in den neutralen Ländern und Amerika äußerst wichtig war? Die Frage wurde zu einer hochpolitischen Frage schon durch den formellen Protest Amerikas, und wenn ich nicht sehr irre, hat auch die Schweiz einen formellen Protest gegen die Deportation von Belgiern zur Zwangsarbeit aus neutralen Ländern erhoben, und wenn ich Sie nun recht verstehe, war die politische Leitung der Überzeugung, aus politischen Gründen muß die Maßregel rückgängig gemacht werden. Dann hat also die politische Leitung in einer hochpolitischen Frage dem Militär gegenüber ihren politischen Willen nicht durchsetzen können? Ist das Ihre Ansicht? Sie hatten den Willen, die Sache zu glätten, aus der Welt zu schaffen. An dem Widerspruch des Militärs scheiterte die hochpolitische Anforderung. Das ist meine Auffassung aus Ihrer Darlegung. Ich möchte Sie fragen, ob meine Auffassung richtig ist?

Zeuge Staatssekretär a. D. **Zimmermann**: Ich habe selbstverständlich die Sache für hochpolitisch betrachtet und wünschte, daß meinen Gesichtspunkten stattgegeben, ihnen entsprochen würde. Auf der anderen Seite haben eben militärische Notwendigkeiten, wie ich Ihnen vorhin schon betonte, zum entgegengesetzten Standpunkt geführt, und mir war es nicht möglich, meine politischen Gesichtspunkte durchzusetzen gegenüber diesen militärischen Notwendigkeiten.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. **Bethmann Hollweg**: Vielleicht kann ich doch etwas dazu beitragen, um den Gegensatz, von dem der Herr Berichterstatter gesprochen hat, auf das richtige Maß zurückzuführen. Gewiß war es eine hochpolitische Angelegenheit, und es standen die militärischen Notwendigkeiten dem politischen Interesse entgegen. Ich will aber dabei doch darauf aufmerksam machen — was ich ja schon in meinen früheren Vorträgen getan habe —, daß tatsächlich die Friedensaktion Wilsons nicht gestört worden ist, sondern sich so vollzogen hat, wie sie Mitte November des Jahres 1916 beabsichtigt worden war. Auch hier würde sich also die Frage wohl im wesentlichen dahin richten, ob die belgischen Arbeiterdeportationen mit dahin gewirkt haben, daß die Entente sowohl unser Friedensangebot so kategorisch zurückwies, als auch die Friedensnote von Wilson in einer Weise beantwortet hat, die auch mir als eine Ablehnung erschienen ist. Gewiß, es ist sehr wohl möglich, daß die Empörung oder die Erregung, welche über die Arbeiterdeportationen aus Belgien entstanden ist, da mitgewirkt hat. Ich möchte aber doch bemerken, daß der Haß, die Verleumdung Deutschlands als eines Barbarenvolkes — wir wurden ja in England nur noch die Hunnen genannt, und dem Beiwort „Boches" in Frankreich hing ja auch nicht gerade eine besonders liebenswürdige Einschätzung der deutschen Eigenschaften an — ohnehin einen hohen Grad erreicht hatte. Es waren so viel Lügen und Verleumdungen über die angeblichen Greuel verbreitet, deren sich unsere Soldaten überall und generell schuldig gemacht hätten, nicht in Ausnahmefällen, wie sie vielleicht ein Krieg, der auch tierische Leidenschaften im Menschen wieder wachruft, hier und da erzeugt, sondern wir wurden allgemein als solche Leute eingeschätzt. Ob da die belgischen Arbeiterdeportationen schließlich das ausschlaggebende Moment gewesen sind, ist mir doch zweifelhaft gegenüber der Stimmung in den feindlichen Ländern.

Und dann, um auf den G e g e n s a t z z w i s c h e n M i l i t ä r u n d P o l i t i k zurückzukommen: ich bin der Ansicht, daß, wenn bei der praktischen Ausführung der Heranziehung belgischer Arbeiter zur Arbeit in Deutschland nicht zu Maßregeln gegriffen worden wäre, die sich eben nicht verantworten ließen im einzelnen, wenn das nicht geschehen wäre, sondern wenn die Sache so durchgeführt worden wäre, wie sie der Generalgouverneur Freiherr v. Bissing ursprünglich in Aussicht gehabt hat, sich dann die Sache

nicht nur völkerrechtlich vertreten ließ, sondern die ganze Erregung nicht Platz gegriffen hätte. Denn wir wollen doch auch in dieser Frage — wenigstens ich für meine Person habe die Verpflichtung — den deutschen Standpunkt sehr scharf unterstreichen. Gegenüber der massenhaften und unbegrenzten Munitionszufuhr, deren sich die Entente zu erfreuen hatte, waren wir abgeschnitten von der Zufuhr von Rohstoffen, angewiesen auf sich schließlich in der Dauer des Krieges als numerisch nicht mehr ausreichend erweisende Arbeitskräfte. Daß da die Militärverwaltung, die ihre ganze militärische Verantwortung für die Zukunft täglich vor Augen hatte bei allen ihren Operationen, nunmehr darauf bestand, es müsse das Alleräußerste geschehen, damit wir die notwendigen Arbeitskräfte heranbekommen für die Munitionsbeschaffung und alles, was damit im Zusammenhange steht, das ist doch vollkommen begreiflich, und das ist etwas, was ich als Reichskanzler doch auch anerkennen mußte. Wogegen ich eingeschritten bin und wogegen ich einschreiten mußte, das waren die Mißstände in der Ausführung. Die üblen Folgen in der aufgereizten Stimmung der Entente, für die, wir mochten tun, was wir wollten, wir die Barbaren und die Hunnen blieben, die unterdrückt und bestraft werden mußten — das stand nun einmal bei der Entente fest —, diese Folgen mußten wir in Kauf nehmen. Wenn — ich wiederhole das — bei der Ausführung der Maßregel durchaus in dem Sinne vorgegangen worden wäre, wie es der General Freiherr v. Bissing, der Generalgouverneur, gewollt hat, dessen gesamte Tätigkeit ich bei der Verwaltung von Belgien außerordentlich hoch eingeschätzt habe auch in politischer Richtung, — wenn diese Mißstände beseitigt worden wären, so wäre wahrscheinlich das Geheul im Auslande doch gewesen. Aber wir hätten dem mit größerer Leichtigkeit entgegentreten können und auch jetzt hier in diesem Saale sagen können: es ist ja nichts passiert bei der Gelegenheit an Roheit und an Härten, die vermeidbar waren. Leider sind wir dazu nicht überall in der Lage. Gegen üble Dinge, die passiert sind, bin ich eingeschritten.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: War Ihnen, Exzellenz, bekannt, daß damals Tausende von Menschen gestorben sind? War Ihnen weiter bekannt, daß, als sie tausendweise hierhertransportiert worden sind, überhaupt Arbeitsgelegenheit nicht vorhanden war, und war es da nicht von der höchsten politischen Bedeutung, diese Erregung, die vielleicht auf Grund dieser Tatsachen eben von den Völkern als berechtigt geglaubt werden konnte, aus der Welt zu schaffen, um nun freie Bahn zum Friedenswillen der Völker zu finden, wenn überhaupt ein solcher vorhanden war? War das nicht die politische Aufgabe in einem Zeitpunkte, wo man eine Friedensaktion vorbereitete und doch auch die Stimmung behandeln mußte, die eine solche Friedensaktion begünstigte oder verwarf?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Selbstverständlich, was der Herr Berichterstatter ausführt, ist ja vollkommen zutreffend. Ich habe mir nur erlaubt darauf hinzuweisen, daß in diesem Kriege die Notwendigkeiten, die der Krieg erzeugt hat, häufig sich untereinander kreuzten, und daß es nicht möglich gewesen ist, die Dinge, die man politisch für richtig hielt, ganz unbehindert durch die Hinderungsgründe, die von der Seite eintraten, durchzuführen. Das ist allgemein bekannt. Die militärischen Notwendigkeiten haben oft da hineingespielt. Das sind übrigens Dinge, Herr Berichterstatter, ich darf wohl daran erinnern, daß dieser Dualismus — wir haben schon von ihm gesprochen — doch schließlich im Prinzip in den Jahren 1866 und 1870 auch bereits dagewesen ist. Und was waren das für kleine minimale Kriege zu diesem Völkerringen, wo ja selbstverständlich der Dualismus, der Gegensatz der Notwendigkeiten und Bedürfnisse der politischen und militärischen Leitung sehr viel stärker sein muß. Ich bitte doch bei allen Beurteilungen darüber, wo diese beiden Gewalten gegeneinander gearbeitet haben, zu bedenken, daß doch nicht aus bösem Willen der eine gegen den andern gehandelt hat, sondern in der Überzeugung, daß die Verantwortung, die der einen oder anderen Gewalt auferlegt werden mußte, getragen werden mußte, die Forderung durchgesetzt werden mußte, die die Verantwortung mit sich brachte, für unser Volk, für die Rettung unseres Volkes, für die Rettung unseres Vaterlandes. Ich bitte, das doch zu bedenken.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer:** Aber es gab doch eine Lage, Exzellenz, wo entweder die militärischen Anschauungen richtig waren, oder die politischen, und wo eine Vereinbarung beider nicht mehr möglich war!

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Wir sprechen hier doch von den großen Fragen, die mir hier vorzulegen sind. Die eine Frage scheint mir im wesentlichen im Ausschuß erledigt zu sein, das ist die Frage der Parallelaktion zwischen unserem Friedensangebot und der Wilsonschen Friedensaktion. Die zweite große Frage ist der 9. Januar. Da sind die beiden Gegensätze entstanden, der politische und der militärische. Die Frage der belgischen Arbeiter ist, so übel sie gewesen ist, so sehr ich sie beklagt habe, im Vergleich zu den anderen Fragen doch nur akzessorischer Natur.

Vorsitzender: Ist den militärischen Kreisen nicht Mitteilung davon gemacht worden, daß durch diese Aktion doch die Friedensaktion eine starke Gefährdung bekommen könne? Ist das mitgeteilt worden, und haben demgegenüber die militärischen Kreise erklärt: ja, aber ihre Aktion geht vor oder die Wilsonsche Aktion geht vor? Es war doch daran nichts zu deuteln, daß diese dadurch stark gefährdet wurde. Haben die militärischen Instanzen sich zu dieser Frage geäußert?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Ob dieser Gegenstand in so akuter Weise formuliert worden ist — die Akten werden es ergeben, und die Akten nachzuforschen, ist mir, der ich schließlich nur eine Hilfsauskunftsperson bin — so fasse ich meine Rolle auf —, nicht möglich. Ich glaube nicht, daß das in dieser akuten Form nebeneinander gestellt worden ist. Daß die belgischen Arbeiterdeportationen Erregung in der Welt hervorriefen, dazu brauchten sie nur in die Zeitungen hineinzusehen, das hat auch die Oberste Heeresleitung gewußt. Die Oberste Heeresleitung hat, als der Generalgouverneur Freiherr v. Bissing mit ihr selber verhandelt hat, das gewußt. Er wird ausgeführt haben: ich komme vom Reichskanzler, der steht absolut auf meiner Seite. Daß diese Gegensätze bestanden, ist selbstverständlich. Ich muß allerdings offen gestehen — wenn ich mich zu dieser Frage der belgischen Arbeiterdeportationen äußern soll —: mir kam es darauf an, alle Härten zunächst einmal zu beseitigen. Gegenüber dem Grundsatz der Obersten Heeresleitung, wir brauchten noch belgische Arbeiter, um unser Hindenburgprogramm durchzuführen, hätte ich nichts sagen können. Das wäre über das hinausgegangen, was ich hätte verantworten können. Ich konnte nicht sagen: nein, ich will das aber nicht! — ich hätte dann die Antwort bekommen: dann wird unser Hindenburg-Programm nicht fertig. Man muß sich vergegenwärtigen, in welcher Situation man diesen militärischen Fragen gegenübersteht.

Nun möchte ich doch auf eines zurückkommen. Ich glaube, es ist der Herr Abgeordnete Gothein gewesen, oder war es der Berichterstatter? — es ist wohl der Berichterstatter gewesen, der gefragt hat, ob ich gewußt hätte, daß T a u s e n d e v o n P e r s o n e n g e st o r b e n wären, daß die belgischen Arbeiter keinen Platz in den Baracken gefunden hätten und auch keine Arbeit. Wieviele Belgier gestorben sind, weiß ich nicht. Ich weiß nicht, ob die Zahlen zutreffen; ich möchte nicht sagen, daß Tausende gestorben sind. Daß Menschen gestorben sind, daß Krankheit und Frost unter ihnen gehaust haben, ist mir bekannt. Es ist mir auch bekannt, daß mehr Leute deportiert worden sind als Arbeitsgelegenheit in dem Moment geschaffen war. Soweit ich mich entsinne, ist wohl General Groener auch damals noch in der Sache zuständig gewesen. Ich entsinne mich ganz genau, daß ich den militärischen Stellen gesagt habe oder wenigstens die Direktiven gegeben habe, es ihnen zu sagen: nun sorgt dafür, daß die Belgier, die hier sind, die nicht beschäftigt werden können, die leiden unter unseren Verhältnissen, die nach ihren Persönlichkeiten sich nicht eignen für die Arbeiten, schleunigst zurückgebracht werden.

Abgeordneter **Gothein:** War die Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes nicht schon dadurch gegeben, daß die Deportation der belgischen Bevölkerung gegen die Haager Landkriegsordnung

verstieß? Und da wollte ich fragen: sind außer der Schweiz auch von anderen neutralen Mächten Vorstellungen in dieser Frage an das Auswärtige Amt gekommen, und ist in direkter Weise auch seitens der Vereinigten Staaten von Amerika dagegen protestiert worden?

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Das muß aus den Akten hervorgehen. Ohne Kenntnis der Akten kann ich nichts sagen. Proteste von Amerika sind gekommen. Daß außer der Schweiz noch eine andere Macht protestiert hätte, ist mir nicht erinnerlich. Ich weiß nicht, ob der Herr Berichterstatter in den Akten etwas gefunden hat.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Wenn ich Sie unterbrechen darf: Von vielen auswärtigen Botschaftern sind Berichte über die Schädlichkeit der Maßregeln eingegangen, so vom Botschafter Grafen Brockdorff und namentlich von dem Grafen Bernstorff.

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Das ist zweifellos; ich habe immer diesen Standpunkt vertreten. Ich habe gesagt: das ist bedauerlich, es muß etwas geschehen, damit den Feinden das Material, gegen uns zu hetzen, genommen wird. Das war selbstverständlich von meinem außenpolitischen Standpunkte, und dafür bin ich immer eingetreten.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Das Wesentliche liegt darin, daß in einer Epoche, wo man den Frieden vorbereitete, man diesen Stein des Anstoßes liegen ließ.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Darf ich dazu noch ein kurzes Wort sagen? Ich habe vorhin schon ausgeführt, es wäre logisch und politisch das Richtige gewesen, wenn wir diesen Stein des Anstoßes hätten beseitigen können. Aber ich möchte nochmals auf die Situation aufmerksam machen: auf der einen Seite die apodiktisch mit der absoluten Kriegsnotwendigkeit begründete Forderung der Heeresleitung, auf der anderen Seite Skepsis — aus welchen Gründen, habe ich bereits gesagt. Und doch ist immer die Notwendigkeit, sich bei unserem eigenen Friedensangebot und auch bei der Friedensaktion Wilsons die tatsächlichen Verhältnisse vor Augen zu halten, die im Falle der Ablehnung der beiden Friedensangebote einträten. Dann flammt der Krieg aufs neue leidenschaftlich auf. Auch das müssen wir berücksichtigen. Dadurch bekommen die militärischen Forderungen, die mit der zwingenden Kriegslage begründet waren, ein starkes Gewicht.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Exzellenz haben aus außenpolitischen Gründen damals dagegen gesprochen, daß das Hilfsdienstgesetz vor dem Friedensangebot in die Welt geschafft werden

sollte. Ich meine, auch da sind die außenpolitischen Gründe erwogen worden! Hätte das nicht auch in der Deportationsfrage gelten sollen?

Vorsitzender: Es liegen noch zwei Namensmeldungen vor von den Herren Abgeordneten Gothein und Dr. Schücking. Sind die durch die bisherigen Auseinandersetzungen schon erledigt?

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Ich möchte auf folgenden Gesichtspunkt in der belgischen Deportationsfrage aufmerksam machen. Der Krieg begann mit der Erklärung des Reichskanzlers, daß das dem belgischen Staate zugefügte Unrecht wieder gutgemacht werden müßte. Es ist bekannt, daß die ganze Kriegführung darunter gelitten hat, daß sie im Bewußtsein der Welt mit einem Unrecht gegen Belgien belastet war. Nun kommt die Friedensaktion, und sie geht einher mit einer Tat, die als ein ungeheures Unrecht an dem belgischen Volke betrachtet wird. Ist an diese Kombination gedacht und ist daraus ein Antrieb entnommen worden, das erneute Unrecht an Belgien unter allen Umständen zu beseitigen, bevor eine Friedensaktion unternommen wurde?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Herr Dr. Cohn, gewiß haben diese Erwägungen bei mir Platz gegriffen. Ich hatte selbstverständlich gewünscht, daß unser eigenes Friedensangebot wie die Friedensaktion von Wilson nicht durchkreuzt werden möchte dadurch wie auch durch andere Vorkommnisse des Krieges. Aber es ist — und ich habe die Gründe dafür angegeben — auch für den Reichskanzler ungeheuer schwer oder unmöglich, eine Maßregel aus der Welt zu schaffen, von der die militärischen Autoritäten sagen: wenn diese Maßregel nicht durchgeführt wird, können wir den Krieg überhaupt nicht gewinnen.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Gestatten Sie mir hierzu folgende Bemerkung: Der Krieg als höchstes staatliches Unternehmen soll nach den Prinzipien des Völkerrechts nur mit eigenen staatlichen Mitteln geführt werden. Nun ist bei der belgischen Angelegenheit, auch abgesehen von dem Einmarsch, ganz kraß und für alle Welt sichtbar hervorgetreten, daß die deutsche Kriegführung den Krieg fortsetzen wollte nicht nur aus eigener Kraft, sondern auch auf Kosten und mit den Kräften der Bevölkerung der besetzten Gebiete. Dieser Gedanke mußte — vom Standpunkte des Herrn v. Bethmann Hollweg — die politische Behandlung des Krieges beherrschen, und dieser Gedanke hat auch die Auffassung beeinflussen müssen, die Herr v. Bethmann Hollweg hier mehrfach betont hat, daß er sich nur um die Milderung der Ausführung kümmern könnte, aber nicht um das Prinzip. Stießen hier nicht die beiden Gegensätze: militärische und staatspolitische Auffassung unmittelbar und unlösbar aufeinander und mußte nicht vom Reichskanzler

der Kampf ausgefochten werden, drei, vier Monate vor dem 9. Januar 1917?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. **Bethmann Hollweg**: Gewiß, man kann nachträglich und theoretisch die Frage so stellen. Eine völkerrechtliche Anomalie lag ja vor. Ich bitte, aus den Akten des Auswärtigen Amts das festzustellen. Ich bin nicht in der Lage, das auszuführen. Ich möchte wiederholt meine Pflicht als Hilfsperson des Ausschusses zur Ermittlung der Wahrheit auffassen, nicht um meinerseits die Akten zu rekonstruieren, die ja jedenfalls zur Disposition des Ausschusses schon seit sehr viel längerer Zeit und sehr viel gründlicher stehen, als es bei mir der Fall ist. Es wird sich aus den Akten des Auswärtigen Amts ergeben, inwieweit die Verordnung — ich glaube, sie ist vom August — des Generals Freiherrn v. Bissing über die Beschäftigung der chômeurs mit den völkerrechtlichen Regeln in Einklang zu bringen sei. Ich bin nicht in der Lage, über diese Details Auskunft zu geben, und es kann auch wirklich nicht von mir erwartet werden, daß ich über alle diese Details informiert wäre. Ich entsinne mich, daß Exzellenz Kriege, der alle diese Fragen außerordentlich genau beherrscht, mir wiederholt Vortrag über die Sache gehalten hat. Ich bin damals genau informiert gewesen, aber heute nach drei Jahren wird der Ausschuß, glaube ich, von mir nicht verlangen, daß ich über diese Dinge noch so genau informiert bin.

Vorsitzender: Darf ich unterbrechen! Der Herr Konsul Müller glaubt, über diese Dinge eine Bemerkung machen zu können.

Konsul Müller: Die Akten des Auswärtigen Amts enthalten ein reichhaltiges Material. Da indessen mit den Einzelheiten dieser Deportationsfrage sich der 4. Unterausschuß beschäftigen dürfte, liegt das Material des Auswärtigen Amts heute nicht zusammengefaßt vor.

Vorsitzender: Dann bitte ich, Exzellenz, fortzufahren.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. **Bethmann Hollweg**: Die völkerrechtliche Anomalie lag in der Ausführung ja unzweifelhaft vor; aber es möchte mir doch der Einwurf gestattet sein: sollen wir immer bloß von den eigenen Sünden, auch von völkerrechtlichen Anomalien, sprechen, wo wir einer völkerrechtlichen Anomalie wie der Blockade durch England entgegenstehen, durch die unser Volk (mit erhobener Stimme) für Generationen verelendet worden ist?

(Lebhaftes Bravo im Zuhörerraum.)

Vorsitzender: Damit ist die Sache erledigt.

Eine Frage, die der Ausschuß noch beantwortet zu wissen wünscht, betrifft die Kaiserrede, die am 13. Dezember

in Mülhausen gehalten worden ist, also an dem Tage, nachdem gerade unser Friedensangebot herausgegangen war, ein Friedensangebot, von dem Sie, Exzellenz, natürlich den dringenden Wunsch hatten, daß es auch tatsächlich zur Verwirklichung des Friedens führen möchte. Es ist nun die Frage an Sie zu richten, Exzellenz, ob die Veröffentlichung dieser Rede durch das „W. T. B.“ mit Ihrem Wissen und Willen erfolgt ist.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Die Rede ist mir vor ihrer Veröffentlichung nicht vorgelegt worden.

Abgeordneter Dr. Schücking: Bestand eine generelle Ordnung der Dinge, wonach derartige kaiserliche Reden vor ihrer Veröffentlichung hätten vorgelegt werden müssen, und wen trifft eventuell die Schuld daran, daß Eurer Exzellenz diese Rede vor ihrer Publikation bei der großen politischen Tragweite, die die Rede gehabt hat, nicht vorgelegt worden ist?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Ich möchte bitten, daß man sich auch hierbei die allgemeine Situation vor Augen hält. Seine Majestät hat wohl jedesmal, wenn er an die Front gefahren ist — was häufig vorgekommen ist —, Truppen um sich versammelt und an sie Ansprachen gehalten. Diese Ansprachen sind selbstverständlich von militärischen Gesichtspunkten getragen gewesen. Politische Fragen haben ferner gelegen. Diese Ansprachen sind dann wohl auch in die Presse gegeben worden. Ich habe den Vertreter des Auswärtigen Amts im Großen Hauptquartier — ich bin bei diesen Reisen Seiner Majestät an die Front persönlich nicht zugegen gewesen — wiederholt dahin instruiert: Bitte, sorgen Sie dafür, daß solche Reden, wenn sie etwa an größere Truppenverbände gehalten werden und sich durch ihren Inhalt hervorheben, dann wenn irgendwelche politische Bedenken vorliegen, vor der Veröffentlichung mir vorgelegt werden, daß mit mir vor der Veröffentlichung in Verbindung getreten wird. Diese allgemeine Anordnung hat bestanden. Ich entsinne mich einer Rede des Kaisers — ich weiß nicht, wo sie gehalten worden ist, es ist im Osten gewesen —, in der Aussprüche enthalten waren, die ich vom politischen Standpunkte aus nicht gern der Öffentlichkeit übermittelt haben wollte; der gleichen Meinung war auch der Vertreter des Auswärtigen Amts. Es haben infolgedessen gewisse Korrekturen an dieser Rede stattgefunden. Nachträglich ist der ursprüngliche Wortlaut der Rede in der Presse doch veröffentlicht worden, ich weiß nicht, auf welchem Wege, und das hat zu Mißständen Veranlassung gegeben. Das eine steht immer fest: ich habe den Vertreter des Auswärtigen Amts im Großen Hauptquartier, der in der Regel bei solchen Gelegenheiten zugegen war, aufgefordert — und er hat auch, soweit es ihm möglich gewesen ist, diesen Auftrag stets pünktlich und gewissenhaft erfüllt —, zu verhüten, daß Reden, welche

eine politisch abträgliche Wirkung haben könnten, veröffentlicht würden, ohne mir vorher vorgelegt worden zu sein. Bezüglich der Mülhausener Rede habe ich die mir vorgelegte Frage negativ beantworten müssen.

Vorsitzender: Diese Rede hat natürlich, wie aus den Akten mehrfach hervorgeht, keinen günstigen Eindruck gemacht. Die verschiedenen Botschafter aus den verschiedensten neutralen Staaten haben berichtet, der Eindruck sei ein übler gewesen, es müsse etwas geschehen, um diesen Eindruck wettzumachen. Ist nach dieser Richtung hin irgendetwas erfolgt?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Das ist ein Detail! Das kann ich im Moment wirklich nicht beantworten.

Zeuge Staatssekretär a. D. **Zimmermann:** Es ist ja damals wohl eine Instruktion nach Bern ergangen, wonach dem dortigen Gesandten auseinandergesetzt worden ist, welche Gesichtspunkte er zu vertreten hätte, um einigermaßen dem Gerede der Presse vorzubeugen. Ich weiß nicht, ob Ihnen diese Instruktion in Erinnerung ist; in den Akten wird wohl eine derartige Instruktion vorhanden sein.

Vorsitzender: Das ist richtig, spielt aber weiter keine Rolle.

Zeuge Staatssekretär a. D. **Zimmermann:** In der Instruktion heißt es:

> Telegramm vom 18. 12. 16. Bitte hinzuweisen auf Reichstagsrede des Reichskanzlers vom 12. d. M., wonach die Welt unsere Friedensaktion in erster Linie unserem Monarchen verdankt.
>
> Die Aktion wird von uns in dem ernsten Wunsch weiterbetrieben, sie zu einem gedeihlichen Abschluß zu bringen.
>
> Scheitern jedoch diese Bemühungen an dem Vernichtungswillen unserer Gegner, so werden wir den Kampf mit aller Kraft und Energie fortführen. Diese selbstverständlichen Folgen einer Ablehnung des Friedensangebots hat Seine Majestät mit Worten zum Ausdruck gebracht, die dem Charakter der rein militärischen Veranstaltung angepaßt waren, ohne indessen eine Drohung gegen unsere Gegner zu enthalten.

Ich habe ein derartiges Telegramm nach Bern, Kopenhagen, Haag, Stockholm und Christiania gerichtet.

Vorsitzender: Wir kommen nunmehr noch zu der zweiten Kernfrage, bei der wir etwas verweilen müssen, da sie in den bisherigen Ausführungen Seiner Exzellenz noch nicht eine völlige Klärung gefunden hat. Es ist notwendig, daß zunächst einmal die Be-

dingungen verlesen werden, die im Einverständnis mit Österreich als die präsumtiven Friedensbedingungen von uns formuliert worden sind. Darf ich den Herrn Berichterstatter bitten, sie zu verlesen?

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Baron Burian wußte, daß eine Einigung über die Friedensbedingungen erzielt werden sollte, die unserem Friedensangebot vom 12. Dezember zugrunde liegen sollten. Ich lese nunmehr diese Vereinbarung vor, die zustande gekommen ist durch das Zusammenwirken der Obersten Heeresleitung, der politischen Reichsleitung und des Kaisers. Die Bedingungen lauten:

1. Anerkennung des Königreichs Polen.

2. Annexion kurländischen und litauischen Gebietes derart, daß mit Einbegriff des Königreichs Polen eine gute, von Norden nach Süden laufende strategische Grenze gegen Rußland gewonnen wird.

3. Handelsvertrag mit Rußland bezw. wirtschaftliche Vorteile.

4. Garantien in Belgien, welche möglichst durch Verhandlungen mit König Albert festzusetzen sind. Sollten solche nicht in genügendem Maße zu erreichen sein, Annexion von Lüttich mit entsprechendem Landstreifen.

5. Räumung des französischen Okkupationsgebiets mit Ausnahme von Briey und Longwy gegen Räumung des von den Franzosen besetzten Teiles von Elsaß-Lothringen und strategische Grenzberichtigungen für uns in Elsaß-Lothringen, sowie Kriegsentschädigung bezw. Kompensationen.

6. Rückgabe der Kolonien mit Ausnahme von Kiautschou, Karolinen und Marianen bezw. eine allgemeine koloniale Verständigung, Erwerb des Kongostaats oder eines Teiles desselben.

7. Entschädigung für die Auslandsdeutschen und den deutschen Besitz im Ausland, soweit dieser geschädigt ist.

8. Einverleibung Luxemburgs in das Deutsche Reich. Dieselbe erscheint nötig für den Fall, daß wir Briey und Longwy nicht erwerben sollten.

Das sind die Bedingungen, die vom Kaiser genehmigt, von dem damaligen Reichskanzler vorgeschlagen und die Zustimmung der Obersten Heeresleitung gefunden haben.

Die Bedingungen Österreichs lauten folgendermaßen:

1. Integrität der Monarchie.

2. Geringfügige Grenzverbesserungen gegen Rußland.

3. Strategische Grenzverbesserungen gegen Rumänien (Eisernes Tor, eventuell auch Bistritza-Tal).
4. Wiederherstellung des Königreichs Serbien unter Abtretung:
   a) der an Bulgarien versprochenen Gebietsteile;
   b) albanischer Gebietsteile an Albanien;
   c) der Matschwa und von Belgrad an Österreich-Ungarn. Um Bulgarien zu befriedigen, will Baron Burian diesem eventuell noch mehr Land als das vereinbarte zugestehen. Das wiederhergestellte restliche Serbien soll wirtschaftlich eng an die Monarchie angeschlossen werden.
5. Wiederherstellung des Königreichs Montenegro unter Abtretung gewisser Gebietsteile an Österreich-Ungarn und Albanien.
6. Selbständigkeit Albaniens unter österreichischem Protektorat.
7. Strategische Grenzverbesserungen gegen Italien, wobei es sich nur um einzelne unfruchtbare Berge, also nicht um Annexionen, handelt.

Ich darf dazu bemerken, daß nach den Akten Exzellenz v. Bethmann Hollweg die Bedingungen Österreich-Ungarns für übertrieben gehalten hat mit der Bemerkung, daß ja der russische Feind tief in Galizien stände. Ich bemerke weiterhin, daß die Forderung von Annexionen von Brieh und Longwh von Exzellenz v. Bethmann Hollweg ausdrücklich nicht als conditio sine qua non bezeichnet worden ist in einem Brief an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg. Die Forderung dieser Annexion wurde auch in einer späteren Redaktion nicht ausdrücklich erhoben, und es wurden nur allgemein „strategische und wirtschaftliche Grenzberichtigungen und -erweiterungen" von Frankreich gefordert. Ich bemerke weiterhin, daß eine Aktennotiz sich findet, wonach diese Bedingungen nach außen als Maximalbedingungen, nach innen als Minimalbedingungen aufgefaßt werden sollten, und daß die Details den Verhandlungen über die Friedensbedingungen vorbehalten werden sollten. Diese Bedingungen sind, wie gesagt, nach den Akten mit Übereinstimmung der Obersten Heeresleitung festgelegt worden. Generalfeldmarschall v. Hindenburg wandte sich nur gegen einen Punkt: er forderte nämlich Kriegsentschädigung von England für die Freigabe Belgiens, soweit keine Annexionen und keine Garantien in Frage kommen sollten. Diesem Anspruch des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg hat Exzellenz v. Bethmann Hollweg widersprochen unter dem Hinweis darauf, daß England ja die Wiedergutmachung fordere, also sicher nicht zu einem Schadenersatz bereit sei; allerdings führt Herr v. Bethmann Hollweg in diesem Brief an Hindenburg aus, er sei nicht bereit, auf die Wiedergutmachungsforderung Englands „irgendwie einzugehen".

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Nach welcher Richtung hin wird eine Auskunft von mir verlangt?

Vorsitzender: Ist es richtig, daß diese Friedensbedingungen in dieser Weise, wie wir es aktenmäßig festgestellt haben, in der Tat formuliert worden sind?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Ja, wenn es in den Akten so steht, ist es ja dadurch festgestellt. — Wenn ich zur Sache selber einiges bemerken darf, so habe ich bereits am Freitag vormittag in meinem allgemeinen Exposé meine Ansicht über den Wert einer Vereinbarung von Kriegszielen ausgesprochen. Ich habe dort gesagt, ich habe während der ganzen Dauer des Krieges diese Festsetzung von Kriegszielen und auch späterhin eine Vereinbarung der Kriegsziele für eine müßige Arbeit so lange gehalten, wie nicht bestimmte Verhandlungsmöglichkeiten vorlagen, respektive solange nicht die Möglichkeit vorlag, durch die Bekanntmachung von Kriegszielen Verhandlungsmöglichkeiten zu erzeugen. Diese Vereinbarung von Kriegszielen zwischen uns und Österreich, also zwischen uns und dem Bundesgenossen, hatte ja lediglich den Zweck, einmal eine gewisse Stillegung der gegenseitigen Aspirationen, soweit sie sich kreuzten, herbeizuführen. Der Herr Berichterstatter hat erwähnt, daß sich eine Aktennotiz von mir in den Akten befinde. Deren Inhalt ist mir natürlich nicht gegenwärtig. Aber daß mir beispielsweise die österreichischen Kriegsziele als weit übertrieben und als unmöglich erschienen zu einem Zeitpunkt, wo die russischen Armeen tief in Galizien standen, das war klar. Schon daraus ergibt sich die theoretische Bedeutung dieser Aufsetzung von Kriegszielen. Und was unsere eigenen anlangt, so habe ich mir erlaubt, am vorigen Freitag auszuführen, daß meiner Ansicht nach für den Fall, daß sich Verhandlungen ermöglichten, die Sache doch so gelaufen wäre, daß man, wenn man einmal die Verhandlungsbereitschaft festgestellt hatte, durch eine gegenseitige, sondierende Fühlungnahme der betreffenden Staatsmänner untereinander, unter Berücksichtigung der militärischen und der Gesamtlage sagte: was kann ich in diesem Moment erreichen, oder was muß ich konzedieren? wie liegt meine Sache? Dann erst konnte man ein definitives Programm aufstellen. Was ich nun davon festhalten will, und worauf ich hinausgehen will, inwieweit ich es nachher festhalten konnte, inwieweit eine conditio sine qua non aufgestellt werden konnte, — ja, das hing eben doch von der Gesamtlage an den Fronten und in der Heimat ab; sie war es, die das Verhalten diktiert haben würde. Also ich möchte noch einmal — ich habe es neulich schon getan — bitten, daß auf diese Festsetzung von Friedensbedingungen, von Kriegszielen doch nicht ein Gewicht gelegt wird, das sie nach Lage der Sache überhaupt gar nicht beanspruchen.

Vorsitzender: Für mich ist die Frage zu 2 vollständig erschöpft.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Exzellenz, Sie haben in Ihrem Vortrage am ersten Tage das Friedensangebot als ein Mittel bezeichnet, als Glied in der Bekämpfung annexionistischer Ziele zu dienen. Nun sind diese Friedensbedingungen verlesen worden. Sie haben doch zum Teil auch annexionistischen Charakter. Wie können Sie also nach Ihrer Ansicht eine annexionistische Strömung anderer Faktoren bekämpfen? Außerdem steht im Friedensangebot, das wir veröffentlicht haben: den Rechten anderer Nationen soll nicht zu nahe getreten werden. Diese Friedensbedingungen, die Annexion Lüttichs, Annexion Kurlands, Litauens usw. dürften doch den Rechten anderer Nationen etwas nahe treten. Also in diesem Sinne bitte ich noch einmal um eine Äußerung! — Kongostaat! Luxemburg!

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Jawohl! Gewiß, gewiß! Ich möchte aber auch noch mal an ein Wort erinnern, das auch am Freitag gebraucht war. Es wurde bei der Festsetzung dieser Kriegsziele ein Maximum der politischen Kriegsziele dem Minimum der militärischen Kriegsziele angenähert. Es handelt sich selbstverständlich bei diesen Fragen um ein Kompromiß. Die Oberste Heeresleitung hat von ihrem Standpunkt aus gewisse Erwerbungen im Osten als strategisch notwendig angesehen. Ich habe bezüglich dieser strategischen Notwendigkeiten meine eigenen Gedanken gehabt. Ich will mich darüber ganz offen aussprechen. Ich habe neulich dagegen Front gemacht, daß ich Pessimist gewesen wäre. Auch das habe ich angeführt, daß selbst nach Eintritt Amerikas ein Friede für uns zu irgendeiner Zeit erhaltbar gewesen wäre, der zwar nicht schön gewesen wäre, bei dem wir aber unsere Existenz absolut gewahrt hätten und als Großmacht in der Welt dagestanden haben würden. Diese Möglichkeit hat nach meiner Ansicht immer bestanden. Ein Pessimist bin ich nicht gewesen! Aber wovon ich spreche: bezüglich dieser strategischen Notwendigkeiten bin ich doch der Ansicht gewesen, daß, wenn der Krieg in einer immerhin erträglichen Weise auslief, wie ich selbst nach Eintritt Amerikas gehofft habe, dann nach dem Kriege der Welt eine verhältnismäßige Friedenszeit beschieden sein würde. An den ewigen Frieden zu glauben, ist mir auch heute etwas schwer, namentlich wenn ich mir die Mentalität in der Entente vor Augen führe und die Maßregeln, mit denen sie in Versailles den ewigen Frieden hat begründen wollen. Aber ich habe geglaubt, daß wir eine Zeitlang Frieden haben würden. Wie aber, wenn ein zukünftiger Krieg ausbräche, strategische Notwendigkeiten schon jetzt vorgesehen werden könnten! Das ist mir immer unerfindlich erschienen angesichts der unglaublichen Fortschritte der Technik, die die Führung des nächsten Krieges, die Art, wie er ge-

führt wird, doch noch gänzlich im Unklaren lassen. Ich habe diesen Standpunkt immer vertreten.

Immerhin: diese Friedensbedingungen sind eben ein Kompromiß zwischen den politischen und militärischen Stellen gewesen; und uns jetzt nachträglich über diese damals auch mit Österreich vereinbarten Kriegsziele den Kopf zu zerbrechen, nachdem wir tatsächlich in diesem Unheil sind, das über uns gekommen ist, nachdem die Kriegsziele der Gegner in dieser verhängnisvollen Weise von ihnen durchgesetzt worden sind, das scheint mir eigentlich müßig zu sein. Ich möchte bitten, daß man mir auch eine nähere Erörterung darüber erläßt.

Um auf das zurückzukommen, was der Herr Berichterstatter eben gesagt hat, es wäre doch ein Widerspruch, wenn ich neulich gesagt hätte, ich wollte auf die pazifistischen Elemente in den fremden Ländern einwirken, selbst aber diese annexionistischen Kriegsziele aufstellte, — nun, meine Herren, im einzelnen haben wir doch diese damals festgestellten Kriegsziele gar nicht der Öffentlichkeit bekannt gegeben, sondern wir haben uns auf die allgemeine Basis von der Gleichberechtigung usw. gestellt — der Herr Berichterstatter hatte eben die Güte, das anzuführen —, wie es in unserem Friedensangebot steht. Also bei den Kompromissen, die in der Tat notwendig waren, damit die ganze Geschichte nicht vorzeitig auseinanderfiel — nachher ist sie ja auseinandergefallen —, kann man doch wohl nicht davon sprechen, daß hier ein Widerspruch liegt, zumal ja doch bekannt ist, daß ich, der ich einen Verhandlungsfrieden angestrebt habe, Verhandlungen nicht abhängig gemacht haben würde von der Durchsetzung annexionistischer Forderungen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Darf ich eine Frage dazu stellen?

Vorsitzender: Bitte!

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Hatte jede Möglichkeit, zu einem Verhandlungsfrieden zu kommen, nicht eine Voraussetzung, nämlich eine ganz freie Erklärung über Belgien? Das war damals schon das Grundproblem. Ist Eurer Exzellenz nicht bekannt, daß gerade zu der damaligen Zeit mehrere Nachrichten eingetroffen sind, über die wir zum Teil wohl in nichtöffentlicher Sitzung verhandeln müssen, die der Reichsleitung dringend den Rat gaben, in der Hoffnung, daß dadurch die Verhandungsbereitschaft der Entente herbeigeführt würde, nunmehr die Konsequenz aus der Erklärung des Kanzlers zu ziehen: wir haben Unrecht getan und stellen wieder her. Das war das Wort, das Amerika hören wollte, auf das die anderen neutralen Länder immer wieder warteten, und das nicht gekommen ist. Ich frage Eure Exzellenz, aus welchen Gründen wenigstens in der belgischen Frage nicht von

vornherein in Konsequenz der ersten Worte jede irgendwie geartete Vergewaltigungs- und Bedrückungsabsicht in Form von Garantien oder Annexionen von vornherein ausgeschlossen wurde, so daß die belgische Frage überhaupt außerhalb des Kriegszieles war. Das ist doch wohl die Frage, die hier erörtert werden muß.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Wenn auf die Erörterung dieser allgemeinen Frage eingegangen werden soll, so würde es erforderlich sein, die gesamte Situation hier vorzuführen, wie sie sich bei uns im Verlaufe der ganzen Kriegsjahre gestaltet hat. Ich möchte von einer ausführlichen Darstellung im gegenwärtigen Moment absehen. Es wird wohl bei den weiteren Verhandlungen noch Gelegenheit genug geben, auf diese Frage zurückzukommen. Ich möchte nur bemerken, daß es jetzt nachträglich natürlich sehr leicht ist, zu sagen, alles, was ich gemacht habe, war falsch. Ich habe den Erfolg nicht, — ich hätte das machen müssen, ich hätte jenes machen müssen; ich hätte mich dem Einmarsch nach Belgien unter allen Umständen widersetzen müssen, ich hätte den U-Boot-Krieg unter allen Umständen verhindern müssen, ich hätte von vornherein sagen müssen: von annexionistischen Kriegszielen ist nicht die Rede, wir werden nicht nur Belgien wieder herstellen, sondern wir werden ihm noch eine Entschädigung, eine Widergutmachung geben. Alle derartigen Erwägungen liegen ja jetzt, nachdem der Krieg so ausgegangen ist, auf der Hand, liegen auf der Straße, bieten sich jedem von selbst dar. Aber ich glaube, es ist unfruchtbar, Konjekturen darüber nachzugehen, was erzielt worden wäre, wenn man dieses oder jenes getan hätte.

Wenn ich über die Frage Belgien nur in dem Zeitpunkt spreche, von dem wir hier im Ausschuß gesprochen haben, also in der Zeit der Wilsonschen Friedensvermittlung, namentlich in der Zeit vom Dezember und vom Januar, so möchte ich doch zu bedenken geben: wir standen Reden der feindlichen Staatsmänner und demnächst der Kollektivnote der Entente gegenüber, welche uns zeigten, daß die Feinde nur Friedensverhandlungen haben wollten auf einer Basis, welche die Zertrümmerung und Vernichtung Deutschlands bedeutete. Sollte ich nun in diesem Moment, wo die Feinde in der verletzendsten Form vor aller Welt über uns sprachen, damit vor die Öffentlichkeit hintreten: aber wir sind die artigen Kinder, und wir werden Belgien zurückgeben, und wir werden auch noch Belgien entschädigen? Ja, meine Herren — meine Damen und Herren, ich bitte um Verzeihung, ich bin an die neue Zeit noch nicht ganz gewöhnt —,

(Heiterkeit)

hätte ich das in dem Moment tun können? — Um ein ganz starkes Wort zu gebrauchen und nach der Stellung der einzelnen Parteien im Reichstag — man kann doch immer nur das politisch Mögliche

16*

tun —: ich wäre zur Tür hinausgeschmissen worden, im Reichstag und in der Stimmung des deutschen Volkes, die in einer berechtigten Erregung gewesen ist durch die Art, wie die Entente über uns gesprochen hat, und durch die Art, wie sie unser Friedensangebot abgelehnt hat. Das war nicht der Moment, daß ich sagte: hier aber Belgien, das habt Ihr natürlich, wir verlangen gar nichts. Das sind schließlich politische Notwendigkeiten, wie ich auch neulich schon sagte: wenn Sie zu einem gerechten Urteil in all den Fragen kommen wollen, ziehen Sie immer heran, wie die Mentalität des deutschen Volkes tatsächlich beschaffen gewesen ist, wie sie durch die Erfahrungen, durch die Ereignisse des Krieges erzeugt worden ist. Ohne daß man sich immer wieder in die Situation zurückversetzt, welche in dem einzelnen Moment entstanden ist, glaube ich, kann man gar nicht über die Motive klar werden, welche in dem betreffenden Moment die bestimmenden waren.

Abgeordneter Dr. Schücking: Exzellenz! Was die Mentalität des deutschen Volkes über Belgien angeht, die wir ja alle aus eigener Erinnerung kennen, ist diese Mentalität des deutschen Volkes über Belgien nicht teilweise durch nachträgliche Veröffentlichungen bestimmt worden, die dasjenige beweisen wollten, was nicht zu beweisen war, nämlich: daß Belgien im Bunde mit unseren Gegnern Absichten gegen uns gehabt hat? Und wie war es möglich, daß diese Veröffentlichungen in dieser Weise in das Publikum kamen?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Gewiß, es haben verschiedene Ansichten darüber bestanden, und sie haben sich auch noch weiter fortgesetzt, obwohl jetzt, glaube ich, auch namentlich durch die Arbeiten des Obersten Schwertfeger ziemliche Klarheit über diese belgischen Dinge geschaffen worden ist. Es hat damals die Überzeugung bestanden, daß sich aus den belgischen Akten nachweisen ließe, die Belgier hätten durch ihre Verhandlungen mit England damals ihre Neutralität bereits völlig preisgegeben. Ich entsinne mich, daß ich auch persönlich einmal im Reichstage darauf zu sprechen gekommen bin. Aber ich möchte betonen: weiter verfolgt habe ich diese Seite der Sache nicht, weder in meinen Reden noch in sonstiger offizieller Weise. Gewiß sind jene Publikationen nicht einflußlos auf die Stimmung derjenigen Parteien und Preßorgane geblieben, welche überzeugt waren, die Belgier hätten ihre Neutralität schon vorher preisgegeben. Aber ich bitte, hierauf kein zu starkes Gewicht zu legen. Hätte ich die These weiter verfechten wollen, daß wir Belgien kein Unrecht getan hätten, weil es sich selbst ins Unrecht gesetzt hatte, so hätte ich meine Worte vom 4. August, wegen deren ich so stark angegriffen worden bin, ganz klar widerrufen müssen. Das aber ist nicht geschehen. Ich bin über die Sache hinweggeglitten. Auch da lagen Fragen

der politischen Opportunität, der Taktik vor. Waren nun einmal jene offiziösen Verlautbarungen über die Funde aus den belgischen Archiven gemacht, dann war es eine mißliche Sache, bald danach offiziöse Korrekturen eintreten zu lassen. Trotzdem bin ich unverrückt bei meiner Erklärung vom 4. August stehengeblieben und bin, wie bekannt, während der ganzen Dauer des Krieges ihretwegen auf das heftigste befehdet worden.

Abgeordneter Dr. **Schücking**: Ich möchte auch nur wissen, Exzellenz: wer trägt die Verantwortung für die höchst seltsame Art, wie diese sogenannten belgischen Dokumente verwertet worden sind, um die deutsche öffentliche Meinung irrezuführen?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Das ist eine Spezialfrage, die ich nicht beantworten kann. Bei der großen Anzahl von Mitarbeitern, die ich im Kriege gehabt habe, würde ich Gefahr laufen, die eine oder die andere Stelle fälschlich zu bezeichnen.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer**: Exzellenz, ich entnehme aus Ihren Ausführungen, daß Sie tatsächlich auch während des Krieges an dem Standpunkt festgehalten haben: Unrecht und Wiedergutmachung. Und nun frage ich mich: Diese Bedingungen, die jetzt formuliert worden sind — Garantien, evtl. Annexion Belgiens —, stehen doch im Widerspruch mit diesem Standpunkte, im vollkommenen Widerspruch.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Ich will ganz bestimmt sagen, daß ich auf dem Standpunkt der Wiederherstellung Belgiens gestanden habe. Darüber hinaus habe ich schon frühzeitig besorgt und es auch gegenüber Mitarbeitern von mir geäußert, daß wir schließlich noch eine große Zahl von Milliarden an Belgien würden zurückgeben müssen. Freilich hat mir dabei eine Wiedergutmachung in dem Sinne, wie sie jetzt in Versailles festgesetzt worden ist, nicht vorgeschwebt. Auf diesem Standpunkt habe ich gestanden. Ich habe mir aber schon erlaubt, darzutun, daß ich der Vereinbarung der Kriegsziele vor unserem Angebot vom 12. Dezember einen praktischen Wert nicht beigelegt habe, daß sie im wesentlichen ein Kompromiß darstellte zwischen militärischen und politischen Anschauungen.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer**: Aber einen praktischen Wert hätte die öffentliche Erklärung Ihres Standpunktes, daß Belgien in keiner Weise verletzt werden sollte, nach allen Berichten, die vorlagen, doch gehabt.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Gewiß, ich habe mir aber erlaubt auszuführen, daß ich in der Epoche, von der wir jetzt sprechen — ich kann nicht über die ganze Epoche vom

4. August 1914 bis zum Tage meines Abgangs sprechen, das ist unmöglich —, ich habe mir erlaubt, von der Wilsonschen Friedensaktion, also von Dezember und Januar, das schroffe Auftreten der Entente es mir unmöglich gemacht hat, diesen Moment zu wählen, um eine Erklärung über Belgien zu geben.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer:** Die Friedensbedingungen waren formuliert am 8. November, als die Reden der Ententestaatsmänner noch nicht erfolgt waren.

Vorsitzender: Wir brechen damit die Verhandlungen ab. Fortsetzung morgen vormittag um 10 Uhr. Ich bitte, daß Herr Admiral Koch, der, glaube ich, hier anwesend ist, morgen auch erscheint, da wir wahrscheinlich morgen bereits in Ihre Vernehmung aus Anlaß des U-Boot-Krieges eintreten werden.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 24 Minuten.)

6. Sitzung des 2. Unterausschusses

Mittwoch den 5. November 1919.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 25 Minuten durch den Vorsitzenden, Abgeordneten Warmuth, eröffnet.

Vorsitzender: Wir fahren in den Verhandlungen fort. Ich möchte zunächst einen Punkt zur Aufklärung bringen, der bisher wenig oder gar nicht berührt worden ist und die Tatsache betrifft, daß die Stimmung in den Vereinigten Staaten gegen Deutschland ganz außerordentlich durch die Tätigkeit der Presse und der Films, der Kinos vergiftet worden ist. Ich möchte auch nach der Richtung hin feststellen, inwieweit die deutsche Botschaft tätig gewesen ist, um diesen vergiftenden Einfluß hintanzuhalten, der fraglos für das Verhalten Wilsons in dem Sinne, daß eine stark deutschfeindliche Stimmung in Amerika naturgemäß auf seine Zauderpolitik einwirken mußte, von Bedeutung gewesen ist, während umgekehrt eine starke deutschfreundliche Stimmung möglicherweise diesem Zaudern ein Ziel gesetzt und Wilson veranlaßt hätte, in einer stärkeren Weise, als es geschehen ist, die Friedensvermittlung in die Hand zu nehmen. Es ist notwendig, daß ich den Grafen Bernstorff nach dieser Richtung hin besonders frage, und ich bitte Exzellenz Graf Bernstorff darüber um Auskunft, einmal wieweit es richtig ist, daß in den Vereinigten Staaten die Presse sowohl wie die Filmindustrie gegen Deutschland arbeiteten, daß die Presse vor allen Dingen auch unter englischem unmittelbaren Einfluß gestanden zu haben scheint, und weiter, welche Bemühungen Ihrerseits aufgewandt worden sind, um diesen schädigenden Einfluß möglichst hintanzuhalten.

Zeuge Botschafter Graf **v. Bernstorff:** Es ist eine Tatsache, daß infolge der Absperrung Deutschlands sehr große technische Schwierigkeiten vorhanden waren, um unsere Seite der Frage vor das amerikanische Publikum zu bringen. Wir haben uns nach jeder Richtung hin bemüht, der Einwirkung der Entente entgegenzutreten; es war aber tatsächlich technisch unmöglich, es immer mit Erfolg zu tun.

Vorsitzender: Warum technisch unmöglich?

Zeuge Botschafter Graf **v. Bernstorff:** Weil unsere Kabel zerstört waren und die englischen nicht benutzt werden konnten; es blieb uns also nur der drahtlose Weg übrig. An jedem Tage haben wir soviel Transozean-Telegramme bekommen, als

technisch uns zu senden möglich war, und wir haben diese immer, so schnell es ging, in die amerikanische Presse gebracht, waren aber natürlich im Nachteil durch die Verspätung. Selbstverständlich hat es uns sehr viele Schwierigkeiten gemacht, daß die englische Presse den Amerikanern in der Ursprache zugänglich war und diese infolgedessen größere Leichtigkeit hatten, sich über den Standpunkt der Entente zu informieren, als über den unsrigen.

Vorsitzender: Es bestand doch eine besondere deutsche Presse in Amerika; wenn auch nicht in deutscher Sprache, sondern in englischer, die aber doch besonders als eine deutsch-amerikanische aufzufassen war.

Zeuge Botschafter Graf **v. Bernstorff:** Zum Teil auch in deutscher Sprache.

Vorsitzender: Jawohl, die, wie ich wohl annehmen darf, von der Botschaft ganz speziell auch genährt und befruchtet worden ist mit Gedanken und Nachrichten zugunsten Deutschlands.

Zeuge Botschafter Graf **v. Bernstorff:** Das ist der Fall gewesen; wir haben aber auch hauptsächlich versucht, die wirkliche amerikanische Presse mit Nachrichten zu versehen, weil doch, soweit die öffentliche Meinung in Amerika in Betracht kam, die deutsch-amerikanische Presse — die in deutscher Sprache geschriebene Presse — fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheint.

Vorsitzender: Es ist ganz wesentlich, daß vor allen Dingen die spezifisch amerikanische Presse beeinflußt wurde. Nun sind doch notorisch, namentlich, glaube ich, unter dem Bureau of public information in New York unter Leitung des englischen Journalisten Georges Creel, Meldungen über angebliche deutsche Greueltaten in Frankreich usw. verbreitet worden, die von vornherein es notwendig erscheinen lassen mußten, dagegen aufzutreten und die Phantasie dieses Redaktionsstabes etwas zu stoppen.

Zeuge Botschafter Graf **v. Bernstorff:** Aber dieses amtliche amerikanische Publizitätsbureau hat erst bestanden, nachdem die Amerikaner in den Krieg eingetreten waren. Es existierte zu unserer Zeit nicht.

Vorsitzender: Es ist für mich sehr wichtig, festzustellen, ob — und gerade darauf lege ich natürlich Wert — das vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg geschehen ist, weil selbstverständlich, wie ich vorhin schon sagte, die Stimmung in Amerika vor dem Kriege, wenn sie zuungunsten Deutschlands beeinflußt war, auf Wilson wiederum zurückwirken mußte, in einem uns abträglichen Sinne. Daher ist es mir so wichtig festzustellen, inwieweit der vergiftende Einfluß in der Presse und in den Films, wie ich

letzteres besonders betonen möchte, bestand, inwieweit die deutsche Botschaft, die damals noch vollständig freie Hand hatte, diesem Einfluß entgegengetreten ist.

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Das ist in weitestem Maße geschehen. Aber ich gebe allerdings zu, daß die englische Propaganda uns überlegen war durch die technische Erleichterung, die sie hatte. Damals bestand ein amtliches amerikanisches Publizitätsbureau nicht, sondern es standen sich die englische Propaganda und die deutsche Propaganda gegenüber, wobei ich wiederhole und vollkommen offen zugebe, daß die englische Propaganda uns überlegen war durch alle Mittel, die ihr zur Verfügung standen, und weil wir fast immer hinterherklappten.

Vorsitzender: Durch diese Betonung, daß es eine amtliche Propaganda nicht gab, scheinen Sie andeuten zu wollen, daß Ihnen ein Einfluß auf die amtliche zugestanden hätte, daß Ihnen aber eben die private Presse und Filmindustrie vollständig entzogen war, daß es nicht möglich war, mit irgendwelchen Maßnahmen auf sie einzuwirken, —

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Ja!

Vorsitzender: — die Sie Ihrerseits in Ihrer Eigenschaft als Botschafter dann hätten zur Geltung bringen können durch Einwirkung auf die maßgebenden Instanzen der amerikanischen Verwaltung?

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Ich persönlich habe, um meine amtliche Stellung nicht zu gefährden, mich selbst von der Propaganda fast ganz ferngehalten. Wir haben aber in New York privatim eine eigene Propagandastation gebildet, die zuerst unter der Leitung des früheren Staatssekretärs Dernburg stand und, als er wegging, unter der Leitung von Geheimrat Albert und Herrn Dr. Führ. Mit Ausnahme aber von Besprechungen, die stattfanden, ist die Propaganda mit Absicht als Privattätigkeit betrieben worden, damit die amtliche Tätigkeit der Botschaft nicht kompromittiert würde. Ich muß auf Einzelheiten eingehen. Staatssekretär Dernburg stand damals an der Spitze unserer Propaganda in New York. In dieser Stellung hat er zuerst eine außerordentlich erfolgreiche Tätigkeit entfaltet im Schreiben von Artikeln und in der Verbreitung von Nachrichten usw. Dann trat der Moment ein, wo er auch öffentlich Reden gehalten hat. In dieser Eigenschaft ist er der amerikanischen Regierung mißliebig geworden, weil die amerikanische Regierung ihn als einen Agenten betrachtete, der besonders die Deutsch-Amerikaner gegen die amerikanische Regierung in Bewegung setzte. Deshalb war es mir in meiner amtlichen Stellung nicht möglich, in diese Tätigkeit selbst einzugreifen, weil das Resultat gewesen wäre, daß ich mich in

einen Gegensatz zur amerikanischen Regierung gestellt hätte, mit der ich zu verhandeln hatte. Ich mußte mich also von diesen Dingen fernhalten. Nachher, als der Staatssekretär Dernburg fortreisen mußte, haben wir diese ganze Tätigkeit weitergeführt, besonders unter Leitung von Herrn Dr. Führ, der jetzt noch im Auswärtigen Amt ist. Es ist eine eigene Filmgesellschaft gegründet worden und ein Nachrichtenbüro und alles, was in dieser Richtung gemacht werden konnte, aber möglichst unter Abstreifung des amtlichen deutschen Charakters.

Vorsitzender: Ihre amtliche Stellung legte Ihnen also eine starke Reserve auf?

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Mir persönlich wurde dadurch eine große Reserve auferlegt, weil ich nicht an die Öffentlichkeit treten und nicht jeden Tag in einen Kampf mit der Presse geraten konnte. Ich hätte sonst meine amtliche Tätigkeit gestört.

Vorsitzender: Aber unterirdisch, sozusagen, wäre es doch möglich gewesen — und ich bin auch überzeugt, daß es geschehen ist —, Ihren Einfluß auszuüben, daß diese ungünstige Pressewirkung nicht eine zu große würde?

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Ich habe selbstverständlich immer versucht, mit den Journalisten in Verbindung zu treten.

Vorsitzender: Es sind doch auch zahlreiche Protestversammlungen abgehalten worden von Deutsch-Amerikanern, die sich gerade gegen diese Presse, gegen diese vergiftenden Films wandten?

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Gerade in öffentlichen Versammlungen aufzutreten, wäre in Amerika während des Krieges für mich völlig ausgeschlossen gewesen.

Vorsitzender: Völlig ausgeschlossen! Es konnte also nur, wie ich schon einmal sagte, ein unter der Oberfläche wirkender Einfluß von Ihnen ausgeübt werden; — und der ist, soweit es Ihnen möglich war, ausgeübt worden.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Es kommt auf die kritische Zeit an, vielleicht zunächst zwischen Juni 1916 und Januar 1917. Da kommt es vielleicht darauf an zu wissen: wie war die Haltung der großen amerikanischen Presse in bezug auf die Begünstigung einer Friedensaktion Wilsons, insbesondere die Haltung der Hearstpresse, die ja dort einen sehr großen Einfluß hat? Es liegen darüber Berichte von Ihnen vor, — erfreuliche Berichte. Wollen Sie sich darüber äußern, wie damals die Stimmung dieser mächtigen Presse war, deutschfeindlich oder deutschfreundlich, aktionsfreundlich oder aktionsfeindlich?

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Präsident Wilson war wiedergewählt worden unter der Parole, daß er das Land aus dem Kriege herausgehalten hätte, und unter der Oberfläche war vollkommen die Anschauung verbreitet, daß er jetzt auch versuchen würde, den Frieden wiederherzustellen. Ganz abgesehen von der deutschfreundlichen oder deutschfeindlichen Haltung einzelner Zeitungen, kann man wohl ohne Übertreibung sagen, daß fast die gesamte Presse der Vereinigten Staaten damals damit einverstanden war, daß Wilson den Versuch machte, den Frieden herzustellen, die Hearstpresse natürlich durchweg. Aber sogar solche Zeitungen wie die „Times“, die „Tribune“ und andere, die im allgemeinen antideutsch waren, sind doch bereit gewesen, den Präsidenten in seinen Friedensbemühungen zu unterstützen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: In Ihren Berichten kommt eine Äußerung vor, daß Wilson ausdrücklich die Haltung dieser Hearstpresse, die also freundlich war für die Aktion, gebilligt habe, — Wilson selbst!

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Das war damals der Fall. Ich entsinne mich auf den Bericht. Es wurde mir einmal vom Oberst House gesagt, daß diese Artikel von Hearst die Billigung des Präsidenten gefunden hätten.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Noch eine Frage! Es wird vom Herrn Staatssekretär Zimmermann in einem Bericht ausgeführt, diese Wilsonsche Friedensvermittlung stünde unter englischem Einfluß. Dasselbe hat Generalfeldmarschall Hindenburg in seinem von Exzellenz Bethmann verlesenen Telegramm vom 23. Dezember, in jener kritischen Stunde, als die Aktion Wilsons erfolgt war, ausgeführt, dieses Angebot müsse abgelehnt werden, weil es doch unter englischem Einfluß stände. Wollen Sie sich darüber äußern, daß das auch Ihre Ansicht ist nach Ihrer Kenntnis der Sachlage, ob wirklich damals die Friedensvermittlung Wilsons als unter englischem Einfluß ausgehend angesehen wurde?

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: In Amerika herrschte die vollkommen entgegengesetzte Anschauung.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Das war Ihre Auffassung?

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Wilson ist von vornherein, sowie er mit seiner Friedensvermittlungsnote oder Friedensaktionsnote, wie hier gesagt worden ist, heraustrat, allgemein durchweg von der Ententepresse als unter deutschem Einfluß stehend bezeichnet worden.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Hat Herr Staatssekretär Zimmermann vielleicht besondere Berichte für seine Auffassung gehabt? Ist Ihnen darüber etwas bekannt?

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Da muß ich bitten, ihn selbst zu fragen.

(Heiterkeit.)

Davon weiß ich nichts.

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Ja gewiß, meine Herren, ich habe eine besondere Unterlage für die Sache gehabt. Sie liegt Ihnen wohl auch vor. Ich will, um die Diskretion nicht zu verletzen, nicht sagen, von welcher Seite der Bericht eingegangen ist. Er liegt aber in dem Titel V der Zusammenstellung vor, und zwar auf Seite 14, die Unterhaltung eines unserer Gesandten mit einem neutralen Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Da telegraphiert uns unser Gesandter folgendes:

> Der Minister bemerkte erläuternd dazu, der Vorschlag Wilsons sei unklar. Nach einem heute von einem hiesigen Blatt aus London gebrachten Telegramm wird der Schritt Wilsons in London bereits dahin gedeutet, daß der Präsident mit seiner Aktion den Zweck verfolgt habe, die Zentralmächte im Interesse Englands zur Bekanntgabe ihrer Bedingungen zu zwingen. Für derartige Manöver wünsche er, betonte der Minister, sich nicht vorspannen zu lassen.

Das ist die Grundlage, auf die ich meine Ansicht gründete.

Sachverständiger Dr. Schäfer: In einem Bericht eines englischen Agenten, der aus dem Juli oder August 1916 stammt, und der an Sir Edward Grey gerichtet ist, wird gesagt, daß man in England dafür sorgen müsse, einen neuen Lusitaniafall zu schaffen. Das würde dazu beitragen, die mit deutschen Neigungen durchseuchte amerikanische Stimmung in die entgegengesetzte Richtung zu treiben. Ich möchte den Herrn Grafen fragen, ob ihm über derartige Äußerungen und derartige Absichten in Amerika irgend etwas bekannt geworden ist.

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Ich bin fest davon überzeugt, daß die Engländer seit der „Lusitania" nichts anderes gewünscht haben wie möglichst oft und möglichst bald einen neuen Lusitaniavorfall; denn die ganze englische Politik war ausschließlich darauf gerichtet, Amerika in den Krieg gegen uns hineinzuziehen. Das ist nach meiner Ansicht der Hauptzweck der englischen Politik gewesen von der Lusitania ab bis zu dem endgültigen Bruch mit Deutschland, und das ist für mich immer der Hauptgrund gewesen, warum ich es als Hauptziel meiner Politik angesehen habe, unter allen Umständen Amerika aus dem Kriege herauszuhalten.

Abgeordneter Gothein: Herr Staatssekretär Zimmermann beruft sich auf den Bericht eines Gesandten über die Unterredung

mit einem auswärtigen Minister. Dieser Bericht aber ist vom 24. Dezember datiert; Herr Staatssekretär Zimmermann hat aber bereits wesentlich früher Stellung gegen Amerika genommen, und der Verdacht, daß die ganze amerikanische Aktion eine Hilfsaktion für England sei, ist ja bei ihm schon mehrere Tage vor diesem Bericht entstanden. Ich möchte ihn bitten, diese Differenz aufzuklären.

Vorsitzender: Ich bitte!

Zeuge Staatssekretär a. D. **Zimmermann:** Ich hatte eben genau dieselbe Empfindung, wie der Minister sie zum Ausdruck gebracht hat, schon vorher. Dies war nur eine Bestätigung. Ich fand die Bestätigung — ich habe mich vielleicht vorhin nicht so klar ausgedrückt — die Bestätigung meiner ungünstigen Beurteilung in diesem Standpunkt, den der neutrale Minister entwickelt hatte. Wann soll die Sache gewesen sein? Es ist mir nicht ganz klar, wo ich das geäußert habe. Wenn die Herren die Güte haben möchten, mir auf die Sprünge zu helfen, wäre ich vielleicht noch in der Lage, Ausführlicheres zu bekunden.

Vorsitzender: Februar 1917!

Zeuge Staatssekretär a. D. **Zimmermann:** Februar 1917? — Das ist erheblich später.

Sachverständiger Dr. **Schäfer:** Darf ich eine Frage stellen?

Vorsitzender: Später! Erst Herr Gothein.

Abgeordneter **Gothein:** Ich mache doch darauf aufmerksam, daß die Information der führenden Herren der Presse bereits früher stattgefunden hatte, vor dem 24. Dezember, und gerade darauf beruft sich jetzt der Herr Staatssekretär Zimmermann, daß er bereits damals jene Meinung gehabt hatte über die Bedeutung des Schritts.

Zeuge Staatssekretär a. D. **Zimmermann:** Das ist nicht richtig.

Abgeordneter **Gothein:** Ich bitte, mich zu Ende reden zu lassen! — Ich möchte dazu bemerken: er hat jetzt ausdrücklich Bezug genommen auf jenen Bericht des Gesandten, in dem es heißt:

> Aber der Minister bemerkte erläuternd dazu, der Vorschlag Wilsons sei unklar. Nach einem heute

— also am 24. Dezember —

> von einem hiesigen Blatt aus London gebrachten Telegramm wird der Schritt Wilsons in London bereits dahin gedeutet,

usw. Soviel ich weiß, war die Unterredung mit der Presse, über die wir gestern verhandelt haben, am 12. Dezember oder einige Tage vorher. Also konnte damals der Herr Staatssekretär

Zimmermann jedenfalls von diesem Gesandtenbericht noch keine Kenntnis haben.

Zeuge Staatssekretär a. D. **Zimmermann**: Ja, meine Herren, es war damals die Aktion des Präsidenten Wilson noch gar nicht erfolgt, und ich habe meine Aktion nur den Pressevertretern gegenüber begründet. Ich habe diejenigen Mittel angewandt, die mir taktisch richtig erschienen, um sie einmütig zu einem Eintreten für unsere Aktion zu veranlassen. Es war ein taktisches Manöver. Ich habe das gestern schon sehr eingehend ausgeführt. Ich weiß nicht, wie man da einen Widerspruch konstruieren will. Das ist mir unersichtlich.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer**: Herr Staatssekretär, es wundert mich, daß Sie sich auf diesen Bericht jenes ausländischen Staatsmannes, der in den Akten genannt ist, stützen. Unmittelbar um diese Zeit — am 22. Dezember — ist folgender Bericht von jenem Staatsmann eingegangen:

> Die amerikanische Note, die heute mittag hier bekannt wurde, hat . . . jenen Staatsmann . . . überrascht. Er bemerkte, er habe „nicht so viel von Wilson erwartet“; die Erregung der englischen Presse beweise, wie unbequem der Schritt des Präsidenten bei den Alliierten empfunden werde. Für besonders beachtenswert hält Herr . . . . die Erklärung, die Lansing in Ergänzung der Note abgegeben hat. Herr . . . . äußerte wörtlich: „Wenn man sich etwas mehr auf die Vereinigten Staaten von Amerika verlassen könnte
>
> (hört! hört!)
>
> und die amerikanische Regierung nicht so oft enttäuscht hätte,
>
> (hört! hört!)
>
> wäre man berechtigt, die Äußerung Lansings als eine Drohung an die Adresse der Alliierten aufzufassen. Jedenfalls könne der Schritt dem Frieden dienen, man müsse zunächst den Erfolg abwarten. Daß die Friedensparteien in Frankreich und England dadurch wesentlich gestärkt würden, unterliege keinem Zweifel; die Stimmung in Rußland scheine allerdings gegenwärtig sehr kriegerisch, könne aber bei den dort anormalen und korrupten Zuständen schnell umschlagen.

Hier also sagt derselbe Staatsmann, er sei angenehm enttäuscht. Die Presse der Alliierten würde den Schritt Wilsons bekämpfen.

Zeuge Staatssekretär a. D. **Zimmermann**: Meine Herren! Gewiß, ich habe meine Unterredung mit der Presse am 12. gehabt

und damals meinen Standpunkt vertreten und ihn gestern begründet. Hier ist ein Telegramm vom 22. Dezember, das Stellung nimmt zu dem Friedensschritt Wilsons. Da wird ausdrücklich schon von dem Minister mit großer Skepsis unterstrichen: „wenn man sich etwas mehr auf die Vereinigten Staaten von Amerika verlassen könnte“ und „wenn die amerikanische Regierung nicht so oft enttäuscht hätte, wäre man berechtigt“. Ich fand da allerdings eine Bestätigung seitens eines neutralen Ministers meiner großen Skepsis gegenüber dem Präsidenten.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ich habe meine Frage an Ihre Behauptung, die Sie später aufgestellt haben, jenes Angebot sei auf Englands Veranlassung erfolgt, angeknüpft. Da haben Sie zur Stützung Ihrer Behauptung sich auf die Äußerung jenes Staatsmannes berufen. Die Beantwortung dieser Frage sind Sie mir noch schuldig geblieben.

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Wann habe ich die Behauptung aufgestellt?

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Im Februar.

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Im Februar habe ich die Behauptung aufgestellt? Also erheblich später. Da lag die Nachricht schon vor.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Sie stützen sich auf die Äußerung jenes Staatsmannes. Die Äußerung war eine andere.

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Im Februar übersah ich die ganze Situation vollständig, und es war die Berichterstattung aus den neutralen Ländern eben vorliegend.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ich werde Ihnen nachher die Äußerung vorhalten. Sie entspricht auch früheren Äußerungen, die Sie gemacht haben.

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Wenn Sie die Güte haben wollten!

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ich möchte dann noch eine Frage stellen. Warum wurde damals — ich nehme an, daß Ihnen das bekannt ist — gerade der Friedensschritt Wilsons am 21. von den französischen Nationalisten, Clemenceau usw., auf das heftigste bekämpft?

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Das ist wohl eine Taktik bei den Gegnern gewesen, wie wir sie auch verfolgt und beobachtet haben.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Sie halten das für eine Taktik?

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Ich kann natürlich nicht die Gründe, die Clemenceau und die anderen veranlaßt haben, Ihnen hier entwickeln.

(Sehr richtig!)

Ich kann mich da lediglich auf eine Vermutung beschränken.

Vorsitzender: Herr Geheimrat Schäfer, zu diesem Spezialfall? Sonst bitte ich, die Frage zurückzustellen.

Sachverständiger Dr. Schäfer: Meine Frage schließt sich an die Frage an, die ich vorhin gestellt habe.

Vorsitzender: Dann werden wir sie zurückstellen.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Herr Graf Bernstorff, stand die Botschaft in dauerndem Verkehr mit dem Generalkonsul in New York?

Zeuge Botschafter Graf **v. Bernstorff:** Jawohl.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Wissen Sie, ob von dort besondere politische Berichte erstattet wurden?

Zeuge Botschafter Graf **v. Bernstorff:** Soviel ich weiß, ist keine besondere politische Berichterstattung erfolgt außer den Berichten, die ich gesehen habe, also eine politische Berichterstattung wohl nicht.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Hielten die Berichte, die Sie gesehen haben, dieselbe politische Linie inne, die Sie innehielten?

Zeuge Botschafter Graf **v. Bernstorff:** Wohl nicht durchweg.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Und in welchen Punkten und nach welchen Richtungen bestand eine Abweichung?

Zeuge Botschafter Graf **v. Bernstorff:** In der Auffassung, die jetzt momentan zur Sprache gekommen ist, in der Auffassung über die gesamte politische Haltung der Vereinigten Staaten, ob die Vereinigten Staaten uns den Krieg erklären würden und ob die Wilsonsche Friedensvermittlung Erfolg verspräche oder nicht. Das sind die beiden Hauptfragen, um die sich die Entwicklung drehte.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Nehmen die Berichte des Generalkonsulats auch eine andere Stellung ein in der Beurteilung der Person Wilsons und seiner persönlichen Absichten?

Zeuge Botschafter Graf **v. Bernstorff:** Ja!

Reichsminister Dr. **David:** Ich möchte noch einmal auf die Frage zurückkommen, aus welchen Gründen der Herr Staats-

sekretär Zimmermann glaubte, annehmen zu können, daß die Friedensaktion Wilsons von England aus angeregt worden sei. In England hatte sich doch kurz vorher folgendes abgespielt:

Grey und Asquith waren kaltgestellt worden, Lloyd George war zur Herrschaft gelangt. Dieser Vorgang wurde darauf zurückgeführt, daß Grey und Asquith mit dem Gedanken eines Friedens ohne Sieg gespielt hätten, Lloyd George dagegen den Krieg bis zur Niederwerfung Deutschlands fortgesetzt wissen wollte. Er hielt damals eine knock-out-Rede. In der knock-out-Rede kam ein Passus vor, der sich an die Adresse der Neutralen richtete und etwa sagte: Man hüte sich vor jeder Intervention von seiten der Neutralen, die Stunde dafür ist nicht gekommen. Wir in Deutschland haben das aufgefaßt als eine Warnung an Wilson und waren außerdem der Meinung, daß der Sturz Greys und Asquiths seinen Grund darin habe, daß sie ihrerseits die Intervention von Amerika aus gern gesehen hätten.

Das war der Tatsachenbestand. Ich meine, er sprach doch ganz gegen die Annahme, daß nun etwa Lloyd George Wilson zu einer Friedensaktion ermuntert haben könnte. Diese Auffassung des Staatssekretärs Zimmermann ist deshalb von einer ungeheuren Tragweite, weil sie von Generalfeldmarschall Hindenburg, wie sein Telegramm beweist, geteilt wurde. Sie widersprach doch auch dem Tatsachenbestand, daß Wilson tatsächlich von uns zu der Friedensaktion angeregt worden war. Das wußten wir doch, und darum ist es um so überraschender, wenn der Generalfeldmarschall sich in der Vorstellung befand, daß Lloyd George die Friedensaktion angeregt habe.

Ich frage: Wußte der Generalfeldmarschall, daß die Friedensaktion Wilsons von der deutschen politischen Leitung angeregt worden war?

Vorsitzender: Vor Beantwortung dieser Frage gebe ich das Wort dem Herrn Konsul Müller, der wichtige Mitteilungen zu machen hat.

Konsul Müller: Ich hatte gebeten, mir das Wort zu gestatten. Ich möchte nämlich zurückkommen auf die Erörterungen, die eben stattgefunden haben und die neutrale Staaten berührten, das heißt Vorgänge, die in den neutralen Staaten vor sich gegangen sind, und die Berichterstattung aus den neutralen Staaten.

Es ist als Grundsatz anerkannt, daß nicht alle Sachen hier öffentlich behandelt werden, und ich möchte feststellen, daß aus den bisherigen Äußerungen, die hier im Verlaufe dieser Erörterungen gefallen sind, leicht unrichtige Schlüsse seitens der Anwesenden, denen nicht das ganze Material zugänglich ist, gezogen werden könnten. Ich würde daher bitten, an dem Grundsatze streng fest-

zuhalten, in solchen Fällen von öffentlicher Verhandlung abzusehen, weil sonst leicht irrige Schlüsse eintreten könnten.

Vorsitzender: Der Ausschuß trägt dem Rechnung und schließt die Öffentlichkeit bis zur Erledigung dieses Spezialfalles aus. Ich muß die Öffentlichkeit ausschließen, weil es mir in der Tat bedenklich erscheint, es könnten in besonderen neutralen Staaten bestimmte Schlüsse gezogen werden, es könnten sich ungünstige, jedenfalls unrichtige Meinungen bilden.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Sinzheimer.)

Ich kann nicht wissen, ob nicht die weitere Antwort von Exzellenz Zimmermann unsere Stellung gefährdet. Infolgedessen schließe ich die Öffentlichkeit bis zur Erledigung dieser Spezialfrage aus. Ich bitte die Anwesenden, den Saal zu verlassen.

(Es folgt eine geheime Sitzung.)

Die Öffentlichkeit der Sitzung wird um 11 Uhr 16 Minuten wiederhergestellt.

Vorsitzender: Herr Geheimrat Schäfer hat das Wort.

Sachverständiger Dr. Schäfer: In dem vorhin angezogenen Bericht ist auch davon die Rede, daß aus der wachsenden Macht der Vereinigten Staaten England Schwierigkeiten erwachsen könnten, und ebenso, daß das der Fall sein könnte mit der wachsenden Macht Japans. Weiter ist davon die Rede, wie es gemacht werden könnte, daß man die eine Großmacht durch die andere überwältige, eine nach der andern. Ich möchte zunächst den Herrn Grafen fragen, ob ihm bekannt geworden ist, daß derartige Gedankengänge und Erörterungen auch damals in der amerikanischen Presse zum Ausdruck gekommen sind, Gedankengänge über Differenzmöglichkeiten, die sich aus der Stellung der drei Großmächte ergeben, die zweifellos nicht überall die gleichen Interessen hatten.

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Ich muß bitten, die Frage an mich noch mehr zu präzisieren! Denn selbstverständlich ist in Konversationen und auch in der Presse über die verschiedenen politischen Ziele der Großmächte gesprochen worden. Aber ich weiß nicht recht, auf welche Frage ich antworten soll: ob ich das irgendwie ausgenützt hätte? oder in welchem Sinne?

Sachverständiger Dr. Schäfer: Mir liegt viel daran, zu erfahren, ob ein Verdacht bestanden hätte, daß für die Ameri-

kaner ihr Bündnis oder ihr Zusammengehen mit den Engländern auch für sie unter Umständen nachteilige Folgen haben konnte, und daß sie nicht für immer durch ein Bündnis mit England gedeckt seien, sondern in gewissen Streitfragen England als Gegner finden könnten. Sind derartige Gedankengänge weiterverbreitet worden? Ist Ihnen vielleicht bekannt, daß ein solcher Verdacht gegen England in weiteren Kreisen bestand? Es wird sonst immer angenommen — das ist zweifellos auch richtig, ist auch meine Ansicht —, daß England und Amerika bis zu einem gewissen Grade durch die gemeinsamen Interessen im Großen Ozean zusammengehalten würden. Das hat sich ja auch herausgestellt durch die Flottenparade im Stillen Ozean im Jahre 1908 und durch die Aenderung des englisch-japanischen Vertrages, die sich im Juli 1911 vollzogen hat. Dadurch ist deutlich klar geworden, daß solche Interessen bestehen. Ist nicht aber doch trotz dieser gemeinsamen Interessen, die schon öfter erörtert worden sind, bei den Amerikanern die Möglichkeit erwogen worden, daß ein Zusammengehen mit England für sie bedenkliche Folgen haben und sie in Verlegenheit bringen könnte?

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Alle diese Fragen sind selbstverständlich in der Presse dort behandelt worden. Aber daß sie irgendeinen besonderen Einfluß auf die Situation gehabt hätten, von der wir heute sprechen, ist mir nicht erinnerlich.

Sachverständiger Dr. Schäfer: Ich möchte daran noch die Frage knüpfen: Ist von seiten der Botschaft etwas geschehen, um derartige Gedankengänge zu benutzen oder geltend zu machen, direkt oder indirekt?

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Soweit die Propagandatätigkeit in Betracht kam, sind selbstverständlich Gedankengänge aller Art benutzt worden. Aber ich kann nicht recht sehen, wie das hier momentan in Betracht kommt. Denn selbstverständlich konnte darüber gesprochen werden, ob England in einem Falle eines Konfliktes zwischen Japan und den Vereinigten Staaten die Partei Japans oder die Partei der Vereinigten Staaten ergreifen würde. Selbstverständlich ist diese Frage auch erörtert worden. Aber damals stand sie eigentlich nicht zur Diskussion; denn es handelte sich darum, ob die Vereinigten Staaten auf seiten der Entente in den Krieg gegen uns eintreten würden, und die Entente umfaßte ja damals England und Japan, so daß diese Frage eigentlich nicht akut war.

Sachverständiger Dr. Schäfer: In dem angezogenen Bericht ist auch die Rede von Professor Münsterberg von der Harvard-Universität. Er hatte sich bekanntlich große Verdienste um die Vertretung der deutschen Interessen erworben, und deshalb war er allen pro-englisch gesinnten Leuten ein Dorn

im Auge. Es sind auch verschiedenartige Versuche gemacht worden, ihn aus seiner Stellung zu entfernen. Der Berichterstatter beklagt sich nun darüber, daß das gar nicht habe gelingen wollen, und zum Schluß, nachdem er auseinandergesetzt hat, daß er sich alle Mühe gegeben habe, sagt er wörtlich: „Man muß auch der göttlichen Vorsehung etwas überlassen wie in dem Falle Delarey.“ Ist davon dem Herrn Grafen etwas bekannt geworden?

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Ja, so viel ist mir jedenfalls bekannt geworden, daß die Entente während der 2½ Jahre bis zum Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg jedes irgendwie denkbare Mittel angewandt hat, um uns alle aus den Vereinigten Staaten herauszubringen: anfangend mit mir und endigend mit jedem anderen Deutschen. Jede Intrige, die es gab, hat man versucht, jede persönliche Verunglimpfung und alle Unannehmlichkeiten, die man uns bereiten konnte, hat man uns bereitet, um uns dadurch fortzubringen und den Krieg zwischen Deutschland und Amerika herbeizuführen. Das ist bestimmt richtig! Aber ich möchte nicht so weit gehen, die Bemerkung des Herrn Sachverständigen, die beinahe darauf schließen läßt, daß M ü n s t e r b e r g umgebracht worden sei, dahin zu beantworten, daß das wirklich geschehen ist. Das glaube ich nicht. Ich glaube, er ist einfach wegen Überarbeit oder sonstiger Ermüdung mitten in seiner Tätigkeit einem Schlaganfall erlegen. Ich glaube nicht, daß in diesem Falle etwas anderes vorliegt. Tatsache ist aber, daß Professor Münsterberg während der ganzen Zeit des Krieges eine unfreundliche Boykottierung in Boston und Harvard erlitt. Das war aber tatsächlich bei uns allen der Fall. Denn diejenigen, welche in Amerika gegen uns waren, haben versucht, ein regelrechtes B o y k o t t s y s t e m gegen uns alle zu inszenieren. Es wurde versucht, uns sowohl gesellschaftlich wie politisch zu isolieren.

Sachverständiger Dr. Schäfer: Ich möchte noch hinzufügen, daß das natürlich nicht meine Äußerung und meine Auffassung ist, sondern es ist wörtlich der Bericht des englischen Agenten, wie er Lord Grey übergeben worden ist, man müßte der göttlichen Vorsehung auch etwas überlassen wie in dem Falle Delarey. Ich habe absolut nicht an die Art und Weise gedacht, wie Professor Münsterberg aus dem Leben geschieden ist. Auf diesen Gedanken komme ich eben erst, wo das der Herr Graf zum Ausdruck bringt.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Wir haben die Frage erörtert, wie die öffentliche Meinung in Amerika war und wie sie von uns beeinflußt worden ist. Diese Frage ist abgeschlossen. Die Frage ist dann weiter auf das Gebiet gekommen, ob Wilson unter englischem Einfluß, mit englischem Einverständnis seine Friedensnote hat abgehen lassen, und ich habe dann — ich darf das jetzt auch hier feststellen — bemerkt, daß die von mir angezogene Äußerung

des Herrn Staatssekretärs Zimmermann am 23. Dezember erfolgt ist — nicht vom Februar —, und daß in dieser Äußerung die Ansicht ausgedrückt worden ist, daß es möglich sei, daß die Friedensdemarche des Präsidenten Wilson mit englischem Einverständnis erfolgt sei. Ich wollte eine bestimmte Antwort von Ihnen haben. Stehen Sie, der Sie doch den amerikanischen Dingen zunächst am nächsten standen, auch auf dem Standpunkt, daß diese Wilson-Note mit englischem Einverständnis zustande gekommen ist?

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Ich glaube unbedingt, daß sie nicht mit englischem Einverständnis zustande gekommen ist. Aber um Mißverständnisse zu vermeiden, möchte ich sagen: es ist immerhin möglich, daß Informationen vorher eingezogen worden sind in der Absicht, zu ergründen, ob die Engländer eventuell nachher an der Friedensvermittlung teilnehmen würden oder sie annehmen würden. Das halte ich für möglich.

Vorsitzender: Aber bestimmte Tatsachen stehen Ihnen nicht zur Verfügung?

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Mein Eindruck ist immer gewesen, daß diese Friedensnote Wilsons den Engländern außerordentlich unangenehm war.

Vorsitzender: Infolgedessen auch nicht von ihnen inspiriert sein kann.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Darf ich eine Frage an Exzellenz Zimmermann richten? Erinnern Sie sich, daß eine Besprechung über diese Wilson-Aktion und Wilson-Frage im Reichsamt des Innern stattgefunden hat? Eine Pressebesprechung! Es waren unter anderen anwesend: Theodor Wolff, Maximilian Harden, — ich glaube, auch Bernhard. Erinnern Sie sich an eine solche Besprechung im Reichsamt des Innern?

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Daß ich dabei gewesen bin?

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ja, Sie persönlich als Vertreter des Auswärtigen Amts!

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: In welcher Zeit?

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Das soll im Mai 1916 gewesen sein.

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Im Mai 1916? — Ja, ich erinnere mich, daß ich einmal in einer solchen Sitzung sogar präsidiert habe. Ich habe damals Auskunft gegeben über die Sussex-Note, wenn ich nicht irre.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ja, über die Sussex-Note.

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Ich habe damals unseren Standpunkt begründen wollen. Ich erinnere mich, daß damals der Sitzungssaal im Reichsamt des Innern zur Verfügung gestellt war.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Sie haben gestern gehört, daß der Kanzler v. Bethmann Hollweg ausgeführt hat, er habe damals mit dem Botschafter Gerard auf der Grundlage verhandelt, daß jetzt die Zeit gekommen sei, daß Wilson nun einen großen Schritt in der Friedensfrage mache. Ganz allgemein. Waren Ihnen diese Bestrebungen bekannt?

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Ja, gewiß waren sie mir bekannt.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Nun wird von Teilnehmern dieser Konferenz berichtet, daß Sie eine sehr scharfe Äußerung gegen Wilson getan haben sollen. Die Äußerung soll nach diesem Bericht von Teilnehmern gelautet haben: „Meine Herren, über die Unverschämtheit und Frechheit des Herrn Wilson ist kein Wort zu verlieren, aber wir haben ihm die Maske vom Gesicht gerissen!"

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Es ist mir nicht erinnerlich, daß ich eine derartige Bemerkung gemacht habe. Vor einem so großen Kreise habe ich sie, glaube ich, auch wohl nicht gemacht. Erinnerlich ist es mir nicht. Es waren mindestens 50 Herren der Presse da, und ich glaube nicht, daß ich mich in solch starken Ausdrücken geäußert habe.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Sie erinnern sich nicht?

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Ich erinnere mich jedenfalls nicht dieser Äußerung.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Dann würden eventuell Maximilian Harden und Theodor Wolff, die diese Äußerung gehört haben, zu vernehmen sein.

Vorsitzender: Ich komme nun auf die Vernehmung von Exzellenz v. Bethmann Hollweg zurück und wollte zunächst noch einmal eine kurze Bemerkung darüber haben, ob Ihnen, Exzellenz, über die Gründe des Nichtempfanges des Grafen Bernstorff, als er nach Deutschland zurückgekehrt ist, über etwaige Einflüsse, die da hervorgetreten sind, etwas bekannt ist.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich nehme an, daß wir hier zu einem Thema gekommen sind, das gegen-

über den hochpolitischen Feststellungen, die soeben stattgefunden haben, einen mehr episodenhaften Charakter trägt.

Vorsitzender: Nicht ganz, Exzellenz, die Verbindung mit der hochpolitischen Frage besteht doch.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich darf vielleicht ausführen, weshalb ich es glaube. Die Rückkehr des Grafen Bernstorff ist Seiner Majestät dem Kaiser sofort gemeldet und der Vertreter des Auswärtigen Amts im Großen Hauptquartier beauftragt worden, wegen des persönlichen Empfangs des Botschafters durch den Kaiser das Erforderliche zu veranlassen. Außerdem habe ich dem Kaiser eingehenden Vortrag über das gehalten, was der Graf Bernstorff mir persönlich in der Unterredung, die wir gehabt haben, berichtet hatte. Der Kaiser war also völlig informiert. Vorschläge über unser weiteres Verhalten gegenüber Amerika hatte mir der Graf Bernstorff nicht gemacht und nach seiner eigenen Bezeugung auch nicht zu machen. Infolgedessen lag keine politische Veranlassung vor, auf sofortigem Empfang, der dann weiterhin stattfand, zu insistieren. Ob infolge äußerer Umstände oder aus welcher Ursache sonst der Empfang sich verzögert hat, darüber vermag ich eine abschließende Auskunft nicht zu geben. Jedenfalls stehe ich auch heute noch unter dem Eindruck, daß die Verspätung des Empfangs auf den weiteren politischen Gang der Dinge keine Einwirkung gehabt hat.

Abgeordneter Dr. Cohn: Herr Graf Bernstorff, Sie haben bei Ihrer Vernehmung über Unterredungen mit dem Feldmarschall und dem General Ludendorff berichtet, aber auch, daß Sie vom Kaiser empfangen worden seien. Welchen Eindruck hatten Sie denn nun von der Unterredung mit dem Kaiser über seine Stellung zu Amerika und zu Friedensangeboten, sowie über die zukünftige Haltung der deutschen Politik gegenüber Amerika?

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Als ich vom Kaiser empfangen wurde, Anfang Mai, war tatsächlich diese Frage so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung hatte, noch besonders darauf zu dringen, daß davon gesprochen würde. Ich kann mich nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendetwas gesagt worden wäre, was politische Bedeutung in dieser Beziehung gehabt hätte.

Vorsitzender: Damit ist diese Frage abgeschlossen.

Wir kommen nunmehr zu der wichtigen Frage des rücksichtslosen U-Boot-Krieges, den Gründen, welche für die Reichsleitung maßgebend gewesen sind. Alles das muß einmal vollständig erschöpfend geklärt werden, was in der Frage des rücksichtslosen U-Boot-Krieges überhaupt gesagt werden kann. Ich will diese U-Boot-Frage möglichst von Anfang an erledigen. Es

scheint mir daher notwendig zu sein, daß Exzellenz sich über die Möglichkeiten und Notwendigkeiten des rücksichtslosen U-Boot-Krieges von dem Augenblick an, wo überhaupt diese Frage aufs Tapet kam, äußern. Ich darf vielleicht im Interesse der Abkürzung Ihrer Antworten und auch im Interesse der Auffrischung Ihres Gedächtnisses mit der Denkschrift beginnen, die von Ihnen selbst am 29. Februar 1916 verfaßt ist, und ganz kurz das andeuten, was in dieser Denkschrift als wesentlicher Grund von Ihnen gegen die Einführung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges angeführt wird.

Sie führen in dieser Denkschrift aus, daß die Schätzung, wieviele Schiffe durch den geplanten Unterseebootkrieg versenkt werden könnten, an sich ja der Marinefachmann zu beantworten hätte, daß sie aber bei der Verschiedenheit der Auffassungen, wie sie namentlich zwischen dem Admiral v. Holtzendorff auf der einen Seite und dem Admiral v. Tirpitz auf der anderen Seite zutage getreten sei, außerordentlich unsicher sei. Sie führen aus, daß die Wirkung neuer Abwehrmittel gegen die U-Boote die Wirksamkeit unseres rücksichtslosen U-Boot-Krieges sehr in Frage stellen könnte, daß der Zuwachs an neu erbauten Schiffen auch nicht unerheblich sein würde, daß der Rückgriff auf die in neutralen Häfen liegende deutsche Handelstonnage, die für England frei werde, wenn Amerika mit uns breche, auch einen erheblichen Einfluß gewinne, daß es hiernach zweifellos sei, daß, selbst wenn innerhalb von sechs Monaten 4 Millionen Tonnen versenkt werden sollten, der für England verfügbare Schiffsraum nicht um diese, sondern um eine vermutlich geringere Zahl vermindert werden würde, daß nach Ihrer Auffassung etwa 13 bis 14 Millionen Tonnen England verfügbar wären, daß aber bei dieser Tonnage, selbst wenn sie bis zum Herbst um 4 Millionen vermindert wäre, es nicht wahrscheinlich, geschweige denn sicher sei, daß der U-Boot-Krieg die zerstörende Wirkung hätte, die man von ihm von gewissen Seiten annimmt.

Sie führen weiter aus, daß England der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die durch den U-Boot-Krieg zweifellos bei ihm hervorträten, dadurch in weitestem Maße Herr werden könne, daß es bessere Dispositionen über den verfügbaren Schiffsraum treffe, daß es die Einfuhr auf die für die Volksernährung unbedingt erforderlichen Waren beschränke, daß auch weiter mit der Aufgabe von Saloniki für England Schiffsraum in erheblichen Teilen frei würde. Eine gänzliche Absperrung Englands sei bei der beschränkten Zahl der U-Boote und ihrer Aktionsfähigkeit ausgeschlossen. Das Netz, das man um England ziehe, müsse immer ein großmaschiges bleiben, und es sei, besonders wenn man in Rücksicht ziehe, daß für Englands Ernährung vier bis fünf Schiffe mittlerer Größe täglich genügten, nicht daran zu denken, daß eine wirkliche Hungersnot in England Platz greifen könne. Es scheine, wenn man alles zusammenfaßt, die zu er-

wartende Verminderung des Schiffsraums England zwar zu schädigen, ihre Wirkung sei aber nicht in der Weise aufzufassen, daß sie es England unmöglich mache, bis zum Herbst etwa den Krieg fortzusetzen. Nebenbei würde auch England bei dem ganzen Charakter des Volkes und der Gefahr, die ihm drohe, daß es seine Seeherrschaft einbüße, bis auf den letzten Mann und den letzten Groschen alles opfern.

Sie weisen schließlich hin auf die starke Gefahr, die Sie darin erblicken, daß nunmehr Amerika auf die Seite Englands bezw. auf die Seite der Feinde treten würde. Sie erwarten daraus nicht nur eine starke moralische Unterstützung für die englische Siegeszuversicht, überhaupt für die Siegeszuversicht unserer Feinde. Sie erwarten daraus auch eine gewisse Spannung, die in dem Verhältnis zu unseren Bundesgenossen eintreten würde, indem unsere Bundesgenossen, Österreich sowohl wie die Türkei und Bulgarien, den rücksichtslosen U-Boot-Krieg durchaus nicht für vorteilhaft für uns halten. Und Sie sehen auch starke materielle Bedenken durch einen Anschluß Amerikas, weil die bisherigen Versuche der Entente, von Amerika Geld zu bekommen, die bis dahin nur ein bescheidenes Ergebnis gehabt hätten, mit einem Schlage sich realisieren würden in einem für England günstigen Sinne. Die Versorgung Belgiens, Nordfrankreichs mit amerikanischem Getreide höre auf, auch die Versorgung Polens. Das Kriegsmaterial würde in weitestem Umfang, in viel größerem als bisher, bei einem Eintritt Amerikas in den Krieg der Entente zur Verfügung stehen. Sie weisen darauf hin, daß in Amerika ein sehr starker Sportsinn ausgeprägt sei, der auch dazu führen könne, daß das Heer sich durch Freiwillige amerikanischerseits in sehr starkem Maße verstärke. All diese Bedenken ließen Sie den rücksichtslosen U-Boot-Krieg als eine Maßnahme erscheinen, vor der man auf das dringendste warnen müsse.

Sie haben dann in einer Unterredung in Charleville, die Sie mit dem Kaiser hatten, diese Gedanken, die in der Denkschrift zum Ausdruck gekommen waren — die Denkschrift hatte ja auch dem Kaiser vorgelegen —, nochmals besonders zum Ausdruck gebracht und in besonderen Gegensatz gestellt zu Falkenhayn und Holtzendorff, die damals dieser Besprechung beigewohnt haben. Damals hat der Kaiser erklärt, ohne jede reservatio, wie Sie in einem Brief anführen, unsere U-Boot-Seestreitkräfte seien ungenügend, um England niederzuringen, England könne überhaupt nicht niedergerungen werden; forderten wir England unter Bruch mit Amerika zum Seekampf heraus, dann werde jeder Engländer das letzte Hemd hergeben, bevor er kapituliere; er hoffe immer noch auf den rechnenden Geschäftssinn der Engländer, der ihnen klarmachen werde, daß sie bei Fortsetzung des Krieges nichts gewännen.

Es hat dann im Schloß Pleß am 31. August 1916 eine

Besprechung wiederum unter dem Vorsitz des Kaisers stattgefunden, an der alle maßgebenden zivilen, militärischen und Marinebehörden teilgenommen haben. Das Protokoll, das darüber verfaßt ist, das die Gegensätzlichkeit der zivilen und der militärischen, vor allen Dingen der Marinestellen wiedergibt, scheint so wichtig, daß es sich fast verlohnt, obwohl es ziemlich umfangreich ist, es völlig zur Verlesung zu bringen. Ich will aber das einstweilen noch zurückstellen, vielleicht wird es im Laufe der weiteren Verhandlungen notwendig. Jedenfalls ist es wichtig, was hier seinerzeit von Ihnen, Exzellenz, resümiert worden ist. Sie führen aus:

> Ich hatte in Aussicht genommen, den Reichstag nächste Woche einzuberufen. Die Parteien haben selbst Bedenken dagegen. Ich werde aber nicht umhin können, die Führer der Parteien bei mir zu sehen. Sie werden zweifellos die Frage des U-Boot-Krieges anschneiden. Ich werde ihnen antworten, ohne auf Einzelheiten einzugehen, daß die Frage von allen berufenen Instanzen eingehend geprüft worden ist, daß man aber im Hinblick auf die gegenwärtige Kriegslage dazu gekommen ist, die Entscheidung zu vertagen, nachdem auch der Feldmarschall v. Hindenburg erklärt hat, daß er zunächst die Entwicklung des rumänischen Feldzugs abwarten müsse, bevor zu der Frage Stellung genommen werden könne

Es ist dann wichtig, eine Urkunde vom 23. Dezember 1916, in der Sie an Generalfeldmarschall v. Hindenburg eine Mitteilung über den U-Boot-Krieg ergehen lassen, in der Sie vor allem auch die Bemerkung machen, daß Sie die alleinige und nicht übertragbare verfassungsmäßige Verantwortung zu tragen hätten in der Frage der Stellungnahme des rücksichtslosen U-Boot-Krieges, weil dieser unmittelbar in unser Verhältnis zu neutralen Staaten eingreife, da er einen Akt der auswärtigen Politik darstelle. Sie sagen in diesem Brief am Schluß:

> Was die Frage des uneingeschränkten U-Boot-Krieges betrifft, so habe ich bisher den Standpunkt vertreten, daß ein solcher nur in Frage kommen kann, wenn unsere militärische Lage mit Sicherheit darauf rechnen läßt, die europäischen Neutralen von einem Eingreifen gegen uns abzuhalten. Eure Exzellenz glauben, daß dieser Zeitpunkt Ende Januar 1917 gekommen sein wird. Ich darf daher annehmen, daß Eure Exzellenz bis zu diesem Zeitpunkt in der Lage sein werden, sowohl an der holländischen wie an der dänischen Grenze die nötigen Truppen zu versammeln. Unter dieser Voraussetzung, und wofern ich mich mit Eurer Exzellenz davon überzeugen kann, daß die Vorteile des ganz rücksichtslosen U-Boot-Krieges größer sind als die Nachteile

des Eintritts Amerikas zu unseren Feinden, werde ich bereit sein, auch die Frage des uneingeschränkten U-Boot-Krieges in Erwägung zu ziehen.

Hier tritt also gegen früher doch schon der Satz scharf hervor, daß immerhin die Möglichkeit von Ihnen angenommen wird, Exzellenz, daß die Vorteile des rücksichtslosen U-Boot-Krieges größer sein könnten als die Nachteile desselben. Es ist nun für mich von Wichtigkeit festzustellen, welche Momente für Sie — zum Teil ist das ja bereits in Ihren Ausführungen geschehen, aber ich möchte es doch noch einmal und in konzentrierter Form zu hören bekommen —, welche Gründe für Sie bestimmend gewesen sind, doch in Ihrer Stellungnahme gegen den U-Boot-Krieg, den Sie ausdrücklich als verhängnisvoll bezeichnet haben, den Sie als ein Experiment bezeichnet haben, zurückzutreten gegenüber denjenigen Instanzen, die für die Führung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges eintraten, und die, wie ich mich aus Ihren Ausführungen erinnere, im wesentlichen waren: die Oberste Heeresleitung einschließlich der obersten Marineleitung, die Majorität des Reichstags, die Majorität des Volkes, wie letzteres in der ganzen Stimmung, in der Presse zum Ausdruck kam. Sie haben uns gesagt, ausschlaggebende Gründe gegen den U-Boot-Krieg hatten Sie nicht; ausschlaggebende Gründe, die also derartig stark waren, daß Sie die Idee des rücksichtslosen U-Boot-Krieges gewissermaßen von vornherein totgeschlagen hätten. Aber es waren immerhin doch starke Gründe für Sie vorhanden. Ich habe ganz absichtlich alle diese Gründe, die Sie früher geltend gemacht haben, hier einmal zusammenhängend zum Vortrag gebracht, und es ist mir nun wichtig zu wissen und festzustellen, welche Gründe in der Zeit des Dezember 1916 und Januar 1917, also in der hier springenden Zeit, für Sie maßgebend gewesen sind, etwa Ihren früheren Standpunkt aufzugeben oder zu verändern. Nach dieser Richtung hin haben Exzellenz die Güte, mir vielleicht noch einmal Ihre Ansicht kundzutun.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Die sehr umfangreichen Akten über den U-Boot-Krieg liegen dem Ausschuß vollkommen vor. Ich kann nur annehmen, daß der Ausschuß aus diesen Akten eine klare Vorstellung von meiner Stellung zum U-Boot-Krieg in seinen verschiedenen Phasen hat. Ich kann meine Aufgabe nicht darin erkennen, nun meinerseits etwa aus meinem Gedächtnis eine sehr komplizierte Materie zu rekonstruieren, die aktenmäßig bereits dem Ausschuß bekannt ist. Ich kann meine Aufgabe nur dahin auffassen, daß ich die aktenmäßige Kenntnis des Ausschusses in denjenigen Fragen durch eigene Aussagen ergänze, wo der Ausschuß glaubt, eine Lücke bezüglich meiner Haltung zu finden. Ich möchte glauben, daß mir diese einzelnen Punkte bezeichnet werden müßten. Ich laufe sonst Gefahr, hier eine mündliche Darstellung zu geben, die meinerseits

ein Aktenstudium erforderte, zu dem ich wahrscheinlich einige Wochen gebrauchen würde. Ich glaube, daß der Ausschuß selber einen Eindruck davon gehabt haben wird, daß die Fragen des U-Boot-Krieges in den verschiedenen Phasen außerordentlich komplizierte gewesen sind.

Nun hat der Herr Vorsitzende die Güte gehabt, soweit ich es verstanden habe, von mir einstweilen nur eine Auskunft über meine Haltung im Winter 1916/17 —

Vorsitzender: Ja!

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: — zu verlangen. Ja, ich darf Bezug nehmen auf die Ausführungen, die ich am vorigen Freitag gemacht habe. Noch heute bin ich der Ansicht, daß ich die sämtlichen Momente, welche meine Haltung am 9. Januar bestimmt haben, damals hier auseinandergesetzt habe, und ich würde es für bedenklich halten, Ausführungen, die ich damals auf Grund genauer Überlegung und genauer Formulierung gegeben habe, jetzt in einer Rede aus dem Stegreif zu wiederholen. Ergänzungen dazu zu machen, wüßte ich nicht.

Ich darf vielleicht — es liegt mir das Stenogramm der Sitzung vom vorigen Freitag vor — die durchschlagenden Sätze aus meinen damaligen Ausführungen hier noch einmal reproduzieren. Ich glaube, daß die Fragen, die der Herr Vorsitzende an mich soeben gerichtet hat, darin doch schon ihre Beantwortung finden.

> Die Situation am 9. Januar, wo der uneingeschränkte U-Boot-Krieg beschlossen wurde, war folgende.
>
> Die Marine machte sich stark, England bis zur neuen Ernte friedensbereit zu machen, wenn am 1. Februar der uneingeschränkte U-Boot-Krieg begönne. Der 1. Februar wurde als äußerster Termin bezeichnet, wenn der U-Boot-Krieg überhaupt Erfolg haben sollte. Könne sich England durch die namentlich in den Februar fallenden Getreidetransporte wieder verproviantieren, dann sei die Möglichkeit zur Ausnutzung dieses Kriegsmittels für ein Jahr verpaßt. Die Oberste Heeresleitung verlangte den U-Boot-Krieg mit voller Entschiedenheit als ein von der allgemeinen Kriegslage gebieterisch gefordertes Kampfmittel.
>
> Forderten

— ich lasse nun Zwischenausführungen weg —

> die beiden Feldherren den U-Boot-Krieg als notwendiges Kriegsmittel, ratihabierten sie damit die Anschläge der Marine und erklärten sie sich stark genug, bis zum Eintritt des von der Marine gewährleisteten Erfolges alle Folgen des U-Boot-Krieges, auch den Krieg mit Amerika, zu tragen, dann mußte ich in der Lage sein, meinen Widerspruch auf

einen ganz klaren und durchschlagenden Grund zu stützen. Hatte ich einen solchen Grund?

Ich führte dann des weiteren aus, daß durch die statistischen Berechnungen des Admiralstabes, mit denen er den Erfolg des U-Boot-Krieges begründete, nach meiner Überzeugung der Erfolg des U-Boot-Krieges ebensowenig nachgewiesen werden konnte wie durch ihre Bemängelung eine Erfolglosigkeit des U-Boot-Krieges.

Der U-Boot-Krieg,

— habe ich gesagt —

sowohl die Führung wie die Unterlassung desselben, blieb ein Experiment. Wurde von der Obersten Heeresleitung mit dem ganzen Nachdruck, der ihrer Stimme zukam, behauptet, daß eine erfolgreiche Beendigung des Krieges den U-Boot-Krieg bedingungslos fordere, aber auch durch die von ihr akzeptierten Zusicherungen des Admiralstabes gewährleistet werde, dann mußte ich einen greifbaren Anhalt für die Aussicht vorführen können, auch ohne U-Boot-Krieg den Krieg in einer für Deutschland annehmbaren Form zu Ende zu bringen.

Diese Möglichkeit hat nach meiner Überzeugung am 9. Januar für mich nicht vorgelegen. Ich habe ausgeführt, wie ich die Antwort der Entente auf unser Friedensangebot, die Kollektivnote vom 30. Dezember, als eine apodiktische Absage der Verhandlungsbereitschaft aufgefaßt habe, als eine so apodiktische, daß ich auch daran verzweifelte, die Antwort der Entente auf die Friedensnote Wilsons vom 18. Dezember würde mir ein anderes Urteil erlauben. Tatsächlich ist ja die Antwort der Entente auf die Friedensnote von Wilson erst nach dem 9. Januar gegeben worden; aber — und auch das habe ich neulich ausgeführt und die Gründe angegeben —: auch die nach dem 9. Januar abgegebene Antwort der Entente auf die Friedensnote von Wilson hat in mir nicht die Überzeugung hervorrufen können, daß ich am 9. Januar unrecht gehabt hätte, wenn ich bei meiner Haltung davon ausging: eine Verhandlungsbereitschaft der Entente in absehbarer Zeit kann ich nicht vorführen. Ich habe weiter ausgeführt, daß, abgesehen von einem Kommen des Friedens über Amerika, ich auch sonstige Aussichten nicht eröffnen konnte, und habe bei dieser Gelegenheit den doch durchaus unsicheren Termin einer nach den allgemeinen russischen Verhältnissen vielleicht wahrscheinlichen Revolution angeführt.

In dieser Situation

— habe ich gesagt —

war ich außerstande, am 9. Januar dem Kaiser einen anderen Ratschlag zu geben als den, den ich gegeben habe, nämlich daß ich nicht empfehlen könne, sich mit dem Votum seiner militärischen Ratgeber in Widerspruch zu setzen.

Ich wüßte nicht, wie ich diesen Ausführungen heute noch irgendein wesentliches Moment hinzufügen könnte.

Ich möchte nur auf das eine noch kommen. Ich habe, wie der Herr Vorsitzende ausgeführt hat, am vorigen Freitag das Wort gebraucht, daß ich den Beschluß für einen verhängnisvollen gehalten hätte. Gewiß, es hing ein ungeheures Verhängnis über diesem Beschlusse, das mußte jedem Menschen klar sein; denn wenn — und das habe ich am 9. Januar auch ausgeführt —, wenn nun der U-Boot-Krieg nicht glückt, so wird er das Verhängnis von Deutschland werden. Aber ich wiederhole heute: der U-Boot-Krieg blieb ein Experiment. Die Akten darüber sind noch nicht geschlossen, wieweit die Wirkungen des U-Boot-Krieges tatsächlich gereicht haben. Wir werden das erst später aus dem Lager der Entente hören. Ich habe den Eindruck, daß die Wirkungen weitreichende gewesen sind. Ich kann mich dem Eindruck nicht verschließen, daß im Mai, im Juni — ich kann mich auf bestimmte Termine nicht festlegen — in England die Besorgnis vor den Wirkungen des U-Boot-Krieges sehr stark gewesen ist, und ich bin überzeugt, wir werden weitere Nachweise im Laufe der Zeit von der Entente bekommen. Diese Besorgnis ist nach meinen Eindrücken so stark gewesen, daß um die Wende des Juni und Juli Verhandlungsmöglichkeiten im Wege waren sich anzubahnen.

Ich will auf die einzelnen Details nicht eingehen, denn wie mir scheint, handelt es sich hier um eine Frage, die nicht jetzt und nicht von diesem Ausschuß zu behandeln ist. Aber wenn ich diese Behauptung aufstelle, so möchte ich daran erinnern, daß um jene Zeit Lloyd George in Paris den besorgten Ausruf ausgestoßen hat: Schiffe, Schiffe sind erforderlich! Im Anfang des Krieges waren es die silbernen Kugeln gewesen, die den Krieg gewinnen sollten, jetzt waren es die Schiffe. Und wenn der leitende englische Staatsmann, wenn ein Lloyd George ein solches Wort in Paris aussprach, so war das auffallend, warf es ein scharfes Licht auf die tatsächliche Situation. Ich erinnere daran — ich werde bei anderer Gelegenheit vielleicht noch darauf zu sprechen kommen —, daß ich die Rede Lloyd Georges in Glasgow am 30. Juni, wenngleich sie manche Anklänge an die knock-out-Politik hatte, doch als eine Sondierung betrachtet habe, die es uns vielleicht ermöglichte, durch die Verhandlung gewisser Fragen auch in der Öffentlichkeit eine Verhandlungsbereitschaft zu erzeugen. Man hat sich, wie ich glaube, in manchen Kreisen Deutschlands die Wirkungen des U-Boot-Krieges optimistischer vorgestellt, als es an sich die politischen Realitäten ermöglichten. Sah England, daß der U-Boot-Krieg ihm wirklich an die Nieren ging, dann hätte es nicht den völligen Zusammenbruch abgewartet. Es hätte schon vorher, natürlich nicht unter Erklärung der Kapitulationsbedürftigkeit, Möglichkeiten geboten, Verhandlungen anzuknüpfen. Dieser Moment ist

meiner Ansicht nach dagewesen. Diese Wirkung des U-Boot-Krieges ist erzeugt worden. Er ist trotzdem verhängnisvoll geblieben, weil er, wenn nun diese Möglichkeiten, ebensowenig wie etwaige spätere Möglichkeiten, nicht zum Ziele führten, uns schließlich vor das Ergebnis gestellt hat, daß Amerika eine Unmenge von Truppen nach Europa warf und wir einer erdrückenden Übermacht gegenüberstanden, welche bei dem gleichzeitigen Zusammenbruch unserer Bundesgenossen die militärische Lage so gestaltet hat, wie sie im Herbst 1918 tatsächlich gewesen ist.

Also, wenn ich noch einmal kurz rekapituliere: Ich wüßte nicht, durch welche Feststellungen ich die Zwangslage, in die der 9. Januar nicht nur die politische Leitung, (mit erhobener Stimme:) auch die militärische Leitung gestellt hat, noch erhärten könnte. Damals lag die Überzeugung der militärischen Stellen vor, ohne den rücksichtslosen U-Boot-Krieg können wir den Krieg nicht zu einem guten Ende führen —, und es lag für mich die Überzeugung vor: ich kann euch nicht in Aussicht stellen, daß ich den Krieg anders beendigen werde. Da mußte etwas geschehen; da mußte eine Entscheidung gefällt werden! Und ich habe Ihnen gesagt: gegenüber der Haltung der Mehrheit des Parlaments, gegenüber einer von ehrlichem Glauben getragenen Überzeugung der weitesten Volksschichten, daß Unterlassung des U-Boot-Krieges heißen würde, die Zukunft der Nation dem Kleinmut zu opfern, — in dieser Lage — und ich bin noch heute der Ansicht: ich habe richtig gehandelt — habe ich gesagt: Euer Majestät, ich kann Ihnen nicht raten, sich in Widerspruch mit dem Votum Ihrer militärischen Ratgeber zu setzen! Daß ein Gehen meiner Person an der Sache nichts geändert haben würde — und das ist das Durchschlagende —, habe ich schon früher ausgeführt.

Vorsitzender: Es ist für Exzellenz feststehend, daß die Entente mit ihrer brüsken Antwort die Friedenstür zugeschlagen hätte?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. **Bethmann Hollweg:** Das ist meine Überzeugung gewesen!

Vorsitzender: Es ist das nicht durchweg die Überzeugung der anderen Staaten gewesen. Beispielsweise hat Kaiser Karl und Czernin sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Ententenote zwar impertinent im Ton sei, daß sie aber eine Fortsetzung der Verhandlung nicht ausschließe; und in Amerika war man ja an maßgebenden Stellen vielfach der Ansicht, wie aus der Aussage des Herrn Grafen Bernstorff hervorgegangen ist, daß man es mit einem Bluff zu tun habe. Aber ich möchte das feststellen: Ihre persönliche Auffassung war es jedenfalls: mit der Entente ist es nicht möglich, in diesem Zeitpunkt, in dem wir uns damals befanden, sich an einen Friedenstisch setzen zu können. Es blieb daher die ultimo ratio des rücksichtslosen U-Boot-Krieges

übrig, angesichts der ungünstigen militärischen Lage des Landkrieges, nach dem Urteil der militärischen Autoritäten.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. **Bethmann Hollweg**: Es ist das meine Ansicht gewesen, daß die Friedenstür zugeschlagen worden ist, und ich möchte hinzusetzen, daß diese Ansicht die übereinstimmende Ansicht des deutschen Volkes bis in seine Linke, bis in seine sozialdemokratischen Schichten hinein gewesen ist. Ich entsinne mich, ohne den Wortlaut angeben zu können, einer Rede des Herrn Scheidemann, worin er gesagt hat: die Entente ist es mit ihrer Antwort auf unser Friedensangebot gewesen, welche den rücksichtslosen U-Boot-Krieg schließlich erzwungen hat. — Etwas Ähnliches ist gesagt worden. Ich habe den Wortlaut nicht hier; aber etwas Ähnliches ist gesagt worden. Diese Überzeugung ist nicht eine persönliche Überzeugung von mir gewesen, nein, sie ist getragen gewesen von der großen Masse des deutschen Volkes.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer**: Hat die große Masse des deutschen Volkes, hat insbesondere die sozialdemokratische Partei, und haben alle die Gruppen, die nach einem Verständigungsfrieden riefen, Kenntnis davon gehabt, daß in derselben Zeit Wilson durch House sich bereit erklärt hatte, von neuem die Friedenskonferenz zustande zu bringen, und daß er zweimal bereits in diesem Zeitpunkt gebeten hatte, ihm wenigstens vertraulich die Friedensbedingungen mitzuteilen, und hatte das deutsche Volk und die Masse des deutschen Volkes Kenntnis davon, daß diese ganze Aktion von der deutschen Regierung veranlaßt war?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. **Bethmann Hollweg**: Daß das deutsche Volk keine Kenntnis gehabt hat in seiner Gesamtheit von unserer Aktion in Washington? Es hat keine Kenntnis davon gehabt; das ist richtig. Es wäre auch die größte politische Unklugheit von mir gewesen, wenn ich der Masse des deutschen Volkes davon Kenntnis gegeben hätte. Denn bei der Animosität gegen Amerika wären diese Aufträge, die ich in Washington gegeben habe, ein Gegenstand der Verachtung und des Hasses für mich geworden. Das konnte ich nicht tun, das wäre keine politische Maßregel gewesen.

Was nun die erneuten Friedensaktionen von Wilson angeht — ich muß ja wiederholen —, meine Herren, ich habe die Kongreßnote des Präsidenten Wilson vom 22. Januar charakterisiert, ich habe sie scharf bezeichnet, die drei Punkte, welche mir — —

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer**: Die war später.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. **Bethmann Hollweg**: Das ist nicht später gewesen!

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer**: 9. Januar!

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. **Bethmann Hollweg**: Die eigentliche Aufforderung, die eigentliche Erklärung von *Wilson*, er hoffte nun, eine Friedenskonferenz zustande zu bringen, und bäte um die *vertrauliche Mitteilung unserer Friedensbedingungen*, das ist ein Telegramm des Grafen Bernstorff vom 28. Januar. Früher, gewiß, hat er gesagt, auch angeregt, wir möchten vertraulich mitteilen. Auch das ist aber meines Wissens ein Punkt, der bereits erörtert worden ist. Ich kann es im Augenblick nicht finden, ich habe mich darüber am Freitag nachmittag, wenn ich nicht irre, ausgesprochen. Ich habe gesagt — ich darf den Herrn Berichterstatter daran erinnern —, daß wir damals, wie der Präsident Wilson um eine vertrauliche Mitteilung von Friedensbedingungen bat, ihm gesagt haben, unsere Bedingungen sind maßvoll. Wir haben ausdrücklich gesagt, wir denken nicht daran, Belgien annektieren zu wollen. Wir haben Erklärungen abgegeben über die allgemeinen großen internationalen Fragen. Und ich darf wiederholen, was doch meiner Ansicht nach ein wichtiger Punkt ist, wenn mit den einzelnen aktenmäßigen Schriftstücken operiert wird, daß der Präsident Wilson dem Herrn Grafen Bernstorff durch den Obersten House hat sagen lassen, diese Mitteilungen, die wir ihm gemacht hätten, seien außerordentlich wertvoll für ihn.

Durch die *Kongreßbotschaft vom 22. Januar* war nach meinem Dafürhalten die Situation für uns nur erschwert worden. Die erste entscheidende Bekundung von Wilson, daß er nun an die Friedensarbeit gehen wolle, ist doch erst uns mitgeteilt worden durch die *Depesche des Grafen Bernstorff vom 28. Januar*. Ja, da ist es aus Gründen, die ich auch auseinandergesetzt habe, eben zu spät gewesen. Wenn das früher gewesen wäre, dann hätte vielleicht etwas gemacht werden können.

Ich will bei dieser Gelegenheit — ich weiß nicht, ob ich es in meinen früheren Ausführungen schon getan habe; ich habe es doch wohl schon gesagt — daran erinnern, daß der Botschafter *Gerard* in seinem Buche ausdrücklich sagt, er hätte bereits anfangs Januar *Kenntnis* gehabt, daß wir den *rücksichtslosen U-Boot-Krieg* machen würden — nicht vielleicht in dieser präzisen Fassung, aber er hätte Kenntnis gehabt —, und, soviel ich weiß, haben amerikanische Zeitungsberichterstatter hier überall davon gesprochen. Gerard sagt weiter in seinem Buche, selbstverständlich hätte er seiner Regierung davon Kenntnis gegeben. Ich will keine Konjekturen weiter daran knüpfen; aber es ist doch sehr wohl möglich, daß sowohl am 22. wie am 28. Januar Wilson bereits in Kenntnis war, daß wir den U-Boot-Krieg beschlossen hatten.

Es ist weiterhin gesagt worden — ich glaube, der Herr Graf Bernstorff hat das mitgeteilt —, er hätte später die Überzeugung gehabt, daß unser gesamter *Depeschenverkehr* von England *dechiffriert* worden sei. — Nicht wahr, Herr Graf Bernstorff?

Vorsitzender: Jawohl, von England.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Darüber hat Herr Graf Bernstorff keine Auskunft gegeben und auch nicht geben können, ob diese Dechiffrierung bereits im Januar 1917 stattgefunden hat und ob die Dechiffrierung so schnell gewesen ist, daß die entzifferten Telegramme nun von England weiter verwertet werden konnten. Ein unmittelbarer Beweis läßt sich deshalb daran nicht knüpfen. Aber immerhin, man wird die Vorstellung nicht ablehnen können, wenigstens nicht als unmöglich ablehnen können, daß sowohl die Kongreßbotschaft vom 22. Januar wie die Aktion des Präsidenten Wilson vom 28. Januar in Kenntnis der hier gefaßten Beschlüsse ergangen sind.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Exzellenz, ich spreche von der Zeit bis zum 9. Januar, vor der Entscheidung über den U-Boot-Krieg. Da liegen zwei Telegramme des Grafen Bernstorff vor, Wilson denke an nichts anderes als an den Frieden, er wünsche die vertrauliche Mitteilung der Friedensbedingungen und hoffe, die Friedenskonferenz herbeizuführen. Die erste Frage: Haben Sie davon der Obersten Heeresleitung Kenntnis gegeben?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Darf ich bitten, diese Depeschen zur Auffrischung meines Gedächtnisses vorzulesen!

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ja!

Zunächst vom 21. Dezember:

> Lansing gab mir vor einigen Tagen Drahtnachricht von Wilsons Friedensnote und sagte mir, Amerikanische Regierung befinde sich mehr und mehr in einer unerträglichen Lage wegen fortgesetzter Verletzung ihrer Rechte. Deswegen erhoffe sie offene Antworten von den kriegführenden Mächten über ihre Friedensbedingungen. Ich antwortete als meine persönliche Auffassung, daß dies schwer anders als auf einer Konferenz zu machen sein würde wegen der Presse usw. Lansing erwiderte, Erklärungen könnten auch vertraulich sein und allmählich zu einer Konferenz führen. Danach scheint die hier vorgetragene Ansicht richtig zu sein, daß Wilson als „Clearing House“ für die weiteren Schritte zum Frieden dienen möchte. Er hätte die hiesige öffentliche Meinung völlig hinter sich mit Ausnahme unserer ganz wilden Gegner, welche Wilsons Noten als prodeutsch bezeichnen.

Nun möchte ich das weitere Telegramm zur Kenntnis bringen — vor dem 9. Januar! Es ist vom 29. Dezember:

> House sagte mir als Wilsons Meinung, daß eine Friedenskonferenz ohne vorherige vertrauliche Verhandlungen nicht zustandekommen werde, da unsere Feinde, wie die Dinge jetzt lägen, die Einladung ablehnen beziehungsweise ihre Annahme von Bedingungen abhängig machen würden. Diese Mitteilung von House war begleitet von einer Aufforderung zu unbedingt vertraulichen Verhandlungen, von denen nur er, Wilson und ich etwas wissen sollten. Unter diesen Umständen wäre völlige Diskretion sicher, da Wilson und House beide ziemlich geschickt .... Geheimnisse zu wahren wissen.

Ich glaube nicht, daß Sie die weitere Verlesung dieses Telegramms wünschen; ich würde es aber auch weiter verlesen; aber es ist nicht wesentlich zu diesem Punkte.

Das waren die zwei Telegramme vor dem 9. Januar. Nach dem 9. Januar wiederholt sich noch intensiver die Bitte um vertrauliche Mitteilungen. Graf Bernstorff teilt mit, daß er die Ansicht weitergegeben habe, daß eine Annexion Belgiens nicht beabsichtigt sei. Von dieser Ermächtigung habe House Gebrauch gemacht; er habe gesagt, Wilson betrachte diese Äußerung der Kaiserlichen Regierung als wertvoll. Über den weiteren Verlauf der Wilsonschen Aktion könne er nichts Bestimmtes sagen, nur soviel sei sicher, daß der Präsident augenblicklich keinen anderen Gedanken habe, als Frieden zu stiften, und daß er mit äußerster Energie und allen Mitteln diese Absicht durchzuführen suchen werde. In allernächster Zeit sei eine Erklärung Wilsons in Form einer Botschaft zu erwarten. Bernstorff sagt weiter, daß anscheinend Wilson in dieser Botschaft das amerikanische Volk auffordere, ihm zu helfen, den Frieden zu erzwingen. Wenigstens seien die ersten Zeitungsartikel begrüßt worden, die in diesem Sinne gefaßt sind.

Am 19. Januar teilt Bernstorff mit, der Krieg sei unvermeidlich, wenn das beabsichtigte Vorgehen, vom 16. Januar angekündigt, ins Werk gesetzt würde. Wilson glaube, Frieden erreichen zu können auf Grund der von uns vorgeschlagenen Gleichberechtigung aller Nationen. House habe sich geäußert, daß Wilson in allernächster Zeit vorgehen wolle, da er infolge unserer Erklärung über eine künftige Friedensliga eine Friedenskonferenz für günstig halte.

Nun sagten Sie eben: „Der U-Boot-Krieg konnte unseren Ruin bedeuten." Insofern war er als verhängnisvoll zu bezeichnen. Da taucht die Frage auf: War auf Grund dieser Mitteilungen es nicht möglich, einen letzten Versuch bei Wilson zu machen: statt Krieg mit Amerika Friedensvermittlung durch Amerika? Das ist die Frage, die meines Erachtens den Kern des Problems bildet.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Das

ist eine Frage, von der ich glaube, daß ich sie in meinen bisherigen Ausführungen bereits beantwortet habe.

(Sehr richtig!)

Es werden hier die Mitteilungen des Grafen Bernstorff, seine Überzeugung davon, daß Wilson Frieden machen wolle, seine Anregung, vertraulich unsere Bedingungen mitzuteilen, als das allein Entscheidende bezeichnet. Für mich ist bezeichnend gewesen die Kollektivnote der Entente vom 30. Januar. Die Gründe dafür habe ich hier bereits weitläufig auseinandergesetzt, so daß ich sie nicht zu wiederholen brauche. Diese Kollektivnote der Entente hat mich der Aussicht beraubt, daß die Entente in absehbarer Zeit friedensbereit wäre.

Wenn ich, hiervon abgesehen, auf ein Telegramm kommen darf, das der Herr Berichterstatter hier vorgelesen hat — es ist das Telegramm vom 16. oder 17. Januar des Grafen Bernstorff, worin es heißt: Der Präsident wird demnächst wieder mit einem Friedensschritt hervortreten —, so ist dieser Schritt in der Kongreßbotschaft vom 22. Januar erfolgt, und ich habe mich bereits darüber ausgesprochen, daß ich diese Rede nicht als einen Schritt zu einem für uns akzeptablen Frieden auffaßte.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Die Frage ist noch nicht beantwortet, ob die Oberste Heeresleitung von dieser Mitteilung des Grafen Bernstorff Kenntnis erhalten hatte.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich bitte, in den Akten nachzusehen. Mein Gedächtnis reicht nicht aus, daß ich erklären könnte, ob diese Depesche mitgeteilt worden ist.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Aber es wird die Behauptung aufgestellt, daß die Oberste Heeresleitung keine Mitteilung darüber bekommen hat.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Dann bitte ich, die Behauptung abzuwarten. Mir ist es aus dem Gedächtnis unmöglich, die Sachlage festzustellen, die aber aus den Akten hervorgehen muß, die dem Ausschusse vorliegen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: War es nicht möglich, am 9. Januar durch Ausbreitung dieser Mitteilung prüfen zu lassen, ob hier nicht von anderer Seite eine Möglichkeit erblickt werden konnte, zum Frieden zu kommen?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Nein, ich kann nur wiederholen, ich hätte gegen meinen eigenen Glauben gesprochen, wenn ich am 9. Januar gesagt hätte: der U-Boot-Krieg wird nicht gemacht, ich eröffne eine Möglichkeit auf Friedensverhandlungen. Jedes Wort der Kollektivnote vom 30. Januar hätte mich in meinem Gewissen Lügen gestraft.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Dann waren Sie am 9. Januar für den U-Boot-Krieg?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich habe mich darüber ausgesprochen, (mit erhobener Stimme:) ich bitte, mich nicht zu zwingen, Sachen, über die ich mich formuliert und überlegt ausgesprochen habe, noch einmal auszusprechen, und womöglich einen Gegensatz zwischen meiner heutigen und meiner früheren Aussage herzustellen.

(Zustimmung und Bewegung.)

Vorsitzender: Ich bitte die Anwesenden, alle Äußerungen des Beifalls oder Mißfallens zurückzuhalten.

Ich habe vollständige Klarheit über das, was im Kernpunkt unserer Frage steht. Für mich ist die Sache damit vollständig erledigt.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich habe eben temperamentvoll gesprochen. Es hat mir ferngelegen, irgendwelche Vorwürfe erheben zu wollen. Ich wollte nur dem Ausschusse vorführen, in welch peinliche Lage ich versetzt bin. Ich bitte zu bedenken, ich mache meine Aussage unter Eid und stehe immer vor der Gefahr, daß mir Vorwürfe gemacht werden: „Du hast es mit Deinem Eid im Ausschuß nicht genau genommen." Ich habe keinen Argwohn, daß mir dieser Vorwurf hier gemacht wird. Er kann mir aber gemacht werden, und das ist unerträglich.

Ich meine, wenn ich nach bestem Wissen und Gewissen die Situation in ihren großen Linien klargelegt habe — und ich glaube, von mir kann kaum erwartet werden, daß ich über eine Darstellung der großen Linien hinausgehe —, dann würde ich wirklich außerordentlich dankbar sein, wenn an mich nicht Fragen wiederholt werden, von denen ich auch jetzt in meinen Ausführungen darzulegen versucht habe: ich habe sie bereits beantwortet. Wenn ich also die letzte Frage, an die sich meine, wie ich gern zugebe, etwas temperamentvolle Äußerung angeschlossen hat — wenn ich die Frage, ob von diesen einzelnen Mitteilungen des Grafen Bernstorff der Obersten Heeresleitung Kenntnis gegeben worden ist, damit beantwortet habe: das muß doch in den Akten stehen —, so ist das nur eine Feststellung tatsächlicher Verhältnisse. Ich bin heute nach drei Jahren wirklich nicht imstande, unter Eid hierüber eine bestimmte Aussage zu machen. Ich weiß sehr wohl, daß von der Obersten Heeresleitung einmal die Ansicht vertreten worden ist, sie sei über die Friedensaktion des Präsidenten Wilson nicht genau informiert worden; auf der anderen Seite ergibt sich aus Depeschen, die ich am Freitag verlesen habe, daß sie in Kenntnis gewesen ist.

Ich möchte zur Sache noch einmal hervorheben: der springende Punkt, das entscheidende Moment am 9. Januar ist für mich ge-

wesen, daß ich mit gutem Wissen und Gewissen eine zu erwartende Verhandlungsmöglichkeit nicht habe in Aussicht stellen können. Das ist Ansichtssache, außerordentlich wichtige Überzeugungssache gewesen. Aber ich bin damals der Überzeugung gewesen, und das kann ich nur heute wieder darstellen. Daß gesagt werden kann: Du dürftest nicht der Überzeugung sein, dafür scheinen mir durchschlagende Gründe nicht vorzuliegen. Wenn auch Kaiser Karl und Graf Czernin die Kollektivnote der Entente vom 30. Dezember anders aufgefaßt haben als ich, so habe ich mir schon erlaubt auszuführen, daß in der deutschen Öffentlichkeit, in den weitesten Schichten des Volkes eine Auffassung geherrscht hat, welche sich der meinen durchaus angeschlossen hat. Ich bin selbstverständlich zu jeder Auskunft, zu der mich mein Gedächtnis jetzt befähigt, bereit. Mir liegt nichts weiter am Herzen, als den Ausschuß — und das ist meine Aufgabe — zu unterstützen, die Verhältnisse aufzuklären und zur Wahrheit zu kommen. Selbstverständlich ist das mein Bestreben, weil ich der Ansicht bin, daß das deutsche Volk ein Recht darauf hat, zu wissen, wie die Sachen hergegangen sind. Ich habe aber, wie gesagt, den Eindruck, daß ich doch mit meinen Ausführungen, die ich betreffs des U-Boot-Krieges gemacht habe, alles getan habe, was in meiner Macht steht.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ich wollte nur das eine bemerken, daß es dem Untersuchungsausschuß fernliegt, Sie in Widersprüche zu verwickeln. Die Frage ist aus der allgemeinen Anschauung entstanden, daß wider Ihren Willen der U-Boot-Krieg gemacht worden sei. Die heutigen Äußerungen lassen eine andere Auffassung zu; insofern erkenne ich an, daß Sie eine Antwort gegeben haben.

Darf ich im Anschluß daran eine weitere Anfrage an Sie richten? Am 8. Januar, also vor dem 9. Januar, telegraphiert Staatssekretär Helfferich an Sie und weist darauf hin, daß der Beginn des U-Boot-Krieges am 1. Februar schädlich sei, daß gerade die Einsetzung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges zu dieser Zeit, wenn Amerika eintrete, nicht etwa England in bezug auf die Getreidezufuhr wirtschaftlich schädige, sondern im Gegenteil, daß durch Rationierung des Getreides in Amerika die Stellung Englands eine bessere werde, auch wenn 600 000 Tonnen im Monat versenkt würden. Ich wollte Sie fragen: Haben Sie von dieser Mitteilung des Staatssekretärs Gebrauch gemacht? Haben Sie diesen Standpunkt bei den entscheidenden Auseinandersetzungen am 9. Januar vertreten?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Soweit ich mich entsinne, habe ich dieses Telegramm am 9. Januar nicht verwertet. Genau kann ich es nicht sagen. Ich kann nur wiederholen, daß gegenüber der kategorischen Forderung der Obersten Heeresleitung, gegenüber der bestimmten Ansicht der Marine, daß

der U-Boot-Krieg am 1. Februar beginnen müsse, ein solcher Einwand, wie er mir durch den Herrn Staatssekretär Helfferich telegraphiert worden ist, nach meiner Überzeugung einer durchschlagenden Kraft entbehrte, daß ich, wenn ich etwas erreichen wollte, etwas Tatsächliches vorführen mußte und nicht mit Ansichten operieren konnte, denen ja wiederum die Ansichten der Marine und der Heeresleitung entgegengesetzt werden konnten.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Herr Dr. Helfferich galt doch allgemein, ohne Rücksicht auf die politische Stellung, als erste Autorität auf volkswirtschaftlichem Gebiete. Wenn ich nicht irre, sind die volkswirtschaftlichen Fragen und Gutachten von Herren behandelt worden, die, wie ich glaube, kaum gemessen werden können an dem Urteils- und Auffassungsvermögen des Staatssekretärs Dr. Helfferich. Wir werden nachher darüber sprechen, wer diese Gutachten erstattet hat. Es waren zum großen Teil keine Volkswirtschaftler. Lag es daher nicht näher, zu sagen: Diese wirtschaftlichen Anregungen, für die die Admiralität nicht zuständig war, prüfe ich selbständig nach und erkenne sie nicht an?

Vorsitzender: Ich möchte glauben, daß alle diese Bedenken — wenn ich der Antwort von Exzellenz vorgreifen darf — gegenüber der Tatsache zurücktreten, daß der Krieg die ultima ratio war, daß gegenüber der von Ihnen angenommenen festen Entschließung der Entente, die Tür des Friedens zuzuschlagen, nichts anderes übrig blieb.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Meine Auffassung ist folgende. Die Frage, ob die U-Boots-Waffe wirkungsvoll war oder nicht, war entscheidend; nicht, ob der U-Boot-Krieg das Mittel war, das man jetzt zur Hand nehmen mußte. Die Wirkung des U-Boots war ausschlaggebend, und zwar nicht die Versenkungswirkung, sondern die wirtschaftliche Wirkung und die politische Wirkung. Die Frage der Wirkung ist meines Erachtens am 9. Januar ausschlaggebend gewesen. Das ist meine Auffassung.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Der Herr Berichterstatter hat hier unzweifelhaft einen wichtigen und interessanten Punkt berührt. Es ist nur mit diesen Erwägungen, die ja unzweifelhaft manches für sich haben, am 9. Januar nichts mehr zu machen gewesen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Warum nicht, Exzellenz?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich habe mir ja bereits erlaubt auseinanderzusetzen, welches meine Stellung gegenüber der Stellungnahme der Obersten Heeresleitung war, die ihrerseits die Auffassungen der Marine ratihabiert und akzeptiert hatte. Ich bitte die Herren, zu erwägen: wenn die

Oberste Heeresleitung der innersten Überzeugung war, und zwar auf Grund der Kriegslage auf den Kriegsschauplätzen, daß wir den Krieg verlieren, wenn wir nicht den rücksichtslosen U-Boot-Krieg machen, und wenn der Reichskanzler nicht in der Lage ist, zu sagen: ich biete aber hier eine Möglichkeit, den Krieg anders wie auf dem Kriegsschauplatz zu beenden, so liegt eben eine Zwangslage vor, der gegenüber Einwürfe, daß die statistischen volkswirtschaftlichen Berechnungen des Admiralstabes nicht stichhaltig wären, keine durchschlagende Kraft mehr ausübten. Ich glaube eben, die großen Fragen, die zur Entscheidung standen, überwucherten und überschatteten diese an sich zwar bedeutungsvollen, aber in diesem Moment doch zu Nebenfragen herabgedrückten Erwägungen.

Reichsminister Dr. David: Wenn ich die Ausführungen Seiner Exzellenz des Herrn v. Bethmann richtig auffasse, so gehen sie darauf hinaus, daß er am 9. Januar seinen Widerspruch infolge der Zwangslage, in der er sich befand, aufgegeben habe; das heißt gegenüber der Machtstellung der Obersten Heeresleitung und der Marine, die erklärt hatten: ohne den U-Boot-Krieg ist der Krieg für uns nicht zu gewinnen. In dieser Zwangslage fühlte sich der Herr Reichskanzler. Wenn diese Zwangslage nicht gewesen wäre, so wäre er in der Erwägung des Für und Wider den verschärften U-Boot-Krieg auch damals noch zu dem Schlusse gekommen: das Wider ist doch gewichtiger, denn der U-Boot-Krieg wird uns die Neutralität Amerikas kosten, und mit dem Zutritt Amerikas auf die Seite unserer Feinde ist der Krieg für uns wahrscheinlich oder gewiß verloren. Die Zwangslage, in der er sich einer Macht gegenüber befand, die ihm die stärkere zu sein schien, war nach seinen neulichen Ausführungen auch damit gegeben, daß er im Parlament nicht mehr die Mehrheit für die Abweisung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges hatte, weil diese Mehrheit durch das Ins-Wanken-Kommen eines Turmes dieser Mehrheit geschwunden sei, und er nun auch da nicht mehr die Stütze gefunden habe, um gegen die Macht der Obersten Heeresleitung seine entgegengesetzte Meinung aufrechterhalten zu können. Da möchte ich mir nun die Frage erlauben: wäre es nicht möglich gewesen, diese Macht des Parlaments entschieden auf die Seite des Reichskanzlers zu bringen, und zwar geschlossen und fest gegen den rücksichtslosen U-Boot-Krieg? So war es ja ein Jahr lang gewesen. Ein Jahr lang war es dem Herrn Reichskanzler gelungen, gestützt auf eine kompakte Mehrheit des Parlaments, die gegen den rücksichtslosen U-Boot-Krieg war, die Forderungen der Obersten Heeresleitung und der Marine auf der einen Seite und der auf der gleichen Bahn marschierenden politischen Gruppen auf der andern Seite abzuweisen. Diese Mehrheit im Parlament war also stark genug gewesen, den rücksichtslosen U-Boot-Krieg bis

dahin zu verhindern, und sie wäre es, wenn sie intakt geblieben wäre, sicherlich auch weiter gewesen. War es nun nicht naheliegend für den Herrn Reichskanzler, daß er den Versuch gemacht hätte, diesen Machtfaktor durch seine Politik intakt zu erhalten, und zwar dadurch, daß er die die gleiche Politik verfolgenden Parteien, das heißt die Parteiführer, über die Situation informiert hätte?

Die Führer dieser Parteien waren nicht informiert darüber, daß die Erklärung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges mit automatischer Sicherheit die Neutralität Amerikas beseitige und Amerika auf die Seite unserer Feinde bringe. Die Führer der Parlamentsgruppen, die hier in Betracht kommen, wußten insbesondere nichts von den Mitteilungen des Grafen Bernstorff über diesen entscheidenden Punkt; sie kannten auch nicht die Telegramme des Grafen Bernstorff im Laufe des Januar. Es war in Parlamentskreisen immer noch die Meinung vorhanden: es ist doch wohl möglich, selbst wenn der rücksichtslose U-Boot-Krieg erklärt wird, Amerika neutral zu erhalten. Das war ja die Kardinalfrage, nicht das Schicksal der Friedensaktion, sondern die Frage: kann Amerika von dem Krieg ferngehalten werden? Die Einsicht, daß, wenn es zu diesem Kriege komme, der Krieg für uns verloren sein wird, das war für uns das entscheidende Moment. Ich habe die Überzeugung, daß, wenn das Parlament damals gewußt hätte, daß keine Hoffnung war, die amerikanische Neutralität zu erhalten, wenn der rücksichtslose U-Boot-Krieg erklärt wäre, dieses Parlament fest auf dem Standpunkt gestanden hätte: nein, dann werden wir das Vabanquespiel nicht machen. Meine Partei, die Sozialdemokratie, hat ja trotzdem an diesem Standpunkt festgehalten, weil sie die starke Befürchtung hatte, Amerika werde eingreifen. Einen Hoffnungsschimmer hatten aber auch wir noch, da wir nicht informiert waren über die Mitteilungen des Grafen Bernstorff. Meines Erachtens also hätte es genügt, die deutsche Volksvertretung über die ungeheure Gefahr restlos aufzuklären, die mit dem rücksichtslosen U-Boot-Krieg verbunden war, um die Parlamentsmehrheit fest zu machen und dem Reichskanzler diejenige Stütze zu geben, die er brauchte, um den rücksichtslosen U-Boot-Krieg zu verhindern; und wenn es nicht gelang, ihn definitiv zu verhindern, dann wenigstens ihn hinauszuschieben über den kritischen Zeitpunkt, das heißt bis Wilson selber gesagt hätte: meine Friedensaktion ist gescheitert am Widerstand der Entente, Deutschland war bereit. Dann wäre die Situation eine günstigere gewesen, unter Umständen, sage ich. Diese Hinausschiebung wäre sicher im Parlament beschlossen worden, und die ganze Wucht der Volksvertretung hätte dem Herrn Reichskanzler zur Verfügung gestanden, wenn er das Parlament informiert hätte. Darum richte ich an ihn die Frage: warum, aus welchen Gründen hat er nicht die Volksvertretung, soweit sie seines Wissens die

Tendenz seiner Friedenspolitik teilte, über die Situation informiert, bevor dieser verhängnisvolle Beschluß zur Ausführung kam?

Vorsitzender: Darf ich bitten, Exzellenz!

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Ich möchte zunächst bemerken, daß es mir eine nicht richtige Auffassung des Herrn Reichsministers Dr. David zu sein scheint, wenn er die Zwangslage, von der ich gesprochen habe, nur für mich gegenüber der Obersten Heeresleitung konstruiert. Ich kann ja selbstverständlich nicht für die Oberste Heeresleitung sprechen; aber ich habe die kategorische Forderung der Obersten Heeresleitung nach dem rücksichtslosen U-Boot-Krieg aus einer gewissen Zwangslage ihrer selbst gefolgert, aus der Zwangslage, die sich für die militärische Leitung daraus ergab, daß nach ihrer Auffassung eine siegreiche Beendigung des Krieges lediglich auf den Landkriegsschauplätzen ohne Hinzunahme des Hilfsmittels des U-Boot-Krieges nicht erreichbar sei. Ich möchte dies feststellen, um nicht den Eindruck zu erwecken, als ob ich allein derjenige gewesen wäre, der sich einer so schweren Entscheidung gegenübergestellt befunden hat, wie ich am 9. Januar. Mir schien es, daß auch die militärische Leitung sich vor der Beantwortung einer auch für sie schweren Frage befunden hat.

Nun fragt der Herr Reichsminister Dr. David, warum ich das Parlament nicht informiert hätte über die Gefahren des U-Boot-Krieges nach der Richtung des Kriegseintritts Amerikas. Ich habe den Eindruck, daß in der gesamten Öffentlichkeit und auch in den Parteien ein Zweifel darüber, daß der U-Boot-Krieg schließlich zum Kriegseintritt Amerikas führen würde, nicht bestanden hat.

(Sehr richtig!)

Ich habe diesen Eindruck aus denjenigen Stimmen geschöpft, welche meine Politik, die den Eintritt Amerikas in den Krieg verhindern wollte, wegen Schwäche gegen Amerika angegriffen haben. Es ist wohl von einem oder dem anderen Mitgliede der Regierung im Haushaltsausschuß die Hoffnung ausgesprochen worden: vielleicht glückt es uns doch noch, Amerika neutral zu halten; die diplomatischen Beziehungen wird es abbrechen, aber es vielleicht nicht zum Krieg kommen lassen. Ich meine aber: jeder Politiker, welcher sich an die Folgen des Lusitania- und des Sussex-Vorfalles und an die Art, wie diese Fälle erledigt worden sind, erinnert, mußte wissen, daß der rücksichtslose U-Boot-Krieg zum Kriegseintritt Amerikas führen würde; ob etwas früher oder etwas später, mochte dahingestellt bleiben. Wir haben — und das ist auch gerade von Parteigenossen des Ministers David anerkannt worden — durch die Antwort, die wir am 30. Januar auf die Depesche des Herrn Grafen Bernstorff vom 28. Januar gegeben haben, immerhin noch den Versuch gemacht, durch Form und Inhalt dieser Antwort dahin

zu wirken, daß Amerika nicht in den Krieg eintrete. Meine Hoffnungen, daß der Kriegseintritt vermeidbar wäre, sind allerdings nach meiner Einschätzung der amerikanischen Verhältnisse gering gewesen. Gegenüber der von mir nun wiederholt geschilderten Lage am 9. Januar würde ich es für ausschlaggebend nicht gehalten haben, wenn eine Mehrheit im Parlament gegen den U-Boot-Krieg vorhanden gewesen wäre.

Auf die Stellung des Parlaments habe ich in meinen Ausführungen vom vorigen Freitag Gewicht gelegt nach der Richtung hin, daß ich gesagt habe: in der Frage des rücksichtslosen U-Boot-Krieges hatte sich nicht nur ein großer Teil des Volkes, sondern auch die Majorität des Reichstages dahin entschieden, daß das ausschlaggebende Wort in der Frage des U-Boot-Krieges die militärische Leitung zu sprechen habe, und ich habe diese Stellung des Parlaments unterstrichen, um klarzulegen, daß eine bejahende Beantwortung der Frage des rücksichtslosen U-Boot-Krieges von Mächten getragen wurde, die es unmöglich machten, von diesem Kriegsmittel keinen Gebrauch zu machen, ohne in der Seele der Nation den Stachel zurückzulassen, daß ein Kriegsmittel, das die Mehrheit des Volkes und des Parlamentes, das unsere Heerführer, das unsere Marine für richtig und notwendig hielten, nicht gebraucht worden sei, weil eine zaghafte und kleinmütige Haltung der politischen Leitung im letzten Moment Widerspruch dagegen erhob. Diese moralische Seite der Frage bitte ich nicht zu unterschätzen! Sie hat bleibende Bedeutung. Die unmittelbar entscheidende ist sie nicht, aber in dieser Frage vereinigt sich ein weitverzweigter Komplex der verschiedensten Momente, von denen jedes einzelne seine besondere Wichtigkeit hat, und von denen man keines auslassen darf, wenn man zu einem richtigen Gesamturteil kommen will.

Reichsminister Dr. David: Diese moralische Seite der Sache war freilich ein sehr starker psychologischer Faktor, der ins Volk hineingeworfen werden konnte. Man hätte sagen können: Das einzige Mittel, das uns zum raschen glänzenden Sieg verholfen hätte, ist nicht benutzt worden, und die, die das verhindert haben, sind schuld daran, daß wir den glänzenden Sieg, den es uns verbürgte, nicht erlangt haben. Das wäre gewiß ein gewaltiges psychologisches Moment gewesen! Nur eine Macht war imstande, das zu tragen. Das war die Volksvertretung. Die Mehrheit der Volksvertretung konnte in einem parlamentarischen Staat, wo die Mehrheit der Volksvertretung in die Dinge eingeweiht war, die Verantwortung dafür übernehmen, wenn sie auf der andern Seite sagte: ja, aber die Anwendung dieses Mittels verbürgt nicht den sicheren Sieg, sondern es ist ein Vabanquespiel, das uns auch in das fürchterlichste Verderben führen konnte und tatsächlich ja auch geführt hat. Die einzige Macht also, die diesen psychologischen Kampf aufnehmen konnte, war die Volksvertretung, und wenn ich

heute zurückschaue, so finde ich gerade hier eine Unterlassung. Deshalb habe ich meine Frage gestellt. Kam dem Herrn Reichskanzler nicht der Gedanke, die Hilfe des Parlaments, die in ihm ruhende Macht anzurufen, um dieses Vabanquespiel zu verhindern?

Nun sagte der Herr Reichskanzler weiter: ein Zweifel daran, daß Amerika in den Krieg treten werde, wenn wir den rücksichtslosen U-Boot-Krieg erklärten, konnte doch nicht bestehen; das mußte doch jeder Politiker wissen, daß damit die Neutralität Amerikas erledigt war. Dem kann ich nicht zustimmen, und ich verweise auf die Verhandlungen, die wir in diesem Saale am 31. Januar 1917 im Hauptausschuß geführt haben, die Verhandlungen, die niemand vergessen wird, der daran teilgenommen hat, wo die Stellungnahme des Parlaments zu dem Beschluß der Obersten Heeresleitung zur Frage des rücksichtslosen U-Boot-Krieges festgestellt werden sollte. Da schien in bezug auf Amerika die Sache keineswegs entschieden. Die Hoffnung, daß Amerika aus dem Spiele bleiben werde, war ein ganz gewaltiges Moment mit, was eine gewisse Nachgiebigkeit der Parlamentsmehrheit bedingte, und diese Hoffnung wurde durch die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Zimmermann gestärkt, der uns damals die Szene schilderte, die sich zwischen ihm und dem Botschafter Gerard abgespielt habe, als er ihm die Mitteilung von dem rücksichtslosen U-Boot-Krieg gemacht habe. Da habe Gerard — so berichtete der Herr Staatssekretär Zimmermann — die Sache gar nicht tragisch aufgefaßt, und er — Zimmermann — habe ihm etwa gesagt: Nun, Herr Gerard, kann Herr Wilson ja einmal zeigen, ob er wirklich für eine Verständigung und für Deutschland einzutreten bereit ist und nun trotzdem die Neutralität aufrechterhalten wird. Da habe Herr Gerard gesagt: all right, und sei mit gar nicht irgendwelcher Erregung gegangen. Wir haben sofort damals Zweifel daran ausgesprochen, daß Herr Gerard die Sache wirklich so leicht genommen und sich so burschikos über die Sache hinweggesetzt habe. Aber das führe ich nur als ein Moment an.

Auch seitens des Herrn Reichskanzlers wurde die Hoffnung, daß Amerika aus dem Spiel bleibe, trotzdem nicht preisgegeben, und dieser Gedanke, daß die Neutralität Amerikas doch nicht ohne weiteres verloren sei, daß der Eintritt Amerikas in den Krieg nicht unbedingt die Folge sein werde, war es, der damals noch einen starken Eindruck auf die Mehrheit des Parlaments ausgeübt hat. Auf meine Partei ja nicht; meine Rede darüber zeigt ja das klar. Mir war die Wahrscheinlichkeit, daß Amerika gegen uns gehe, schon gewichtig genug, um von diesem Schritt dringendst abzuraten.

Ich kann also nicht zugeben, daß hier nicht ein Rettungsweg gewesen wäre, wenn man das Parlament mit dem ganzen Ernst über die ganze furchtbare Konsequenz dieses Beschlusses restlos aufgeklärt hätte; auch über die Unterhandlungen aufgeklärt, die

man mit Wilson geführt hatte. Auch davon wußten wir nichts. Von hier aus hätte die Macht gebildet werden können, von diesem verhängnisvollen Beschluß Abstand zu nehmen, ihn wenigstens hinauszuschieben. Die russische Revolution nahte, die ganze Situation verschob sich, und wir wären gerettet gewesen, wenn er hinausgeschoben worden wäre.

Vorsitzender: Exzellenz Zimmermann! Ich nehme an, zu einer Feststellung tatsächlicher Natur!

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Darf ich ums Wort bitten? Der Herr Reichsminister hat ja zu meinen Ausführungen noch Stellung genommen.

Vorsitzender: Ich darf vielleicht erst Exzellenz Zimmermann zu einer kurzen Bemerkung bitten!

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Ich erinnere mich sehr wohl der Worte, die ich damals im Hauptausschuß über meine Unterhaltung mit Gerard gebraucht habe. Als Gerard mich besuchte und ich ihm unsere Note übersetzte und überreichte, fragte ich ihn: „Wie meinen Sie nun, wie die Aufnahme in Washington sein wird?", und da sagte er mir: „Ich weiß nicht, was sie in Washington wollen; Sie — Sie! — mögen recht haben; I don't know, what they want in Washington, you may be all right", oder „it might be that you are all right." Ich bat ihn dann, wenn die Sache nicht günstig aufgefaßt werden sollte, doch seinen ganzen Einfluß einzusetzen, um eine gute Wendung für uns herbeizuführen, um möglichst einem Druck vorzubeugen, und da fügte er hinzu: „Certainly, I will do my best — selbstverständlich, ich will mein Bestes tun — to avoid frictions." Das waren die Worte, und in diesem Sinne habe ich im Hauptausschuß referiert. Ich habe aber, glaube ich, auch bei der Gelegenheit gesagt: das sind die Worte von Gerard; wie es werden wird, das weiß ich nicht. Denn ich hatte, glaube ich, auch schon bei jener Gelegenheit betont, daß ich über die Informationen, die der Botschafter von seiner Regierung erhielt, etwas skeptisch war. Ich glaubte, er wäre nicht sehr unterrichtet. Das hatte ich bei einem früheren Anlasse schon zum Ausdruck gebracht. Ein schlagender Beweis hierfür hatte sich ja schon früher einmal ergeben, als ich aus Anlaß der Lusitania-Affäre mit dem Botschafter Vorschläge für eine Beseitigung weiterer Friktionen mit Amerika ausgearbeitet hatte, der Botschafter diese Vorschläge sehr warm begrüßt hatte und mir erklärte: nun sind wir aus den Schwierigkeiten heraus. Er telegraphierte sie selbst — also, wie ich annahm, sehr befürwortend; denn sie waren eben im wesentlichen seine Arbeit — nach Washington, und er bekam damals eine ganz ablehnende Antwort. Es ging mir daraus schon damals hervor, daß der Botschafter sehr wenig über die Wünsche und Ansichten seiner Regierung orientiert war.

Wenn ich nun gleich in dieser Sitzung, wo ja an den Tatsachen nichts mehr zu ändern war — die Sache war abgeschlossen —, vielleicht persönlich einen optimistischen Ton angeschlagen habe oder in meiner Sprache eine optimistische Färbung habe durchblicken lassen, so änderte das an den Tatsachen nichts mehr. Es lag mir vielleicht doch nur daran, nicht schwarz in schwarz zu malen. Wir hatten den Entschluß gefaßt, den U-Boot-Krieg zu führen, und nun gleich von vornherein zu sagen: jetzt ist der Bruch mit Amerika ganz bestimmt zu erwarten, jetzt kommt der Krieg mit Amerika ganz bestimmt, das schien mir in diesem Moment nicht opportun.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. **Bethmann Hollweg:** Der Herr Reichsminister hat auch darauf Bezug genommen, ich hätte hier noch am 31. Januar die Hoffnung aufrechterhalten, daß Amerika nicht in den Krieg eintreten würde. Ich möchte da ähnliche Ausführungen machen, wie sie der Herr Staatssekretär Zimmerman eben gemacht hat. Selbst wenn ich davon überzeugt war, daß Amerika in den Krieg eintreten würde, konnte ich, wo der U-Boot-Krieg beschlossen und der Beschluß nicht mehr rückgängig zu machen war, doch unmöglich dem Hauptausschuß den Kriegseintritt Amerikas als absolut sicher hinstellen. Der Herr Reichsminister — das war die Hauptsache, weshalb ich noch einmal um das Wort gebeten habe — sagt, es wäre der Kriegseintritt Amerikas doch auch sonst nicht sicher gewesen. Ich müßte mich in meinem Gedächtnis sehr täuschen, wenn nicht in den wiederholten Verhandlungen des Hauptausschusses über den U-Boot-Krieg in seinen verschiedenen Phasen die Gründe, die gegen den U-Boot-Krieg sprachen, abgesehen von den technischen Gründen — nicht genügende Anzahl der U-Boote — von mir immer darauf erstreckt worden sind: der rücksichtslose U-Boot-Krieg stellt uns vor den Krieg mit Amerika. Ich glaube, daß mich meine Erinnerung nicht täuscht, wenn diese Seite der Sache in dem Haushaltsausschuß in den verschiedenen Phasen des U-Boot-Krieges, im Sommer 1916, ich glaube, auch im Herbst 1916, immer wieder hervorgehoben worden ist, so daß ich nicht glaube, mich nach dieser Richtung hin einer Unterlassung schuldig gemacht zu haben.

Der Herr Reichsminister hat das psychologische Moment, von dem ich gesprochen habe, anerkannt und gemeint, die Majorität des Parlaments in einem Staate mit parlamentarischer Regierung hätte das Odium tragen können, dieses psychologische Moment ignoriert zu haben. Nun, diese Voraussetzungen lagen bei uns nicht vor, und die Majorität des Parlaments hatte ja bereits deutlich gemacht, daß die Entscheidung der Obersten Heeresleitung für den U-Boot-Krieg von ihr ratihabiert werden würde. Die Entscheidung für den U-Boot-Krieg, sage ich. Ich möchte meinerseits das Wort „Vabanquespiel", das der Herr

Reichsminister gebraucht hat, nicht in den Mund nehmen. Ein „Vabanquespiel" ist meiner Überzeugung nach der Beschluß vom 9. Januar nicht gewesen. Ich habe mir bereits erlaubt, auszuführen, daß ich wohl glaube, der U-Boot-Krieg hat seine gewissen Wirkungen gehabt und hat uns dann auch einmal vor Möglichkeiten gestellt.

Abgeordneter Gothein: Exzellenz v. Bethmann haben darauf Bezug genommen, daß bis weit in die Reihen der äußersten Linken die Auffassung vertreten gewesen war, die brüske Antwort der Entente hätte die Friedenstür zugeschlagen, und haben sich zum Beweis dafür auf eine Rede des Abgeordneten Scheidemann berufen. Läßt diese Rede nicht auch die Deutung zu, daß die Mächte, die bei uns im Innern für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg waren, nunmehr durch die brüske Antwort der Entente Oberwasser bekommen hätten? Dafür dürfte doch in erster Linie die Stellungnahme sowohl der sozialdemokratischen Partei in der Sitzung des Haushaltsausschusses vom 31. Januar 1917, wie auch die Stellungnahme der Fortschrittlichen Volkspartei in derselben Sitzung sprechen.

Es kommt dabei vielleicht auch noch eins in Erwägung — ich bitte den Herrn Reichskanzler, das auch noch einmal zu prüfen —, ob nicht, nachdem der uneingeschräkte U-Boot-Krieg tatsächlich erklärt war und der Reichstag an dieser Sache nichts ändern konnte, weil die Fragen der Kriegführung nach der damaligen Rechtsordnung und Verfassung Sache des Kaisers und der Obersten Heeresleitung waren, man sich hinter die Regierung und hinter die Oberste Heeresleitung stellen wollte und hinterher eine Kritik an den getroffenen Maßnahmen nicht üben wollte. Bezüglich der Fortschrittlichen Volkspartei ist mir wenigstens bekannt, daß, nachdem sie an der Tatsache nichts mehr ändern konnte, sie nun ihrerseits nicht mehr in Opposition dagegen getreten ist.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Es ist vielleicht unvorsichtig von mir gewesen, vorhin auf die Rede des Herrn Abgeordneten Scheidemann Bezug zu nehmen, da ich selbstverständlich nicht berufen bin, eine Interpretation dessen zu geben, was der Abgeordnete Scheidemann mit seinen Worten hat sagen wollen. Es ist sehr wohl möglich, daß die Interpretation, die der Herr Abgeordnete Gothein soeben gegeben hat, die zutreffende ist; ich will selbstverständlich darüber nicht streiten.

Aber ich möchte doch noch einmal konstatieren, daß nach meinen Eindrücken — und es müßten mir Gegenbeweise geliefert werden, wenn gesagt wird, daß meine Eindrücke falsch sind — die Auffassung, daß die Kollektivnote vom 30. Dezember eine brüske und hoffnungslose Ablehnung unseres Friedensangebots gewesen ist, von der großen Mehrheit getragen war. Wenn das nicht der Fall gewesen wäre, mußte ich

doch annehmen, daß gegenüber den Äußerungen der Presse, die wohl übereinstimmend dahin gegangen sind: das ist eine brüske Ablehnung —, nun auch gewichtige Faktoren, politische Parteien, gesagt hätten: das ist ja eine ganz falsche Auffassung der Kollektivnote, sie bietet uns durchaus Verhandlungsmöglichkeiten. Soweit aber mein Gedächtnis reicht, ist das nicht geschehen. Ich kann heute doch nur hier bekunden, daß, wie sich mir heute die Sache darstellt, mein damaliger Eindruck von der Bedeutung der Kollektivnote, von ihrem Sinn, von der Mehrheit der öffentlichen Meinung und der Parteien getragen gewesen ist.

Abgeordneter **Gothein**: Darf ich dazu noch das eine bemerken: Die öffentliche Meinung hat wohl damals zweifellos die Kollektivnote der Entente als eine brüske Ablehnung angesehen, aber inzwischen war doch die Wilsonsche Friedensaktion erfolgt, und da — wie ich mich der öffentlichen Meinung in der Presse einigermaßen zu erinnern glaube — war doch in weiten Kreisen die Auffassung, daß damit eine neue Lage geschaffen wäre und daß gegenüber der Aufforderung von Amerika sich nunmehr die Ententemächte nicht mehr ablehnend verhalten dürften.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Soweit ich mich entsinne — ich kann natürlich heute nicht abschließend Auskunft darüber geben —, ist aber auch der Eindruck in den neutralen Ländern der gewesen, daß die Kollektivnote vom 30. Dezember eine hoffnungslose Ablehnung unseres Friedensangebots bedeute, und ich entsinne mich nicht, daß in neutralen Ländern behauptet worden wäre, die Antwort der Entente auf die Friedensnote von Wilson eröffnete neue Friedensmöglichkeiten. Ich entsinne mich nicht, daß das ein allgemeiner Eindruck auch nur in den neutralen Ländern gewesen wäre — einzelne Stimmen mögen in entgegengesetztem Sinne laut geworden sein.

Vorsitzender: Einige Botschaften haben jedenfalls in dem Sinne aus den neutralen Ländern berichtet, daß sie diese Note für einen Bluff hielten.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. **Sinzheimer**: Ein Bericht lag vor — es kann heute mittag festgestellt werden, von wem —, wonach man die Mutmaßung habe, daß die Schroffheit darauf zurückzuführen sei, um Deutschland zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu bekommen, weil davon die Hoffnung der Entente abhänge, Amerika auf Seite der Entente zu ziehen. — Auf der anderen Seite lag ein Bericht vor, daß die neutralen Staaten das Friedensangebot Deutschlands auf das höchste billigten, besonders deswegen, daß trotz der Ablehnung anzunehmen sei, daß die Friedensstimmung durch diese Friedensnote in den Völkern weiterwirke. Aber andere lauteten ablehnend.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Dieser letztere Punkt, den der Herr Berichterstatter soeben die Güte hatte anzuführen, ist ja eine starke Bestätigung dessen, was ich am Freitag ausgeführt habe, daß wir mit unserem Friedensangebot auf die Mentalität in den feindlichen Ländern wirken wollten, auf die Friedensströmungen in den feindlichen Ländern eine Einwirkung ausüben würden, und es interessant zu hören — es war meinem Gedächtnis entfallen, aber jetzt, wenn mir dieser Bericht hier wieder genannt wird, entsinne ich mich dessen —, daß auch dieser Eindruck in den neutralen Ländern bestanden hat.

Aber worauf es mir in dem gegenwärtigen Moment der Diskussion hier anzukommen scheint, ist ein Gegenbeweis — es ist ja natürlich nicht zu fassen in dieser Form — ein Gegenbeweis oder eine Begründung dessen, daß meine Auffassung, die Kollektivnote vom 30. Dezember hätte eine so brüske Ablehnung unseres Friedensangebots enthalten, daß auf eine kommende Verhandlungsmöglichkeit nicht gerechnet werden könnte, daß diese meine Auffassung eine durchaus abwegige gewesen ist. Aber nach der Richtung hin habe ich eigentlich eine Begründung noch nicht gehört.

Abgeordneter Gothein: Ich habe besonders Bezug genommen auf die Kongreßbotschaft des Präsidenten Wilson, und die erzeugte — ich habe insbesondere vom Inland gesprochen, nicht vom neutralen Auslande — die Meinung, auch in weiten Kreisen der Presse, daß hier die Möglichkeit gegeben sei für weitere Verhandlungen. Das lag allerdings schon nach dem 9. Januar.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Das lag weit nach dem 9. Januar. Ich habe mir erlaubt, meine Auffassung von der Kongreßbotschaft vom 22. Januar hier darzulegen, die allerdings in mancher Beziehung abweicht von der, die Herr Gothein eben zu geben scheint. Aber bei allen diesen Fragen wird es, wie ich glaube, immer auf Auffassungen ankommen, wie die eine oder die andere Stelle die politische Situation auffaßte. Ich kann ja nichts weiter tun, auch wenn diese Auffassung nicht akzeptiert wird, als hier darzulegen, von welcher Auffassung ich damals ausgegangen bin.

Abgeordneter Gothein: Exzellenz haben dann betont, daß bei den Parteien kein Zweifel darüber bestanden haben könne nach Ihren Ausführungen, daß Amerika sich nicht neutral verhalten würde, wenn wir den uneingeschränkten U-Boot-Krieg erklärten. Gewiß gebe ich zu, daß in früheren Verhandlungen von Euer Exzellenz sowohl wie von Herrn Staatssekretär Helfferich dieser Meinung Ausdruck gegeben ist, daß betont worden ist, man könne wohl leicht in einen Krieg mit den Vereinigten Staaten hineinkommen, aber man wisse nicht, wie man wieder herauskommen könne, wie man mit ihnen Frieden schließen solle. Aber später

ist dann dieser Standpunkt, wenn ich mich recht erinnere, verlassen worden, und es ist uns die Gefahr des Eintretens Amerikas in den Krieg als eine gänzlich belanglose hingestellt worden. Es ist uns ja sogar im Haushaltsausschuß gesagt worden, daß das Eintreten der Vereinigten Staaten in den Krieg militärisch gleich Null und Null zu bewerten sei. Ist Euer Exzellenz das bekannt? Danach würde also doch die Auffassung, daß die Parteien über die Gefahr genügend unterrichtet worden seien, nicht vollständig zutreffen.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Die Bedeutung des Kriegseintritts Amerikas ist ja von den verschiedenen Stellen verschieden eingeschätzt worden. Ich persönlich habe den Kriegseintritt Amerikas vielleicht ernster genommen, als es an anderen Stellen der Fall gewesen ist. Aber selbst wenn hierüber auch im Haushaltsausschuß verschiedene Ansichten geäußert sein sollten, scheint mir doch die Perspektive des Kriegseintritts Amerikas für den Fall des U-Boot-Krieges in den verschiedenen Sitzungen des Hauptausschusses so eingehend erörtert worden zu sein, daß ich mit meiner Behauptung wohl nicht zu weit gehe, wenn ich sage, diese Perspektive mußte auch nach meinen Mitteilungen im Ausschuß den Politikern im Reichstage vor Augen liegen.

Abgeordneter **Gothein:** Für mich waren diese Sachen allerdings überzeugend, aber augenscheinlich nicht für alle anderen. Nun hat Exzellenz gesagt, daß die Oberste Heeresleitung eine siegreiche Beendigung durch den Landkrieg nicht für möglich hielt und deshalb den uneingeschränkten U-Boot-Krieg forderte. Wir wissen aus den Akten, daß in den Kreisen der damaligen Obersten Heeresleitung diese Meinung bereits seit dem Januar 1916 vorhanden war. Es wäre aber doch von großem Interesse, festzustellen, seit wann zuerst diese Meinung bei der Obersten Heeresleitung vorhanden war.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Ich glaube, darüber geben auch die Akten Aufschluß, und ich habe mir in meinem Vortrag am vorigen Freitag erlaubt, auch darauf Bezug zu nehmen. Ich habe ausdrücklich die Depeschen angegeben, die der General Ludendorff Ende Dezember an mich gerichtet hat, wonach er nach seinen persönlichen Eindrücken an der Westfront sagte, der U-Boot-Krieg müsse nun gleich beginnen. Ich habe nachher auch noch weitere Depeschen in meinen Ausführungen verlesen und angegeben. Ich sehe, wie berechtigt meine ursprüngliche Ansicht war, es wäre sehr bedenklich, hier in extemporierter Rede zu wiederholen, was ich in formulierter und überlegter Weise neulich ausgeführt habe. Ich möchte auch dem Ausdruck, den ich vorhin gebraucht habe, die Oberste Heeresleitung hätte eine siegreiche Be-

endigung des Krieges auf den Landkriegsschauplätzen ohne U-Boot-Krieg nicht für möglich gehalten, hinzusetzen, daß ich nicht weiß, ob sich dieser Ausdruck ausdrücklich in den Depeschen und Äußerungen der Obersten Heeresleitung findet.

(Zurufe: Ja!)

Um nach dieser Richtung hin hier nicht etwas Falsches zu bekunden, was eventuell von der Obersten Heeresleitung mit Recht gerügt werden könnte als eine falsche Aussage, möchte ich mich nur noch auf das beziehen, was ich am vorigen Freitag bereits aus dem Wortlaut der Depeschen usw. vorgelesen habe.

Abgeordneter Gothein: Ich bemerke, daß dieser Ausdruck sich tatsächlich wiederholt findet. Aber ich habe vor allen Dingen auch darauf Bezug genommen, daß bereits seit Januar 1916 von der damaligen Obersten Heeresleitung, also dem General v. Falkenhayn, der Standpunkt vertreten wurde, daß lediglich durch den Landkrieg der Krieg nicht zu einem siegreichen Ende geführt werden könne. Augenscheinlich hat diese Auffassung aber in den Kreisen der Heeresleitung schon wesentlich früher bestanden, und ich meine, es wäre von Interesse, wann diese Überzeugung bei der Obersten Heeresleitung, also auch der, die dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg voranging, zuerst aufgetreten ist.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich möchte anheimstellen, ob man diese Frage nicht vielleicht durch Vernehmung der Mitglieder der Obersten Heeresleitung feststellen könnte. Ich kann selbstverständlich kaum Auskunft darüber geben, wann sich bei der Obersten Heeresleitung diese Überzeugung gebildet hat.

Abgeordneter Dr. Cohn: Der vierte Teil dieser Aktenstücke beginnt mit einer handschriftlichen Aufzeichnung vom 4. Januar 1916, die von Ihnen herrührt, und darin wird das schon wiedergegeben, was Herr Gothein soeben gesagt hat. Im zweiten Absatz dieser Aufzeichnung heißt es:

> Am 2. Januar hat Herr Falkenhayn auch über diese Frage eine längere Besprechung mit dem Staatssekretär Dr. Helfferich gehabt. Er hat dabei, wie mir letzterer mitteilt, etwa folgenden Standpunkt vertreten. Durch militärische Schläge der Landheere könne er den Krieg nicht zu Ende bringen. Ich und Helfferich hätten wiederholt, daß sehr viel länger als bis zum Herbst 1916 unsere finanziellen und wirtschaftlichen Kräfte nicht reichen, vielleicht auch die innere Stimmung nicht aushalten wird. Sollte der Krieg vorher beendet werden, so müßte die Marine eingreifen usw.

Im Anschluß an die Frage, die Herr Gothein gestellt hat, möchte ich die Frage doch so formulieren: Ist es Ihnen bekannt, Exzellenz, daß bereits im September, Oktober 1914 von seiten der Heeresleitung an Stellen der politischen Leitung des Reiches die Meinung ausgesprochen worden ist, mit militärischen Mitteln ist der Krieg nicht zu beenden, es müssen politische Mittel ergriffen werden? Das war nach dem Zusammenbruch an der Marne.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Das ist eine Spezialfrage, auf die zu antworten mir wirklich außerordentlich schwierig ist. Es haben über die Chancen des Krieges selbstverständlich zwischen mir und der Obersten Heeresleitung wiederholte Besprechungen stattgefunden. Welche Äußerungen da von der einen oder der anderen Seite in diesen Unterhaltungen, die sich als Gespräche mit abgewickelt haben, wo man sich gegenseitig seine Ansichten vorhält und vielleicht auch im Anfang des Gespräches andere Ansichten vertritt wie am Schluß des Gespräches, nachdem man durch andere überzeugt ist, gemacht worden sind, kann ich wirklich heute nicht reproduzieren.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Exzellenz, meine Frage war doch ganz präzis. Ich habe nicht die Frage gestellt, ob solche Gespräche stattgefunden haben, sondern ob von militärischer Seite infolge des Rückzuges von der Marne, infolge des Zusammenbruchs des Kriegsplanes im September 1914 an die politische Leitung herangetreten worden ist mit dem Ersuchen, nunmehr für die Beendigung des Krieges auf andere als auf militärische Weise Sorge zu tragen oder mit der Sorge darum zu beginnen.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Ich weiß nicht, ob die Akten hierüber Auskunft geben, daß ein derartiges Schreiben an mich von der Obersten Heeresleitung gerichtet worden sei.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Es kann auch eine mündliche Anregung gewesen sein. Die Frage geht ganz allgemein dahin, ob Ihnen darüber etwas bekannt ist, Exzellenz, daß solche Anregungen schon damals stattgefunden haben.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Mir ist es so, als ob General v. Falkenhayn und überhaupt die Oberste Heeresleitung immer den Standpunkt vertreten hat: Gewiß, unsere Flottenkräfte müssen uns helfen, damit wir den Krieg zu einem guten Ende bringen. Das ist, glaube ich, ein Gedanke, der mir sowohl vom General v. Falkenhayn wie auch später von der Obersten Heeresleitung unter dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg wiederholt ausgesprochen worden ist. Ich möchte aber annehmen, daß, wenn also eine besondere Aktion der

Flotte von der Obersten Heeresleitung für notwendig gehalten worden sein sollte, in diesem Moment zunächst ein Benehmen der Obersten Heeresleitung mit dem Admiralstab, mit der Marineleitung erfolgt wäre, da der Umweg über mich ja ein auffallender gewesen wäre, und vielleicht ergibt sich aus den Akten des Admiralstabes und der Obersten Heeresleitung nachher das Weitere. Ich bin nicht imstande, auf die durchaus präzis gestellte Frage des Herrn Dr. Cohn eine ganz präzise Antwort zu geben.

Abgeordneter Dr. Cohn: Ich befürchte, ich bin wiederum mißverstanden worden. Meine Anfrage ging nach folgender Richtung: das tertium comparationis der Lage vom September 1914 mit der vom Januar 1916, wie sie in Ihrer Niederschrift wiedergegeben ist, besteht nach meiner Frage darin, daß die Oberste Heeresleitung schon im September 1914 sich für außerstande erklärt hat, den Krieg mit militärischen Mitteln zu Ende zu führen, insbesondere unter dem Eindruck, unter dem die Heeresleitung nach dem Zusammenbruch an der Marne stand, und damals sei an die politische Leitung — das ist meine Frage — schon herangetreten worden mit der Anregung oder Frage, den Krieg auf andere Weise zu beendigen.

Vorsitzender: Herr Dr. Cohn, wir haben es aber hier nur mit der Wilsonschen Friedensvermittlung zu tun. Da ich keinen Zusammenhang erkenne, möchte ich bitten, daß, nachdem Exzellenz vielleicht jetzt eine Antwort gegeben hat, dann dieses Thema verlassen wird. Wollen Exzellenz noch einmal Antwort auf die Frage geben? Ich stelle es jedenfalls anheim.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Im Augenblick kann ich mich nicht entsinnen, daß im Herbst 1914 die Oberste Heeresleitung mit Anträgen oder Äußerungen, wie sie Herr Dr. Cohn soeben formuliert hat, an mich herangetreten sei.

Abgeordneter Dr. Schücking: Ich möchte den Herrn Reichskanzler bitten, daß er uns seine Auffassung von der Zwangslage, unter der er am 9. Januar gestanden hat, noch nach einer Richtung hin erläutert. Ich stelle mich dabei auf die Plattform des Herrn Reichskanzlers, daß er davon ausgegangen ist, auf eine amerikanische Vermittlung sei nicht mehr zu hoffen angesichts der Haltung der Entente. Dann wäre die Alternative also die gewesen: Entweder den Krieg als verloren aufzugeben oder das Experiment des unbeschränkten U-Boot-Krieges zu machen. Nun könnte ich mir denken, daß man zu dieser Frage eine verschiedenartige Haltung einnehmen könnte. Ich könnte mir denken, daß man die Haltung einnimmt: Wenn dieses Experiment auch nur wenig Prozent Wahrscheinlichkeit des Gelingens in sich birgt, es muß gemacht werden, die Ehre erfordert das, ehe wir den Krieg verloren geben. In diesem Falle wäre es allerdings, wenn der Admiralstab der Marine den U-Boot-Krieg forderte, auf die tech-

nischen Einzelheiten der Deduktion über die wirtschaftlichen Folgen der Vernichtung der englischen Schiffe weniger angekommen. Ich könnte mir aber auch eine andersartige Auffassung denken, nämlich die Auffassung, daß angesichts der ungeheuren Not, die aus dem Mißlingen des Experiments hervorgehen mußte, dieses Experiment nur gemacht werden dürfe, wenn es nach menschlicher Berechnung mindestens 50 Prozent Wahrscheinlichkeit des Gelingens in sich führte. Ich könnte mir also denken, daß diese Frage sorgfältig, nüchtern, kalkulatorisch abgewogen wäre und daß zu diesem Zwecke alle irgendwie erreichbaren Sachverständigen gefragt worden wären, die Auskunft geben könnten darüber: welche volkswirtschaftlichen Wirkungen wird denn nun die Versenkung von soundsoviel hunderttausend Tonnen Schiffe haben. Ich möchte deshalb bitten, daß der Herr Reichskanzler sich darüber äußert, ob er mehr auf dem Ehrenstandpunkt in dieser Frage gestanden hat, den Krieg unter keinen Umständen verloren zu geben, solange überhaupt noch irgendein Mittel vorhanden war, oder ob er auf dem technischen Standpunkt gestanden hat.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Ich habe auf dem Ehrenstandpunkt in dem von Herrn Professor Schücking entwickelten Sinne wohl nicht gestanden. Die Alternative habe ich doch nicht nach der allgemeinen Kriegslage am 9. Januar dahin auffassen können, daß, wenn der U-Boot-Krieg nicht beschlossen würde, eine Folge sein würde die sofortige Kapitulation, die Bitte an unsere Feinde, den Krieg einzustellen, und sich allen Bedingungen zu unterwerfen. Die Alternative hat meines Dafürhaltens nicht vorgelegen, weder nach politischem noch nach militärischem Urteil. Also den Ehrenpunkt möchte ich gern ausgeschaltet wissen bei der Frage. Allein entscheidend konnte der technische Punkt der volkswirtschaftlichen Berechnung meines Erachtens nicht sein. Ich habe damals den Eindruck gehabt, statistisch berechnen zu wollen, daß England friedensbereit gemacht wird, also gezwungen ist wegen Ernährungsschwierigkeiten usw., — ich bin immer der Ansicht gewesen, der Beweis läßt sich nicht führen. Statistisch ist uns im Laufe des Krieges in Deutschland wiederholt von einzelnen Statistikern bewiesen worden, die Ernährung in Deutschland muß zu einem bestimmten Termin aufhören. Zum Glück ist sie immer fortgesetzt worden. Aber ich bin ebenso der Ansicht, daß es unmöglich war, die absolute Erfolglosigkeit des U-Boot-Krieges statistisch nachzuweisen. Bei den Wirkungen des U-Boot-Krieges spielte doch auch die Abschreckung — sie hat nur nicht so lange vorgehalten, wie die Marine erhofft hat — eine Rolle. Es spielten die innerpolitischen Zustände in England — durch das Erschwertwerden der Ernährung, der Zufuhren usw. — auch eine Rolle. Rein mit statistischen Berechnungen ist meiner Ansicht nach weder ein pro noch ein contra zu begründen. Ich

meine eben, was ich als Zwangslage bezeichnet habe — der Ausdruck verleitet vielleicht auch zu einer nicht richtigen Vorstellung —, diese Zwangslage bestand eben darin, daß wir, wo wir keine Friedensaussichten hatten, irgend etwas machen mußten. Reinweg untätig in die Zukunft sehen und das nach militärischem Urteil bevorstehende Unterliegen im Kriege zu ertragen, wenn man gleichzeitig noch ein nicht angewandtes Kampfmittel hatte, was immerhin gewisse Aussichten auf Erfolg bot, — da mußte man dieses Kampfmittel benutzen. Man konnte es nicht abweisen. Das ist meine Stellung zur Sache am 9. Januar gewesen.

Abgeordneter Heile: Wenn man diese Fragen des Für und Wider den U-Boot-Krieg am 9. Januar betrachtet, so taucht auch die andere Frage auf: was ist denn eigentlich geschehen, um dieses Kampfmittel, das als äußerstes Notmittel angewandt werden sollte, so tauglich zu machen, daß die Chancen größer waren als die Gefahren? Da ist nun bekannt, daß, solange der Staatssekretär Tirpitz noch im Amt war, jedenfalls mehr getan worden ist in der negativen als in der positiven Richtung, um den Bau von U-Booten in ausreichendem Maße zu fördern. Es ist auch bekannt, daß unter dem Nachfolger des Herrn v. Tirpitz zum mindesten nicht in der ersten Zeit die Energie angewandt worden ist, um ein so großes Risiko, wie es da übernommen werden sollte, begreiflich erscheinen zu lassen. Es ist bekannt — damit komme ich auf das, was ich fragen wollte —, daß erst, nachdem der Staatssekretär Tirpitz gegangen war, der erste größere Auftrag für den Bau von U-Booten durch unmittelbares Eingreifen des Herrn Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg gegeben sein soll. Ich möchte nun fragen, ob die veränderte Stellung, die der damalige Reichskanzler v. Bethmann Hollweg am 9. Januar eingenommen hat, indem er da sich schließlich für den U-Boot-Krieg entschied, auch mit davon abhängig ist, daß er inzwischen zu der Überzeugung gekommen war, daß der U-Boot-Bau infolge seines Eingreifens inzwischen so sehr gefördert sei, daß die Chancen nun größer wären, als sie früher gewesen waren.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Darf ich eine ganz kurze Antwort darauf geben! Die Chancen am 9. Januar 1917 waren natürlich ganz andere wie die Chancen im März oder Juni — das sind, glaube ich, die Stichmonate — des Jahres 1916. Die Anzahl unserer U-Boote war unendlich gewachsen, auch das Nachwachsen der U-Boote war unendlich gefördert worden. Ich möchte aber glauben, daß diese Frage eigentlich nur im Zusammenhang mit einer Vernehmung der Herren vom Reichsmarineamt oder Admiralstab geklärt werden kann.

Vorsitzender: Das wird morgen der Fall sein.

Sachverständiger Dr. Schäfer: Zur sachlichen Klarstellung der Frage, die aufgeworfen ist, wieweit der Herr Reichskanzler damals Auskunft gegeben hat über die Gründe seines Widerstandes gegen den U-Boot-Krieg, will ich nur ganz kurz bemerken, daß der Herr Reichskanzler am 14. September des Jahres 1916 eine längere Unterredung mit mehreren Herren gehabt hat, zu denen ich selbst gehörte, und als Hauptgrund gegen die Führung des Unterseebootkrieges angeführt hat, er würde zweifellos zum Kriege mit Amerika führen, und Amerika würde nachher im Verein mit England uns und alle Neutralen von jeder Zufuhr ausschließen und würde dadurch die benachbarten neutralen Staaten in den Krieg gegen uns treiben. Das sind die Gründe, die damals, am 14. September 1916, der Reichskanzler angeführt hat, und ich kann mir gar nicht anders denken, daß er sonst, wenn er Gelegenheit gehabt hat, sich über diese Fragen auszusprechen, sich in diesem Sinne geäußert hat.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Ich glaube, eine Frage ist nicht an mich gerichtet worden.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Exzellenz, Ihnen ist bekannt, daß in verschiedenen Denkschriften des Admiralstabes ausdrücklich erklärt worden ist, Herr v. Holtzendorff stehe nicht an, zu erklären, daß wir, wie die Verhältnisse jetzt liegen, mit uneingeschränktem U-Boot-Krieg in fünf Monaten England zum Frieden zwingen können. Das ist das Ergebnis aller Denkschriften. Sie sind ja in großer Anzahl zustandegekommen. Diese Denkschriften, in denen ein großes wissenschaftliches Material zusammengestellt war, waren als streng geheim bezeichnet. Ist Ihnen bekannt, Exzellenz, daß diese streng geheimen Denkschriften massenhaft in die Öffentlichkeit gekommen sind, so daß das ein Beitrag dafür ist, wieso die öffentliche Meinung fest glauben konnte, es sei wissenschaftlich nachgewiesen, daß der U-Boot-Krieg siegen müsse? Sie sprechen von der Hypnose, die erzeugt worden sei durch den U-Boot-Glauben. Ist Ihnen bekannt, daß diese Denkschriften in die Bevölkerung gedrungen sind?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Ich glaube, man wird unterscheiden müssen zwischen den Denkschriften. Es sind ja verschiedene aufgestellt worden. Es ist eine Denkschrift im Frühjahr des Jahres 1916 aufgestellt worden. Die ist, soviel ich weiß, zur Kenntnis einer bestimmten Anzahl von Personen gebracht worden. Inwieweit die Denkschrift vom 22. Dezember 1916 in die Öffentlichkeit gedrungen ist, weiß ich nicht, und ich möchte auch in dieser Beziehung anheimgeben, den Admiralstab, von dem die Denkschrift ja ausgegangen ist, zu befragen, inwieweit eine Verbreitung oder eine Bekanntgabe dieser Denkschrift etwa

erfolgt ist. Ich würde keine bestimmte Auskunft darüber geben können.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Die Denkschrift vom Frühjahr 1916 ist in die Öffentlichkeit gedrungen, wie Sie auch annehmen. Ich darf bemerken, daß Sie nach den Akten damals in schärfster Weise Stellung genommen haben gegen die Veröffentlichung und Verbreitung der Denkschrift. Sie muß also in die Öffentlichkeit gedrungen und damit die „wissenschaftliche" Grundlage für die U-Boot-Hypnose sehr scharf begünstigt worden sein.

Vorsitzender: Ich habe noch eine ganz kurze Schlußfrage zu stellen. In Ihrem Telegramm, Exzellenz, das Sie Ende Januar an Graf Bernstorff gerichtet haben und in dem Sie ihn mit Informationen versehen, die bei Übergabe der Note über den verschärften U-Boot-Krieg gegenüber dem Präsidenten Wilson zum Ausdruck kommen sollten, sagen Sie wörtlich:

> Wenn sein Angebot nur wenige Tage vorher erfolgt wäre, hätten wir den Beginn des neuen U-Boot-Krieges vertagen können. Jetzt sei es hierzu trotz bester Dispositionen aus technischen Gründen leider zu spät, da umfassende militärische Vorbereitungen getroffen, die nicht mehr rückgängig zu machen, und U-Boote mit neuen Instruktionen bereits ausgelaufen seien.

Ich habe lediglich die Frage zu stellen, von wem Ihnen die Mitteilung gemacht worden ist, daß aus technischen Gründen der U-Boot-Krieg nicht mehr zurückgerufen werden könnte.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Diese Mitteilung kann mir nur gemacht sein vom Admiral v. Holtzendorff oder von Seiner Exzellenz Herrn Admiral Koch.

Vorsitzender: Das wird also in der Sitzung morgen vorkommen.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich habe in diesen ganzen U-Boot-Angelegenheiten sehr vielfach mit dem Admiral v. Holtzendorff verhandelt, in einzelnen Fällen in seiner Vertretung auch mit Exzellenz Koch. Ich kann aber im Moment nicht sagen, wer diese Erklärung abgegeben hat.

Zeuge Admiral Koch: Das muß im Hauptquartier gewesen sein!

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Also von Admiral v. Holtzendorff im Hauptquartier.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Darf ich dazu eine Frage richten? — Haben Sie sich, Exzellenz, erkundigt, mit welchen In-

struktionen die U-Boote im Hinblick auf eventuelle Benachrichtigungen von der Heimat aus hinausgegangen sind?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Nein, danach habe ich mich nicht erkundigt. Es handelte sich meiner Ansicht nach um eine rein militärische Angelegenheit, die ich meinerseits nicht verfolgen konnte.

Vorsitzender: Damit ist die Vernehmung von Exzellenz v. Bethmann beendet. Es ist nur noch eine ganz kurze Erörterung nötig, die aber, weil sie einen Neutralen betrifft, in nichtöffentlicher Sitzung geschehen muß. Ich schließe infolgedessen für diesen Schluß der Vernehmung die Öffentlichkeit aus. Ich bitte diejenigen, die nicht zum Ausschuß gehören, sich zu entfernen.

Bezüglich der weiteren Dispositionen kann ich aber noch mitteilen: es wird morgen um 10 Uhr weiter verhandelt, und zwar wird begonnen mit der Vernehmung des Herrn Admirals Koch, eventuell noch weiterer Zeugen. Ich bitte auch, daß Herr Admiral Capelle und Herr Staatssekretär Helfferich der Sitzung beiwohnen, damit eventuell ihre Vernehmung bereits stattfinden kann. Auch Herr Staatssekretär Zimmermann wird zweckmäßig der morgigen Sitzung beiwohnen.

(Schluß der öffentlichen Sitzung 1 Uhr 44 Minuten. — Es folgt eine geheime Sitzung.)

7. Sitzung des 2. Unterausschusses

Donnerstag den 6. November 1919.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 23 Minuten durch den Vorsitzenden, Abgeordneten Warmuth, eröffnet.

Vorsitzender: Ich eröffne die Sitzung. Bevor wir in die Vernehmung des Herrn Admirals Koch eintreten, möchte ich zunächst Exzellenz v. Romberg Gelegenheit geben, eine Frage an Herrn Grafen v. Bernstorff zu stellen. Bitte, Exzellenz v. Romberg!

Sachverständiger v. Romberg: Nachdem ich das Protokoll über die Vernehmung des Grafen Bernstorff eingesehen habe, der ich ja nicht beigewohnt hatte, möchte ich den Grafen Bernstorff noch um einige Erläuterungen mehr technischer Natur bitten, die, glaube ich, zur Klärung der Situation beitragen dürften.

Es fällt auf, daß in der ganzen kritischen Zeit, die wir hier behandelt haben, ganz erhebliche Differenzen in der Einschätzung wichtiger Faktoren zwischen der Botschaft in Washington und der Zentralstelle in Berlin bestanden haben, insbesondere in der Einschätzung des wichtigsten Faktors, nämlich der Persönlichkeit des Präsidenten und seiner eigentlichen Absichten. Graf Bernstorff stand und steht unbedingt auf dem Standpunkt, daß der Präsident Wilson das vollste Vertrauen verdiente und uns einen verhältnismäßig günstigen Frieden verschafft hätte. In Berlin bestand dagegen das schwerste Mißtrauen. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß zwischen der Botschaft in Washington und der Zentralstelle hier in dieser kritischen Zeit nicht immer die notwendige Verständigung bestanden hat, und daß man gewissermaßen oft genug aneinander — ich möchte sagen — vorbeitelegraphiert hat. Dieser Umstand dürfte wohl in erster Linie zurückzuführen sein auf die schwierigen Verhältnisse, in denen die Botschaft in Washington arbeitete, auf die Hemmungen und Hindernisse, die ihr in den Weg gelegt wurden. Das ist ja, glaube ich, von Exzellenz v. Bethmann auch schon flüchtig berührt worden. Diese Feststellung ist deswegen meines Erachtens wichtig, weil für diese Verhältnisse auch die amerikanische Regierung eine ganz erhebliche Verantwortung traf, die nicht imstande war, einen bei ihr akkreditierten Botschafter vor solchen Schwierigkeiten zu schützen und andererseits auch nicht in Berlin durch eine Persönlichkeit ihres Vertrauens vertreten war, die in der Lage gewesen wäre, diese Schwierigkeiten auszugleichen. Ich möchte daher den Grafen Bernstorff bitten, uns im einzelnen zu sagen, worin diese Verkehrsschwierigkeiten bestanden haben, und welche Wirkung sie auf seine Tätigkeit ausgeübt haben,

insbesondere, ob er in der Lage gewesen wäre, gelegentlich einmal nach Deutschland zu reisen oder, wenn er das nicht konnte, wenigstens Beamte der Botschaft hierher zu schicken, die in der Lage gewesen wären, sich über die Lage in Deutschland zu informieren und andererseits für seine Politik nachdrücklich bei allen maßgebenden Stellen in Deutschland zu wirken. Das ist von anderen, nicht abgeschnittenen deutschen Vertretern im Auslande wiederholt und mit Erfolg geschehen. Ich möchte ihn ferner bitten, uns zu sagen, welche Schritte er getan hat bei der amerikanischen Regierung, um diese Hemmnisse zu beseitigen, und welche Stellung die amerikanische Regierung dazu eingenommen hat.

Vorsitzender: Darf ich bitten, Exzellenz!

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Bekanntlich war das einzige Kabel, welches vor dem Kriege existierte und von uns benutzt wurde, von den Engländern bei Beginn des Krieges zerstört worden. Außerdem ist bekannt, daß die Blockade allen schriftlichen Verkehr verhinderte, indem alle Schiffe in England anlegen mußten, so daß es also immer nur ein Glückszufall war, wenn Berichte durchkamen, und daß diese chiffriert werden mußten. Sie durften auch nicht einen allzu großen Umfang annehmen, damit sie nicht auffielen. Es blieb uns also tatsächlich nur der drahtlose Verbindungsweg offen.

Die amerikanische Regierung hat sich zu Anfang des Krieges auf den Standpunkt gestellt, daß die drahtlosen Stationen vor dem Kriege nicht in vollem Betriebe gewesen wären und infolgedessen nach den Bestimmungen der Haager Konvention von uns nicht weiter betrieben werden könnten. Es kam noch hinzu, daß die Besitztitel dieser drahtlosen Stationen nicht ganz einwandfrei waren. Diese Stationen waren vor dem Kriege gemeinsam von verschiedenen Privatgesellschaften errichtet worden, und es war zum Beispiel auch französisches Kapital beteiligt. Infolgedessen haben die französischen Mitbesitzer sofort verlangt, daß diese Stationen geschlossen würden. Sie hätten leicht erreichen können, daß ein Einhaltsbefehl erlassen wurde, und dadurch wäre der ganze drahtlose Verkehr unterbrochen worden. Um dies zu vermeiden, hat die amerikanische Regierung die drahtlosen Stationen selbst in Verwaltung genommen, hat aber verlangt, daß sie Kenntnis erhielte von allen Telegrammen, die auf diesem Wege befördert wurden. Wir durften zwar chiffrieren, mußten aber die Chiffern bei der amerikanischen Regierung deponieren. Dadurch entstand das Verhältnis, daß die amerikanische Regierung den Inhalt aller unserer Depeschen kannte, die allerdings der Entente verheimlicht wurden. Ob das wirklich immer der Fall gewesen ist, könnte ich nicht beschwören. Ein persönlicher Verkehr nach Deutschland war nur möglich unter freiem Geleit, welches in den beiden Fällen dem Staatssekretär Dernburg und dem Geheimrat

Meyer-Gerhard, wie ich früher erwähnte, erteilt worden ist, aber für Mitglieder der Botschaft wäre das damals ausgeschlossen gewesen. Es bestand die Absicht, im Oktober — ich kann mich aber auch damit irren; es war wohl schon im September —, es bestand also im September die Absicht, den jetzigen Unterstaatssekretär Albert, der mit mir in voller Harmonie und vollständig gleicher Auffassung gearbeitet hat, auf dem Unterseeboot „Deutschland" nach Berlin zu schicken, damit er mündlich die ganze Situation darlegen könnte. Diese Reise ist aber leider daran gescheitert, daß seitens der Gesellschaft Schwierigkeiten gemacht worden sind und daß erklärt wurde, sie dürfte niemand mit nehmen. Wir hatten alle Vorbereitungen getroffen, daß der Unterstaatssekretär Albert reisen sollte. Die Reise ist aber auf den Einspruch des Kapitäns König, der sich auf Instruktionen aus Berlin berief, aufgegeben worden. Da müßte ich aber noch einmal genau nachfragen, weshalb die Reise unterblieben ist. Ich kann das aus dem Gedächtnis nicht so genau angeben. Jedenfalls weiß ich, daß wir die Absicht hatten, den Unterstaatssekretär Albert auf der „Deutschland" nach Berlin zu schicken, damit er die ganze Situation klarlegen könnte, und daß aus dieser Reise nichts geworden ist. Ich selbst konnte natürlich nicht abreisen, denn die Entente hätte mich unter keinen Umständen durchgelassen. Die amerikanische Regierung hat diesen Verhältnissen in gewissem Sinne Rechnung tragen wollen, indem sie erstens den amerikanischen Botschafter Gerard nach Amerika berief. Denn dieser damalige Urlaub des Botschafters Gerard ist auf Veranlassung der amerikanischen Regierung erfolgt.

Ferner hat die amerikanische Regierung während der ganzen Verhandlungen mir gestattet, chiffrierte Telegramme zu schicken, ohne daß der Inhalt derselben der amerikanischen Regierung bekannt war. Das sind die einzigen positiven Hilfen, die uns seitens der amerikanischen Regierung gegeben worden sind. Es scheint allerdings, daß nach den bisherigen Aussagen der Herren, die in Berlin waren, die Reise des Botschafters Gerard nicht den Erfolg gehabt hat, den ich erwartete, und der auch nach den Äußerungen der amerikanischen Regierung zu erwarten war. Ich weiß nicht, ob das ungefähr alles ist, wonach ich gefragt bin.

Vorsitzender: Haben Exzellenz noch eine Zusatzfrage?

Sachverständiger v. Romberg: Vielleicht dürfte ich Exzellenz Zimmermann noch fragen, wie weit hier in Berlin die Verkehrsschwierigkeiten waren. Soweit ich mich erinnere, durften die Telegramme durch die amerikanische Botschaft nur befördert werden, wenn ihr Inhalt angegeben war. Ich bin nicht genau orientiert, ich glaube, es würde auch wichtig sein, wenn wir das erfahren könnten.

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Wir haben natürlich die Verkehrsschwierigkeiten außerordentlich bedauert, und ich

persönlich habe mich häufig mit dem Botschafter Gerard darüber unterhalten, ob es nicht möglich wäre, von seiner Regierung ein weiteres Entgegenkommen in Behandlung der Beförderung unserer Korrespondenz und der Ermöglichung unseres Verkehrs mit dem Botschafter in Washington herbeizuführen. Gerard erklärte mir, daß seine Regierung die Neutralität nach außen durchaus bewahren müsse, und daß es von der Entente empfunden würde und jedenfalls von der Entente nicht unbemerkt bleiben könne, wenn wir zu häufig von dem amerikanischen Kabel Gebrauch machten. Infolgedessen waren wir verpflichtet, unsere Korrespondenz mit dem Botschafter nach Möglichkeit zu beschränken. Der funkentelegraphische Verkehr, von dem Graf Bernstorff schon berichtet hat, daß er uns freigestellt war, aber mit einer Chiffre, die den Amerikanern bekannt war, war uns natürlich nicht sehr erwünscht, schien uns vielmehr für geheime Berichte durchaus ungeeignet; denn wir hatten das Mißtrauen, daß unsere chiffrierten Telegramme doch auch sofort der Entente bekannt werden würden. Ein anderer direkter Weg zu einer Verständigung mit dem Botschafter war uns nicht geboten. Wir konnten zwar noch — das will ich bemerken — einen sehr umständlichen anderen Weg einschlagen über verschiedene neutrale Staaten, aber auch der war uns nur in äußersten Fällen möglich, und um die betreffenden Stellen, die uns in dieser Beziehung entgegenkamen, nicht zu kompromittieren, nahmen wir nur sehr selten diesen Weg in Anspruch, konnten ihn auch nur sehr selten in Anspruch nehmen.

Der persönliche Meinungsaustausch mit dem Botschafter oder die Übermittlung persönlicher Eindrücke seitens des Botschafters nach Berlin wäre uns natürlich außerordentlich erwünscht gewesen, und wir haben zu diesem Zwecke gemeinschaftlich mit dem Staatssekretär Dr. Helfferich damals sehr in Erwägung gezogen, ob nicht der Unterstaatssekretär Albert zur persönlichen Berichterstattung hierher kommen solle. Gerade Staatssekretär Helfferich war für diesen Standpunkt eingetreten, und es entsprach durchaus seinem Wunsch, auch über die wirtschaftlichen Verhältnisse in Amerika sich eingehend durch Herrn Albert unterrichten zu lassen. Aber die Gründe, weshalb es nicht zu der Reise des Unterstaatssekretärs Albert kam, hat ja der Botschafter Graf Bernstorff angedeutet. Ich glaube, es ist eben die Kompagnie, die Gesellschaft, gewesen, welche fürchtete, daß sie, wenn sie einen Passagier mitnähme, sich bei der amerikanischen Regierung Unbequemlichkeiten und Unannehmlichkeiten aussetzen könnte, und daß auf solche Weise dann die Möglichkeit, noch künftige Fahrten nach Amerika zu machen, eingeschränkt oder abgeschnitten werden könnte.

Ich glaube, das wäre das, was ich zur Sache zu sagen hätte.

Abgeordneter Dr. Schücking: Herr Graf! Nach den Gründen, die Sie uns eben entwickelt haben, aus denen eine Beschränkung

in der Benutzung der Kabel für Sie eintrat, hatten Sie keinen Grund, in dem bezüglichen Verhalten Wilsons oder des amerikanischen Staates eine unfreundliche Handlung zu sehen?

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Über die drahtlose Station ist monatelang verhandelt worden zu Anfang des Krieges, vom August 1914 bis mindestens, glaube ich, März oder April 1915, und wir haben uns immer auf den Standpunkt gestellt, daß der Standpunkt der amerikanischen Regierung falsch sei. Aber das ist eine völkerrechtliche Frage, die nicht zum Austrag gekommen ist. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß die Einschränkung falsch sei, während die amerikanische Regierung sich auf den Standpunkt stellte, daß sie nach der Haager Konvention nicht anders handeln könnte.

Sachverständiger Dr. Hoetzsch: Ist es gestattet, eine Frage wegen der Chiffres und Chiffreschlüssel hier gleich anzuschließen?

Vorsitzender: Dies scheint in den Zusammenhang zu gehören, und jedenfalls werden wir kaum später Gelegenheit haben, nochmals darauf einzugehen.

Sachverständiger Dr. Hoetzsch: Ich würde den Herrn Grafen bitten, uns einige Worte über die Verwendung der Chiffres und der Chiffreschlüssel usw. zu sagen. Es ist bekannt, daß in bezug auf den Gebrauch der Chiffres Vorwürfe erhoben worden sind. Einiges hat der Herr Graf bereits in der ersten Sitzung gesagt.

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Es ist selbstverständlich, daß unter den dargelegten Verhältnissen die Chiffres nicht so oft gewechselt worden sind, wie das unter normalen Verhältnissen geschehen wäre. Wir würden vermutlich, wenn der Verkehr nicht unterbrochen gewesen wäre, jeden Monat oder jeden zweiten Monat neue Chiffres bekommen haben, damit dieselben nicht so leicht kompromittiert würden. Soviel ich mich aus dem Gedächtnis äußern kann, haben wir nur auf den beiden Reisen der „Deutschland" neue Chiffres erhalten. Mit den vorhandenen Chiffres ist nach Möglichkeit mit Schlüsseln gearbeitet worden; ich habe aber später erfahren, wie ich schon bei meiner ersten Aussage erklärte, daß die Engländer unsere sämtlichen Telegramme dechiffriert haben.

Sachverständiger Dr. Hoetzsch: Wie ist es zu erklären, daß die Engländer in die Lage gekommen sind, eine solche Kenntnis zu erhalten?

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Ich bin nicht Chiffreexperte, aber die Chiffreexperten behaupten jetzt, daß es überhaupt keine Chiffre gibt, die sie nicht entziffern könnten. Ich weiß nicht, wie weit das richtig ist, aber jedenfalls behaupten die Experten

jetzt, daß es überhaupt keine Ciffre gäbe, die sie nicht dechiffrieren könnten, wenn sie eine genügende Anzahl von Telegrammen hätten. Und darauf hat wohl hauptsächlich dieses Ergebnis in Amerika beruht, weil wir, durch die Verhältnisse gezwungen, unendlich viel chiffriert haben und manchmal die Berichte und Telegramme in zwei- oder dreifacher Ausfertigung sandten, damit sie nur auf irgendwelche Weise nach Deutschland kämen. Infolgedessen dürften die Engländer ein ungeheures Material von unseren Chiffreberichten gehabt haben, und dadurch haben sie die Möglichkeit gehabt, sämtliche Chiffres herauszubekommen.

Sachverständiger Dr. Hoetzsch: Nach Ihrer Überzeugung ist also von Verrat oder Leichtfertigkeit keine Rede dabei gewesen?

Zeuge Botschafter Graf **v. Bernstorff**: Ich kann unter meinem Eide sagen, daß ich weder an Verrat noch an Fahrlässigkeit glaube.

Vorsitzender: Ich sehe damit diese Frage als erledigt und erschöpft an und bitte nunmehr den Herrn Admiral Koch, hervorzutreten.

Ich werde Exzellenz zunächst den Zeugeneid abnehmen.

Ihr Vorname, Exzellenz?

Zeuge Admiral **Koch**: Reinhard.

Vorsitzender: Ihr Alter?

Zeuge Admiral **Koch**: 58 Jahre.

Vorsitzender: Wünschen Sie, daß der Eid mit dem religiösen Zusatz geleistet wird?

Zeuge Admiral **Koch**: Jawohl!

Vorsitzender: Dann bitte ich die Herren, sich zu erheben.

(Zeuge Admiral Koch leistet den Zeugeneid.)

Darf ich bitten, Platz zu nehmen, Exzellenz.

Exzellenz, wir sehen, wie sich bereits seit dem Frühjahr 1916 — es haben dies die früheren Verhandlungen und auch die Verhandlungen des Unterausschusses bereits ergeben — ein starkes Drängen nach dem rücksichtslosen U-Boot-Krieg bemerkbar macht. Dieses Drängen verliert auch nicht an Kraft durch den Widerstand, der ihm von anderer Seite, von zivilen Instanzen geleistet wird. In dieser Beziehung sind sehr bezeichnend die Plesser Verhandlungen vom 31. August 1916, denen Admiral Koch auch beigewohnt haben, wie ich aus der Anwesenheitsliste ersehe. Ich werde vielleicht auch noch Gelegenheit nehmen, die damals von Admiral von Holtzendorff gemachten Aussagen hier zur Verlesung zu bringen, jedenfalls dann, wenn Exzellenz selbst wert darauf legen zur Unterstützung Ihres Gedächtnisses.

Es drängt sich nun die Auskunft, die wir von Ihnen erwarten, in die Beantwortung dreier Fragen zusammen:

1. Was bestimmte dieses Drängen nach dem rücksichtslosen U-Boot-Krieg? Welche Gesamtlage also schien dies erforderlich zu machen?
2. Was rechtfertigte die Zuversicht in die Leistung des rücksichtslosen U-Boot-Kriegs?
3. Was war die Ursache, daß dieser mit Sicherheit angenommene Erfolg ausblieb?

Wir werden uns zum Schlusse dann noch mit der Unterfrage, der allerdings sehr wichtigen Unterfrage zu beschäftigen haben: wie war technisch eine Möglichkeit gegeben, den einmal ins Leben gesetzten U-Boot-Krieg wieder rückgängig zu machen? Es behandelt das die bekannte Fristfrage, welche Ende Januar 1917 akut wurde. Wie gesagt, das wollen wir aber an den Schluß stellen. Zunächst möchte ich in der Reihenfolge der Fragen, wie ich sie an Sie gerichtet habe, um eine Beantwortung bitten.

Zeuge Admiral Koch: Meine Herren, es ist Ihnen allen bekannt, daß die englische Flotte sich von Kriegsbeginn an dauernd von den deutschen Gewässern entfernt hielt. Abgesehen von vereinzelten Vorstößen leichter Streitkräfte in die Deutsche Bucht, war vom Feinde eigentlich nichts zu sehen. Wider Erwarten verzichtete also England auf die Seeschlacht; denn es selbst konnte doch wohl nicht annehmen, daß die schwächere deutsche Flotte den Feind an seiner eigenen Küste aufsuchen und ihm unter taktisch ungünstigen Bedingungen die Schlacht anbieten würde. Wir mußten vielmehr glauben, daß das übermächtige England uns aufsuchen würde, weil die deutsche Flotte, solange sie existierte, doch immerhin eine ganz erhebliche Bedrohung darstellte. England ging auch nicht zu einer völkerrechtlichen Blockade über, in dem klaren Bewußtsein, daß es dadurch voraussichtlich einen großen Teil seiner Flotte im Blockadedienst verloren haben würde und letzten Endes doch gezwungen worden wäre, seine Schlachtflotte einzusetzen. England begnügte sich also damit, seine Kriegsschiffe vom Kriegsschauplatz zurückzuhalten und in entlegenen, sicheren Häfen aufzubewahren, Beobachter aufzustellen und statt der Blockade nach den internationalen Regeln eine Blockade durchzuführen, die jedem Völkerrecht Hohn sprach. Es sperrte mit leichteren Streitkräften und mit Hilfsschiffen aller Art die weiten Zugänge der Nordsee und des Kanals ab, mit dem Ziel, durch wirtschaftliche und physische Aushungerung des deutschen Volkes den Frieden zu erzwingen, unter gleichzeitiger Vergewaltigung der Neutralen. Auf diese Weise entstand die sogenannte Hungerblockade, die über das deutsche Volk so schwere und so entsetzliche Leiden gebracht hat. Sie war der Ausdruck der englischen Brutalität und

eine Mißachtung jeder völkerrechtlichen Regel. Fast kein einziger Paragraph des Völkerrechts und des Seerechts ist im Laufe der Zeit in Kraft geblieben. England setzte sich mit souveräner Verachtung über alles hinweg. Seit dem Herbst 1914 hatte England seine Hand an unserer Gurgel, und Deutschland war dagegen fast machtlos.

Da erstand ihm in der U-Boot-Waffe das gegebene Mittel, den Träger des gesamten englischen Wirtschaftslebens und schließlich damit auch seine politische Macht, den Träger der gesamten Kriegsführung der Entente, nämlich ihren Frachtraum, vielleicht vernichtend zu treffen. Ich glaube, ich kann hierbei eine kurze Charakteristik des U-Bootes geben. Die Stärke des U-Bootes liegt in seiner Fähigkeit, den Feind unter Wasser anzugreifen und ihn durch seine wuchtige Waffe, den Torpedo, zu vernichten. Das U-Boot ist klein und im allgemeinen handlich und unsichtbar. Seine Schwäche liegt in seiner leichten Verletzlichkeit bei der Über-Wasser-Verwendung. Die Boote sind nicht gepanzert; neuerdings hat man allerdings etwas Panzerung angebracht. Also jeder einzige Treffer kann eventuell das Boot außer Gefecht setzen und vor allem tauchunfähig machen. Aus dieser letzten Schwäche ergibt sich sofort, daß es bei der Verwendung von bewaffneten Handelsschiffen — wie es ja in diesem Kriege auf seiten der Entente dauernd geschehen ist — unmöglich war, aufzutauchen, zu versuchen — wie das normalerweise geschah —, die Flagge festzustellen und dann das Schiff einzubringen. Dem Flaggenmißbrauch war dadurch auch Tür und Tor geöffnet. Eine weitere Folge dieser Eigenschaften des U-Bootes ist, daß das U-Boot auf die Dauer nur da eine volle Wirkung erzielen kann, wo es uneingeschränkt jedes in seinem Gebiet erscheinende Fahrzeug, ohne aufzutauchen, versenken kann. Daraus ergibt sich dann wieder, daß eine unterschiedliche Behandlung der Neutralen nicht möglich ist, und infolgedessen eine Gefährdung der Beziehungen zu den Neutralen nicht ausgeschlossen sein kann.

Durch diese Eigenschaften des U-Bootes war also gewissermaßen zum ersten Male die Möglichkeit gegeben, ohne Besitz der Seeherrschaft die „Axt an die Wurzel der englischen Seemacht" zu legen. Aber dieses Machtmittel war abhängig von dem Maß der militärischen Notwendigkeit und andererseits von der Bedeutung, die man den Beziehungen zu den Neutralen beimaß. Meine Herren, in der Tat sind diese Gesichtspunkte dauernd maßgebend gewesen für den Gebrauch, den wir von dieser Waffe überhaupt gemacht haben; sie bilden eben den Schlüssel für die vielfachen Schwankungen in der Anwendung der Waffe. Im Herbst 1916, und auch schon im Laufe des Sommers 1916, war es immer klarer geworden, daß die physischen und die wirtschaftlichen Hilfsmittel Deutschlands und vor allem unserer Bundesgenossen in absehbarer Zeit durch den Erschöpfungskrieg und durch die Hungerblockade zur Neige gingen.

Die Aussicht auf eine günstige Entscheidung im Landkriege war kaum noch vorhanden. Zu einer günstigen Kriegsentscheidung blieb nur das einzige Mittel übrig, der U-Boot-Krieg, dem gegenüber die Rücksichten auf die Neutralen nach Ansicht des Admiralstabes zurücktreten mußten.

Die Denkschrift des Admiralstabes, die am 22. Dezember ins Hauptquartier ging, gibt die Ansicht des Admirals v. Holtzendorff über diesen Punkt gerade in bezug auf Amerika wieder. Es heißt dort auf Seite 32:

> Ich habe es für richtig gehalten, die Erwägungen, die für und gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg sprechen, darzulegen, auch soweit im einzelnen die Folgen einer Kriegserklärung der Vereinigten Staaten in Betracht kommen. Ich möchte mich zu der allgemeinen politischen Rückwirkung des Bruches mit der letzten noch neutralen Großmacht wenden. Sie bedeutet die völlige Absperrung der Mittelmächte vom überseeischen Verkehr, und sie wird unseren Gegnern zunächst den gesunkenen Mut von neuem stärken. Diese letzte moralische Wirkung sehe ich freilich als eine dauerhafte nicht an. Die Länge der Kriegszeit hat dazu geführt, daß solche Eindrücke moralischer Stärkung an den harten Tatsachen rasch zerschellen. Die Völker sind nüchterner geworden und sehen nur noch auf den wirklichen Verlauf des Krieges, auf das, was der militärische Erfolg, der Hunger und die finanzielle und wirtschaftliche Erschöpfung für Gegenwart und Zukunft bedeuten. Da der Krieg nur durch ein Mittel beendet werden kann, bei dem wir die Aussicht des Bruches mit den Vereinigten Staaten hinnehmen müssen, und da andererseits das Ende des Krieges im Interesse unserer Selbsterhaltung unter allen Umständen herbeigeführt werden muß, wird es richtig sein, daß wir auch die Folgen einer amerikanischen Kriegserklärung nüchtern abwägen. Uns bleibt nur die Wahl zwischen zwei Übeln. So müssen wir an Stelle des sicheren Unterganges das Übel wählen, mit dem wir uns, wenn auch ungern, abzufinden vermögen. Die Vereinigten Staaten heben durch ihren Eintritt in den Krieg mit einem Schlage die Ursachen des wirtschaftlichen Gedeihens auf, das ihnen die überragende politische Stellung, die sie jetzt einnehmen, verschafft hat. Sie stehen vor der japanischen Gefahr. Sie können weder uns entscheidend schaden noch unseren Feinden entscheidend nutzen, und das U-Boot bedroht ihren eigenen Seeverkehr, eine Gefahr, die den Amerikanern seit der Streife von „U 53" nichts Fremdes mehr ist.

„U 53" ist damals hinübergegangen, um im Handelskrieg gegen

unsere damaligen Feinde an der amerikanischen Küste vorzugehen, und es ist etwa zwei Monate in See geblieben.

> Ist England einmal niedergerungen, so wird auch mit den Vereinigten Staaten die Verständigung herbeizuführen sein, die allein ihnen die Wiederkehr wirtschaftlichen Gedeihens ermöglicht, und die ihnen politische Opfer nicht aufzuerlegen braucht. Das entscheidende Moment bleibt immer: wir können der amerikanischen Gefahr ins Auge sehen, weil wir im Interesse unserer staatlichen Existenz den Sieg, und zwar einen baldigen Sieg, erfechten müssen, um so mehr, nachdem die Antwort auf das deutsche Friedensangebot nach Form und Inhalt klargestellt hat, daß unsere Feinde es nach wie vor auf die politische Vernichtung Deutschlands abgestellt haben. Dafür, daß der U-Boot-Krieg an seinem Teil zum Siege führen wird, stehe ich ein.

Die anderen Gründe, die Admiral v. Holtzendorff veranlaßten, möglichst bald in den U-Boot-Krieg einzutreten, waren ungefähr folgende. Er sagte:

> Die Zeit arbeitet von jetzt ab gegen uns, nicht für uns. Der Krieg auf dem Lande allein durch das Heer kann nicht mehr gewonnen werden, da der Erschöpfungskrieg einen unglücklichen Ausgang vorhersehen läßt.

Außerdem verlangte die Oberste Heeresleitung die Unterstützung der Marine. Die Neigung der Entente, mit uns auf irgendeiner annehmbaren Basis zum Frieden zu kommen, war für ihn so gut wie ausgeschlossen. Den Beweis für die Richtigkeit dieser Ansicht gibt ja die Antwort der Feinde auf das Friedensangebot. Des weiteren begann auch der Chef des Admiralstabes schon in den vielfachen Besprechungen, die ich mit ihm Anfang 1916 gehabt habe, stark daran zu zweifeln, daß Wilson die ernste Absicht hatte, einen wirklich neutralen Frieden zu vermitteln. Diese seine Ansicht verstärkte sich eigentlich von Monat zu Monat.

Vorsitzender: Darf ich bei dieser Gelegenheit einmal die Frage einflechten, ob Admiral v. Holtzendorff wußte, daß die Wilsonsche Friedensaktion von Deutschland angeregt war, und daß zwischen dem 12. Dezember und dem 1. Februar noch auf Wilson in der gleichen Weise hingewirkt wurde.

Zeuge Admiral Koch: Das kann ich — ich habe mir diese Frage auch selbst vorgelegt — nicht genau beurteilen. Er ist fast die ganze Zeit im Hauptquartier gewesen und hat dort immer direkt verhandelt. Ich nehme aber wohl an — —

Vorsitzender: Sie selbst, Exzellenz, haben eine bestimmte Grundlage dafür, ob das richtig ist, nicht?

Zeuge Admiral Koch: Nein!

Vorsitzender: Sie nehmen es nur an?

Zeuge Admiral Koch: Jawohl!

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Darf ich dazu ums Wort bitten?

Vorsitzender: Bitte sehr, Exzellenz! Die Frage ist ja sehr wichtig. Sie ist gestern offen geblieben; es wäre gut, wenn sie heute eine bestimmte Beantwortung fände.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Bei den vielfachen Besprechungen, die ich mit Admiral v. Holtzendorff über die U-Boot-Frage gehabt habe, und über die Stellung Wilsons zu einem Friedensangebot, habe ich ihm wiederholt davon Mitteilung gemacht, daß wir dahin wirkten, daß Wilson einen Friedensappell machen solle. Er hat diese meine Mitteilung immer mit dem Zweifel erwidert, den auch soeben Exzellenz Koch ausgesprochen hat: wird uns aber auch Wilson einen neutralen Frieden vermitteln, den wir annehmen können? Dieser Standpunkt des Admirals ist mir durchaus bekannt gewesen. Das hat mich aber nicht davon abgehalten, zu sagen, mir wäre ein Friedensappell durch den Präsidenten Wilson nur erwünscht, und wir wirken darauf hin, daß Wilson einen solchen macht.

Vorsitzender: Im Anschluß daran möchte ich die Frage knüpfen, ob auch die Oberste Heeresleitung vollständig darüber orientiert war, daß die Wilsonsche Friedensaktion von Deutschland angeregt war und dauernd von uns auch auf dem laufenden erhalten wurde.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich möchte in dieser Beziehung, genau, wie ich es gestern getan habe, auf den Inhalt der Akten Bezug nehmen. Aus dem Inhalt der Akten wird sich ergeben, welche Mitteilungen von der politischen Leitung an die Oberste Heeresleitung über unsere Friedensschritte in Washington gemacht worden sind.

Vorsitzender: Exzellenz sehen sich also außerstande, aus eigenem Wissen eine bestimmte Antwort zu dieser Frage zu geben und verweisen allein auf die Akten?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich möchte sie hier aus dem Gedächtnis nicht geben, da die Akten darüber das Notwendige enthalten, und ich, worauf ich gestern schon hingedeutet habe, den äußersten Wert darauf legen muß, mich nicht etwa durch jetzt nach dem Gedächtnis gemachte Aussagen mit dem Inhalt der Akten in Widerspruch zu setzen, was, nachdem drei Jahre über der Angelegenheit vergangen sind, an

sich möglich wäre, indem ich die Ausdrücke gebrauche, welche mit den streng formulierten Ausdrücken der Akten nicht in Übereinstimmung stehen.

Vorsitzender: Es handelt sich aber doch bei der Sache um etwas so Markantes, daß ich wirklich glauben möchte, das Exzellenz auch darüber aus dem Gedächtnis heraus etwas Bestimmtes aussagen könnten. Die Tatsache, daß von uns aus das Wilsonsche Friedensangebot angeregt war und von uns gefördert wurde, ist etwas so Einschneidendes in der ganzen Behandlung der Friedensfrage, daß ich nicht unterdrücken kann, zu sagen, daß das doch wohl in dem Gedächtnis von Exzellenz so fest haften geblieben sein müßte, daß es jetzt noch Exzellenz möglich sein müßte, sich aus dem Gedächtnis heraus darüber zu äußern. Es ist ja möglich, daß sich ein Widerspruch zwischen dem, was Exzellenz hier aussagen, und dem, was in den Akten dann tatsächlich festgestellt wird, findet. Aber es ist andererseits ganz selbstverständlich, daß wir nur das von Ihnen hier als Antwort haben können, was Ihrem Gedächtnis gegenwärtig entspricht, so daß von Ihnen irgendwelche Bedenken, irgendwie Ihre Eidespflicht zu verletzen, in jeder Beziehung ausscheiden. Es kann für uns allein nur das vorliegen, was Ihnen gegenwärtig Ihr Gedächtnis eingibt als dasjenige, was Sie über diese damalige von uns angeregte Wilsonsche Friedensaktion wußten, und inwieweit sie der Obersten Heeresleitung und dem Admiralstab zur Kenntnis gebracht war. Ich möchte infolgedessen doch nochmals diese Frage wiederholen.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Die Ausführungen des Herrn Vorsitzenden berechtigen mich, wie ich glaube, dazu, meine prinzipielle Auffassung von der Stellung, die ich hier einnehme, und die ich bereits gestern angedeutet habe, zu widerholen. Ich bin als Auskunftsperson geladen worden und bin unter Zeugeneid vernommen worden. Ich kann meine Aufgabe nur darin erblicken, dem Ausschuß in denjenigen Fällen, wo er sich aus dem Aktenmaterial nicht über meine Stellung informieren kann, Auskunft zu geben, also eine Ergänzung des Aktenmaterials zu liefern, und zwar wird sich diese Ergänzung, wie ich annehme, vornehmlich darauf beziehen, daß ich die Motive und die Ziele meines Handelns klarlege. Nicht dagegen kann ich es als meine Aufgabe auffassen, nach meinem Gedächtnis dem Ausschuß hier eine Darstellung der Geschehnisse und Begebenheiten zu liefern, die der Ausschuß in den ihm vorliegenden Akten bereits hat. Wenn also, um hier auf den konkreten Punkt zu kommen, ich gefragt werde: in welcher Weise haben Sie nach Ihrem Gedächtnis die Oberste Heeresleitung über die Schritte informiert, die Sie in Washington behufs Herbeiführung eines Friedensappells des Präsidenten Wilson getan haben? — so würde meiner Ansicht nach die Voraussetzung die sein, daß mir von seiten des

Ausschusses vorgelegt wird: nach den Akten ergibt sich, daß Sie die Oberste Heeresleitung in der und der Weise informiert haben; aus diesem Aktenmaterial aber gehen folgende Punkte nicht klar hervor: sind Sie in der Lage, uns auf Grund Ihres Gedächtnisses über diese Punkte, über diese Lücken des Aktenmaterials Auskunft zu geben? Ich glaube, wenn die Sache so aufgezogen wird, tritt scharf ins Licht, daß ich eine Hilfsperson des Ausschusses bin, und so fasse ich meine Stellung auf. Einstweilen stehe ich noch nicht als Angeklagter hier, sondern ich stehe als Auskunftsperson und als Zeuge hier, und ich lege allerdings Wert darauf, daß in dieser Beziehung eine scharfe Scheidung gemacht wird.

Wir stehen ja in einem eigentümlichen Verfahren. Ich darf das bei dieser Gelegenheit hervorheben. Es wird hier mit meinem beeideten Zeugnis ein Tatbestand festgestellt, auf Grund dessen ich demnächst vielleicht vor dem Staatsgerichtshof als Angeklagter zu erscheinen haben werde. Das ist eine für juristische Auffassung unverständliche Konstruktion. Dieses Verhältnis wird mich selbstverständlich nicht davon abhalten, mit irgendeinem Wort meiner Aussage in der Wahrheit zurückzuhalten. Ich sehe meine Verpflichtung dahin an, hier nach meinem besten Wissen und Gewissen auszusagen, was geschehen ist. Ob sich daran ein Anklageverfahren gegen mich schließt, wird meine Sprache nicht beeinträchtigen. Das ist ausgeschlossen. Aber wenn dies der Fall ist, dann darf ich meine Bitte wiederholen: Unternehmen Sie es bitte nicht, mich zu zwingen, nach meinem Gedächtnis eine Rekonstruktion von Tatbeständen vorzunehmen, die dem Ausschuß aus den Akten schon bekannt sind, und beschränken Sie, bitte, Ihre Fragen darauf, Lücken auszufüllen, welche sich Ihnen aus den Akten ergeben. Und ich wiederhole: es wird, wie ich glaube, nach meiner Stellung als früherer Reichskanzler von mir nicht verlangt werden können, daß ich über die Einzelheiten der Ausführung von Direktiven, welche ich gegeben habe, hier Auskunft gebe. Zur Ausführung dieser Direktiven habe ich meine Mitarbeiter gehabt, habe ich die Ressorts gehabt, die mit mir gearbeitet haben und die mit mir, wie ich glaube, immer in dem vollen Einklang und in dem Wunsche gearbeitet haben, die Direktiven auszuführen, die ich gegeben habe. Selbstverständlich habe ich mich auch um die Ausführung gekümmert, und bei der Ausführung sind mir viele Schriftstücke zur Unterschrift vorgelegt worden. Aber bei der großen Komplikation dieses Weltkrieges kann ich, namentlich wenn ich heute hier vor Ihnen referiere, doch nur die großen Linien angeben, und mir scheint es: will man die ganze Situation richtig erkennen, so kommt es doch vor allem darauf an, diese großen Linien klar zu sehen, festzustellen: was hat der damalige Reichskanzler gewollt, aus welchen Gründen hat er es gewollt, und welche Mittel hat er angewandt, um seinen Willen zur Durchführung zu bringen?

Ich wiederhole: was in meiner Macht steht, das werde ich hier

aussagen, um dem Ausschuß zu einer vollen Erkenntnis der Sachlage zu verhelfen.

Ich werde soeben hier auf ein Schriftstück aus den Akten aufmerksam gemacht, das ja aber dem Ausschuß vorliegt. Da ist im vierten Teil Seite 192 ein Telegramm vom 1. Oktober an den Freiherrn v. Grünau:

> Sie wollen nachfolgendes Telegramm dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg und Abschrift davon dem Admiral v. Holtzendorff zustellen.

— Auch dem Admiral v. Holtzendorff! Damit erledigt sich auch eine Frage, die vorhin an mich gerichtet worden ist. — In diesem Telegramm heißt es:

> Graf Bernstorff ist auf persönlichen Befehl Seiner Majestät angewiesen, den Präsidenten zum Erlaß eines Friedensappells zu veranlassen.

Also die Situation ist dadurch absolut geklärt. Dieses Telegramm liegt dem Ausschusse vor. Der Ausschuß weiß: der Reichskanzler hat seinen Vertreter im Auswärtigen Amt noch am 1. Oktober beauftragt, sowohl der Obersten Heeresleitung wie dem Admiralstab noch einmal ausdrücklich die Mitteilung zu machen, daß Graf Bernstorff auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers diese Schritte in Washington täte.

Es wird mir weiter eben hier aus dem Aktenstück, zweiter Teil, ein Telegramm vom 27. November von mir an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg vorgelegt. Da heißt es:

> Präsident Wilson hat vertraulich den Grafen Bernstorff wissen lassen, daß er in der Zeit zwischen jetzt und Neujahr einen Friedensappell zu erlassen gedenke.

Am 27. November! — Am 1. Oktober hatte ich dem Generalfeldmarschall mitteilen lassen, daß der Graf Bernstorff auf Befehl des Kaisers die entsprechenden Schritte in Washington täte.

Mir scheint es, die Frage ist durch diese beiden Telegramme, die ich jetzt natürlich nur ganz bruchstückweise aus dem Inhalt der Akten hier vortragen kann, auf die ich nur ganz bruchstückweise Bezug nehmen kann, geklärt. Die Situation ist bekannt gewesen.

Nun habe ich den Eindruck: wenn der Ausschuß glaubt, daß trotz dieser Mitteilungen die Situation nicht geklärt sei, dann müssen weitere, bestimmte Fragen zur Ausfüllung der Lücken des Aktenmaterials an mich gerichtet werden. Möglicherweise werde ich daran die Bitte knüpfen, mir die Fragen formuliert mitzuteilen und mir die Zeit zu geben, die Akten daraufhin durchzuarbeiten. Möglicherweise kann ich die Frage sofort beantworten. Das ist eine Folge davon, wenn ganz spezielle Fragen an mich gerichtet werden

und man von dem allgemeinen, wie ich glaube, richtigen Grundsatz abgeht, mich nur über die großen Linien der Sache zu fragen.

Ich glaube also, erstens einmal meine prinzipielle Auffassung über meine Aufgabe hier klargelegt zu haben, und ich wäre sehr dankbar, wenn der Herr Vorsitzende konstatieren wollte, ob ich recht gehabt habe, oder die Auffassung des Ausschusses nach einer anderen Richtung geht. Im Speziellen habe ich die Frage, die der Herr Vorsitzende an mich gerichtet hat, durch die Bezugnahme auf die beiden Telegramme wohl beantwortet.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Diese Aktenmitteilungen stellen fest, was eben durch den Herrn Reichskanzler ausgeführt worden ist. Es kommt noch weiter hinzu eine Mitteilung vom 10. Dezember, die für die Kenntnis des Generals Ludendorff wertvoll ist. Hier wird ausdrücklich durch Herrn v. Holtzendorff, der nach den jetzigen Mitteilungen informiert war, daß die Friedensaktion bevorstände und von uns eingeleitet war, General Ludendorff an seine Adresse ausdrücklich mitgeteilt: „Es ist mir zweifelhaft, ob sie schon jetzt angebracht ist“ — das heißt die Zurücknahme der Erklärung Amerika gegenüber — „einmal wegen der von Amerika zu erwartenden Friedensaktion“, — dann aber aus anderen Gründen. Es geht also daraus hervor, daß General Ludendorff nach diesen Aktenfeststellungen Kenntnis davon gehabt hat, daß eine Friedensaktion unterwegs war und bevorstehe.

Aber weiterhin kommt noch eine Aktenfeststellung in Betracht. Das bezieht sich auf einen weiteren Zeitpunkt. Nach den Admiralitätsakten wird am 25. Januar 1917 General Ludendorff ein wichtiges Telegramm vom Grafen Bernstorff in der Friedensfrage durch Herrn Staatssekretär Zimmermann mitgeteilt. wo es heißt, es bestehe Aussicht, daß Wilson seine Friedensbemühungen verdoppeln würde. Daß also damals Friedensbemühungen Wilsons schwebten und in Aussicht ständen, ist General Ludendorff nach den Akten mitgeteilt worden.

Aber es bleibt eine Frage zur Ergänzung der Aktenfeststellungen, Exzellenz, und das ist die Frage, die ich mir gestern schon zu stellen erlaubt habe. Es fragt sich nämlich, ob in der kritischen Zeit, als die Vorbereitungen getroffen wurden, den unbeschränkten U-Boot-Krieg zu eröffnen, also in der Zeit etwa vom 26. Dezember bis 9. Januar, von den meines Erachtens wichtigen Telegrammen des Grafen Bernstorff, daß Wilson die Friedensaktion fortsetzen wolle und um vertrauliche Mitteilungen der Friedensbedingungen bitte, der Obersten Heeresleitung und dem Admiralstab Mitteilung gemacht ist. Darüber ergibt sich nichts aus den Akten. Deswegen glaube ich, daß zu dieser Ergänzung, wenn es möglich wäre, aus dem Gedächtnis eine Antwort zu geben, eine Antwort von Exzellenz wertvoll wäre.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Es wird also jetzt die Frage speziell auf den Punkt gelenkt, ob in der Zeit zwischen dem 26. Dezember und 9. Januar der Obersten Heeresleitung und dem Admiralstabe von den Depeschen des Grafen Bernstorff Mitteilung gemacht worden sei, wenn ich richtig verstanden habe. Ich darf weiter annehmen, daß nach dem Ausspruche — ich war nicht in der Lage, jedes Wort ganz genau zu verstehen — die Akten keinen Aufschluß darüber geben, ob Mitteilungen über diese Depeschen erfolgt sind.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer:** Jawohl!

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Nach meinem Gedächtnis kann ich nur sagen, daß, was die Oberste Heeresleitung anbelangt, ich hiernach nicht annehmen kann, daß der Inhalt der Depeschen wörtlich oder auch nur ihrem vollkommenen Inhalt nach der Obersten Heeresleitung mitgeteilt worden sei. Ich habe, soviel ich mich entsinne, in der Zeit zwischen dem 26. Dezember und 9. Januar nur einmal mit der Obersten Heeresleitung mündlich konferiert; soweit ich mich entsinne, es kann auch mehrmals gewesen sein; am 29. Dezember jedenfalls. Ich glaube nicht, daß bei dieser Gelegenheit, am 29. Dezember, diese Frage berührt worden ist. Etwas Bestimmtes bin ich heute nicht in der Lage anzugeben. Ich weiß nicht, wo sich in der Zeit zwischen dem 26. Dezember und dem 9. Januar der Admiral v. Holtzendorff aufgehalten hat, ob er in Berlin gewesen ist; ich glaube, er war in Berlin.

(Zeuge Admiral Koch: Jawohl!)

Ich habe damals wiederholt Rücksprache mit ihm über den U-Boot-Krieg und die bevorstehenden Beschlüsse gehabt. Daß ich dem Admiral v. Holtzendorff von dem allgemeinen Inhalt der Depeschen des Grafen Bernstorff Mitteilung gemacht habe, ist mir nach dem persönlichen Verhältnis, in dem ich zum Admiral v. Holtzendorff gestanden habe, wahrscheinlich. Etwas Näheres kann ich nicht aussagen.

Zeuge Staatssekretär a. D. **Zimmermann:** Darf ich zur Ergänzung noch folgendes bemerken. Ich habe selbstverständlich alle diese T e l e g r a m m e, die hier eingegangen sind, sofort eingehend und nachdrücklichst dem Admiral v. Holtzendorff gegenüber verwertet. Es geht aus der ersten Mitteilung, die auf Seite 10 dieses Druckheftes enthalten ist, schon hervor:

> Eurer Exzellenz beehre ich mich in Beziehung auf unsere soeben stattgehabte Aussprache die Antwort des Kaiserlichen Botschafters in Washington auf unsere Instruktion ganz ergebenst zu übersenden.

Ich hatte, als dieses Telegramm aus Washington einging und mir vom Chiffrierbureau zunächst in einer nicht formellen und guten Ausarbeitung vorgelegt war — —

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Von welchem Datum ist dieses Telegramm?

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Vom 22. Januar.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Das ist nicht die kritische Zeit!

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Ach so, die Zeit vorher.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Sie teilen etwas ganz anderes mit, die Instruktion für den U-Boot-Krieg.

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Jawohl! Was die Zeit vorher anbetrifft, so möchte ich nur bemerken, daß, wenn aus den Akten nicht hervorgeht, daß die Telegramme der Obersten Heeresleitung gegenüber verwertet worden sind, ich keinen Zweifel habe, daß ich alle diese Nachrichten, die aus Washington eingingen, sehr eingehend telephonisch mit meinem Vertreter im Hauptquartier, dem Freiherrn v. Grünau, erörtert und ihm selbstverständlich diese Mitteilungen doch nur gemacht habe, damit er sie der Obersten Heeresleitung und dem Kaiser gegenüber verwerte. Fast täglich habe ich mit meinem Vertreter Herrn v. Grünau telephoniert, und alles und jedes, was einging, wurde von mir im Hauptquartier verwertet. Ich habe es natürlich nicht zur persönlichen Information des Herrn v. Grünau, sondern zu dem Zweck mitgeteilt, daß er es, wie ich schon sagte, dem Kaiser und der Obersten Heeresleitung und dem Admiralstabschef, falls er dort war, gegenüber verwertete. Das ist ganz selbstverständlich.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Darf ich dazu eine Frage an Exzellenz Bethmann richten. Dürfen wir annehmen, daß dem Kaiser Mitteilung gemacht worden ist von jenen Telegrammen Bernstorffs, insbesondere vor Ihrem Vortrag am 9. Januar?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Von welchen Telegrammen?

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Von den Telegrammen, die ich gestern verlesen habe.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Die Hergänge sind im allgemeinen so gewesen, und ich glaube, der Herr Staatssekretär des Auswärtigen, in dessen Geschäftsbereich ja diese Seite der Sache fällt, wird es bestätigen. Es sind von den eingehenden Telegrammen eine große Anzahl nach dem Haupt-

quartier gegangen, um Seiner Majestät dem Kaiser im Wortlaut vorgelegt zu werden. Ein anderer Teil eingehender Nachrichten ist, wenn ich nicht im Hauptquartier war, in welchem Falle ich dem Kaiser mündlich von den eingehenden Telegrammen Kenntnis gegeben habe — ein anderer Teil der eingehenden Telegramme ist, wie der Herr Staatssekretär Zimmermann soeben bekundet hat, von ihm — es waren ja Telegramme, die beim Auswärtigen Amt einliefen — mit seinem Vertreter im Großen Hauptquartier, der zugleich auch mein Vertreter war, mit dem Freiherrn v. Grünau, telephonisch besprochen worden, selbstverständlich immer mit dem generellen Auftrag, den Inhalt dieser Telegramme auch dem Kaiser gegenüber, soweit es sich um dezisive, wichtige Angelegenheiten handelte, zu verwerten.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ich habe dazu zu bemerken: Es finden sich in den Akten verschiedene Mitteilungen über solche telephonische Gespräche und Rückantworten des Herrn v. Grünau über die Verwendung dieser Gespräche. Aber aus den Akten findet sich keine Mitteilung aus dieser Zeit. Ich weiß nicht, ob Exzellenz Zimmermann mit Bestimmtheit behaupten kann, daß über den Inhalt dieses Telegrammwechsels die entsprechenden Mitteilungen — telegraphisch sind sie nicht übermittelt worden — telephonisch erfolgt sind.

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Meines Erachtens sind sie telephonisch übermittelt worden. Ich kann natürlich nicht genau angeben, daß es gerade diese Telegramme gewesen sind. Ich nehme aber mit Rücksicht auf die Bedeutung dieser Telegramme an, daß ich sie mitgeteilt habe. Ich hatte nicht die leiseste Veranlassung, derartige wichtige Nachrichten zurückzuhalten, im Gegenteil, die Stellen, die da beteiligt waren, mußten meines Erachtens von dieser Sache unter allen Umständen unterrichtet werden.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Exzellenz, Sie haben auch wohl dieselben Mitteilungen weiter telephoniert nach Wien. Da findet sich nämlich Verschiedenes. Haben Sie dieselben telephonischen Gespräche wie mit Herrn v. Grünau auch mit Wedel geführt?

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Gewiß, mit Wedel habe ich auch ständig telephoniert.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Dann muß ich Ihnen ein Telegramm vorhalten, das Wedel am 26. Dezember aufgegeben hat, und das in diesem Zusammenhang doch von Bedeutung ist. Da berichtet Wedel folgendes:

> Habe auf Grund gestrigen Telephongesprächs gegenüber Czernin gesagt, ein Telegramm aus Washington deutete darauf hin, daß Wilson anstrebte, Konferenz zu verhindern

> und Friedensaktion an sich zu reißen; um so wichtiger sei vollkommene Übereinstimmung Vorgehens unsererseits.

Das Telegramm, das angeblich die Konferenz verhindern soll, ist vom 25. Dezember und hat diesen Inhalt nicht, sondern den gegenteiligen Inhalt, nämlich da telegraphiert der Botschafter von Washington:

> Lansing gab mir vor einigen Tagen Drahtnachricht von Wilsons Friedensnote und sagte mir, amerikanische Regierung befindet sich mehr und mehr in einer unerträglichen Lage wegen fortgesetzter Verletzung ihrer Rechte. Deshalb erhoffe sie offene Antworten von den kriegführenden Mächten über ihre Friedensbedingungen usw.

Woraus entnahmen Sie die Auffassung — wir haben ja jetzt alle Telegramme des Grafen Bernstorff gehört —, daß Wilson sich bestrebte, die Konferenz zu verhindern, während doch festgestellt war aus dem Telegrammwechsel, daß er sich nicht einmischen wollte in die unmittelbaren Friedensverhandlungen, daß er keine Vermittlungsvorschläge machen, daß er nur beteiligt sein wollte an der weiteren Friedenskonferenz über die internationalen Fragen. Also wenn diese Information auch weitergegeben worden ist an Herrn v. Grünau, dann ist meines Erachtens eine mißverständliche Information weitergegeben, die allerdings sehr gefährlich sein konnte.

Zeuge Staatssekretär a. D. **Zimmermann**: Ich habe es aus diesen Worten des Grafen Bernstorff herausgelesen. Der Graf sagt:

> „Ich antwortete als meine persönliche Auffassung, daß dies schwer anders als auf einer Konferenz zu machen sein würde wegen der Presse usw. Lansing erwiderte, Erklärungen könnten auch vertraulich sein und allmählich zu einer Konferenz führen. Danach scheint die hier verbreitete Ansicht richtig zu sein, daß Wilson als „Clearing House“ zum Frieden dienen möchte. Er hat die hiesige öffentliche Meinung völlig hinter sich mit Ausnahme unserer ganz wilden Gegner.“

Wir wollten schnell zu einer Konferenz mit unseren Feinden kommen, und wir wünschten nicht ein Clearing House, in dem Wilson sich über unsere Friedensbedingungen mit unseren Feinden unterhielt und, wie wir fürchteten, allmählich sich auf den Standpunkt der Feinde stellen und den Standpunkt der Feinde uns gegenüber mit dem ganzen Schwergewicht, das er als Präsident der Vereinigten Staaten hatte, vertreten würde. Das war unsere Sorge. Deshalb kein Clearing House, deshalb direkte Konferenz mit unseren Feinden, und zu dieser Konferenz wollten wir unsere Friedensbedingungen mitbringen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Haben Sie damals mit General Ludendorff gesprochen?

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Das weiß ich beim besten Willen nicht.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Denn General Ludendorff hat in jener Zeit folgendes an den König der Hellenen telegraphiert:

„Trotz aller Friedensschalmeien wird der Krieg mit allen Mitteln weitergeführt."

Das war am 25. Dezember. Also scheint die Absicht der Obersten Heeresleitung gewesen zu sein — allerdings muß das durch Vernehmung festgestellt werden —, auf Wilsons Friedensaktion nicht mehr weiter zu bestehen, sie durch unser Friedensangebot als erledigt anzusehen.

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Ich besinne mich nicht, daß ich damals eine Unterredung gehabt habe. Ich war in Berlin und glaube nicht, daß General Ludendorff damals hier gewesen ist.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Die Akten werden ergeben, daß die Skepsis der Obersten Heeresleitung in die Persönlichkeit und in die Politik des Präsidenten Wilson ganz ungeheuer gewesen ist und meine eigene Skepsis noch weit überschritten hat. Aus dieser Skepsis in Verbindung mit den Äußerungen der feindlichen Staatsmänner auf unser Friedensangebot noch vor Beantwortung durch die Kollektivnote nehme ich an, daß der General Ludendorff zu Telegrammen gekommen ist, wie soeben von dem Herrn Berichterstatter eines verlesen worden ist, und ich nehme an, daß die Kenntnis davon, daß Präsident Wilson immer weiter vermitteln wolle, wie es in den Depeschen heißt, auf die Gesamtauffassung des Generals Ludendorff keinen Einfluß hätte ausüben können, weil er aus der Skepsis und aus der Haltung der Entente diese Auffassung der Sachlage vertrat.

Ich möchte aber ganz unmaßgeblich glauben, daß dieser ganze Punkt doch erst verhandelt werden kann, wenn ein Vertreter der Obersten Heeresleitung von dem Ausschuß gehört sein wird, und sich da gewisse Differenzen etwa ergeben sollten, die dann nachher durch beiderseitige Erklärungen klarzustellen sein möchten. Ich fürchte, wir ergehen uns hier in Vermutungen über das, was die Oberste Heeresleitung geglaubt haben sollte, ohne daß diese selber bisher zum Worte gekommen ist, was mir doch eine große Hauptsache zu sein scheint, um die ganze Situation klarzustellen.

Vorsitzender: Es ist auch meine Auffassung, daß es besser wäre, wenn wir vor der eigentlichen Vernehmung des Generals Luden-

dorff, die am 14. in Aussicht steht, jetzt diese Frage nicht weiter berühren. Ich möchte deshalb hören, ob die Herren verzichten.

(Zustimmung.)

Abgeordneter Dr. Cohn: An Herrn Staatssekretär Zimmermann möchte ich die Frage richten: Hatten Sie in jener Zeit außer den Berichten des Herrn Botschafters noch eine andere Informationsquelle in Amerika, insbesondere etwa einen Briefwechsel mit dem Generalkonsul?

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Persönlichen Briefwechsel mit dem Generalkonsul hatte ich nicht. Aber es gingen mir allerdings Nachrichten seitens des Generalkonsuls zu. Sie waren an einen Beamten des Auswärtigen Amts gerichtet, und dieser Beamte machte sie mir zugänglich.

Abgeordneter Dr. Cohn: Das war ein politischer Briefwechsel, wie ich annehme?

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Es waren politische Nachrichten.

Abgeordneter Dr. Cohn: Hatten diese Informationen durch den Herrn Generalkonsul in New York im allgemeinen eine andere Linie als die Politik, die Graf Bernstorff Ihnen gegenüber empfahl und vertrat?

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Gewiß, das hatten sie.

Abgeordneter Dr. Cohn: Und welche Linie war das?

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Soweit ich mich erinnere, war der Präsident Wilson in diesen Berichten allerdings anders beurteilt, als Graf Bernstorff ihn beurteilt hat, und es wurde in dem Berichte darauf hingewiesen — soweit ich mich erinnere —, daß die Ansicht, die der Berichterstatter vertrat, von dem größten Teil der deutschen Kolonie in New York geteilt würde, insbesondere daß die ungünstige Meinung über den Präsidenten Wilson geteilt würde.

Abgeordneter Dr. Cohn: Der Inhalt dieser Berichte würde sich also dahin kennzeichnen lassen, wenn ich Sie recht verstehe, daß sie geeignet waren, die Skepsis, die bei manchen Stellen in Deutschland über die Absichten des Präsidenten Wilson bestand, zu verstärken?

Zeuge Staatssekretär a. D. Zimmermann: Zweifellos!

Abgeordneter Dr. Cohn: Haben Sie auch von dem Inhalt dieser Berichte in Ihren Gesprächen erstens mit dem Herrn Reichs-

kanzler, zweitens mit Vertretern der obersten Heeres- und Marinestellen Gebrauch gemacht?

Zeuge Staatssekretär a. D. **Zimmermann:** Ich habe dem Herrn Reichskanzler gegenüber die Berichte erörtert; der Obersten Heeresleitung und dem Admiralstab gegenüber, glaube ich nicht; jedenfalls entsinne ich mich dessen nicht. Ich habe die Berichte nur flüchtig durchgelesen und dann dem betreffenden Herrn zurückgegeben. Ich glaube nicht, daß ich sie zu den Akten geschrieben habe. Da sie nicht amtliche Berichte waren, sondern Berichte, die der betreffende Herr an einen Kollegen, wenn ich so sagen darf, im Auswärtigen Amt gerichtet hatte, habe ich sie nicht zu den Akten schreiben wollen.

Abg. Dr. **Cohn:** Enthielten nun diese Berichte vielleicht noch etwas anderes, nämlich etwa eine Vermutung darüber, daß Amerika unter keinen Umständen mit Deutschland in den Krieg gehen würde, gleichviel was Deutschland tun würde?

Zeuge Staatssekretär a. D. **Zimmermann:** Darauf kann ich mich leider nicht besinnen, das weiß ich nicht. Vielleicht liegen die Berichte doch in den Akten vor.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer:** Es sind sehr viele da.

Abg. Dr. **Cohn:** Dem Ausschuß liegen sie nicht vor.

Zeuge Staatssekretär a. D. **Zimmermann:** Wenn Sie sie mir einmal zeigen wollten, wäre ich dankbar. Ich habe damals meines Wissens die Berichte nicht zu den Akten persönlich geschrieben. Wenn Sie es wissen, dann dürfen Sie mir nicht solche Fragen vorlegen. Sie führen mich da womöglich auf einen Meineid. Mir liegt es vollständig fern, etwas zu verheimlichen; was geschehen ist, das betone ich.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Es war kein Anlaß, mir das zu unterstellen, und ich bemerke eben ausdrücklich, daß dem Ausschuß diese Berichte nicht vorliegen. Es ist denkbar, daß der Herr Berichterstatter Einblick in diese Dinge getan hat; aber dem Ausschuß liegt in den Heften mit Aktenauszügen nichts vor.

Vorsitzender: Ich kann das nur bestätigen.

Reichsminister Dr. **David:** Ich möchte den Herrn Staatssekretär Zimmermann fragen, ob diese Berichte mit dahin gewirkt haben, daß er persönlich schon am 28. Dezember zu dem Entschluß gekommen ist, der rücksichtslose U-Boot-Krieg sei möglichst bald, womöglich schon am 2. Januar zu eröffnen.

Zeuge Staatssekretär a. D. **Zimmermann:** Ich bitte, den Herrn Reichsminister Dr. David darauf aufmerksam machen zu

dürfen, daß es sich bei dieser Sache nicht um den rücksichtslosen U-Boot-Krieg handelte, sondern um den U-Boot-Krieg gegen bewaffnete Handelsschiffe, und für diesen Kampf gegen die bewaffneten Handelsschiffe bin ich allerdings eingetreten. Ich hatte oft Unterredungen mit dem Admiral v. Holtzendorff gerade in jener kritischen Zeit, und mein begreiflicher Wunsch war es, den rücksichtslosen U-Boot-Krieg zu vermeiden. Der Admiral v. Holtzendorff — dessen erinnere ich mich auch sehr wohl — hatte mir gesagt: wenn ich nur das Recht bekomme, gegen die bewaffneten Handelsschiffe rücksichtslos vorzugehen, so genügt mir das. Infolgedessen habe ich im Auswärtigen Amt eine sehr eingehende Denkschrift über die Frage der bewaffneten Handelsschiffe aufstellen lassen, und ich glaubte, daß gerade die Gesichtspunkte, die wir in dieser Denkschrift vertraten, in Amerika Verständnis begegnen könnten. Ich erinnere daran, daß im Januar 1916 —, ich glaube, es war am 18. Januar 1916 — der Staatssekretär Lansing eine sehr bemerkenswerte und vielbemerkte Mitteilung an die Kriegführenden gerichtet hat, in der er diese Frage der bewaffneten Handelsschiffe eingehend erörterte und sich im wesentlichen auf den Standpunkt stellte, daß Handelsschiffe, die bewaffnet wären, allerdings als Kreuzer betrachtet werden dürften, und daß, falls unsere Feinde sich diesem Standpunkt nicht anschlössen, die Regierung der Vereinigten Staaten doch in Erwägung ziehen müsse, ihre zuständigen Stellen auf diesen ihren Standpunkt hinzuweisen, das heißt also, daß solche Schiffe, falls sie in amerikanischen Häfen waren, den Vorschriften für Kriegsschiffe unterlagen. Er hatte ausdrücklich, soweit ich mich erinnere, in jenen Ausführungen auch darauf hingewiesen, daß diese bewaffneten Handelsschiffe doch eine große Bedrohung für die leichten Unterseeboote bilden.

Diese Erwägungen veranlaßten mich zu der Annahme, daß bei der Regierung der Vereinigten Staaten für diesen Standpunkt, in der Frage der bewaffneten Handelsschiffe, den wir nun genau präzisierten, wohl Verständnis zu finden sein würde. Es kam hinzu, daß wir in dieser Denkschrift in der Lage waren, auf eine ganze Reihe von Verfügungen, namentlich auf eine Konferenz hinzuweisen, die englische Staatsmänner unter Vorsitz, glaube ich, des Admirals Jellicoe über die Bewaffnung der Handelsschiffe gehabt hatten. In dieser Konferenz war ausdrücklich gesagt worden, sämtliche Handelsschiffe sollten bewaffnet werden, und es waren eingehende Vorschriften darüber gegeben worden, wie sich diese Handelsschiffe im Falle eines Zusammentreffens mit U-Booten zu verhalten haben; genaue Vorschriften, aus denen wir ohne weiteres entnehmen mußten, daß den Schiffen sofort der Angriff vorgeschrieben sei. Diese Denkschrift ist von dem damaligen Direktor im Auswärtigen Amt Exzellenz Kriege ausgearbeitet worden, außerordentlich gewissenhaft und sehr eingehend, und

unser Standpunkt war meines Erachtens überzeugend in dieser Denkschrift vertreten. So hoffte ich, daß, wenn diese Denkschrift in Amerika dem Staatssekretär Lansing vorliegen würde, wir Verständnis finden würden, und daß nun die Amerikaner uns wenigstens diesen Kampf gegen die bewaffneten Handelsschiffe nicht verargen und jedenfalls nicht zum Vorwand nehmen würden, mit uns zu brechen. Ich hoffte, wie gesagt, damals noch immer, um den rücksichtslosen U-Boot-Krieg ganz herumzukommen.

Reichsminister Dr. **David**: Ich nehme an, daß Sie diesen Standpunkt, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg gegen bewaffnete Handelsschiffe unsere Friedensaktion nicht stören würde, also eröffnet werden konnte, auch den militärischen Stellen gegenüber zum Ausdruck gebracht haben. Ist das richtig?

Zeuge Staatssekretär a. D. **Zimmermann**: Dem Admiralstab gegenüber zweifellos! Es handelt sich um eine Sache, über die ich mich im wesentlichen mit dem Admiralstab unterhielt. Admiral v. Holtzendorff war meistens hier; infolgedessen war es mir leicht, mit ihm persönlich Fühlung zu nehmen.

Reichsminister Dr. **David**: Ich darf dann feststellen, daß ich mich nicht irre, daß Seine Exzellenz der Herr Reichskanzler und der Staatssekretär Helfferich diesen Standpunkt nicht teilten,

(Staatssekretär a. D. Helfferich: Ich bin noch nicht vereidigt; ich werde mich später dazu äußern!)

sondern der Meinung waren, daß auch dieser uneingeschränkte U-Boot-Krieg gegen die bewaffneten Handelsschiffe politisch die gefährlichsten Konsequenzen haben müsse.

Zeuge Staatssekretär a. D. **Zimmermann**: Ich habe mich, wie aus den Instruktionen nach Washington hervorgeht, in dieser Frage auch vorsichtig verhalten. Ich habe den Botschafter ersucht, die Sache zunächst vertraulich mit Herrn Lansing zu besprechen. Ich wollte Herrn Lansing nicht vor ein fait accompli stellen. Ich wünschte das Terrain erst zu sondieren, es möglichst zu ebnen für unseren Schritt. Darauf kamen ja bekanntlich die Antworten vom Botschafter usw., daß, wenn wir jetzt nach diesem Memorandum verführen, allerdings auch der Bruch zu erwarten wäre. Aber ich hoffte — das geht aus meinen Instruktionen auch hervor —, durch diese Mitteilung bezüglich der bewaffneten Handelsschiffe mit Amerika tatsächlich zu einer Verständigung kommen zu können.

Vorsitzender: Damit ist diese Seite der Debatte wohl erledigt.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer**: Ich wollte nur eins bemerken. Diese Berichte befinden sich nicht in den Exzerpten, die den Herren mitgeteilt worden sind, und zwar aus dem einfachen Grunde,

weil ich persönlich, als die Akten von mir durchgesehen wurden, darauf keinen Wert legte. Es liegen von vielen Persönlichkeiten solche Berichte vor: aus Amerika, aus Europa, von Abgeordneten und Nichtabgeordneten, von Abgeordneten aller Parteien usw., von Großindustriellen und Kleinindustriellen, von Professoren und Nichtprofessoren. Wenn ich das alles in die Akten hätte aufnehmen müssen, dann hätten die Akten vorgelegt werden müssen und nicht nach den Beschlüssen des Untersuchungsausschusses Auszüge aus den Akten. Das war der Grund, warum diese besonderen Berichte, die nicht amtliche Berichte waren, nicht aufgenommen worden sind.

Vorsitzender: Die Antwort, die ich Exzellenz v. Bethmann auf seine allgemein an mich gerichtete Frage geben wollte, eine Frage nach der Richtung hin, ob sich die Auffassung des Ausschusses mit der seinigen dahin decke, daß unser Ausschuß ein Untersuchungsausschuß sei, der im wesentlichen bei der Zeugenvernehmung nur noch eine ergänzende Aufklärung nach der Richtung hin zu fördern habe, soweit das vorliegende Aktenmaterial uns nicht darüber bereits einen erschöpfenden Aufschluß gibt, hat ja durch die Ausführungen des Herrn Dr. Sinzheimer bereits eine gewisse Erledigung gefunden. Ich kann Exzellenz v. Bethmann also nur versichern, daß sich seine Auffassung über die Aufgaben des Untersuchungsausschusses durchaus mit der unserigen deckt. Es wird sich allerdings kaum vermeiden lassen, daß in dem einen oder anderen Falle eine Frage an den Zeugen gerichtet wird, die bereits in den Akten ihre Erledigung gefunden hat. Das liegt in der Natur der Sache, da man dieses Riesenmaterial nicht immer vollständig vor Augen hat. Auf der anderen Seite ist gerade die Frage, die ich an Exzellenz gerichtet habe, in den vorliegenden Akten offen gewesen, eine Lücke, die eben durch die Frage, die ich mir erlaubt habe an Exzellenz zu richten, ihre Schließung finden sollte.

Im übrigen möchte ich jetzt Exzellenz Helfferich vereidigen, da ich glaube, daß das Bedürfnis bei Exzellenz besteht, in dem einen oder anderen Falle bereits in die Verhandlung einzugreifen.

Ihr Vorname, Exzellenz?

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Karl.

Vorsitzender: Wann sind Sie geboren?

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: 1872.

Vorsitzender: Wünschen Sie mit dem religiösen Zusatz vereidigt zu werden?

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Jawohl.

(Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich leistet den Zeugeneid.)

Vorsitzender: Herr Dr. Cohn zur Geschäftsordnung!

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Ich möchte gegenüber der Bemerkung des Herrn v. Bethmann und gegenüber der Feststellung des Herrn Vorsitzenden doch folgendes sagen: Die grundsätzliche Frage, die Herr v. Bethmann aufgeworfen hat, ist im Ausschuß bisher nicht erörtert worden, und ich kann sie für meine Person nicht allgemein so beantworten, wie Herr v. Bethmann es getan hat, daß es nämlich die Aufgabe des Untersuchungsausschusses sei, auf Grund der Akten sich ein Bild von gewissen Vorgängen zu schaffen und die Vernehmung von Zeugen nur hilfsweise und nur insoweit herbeizuführen, als die Akten Lücken enthalten. Das ist nicht meine Auffassung. Nach der Verfassung ist die Aufgabe des Untersuchungsausschusses, sich in unmittelbarer Beweisaufnahme durch Zeugen, durch Sachverständige, durch Urkunden und durch alle anderen Beweismittel, die man sich noch vorstellen kann, ein Bild gewisser Vorgänge zu schaffen. Wir sind von der Verfassung nicht eingesetzt, um Akten zu studieren, sondern um uns in einer lebendigen unmittelbaren Beweisaufnahme ein Bild zu machen.

Vorsitzender: Die Ausführungen von Herrn Dr. Cohn können die meinigen nicht erschüttern; sie bewegen sich im Gegenteil auf derselben Linie. Es ist eben ein Ausgleich notwendig, nicht bloß in dem Sinne, daß da, wo die Akten Lücken lassen, es für uns geboten erscheinen wird, Zeugen zu vernehmen, sondern auch auf Grund dessen, was die Akten ergeben, dann noch Zeugen zu hören. Das ergibt sich meines Erachtens ganz von selbst, weil dies das Wahrheitsbild in schärfster Weise hervortreten läßt, als das nach den bloßen Akten möglich ist. Es kann sehr wohl möglich sein, daß das, was die Akten ergeben, durch die Zeugenaussagen — denn die eidliche Zeugenaussage hat doch einen größeren Wert als die Urkunde — noch besonders verstärkt wird. Aber ich glaube, daß es sich empfehlen würde, diese Geschäftsordnungsdebatte im internen Grenium weiterzuverhandeln.

Abgeordneter Dr. Cohn: Nur noch eine Bemerkung gegenüber Herrn v. Bethmann Hollweg. Ich möchte meinen Standpunkt im Gegensatz zu ihm folgendermaßen formulieren: der Zeuge ist uns nicht das Unterstützungsmittel für die Akten, sondern *die Akten* sind umgekehrt das *Ergänzungs- und Unterstützungsmittel für den Zeugen.*

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Wenn ich um das Wort bitten darf! — Dem möchte ich widersprechen. Ich kann meine Aufgabe nicht in dieser Weise auffassen. Das setzte voraus, daß ich mich in Kenntnis des gesamten Aktenmaterials setze. Ich habe bereits neulich ausgeführt, daß mir Einsicht in die Akten seit ungefähr acht Tagen ermöglicht worden ist. Zwei Jahre habe

ich nicht in die Akten hineingesehen. Es ist mir schlechterdings unmöglich, hier eine Darstellung derjenigen Phasen, auf die es ankommt, eine lückenlose Darstellung der Ereignisse zu geben, soweit ich an ihnen beteiligt gewesen bin. Ich muß auf der Auffassung bestehen bleiben, daß der Ausschuß, der sich ein Bild von der Situation aus den Akten gemacht hat — gewiß ein farbloses Bild, ein in vielen Fällen durchaus farbloses Bild —, eine Ergänzung findet, indem er mich fragt: was für Motive haben Sie dabei gehabt? Was sind Ihre Ziele gewesen? Das steht nicht in den Akten, und das scheint mir etwas Wesentliches zu sein. Insofern glaube ich, daß ich eine wesentliche Aufgabe zu erfüllen habe. Aber eine lebendige Rekonstruktion des ganzen Sachverhalts und Tatbestandes, wie er in einem gerichtlichen Prozeßverfahren stattfindet durch die Zeugenvernehmung — dabei mitzuwirken, kann ich nicht als meine Aufgabe ansehen. Ich würde dazu eines wahrscheinlich monatelangen Aktenstudiums bedürfen; zu diesem Aktenstudium müßten mir Hilfskräfte gestellt werden. Dann würde ich vielleicht in der Lage sein, Ihnen durch lebendige Rede die ganze Situation wiederherzustellen. Ich meine, der Ausschuß kommt vollkommen zum Ziele, wenn er mich fragt: Was haben Sie gewollt mit der Sache? Wohin haben Sie gestrebt?

Vorsitzender: Ich gehe jetzt wieder zur Vernehmung von Exzellenz Admiral Koch über. Bitte fortzufahren. — Oder wünscht einer der Herren noch eine spezielle Frage zu stellen?

Abgeordneter Gothein: Exzellenz haben vorhin gesagt, daß die leichte Verletzlichkeit der U-Boote sie hinderte am Auftauchen und an der Untersuchung bewaffneter Handelsschiffe, daß also auch deshalb eine unterschiedliche Behandlung der Neutralen nicht möglich sei. Nun hat uns der Herr Staatssekretär Zimmermann gesagt, dem Admiral v. Holtzendorff genügte es, wenn er gegen bewaffnete Handelsschiffe vorgehen konnte. Meines Erachtens besteht hier ein Widerspruch. Ich habe vorhin verstanden, daß Euer Exzellenz diese Angaben über die Art und Weise der Brauchbarkeit der U-Boot-Waffe auch als eine Angabe gemacht hatte, die der verstorbene Admiral v. Holtzendorff als die seinige hatte. Wie kam er dann also dazu, sich mit dem U-Boot-Krieg gegen bewaffnete Handelsschiffe in dieser Beschränkung einverstanden zu erklären, wenn die Auffassung dahin ging, daß das U-Boot in schwere Gefahr geriet, wenn es auftauchte, um ein bewaffnetes Handelsschiff zu untersuchen?

Zeuge Admiral a. D. Koch: Darin, daß das Unterseeboot nicht auftauchen kann, zeigt sich die Schwäche. Es kann unter Wasser nicht gut sehen. Es kann nur mit Hilfe seines Periskops sehen.

(Abgeordneter Gothein: Nur mit dem Periskop!)

Es handelte sich damals bei dem sogenannten verschärften U-Boot-Krieg darum, ja lediglich gegen die bewaffneten Dampfer vorzugehen. Zu dieser Zeit war nach unserer Feststellung schon über die Hälfte aller feindlichen Dampfer bewaffnet. Die Bewaffnung war seinerzeit auch noch immer so aufgestellt, daß gelegentlich auf dem Heck oder vorn, je nachdem, vollständig frei ein x-beliebiges Kanon aufgestellt war. Die U-Boote konnten das eventuell sehen. Alles dies ist nachher verkleidet worden, alles ist hinter Schotten gesetzt und Aufbauten darüber gesetzt worden, die im letzten Moment beseitigt wurden, und dann konnte geschossen werden. Deshalb war es für uns von außerordentlicher Wichtigkeit, daß wir wenigstens die Genehmigung bekamen, gegen die bewaffneten Dampfer vorzugehen, wenn ihre Armierung einwandfrei festgestellt war.

Vorsitzender: Dann bitte ich jetzt in dem allgemeinen Vortrage fortzufahren.

Zeuge Admiral a. D. **Koch:** Ich war bei meinem gestrigen Vortrage, bei den Gründen, die Exzellenz v. Holtzendorff veranlaßten, auf den rücksichtslosen oder uneingeschränkten U-Boot-Krieg hinzuarbeiten, stehen geblieben. Endlich sagte sich die Seekriegsleitung, also Admiral v. Holtzendorff, wie das deutsche Volk durch die unmenschliche englische Hungerblockade in unerhörter Weise litt. Er wußte, daß die gewaltigen Offensiven der Entente, die in unserem Heer so ungeheuer viel kostbare Menschenleben vernichteten, nur möglich waren mit dem seit Kriegsbeginn ununterbrochen aus Amerika nach Frankreich beziehungsweise über Archangelsk nach Rußland strömenden Kriegsmaterial, Kanonen, Granaten, Flugzeugen usw. Er sagte infolgedessen: es ist die Pflicht, sobald wie möglich den Unterseebootskrieg einzuleiten und zur Durchführung zu bringen.

Was den Zeitpunkt anlangt, so argumentierte er folgendermaßen: wenn wir über das Ende des Jahres 1917 — ich habe das alles mündlich mit ihm besprochen und kann darüber deshalb auch aussagen, — wenn wir bis Ende 1917 fertig sein wollen, so muß ich mich fragen: welches ist die kritischste Zeit für das englische Wirtschaftsleben? Das ist voraussichtlich die Zeit, wo die neue Ernte noch nicht eingebracht und die alte beinahe aufgebraucht ist, bzw. weniger Zustrom kommt. Das ist August. Er sagt: 6 Monate etwa muß der U-Boot-Krieg brauchen, einen Monat brauchen die Boote, um sicher in Position zu sein, und einen Monat die Vorbereitungen. Also muß der rücksichtslose U-Boot-Krieg spätestens, allerspätestens Anfang Februar anfangen. Besser ist früher. Dann kann ich eventuell gegen die argentinischen Schiffe noch in der günstigsten Jahreszeit vor dem Beginn des Winters, wo die U-Boote doch stark litten, mit um so größerer Sicherheit vorgehen. Das waren ungefähr seine Gründe. Wir waren zu diesem Zeitpunkt noch immer stark genug, bis die erwartete und erhoffte

Wirkung eintreten sollte; nur war, wie ich vorhin schon ausführte, schnelles Vorgehen die erste Bedingung. Auf Grund der bisher gewonnenen Resultate des U-Boot-Krieges im Handelskrieg, und zwar als Kreuzerkrieg nach Prisenordnung, in dem verschärften U-Boot-Krieg und in dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg, der allerdings nur sehr kurze Zeit in Kraft war, konnte unter gleichzeitiger Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden U-Boote und auch der vorhandenen und in absehbarer Zeit zu erwartenden feindlichen Abwehrmaßnahmen berechnet werden, wie hoch sich der Verlust an Schiffsraum im Monat belaufen würde.

Der Herr Präsident hat vorhin gesagt, ich möchte einige Daten über die U-Boote angeben. Ich habe das Material nicht da. Wenn es gewünscht wird, Angaben über die Zahl zu erhalten, so bin ich gern bereit, es vielleicht morgen mitzubringen und die entsprechenden Zahlen hier zum Vortrag zu bringen.

Vorsitzender: Es scheint mir sehr notwendig zu sein, und ich bitte, vielleicht eine schriftliche Aufstellung zu machen, daß über die Vorgänge im Frühjahr oder Herbst, die Hauptzeitpunkte, die in Frage kommen, schriftliche Zusammenstellungen gemacht werden. Wenn sie hier schriftlich vorliegen, so wäre das sehr erwünscht.

Zeuge Admiral **Koch:** Der Admiralstab hat aufgehört zu existieren, es ist keiner von dem alten Personal mehr da, die Akten liegen in der Admiralität. Um irgendwelche Feststellungen zu machen, brauchen wir erhebliche Zeit.

Abg. Dr. **Sinzheimer:** In den Akten sind die Verhältnisse anders. Es sind Feststellungen des Kanzlers v. Bethmann Hollweg vorhanden, wonach im März 1916 rund 38 Boote zur Verfügung standen, im Mai dann etwa 50, 1916.

Zeuge Admiral **Koch:** Jawohl!

Abg. Dr. **Sinzheimer:** Nach den Feststellungen des Kanzlers, die vielleicht nachher Exzellenz Helfferich bestätigen kann — ich glaube, daß Exzellenz Helfferich auch die Zahlen genau kennt —, sind das die Zahlen, die Exzellenz v. Bethmann Hollweg auf Grund von Auskünften — es hat eine lange Korrespondenz darüber geschwebt — sich selbst in den Akten notiert hat: im März 38, im Mai 54. Diese 38 Boote waren aber nicht alle bereit, in See zu stechen, sondern nur ein Teil davon. Die anderen waren immer noch notwendig zurückzuhalten, und ein Teil war auch noch in Reparatur usw. Das sind die Notizen, die in den Akten des Auswärtigen Amtes vorhanden sind. Die Zahl der U-Boote am 1. Februar ist der weitere kritische Punkt. Da ist eine bestimmte Zahl nicht fixiert. Merkwürdigerweise fehlen da ganz genaue Angaben.

Man kann höchstens implicite schließen, daß am 1. Februar 120 Boote zur Verfügung standen, aber auch nicht alle seebereit, sondern nur ein Teil davon. Das ist das Bild, wie es sich aus den Akten des Auswärtigen Amtes ergibt. Inwieweit die Akten nicht mit den Auffassungen der Admiralität übereinstimmen — denn diese Aufstellungen werden zum Teil durch Großadmiral v. Tirpitz bekämpft —, das kann ich nicht feststellen, und da müßten eventuell ergänzende Ausführungen von den Herren Vertretern der Marine gemacht werden. Ich kann nur sagen, das ergibt sich auf Grund der Aufzeichnungen des Kanzlers im Auswärtigen Amt. Dieses Ergebnis ist zustande gekommen auf Grund von Besprechungen mit dem Admiral v. Holtzendorff.

Zeuge Admiral Koch: Aber, Herr Berichterstatter, es braucht mir nur gesagt zu werden, wie viel Boote sind an dem und dem Tage dagewesen, und zwar zum Auslaufen fertige usw., und ich werde die Angaben liefern.

Abg. Dr. Sinzheimer: Es kommt zunächst auf den März 1916 an. Im März 1916 wurde von der Marine mit unbedingtester Entschiedenheit die Eröffnung des unbeschränkten U-Boot-Krieges verlangt. Tirpitz unterstützte damals den Wunsch, er steht auch heute noch auf dem Standpunkt, daß damals der einzig richtige Zeitpunkt gewesen wäre. Das Beste wäre, die Feststellung der U-Boote damals am 1. März herbeizuführen: rund 38 U-Boote. Der zweite Punkt ist der 1. Februar. Für die Frage der Wirksamkeit des U-Boot-Krieges ist es natürlich wissenswert, wie viel Boote damals zur Verfügung standen. Aus verschiedenen Aufzeichnungen kann nur geschlossen werden, daß es ungefähr 120 waren. Das Hauptargument des Kanzlers, im März den unbeschränkten U-Boot-Krieg nicht zu beginnen, war die geringe Zahl der U-Boote am 1. März, und er hat damals diese Auffassung durchgesetzt. Das ist ja bekannt aus den Akten.

(Zeuge Admiral Koch: Jawohl!)

Ein späteres Argument dafür, daß er nicht mehr diesen Widerstand geleistet hat, war der Umstand, daß damals die Zahl der U-Boote sich in der angegebenen Weise vergrößert hat, und es kommt darauf an, ob die Marinebehörde diese Feststellung aus den Auswärtigenamts-Akten für richtig hält oder nicht. Ein Herr Vertreter der Marine wird sich dazu äußern.

Konteradmiral **v. Bülow**: Ich würde dafür dankbar sein, wenn wir eine Abschrift haben könnten. Sie könnte in der Admiralität mit unseren dortigen Daten verglichen werden, ob sie damit übereinstimmt.

Konsul Müller: Die Vergleichung wird herbeigeführt werden.

Abgeordneter Dr. Spahn: Ich mache darauf aufmerksam, daß im Haupt-Ausschuß ständig Differenzen über die Zahl der U-Boote zwischen der Admiralität und den einzelnen Abgeordneten geherrscht haben. Die Abgeordneten waren durchaus informiert durch die Marineverwaltung selbst. In den letzten Wochen, vielleicht seit 14 Tagen, haben neue Auseinandersetzungen stattgefunden. In der „Frankfurter Zeitung" findet sich eine Darlegung des Abgeordneten Dr. Strube, der damals gut informiert war.

Abgeordneter Gothein: Ich habe den Artikel hier, er ist mir eben von Herrn Dr. Cohn übergeben worden. Ich bemerke, daß die Zahlen für die einzelnen kritischen Perioden im Haushaltausschuß seitens des Herrn Staatssekretärs des Reichsmarineamts, der ja anwesend ist, im wesentlichen gegeben worden sind, und daß von Herrn Abgeordneten Strube und mir verschiedene Korrekturen daran, ebenso wie Meinungsverschiedenheiten über den Wert dieser Zahlen dort zur Sprache gebracht worden sind, die dann ihren Ausgleich gefunden haben. Die Zahlen sind also tatsächlich in den Akten des Haushaltausschusses im wesentlichen vorhanden.

Vorsitzender: Ist Exzellenz Helfferich vielleicht imstande, eine bestimmte Aussage zu machen?

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich:** Ich kann bestätigen, daß die Meinungen über die Zahlen der U-Boote sich teilweise widersprochen haben. Das kommt wohl daher, daß auf der einen oder anderen Seite die Auffassung darüber verschieden war, was man als U-Boot rechnen könnte. Es wurden Angaben gemacht, in denen die Minen-U-Boote mitenthalten waren, und dann wieder Angaben ohne dieselben; ferner Angaben der U-Boot-Zahl, einschließlich derjenigen Boote, die vom Stapel gelaufen waren, aber noch erprobt wurden, und weiter Angaben, die diese noch in Erprobung befindlichen Boote nicht enthielten. Daraus erklären sich einzelne Differenzen, die auch hier zur Sprache gekommen sind.

Vorsitzender: Exzellenz v. Capelle macht darauf aufmerksam, daß er in der Lage ist, einiges hierzu zu sagen.
Ich möchte deshalb gleich die Vereidigung vornehmen.

Vorsitzender: Ihr Vorname, Exzellenz?

Zeuge Staatssekretär a. D. **v. Capelle:** Eduard.

Vorsitzender: Ihr Alter?

Zeuge Staatssekretär a. D. **v. Capelle:** 63 Jahre.

Vorsitzender: Wollen Exzellenz den Eid mit der religiösen Formel leisten?

Zeuge Staatssekretär a. D. **v. Capelle:** Jawohl!

(Zeuge Staatssekretär a. D. v. Capelle leistet den Zeugeneid.)

Vorsitzender: Ich bitte nun Exzellenz v. Capelle, sich gleich zu äußern.

Zeuge Staatssekretär a. D. **v. Capelle:** Meine Herren, die Angaben über die Zahl der zur Verfügung stehenden U-Boote sind für alle Laien außerordentlich schwierig zu verstehen. Wir haben, ich möchte glauben, vielleicht bis zu 10 Typen gehabt: große, mittlere und kleine U-Boote, U-Boote, die bloß für den Torpedo-Krieg ausgerüstet waren, und U-Boote, die auch für den Minen-Krieg ausgerüstet waren. Von diesen U-Booten war ein Teil im. Bau, ein Teil in der Abnahme durch die Kommissionen, ein Teil in der Ausbildung des Personals, ein Teil auf den U-Boot-Stützpunkten, auf denen sie noch eine letzte militärische Vorbereitung fanden, ehe sie zu Fernunternehmungen hinausgingen, ein Teil auf Fernunternehmungen. Bei den Fernunternehmungen ist wieder zu unterscheiden die Ausreise, die Anwesenheit auf der Station, wo sie ihre Kriegstätigkeit ausübten, die Rückreise, dann die Reparaturen. Da waren wieder zu unterscheiden kleinere Reparaturen, Grundreparaturen, die sich über mehrere Monate erstreckten, so daß, wenn man die Zahl der U-Boote angibt, sich der Laie eigentlich wenig dabei denken kann.

Wenn man andererseits eine ganz ausführliche Antwort über alle diese verschiedenen Stadien gibt, dann wird der Betreffende meistens so konfus, daß er es erst recht nicht versteht. Ich beziehe mich darauf, daß ich im Reichshaltsausschuß — es sind verschiedene der Herren hier — mehrfach gebeten wurde, das Bild von der Sache nicht zu komplizieren und nur summarische Zahlen in Vergleich zu stellen. Ich habe mich im Haushaltsausschuß sehr häufig darüber ausgesprochen, und meine diesbezüglichen Reden sind ja in den stenographischen Berichten in den Reichstagsakten vorhanden.

Ich würde infolgedessen glauben, daß die Zusammenstellung über die U-Boote, die der Untersuchungsausschuß zu haben wünscht, auch kein richtiges Bild geben wird. Ich habe persönlich für meinen Handgebrauch als Staatssekretär Tag für Tag eine sehr eingehende Liste geführt. Ich habe gestern nachmittag im Reichsmarineamt mich vergeblich bemüht, diese Liste herauszufinden, ich habe sie aber nicht gefunden. Ich habe aber eine andere Liste gefunden, die allerdings erst mit dem September 1917 beginnt, also jenseits des kritischen Punktes.

Abgeordneter Gothein: Ich kann nur sagen, daß die Darstellungen, die uns im Haushaltsausschuß seinerzeit gegeben wurden, wiederholt an der nötigen Klarheit zu

wünschen übrig ließen, und daß da gewisse Auffassungen zutage kommen konnten, so daß man durch diese Darlegungen gewissermaßen konfus wurde. Wir haben uns seinerzeit bemüht, die nötige Klarheit in die Sache hineinzubringen. Die Unklarheit beruhte meiner Erinnerung nach vor allen Dingen darauf, daß uns immer eine große Zahl von U-Booten angegeben wurde, von denen aber die Zahl der frontbereiten U-Boote nicht unterschieden wurde. Ich habe bei diesen Verhandlungen immer den entscheidenden Wert darauf gelegt, daß uns die Zahl der wirklich frontbereiten U-Boote mitgeteilt wurde. Die große Differenz, die zwischen den Zahlen des Herrn Staatssekretärs v. Capelle und den meinigen im Haushaltsausschuß zutage kam, beruhte eben darauf, daß ich die frontbereiten U-Boote vorbrachte, während der Herr Staatssekretär zum Teil die andern mit hereinrechnete und stellenweise auch die bereits verlorenen U-Boote nicht von der Zahl der U-Boote in Abzug brachte, was erst durch weitere Diskussionen zur Klarheit kam.

Vorsitzender: Daß ein solches Durcheinander der Zahl der frontbereiten und der Zahl der nicht frontbereiten U-Boote vorgekommen ist, ergibt sich auch aus folgendem. Ich habe hier z. B. einen Brief des Herrn v. Bethmann Hollweg an Herrn v. Jagow, der im März 1916 geschrieben ist, und in dem auf eine mit dem Kaiser gehabte Unterredung Bezug genommen wird, wobei von Holtzendorff gesagt wird, daß er die Zahl der verfügbaren U-Boote genannt habe, daß dabei jedoch die Ziffern der frontbereiten und der zuwachsenden U-Boote durcheinandergeworfen wurden, und daß sich auch auf Zwischenfragen hin ein klares Bild nicht schaffen ließ. Das ist ein Umstand, der auch in den Verhandlungen des Hauptausschusses, wie ich mich erinnere, immer und immer wieder hervortrat.

Abgeordneter Dr. **Schücking:** Ist es dem Herrn Zeugen bekannt, daß seitens oberster Instanzen der Marine Gewicht darauf gelegt wurde, die Zahl der U-Boote auch vor solchen Persönlichkeiten geheim zu halten, die über ihre Meinung befragt wurden, ob man den U-Boot-Krieg führen solle oder nicht, daß das z. B. deutschen Gesandten des Auslandes gegenüber vorgekommen ist, die man nach Berlin kommen ließ und über ihre Meinung bezüglich des uneingeschränkten U-Boot-Krieges befragte, und daß dann derselben Persönlichkeit gegenüber, die ihre Meinung äußern sollte, geantwortet wurde: wieviele U-Boote vorhanden wären, dürfe man ihr nicht mitteilen, das sei eine rein militärische Angelegenheit, die die Zivilinstanzen nichts anginge?

Vorsitzender: Darf ich Exzellenz v. Capelle bitten, hierauf zu antworten!

Zeuge Staatssekretär a. D. **v. Capelle:** Meine Herren, der

Ausdruck „frontbereite U-Boote" umfaßt schon zwei große Kategorien, zunächst die Kategorie von U-Booten, die unterwegs sind. Diese Kategorie zerfällt wieder in ein Drittel von U-Booten, die auf der Ausreise nach der Westküste von Irland sind, ein Drittel, die an der Westküste sind und ein Drittel, die auf der Rückreise sind. Das sind also diejenigen frontbereiten U-Boote, die unterwegs sind. Dann die frontbereiten — —

Abgeordneter Gothein: Die U-Boote, die auf der Rückreise sind, sind doch nicht mehr frontbereit!

Zeuge Staatssekretär a. D. v. Capelle: U-Boote, die auf den Stützpunkten zum Auslaufen bereit sind. Im Haushaltsausschuß hat sich einmal eine größere Diskussion darüber entwickelt, was das Richtige wäre: alles, was man hätte, auf einmal herauszuschicken, oder aber die U-Boote gleichmäßiger zu verteilen. Darüber waren die Ansichten sehr verschieden.

Was nun die Frage des Herrn Professor Schücking bezüglich der Geheimhaltung betrifft, so kann ich nur sagen, daß ich persönlich, solange ich Staatssekretär war, stets bestrebt gewesen bin, dem Haushaltsausschuß und in einzelnen Fällen auch nur den Parteiführern reinen Wein über die ganzen Verhältnisse einzuschenken. Ich bin sogar immer bestrebt gewesen, übertriebenen Auffassungen entgegenzutreten. Ich werde ja vielleicht nachher noch bei meiner Vernehmung Gelegenheit haben, aus meinen Reden den Beweis hierfür zu liefern, wenn der Ausschuß so weit gehen will. Von seiten der Marine, auch von seiten des Admiralstabs ist mir immer der Vorwurf gemacht worden, daß ich zu viel sagte, und ich bin infolgedessen vom Admiralstab etwas ausgeschaltet worden.

Was den dritten Punkt angeht, daß Gesandte hierhergekommen sind, denen man die Zahl der U-Boote verheimlicht habe, so habe ich persönlich niemals Gelegenheit gehabt, über diesen Punkt mit deutschen Gesandten aus dem Auslande zu sprechen. Derartige Herren sind dann wahrscheinlich beim Admiralstab gewesen. Da kamen sie ja auch an die richtige Quelle, wo der Seekrieg geführt wurde. Bei mir war nicht die richtige Quelle.

Zeuge Admiral Koch: Darf ich hierzu eine Bemerkung machen?

Vorsitzender: Bitte, Exzellenz!

Zeuge Admiral Koch: Ich glaube, Admiral v. Holtzendorff hat mit Exzellenz v. Bethmann Hollweg doch auf einem solchen Fuße gestanden, daß ich es für ausgeschlossen halte, daß er dem Reichskanzler nicht absolut reinen Wein über jede Zahl eingeschenkt hätte. Das wird ja auch Exzellenz v. Bethmann selbst bezeugen können.

Daß vielleicht ein Gesandter bei uns an die Tür geklopft und keine Antwort bekommen hat, ist möglich. Warum geht er auch nicht zu seinem Vorgesetzten? Nur der kann beurteilen, ob es notwendig ist, den Betreffenden zu instruieren oder nicht. Das ist meine Auffassung von der Sache. In den Admiralstab sind so viele Herren gekommen, daß wir uns nicht mit jedem einzelnen abgeben konnten und durften.

Vorsitzender: Der Herr Berichterstatter wünscht eine Feststellung zu machen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Zu dieser letzten Äußerung des Admiralstabes möchte ich aus den Akten feststellen, daß gerade Exzellenz v. Bethmann mit der zuständigen Behörde darum kämpfen mußte, eine klare, zweifellose Auskunft über die Anzahl der U-Boote zu bekommen, und daß es zu einem Konflikt zwischen v. Holtzendorff und dem Kanzler gekommen ist, zu Vorwürfen Holtzendorffs gegenüber Bethmann, weil Exzellenz v. Bethmann gebeten hatte, ihm bestimmt die Anzahl der U-Boote bekannt zu geben. Herr v. Holtzendorff stand damals auf dem Standpunkte, dazu sei er nicht verpflichtet; und es bedurfte eines besonderen Drängens, bis Exzellenz v. Bethmann schließlich eine Auskunft über die Anzahl der U-Boote bekam. Das war dann die Grundlage für seinen Widerspruch gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg im Frühjahr. Dieser Briefwechsel zwischen Herrn v. Holtzendorff und Exzellenz v. Bethmann ist bei den Akten und könnte eventuell verlesen werden.

Zeuge Admiral Koch: Ich habe jedenfalls den Eindruck gehabt — und der Herr Admiral v. Holtzendorff hat mir das häufig gesagt —, daß er alle Sachen mit dem Herrn Reichskanzler bespräche.

Vorsitzender: Ich möchte nunmehr Exzellenz bitten, fortzufahren. Gleichzeitig spreche ich die Bitte aus, daß wir jetzt durch Zwischenfragen die vorzutragenden Ausführungen nicht aufhalten, sondern damit abwarten, bis Exzellenz Koch zum Schluß gekommen ist.

Zeuge Admiral Koch: Auf Grund der bisher gewonnenen Resultate im U-Boot-Handelskrieg, also als Kreuzerkrieg nach der Prisenordnung, als verschärfter und als uneingeschränkter U-Boot-Krieg, der allerdings nur kurze Zeit in Kraft gewesen ist, wurden dann Berechnungen angestellt, wie das Monatsergebnis wohl sein würde. Nach sorgfältigster Prüfung aller Umstände kam der Chef zu dem Schluß, daß der militärische Reinertrag etwa 600 000 Tonnen pro Monat sein würde, eine Zahl, die auch im ersten Jahr des U-Boot-Krieges durchgehalten worden ist. Daß

man durch den Verlust der Tonnage den Feind schwer schädigen würde, lag auf der Hand; aber das genügte nicht allein, sondern der Chef hielt es für geboten, auf Grund sorgfältig gesichteten Materials nachzuprüfen, ob England diesen Verlust auf längere Zeit aushalten könnte, oder ob es auf wirtschaftlichem Gebiet derartig zusammenbrechen müsse, daß es zum Frieden geneigt sein würde. Auf diese Weise entstanden die Denkschriften des Admiralstabs, die den Herren ja allen bekannt sind —, eine Arbeit, die in der wirtschaftlichen und politischen Abteilung des Admiralstabs durch dauernde Beobachtung des gesamten englischen Wirtschaftslebens, dessen Schädigung in diesem Falle die Hauptaufgabe der Marine und besonders der Seekriegsleitung geworden war, geleistet worden ist.

Zu diesen Denkschriften habe ich zu sagen, daß die Quellen, die in erster Linie benutzt wurden, amtliche englische Quellen waren. Im einzelnen vermag ich sie nicht aufzuführen; ich muß aber betonen, daß es sich hier nicht um beliebige Arbeiten handelte, sondern daß die Denkschriften auf gewissenhaftester und vorsichtigster Durcharbeitung des gesamten vorliegenden Nachrichten- und Erfahrungsmaterials fußten. Das amtliche englische Material ist uns bis zum Beginn des U-Boot-Kriegs zugänglich gewesen. Mit Einsetzen des U-Boot-Kriegs ist es nicht mehr zu haben gewesen. Um die Sicherheit der Prüfung hinsichtlich der Richtigkeit der Denkschriften zu erhöhen, wurden diese einer Anzahl — nach unserer Meinung — Fachleuten zur Prüfung unterbreitet, die sich fast alle vollkommen zustimmend äußerten. Die Denkschriften sind den Reichsämtern zugeschickt worden in der Absicht und auch in der Hoffnung, sie der sachlichen Kritik dieser Stellen zu unterwerfen. Eine Kritik von Exzellenz Helfferich ist erfolgt, die aber, soweit ich die Sache im Kopfe habe, an dem Zahlenmaterial eigentlich keine Ausstellung zu machen hatte, die aber allerdings andere Schlußfolgerungen zog. Auf Grund dieser sorgfältigen Vorarbeiten sind dann noch mehrere Feststellungen nötig geworden. Ich möchte bitten, hierüber den Referenten eventuell zu vernehmen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Darf ich dazu folgendes bemerken, Exzellenz! Auf Grund dieser sorgfältigen Vorarbeiten wurden die Ansichten von Exzellenz Helfferich, der diese wirtschaftliche Aufstellung der Denkschrift vom Frühjahr anfocht, aufrechterhalten. Aus den Akten ergeben sich die Namen folgender Mitarbeiter: es war ein Kapitän Vanselow, es war ein stellvertretender Bankdirektor Dr. Fuß, es waren noch einige andere Bankdirektoren, die ich wohl nicht persönlich zu nennen brauche — vielleicht spricht sich Exzellenz Helfferich darüber aus —, und außerdem Professor Levy aus Heidelberg. Wie kommt es, daß Sie gerade diese Herren, die zum Teil volkswirtschaftlich gänzlich unbekannt und zum Teil nur privatwirtschaftlich

gebildet waren, im Marineamt den immerhin doch sehr beachtlichen Ausführungen von Exzellenz Helfferich vorzogen, die außerdem unterstützt wurden durch ein Gutachten des Herrn von Treutler, das Ihnen auch zugänglich gemacht worden ist, und außerdem durch Gutachten eines Herrn Simon über die Fixierung der Frachtraumnot, wo eingehend die Angaben jener verschiedenen Herren Bankdirektoren usw. widerlegt worden sind. Waren Sie nicht veranlaßt, nachdem immerhin eine volkswirtschaftliche Autorität wie Exzellenz Helfferich widersprochen hatte, auch andere Sachverständige Deutschlands bei einer so eminenten Frage zuzuziehen, anerkannte Nationalökonomen, und sich nicht darauf zu beschränken, was Dr. Fuß und Professor Levy und andere Herren, Bankdirektoren usw. als Grundlage für ihre wirtschaftliche Auffassung mitgeteilt haben?

Zeuge Admiral Koch: Wir haben die erste Denkschrift auch einer Anzahl von Fachleuten und Wissenschaftlern geschickt.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Wie heißen die: Wer ist das?

Zeuge Admiral Koch: In der Denkschrift vom 22. Dezember sind sie enthalten.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: In der Denkschrift nicht!

Zeuge Admiral Koch: In der Denkschrift vom 22. Dezember.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Exzellenz Koch, auf Seite 2 des Gutachtens vom 22. Dezember steht lediglich, daß einige Herren gefragt wurden im Februar 1916. Aber wer die Denkschrift gemacht hat, und wie diese Auskünfte, die die Herren gegeben haben, verwertet worden sind, das ist die entscheidende Frage.

Zeuge Admiral Koch: Sie sind unzweifelhaft verwertet worden.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ja, wer hat sie verwertet? Wer hat die Denkschrift bearbeitet?

Zeuge Admiral Koch: Dr. Fuß in erster Linie!

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Wer ist Dr. Fuß?

Zeuge Admiral Koch: Er ist Direktor der Diskontogesellschaft in Magdeburg.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Wie kamen Sie zu Dr. Fuß? Er ist nicht bekannt in der nationalökonomischen Wissenschaft.

Sachverständiger Dr. Schäfer: Der von Admiral v. Holtzendorff verfaßten Denkschrift vom 12. Februar 1916 sind ja neun Gutachten beigegeben.

(Zeuge Admiral Koch: Zwölf!)

— Neun sind mir nur bekannt geworden. Darunter ist auch ein Bankdirektor Salomonsohn. Es sind sechs Norddeutsche und drei Süddeutsche. Die Herren sind keineswegs bloß Bankdirektoren, sondern Leute, die im wirtschaftlichen Leben mitten drin stehen. Zum Teil auch Industrielle ersten Ranges.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Aber Leute, die volkswirtschaftliche Wirkungen, weltwirtschaftliche Wirkungen beurteilen können?

Sachverständiger Dr. Schäfer: Gerade das haben sie im Auge, und das haben sie dargelegt. Das sind sachkundige Herren. Ich kann im Augenblick nicht im einzelnen sagen, wer es war.

Zeuge Admiral Koch: Ich kann es jetzt feststellen. In der Denkschrift vom 12. Dezember 1916: Reichsrat W. Fink, Chef des Bankhauses Merk, Fink und Co. in München; Geheimer Oberfinanzrat Waldemar Müller, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Dresdner Bank in Berlin; Dr. Arthur Salomonsohn, Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft in Berlin; Max Schinkel, Geschäftsinhaber der Norddeutschen Bank in Hamburg, Präsident der Handelskammer in Hamburg; Geheimer Kommerzienrat Zuckschwerdt, Chef des Bankhauses Zuckschwerdt in Beuthen usw. Das sind die Herren aus der Finanz. Aus der Kaufmannschaft: Geheimer Kommerzienrat Engelhard, Mitglied der Ersten Kammer der badischen Landstände, Präsident der Handelskammer in Mannheim; aus der Industrie: Geheimer Bergrat Dr.-Ing. Beukenberg, Generaldirektor der Phönix-Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenwerke; Kommerzienrat Dr.-Ing. Reusch, Generaldirektor der Guten Hoffnungshütte; Kommerzienrat Dr.-Ing. Strickhorn, Generaldirektor des Eisen- und Stahlwerks Hoesch, Aktiengesellschaft; aus der Landwirtschaft: Rittergutsbesitzer v. Kries, Geheimer Ökonomierat Saeuberlich, Präsident der anhaltinischen Landwirtschaftskammer in Gröbzig und Ökonomierat Schmidt, Mitglied der Ersten Kammer der württembergischen Landstände, am Platzhof zu Oeringen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Darf ich fragen Exzellenz, nach welchen Gesichtspunkten diese Auswahl getroffen worden ist? Als Vertreter der Kaufmannschaft der Präsident der Handelskammer in Mannheim. Es gibt, glaube ich, noch andere Präsidenten! Und warum sind nicht erste Autoritäten der Volkswirtschaft herangezogen wie Schuhmacher, Professor Max Weber, Brentano, vielleicht auch andere; sie sitzen vielleicht in diesem Kreise. Warum wurde kein Vertreter der Wissenschaft herangezogen und nur einige Personen zur Befragung ausgewählt, und dann die Bearbeitung der Denkschrift einem, ich darf wohl sagen, in der Wissenschaft unbekannten Herrn überlassen? Ich darf das wohl behaupten, ohne Widerspruch zu finden. Aber ich nehme gern eine Korrektur entgegen. Ich kenne Dr. Fuß nicht, ich weiß auch nicht, worin die

wissenschaftliche, weltwirtschaftliche, volkswirtschaftliche Bedeutung des Herrn Schinkel beruht. Ich weiß auch nicht, woher die Vertreter der Industrie ihre besonderen Kenntnisse über die Getreideversorgung Englands hernehmen.

(Zuruf: Eisenversorgung!)

Wollen Sie sich, bitte, dazu äußern!

Zeuge Admiral Koch: Über die Getreideversorgung ist Henry Newman in Hamburg gefragt worden und außerdem Weil in Frankfurt.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Diese können wir vielleicht mal laden, damit sich die Herren einen persönlichen Eindruck verschaffen können.

(Heiterkeit.)

Abgeordneter Gothein: Ich möchte bemerken, daß ja die Hochfinanz sehr gut vertreten war. Auffällig ist, daß irgendein Vertreter der nationalökonomischen Wissenschaft mit Ausnahme von Hermann Levy, dem Verfasser der Denkschrift, nicht vorhanden war. Hermann Levy war allerdings Mitglied einer englischen landwirtschaftlichen Gesellschaft und hatte über die englischen Agrarverhältnisse einiges veröffentlicht. Immerhin war sein Name kein derart unbestrittener, daß man ihn in einer so wichtigen Frage allein als Vertreter der Wissenschaft hören durfte. Wir besitzen doch Kenner ersten Ranges der englischen Verhältnisse in der deutschen nationalökonomischen Wissenschaft. Auch die Auswahl der Sachverständigen aus dem Getreidehandel war verhältnismäßig sehr eng bemessen, indem man lediglich einen Hamburger und einen Frankfurter Getreidehändler zuzog, während der Schwerpunkt des Getreidehandels tatsächlich zum guten Teil an anderen Orten, insbesondere in Mannheim, liegt,

(Zuruf: Berlin!)

— und in Berlin, allerdings auch in Hamburg zum guten Teil mit liegt. Aber daß man auch da sich lediglich auf einen beschränkt, erschien mir auch etwas sonderbar.

Ich möchte auch zu der Frage, die Exzellenz Koch angeschnitten hat, daß fast alle Fachleute sich voll zustimmend zu dem Inhalt der Denkschrift geäußert hätten, die Frage stellen: welche Fachleute haben sich nicht zustimmend geäußert?

Zeuge Admiral Koch: Ich habe die Gutachten nicht da. Ich weiß es nicht. Ich kann es nicht sagen!

Vorsitzender: Es wird Ihnen vielleicht morgen möglich sein.

Abgeordneter Gothein: Vielleicht weiß das Exzellenz Helfferich.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Das habe ich auch nicht im Kopfe. Die Zustimmungen waren mehr oder weniger mit Vorbehalten versehen. Wie stark man die Vorbehalte werten will, ist schließlich Sache dessen, der die Gutachten liest. Die Vorbehalte knüpften sich natürlich in erster Linie an die technische Wirksamkeit des U-Boot-Krieges. Aber wer starke Vorbehalte, wer geringere, wer gar keine gemacht hat, — daß ich das nach mehr als drei Jahren aus dem Kopfe wissen soll, können Sie von mir nicht verlangen. Im übrigen liegen die Gutachten wohl der Kommission vor; sie hat Gelegenheit, sich aus den Originalen zu überzeugen.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Die Kommission hat sie nicht; sonst würde die ganze Fragestellung nichts nützen.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Ich habe sie auch nicht.

Zeuge Admiral **Koch**: Darf ich hierzu noch bemerken, daß, wie mir eben gesagt wird, auch Professor H a r m s, damals Rektor der Universität in Kiel, Untersuchungen seinerzeit veröffentlicht hat, die unabhängig von den unsrigen zu dem gleichen Ergebnis führten.

Jedenfalls auf Grund der Vorarbeiten über w i r t s c h a f t l i c h e W i r k u n g e n d e r z u e r w a r t e n d e n V e r s e n k u n g e n, welche ihren letzten Ausdruck in der Denkschrift vom 22. Dezember 1916 fanden, war Admiral v. Holtzendorff zu der Überzeugung gekommen, daß er die pflichtmäßige Erklärung abgeben konnte, der U-Boot-Krieg werde England nach fünf Monaten zum Frieden bringen.

Es kam nun darauf an, England durch die Versenkungen und wirtschaftlichen Wirkungen davon zu überzeugen, daß es diesen Aderlaß nur beschränkte Zeit aushalten könne und daß es kürzer durchhalten könne als Deutschland. Meine Herren, Sie müssen aber auch den Punkt berücksichtigen, daß, wie der Herr Reichskanzler dies gestern schon andeutete, neben den physischen und materiellen Wirkungen des U-Boot-Krieges auch eine m o r a l i s c h e W i r k u n g erzielt werden mußte. Es liegt auf der Hand, daß es zu dem letzteren Zwecke erforderlich war, daß während und zumal am Schluß der kritischen Monate in England kein Zweifel an dem militärischen und moralischen Durchhaltevermögen Deutschlands aufstieg. Es mußte in dieser Beziehung so bleiben, wie es im Dezember in Deutschland war, als der Entschluß zum U-Boot-Krieg gefaßt wurde.

Der erhoffte Erfolg ist nicht erzielt worden, geschweige denn in fünf Monaten. Und wo lag der Fehler in dieser Rechnung? Nicht die U-Boote haben uns im Stich gelassen. Im Gegenteil, die Erwartungen der Seekriegsleitung wurden in dieser Beziehung

übertroffen. Meine Herren, die wirtschaftlichen Berechnungen der Denkschrift können meines Erachtens jetzt nicht nachgeprüft werden. Dazu fehlen uns heute noch die Unterlagen, und ob es später gelingt, den Fehler oder die Fehler zu finden, ist fraglich.

Indessen haben wir heute schon Zeugnisse aus Feindesmund, die ein Urteil über die Gesamtwirkung des U-Boot-Krieges nach den ersten drei Monaten geben: nämlich Churchill und Admiral Sims. Den Urteilen dieser beiden Herren kann man wohl einige Bedeutung beimessen. Darf ich mir vielleicht erlauben, das von Sims vorzulesen?

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Sind bekannt!

Vorsitzender: Ich bitte das vorzulesen.

Zeuge Admiral Koch: Admiral Sims erzählt zu Beginn seines Berichts, wie er im März 1917 von Newport, wo er als Präsident der dortigen Marinekriegsschule stationiert war, nach Washington gerufen wurde und Auftrag erhielt, sofort unauffällig nach London zu reisen und dort Fühlung mit der britischen Admiralität zu nehmen. Der Admiral machte zusammen mit seinem Adjutanten die Reise mit angenommenem Namen und in Zivilkleidern an Bord des amerikanischen Dampfers „New York“, der bei der Einfahrt in Liverpool auf eine Mine lief, aber nur leicht beschädigt wurde. Sein Bericht über die Ankunft in London und über sein Zusammentreffen mit Männern, in deren Hände die Leitung der britischen Geschicke gegeben war, ist so interessant, daß er eine wörtliche Wiedergabe verdient. Der Admiral schildert, mit welchem Optimismus er bis dahin auf Grund der Zeitungsberichte die Lage der Alliierten betrachtet habe, und fährt dann fort:

> Und doch, als ich einige Tage in London zugebracht hatte, waren alle diese Illusionen geschwunden. Die britische Admiralität machte mich mit Tatsachen und Zahlen bekannt, die sie der Presse nicht mitgeteilt hatte. Diese Dokumente stellten mich der erstaunlichen Tatsache gegenüber, daß Deutschland daran war, den Krieg zu gewinnen, und zwar in einem Tempo, das in vier bis fünf Monaten zu der bedingungslosen Übergabe des britischen Reichs führen mußte.
>
> Am Tage meiner Ankunft in London hatte ich meine erste Unterredung mit Admiral Jellicoe, den ich selbst seit vielen Jahren kannte. Nach der üblichen Begrüßung nahm Jellicoe aus einer Schublade einen Bogen Papier und reichte ihn mir. Es war ein Bericht über die Schiffahrtsverluste während der letzten Monate und zeigte, daß die deutschen U-Boote im Februar 436 000 Tonnen versenkt hatten, daß die Ziffer im März auf 603 000 Tonnen ge-

stiegen war, und daß die Versenkungen in den ersten Tagen des April eine weitere Steigerung der Ziffer auf etwa 900000 Tonnen erwarten ließen. Diese Verluste waren drei- oder viermal so hoch, als man nach den absichtlich ungenauen Presseberichten vermuten konnte. Es wäre zu milde, zu sagen, daß ich durch diese Enthüllungen überrascht wurde; ich war geradezu bestürzt. Ich hatte mir nie etwas so Schreckliches vorgestellt und machte Admiral Jellicoe gegenüber aus meiner Bestürzung kein Hehl. Ja, sagte er ruhig, als wenn wir über das Wetter und nicht über die Zukunft des britischen Reiches sprächen, es ist unmöglich für uns, den Krieg fortzuführen, wenn diese Verluste anhalten. — Was werden Sie tun? fragte ich. — Alles, was wir tun können: wir vergrößern nach Möglichkeit unsere Streitkräfte zur Bekämpfung der U-Boote, wir stellen jedes Fahrzeug ein, das wir finden können, wir bauen Zerstörer, Schlepper und andere Schiffe so schnell als möglich, aber die Lage ist sehr ernst, und wir brauchen alle Dinge, die wir bekommen können. — Es sieht so aus, als wenn die Deutschen im Begriff wären, den Krieg zu gewinnen, sagte ich. — Sie werden ihn gewinnen, wenn wir nicht diese Verluste einschränken können, und zwar sehr bald. — Gibt es eine Lösung des Problems? fragte ich. — Ganz und gar keine, soweit wir das jetzt erkennen können, erklärte Jellicoe.

Ich stellte fest — fährt Sims fort —, daß die Berichte über die Versenkung zahlloser deutscher U-Boote nicht wahr waren. Seit Beginn des Krieges wußte man nur von 54 deutschen Tauchbooten, die wirklich versenkt worden waren, und Admiral Jellicoe erzählte mir, daß die deutschen Kriegswerften jede Woche 3 neue U-Boote fertigstellten. Es waren in der Presse auch Berichte über Fälle von freiwilliger Übergabe einzelner deutscher U-Boote veröffentlicht worden. Diese Berichte stimmten nicht, keine einzige freiwillige Übergabe eines deutschen Tauchbootes hatte stattgefunden. Die Berichte waren nur veröffentlicht worden, um die feindliche Moral zu untergraben. Ich konnte feststellen, daß sogar ein englischer Regierungsbeamter, der es wirklich besser hätte wissen können, und selbst Marineoffiziere damals glaubten, daß viele gefangene deutsche U-Boote in den Kriegshäfen von Portsmouth und Plymouth versteckt lägen. Angesichts dieser Tatsache, daß die Ziffer des monatlichen Tonnageverlustes sich der Million näherte, ließ sich sehr leicht ausrechnen, wie lange die Alliierten noch aushalten könnten. Die bestunterrichteten Instanzen berechneten, daß die äußerste Grenze der Widerstandskraft ungefähr am 1. November 1917 erreicht sein würde. Mit andern Worten: Wenn nicht sofort ein neues Mittel zur erfolgreichen Abwehr

der U-Boote entdeckt wurde, mußte Groß-Britannien vor einem siegreichen Deutschland die Waffen strecken.

Ich besprach die Lage auch mit den Mitgliedern des britischen Kabinetts, z. B. mit Balfour, Lord Robert Cecil und Sir Edward Carson. Ihre Haltung mir gegenüber unterschied sich merklich von der Haltung, die sie in der Öffentlichkeit annahmen. In ihren Reden ließen diese Männer natürlich nichts verlauten, was die Moral des Feindes hätte heben können. In ihren Privatgesprächen mit mir wiederholten sie aber alles, was Jellicoe mir bereits gesagt hatte.

Der Ernst der Lage veranlaßte schließlich die Regierung Balfour, die britische Kommission nach Amerika zu entsenden. Welch ein düsterer Moment war das für die Sache der Alliierten! Nicht nur fegten die deutschen Tauchboote den englischen Handel vom Meer, sondern die deutschen Armeen siegten auch noch in Frankreich über die englischen und französischen Armeen. Der Höhepunkt der Erfolge des U-Boot-Krieges wurde gerade in dem Augenblick erreicht, als General Nivelles Offensive an der Westfront fehlschlug.

Admiral Sims erzählt sodann, daß von den Ministern der englischen Regierung nur Lloyd George die Lage optimistisch beurteile.

Seine weiteren Ausführungen gehören nicht mehr in diesen Zusammenhang.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Exzellenz, eine Frage. Wir sprechen jetzt öfters mit Engländern — ich bin überzeugt, auch andere Herren —, die zur kritischen Zeit da waren und die bestreiten, daß jemals eine wirkliche Not in England bestanden hätte. Ich wollte Sie fragen: Es bestand k e i n e B r o t r a t i o n i e r u n g i n E n g l a n d, zu keiner Zeit. Ließ das nicht einen Rückschluß auf die Gefahrengrenze zu, die vorhanden war?

Zeuge Admiral Koch: Jawohl, dann haben die Engländer eben unbedingt zu diesem Zeitpunkt ihren Schiffsraum irgendwo anders, wo sie ihn gerade freikriegen konnten, in die Fahrt eingestellt. Man kann annehmen, daß entweder der Truppentransport oder die Absperrung zwischen Schottland und Island zeitweilig ins Wanken kam, so daß sie sich sagten: Ich lasse für einige Tage die Absperrung oben etwas lockerer, dafür stelle ich meine Schiffe auf andere Fahrt ein.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ich wollte das anführen mit Rücksicht auf die Schätzung der Wirkung des unbeschränkten U-Boot-Krieges, daß eben England nie zur Brotrationierung über-

gegangen ist, was doch immerhinn ein Symptom dafür ist, daß die Not nicht so groß sein konnte wie bei uns.

Zeuge Admiral Koch: Vielleicht deshalb, weil die Engländer gerade auf die Brotversorgung besonderen Wert legten, wurde alles versucht, um in erster Linie Brot hereinzubringen. Dafür haben sie aber in anderer Beziehung gedarbt. So haben sie seit Monaten kein Fett bekommen, in den ersten Monaten ist nirgendwo Fett hereingekommen. Sie müssen in vieler Beziehung gedarbt haben, aber nicht soviel wie wir.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: England hat nach meiner Kenntnis eine Brotrationierung eingeführt, nur auf Grund eines anderen Systems als bei uns. Es hat keine Brotkarte gehabt. Aber das Getreide, das verfügbar war, wurde einheitlich kontrolliert und nach bestimmten Schlüsseln auf die einzelnen Grafschaften usw. verteilt, und dann wurden im Wege einer freiwilligen Organisation den einzelnen Kunden nur bestimmte Quantitäten von Brot und Mehl abgegeben. Die Brotrationierung war also anders aufgezogen als bei uns. Aber bestanden hat sie in England nach unserer Kenntnis auch.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ist Ihnen bekannt, Exzellenz, wie groß die Brotration und die Fleischration nach diesem System war?

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Das kann mir nicht bekannt sein, weil dieses System elastischer war als das unsrige und eine feste Ration überhaupt nicht enthielt; verteilt worden ist, was jedesmal verfügbar war, soweit ich die Dinge übersehe.

Reichsminister Dr. David: Die Mitteilungen des Admirals Sims werden von Exzellenz Koch offenbar als vollkommen objektiv zu wertende Auffassung angesehen. Lag es nicht nahe, daß die englischen Staatsmänner und der Chef der englischen Marine dem amerikanischen Admiral die Sache so düster und so gefährlich darstellten, wie sie nur dargestellt werden konnten? Denn worum handelte es sich damals? Es handelte sich damals darum, Amerika auf die Beine zu bringen, Amerika zu veranlassen, schleunigst alle Kräfte daran zu setzen, um Schiffe, Schiffe, Schiffe zu bauen. Das ist ja auch das Motiv der Rede, die Lloyd George in Paris hielt, die ausklang: Schiffe, Schiffe, Schiffe, sonst sind wir verloren. Die politische Tendenz dieser Mitteilungen der Engländer an die amerikanische Presse liegt auf der Hand, und von da aus muß der objektive Wert dieser Mitteilungen auch eingeschätzt werden. Ist der Herr Admiral nicht der gleichen Meinung?

Zeuge Admiral Koch: Ich halte das für ausgeschlossen. Admiral Sims ist ein ausgesprochener Deutschenfeind. Er war bereits inaktiv, trotzdem wurde er von Washington aus ganz besonders zu dem Zweck nach England geschickt, um dort die Lage zu sondieren. Ich bin daher der felsenfesten Überzeugung, daß man gerade dem Admiral Sims ohne Hintergedanken alles ganz genau gesagt hat, was notwendig war, gerade um ihn zu überzeugen, daß nunmehr der Zeitpunkt gekommen wäre, daß Amerika in den Krieg mit eingriffe.

Vorsitzender: Ich sehe, es sind Ihnen da einige Notizen vorgelegt worden. Vielleicht kann die Einsicht derselben Ihre Antwort beeinflussen.

Zeuge Admiral Koch: Hier ist ein Aufsatz von Churchill vom 12. Januar 1919. Da sagt Churchill:

> Darf ich es sagen: Wir sind nur gerade durchgekommen. Je mehr wir über den Kampf erfahren, um so mehr erkennt man, an welchem kleinen, dünnen, gefährlichen Fädchen unser Erfolg hing. Beim ersten Ansturm wäre Frankreich beinahe vernichtet worden. Nur ein wenig mehr, und der Unterseeboot-Handelskrieg hätte anstatt Amerika an unsere Seite zu führen, unser Land durch Hunger zur unbedingten Übergabe gezwungen. Selbst nach dem 21. März war die Gefahr äußerst groß für Paris wie für die Kanalhäfen. Es war ein großes Wettrennen bis zum Ende. Aber am Ende sind wir sicher durchgekommen, weil die ganze Nation unverwandt zusammenarbeitete, weil unser Volk kerngesund war in allen mannhaften tüchtigen Eigenschaften, und weil wir die Gerechtigkeit der Welt auf unserer Seite hatten. Seien wir dankbar. Halten wir immer die Unbequemlichkeiten und Ärgerlichkeiten, die wir jetzt erleiden, gegen das, was so leicht hätte über uns kommen können, wenn wir geschlagen worden wären und wenn der Krieg sich noch ein weiteres Jahr hingezogen hätte.

Abgeordneter Heile: Reden und Aufsätze aus dem Jahre 1919 können doch damals in der kritischen Zeit nicht zur Beurteilung der Sachlage von der Marine herangezogen worden sein. Die haben jetzt eigentlich relativ wenig Wert. Ich möchte fragen: Hat man denn damals nicht den Inseratenteil der englischen Zeitungen gelesen, als man glaubte, England leide Not? Aus dem Inseratenteil, aus dem doch nicht Unwahrheiten herauszulesen waren — denn was man dort anbot, war doch wirklich vorhanden —, war ständig zu ersehen, daß, während bei uns nur Ersatz, Ersatz in spärlichster Weise vorhanden war, dort alles reell dauernd und ständig angeboten wurde. Das wäre doch hier

zur Beurteilung der Sachlage mindestens ebenso wichtig gewesen.

Vorsitzender: Es greift das alles aber viel mehr in die Vernehmung ein, die wir nachher an Exzellenz Helfferich richten wollen. Hier beschäftigt uns mehr die rein technische Frage.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Ich möchte mich auf die Frage beschränken: Herr Admiral, haben Sie in jener kritischen Zeit, in dem ersten Semester 1917, Gelegenheit gehabt, einmal mit Herren oder Damen zu sprechen, die aus England kamen und dort die wirtschaftlichen Zustände selbst in ihrer Privatwirtschaft und durch Beobachtung erfaßt hatten?

Zeuge Admiral **Koch:** Ich persönlich nicht.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Sind Ihnen darüber vielleicht zuverlässige Berichte von anderen gekommen, die mit solchen Persönlichkeiten gesprochen hatten?

Zeuge Admiral **Koch:** Ja, darüber müssen wir eine ganze Menge solcher Äußerungen haben.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Erinnern Sie sich nicht, ob nicht diese Berichterstatter erzählt haben, daß man jedes und auch jedes Nahrungsmittel und Kleidungsstück im freien Verkehr zu damals noch wenig höheren Preisen kaufen konnte, angefangen vom Reis, endigend bei Stiefeln und Anzügen, alles?

Zeuge Admiral **Koch:** Das ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Ist Ihnen etwas bekannt von der Versorgung Englands mit Reis?

Vorsitzender: Das sind aber doch alles Fragen, die wir später bei der Vernehmung von Herrn Dr. Helfferich noch erledigen können. Ich möchte hier vorwiegend die Vernehmung nach der technischen Seite. Es wird uns vor allem noch die große Frage beschäftigen, inwieweit der Unterseebootkrieg nicht mehr Ende Januar zurückgenommen werden konnte. Das ist doch eine Frage, die von prominentester Wichtigkeit ist, die ich heute noch erledigen möchte.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Exzellenz, Sie haben eben den Aufsatz von Lord Churchill vorgelesen. Zunächst bitte ich, diesen Aufsatz im Original, im englischen Text, hier vorzulegen, damit wir den Inhalt genau kennen lernen. Wenn ich nicht irre, ist das ein Auszug aus diesem ganzen Aufsatz oder der Rede. Ich würde bitten, daß im Original, im englischen Text,

dieser Aufsatz hier vorgelegt wird, damit dann im Zusammenhang geprüft werden kann, was der objektive Wert seiner Ausführungen war. Außerdem: Können Sie sich nicht denken, Exzellenz, wenn Sie das jetzt als Beweismittel heranziehen, daß Lord Churchill als Staatsmann nach dem Kriege ein sehr lebhaftes Interesse daran hat, die Taten der englischen Regierung vor dem Volke, die unendliche Energie, die es aufgewandt hat, in den besten und schönsten Farben erstrahlen zu lassen? Können Sie das als ein objektives Beweismoment, wenn Sie daran denken, überhaupt würdigen?

Zeuge Admiral Koch: Ich glaube daran, daß der Engländer tatsächlich sich so betragen hat während dieser Zeit, ganz sicher. Es ist bekannt, daß gerade der Engländer in seinem, wenn ich so sagen soll, Sportssinn alles erträgt. Ob er so viel ertragen hat wie wir, das glaube ich allerdings nicht. Immerhin glaube ich, daß die Engländer in diesem Fall doch sehr stark darin waren, auch schon allein, weil sie ihren Schiffsraum und all dieses für ihre kriegerischen Operationen usw. nötig hatten. Sie konnten es unmöglich darauf ankommen lassen, den Schiffsraum noch weiter verringern zu lassen für später, für die Zukunft. Das ist gerade der springende Punkt. Wir wollten England nicht „auf die Knie zwingen“. Dieser Ausdruck ist nicht im Admiralstab geprägt worden. Wir wollten es zu Friedensverhandlungen geneigt machen, und das glaubten wir eben mit dem U-Boot-Krieg auch zu erreichen.

Abgeordneter Dr. Schücking: Ich habe zunächst noch eine technische Frage, Herr Admiral. In den Akten, die uns hier zur Kenntnis gekommen sind, in denen das Hauptquartier auf den unbeschränkten U-Boot-Krieg hinarbeitet, ist ein Schriftstück, in dem von der Meinung des Herrn Ludendorff die Rede ist, daß der unbeschränkte U-Boot-Krieg schon deshalb eintreten müsse, damit die Munitionstransporte nach Frankreich über den Kanal nicht weitergeführt werden könnten. Das ist offenbar ein wesentlicher Gesichtspunkt auch gewesen. Ist es nun technisch möglich gewesen, diese Munitionstransporte Englands über den Kanal durch den unbeschränkten U-Boot-Krieg zu hemmen?

Zeuge Admiral Koch: Ich habe gestern schon Auftrag gegeben zu einer Zusammenstellung gerade wegen des versenkten Kriegsmaterials. Es ist mir nicht möglich gewesen, diese Zahlen heute zu bekommen. Ich weiß, die Zahlen sind da — denn ich habe sie selbst zu meinen Vorträgen im Hauptquartier benutzt —, was an versenktem Material während dieser Zeit geleistet worden ist.

Abgeordneter Dr. Schücking: War es nicht vielmehr notorisch,

daß die Transporte durch den Kanal trotz des unbeschränkten U-Boot-Krieges völlig ungehemmt weitergangen sind?

Zeuge Admiral Koch: Völlig ungehemmt, das glaube ich nicht, jedenfalls nur auf den kurzen Kanalwegen, weil sie dort die gesamten Abwehrmittel hatten, erst Horchschiffe, dahinter Leuchtschiffe, dorthinter wieder zwei Linien mit Geschützen bewaffneter Vorpostendampfer. Also nur an der engsten Stelle des englischen Kanals — konnten die U-Boote nicht arbeiten. Dort allerdings sind auf kleinen Dampfern dauernd Transporte, aber auch diese nur bei Nacht, unterwegs gewesen, am Tage konnten aber auch diese wegen der U-Boot-Gefahr nicht fahren.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Wie kommt es, Exzellenz, daß Transporte aus Amerika überhaupt nicht verhindert werden konnten, weder ganz, noch teilweise, noch irgendwie erheblich? Haben Sie die Frage vorher nicht geprüft? Man mußte doch mit dieser Möglichkeit rechnen, daß große amerikanische Truppenmassen herüberkämen, und sich fragen, ob es möglich sei, den Transport zu hindern. Tatsächlich ist kein Transport behindert worden. Das spricht doch nicht für eine elementare Wirkung des U-Boot-Krieges.

Zeuge Admiral Koch: Ich glaube, die elementare Wirkung des U-Boot-Krieges erweist sich eben in der Tonnenzahl, die versenkt wird. Das U-Boot kann unmöglich auf einen oder zwei Transporter angesetzt werden, das ist ausgeschlossen. Das U-Boot arbeitet in seinem Bezirk und muß dort, wie ich vorher ausgeführt habe, alles, was kommt, nehmen, ob es Transporter ist oder etwas anderes. Würde das U-Boot die Wahl der Schiffe in der Hand haben, würde es selbstverständlich erst den Transporter genommen haben.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Exzellenz, wir kommen da wieder auf einen springenden Punkt. In der entscheidenden Sitzung vom 31. Januar im Reichstag wurde klipp und klar vom Staatssekretär v. Capelle erklärt: Wir brauchen Amerika nicht zu fürchten, kein Schiff mit Mannschaft kommt herüber; dafür haben wir die U-Boote; das ist willkommene Jagdbeute. Das war der Ausdruck. Es interessiert den Ausschuß, Ihre Ansicht darüber zu hören.

Vorsitzender: Wünschen Exzellenz hierzu das Wort zu nehmen? Sonst können wir die Antwort bis morgen zurückstellen. Es handelt sich also darum, daß offiziell erklärt wurde, Transportdampfer brauchen wir nicht zu fürchten.

Zeuge Admiral Koch: Ebenso wie wir den direkten Verkehr aller Dampfer nach England nicht abschneiden konnten — wie der

Kanzler schon sagte: wir konnten England nicht hermetisch absperren —, so konnten wir es auch nicht ausschließlich gegen Transportdampfer absperren.

Abgeordneter Gothein: Es ist uns mitgeteilt worden, daß insgesamt ein einziger amerikanischer Truppentransporter versenkt worden ist. Das steht in auffälligem Widerspruch mit der am 31. Januar 1917 in Aussicht gestellten vollständigen Versenkung aller Truppentransporte. Nun wollte ich folgendes fragen: Von dem Höhepunkt der Versenkungen, der im April oder Mai 1917 erreicht wurde, ist doch allmählich die Zahl der versenkten Tonnage ständig zurückgegangen und hat im Jahre 1918 eine ganz unbedeutende Ziffer erlangt. Es würde doch von Wert sein, einmal festzustellen, worin dieses Versagen der Unterseebootswaffe — je länger sie zur Anwendung gebracht wurde, um so mehr — beruht. Beruht das auf der Konvoyierung von Truppentransportern, die ja von den Amerikanern systematisch durchgeführt wurde, durch Kriegsschiffe, schnellfahrende Kreuzer usw., wodurch die Transporter besonders geschützt und gedeckt wurden? Oder beruht es darauf, daß man die Anwesenheit von U-Booten durch Horchschiffe usw. besonders klar erkennen konnte?

Zeuge Admiral Koch: Erschöpfend wird man die Frage wohl jetzt nicht beantworten können, weil wir vorläufig noch nicht wissen können, was und wie sich die Sache zugetragen hat. Wir sind aber der Ansicht, daß in aller erster Linie wohl die englische Gegenwirkung gewirkt hat durch Erfindungen, die in der Zwischenzeit gemacht worden sind, gerade durch die Horchschiffe, die schnellfahrenden Fahrzeuge, so daß die U-Boote dauernd unter Wasser gedrückt wurden und dementsprechend auch starke Verluste entstanden. Des ferneren ist das System, das die Amerikaner, beziehungsweise auch die Engländer in erster Linie durch die Konvoyierung und das dauernde Verlegen der Schiffswege, sowie durch den Wechsel der Ein- und Ausfahrt anwandten immerhin von erheblichem Einfluß gewesen. Wir haben ja dementsprechend dauernd mehr Verluste gehabt. Die U-Boote selbst haben nicht nachgelassen

Abgeordneter Dr. Schücking: Herr Admiral, Sie haben bei Ihrer Marinebehörde auch wohl eine juristische Abteilung. Es ist doch sicher auch die Rechtsfrage bei der Abfassung des Gutachtens berücksichtigt worden. Nun findet sich in jedem ausführlicheren Lehrbuch des Völkerrechts ein Kapitel mit der Überschrift „jus angariae“, und darin steht, daß nach einem alten seekriegsrechtlichen Institut der in einen Seekrieg verwickelte Staat die in seinen Häfen befindliche neutrale Tonnage gegen Entschädigung beschlagnahmen darf. Dieses Institut, das von ungeheurer politischer

Bedeutung war, indem daraufhin England Millionen von neutraler Tonnage beschlagnahmt hat, hat, soweit ich sehe, in den Denkschriften überhaupt keinerlei Berücksichtigung gefunden. Ist Ihnen etwas darüber bekannt?

Zeuge Admiral Koch: Ich glaube wohl, daß es Berücksichtigung gefunden hat.

Abgeordneter Dr. Schücking: Daß England ohne weiteres die neutrale Tonnage in Anspruch nehmen würde?

Zeuge Admiral Koch: Jawohl, die Kontrolle der neutralen Schiffahrt befindet sich ja auch in den amtlichen Zusammenstellungen. Also das muß mit berücksichtigt worden sein.

Abgeordneter Dr. Schücking: Zeitungsnachrichten zufolge ist das erst anläßlich der Friedensresolution im Juli 1917 zur Sprache gekommen, und es ist im Reichstag festgestellt worden, daß die Wirkung des unbeschränkten U-Boot-Krieges dadurch schon zum großen Teil ausgeglichen sei, daß England die neutrale Tonnage in Anspruch nähme.

Vorsitzender: Die Denkschrift des Reichskanzlers vom 29. Februar machte ja auf dieses Moment bereits aufmerksam, und diese Denkschrift ist der Admiralität selbstverständlich bekannt gewesen. Also muß doch in der Tat dieses Moment mit bewertet worden sein.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Exzellenz, Sie sagten, die Marine hätte immer nur erklärt, man wolle England friedensgeneigt machen, mehr nicht. Ich habe hier die Denkschrift —

Zeuge Admiral Koch: Zum Frieden *zwingen*!

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Dann ist es erledigt, denn es steht hier: „. . . daß wir, wie die Verhältnisse jetzt liegen, durch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg in fünf Monaten England zum Frieden zwingen könnten“.

Noch eine andere Frage. Sie wissen, daß damals in der Presse mit hohen Tönen immer davon gesprochen worden ist: wir werden England auf die Knie zwingen. Das ist kein amtlicher Ausdruck, sondern ein Presseausdruck der damaligen Zeit. Nun hatten Sie die *Zensurgewalt*. War es Ihnen nicht möglich, die furchtbar gefährlich übertriebenen Erwartungen, die dann in das Gegenteil umschlagen mußten, durch die Gewalt der Zensur, die Sie in Ihren Händen hatten, zu dämpfen? War es Ihnen oder Ihrer Behörde nicht möglich?

Zeuge Admiral Koch: Die Zensurgewalt lag überhaupt nicht beim Admiralstabe, sondern wir waren bezüglich der Zensur auf

das Oberkommando hier angewiesen oder auf die Oberste Heeresleitung. Eine andere Möglichkeit gab es für uns nicht. Uns wurden allerdings Artikel, die Marineangelegenheiten betrafen, zugesandt, wir waren aber nur Gutachter, und es wurde dann dort die Zensur angewandt. Ich erinnere mich nicht, ob gegen den Ausdruck offiziell Front gemacht worden ist. Von meinen Herren ist, soweit mir bekannt ist, in den Privatgesprächen und auch bei mir niemals von „auf die Knie zwingen" gesprochen worden. Ich habe mich auch bemüht und kann das speziell auch von Exzellenz Holtzendorff sagen, er hat sich bemüht, daß dieser Ausdruck nicht aufkommen konnte. Er ist aus sich geboren und aus sich verschwunden.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Darf ich noch eine Frage an Sie richten? Ist Ihnen bekannt, Exzellenz, daß auch durch Beteiligung von Marinebehörden planmäßig zugunsten dieses uneingeschränkten U-Boot-Krieges eine Agitation herbeigeführt worden ist?

Admiral Koch: Ich habe mir den Pressereferenten kommen lassen. Ich bitte, diese Frage später beantworten zu können, denn ich habe nicht mit ihm konferieren können. Mir ist nicht bekannt, daß eine aktive Propaganda für den U-Boot-Krieg von unserer Seite aus gemacht worden ist.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Exzellenz, ist Ihnen bekannt, daß die als streng vertraulich bezeichnete Denkschrift in der Bevölkerung stark verbreitet war und mit „wissenschaftlichen" Argumenten die Bevölkerung gefügig machte für diesen gefahrvollen Gedanken des uneingeschränkten U-Boot-Krieges? War Ihnen davon etwas bekannt?

Zeuge Admiral Koch: Nein!

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Nur daß die Denkschrift verbreitet war?

Zeuge Admiral Koch: Ja, das ist mir bekannt, aber später; wenn wir gewußt hätten, wie sie verbreitet worden ist, so wären wir zweifellos eingeschritten. Die Denkschrift, auch selbst die erste Denkschrift, ist lediglich an die Reichsämter, an die ausgesuchten Gutachter, von denen ich sprach, geschickt worden, außerdem an die militärischen Stellen, an die Schiffskommandos usw., immer nur an die militärischen Stellen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Exzellenz, auch diese Gutachter hatten doch die Pflicht zur Geheimhaltung? Es sind darunter verschiedene Persönlichkeiten, die einen ausgesprochenen Habitus haben

Zeuge Admiral Koch: Jawohl, die Denkschrift ist auch von diesen zurückgeschickt worden mit dem Gutachten. Es ist verlangt worden — —

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Aber vielleicht haben sie Abschriften zurückbehalten? Das wurde dadurch nicht verhindert.

Zeuge Admiral Koch: Nachdem es gerade bei der ersten Denkschrift so gegangen war, haben wir die zweite Denkschrift mit Nummern bezeichnet und nummernweise gegen Quittung ausgegeben. Die allerletzte Denkschrift an Hindenburg ist, glaube ich, nur in ganz wenigen Exemplaren ausgegeben worden.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Also irgendwo müssen die Exemplare „ausgewitscht" sein und in die Bevölkerung gekommen sein; tausendfach!

Zeuge Admiral Koch: Ich glaube nicht, daß die letzte Denkschrift an Hindenburg, wo gerade, glaube ich, dieser Ausdruck mit den fünf Monaten gebraucht ist, überhaupt an mehr als an sechs oder acht ausgegeben worden ist, und zwar zunächst lediglich eine für Hindenburg, eine für Exzellenz den Kanzler, und nachher sind uns einige Denkschriften abverlangt worden. Sonst sind überhaupt keine von uns ausgegeben.

Abgeordneter Dr. Cohn: Herr Admiral, Sie sprachen davon, daß der Admiralstab zur Presse nur einen Zugang hatte auf dem Wege über das Oberkommando und auch die Oberste Heeresleitung.

Zeuge Admiral Koch: Jawohl!

Abgeordneter Dr. Cohn: Es mögen darüber auch andere Auffassungen bestanden haben. Ich darf Ihnen folgendes Telegramm vorlegen: Am 1. Januar 1917 telegraphiert der Vertreter des Herrn Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes bei der Obersten Heeresleitung folgendes:

> General Ludendorff regt an, unsere Presse bis zum 1. Februar bei der Besprechung des U-Boot-Krieges zu zügeln. Er glaubt, Reventlow und Rippler seien durch Marine oder — oder! — Oberste Heeresleitung zum Schweigen zu bringen, wenn man ihnen vertraulich persönlich unsere Pläne mitteilte.

Ferner schlägt er kleine Mittel vor; das interessiert hier nicht. Danach scheint doch Herr General Ludendorff ohne weiteres angenommen zu haben, daß die Marine Zugang zur Presse hat. Sie brauche sich nur Reventlow oder Rippler kommen zu lassen und

Ihnen vertrauliche Mitteilungen zu machen. Sollte Ihnen das unbekannt sein, Herr Admiral, daß solche Wege bestanden haben?

Zeuge Admiral Koch: Jawohl, das weiß ich.

Abgeordneter Dr. Cohn: Ist es Ihnen insbesondere bekannt, daß der Graf Reventlow in unmittelbarer dauernder persönlicher Beziehung mit gewissen höheren Stellen der Marine gestanden hat — —

Zeuge Admiral Koch: Nein!

Abgeordneter Dr. Cohn: —— und aus unmittelbaren Informationen seine Artikel geschrieben hat?

Zeuge Admiral Koch: Das ist mir nicht bekannt. Ein einziger Fall ist mir davon bekannt; der betrifft mich selbst. Das war aber genau das Entgegengesetzte. Ich habe persönlich den Grafen Reventlow zu mir gebeten und habe mit ihm über den Unterseebootkrieg gesprochen und habe ihn gebeten, keine Propaganda zu machen, gerade die Propaganda auszusetzen, und zwar auf Bitten von Exzellenz Zimmermann.

Abgeordneter Dr. Cohn: Um welche Zeit war das, Herr Admiral?

Zeuge Admiral Koch: Das kann nur in der Zeit gewesen sein von dem Moment oder kurz vorher, als der U-Boot-Krieg beschlossen war, bis zu dem Zeitpunkt, wo er begann.

Abgeordneter Dr. Cohn: Das ist also der Zeitpunkt, auf den sich das Telegramm bezieht.

Zeuge Admiral Koch: Mir ist das Telegramm gänzlich unbekannt, — sondern ich habe mit Exzellenz Zimmermann damals gesprochen. Exzellenz Zimmermann hat mich gefragt: Sie sind doch mit Reventlow bekannt? — Er ist nämlich früher mal mein erster Offizier gewesen —. Ist es Ihnen möglich, Reventlow jetzt mal für eine Zeitlang zu bremsen? Da habe ich gesagt: ich glaube wohl, daß ich das machen kann. — Ich habe ihn mir kommen lassen, und der Erfolg ist tatsächlich dagewesen.

Abgeordneter Dr. Cohn: Eben, Exzellenz! Ich glaube, das wird auf Grund dieses Telegramms gewesen sein. Das Telegramm datiert vom 1. Januar 1917 und ist an Herrn Staatssekretär Zimmermann gerichtet.

Zeuge Admiral Koch: Auf diesem Wege, jawohl! Exzellenz

Zimmermann hat mich damals darum gebeten, und ich habe gesagt, ich werde das tun.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Ganz recht! Es rührt her von Legationsrat v. Grünau, gerichtet an das Auswärtige Amt. Herr v. Grünau war Vertreter des Auswärtigen Amtes bei der Obersten Heeresleitung. Also vermutlich ist das derselbe Vorgang.

Zeuge Admiral **Koch**: Jawohl! Das ist aber keine Propaganda, sondern — wie soll ich sagen? — das ist eine Gegenpropaganda.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Natürlich! Ich folgere nur aus der Selbstverständlichkeit, womit der General Ludendorff hier sagt: es wird sich wohl von der Marine auf Graf Reventlow und Rippler einwirken lassen, um sie zum Schweigen zu bringen — ich folgere daraus, daß man mindestens bei der Obersten Heeresleitung angenommen hat, der Zugang zur Presse sei für die Marine sehr leicht, nicht nur auf dem Umwege über das Oberkommando Berlin und die Oberste Heeresleitung.

Ich habe noch eine Frage über die Wirkungen des U-Boot-Krieges. Ich habe Sie so verstanden, Herr Admiral, es wäre nicht die Absicht gewesen, auf bestimmte Transporter loszugehen — das hätte sich ja nicht machen lassen —, sondern gewisse Transportgebiete, auf die die Transporter angewiesen waren, zu beherrschen und dadurch eine Wirkung auf eine allgemeine Herabdrückung der Tonnage — so verstand ich Sie — zu erzielen.

(Zeuge Admiral Koch: Jawohl!)

Nun, bei der Behandlung dieser Angelegenheit im Haushaltsausschuß ist diese Ansicht bei dem Herrn Staatssekretär v. Capelle nicht so klar zum Ausdruck gekommen; sondern er hat doch gegenüber den Bedenken, die der damalige Herr Abgeordnete Dr. David über die militärische Wirkung des Eintritts von Amerika in den Krieg erhoben hat, sich wesentlich günstiger und zuversichtlicher geäußert. Wenn ich diese Frage vielleicht auch an den Herrn Staatssekretär v. Capelle richten darf! — Hier heißt es im Protokoll der Sitzung vom 1. Februar 1917 folgendermaßen:

> Schließlich hat der Herr Abgeordnete Dr. David militärische Ausführungen über Amerikas mögliche Hilfeleistung gemacht. Meine Herren, ich gehöre gewiß auch zu denen, die den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg an der Seite unserer Gegner für einen schweren Schlag halten würden. Aber meine Bedenken liegen nicht

auf militärischem Gebiete, sie liegen auf ganz anderen Gebieten, wie vorher ausgeführt worden ist. In militärischer Hinsicht erachte ich die Stärkung durch den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg auf seiten unserer Gegner für Null.

(Abgeordneter Dr. Sinzheimer: So!)

Zunächst müssen erst einmal die oft genannten Hunderttausende von Freiwilligen in Amerika gefunden werden.

In England hat man die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. — Der Krieg hat nunmehr zwei Jahre gedauert, so daß mancher kopfscheu geworden ist. Ob sich viele Freiwillige in Amerika finden werden, die sich nach dem Kriegsschauplatz transportieren lassen wollen, bezweifele ich. Aber ich will einmal annehmen, sie würden gefunden. Dann müßten sie erst organisiert und ausgebildet werden.

Dann weiter: wenn sie fertig sind, müssen sie auch transportiert werden. Und nun heißt es:

Aber das ist ja noch gar nicht das Entscheidende. Meinetwegen sollen Hunderttausende von Leuten in den Vereinigten Staaten aufgestellt, organisiert und ausgebildet werden. Wie sollen sie nach England herüberkommen? Machen die Herren sich doch einmal klar, was dazu gehört, eine Armee mit Trains usw. herüberzuführen!

Jetzt kommen die Zahlenangaben: 400 000 Tonnen für 100 000 Mann. Das ist der entscheidende Punkt: das sind 100 Schiffe zu 4000 Tonnen.

Wo sollen sie denn bei der jetzigen Frachtraumnot diese 100 Schiffe herbekommen? Wenn sie sie wirklich zusammenbrächten: eine bessere Jagdbeute für unsere U-Boote auf der hohen See könnten wir uns doch gar nicht vorstellen.

Der Ausschußbericht verzeichnet hier ein Bravo.

Also die amerikanische Gefahr ist, was die Millionen Freiwillige anlangt, wie ich wiederhole, für unsere militärische Anschauung gleich Null.

Nun ist doch das ein schwer erklärlicher Widerspruch, Herr Admiral Koch!

Vorsitzender: Wünschen Herr Admiral sich sofort dazu zu äußern.

Zeuge Admiral Koch: Wir haben jedenfalls die militärische Bedeutung von Amerika nicht unterschätzt im

Admiralstab. Daß von Amerika zunächst mal nicht mehr zu erwarten sein würde bezüglich der Munitionszufuhr — ich glaube, daß doch in dieser Beziehung schon vor seinem Eintritt in den Krieg alles geleistet worden ist in Amerika, was geleistet werden konnte. Die Mannschaften, wie Exzellenz v. Capelle schon ausgeführt hat, mußten erst ausgebildet werden. Daß trotz alledem an sich nun mit allergrößter Anspannung auf das Ziel hingearbeitet werden würde, das ist doch unzweifelhaft bei uns in sehr schwerwiegender Weise berücksichtigt worden, wie ich auch vorher verlesen habe, in den Äußerungen des Admirals v. Holtzendorff, wo er das direkt zugibt. Im übrigen kann ich vielleicht daran anschließen — ich habe gerade die Zahlen bekommen —: es sind in dem einen Jahre vom 1. Februar 1917 bis zum 31. Dezember 1917 565 Schiffe mit Kriegsmaterial, davon 57 Schiffe, beladen mit Munition, versenkt worden.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Wieviel sind im ganzen gefahren?

Abgeordneter Dr. Cohn: Eine Frage noch: ist Ihnen die genaue Ziffer der transportierten amerikanischen Mannschaften bekannt?

Zeuge Admiral Koch: Nein, die Ziffer ist mir jedenfalls nicht im Gedächtnis. Ich habe sie mal gehört, aber ich kann nichts darüber aussagen.

Abgeordneter Dr. Cohn: Erinnern Sie sich vielleicht: es sollen zirka 800 000 — so ist es von anderer Seite angegeben worden — gewesen sein.

Zeuge Admiral Koch: Ich habe etwas mehr gehört.

Abgeordneter Dr. Cohn: Und berechnet waren 4 Tonnen pro Mann, nicht wahr?

Zeuge Admiral Koch: Dafür ist Herr Admiral v. Capelle zuständig, wie das berechnet ist, 4 Tonnen pro Mann.

Vorsitzender: Ich glaube, die Beantwortung wird wesentlich gefördert, wenn wir darüber Herrn v. Capelle vernehmen.

Zeuge Staatssekretär a. D. v. Capelle: Meine Damen und Herren! Von der Seekriegsleitung, dem Admiralstab, ist stets auf das nachdrücklichste während der ganzen Kriegsjahre, wo die Frage des U-Boot-Krieges gespielt hat, die Ansicht vertreten worden, daß der rücksichtslose U-Boot-Krieg innerhalb fünf bis sechs Monaten eine Beendigung des Krieges herbeiführen würde. Wie ein roter

Faden zieht sich dieser Gedanke durch alle Denkschriften, Äußerungen und Verhandlungen auch im Haushaltsausschuß. Nur auf diesen begrenzten Zeitraum von fünf bis sechs Monaten bezogen sich meine Äußerungen über Amerika, das heißt auf das, was Amerika militärisch in sechs Monaten leisten könnte, nicht aber auf das, was Amerika in 1½ bis 2 Jahren leisten könnte. Bezüglich dieser militärischen Leistung in den ersten sechs Monaten haben sich meine damaligen Ausführungen auch nicht als unrichtig erwiesen. Eine Diskussion darüber, was Amerika leisten könnte, wenn der Krieg noch etwa zwei Jahre dauerte, hat im Haushaltsausschuß nicht stattgefunden. Diese Möglichkeit, daß der Krieg trotz des uneingeschränkten U-Boot-Krieges noch zwei Jahre dauern könnte, wurde damals wohl auch von keiner Seite ernstlich in Betracht gezogen.

Meine Herren! Mit meinen Ausführungen über die militärische Bedeutung Amerikas mußte ich mich auf das stützen, was von seiten des Admiralstabes in der bekannten Denkschrift gesagt worden war. In dieser Denkschrift ist es für ausgeschlossen erklärt, daß innerhalb fünf, sechs Monaten ein amerikanisches Heer herüberkommen konnte. Das lag uns allen eigentlich in Fleisch und Blut. Es sind ja auch wohl nur sehr wenige Leute herübergekommen.

Was nun die fehlenden Versenkungen der amerikanischen Transportschiffe betrifft, so ist ja von einigen Herren des Ausschusses hier schon gesagt worden, ich hätte ausgeführt, daß keine Schiffe herüberkommen würden. Der Herr Abgeordnete Dr. Cohn hat ja vorgelesen, was ich gesagt habe.

> Eine etwaige Verschiffung innerhalb dieser sechs Monate würde sich

— jetzt mache ich einen kleinen Zusatz, um das erklärlicher zu machen —

> auf die letzten sechs Monate zusammenschieben, und dann wären rund 100 Schiffe erforderlich. Wo wollen sie bei der jetzigen Frachtraumnot die 100 Schiffe her bekommen? Wenn sie sie wirklich zusammenbrächten: eine bessere Jagdbeute auf der hohen See könnten wir uns gar nicht vorstellen.

Ich habe natürlich gemeint, daß wir von diesen 100 Schiffen, die die Truppen herüberbrächten, zahlreiche Schiffe torpedieren könnten. Ich glaube, zugeben zu müssen, daß die Marine, meine Person eingeschlossen, auch die Oberste Heeresleitung, sich in dieser Beziehung getäuscht haben. Ich glaube, wir sind alle der Ansicht gewesen, daß wir von den großen amerikanischen Transporten, wenn sie überhaupt eintreten würden — ich bitte, immer nicht zu

vergessen, daß eigentlich niemand so recht daran glaubte, weil wir mit fünf bis sechs Monaten rechneten, und viele Schiffe zur Beute fallen würden — ich glaube, daß jeder von uns, der danach gefragt worden wäre, dasselbe erklärt hätte. Weshalb eine umfangreiche Torpedierung amerikanischer Transportdampfer nicht erreicht wurde, das anzugeben, ist Sache der Seekriegsleitung.

Vorsitzender: Wir brechen hiermit die Sitzung ab. Morgen Fortsetzung um 10½ Uhr pünktlich.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 33 Minuten.)

---

8. Sitzung des 2. Unterausschusses

Freitag den 7. November 1919.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 34 Minuten durch den Vorsitzenden, Abgeordneten Warmuth, eröffnet.

Vorsitzender: Die Sitzung ist eröffnet.

Auf der Rednerliste steht zunächst noch der Name des Herrn Gothein. Ich bitte Herrn Gothein, zunächst das Wort zu nehmen.

Abgeordneter Gothein: Ich möchte zunächst an Herrn Admiral Koch eine Frage richten. Er hat gesagt, daß er auf Wunsch von General Ludendorff es bei dem Grafen Reventlow und dem Chefredakteur Rippler durchgesetzt hatte, daß sie nicht über den uneingeschränkten U-Boot-Krieg schrieben, und zwar, wenn ich ihn recht verstanden habe, handelte es sich um die Zeit von Weihnachten bis Ende Januar 1917, — daß sie also in dieser Zeit über den uneingeschränkten U-Boot-Krieg nicht schrieben. Darf ich zunächst mal fragen: stimmt dieses Datum dieser Vermittlungsaktion bei Reventlow und Rippler?

Zeuge Admiral Koch: Es muß in dieser Zeit gewesen sein; jawohl!

Abgeordneter Gothein: Lag denn nun bei dieser Intervention, sie zu veranlassen, daß sie eben über die ganze Frage des U-Boot-Krieges schwiegen, nicht die Absicht zugrunde, die feindlichen Mächte in eine gewisse Sicherheit zu wiegen, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg nicht kommen würde, und war etwa das die Aufgabe, die Eure Exzellenz übernommen hatten, diesen beiden Chefredakteuren klarzumachen, daß es unvorteilhaft sein würde, wenn gerade in dieser Zeit die U-Boot-Frage ernstlich erörtert würde?

Zeuge Admiral Koch: Zunächst mal ist es nicht geschehen auf Anregung der Obersten Heeresleitung, sondern auf Anregung von Exzellenz Zimmermann. Ferner hat die Absicht, die Sie hier voraussetzen, nicht vorgelegen. Mich hat Exzellenz Zimmermann gebeten, ich solle lediglich auf Reventlow einwirken, daß er nicht in zu schroffer, scharfer Form für den U-Boot-Krieg während dieser Zeit agitieren solle; er möge sich doch etwas zurückhalten. Das habe ich getan, und das ist mit Erfolg geschehen. Den zweiten Herrn habe ich nicht bei mir empfangen. Ich kenne ihn gar nicht.

Abgeordneter Gothein: Diese Sache würde damit erledigt sein.

Nun sagten Eure Exzellenz, daß die Zensurgewalt nicht beim Admiralstab gelegen hätte, sondern ausschließlich hier bei der Militärverwaltung. In den Akten befindet sich aber ein Telegramm des früheren Herrn Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg, worin er mitteilt, daß die Zensur in Marinefragen dem Staatssekretär des Reichsmarineamts abgenommen und dem Admiralstab übertragen würde. Es war das, kurz bevor Herr v. Tirpitz als Staatssekretär des Reichsmarineamts ausschied. Es war die Beschwerde darüber, daß die Zensur, wie sie dort gehandhabt würde, geradezu die politische Aktion des Reichskanzlers durchkreuzte, und das war der Anlaß gewesen — nach den Akten —, um die Zensur dem Reichsmarineamte fortzunehmen und dem Admiralstab zu übertragen. Ich möchte einmal fragen, was Eure Exzellenz darüber bekannt ist und wie das in Einklang zu bringen ist mit der gestrigen Äußerung?

Zeuge Admiral Koch: Die Zensurgewalt hat, soweit wie mir bekannt, immer hier bei der Obersten Heeresleitung beziehungsweise bei dem Oberkommando in den Marken gelegen. Die Vorzensur in Marineangelegenheiten befand sich beim Admiralstab. Selbst wenn wir eine Verfügung erwirken wollten, mußten wir uns an diese Behörden wenden. Selbstverständlich, wenn Marineartikel — ob sie nun auf den Unterseebootkrieg oder auf sonst irgend etwas Bezug hatten — zu zensieren waren, wurden sie zunächst zu uns hingeschickt, und dann konnten wir das Weitere veranlassen. Eine direkte Zensurgewalt hatten wir nicht. Wir haben zum Beispiel seinerzeit auf Bitten des Herrn Reichskanzlers damals selbst die Oberste Heeresleitung gebeten, daß überhaupt über den U-Boot-Krieg nicht geschrieben wurde. Das ist auch monatelang durchgeführt worden. Weiter kann ich darüber nichts sagen. Über die Details müßten wir eventuell die früheren Pressevertreter hören.

Abgeordneter Gothein: Tatsächlich lag doch die Sache so, daß jeder Artikel in diesen Fragen erst einem von dem Admiralstab bestimmten Herrn zur Zensur vorgelegt wurde.

Zeuge Admiral Koch: Jawohl!

Abgeordneter Gothein: Das war wohl nach seiner Rückkehr aus Amerika der Kapitän zur See Boy-Ed.

Zeuge Admiral Koch: Jawohl!

Abgeordneter Gothein: Nun bezüglich der Verbreitung der geheimen Denkschriften haben Eure Exzellenz gesagt, daß diese Denkschriften streng geheim gehalten worden sind. Nun findet sich in den Akten eine Beschwerde des damaligen Reichskanzlers Herrn v. Bethmann Hollweg darüber, daß allerdings die Tirpitzsche Denkschrift vom Februar 1916 in einer großen Anzahl von Exem-

plaren auch verbreitet sei an Stellen, die gar nichts damit zu tun haben und bei denen die Geheimhaltung derselben keineswegs gewährleistet war. In der Tat haben sehr viele Leute von dieser Denkschrift Kenntnis bekommen. Aber auch die andere Denkschrift, die ja doch eigentlich von Herrn Fuß ausgearbeitet worden ist, diejenige, die die Grundlage der Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges dann bildete, die Fuß-Levysche Denkschrift, sickerte doch sehr stark durch. Auch mir war zum Beispiel der wesentliche Inhalt derselben bekannt, ehe sie herauskam. Sind Eure Exzellenz in der Lage, anzugeben, wer alles diese Denkschrift bekommen hat? Das würde vielleicht heute nicht der Fall sein. Aber es würde vielleicht möglich sein, ein Verzeichnis derjenigen Stellen zu geben, die die Denkschrift in die Hand bekommen haben.

Zeuge Admiral Koch: Ich glaube, die Frage habe ich gestern ausführlich beantwortet. Die erste Denkschrift, auf die es ankommt, ist versandt worden an den Herrn Reichskanzler und an die übrigen Ämter. Vorher ist sie an die Herren gegangen, die wir hier als Gutachter genannt haben, und dann haben sämtliche militärischen Stellen sie bekommen.

Abgeordneter Gothein: Bis wohinab gehen die militärischen Stellen?

Zeuge Admiral Koch: Alle oberen Stellen bis zu den Kommandanten der Schiffe.

Abgeordneter Gothein: Auch der U-Boote?

Zeuge Admiral Koch: Ich glaube, wohl nicht alle U-Boot-Kommandanten, aber jedenfalls die U-Boot-Flotillenchefs.

Abgeordneter Gothein: Jedenfalls würde es doch ein erheblicher Kreis sein?

Zeuge Admiral Koch: Jawohl, ein militärischer Kreis. Als uns dann damals bekannt wurde, und zwar durch den Herrn Reichskanzler, daß Indiskretionen an irgendeiner Stelle begangen waren, haben wir die Denkschrift das nächste Mal unter Nummern und unter „Ganz Geheim“ herausgegeben und haben sie auf den engsten Kreis beschränkt. Die letzte Denkschrift — habe ich auch schon ausgeführt — ist überhaupt, wenn ich nicht irre, nur in vier Exemplaren herausgegangen, und zwar an den Reichskanzler, an den Generalfeldmarschall Hindenburg selbst. Ob der Staatssekretär des Äußern sie gleich bekommen hat, weiß ich nicht. Jedenfalls sind nachher noch einige Exemplare von den betreffenden Stellen erbeten worden.

Abgeordneter Gothein: War die Denkschrift gedruckt worden?

Zeuge Admiral Koch: Sie war gedruckt worden, jawohl, be-

fand sich aber dauernd unter Verschluß des betreffenden Referenten und war auch mit Kontrollnummern versehen.

Abgeordneter Gothein: Der Herr Staatssekretär v. Capelle hatte die starken Verluste an U-Booten in einem Artikel in der „Frankfurter Zeitung" auf das schlechte Material und die minderwertigen Besatzungen zurückgeführt, die beide mit der Zeit immer schlechter wurden. Nun haben sich auf den damals Kaiserlichen Werften nach dem Waffenstillstand außerordentlich viel Sparmetalle und Edeleisensorten vorgefunden. Die U-Boote wurden ja allerdings nicht auf den Reichswerften gebaut, sondern auf Privatwerften, aber es wäre doch die Möglichkeit gewesen, ihnen, wenn es ihnen an Material mangelte, dieses bessere Material der Reichswerften zur Verfügung zu stellen. Ist Eurer Exzellenz bekannt, daß der Abgeordnete Dr. Strube und ich immer wieder darauf gedrückt haben, daß die Materialien, insbesondere die Sparmetalle und die Edeleisensorten gerade für den U-Boot-Bau Verwendung finden sollten, und daß wir dafür eintraten, als die Neubauten an den Großkampfschiffen nicht weitergeführt werden sollten, daß das Material besser dem U-Boot-Bau zugeführt würde? Ist seitens des Admiralstabes in derselben Richtung hin darauf gedrückt worden, und, wenn das nicht erfolgt ist: warum? Setzte der Admiralstab immer noch die Hoffnung auf eine zweite Seeschlacht?

Zeuge Admiral Koch: Die Hoffnung, daß die Flotte noch eingesetzt werden sollte, hat der Admiralstab allerdings gehegt. Wann der Zeitpunkt gekommen sein würde, kann ich nicht sagen.

In der anderen Frage bezüglich des Sparmetalls ist mir nicht bekannt, ob wir darauf eingewirkt haben. Das war Sache des Staatssekretärs des Reichsmarineamts, einen Ausgleich auf den Werften zu schaffen.

Abgeordneter Gothein: Ist vielleicht der Herr Staatssekretär v. Capelle in der Lage, darüber Auskunft zu geben?

Vorsitzender: Kann vielleicht sogleich darüber Auskunft gegeben werden? Wenn ich bitten darf, Exzellenz v. Capelle!

Zeuge Staatssekretär a. D. v. Capelle: Wenn eine größere Bestellung von U-Booten gemacht wurde, so gingen eingehende Verhandlungen mit der Kriegsrohstoffabteilung des Kriegsministeriums voraus, um die erforderlichen Materialien zu beschaffen. Es wurde stets an uns die Forderung gestellt, daß wir einen Teil der Materialien aus unseren älteren Kriegsschiffen ausbauen und eventuell aus unseren Beständen entnehmen sollten. Das ist auch stets geschehen. Wir mußten entgegenkommen, sonst hätten wir von der Kriegsrohstoffabteilung nichts bekommen. Daß bei Abschluß des Krieges auf unseren Kaiserlichen Werften noch eine größere

Menge von Sparmetallen gefunden ist, weiß ich nicht, ich war seit längerer Zeit außer Dienst, es ist aber wohl möglich. Unsere Werften, die doch eine große Reparaturtätigkeit hatten, mußten sich immer Sparmetalle halten, um diese Reparaturen ausführen zu können.

Abgeordneter Gothein: Es war ja aber doch dann eine Bestimmung herausgegangen, daß in erster Linie auch das Material für die U-Boote verwendet werden sollte. Ich glaube, diese Bestimmung ist allerdings erst im Herbst 1917 herausgegangen.

Zeuge Staatssekretär a. D. v. Capelle: Die Reparaturtätigkeit auf unseren Kaiserlichen Werften erstreckte sich zum bei weitem größten Teil auf U-Boote. Neben den U-Booten war auch eine Reihe von anderen kleineren Fahrzeugen im Dienst, Minensuchfahrzeuge, Torpedoboote usw. Es war auch die ganze Flotte in Dienst, die imstande gehalten werden mußte. Das Material, das vorhanden war, ist an den Stellen gebraucht worden, wo es notwendig war.

Abgeordneter Gothein: Unterstand die Materialbewirtschaftung auf den Reichswerften auch der Rohstoffabteilung, oder hatte sie damit nichts zu tun?

Zeuge Staatssekretär a. D. v. Capelle: Damit hatte die Rohstoffabteilung nichts zu tun. Sie hat zwar vielfach den Anlauf genommen, aber das ließ sich praktisch nicht durchführen.

Abgeordneter Gothein: Also sie hatte keine Kenntnis über die Materialien, die dort lagen?

Zeuge Staatssekretär a. D. v. Capelle: Ich glaube nicht, daß sie eine laufende Kenntnis von dem Material hatte, das sich dort befand.

Abgeordneter Gothein: In Wirklichkeit haben sich außerordentlich große Vorräte vorgefunden.

Zeuge Staatssekretär a. D. v. Capelle: Wo denn?

Abgeordneter Gothein: In Kiel sowohl wie in Wilhelmshaven. Diese Frage ist erledigt.

Nun noch einige Fragen an Admiral Koch. Exzellenz sagten, die englische Flotte hielt sich dauernd wider Erwarten fern von den deutschen Küsten, verzichtete auf eine Seeschlacht wie auf die nahe Blockade. Sie blieb in ihren Häfen und sperrte mit leichten Seekräften die entfernteren Zugänge. Es ging daraus hervor, daß die ganzen Voraussetzungen für unsere Flottenkriegsrüstung eigentlich auf falschen Voraussetzungen beruhten. Nun steht in den Kriegserinnerungen des Generals Ludendorff:

Seit den Flottenübungen in den Jahren 1910 und 1911 waren Anzeichen vorhanden, daß England an eine weite Blockade dachte.

— Also an eine Blockade, die auf größere Entfernung hin die Zufuhren absperrte. Es würde also damals bereits nahegelegen haben, anzunehmen, daß eben die englische Flotte es nicht auf einen Kampf mit unserer Flotte, die ja nach den Äußerungen des Staatssekretärs Tirpitz als Risikoflotte gebaut war, ankommen lassen würde; es lagen Anzeichen vor, daß die Engländer nicht darauf ausgingen, sondern lediglich auf einen Handelskrieg, der uns die Zufuhr absperrte. Gegen diesen Handelskrieg aber konnten mit Erfolg doch einerseits bloß die U-Boote und andererseits die schnellen Kreuzer eingesetzt werden. Ist es richtig, daß auch die vom Reichstag bewilligten großen Kreuzer im wesentlichen als Schlachtschiffe ausgebaut waren?

Zeuge Admiral Koch: Die großen Kreuzer sollten allerdings mit in der Schlacht arbeiten. Wir haben gehofft, den Krieg noch einige Jahre hinausziehen zu können, um die Schlachtflotte dann in einem anderen Zustand zu haben, d. h. die Vermehrung, so daß wir dann in der Lage gewesen wären, die Entscheidung selbst an der feindlichen Küste zu suchen. Leider ist uns der Krieg dazwischen gekommen. Wären wir — das ist meine persönliche Auffassung — gleich in den ersten Tagen oder am ersten Tage hingegangen, ich glaube, wir hätten auch damals schon Erfolge gehabt.

Abgeordneter Gothein: Was die Hinausziehung bei weiterer Rüstung anlangte, so würden doch immerhin die Engländer das Doppelte plus 10 % gebaut haben, das Stärkeverhältnis wäre kein anderes geworden.

Zweitens: war die Geschwindigkeit unserer Schlachtschiffe, auch der großen Kreuzer, geringer als die der englischen Flotte?

Drittens: war die Tragweite unserer Geschütze geringer als die der Engländer?

Zeuge Admiral Koch: Unsere Geschütze, um das letztere zunächst zu beantworten, waren an der Tragweite, soweit mir bekannt, den englischen nicht unterlegen, sondern lediglich die Lafettierung unserer Mittelartillerie, was die Möglichkeit der Erhöhung anbetrifft. Sehr bald haben wir eine dahingehende Abänderung getroffen.

Unsere Schlachtkreuzer waren allerdings den englischen Schlachtkreuzern an Geschwindigkeit unterlegen, sie waren aber dafür an Kampfkraft, wie die Schlacht bewiesen hat, und gerade speziell an Güte des gesamten Materials diesen zweifellos überlegen. Wenn sich der Kriegsbeginn noch einige Jahre hinausgezogen hätte, so ist meine persönliche Überzeugung, daß

wir den Risikogedanken in hervorragender Weise verwirklicht haben würden. Mit der fertig ausgebauten Flotte hätten wir an die englische Küste herangehen und unter günstigen Bedingungen schlagen können.

Abgeordneter Gothein: Exzellenz sagten, daß die Lafettierung Mängel gehabt hätte, d. h. daß der Elevationswinkel der Geschütze nicht so hoch genommen werden konnte, um die größte Entfernung herauszubekommen?

Zeuge Admiral Koch: Jawohl!

Abgeordneter Gothein: Es hat sich eben wiederholt herausgestellt, ich glaube, auch in der Seeschlacht am Skagerrak, daß unsere Geschütze 2 Kilometer kürzer schossen als die englischen. Das stimmt wohl?

Zeuge Admiral Koch: Ich kann die Zahl nicht genau sagen.

Abgeordneter Gothein: Es ist uns seinerzeit, als ich diese Frage im Haushaltsausschuß zur Sprache brachte, mitgeteilt worden, daß die Sache weniger an der Lafettierung als daran läge, daß die Luken in unseren Panzern den höheren Elevationswinkel nicht gestatteten und daß das Panzerungsmaterial zu hart sei, um das auszarbeiten zu können. Ich bemerke, daß ich damals erst die Marineverwaltung auf die Verwendung des Knallgasgebläses für das Ausbrennen der Luken aufmerksam gemacht hatte, also die „rechtzeitige" Änderung erst auf Anregung des Haushaltsausschusses kam. Aber stimmt es, daß es sich weniger um die Lafettierung als um die unglückliche Konstruktion unserer Panzerluken handelte?

Zeuge Admiral Koch: Das ist eine Bauangelegenheit, über die Exzellenz v. Capelle Auskunft geben könnte.

Abgeordneter Gothein: Darüber ist im Ausschuß seinerzeit Auskunft gegeben worden. Es ist gesagt worden, daß unsere Schlachtkreuzer an Geschwindigkeit unterlegen waren. Das gilt wohl auch für die anderen Kampfschiffe? War es da nicht ein großes Risiko für uns, einen Seekampf an die englische Küste zu tragen? Denn bei einem Rückzug unserer Schiffe gegenüber der englischen Überlegenheit waren wir infolge des langsameren Fahrens unserer Schiffe bei der Verfolgung den stärksten Verlusten ausgesetzt.

Zeuge Admiral Koch: Bei der Rückkehr? Das glaube ich nicht, denn die hätte sich zweifellos nach der Tagschlacht abgespielt. Es kamen lediglich kleinere Fahrzeuge zur Verwendung, und ich glaube nicht, daß 1 oder ½ Knoten Geschwindigkeit einen Einfluß ausüben konnte.

Abgeordneter **Gothein**: Wenn man den Kampf an die englische Küste trug, war die Sache die, daß die Engländer ihre überlegenen Kräfte sehr rasch zusammenziehen konnten und in der Lage waren, unsere Flotte, nachdem wir uns zurückziehen mußten, zu verfolgen, wobei ihnen ihre größere Geschwindigkeit doch zugute gekommen wäre.

Zeuge Admiral **Koch**: Die Flotte wäre hoffentlich nicht so zusammengeschossen worden, daß sie nicht in irgendeiner Formation hätte zurückkehren können. Die anderen mußten sich doch auch erst sammeln.

Abgeordneter **Gothein**: Jedenfalls geht Ihre gestrige Äußerung dahin, daß sämtliche Voraussetzungen, wie der Seekrieg geführt worden ist, sich durch das Verhalten der Engländer als illusorisch erwiesen haben.

Zeuge Admiral **Koch**: Nein! Wenn wir stärker gewesen wären, hätten wir unter allen Umständen den Krieg an die englische Küste getragen, was wir unter diesen Umständen nicht getan haben. Das ist der Unterschied.

Konteradmiral v. Bülow: Ich bin in der Lage, eine Bekundung zu machen über die Schußweite der Geschütze in der Skagerrakschlacht.

Vorsitzender: Bitte!

Konteradmiral v. Bülow: Ich kann sagen, daß in der ganzen Skagerrakschlacht unsere Geschütze jederzeit in der Lage gewesen sind, den Feind zu erreichen, daß also die Lafettierung und die Schußweite dafür ausgereicht haben.

Abgeordneter **Gothein**: Dies steht wohl im Widerspruch mit den Mitteilungen, die seinerzeit vom Staatssekretär v. Capelle im Haushaltsausschuß gemacht worden sind, daß es richtig sei, daß das englische Geschwader schon auf 2 Kilometer Entfernung früher das Feuer eröffnet hätte und unsere Geschütze nicht auf diese Entfernung den Kampf eröffnen konnten.

Zeuge Staatssekretär a. D. **v. Capelle**: Ich glaube, der Zusammenhang war doch ein etwas anderer. Ich habe über die Skagerrakschlacht nach meiner Erinnerung verhältnismäßig wenig Mitteilungen gemacht, sondern habe diese Mitteilungen durch den Kapitän zur See Brüninghaus, der eins der ersten Schiffe in der Skagerrakschlacht geführt hat, machen lassen. Die Tatsache, auf die Herr Geheimrat Gothein anspielt, hat sich, glaube ich, bei anderer Gelegenheit zugetragen. Vor der Skagerrakschlacht hatte ein Kreuzergefecht stattgefunden — vielleicht wird Exzellenz Koch das Datum wissen — zwischen großen Kreuzern auf englischer und

auf unserer Seite bei einem abnorm klaren Wetter, wie man es nur sehr selten in der Nordsee findet. Bei diesem Zusammentreffen ist auf Entfernungen geschossen worden, an die wir vorher in der deutschen Marine — und ich glaube, für die englische Marine trifft dasselbe zu — kaum gedacht hatten. Dabei hat sich allerdings herausgestellt, daß teils durch die Luken in den Panzertürmen, teils durch die Lafettierung unsere Schußweiten geringer gewesen sind als die der Engländer. Das ist eine Tatsache, die ich damals zugegeben habe.

Vorsitzender: Damit wären diese Fragen erschöpft.

Ich bitte nun Exzellenz Koch, im Zusammenhange weitere Ausführungen zu machen und dabei an das anzuknüpfen, was Sie in der vorigen Sitzung ausgesagt haben. Ihre Aussage wird sich im wesentlichen wohl auf die Beantwortung der Frage konzentrieren müssen, was die Auffassung der Marinebehörde berechtigte, daß ein am 1. Februar eingeleiteter rücksichtsloser U-Boot-Krieg nach Ablauf von etwa fünf Monaten den Erfolg haben müßte, England zu einer Friedensbereitschaft zu bringen. Es wird also im wesentlichen darauf ankommen, uns noch einmal, soweit es bisher noch nicht geschehen ist, die Zahl der zur Verfügung stehenden U-Boote zu nennen, über die Höhe der Versenkungen eine Auskunft zu geben und schließlich ganz allgemein über die Aktionsmöglichkeit der U-Boote Ausführungen zu machen.

Zeuge Admiral Koch: Ich muß da zunächst noch einmal meinen Gedankengang in meinen bisherigen Ausführungen rekapitulieren. Ich war davon ausgegangen, in welcher Lage Deutschland sich infolge der von England eingeleiteten Hungerblockade befand, und daß Deutschland in der U-Boot-Waffe das einzige Mittel erstand, den Träger des gesamten englischen Wirtschaftslebens, den Schiffsraum, vielleicht vernichtend zu treffen. Ich habe dann eine Charakteristik des U-Boots gegeben, seine Verwendungsart dargelegt und insbesondere betont, daß eine unterschiedliche Behandlung der Feinde und der Neutralen nicht erfolgen konnte. Die Axt an die englische Seeherrschaft konnten wir legen. Der Gebrauch dieses Kriegsmittels war aber abhängig von dem Maß der militärischen Notwendigkeit und andererseits von der Bedeutung, die man den Beziehungen zu den Neutralen beimaß. Ich habe dann die Gründe vorgetragen, die den Chef des Admiralstabes, Admiral v. Holtzendorff, veranlaßten, den U-Boot-Krieg für den Herbst 1916 beziehungsweise zum Frühjahr 1917 ins Auge zu fassen. Ich bin auf die Untersuchungen über die militärischen Erfolge eingegangen und auf den Einfluß dieser Erfolge auf das Wirtschaftsleben Englands. Ich habe weiter davon gesprochen, daß Admiral v. Holtzendorff auf Grund dieser Überlegung zu der Überzeugung kam, die pflichtmäßige Erklärung abgeben zu können, daß der U-Boot-Krieg England etwa in fünf

Monaten zum Frieden zwingen würde; neben diesen angeführten militärischen und wirtschaftlichen Wirkungen müsse aber eine moralische Wirkung in England erzielt werden, die keinen Zweifel an dem militärischen und moralischen Durchhaltvermögen Deutschlands aufkommen lasse.

Der erhoffte Erfolg des U-Boot-Krieges ist nicht eingetreten. In rein militärischem Sinne sind die Erwartungen übertroffen worden, ein Fehler in der Denkschrift hat nicht nachgeprüft werden können, da die Unterlagen uns fehlten. Soweit war ich in meinen Ausführungen gekommen. Ich habe auch durch Verlesung aus einer Veröffentlichung des Admirals Sims, daß England nach drei Monaten U-Boot-Krieg bereits sich in einer gefährlichen Lage befand, meine Ausführungen gestützt. In den folgenden Monaten blieb der Erfolg des U-Boot-Krieges ziemlich auf gleicher Höhe, über 600 000 tons, und zwar dank der trefflichen Führung und der Aufopferungsfreudigkeit der Mannschaften. Wohl hatte die Abwehr des Feindes Fortschritte gemacht, und die Boote wurden dadurch in ihrer Tätigkeit gestört, andererseits hatten wir größere Verluste in dieser Zeit nicht zu beklagen.

Vorsitzender: In den fünf Monaten, nicht wahr? Sie sprechen immer nur von den fünf Monaten seit dem 1. Februar?

Zeuge Admiral Koch: Jawohl, in diesen fünf Monaten! Aber auch darüber hinaus waren die Verluste nicht groß. Die größeren Verluste haben erst später eingesetzt. — Ein Versagen auf dem Arbeitsgebiete der Marine kann daher nicht festgestellt werden, es muß auf anderen Gebieten gesucht und auch gefunden werden. Möglich ist es, daß die Engländer mit den gewaltigen Mitteln, die ihnen zur Verfügung standen, die neutrale Schiffahrt zu einem erheblichen Teile in ihren Dienst zwangen und dadurch einen Teil ihrer Lücken ausfüllten.

Meine Herren, ich stehe hier unter Eid und soll nichts verschweigen, was zur Sache gehört. Der U-Boot-Krieg hatte nicht den Zweck, England auszuhungern, wie vielfach fälschlicherweise angenommen wurde; er sollte durch den Verlust von Schiffsraum England dazu bringen, daß es sich sagte: es ist besser, jetzt Frieden zu machen, die Zeit arbeitet jetzt gegen uns. Das Wort, England durch den U-Boot-Krieg auf die Knie zu zwingen, ist, wie ich schon ausgeführt habe, nicht im Admiralstab geprägt worden. England sollte vielmehr durch den U-Boot-Krieg die Überzeugung gewinnen, daß Deutschland nunmehr länger durchhalten könne und wolle. Wie wir aus der Veröffentlichung des Admirals Sims ersehen, waren die U-Boote damals auf dem besten Wege, England die Überzeugung beizubringen, daß es dem Drucke der U-Boote nicht mehr lange standhalten könne.

Die Überzeugung aber England beizubringen, daß Deutschland noch lange aushalten könne und würde, das war nicht

Sache der Marine allein, das war Sache der Armee in militärischer Hinsicht, und auf allen sonstigen Gebieten Aufgabe aller Deutschen. Wie die Oberste Heeresleitung diese Aufgabe im Frühjahr und Sommer 1917 erfüllte, das wissen wir alle, und wir bewundern diese Leistung. Ein Verhängnis war es aber, daß zu dem Zeitpunkt, als das U-Boot der großen Seemacht scharf an die Nerven ging, als in England schon die Bedrängnis bezüglich des Frachtraumes eine Höhe erreicht hatte, daß, wie der Herr Reichskanzler glaubte und auch hier eidlich bekundete, Verhandlungsmöglichkeiten auf dem Weg waren sich anzubahnen, wo, wie der frühere Botschafter in Wien Graf Wedel in seiner Veröffentlichung in den „Hamburger Nachrichten" angibt, Lloyd George und Ribot schon im Begriff waren, nach Rom zu reisen, um mit den italienischen Kollegen über die Frage eines Verständigungsfriedens zu beraten, ein unseliger Zufall der Entente den überaus düster gefärbten Bericht des Grafen Czernin an den damaligen Kaiser von Österreich in die Hände spielte, der frohes Aufsehen in amtlichen Ententekreisen erregte. Nach diesem Berichte habe man geglaubt, daß Österreich, vielleicht auch Deutschland, nahe vor dem Zusammenbruch ständen. Man habe geglaubt, den Sieg in der Tasche zu haben, und habe demnach den Verständigungsgedanken definitiv fallen lassen.

Wenn nach einer solchen Vorbereitung des Ententegrundes kurze Zeit darauf von derjenigen Stelle des Reiches, die den Volkswillen zum Ausdruck bringt, eine neue Friedensaktion in Marsch gesetzt wird, so kann ich mir nicht vorstellen, daß durch eine solche Friedenskundgebung in einem Augenblick, wo die militärische Aktion der U-Boote gegen den Frachtraum noch voll im Gange war, eine andere Wirkung ausgeübt werden konnte als die des Friedensangebots der verbündeten Monarchen im vorhergehenden Dezember. Der Durchhaltewille unserer Feinde war damit mächtig emporgelodert, und man sah uns schon am Boden liegen. Ich möchte dies vorbringen, weil es meine feste Überzeugung ist und weil es hier zur Sache gehört, nämlich zur Beurteilung der Wirkung des U-Boot-Krieges. Der U-Boot-Krieg berechtigte die Aussicht auf volle Wirkung und Erfolg. Er war nicht leichtfertig, er war kein Vabanquespiel. Wenn Deutschland schon am Ende der Frist, in der der Erfolg erwartet wurde, seinen Feinden Anlaß zu der Annahme eines nachlassenden Durchhaltevermögens gab, so ist meines Erachtens daraus die Folgerung zu ziehen, daß dieses Kriegsmittel noch früher hätte zur Anwendung gebracht werden müssen; denn die U-Boote haben bei der steigenden Abwehr und in härtester Arbeit nicht mehr vollbringen können, dem Feinde solche Wunden zu schlagen, daß er in dem Glauben seines besseren Durchhaltevermögens wieder irre geworden wäre.

Vorsitzender: Herr Oberst v. Mertz, Vertreter des Kriegs-

ministeriums, bittet hier um das Wort zu einer Erklärung, die sich hier unmittelbar anschließt.

Oberst v. Mertz: Ich bin nicht vereidigt, Herr Vorsitzender!

Vorsitzender: Sie würden als Vertreter des Kriegsministeriums sprechen und damit als Vertreter der Regierung sich äußern.

Oberst v. Mertz: Meine Herren, es ist gestern die Äußerung aus dem Tagebuch des amerikanischen Admirals Sims über die Wirkung des U-Bootes hier vorgelesen worden. Der Herr Reichsminister Dr. David hat Zweifel darein gesetzt, ob Sims wirklich — ich möchte fast sagen — die Realitäten klar gemeldet hat, oder ob er nicht aus politischen Gründen diese Realitäten gefärbt hat. Ich möchte diese Behauptung des Herrn Reichsministers Dr. David unbedingt als zu Recht bestehend erklären, wenn ich auch darauf aufmerksam machen möchte, daß Sims nicht einen Bericht, sondern ein Tagebuch veröffentlicht. Das ist etwas wesentlich anderes.

Es wurde dann auch eine Rede von Churchill vorgelesen, und es wurde auch hier der Zweifel erhoben, ob Churchill rein sachlich gesprochen hat oder — wollen wir sagen — nicht allzusehr als Patriot gesprochen hat. Meine Herren! Wir hatten aber doch im Sommer 1917 einen ganz klaren, deutlichen Anhalt bei der Obersten Heeresleitung dafür, daß der U-Boot-Krieg wirkte. Daß diese Sache durch die Marine nicht zur Sprache gekommen ist, kommt wohl daher, daß alle diese Mitteilungen in den Akten verschwunden sind; da drin fristen sie nun ihr Dasein. Ob diese Akten durchgearbeitet werden, wie es meiner Meinung nach zur Klärung dieser Frage absolut notwendig wäre, das möchte ich mit einem Fragezeichen versehen. Ich bin damals in dieser Sache beteiligt gewesen. Ich bekam eines Tages — es war, soviel ich mich erinnere, im Juni 1917 — einen Funkspruch. Dieser Funkspruch war zwischen Rom und Petersburg aufgefangen. Es ging nämlich auch das Auswärtige Amt in Rom von der Anschauung aus, daß wir nicht imstande wären, ähnlich, wie es andere Auswärtige Ämter auch geglaubt haben, die chiffrierten Depeschen zu dechiffrieren. Meine Herren, wir waren seit dem November, soviel ich weiß, 1914 — denn meine Person war damals an der Sache beteiligt — imstande, sämtliche englischen Funksprüche zu dechiffrieren. Wir hatten jederzeit ein vollständig klares Bild über das, was die Engländer funkten. Auch bekamen wir nach und nach ein vollständiges Bild von den Chiffren zwischen den feindlichen Regierungen. Warum zwischen Rom und Petersburg gefunkt wurde und nicht telegraphiert auf dem sicheren Wege des Kabels, das weiß ich nicht. Es kam also dieser Funkspruch zu mir und lautete klipp und klar dahin, daß durch die verheerende Wirkung des U-Boot-Krieges die Lebens-

mittelfrage in England so schwierig geworden ist, daß man voraussichtlich genötigt sein wird, das Saloniki-Unternehmen, wenn nicht abzubrechen, so wenigstens einzuschränken. Man müßte Truppen von dort fortziehen. Was das bedeutete, meine Herren, das ist ohne weiteres klar. Ein Aufgeben des Saloniki-Unternehmens war eine Preisgabe Griechenlands an uns. Mit der Preisgabe Griechenlands an uns waren wir imstande, unsere U-Boot-Stützpunkte nach dem Süden von Griechenland zu verlegen und damit jeden mittelländischen Verkehr Englands unmöglich zu machen. Damit verfiel auch die englische Expedition in Syrien. Es wäre eine ungeheure Entlastung unserer militärischen Lage eingetreten. Wie kolossal diese Entlastung gewesen wäre, ergibt sich aus Bulgariens Zusammenbruch im September 1918. Der weitere Verlauf an der mazedonischen Front war, soviel ich mich erinnere, folgender. Italien hatte Bedenken dagegen geltend gemacht, daß dieses Saloniki-Unternehmen eingeschränkt oder gar aufgegeben werden sollte. Mit Recht natürlich! Es fürchtete ja um seine Stellung in Albanien, um seine Stellung in Valona. Italien wußte ganz genau, daß, wenn das Saloniki-Unternehmen aufgegeben werden muß, Griechenland einfach in die Hände der Mittelmächte fällt.

Nun war es interessant, zu verfolgen, wie nach und nach, ich möchte sagen, die schlechte Stimmung abflaute. Die Lebensmittelversorgung des Saloniki-Unternehmens scheint nach den Eindrücken, die wir nun bekommen haben, dadurch ermöglicht worden zu sein, daß der Engländer rücksichtslos die gesamte Getreideernte der Griechen in Thessalien für seine Armee beschlagnahmte. Ob Griechenland hungerte oder nicht, war ihm total wurscht; seine Armee wurde erhalten. Damit war die erste Gefahr beseitigt. Dann scheint es nach und nach den Engländern gelungen zu sein, durch die Einrichtung des Verkehrs über Brindisi und Santa Quaranta die Sicherheit des Saloniki-Unternehmens wieder zu garantieren. Noch weiter, meine Herren! Ich erinnere mich — ich glaube mich nicht zu täuschen —, daß auch in diesen Sommermonaten durch unser Abhören von Ferngesprächen an der mazedonischen Front damals die Meldung an mich kam, daß die englischen Batterien in ihrem Verbrauch von Munition außerordentlich vorsichtig sein sollten. Ich glaube, es war ein Befehl an eine englische Artilleriebeobachtungsstelle ergangen, ein Befehl, den wir durch unsere Hörapparate mit abgehört haben. Da hat es geheißen, die Munitionsanforderungen sollen eingeschränkt werden, denn die Munitionierung wäre in dem bisherigen Umfange nicht mehr möglich. Also hatte die Oberste Heeresleitung damals den Eindruck, daß der U-Boot-Krieg unzweifelhaft einen ganz bedeutenden Einfluß ausübte, und ich habe damals mit Exzellenz Ludendorff über die Sache eingehend und wiederholt gesprochen. Ich erinnere

mich, daß ich persönlich ein Telegramm an den General Scheckoff entworfen habe, in dem ausgesprochen wurde, er solle sofort zu gewaltsamen Erkundungen schreiten, damit klargestellt werde, ob Zurückziehungen von Truppen eintreten, ob die gegnerische Munitionierung nun wirklich nach und nach versagt. Die bulgarische Oberste Heeresleitung hat in der Sache nichts getan — aus Gründen, die ich hier nicht mitteilen kann. Wir sind damals auch erneut dem Gedanken nahegetreten, ob es nicht möglich wäre, durch einen Angriff im großen die Verhältnisse festzustellen, ob es vielleicht sogar möglich wäre, die Entente mit Gewalt zur Aufgabe des Saloniki-Unternehmens zu zwingen in diesem doch ziemlich kitzligen Augenblick. Wir mußten davon Abstand nehmen aus Gründen, die sich wohl hier darzulegen erübrigt.

So war das Bild, welches sich im Juni der Obersten Heeresleitung zeigte. Wo die betreffenden Telegramme lagern, das kann ich im Moment nicht feststellen. Ich müßte die Akten beim Reichsarchiv durchstudieren lassen. Da werden sie jedenfalls liegen.

Reichsminister Dr. **David**: Was die Mitteilung betreffs des Tagebuchs des Admirals Sims anlangt, so hat mich der Herr Vertreter des Kriegsministers wohl gestern falsch verstanden. Ich habe die Vermutung ausgesprochen, daß die englischen Autoritäten, Jellicoe und die Staatsmänner, die mit Sims gesprochen haben, allen Grund hatten, die Wirkung des U-Boot-Krieges möglichst in düstersten Farben zu schildern, um auf Amerika einen starken Eindruck zu machen, damit Amerika alle Kräfte anspannte, um möglichst rasch mit allen seinen Hilfsmitteln der Entente zu Hilfe zu kommen. Das war der Sinn meiner Ausführungen.

Dann hat der Herr Vertreter des Kriegsministeriums entwickelt, daß in der Tat der U-Boot-Krieg so sehr gewirkt habe, daß man sogar daran gedacht habe, das Saloniki-Unternehmen aufzugeben. Ich glaube, man darf aber feststellen, daß er nicht so stark gewirkt hat, daß die Entente das Saloniki-Unternehmen wirklich aufgegeben hat. Und das war das Entscheidende! Sie hat dieses „Schach dem König!", das sie in Saloniki angekündigt hatte, aufrechterhalten, bis der militärische Moment gegeben war, es auszuführen, die Lebensader nach Konstantinopel zu durchschneiden, unsere ganze Ostpolitik in Zusammenbruch zu bringen.

Der Herr Admiral Koch hat dann entwickelt, der U-Boot-Krieg habe in der Tat so gewirkt, daß das Ziel, England zu einem Verständigungsfrieden bereit zu machen, erreicht worden wäre, wenn nicht im Juli 1917 die Entente zu der Überzeugung gebracht worden wäre, die Mittelmächte können nicht weiter; und darum seien sie von ihrem Verständigungsfrieden wieder abgekommen und hätten den Krieg fortgesetzt. Daran sei die Re-

solution des Reichstags schuld. Sie habe also gewissermaßen verhindert, daß man die Entente mit Hilfe des U-Boot-Krieges auf die Knie gezwungen habe.

Diese Logik ist mir unklar. Ich möchte sie daher durch die Fragestellung an den Herrn Admiral klären. Wenn England zur Einsicht kam: die U-Boote greifen mir so an die Existenz, daß ich es nicht mehr lange aushalten kann, daß ich zum Frieden kommen muß, sonst ist's um mich geschehen, — war dann nicht psychologisch eigentlich zu schließen: dann werden die Engländer, wenn man ihnen eine goldene Brücke baut, daß sie aus der Geschichte herauskommen, bevor sie verloren sind, auf diese Brücke treten?

(Heiterkeit und Unruhe.)

Ich meine, das lag sehr nahe.

Nun macht Herr Admiral Koch allerdings den gegenteiligen Schluß: sie traten wegen der Friedensresolution nicht auf diese goldene Brücke. Was mußte aber dann das Schicksal der Engländer sein? Sie waren nach Herrn Admiral Koch schon so weit durch die U-Boote gekommen, daß sie einsahen: wir kommen nicht mehr weiter. Dann mußten sie ja doch demnächst zusammenbrechen. Denn es kam ja nicht zum Verständigungsfrieden. Das ist doch wohl die zwingende Logik. Die Verständigungsresolution hat ja den U-Boot-Krieg nicht aufgehalten; im Gegenteil, es war ja auch darin gesagt: wir kämpfen weiter mit allen Mitteln, bis wir diesen Frieden der Verständigung bekommen. Und wir kämpften ja dann auch weiter mit allen Mitteln. Tatsache ist also, daß die Engländer nicht auf die Knie gezwungen worden sind, trotzdem wir weiter kämpften. Also war der Schluß doch wohl falsch, den er zieht. Wir haben die Engländer in Wirklichkeit nicht friedenswillig gemacht, wir haben der Entente nicht die Munition absperren können, die sie für ihre großen Offensiven im Westen brauchte, und wir haben die Engländer nicht bis zum Hungern gebracht, obgleich wir den U-Boot-Krieg noch über ein Jahr fortsetzten; wir haben es nicht erreicht, daß sie zusammengebrochen wären, und wir haben Amerika nicht verhindert, mit seinen ungeheuren Hilfsmitteln schließlich auf dem westlichen Kriegsschauplatz zu erscheinen. Danach scheint mir sein Schluß, daß wir in der Tat die Engländer schon bis zum Juli 1917 so weit gebracht hätten, daß sie selber einsahen, wir kommen nicht weiter, der U-Boot-Krieg macht uns kaputt, — danach scheint mir dieser Schluß gänzlich hinfällig zu sein.

Vorsitzender: Die Ausführungen des Herrn Reichsministers Dr. David haben immer zur Voraussetzung, daß von seiten des Herrn Admirals gesagt worden wäre: England — das war unser Zweck und Ziel — muß in fünf Monaten auf die Knie gezwungen sein. Das ist aber, soweit ich die Ausführungen von Exzellenz Koch dahin rekapituliere, ja nicht der Fall, sondern ich glaube, Sie

(zum Zeugen Admiral Koch) darin richtig verstanden zu haben, daß es sich nur darum handelt, daß die Engländer nach Ablauf von fünf Monaten sich sagten: das Geschäft ist schlecht, das machen wir nicht mehr weiter.

Zeuge Admiral **Koch**: Ja!

Vorsitzender: Das ist der springende Punkt, das ist das Ziel, das Sie im Auge hatten, daß es eine rein geschäftliche Erwägung des Engländers zum Schluß war: soll ich mich friedensbereit finden oder nicht?

Zeuge Admiral **Koch**: Jawohl!

Vorsitzender: Ich glaube also, daß durch die Bestätigung meiner Frage gleichzeitig die Antwort darauf gegeben wird, was der Herr Reichsminister Dr. David von Ihnen wünschte.

Zeuge Admiral **Koch**: Ja!

Vorsitzender: Oder wollen Sie nach dieser Richtung weitere Ausführungen machen?

Zeuge Admiral **Koch**: Nein, das ist meine volle Überzeugung.

Reichsminister Dr. **David**: Wir haben es auch so aufgefaßt, daß die Engländer bis zum Juli dahin gebracht wurden zu sagen: wir machen das Geschäft nicht weiter, weil wir es nicht weiter machen *können*. Sie haben es aber weitergemacht und haben den Beweis geliefert, daß sie es noch lange weiter machen *konnten*. Gibt das der Herr Admiral zu?

Zeuge Admiral **Koch**: Jawohl! Aber wodurch? Das habe ich eben vorhin ausgeführt, wodurch! Hätten wir gezeigt, daß wir stark sind, daß wir durchhalten wollen mit allem

(sehr richtig!),

dann wären wir auch durchgekommen.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender: Ich bitte die Anwesenden nochmals, Beifall oder irgendwelche Äußerungen der Zustimmung oder Nichtzustimmung zu unterlassen.

Reichsminister Dr. **David**: Die Engländer haben ja gesehen, daß wir durchhalten wollten. Wir haben ja durchgehalten.

Zeuge Admiral **Koch**: Nein, das haben sie nicht gesehen. Das ist es eben gerade! Sie haben erfahren, daß unsere Bundesgenossen nicht mehr aushalten konnten. Wodurch? Dadurch, daß ihnen Berichte zugingen, die für andere bestimmt waren. Da mußten sie sehen, daß sie tatsächlich, wenn sie durchhielten, uns

eventuell wirklich noch marode machen würden, — was ihnen gelungen ist.

Reichsminister Dr. **David**: Es wäre ja möglich gewesen, daß die Engländer durch diese Berichte zu der falschen Auffassung gekommen wären, wir und die Bundesgenossen könnten nicht mehr durchhalten. Aber der Tatsachenverlauf mußte doch dieses Urteil korrigieren: sie sahen doch, daß wir noch ein ganzes Jahr durchhalten konnten. Und wenn sie es nicht ihrerseits vermocht hätten, wenn die U-Boote wirklich so gewirkt hätten, so hätten sie ja wohl nachgeben müssen, da wir tatsächlich noch ein Jahr durchgehalten haben. Also kann ich immer noch nicht diese Logik verstehen.

Abgeordneter **Gothein**: Exzellenz Koch hat ausgeführt, daß der rein militärische Erfolg des U-Boot-Kriegs, wenigstens in den ersten fünf Monaten, noch übertroffen worden sei. Darüber ist auch bei den Gegnern des uneingeschränkten U-Boot-Krieges nie ein Zweifel gewesen. Ist es Exzellenz bekannt, daß im Haushaltsausschuß von mir vorausgesagt worden ist, daß die Tonnageversenkung in den ersten Monaten eine sehr viel größere sein würde als die 600 000 Tonnen? Es handelte sich aber darum, welches Ziel auf die Dauer erzielt werden würde, ob es ausreichend sein würde, England zum Einlenken zu bringen.

Es wäre wünschenswert, wenn wir jetzt einmal genau die Zahlen über die einzelnen Monatsversenkungen während der ganzen Dauer des Krieges von Februar ab bekämen. Auch die Vorzeit ist sehr wichtig. Soviel ich mich erinnere, sind im Januar 1917, also im letzten Monate des Kreuzerkrieges, 435 000 Tonnen versenkt worden. Die Zahl ist dann natürlich mit dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg wesentlich gestiegen, aber wohl auch deshalb, weil im Februar mehr U-Boote an die Front gebracht wurden als im Januar. Auch darüber bitte ich einmal um Auskunft.

Weiter um eine Äußerung darüber, ob die Leistung sich nicht mit der zunehmenden Verlängerung der Tage in den nächsten Monaten steigern mußte. Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß während der Nacht ein Versenken kaum möglich gewesen sei, daß da die U-Boote zu wenig sehen konnten, obgleich das ja nicht vollständig zutrifft. Aber in den langen Winternächten ist es selbstverständlich schwieriger als in den Sommernächten.

Nun ist weiter gesagt worden, in den ersten fünf Monaten und darüber hinaus hätten wir keine großen Verluste an U-Booten gehabt. Ich bitte, uns auch da zahlenmäßig die Verluste in den einzelnen Monaten anzugeben, sie aber nicht mit dem Juli abzuschließen, sondern darüber hinaus auch die folgenden Monate. Soviel ich mich zu erinnern glaube — aber ich bitte darüber um Auskunft —, waren die Monate August und September besonders ungünstig. Ich glaube, im Juli oder August haben wir

wohl 12 U-Boote verloren. Ich bitte einmal um Mitteilung, ob diese Zahl richtig ist.

Gleichzeitig bitte ich dann um Mitteilung, welche Zugänge an frontbereiten U-Booten in dieser Zeit in den einzelnen Monaten eingetreten sind, und wie sich diese Zahlen zu den in Aussicht gestellten Zugängen an neuen U-Booten verhalten. Meines Erinnerns sind die wirklichen Zahlen erheblich zurückgeblieben hinter den in Aussicht gestellten Zugängen. Ist es richtig, daß das im wesentlichen darauf beruht, daß den Werften viel zu kurze Lieferfristen aufgegeben wurden? Im Haushaltsausschuß ist damals ausgeführt worden, daß die Werften ganz außerstande gewesen seien, in den ihnen aufgezwungenen Lieferfristen die Boote abzuliefern, weil dieselben so bemessen waren, daß man, wenn eine Serie in Auftrag gegeben war und das letzte U-Boot, wo man bereits vollständig darauf eingerichtet war — ich will einmal sagen: in neun Monaten —, abgeliefert wurde, dann nicht nur für die nächste Serie einen kürzeren Zeitraum für jedes Boot feststellte, sondern auch für wesentlich größere Boote neuerer Konstruktion von vornherein kürzere Baufristen aufstellte, so daß also diese ganze Berechnung von vornherein fehlerhaft sein mußte. Ich bitte den Herrn Admiral, sich auch darüber zu äußern.

Vorsitzender: Ich möchte fragen: Ist Herr Korvettenkapitän Bartenbach, von dem uns gesagt wird, daß er über alle diese Fragen eine erschöpfende Auskunft geben könnte, bereits hier? Sie wollten ihn benachrichtigen, Herr v. Bülow.

Konteradmiral **v. Bülow:** Herr Kapitän Bartenbach ist hier.

Vorsitzender: Es ist vielleicht gut, Herr Kapitän Bartenbach, wenn Sie sich gleich hierher begeben, damit Sie sofort in die Verhandlung eingreifen können.

(Zeuge Korvettenkapitän Bartenbach begibt sich an den Zeugentisch.)

Zeuge Admiral Koch: Es ist mir ein Komplex von Fragen gestellt worden. Es ist mir unmöglich, diese Fragen zu beantworten. Ich habe früher als stellvertretender Chef des Admiralstabs das Material für alles dieses zur Hand gehabt. Also müssen sich die Zahlen, die von mir verlangt werden, in den Akten befinden. Ich weiß nicht, wo die Akten sind. Ich habe hier schon ausgeführt, daß der Admiralstab aufgelöst ist. Sie sind irgendwo, sie müssen sich in der Admiralität befinden, und von da können sie geholt werden; ich kann sie nicht holen.

Mir ist aber jetzt ein Zettel zugegangen, auf dem der Bestand an U-Booten angegeben ist. Unter meinem Eide kann ich die Zahlen nicht aussagen. Der Zettel ist mir aber von den Herren Kommissaren der Admiralität zur Verfügung gestellt worden.

An der Front befanden sich:

im Februar . . . . . . 103 U-Boote,
im März . . . . 121 U-Boote,
im April . . . . 124 U-Boote,
im Mai . . . . 128 U-Boote,
im Juni . . . . 131 U-Boote,
im Juli . . . . 130 U-Boote,
im August . . . . 123 U-Boote,
im September . . . . . 132 U-Boote,
im Oktober . . . . . . 134 U-Boote.

Die Versenkungsziffern waren:

im Februar . . . . 781 500 t,
im März . . . . 885 000 t,
im April . . . . 1 091 000 t,
im Mai . . . . 869 000 t,
im Juni . . . . 1 016 000 t,
im Juli . . . . 811 000 t,
im August . . . . 808 000 t,
im September . . . . . . 872 000 t,
im Oktober . . . . 874 000 t.

Die Verluste in denselben Monaten waren:

im Februar . . . . 2 U-Boote,
im März . . . . 6 U-Boote,
im April . . . . 2 U-Boote,
im Mai . . . . 7 U-Boote,
im Juni . . . . 3 U-Boote,
im Juli . . . . 7 U-Boote,
im August . . . . 4 U-Boote,
im September . . . . . . 9 U-Boote
im Oktober . . . . 9 U-Boote.

Allgemein kann ich sagen: die Leistungen der U-Boote steigerten sich allerdings mit zunehmender Tageshelle. Im übrigen ergibt sich der Zuwachs an U-Booten in den einzelnen Monaten aus den verlesenen Angaben. Einzelnes darüber kann vielleicht Kapitän Bartenbach sagen.

Vorsitzender: Ich glaube, wir können das später machen, es gehört jetzt meiner Ansicht nach nicht zur Sache. Ich würde davon zunächst Abstand nehmen.

Zeuge Admiral **Koch:** Kapitän Bartenbach könnte vielleicht darüber Aufschluß geben, daß es auf die Zahl der U-Boote nicht so ankommt wie lediglich auf das, was das U-Boot an Wirkungsmöglichkeiten findet. Kapitän Bartenbach ist immer im U-Boot-Fach gewesen, er war selbst U-Boot-Kommandant, ist nachher Flottillenchef in Flandern gewesen und kann infolgedessen jede Auskunft geben.

Vorsitzender: über die Aktionsfähigkeit, über die Frage, wie oft es auslaufen kann, wie oft es in Wirksamkeit treten kann? Das ist eine Frage, die in der Tat eine baldige Beantwortung erheischt. Ich möchte infolgedessen Herrn Korvettenkapitän Bartenbach gleich als Zeugen darüber vernehmen. —

(Zeuge Korvettenkapitän Bartenbach tritt vor.)

Darf ich um Ihren Vornamen bitten?

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach:** Karl.

Vorsitzender: Ihr Alter?

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach:** 38 Jahre.

Vorsitzender: Wünschen Sie den Eid mit der religiösen Formel oder ohne diese mir nachzusprechen?

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach:** Mit der religiösen Formel.

(Zeuge Korvettenkapitän Bartenbach leistet den Zeugeneid.)

Vorsitzender: Also darf ich Sie bitten, in der Weise, wie jetzt soben am Schluß angeregt worden ist, eine Auskunft über die Aktionsfähigkeit der U-Boote zu geben.

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach:** Die Aktionsfähigkeit der U-Boote hängt naturgemäß nicht allein von den U-Booten selbst ab, sondern von dem Mitspieler auf dem Kriegsschauplatz, vom Feinde. Je weniger Gegenwirkung, desto mehr Erfolg. Die Gegenwirkung war zu Kriegsbeginn am geringsten und fing allmählich an, im Laufe der Monate und Jahre, wie der Gegner sich auf die U-Boote einzuspielen gelernt hatte, schärfer zu werden. Die Gegenwirkung war im Jahre 1915 so minimal, daß ein U-Boot auf See eigentlich wie der Hecht im Karpfenteich arbeiten konnte. Es gab kaum ein Mittel, das dem U-Boot ernsthaft gefährlich werden konnte, wenn es nur rechtzeitig tauchen konnte. Die Verhältnisse waren im Laufe des Jahres 1915 nicht viel verschärft worden. Im Beginn des Jahres 1916 waren ebenfalls noch verhältnismäßig einfache Verhältnisse auf See und verhältnismäßig wenig Gegenwehr. Es war ein Punkt ganz besonders noch nicht in die Erscheinung getreten, der später im Laufe des Krieges den Booten sehr verderblich wurde. Das war die Minengefahr. Das englische Minenmaterial war im Jahre 1915 und im Jahre 1916 so mangelhaft, daß die U-Boote eine ernste Gefahr in den englischen Minen nicht finden konnten. Ich will nur eines anführen: Die englischen Minen schwammen bei Ebbe zu Tausenden an der Oberfläche, so daß man jederzeit mit einem Flieger oder U-Boot selbst bei diesem Wasserstande die Minenfelder genau feststellen konnte.

die Minen reihenweise mit dem Gewehr abschießen konnte, was auch in Hunderten und Tausenden Fällen getan wurde.

Die zweite Gefahr, die noch nicht weit entwickelt war, war die Gefahr durch die feindlichen U-Boote selbst. Die Engländer haben uns durch das energische Verwenden ihrer U-Boote gegen unsere U-Boote teils auf dem Marsch, teils im Zusammenwirken mit U-Boots-Fallen eine ganze Reihe von Booten vernichtet. Die englischen Boote waren zu Beginn des Krieges natürlich auf den Kampf gegen feindliche U-Boote noch nicht eingespielt; außerdem war die Zahl der englischen U-Boote verhältnismäßig gering, gemessen an dem riesigen Seeraum, den sie zu bearbeiten hatten.

Die dritte Gegenwehr war die Fliegergefahr. Die Fliegergefahr hat sich im Laufe des Jahres 1918 ganz besonders scharf entwickelt. Auch weit in See konnte man feindliche Flieger finden, nicht nur in allernächster Nähe der Küste. Die Fliegerwaffe ist ja, wie allgemein bekannt, in England auch erst im Laufe des Krieges ausgebildet worden, und im Jahre 1915 und im Jahre 1916 war von den englischen Fliegern auf See sehr wenig zu fürchten. Sie waren allerdings in der Nähe der feindlichen Küste schon zu sehen, sie waren aber nicht eingespielt auf das Angreifen der U-Boote; sie sahen die U-Boote nicht rechtzeitig, auch das Bombenwerfen war außerordentlich mangelhaft.

Der nächste Punkt der Gegenwehr, der die Leistungsfähigkeit der U-Boote bei der Tätigkeit selbst am meisten beeinflußte, war die Bewaffnung der Handelsschiffe. Es war klar, solange die Dampfer keine Kanonen hatten, waren sie dem kleinsten U-Boot, das nur ein 5-cm-Geschütz hatte, vollkommen ausgeliefert. Wenn das Boot nur einigermaßen in der Nähe des Dampfers auftauchen konnte, dann konnte ein großer Dampfer es nicht darauf ankommen lassen, von dem Geschütz des U-Boots bewegungsunfähig gemacht zu werden und dabei Leute zu verlieren, so daß er tatsächlich sich rechtzeitig ergeben mußte. Die Bewaffnung der Dampfer ist planmäßig von den Engländern durchgeführt worden. Es hat auch schon zu Beginn des Krieges, da die Engländer diese Frage schon vor dem Kriege ins Auge gefaßt hatten, bewaffnete Dampfer gegeben. Die Bewaffnung konnte aber nur allmählich mit dem Fertigstellen der Geschütze und mit dem Einbauen der Geschütze auf den Dampfern verhältnismäßig langsam vor sich gehen. Dazu kam, daß die englische Industrie gleichzeitig die Artillerie für ein sehr starkes Feldheer aufstellen mußte, und namentlich die Art von Geschützen, die für U-Boots-Abwehr gebraucht wurden, also leichte Geschütze von 10 cm abwärts auch bei der Feldarmee in der Hauptsache in riesiger Zahl gebraucht wurden. Die Dampferbewaffnung wurde so weit durchgeführt, daß es schließlich Ende des Jahres 1917 und im Jahre 1918 fast nicht mehr möglich war, den Dampfer in aufgetauchtem Zustande abzutun, weil der Dampfer unter allen Umständen das Feuer eröffnete.

Es kam noch eine weitere Abwehrmaßnahme des Gegners hinzu, die sich auch erst verhältnismäßig spät entwickeln konnte, die 1916 noch gar nicht nennenswert in Erscheinung trat, die aus den Versuchen noch nicht heraus war. Das war das Horchverfahren. Der Gegner hat es — und wir haben das Horchverfahren auch verfolgt — der Gegner hat es in hoher Weise vervollkommnet, er konnte tatsächlich gegen Schluß des Krieges im englischen Kanal die U-Boote fast überall hören. Er hat überall an der Küste Horchstationen gehabt, die die U-Boote, auch wenn sie getaucht waren, hörten und verrieten und damit die übrige Bewachung alarmierten. Diese Art der Abwehr war im Jahre 1915 überhaupt nicht praktisch gemacht worden und im Jahre 1916 in so bescheidenen Anfängen, daß eine Gegenwehr damit nicht erzielt wurde. Das waren die Hauptpunkte, die der Feind als Gegenspieler auf See der Aktionsfähigkeit der U-Boote entgegenzusetzen hatte.

Vorsitzender: Konnte man eine Vervollkommnung dieser Abwehrmaßnahmen nicht voraussehen, so daß man sie mit in Rechnung stellen mußte, wenn man den Erfolg des rücksichtslosen U-Boot-Krieges in einer gewissen kurzen Zeitspanne vor Augen hatte?

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach:** Man mußte selbstverständlich damit rechnen, und man hat auch damit gerechnet, daß die Gegenwehr des Gegners wachsen würde, daß er sich genau so in den Abwehrmaßnahmen vervollkommnen würde, wie wir selbst es getan haben.

Der zweite Punkt, von dem die Aktionsfähigkeit der U-Boote abhängt, ist die technische Leistungsfähigkeit der Instandsetzungswerften. Es ist klar, daß ein U-Boot, das — ich will mal sagen — 14 Tage auf See gearbeitet hat, mit seiner verhältnismäßig empfindlichen Maschinenanlage nach dieser Zeit einer Überholung, wie wir es in der Marine nennen, eines Nachsehens der sämtlichen technischen Teile bedarf. Dazu ist spezielles Personal nötig, dazu muß das Bordpersonal, das bisher mit dem Boote gefahren ist, mitarbeiten, und außerdem muß dazu die Arbeiterschaft der technischen Reparaturstellen herangezogen werden. Die Leistungsfähigkeit dieser technischen Reparaturstellen war jedenfalls im Jahre 1915 und 1916, was die Leistungsfähigkeit der Arbeiter anbelangt, außerordentlich gut. Es war aber ganz klar, daß mit den allmählich knapp werdenden Materialverhältnissen — die Rohmaterialien konnten nicht mehr in dem Umfang verwendet werden, es mußten Ersatzmaterialien eingeführt werden, die Reparaturen wurden unzuverlässiger, und die Arbeitskraft der Arbeiter ließ naturgemäß auch nach infolge der mangelnden Ernährung —, infolgedessen konnte man zwar im Jahre 1916 mit verhältnismäßig kurzen Reparaturzeiten rechnen, wie im Jahre 1915; es hat sich aber im Laufe der Zeit gezeigt,

daß die Leistungsfähigkeit im Wiederherstellen der Boote im großen und ganzen nachließ, namentlich auf den Werften in der Heimat. Die Leistungen konnten nicht mehr so sein, wie sie im Jahre 1915 und 1916 waren. Man mußte überall Rücksicht nehmen und konnte nicht mehr Nachtschichten machen; es konnte nicht mehr mit Überstunden so scharf gearbeitet werden, und es mußten die Sonntage innegehalten werden.

Alle diese Punkte zusammen zeigten doch, daß die volle Ausnutzung der U-Boote am besten dadurch gewährleistet war, daß man möglichst früh, ehe sich alle Verhältnisse gegen uns verschlechtert hatten, die Boote einsetzte und ausnutzte, daß — und ich sehe es heute noch als viel wesentlicher an —, daß man eine geringere Zahl von voll auszunutzenden Booten gegenüber einem nicht so eingespielten, nicht so vorbereiteten Gegner ansetzte, als später eine größere Zahl unter schlechteren Verhältnissen. Die Erfolge einer größeren Zahl unter besser eingearbeiteten Gegnern mußten allmählich geringer werden als die, die man mit einer geringeren Zahl in den früheren Jahren erreichen konnte.

Vorsitzender: Hat sich auf den Werften eine Absichtlichkeit der Arbeiter in irgendeiner Weise geltend gemacht, lässiger zu arbeiten?

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach:** Nein, das kann man nicht feststellen.

Vorsitzender: Hat man mit Verrat rechnen müssen, oder sind verräterische Handlungen vorgekommen, sind Geheimnisse der U-Boot-Waffe verraten worden?

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach:** Nein, das kann man nicht sagen.

Vorsitzender: Dann bitte ich fortzufahren, oder sind Ihre Ausführungen zu Ende?

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach:** Ich könnte vielleicht noch auf bestimmte Fragen Auskunft geben.

Abgeordneter **Gothein:** Wie steht es mit der Feststellung der versenkten Tonnage? Die konnte doch lediglich festgestellt werden nach den Schätzungen, welche die Führer der U-Boote in ihre Bücher eintrugen. War da nicht der Phantasie sehr starker Spielraum gewährt? Die Ergebnisse, die jetzt vorliegen aus englischen und anderen feindlichen Quellen über die Zahl der versenkten Tonnage bleiben doch weit hinter dem zurück, was von uns nach den Berichten der U-Boot-Kommandanten angegeben worden ist.

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach:** Wir haben selbstverständlich das psychologische Moment, das darin liegt, daß der Kommandant mit nicht zu wenig Erfolgen nach Hause kommen

will, von vornherein ins Auge gefaßt. Ich will einmal schildern, wie es gemacht wird, wenn ein solcher Kommandant nach Hause kam. Wenn der Kommandant sich bei mir meldete, war meine erste Frage: wieviel Dampfer, wieviel Tonnen? Darauf wurden mir die Zahlen genannt, und ich fragte ihn: wie können Sie das beweisen, also was hat der Dampfer nach Ihrer Schätzung für eine Länge gehabt, wie breit war er, haben Sie den Dampfer überhaupt von vorne gesehen, haben Sie die Zahl der Boote gesehen, hat der Dampfer Aufbaudecks gehabt, wieviel Schornsteine hat er gehabt, und wie stark war die Kopfzahl der Besatzung, die Sie gesehen haben? Namentlich der letzte Punkt bietet erfahrungsgemäß ein ganz gutes Bild von der Größe des Dampfers, wenn es sich um einen Frachtdampfer handelt. Über diese Fragen mußte der Kommandant Auskunft geben. Dann wurde ihm gesagt, wir wollen glauben, daß Sie den Dampfer soundso geschätzt haben. Die Kommandanten waren von vornherein, weil sie dieses Kreuzverhör zu erwarten hatten, vorsichtig. Nebenbei möchte ich eins bemerken. Es war uns mehrere Jahre lang möglich, durch Abhören der feindlichen Funksprüche, die wir genau hörten und auch entzifferten, ehe der U-Boot-Kommandant zu Hause war, genau zu wissen, welche Dampfer er versenkt hatte, weil der Dampfer entweder selbst Funkspruch machte und um Hilfe rief, oder feindliche Funksprüche von den Landstationen meldeten: „hier sind Leute vom Dampfer soundso geborgen“ oder „wo ist der Dampfer soundso?“ Aus diesen Funksprüchen wußten wir ziemlich genau die Namen der Dampfer. In all den Fällen, wo wir diese Angaben, die ich eben nannte, nicht genau genug bekommen konnten, setzten wir von vornherein schon von den Schätzungen des Kommandanten zwangsweise 10 % ab, und um eine weitere Sicherung gegen zu hohe Schätzungen zu haben, setzten wir jeden Dampfer, der unbekannt war, dessen Namen wir absolut nicht feststellen konnten, namentlich alle Dampfer, die auf Minen gelaufen waren, mit 1000 Tonnen ein. Das ist ganz sicher eine Zahl, die sehr viel geringer ist als der Durchschnitt der Dampfer, die dort aufgelaufen waren. Es kam weiter in Betracht, um die Schätzungen der Kommandanten zu korrigieren, daß man für jeden Kriegsschauplatz ungefähr eine Durchschnittszahl der Tonnage der Dampfer kannte, die da fuhren. Es war also ein merkwürdiges Ereignis, wenn im englischen Kanal ein unbekannter Dampfer plötzlich 10 000 oder 15 000 Tonnen gehabt hätte. Da waren die Dampfer im allgemeinen kleiner. Andererseits konnte man bei einem Dampfer auf den Straßen des Mittelmeeres immerhin mit nicht unter 4- bis 5000 Tonnen rechnen. Wir haben uns also bewußt bemüht, möglichst gering zu schätzen; denn es war uns ganz klar, daß wir uns lächerlich machen würden, wenn wir immer große Zahlen meldeten, die nachher vom Feinde nicht bestätigt würden.

Nebenbei, was der Herr Fragesteller vorhin sagte, daß die Engländer erheblich andere Angaben gemacht hätten und namentlich jetzt machten, das stimmt nicht so ganz. Es haben bei Beginn des Waffenstillstandes, wie mir noch vor wenigen Tagen einer meiner U-Boot-Kommandanten meldete, englische Offiziere und der Führer der englischen Kontrollkommission, mit denen er sich eingehend über die Frage unterhalten hat, ihm klar und deutlich gesagt, daß die genauen Berechnungen der englischen Admiralität ergeben hätten, daß die U-Boot-Kommandanten nur einen durchschnittlichen Schätzungsfehler von 7 bis 10 % gemacht hätten. Ich möchte feststellen, daß wer irgendwie Schiffe kennt, einen Schätzungsfehler von nur 10 % für ganz hervorragend gut halten muß. Einen Dampfer von 3000 Tonnen nicht auf 3500 oder 3600 zu schätzen, das ist selbst dem altbefahrenen Seemann nicht möglich.

Ich möchte noch eins hinzufügen. Wir haben auf allen U-Booten eine ganze Menge Seesteuerleute gehabt, wir haben eine Menge Reserveoffiziere gehabt, die ihr Leben lang auf Dampfern gefahren sind und vielfach die Dampfer schon persönlich kannten. Alle Angaben derselben wurden bei der Feststellung der Dampfer gewissenhaft verwendet. Die Kommandanten haben großen Wert darauf gelegt, einen solchen Mann heraufkommen zu lassen, ihm den Dampfer zu zeigen und zu sagen: Kennen Sie den Dampfer? Dann sagte er: das ist einer von der und der Linie, auf dem bin ich schon gefahren, er hat soundsoviel Tonnen. Und dann waren wir froh, solche Angaben zu haben.

Zeuge Admiral Koch: Die so gesichteten Zahlen, die uns also nun von Flandern und überall gemeldet wurden, wurden im Admiralstab in einem besonderen Bureau zusammengestellt. Wir haben uns also mit diesen Zahlen noch nicht einmal ohne Prüfung einverstanden erklärt, sondern ein vollständiges Bureau, von dem nunmehr die Meldungen der Feinde, solange sie vorhanden waren, oder die uns durch unser Nachrichtenwesen, aus anderen fremden Zeitungen oder irgendwoher kamen, prüfte eingehend, ob die Dampfer auch stimmen, und wo sie als Verlust der Feinde eingesetzt werden konnten. Es wurde so lange gesucht, bis die betreffenden Dampfer gefunden waren; sie wurden dann eingesetzt, und dann erst haben wir alles addiert und die Zahlen veröffentlicht.

Abgeordneter Gothein: Es sind doch jetzt, nachdem die Feindseligkeiten über Jahr und Tag eingestellt sind, die Engländer und die anderen Feinde also gar kein besonderes Interesse mehr haben, falsche Zahlen zu geben, die Zahlen der Verluste durch Torpedierung, also durch Unterseeboote, die die Engländer, Franzosen und Italiener aufgestellt haben, wesentlich geringer als die der versenkten Tonnage nach den Berichten, die uns mitgeteilt worden sind. Wie ist das zu erklären? Es handelt sich hier nicht

um Differenzen von 7 bis 10 %, die ja durchaus verständlich wären, sondern um sehr viel größere Differenzen, die meines Wissens ungefähr auf ein Drittel gehen.

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach**: Eine Erklärung liegt darin, daß die Engländer bei der Berechnung der versenkten Handelsschiffstonnage grundsätzlich alle Schiffe weggelassen haben, die als Hilfskreuzer und im Dienste der Admiralität fuhren. Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Es wurden z. B. sämtliche Kohlentransporter, die im Dienste der Admiralität fuhren, und die wir natürlich äußerlich als gewöhnliche Dampfer ansehen mußten und als solche gerechnet haben, nicht mitgerechnet. Ferner haben die Engländer alle diejenigen Schiffe, die havariert eingeschleppt wurden und von denen wir in einzelnen Fällen annehmen konnten und annehmen mußten, daß sie nicht nach Hause kamen, natürlich nicht als versenkt gerechnet, trotzdem sie monatelang ausblieben. Ferner haben sie alle Schiffe, die sie wieder gehoben und geborgen hatten, und das ist auch ein großer Teil gewesen, die an der Küste im sinkenden Zustande aufliefen, wieder abgezogen; sie haben tatsächlich nur die Tonnen, die von rein privater Handelsschiffstonnage auf den Meeresgrund sank und nicht wieder hoch kam, angerechnet.

Abgeordneter **Gothein**: Darf ich mal fragen, ob das lediglich für die Kriegszeit gilt oder auch für die Zahlen, die jetzt in England veröffentlicht worden sind; denn meines Erachtens haben die Engländer jetzt doch keinen Grund, den Gesamtverlust zu niedrig darzustellen und dabei die Kohlentransporter usw., die als Hilfskreuzer der Marine galten, nicht mitzurechnen. Jetzt haben sie doch das Interesse, die Gesamtschädigung festzustellen.

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach**: Ich kann natürlich zu diesem Punkte unter meinem Eide als Sachverständiger nichts sagen. Aber ich kann vielleicht meine Ansicht sagen.

Vorsitzender: Vielleicht kann sich Exzellenz H e l f f e r i c h dazu äußern, der, wie ich sehe, sich eben zum Wort meldet.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Ich darf vielleicht darauf aufmerksam machen, daß die e n g l i s c h e R e g i e r u n g vor kurzer Zeit eine genaue A u f s t e l l u n g veröffentlicht hat. Wenn mir die Zahlen genau im Gedächtnis sind, werden dort als versenkt gemeldet nahezu 8 Millionen Tonnen, als havariert über 8 Millionen Tonnen, im ganzen gegen 16 Millionen Tonnen.

Abgeordneter **Gothein**: Einschließlich der auf Minen gelaufenen?

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Einschließlich der auf Minen gelaufenen, wie ja auch bei uns die Verluste im Minen-

krieg mitgerechnet sind. Die 15 oder 16 Millionen Tonnen gehen erheblich über das hinaus, was bei uns an englischen Schiffen als versenkt gemeldet worden ist, so daß die Zahlen, die hier gegeben worden sind, durchaus plausibel erscheinen.

Konteradmiral v. Bülow: Ich würde sehr dankbar sein, wenn ich die Zahlen, die Herr Abgeordneter Gothein nannte, bekommen könnte. Es ist mir nicht gegenwärtig, was er meint. Es wäre wertvoll, wenn wir diese Zahlen bekommen und mit unseren vergleichen könnten.

Abgeordneter Gothein: Ich habe diese Zahlen neulich in der Zeitung gelesen; Exzellenz Helfferich wahrscheinlich auch. Es war aus englischer Quelle mit Angabe der dortigen Quelle gemeldet, also wohl ziemlich einwandfrei. Nun fiel mir auf, daß die Zahl der Schiffe, die in Verlust geraten sind, welche durch Minen verloren sind, höher als diejenigen sind, die gemeldet sind als verlorengegangen durch Torpedierung von U-Booten.

Zeuge Korvettenkapitän Bartenbach: Wenn ich richtig verstanden habe, soll nach diesen Nachrichten die Zahl der durch Minen versenkten Dampfer erheblich größer sein, als die der torpedierten. Das ist natürlich vollständig ausgeschlossen. Das ist ganz unmöglich. Das läßt sich mit der Zahl der gelegten Minen nicht in Einklang bringen. Die Zahl der torpedierten Schiffe muß viel höher sein.

Zeuge Admiral Koch: Wir haben in den ersten Monaten des U-Boot-Krieges, wo diese großen Versenkungsziffern waren, immer gesagt: die Dampferverluste, die uns gemeldet werden, addieren wir, und der Rest, der dann eventuell bleibt, muß durch Minenversenkungen veranlaßt sein, die wir ja nicht wissen konnten. Wir haben durchschnittlich, wenn ich mich nicht täusche, über 100 000 Tonnen, manchmal eine noch höhere Zahl, nicht unterbringen können. Davon wurde wieder ein Prozentsatz abgezogen, und als im Mai die Veröffentlichungen ausblieben, setzten wir, solange die Minentätigkeit die gleiche blieb, 100 000 Tonnen als Minenverlust ein, schätzungsweise. Als nachher einige von den Minen-U-Booten nicht zurückkamen und die Minenunternehmungen entsprechend geringer wurden, haben wir wieder abgesetzt und sind auf 80 000 Tonnen heruntergegangen. Es ist das ein absolut zuverlässiges Verfahren, wie es nur der gewissenhafte Deutsche machen kann. Der Engländer hätte es nicht getan.

Abgeordneter Dr. Cohn: Herr Kapitän, ich verstehe Sie so: in den ersten Jahren des Krieges hätten Sie die Möglichkeit gehabt, durch Kontrolle der feindlichen Funksprüche schon vor der Meldung Ihres U-Boot-Kapitäns den Verlust eines Dampfers festzustellen. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Korvettenkapitän Bartenbach: Ja!

Abgeordneter Dr. Cohn: Bis wann ging diese Möglichkeit?

Zeuge Korvettenkapitän Bartenbach: Die Möglichkeit ist während des ganzen Krieges nicht abgerissen. Es wurde bloß das Entzifferungsverfahren im Laufe des Jahres 1918 so schwierig, daß wir vielfach die Funksprüche nur nachträglich mit großer Verspätung oder überhaupt nicht entziffern konnten. Tatsächlich haben wir bis zum letzten Tage des Krieges diese Funksprüche entziffert, bloß nicht mehr so zuverlässig, weil die Engländer natürlich im Laufe der Zeit ein raffiniertes Chiffrierungsverfahren anwandten. In der ersten Zeit des Krieges funkten sie überhaupt alles in offener Sprache, so daß wir täglich stoßweise die feindlichen Funksprüche bekamen, die wir ohne weiteres zu unserer Orientierung lesen konnten.

Abgeordneter Dr. Cohn: Noch eine Frage! Für die zunächst in Betracht kommende Zeit, also für die ersten neun Monate des Jahres 1917 — die hat ja auch Herr Admiral Koch genannt — interessiert mich folgendes wesentlich: Wie war der technische Gang des Angriffes eines U-Bootes? Auf welche Entfernung? Wie verhielt sich das U-Boot nach Abfeuerung des Schusses? Im Durchschnitt der Fälle natürlich.

Zeuge Korvettenkapitän Bartenbach: Man muß dabei den Überwasserangriff und den Unterwasserangriff unterscheiden. Jedes U-Boot bemühte sich natürlich zunächst mal aus Gründen der Munitionsersparnis, und weil der Angriff mit dem Geschütz sehr viel einfacher und leichter ist, in sehr vielen Fällen besser anzuwenden ist als der Torpedoschuß, den Überwasserangriff zu machen. Dieser spielte sich folgendermaßen ab.

Ich muß vorausschicken: es kommt natürlich immer darauf an, in welcher Gegend sich das Boot befand. Nehmen wir einen Punkt an, an dem mit feindlicher Bewachung in allernächster Nähe nicht zu rechnen war. Das U-Boot sichtet eine Rauchfahne, peilt sie, das heißt visiert sie an und versucht festzustellen, ob der Dampfer, der noch unter dem Horizont ist, von dem er nur die Rauchfahne sieht, in einer solchen Nähe ist, daß er ihn erreichen kann, oder nicht. Das sieht er sehr bald, ob er nach links oder rechts oder nach vorn oder hinten auswandert. Er nimmt dann den Kurs, um mit Vorhalten dem Dampfer näherzukommen. Ist er nahe gekommen und erlaubt das Wetter den Gebrauch des Geschützes, dann wird das Geschütz besetzt. Es wird aus Sicherheitsgründen aus möglichst großer Entfernung aus dem eigenen Boot ein Warnungsschuß vor den Dampfer gelegt. Ist der Dampfer harmlos, so wird er daraufhin stoppen; ist er nicht harmlos, so wird er sich scheinbar daran nicht kehren und das U-Boot näher kommen lassen. Von jetzt ab hängt alles von dem

Dampfer ab. Verhält er sich, wie ein richtiger nicht fechtender Zivilist sich zu verhalten hat, wenn er mit einem Vertreter einer feindlichen Macht zusammenkommt, so stoppt er und hißt sein Bezeichnungssignal. Darauf macht das U-Boot das Flaggensignal: „Verlassen Sie sofort das Schiff." Die Besatzung geht in die Boote, das U-Boot begibt sich in die Nähe des Dampfers und versenkt den Dampfer entweder mit Granaten oder, wenn das Wetter und die Gegend es erlauben, indem es von ein paar Leuten in den unteren Räumen Sprengpatronen legen läßt, oder bei schlechtem Wetter die Sprengpatronen draußen anhängt. Der Dampfer wird versenkt, und das U-Boot geht weiter.

Eröffnet aber der Dampfer nach kurzer Zeit selbst das Feuer, kommt es auf ein Artilleriegefecht hinaus, so wird das U-Boot zunächst abwarten, und es kommt darauf an, wie der Gegner schießt. Sobald die Aufschläge des Gegners in die Nähe des Bootes kommen, muß es unter allen Umständen tauchen. Die Kommandanten sind aufs strengste gehalten, unter allen Umständen zu tauchen und nicht weiter zu schießen, denn der Einsatz des teuren U-Boots gegen einen gewöhnlichen Handelsdampfer lohnt nicht. Gelingt es dem U-Boot, wie es in vielen Fällen vorkam, durch einen glücklichen Treffer den Dampfer außer Gefecht zu setzen, dann wird der Dampfer genau so weiter behandelt, allerdings unter der Sicherheitsmaßnahme, daß das U-Boot wieder taucht, dann an den Dampfer nahe herangeht und ihn sich genau ansieht, ob nicht noch ein verstecktes Geschütz vorhanden ist, wie es in vielen Fällen vorkam. Darauf wird er torpediert.

Der Unterwasserangriff spielt sich so ab, daß das U-Boot zunächst feststellt, ob es überhaupt so weit vor dem Dampfer steht, daß es den Torpedoschuß anbringen kann. Der Torpedoschuß macht es notwendig, daß man vor dem Dampfer steht, weil der Torpedo eine gewisse Laufzeit braucht und der Dampfer erst in die Laufbahn des Torpedos hineinlaufen muß. Hat er den Dampfer als erreichbar erkannt, dann taucht er, steuert ihn an, schießt seinen Torpedo ab und wartet die Wirkung ab. Sinkt der Dampfer, dann kommt es wieder darauf an, ob die Bewachung erscheint oder nicht. Jedenfalls nach dem Torpedoschuß wartet er erst ab, bis der Dampfer gesunken ist, taucht dann auf und sucht durch Befragung der Besatzung aus den Schiffsbooten festzustellen, was für ein Dampfer es ist, welche Ladung er hat, wohin er fuhr. Im übrigen fährt es dann weiter.

Abgeordneter Dr. Cohn: Und auf welche Entfernung vollzieht sich der Anruf? Es ist da wohl zu unterscheiden zwischen klarem und wenig sichtigem Wetter?

Vorsitzender: Gehört die Frage hierher?

Abgeordneter Dr. Cohn: Das interessiert für die Sicherheit der Schätzung; deshalb stelle ich die Frage.

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach:** Das Anrufen des Dampfers durch das Geschütz, das Stoppen erfolgt, sagen wir, im Durchschnitt der Fälle auf 5- bis 6000 Meter. Aber wenn das als Anhalt für die Schätzung dienen soll, —dieser Dampfer, den man so anhält, der stoppt, kommt man nachher längsseits, dann weiß man den Namen und alles andere.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Hat sich nun mit dem Fortschreiten der Bewaffnung und der besseren Schießausbildung der bewaffneten Dampfer die Zahl der Unterwasserangriffe vermehrt gegenüber dem Anhalteverfahren über Wasser?

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach:** Das Anhalteverfahren ist, abgesehen vom Mittelmeerkriegsschauplatz und vom Ozeankriegsschauplatz, im Jahre 1917 fast restlos unmöglich gewesen. Es konnte von Ende 1917 ab bis Ende 1918 eigentlich nur noch mit dem Torpedoschuß ohne Warnung gearbeitet werden, weil jeder Dampfer ohne weiteres auf die Warnung das Feuer erwiderte.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Damit entfiel also für diese Zeit jede Möglichkeit der Schätzung?

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach:** Man sieht doch durch das Sehrohr den Dampfer auch.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Ausreichend?

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach:** Man sieht ihn durch das Sehrohr genau so wie mit bloßem Auge.

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Und beim Torpedieren unter Wasser hatte das U-Boot Befehl, immer noch zu warten und die Wirkung abzuwarten?

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach:** Jawohl, das interessiert ihn ja schon selbst. Den Treffer hört er ohne weiteres. In vielen Fällen mußte das U-Boot natürlich, wenn die Bewachung dabei war — denn die Dampfer waren zum großen Teil auch begleitet —, sofort auf große Tiefe gehen, weil die Zerstörer, die auf 50 Meter hinter dem Dampfer fuhren, sofort mit Wasserbomben auf das U-Boot warfen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Herr Admiral, wir haben die ungeheuren Versenkungsziffern gehört. Wie erklären Sie sich die Tatsache, daß trotzdem England fest stehen bleiben konnte, also weiterleben konnte trotz dieser ungeheuren Zahl der versenkten Tonnen?

Zeuge Admiral Koch: Wir haben mit einem Überschuß an versenkter Tonnage immer gerechnet im Admiralstab und nur

600 000 Tonnen angenommen, um mit absoluter Sicherheit diese Zahl garantieren zu können. Es ist doch auch nicht ein mathematisches Exempel, was hier gemacht wird. Wenn ich einfach zu multiplizieren und zu dividieren gehabt hätte, dann wäre das sehr schön gewesen, aber das war nicht möglich. Voraussagen ließ sich diese Wirkung für die ersten fünf und sechs Monate. Tatsächlich behaupte ich immer, es ist die Wirkung erreicht worden, die wir erzielen wollten. Wir wollten sie mürbe machen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Sie sagten, Exzellenz, „mürbe machen". Es kommt darauf an, wozu mürbe machen?

Zeuge Admiral Koch: Zum Frieden geneigt.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Zum Frieden geneigt? Es kommt darauf an, zu wissen, zu welchem Frieden geneigt? Glauben Sie, daß England in der Zeit so weit unten war, daß es bereit gewesen wäre, in die Preisgabe Belgiens zugunsten Deutschlands zu willigen?

Zeuge Admiral Koch: Herr Berichterstatter, das ist nicht meines Amtes, darauf zu antworten.

Vorsitzender: Diese Frage scheint mir auch deswegen nicht angebracht, weil die Preisgabe Belgiens in dem Sinne, daß Belgien annektiert werden sollte, niemals Frage der Verhandlungen gewesen ist und auch niemals in Erwägung gezogen worden ist in den ernsthaften Projekten, wie der Frieden von seiten Deutschlands einmal gestaltet werden sollte.

Abgeordneter Dr. Cohn: Wenn ich mir das Wort zur Geschäftsordnung erbitten darf. — Wenn man sich an das Wort „Annexion" klammert in dem Sinne der Einverleibung in unser Staatsgebiet, mag der Herr Vorsitzende recht haben. Wenn man aber an die verschleierte Form der Annexion mit der politischen, militärischen, finanziellen und wirtschaftlichen Durchdringung, mit der Angleichung des Eisenbahnsystems und der Angleichung der Gesetzgebung denkt — und davon ist überall die Rede gewesen in den Ämtern und im Parlament —, so war es gerade auch die Form der verschleierten Annexion, gegen die sich England jederzeit gewandt hat.

Vorsitzender: Wie dem auch sei, es ist das eine Frage, die uns ein Urteil des Zeugen geben soll, während die Aufgabe des Ausschusses nur die ist, von den Zeugen die Bekundung von Tatsachen entgegenzunehmen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ich bin der Ansicht, daß die Frage, ob ein Land zum Frieden geneigt sei, ein Urteil bildet. Ich wollte wissen, welche Auffassung der Zeuge hatte über den

Frieden, zu dem England geneigt gemacht werden sollte. Das war der Zweck der Frage.

Ich wollte noch eine Frage an Exzellenz richten. Exzellenz haben davon gesprochen — an sich liegt es nach der Zeit, auf die es ankommt — daß England zum Frieden geneigt war, doch diese Geneigtheit habe die Bekanntgabe des Berichtes des Grafen Czernin zerstört. Glauben Sie, Exzellenz, daß die Entente ohne diesen Bericht durch ihre tausend Agenten, die sie in Österreich hatte, nicht vollkommen über die Zustände, wie sie in Österreich-Ungarn wirklich waren, aufgeklärt worden war, und daß es erst die durch die „Indiskretion" erfolgte Bekanntgabe jenes Czernin'schen Berichtes gewesen sei, die plötzlich diese Wendung herbeigeführt hat? Ich stelle diese Frage unter der Voraussetzung, daß tatsächlich zu jener Zeit überhaupt eine Friedensgeneigtheit vorhanden war und zerstört worden ist, eine Voraussetzung, die bisher in keiner Weise bewiesen ist.

Zeuge Admiral **Koch**: Ich weiß nichts davon, kann es mir aber lebhaft vorstellen. Wenn ich nun aber einen amtlichen Bericht, der von dem Minister des Äußern an seinen Kaiser gerichtet ist, über diese Zustände bekomme, dann sind mir tausend andere Agenten nicht soviel wert wie dieser eine Bericht.

Abgeordneter **Gothein**: Ist es dem Herrn Zeugen bekannt, daß im Frühjahr, ja im Winter 1916, schon im Januar und Februar, der General v. Falkenhayn, der damals Generalstabschef war, die Meinung vertrat, daß unsere Verbündeten bestenfalls noch das Jahr 1916 würden durchhalten können?

Zeuge Admiral **Koch**: Unter meinem Eid kann ich das nicht sagen.

Vorsitzender: Das ist auch nicht möglich.

Zeuge Admiral **Koch**: Wenn ich das wüßte, würde ich das selbstverständlich sagen.

Vorsitzender: Das genügt. Die Frage ist gestellt worden, ob es Ihnen bekannt ist, daß es so weit war, und diese Frage ist von Ihnen verneint worden.

Ich möchte einmal an Exzellenz die Frage richten, ob die Annahme, es würde rücksichtsloser U-Boot-Krieg in einer verhältnismäßig kurzen Zeitspanne zu seinem Endziel führen, irgendwie auf die Bautätigkeit, auf die Verbesserungsversuche bei den U-Booten und auf die Verwertung solcher Verbesserungsversuche, wenn sie als tauglich befunden worden sind, eingewirkt hat, in dem Sinne also, daß man sie nicht zur Anwendung gebracht hat, weil man glaubte, daß der U-Boot-Krieg doch in einer kurzen Zeit seine Erledigung finden muß, indem er eben sein Ziel, England zu einem Frieden geneigt zu machen, erreicht hat? Ist, um mich

noch einmal präzise auszudrücken, die Annahme, daß der U-Boot-Krieg in kurzer Zeit sein Ziel erreichte, darauf von Einfluß gewesen, daß man die Bautätigkeit eingeschränkt hat?

Zeuge Admiral Koch: Nein!

Vorsitzender: Daß man Verbesserungen usw. an den U-Booten, die man vornehmen konnte, nicht angewandt hat, weil sie eine gewisse Zeit in Anspruch nahmen?

Zeuge Admiral Koch: Nein! Das ist nicht der Fall, soweit mir bekannt.

Vorsitzender: Ich finde eine Notiz in der „Deutschen Tageszeitung“ von gestern, die ich lediglich, weil sie in der Tat etwas bringt, was zur Verwunderung Anlaß geben kann, einmal zur Sprache bringen möchte. Es heißt da, daß eine deutsche Firma, ein deutsches Erwerbsunternehmen sich im September 1917 an das Reichsmarineamt gewandt habe, um eine Verbesserung an den U-Booten anzubringen. Es heißt dann in dem Antwortschreiben:

> Der von der Firma angebotene . . . . ist von hier eingehend geprüft worden . . . . Die sich daran anschließende notwendige Weiterentwicklung . . . . würde ebenfalls wieder Monate beanspruchen, so daß das Ergebnis der Versuche in diesem Kriege aller Voraussicht nach nicht mehr verwertet werden kann.

Ich kann natürlich nicht erwarten, daß Exzellenz mir zu diesem besonderen Fall eine präzise Antwort geben kann. Sie würde nur ein Licht werfen auf das Prinzip, das bei der Verbesserungsanbringung von U-Booten eventuell im Marineamt gewaltet hat, und nach dieser Richtung hin können Exzellenz mir sagen, ob es sich hier um eine irrtümliche Notiz handeln muß.

Zeuge Admiral Koch: Soweit der Admiralstab in Frage kommt, ist nichts davon bekannt. Vielleicht kann Exzellenz v. Capelle uns darüber Auskunft geben?

Zeuge Staatssekretär a. D. v. Capelle: Mir ist weder bekannt geworden, was in der „Deutschen Tageszeitung“ steht, noch nach den Ausführungen des Herrn Vorsitzenden der Spezialfall. Ich kann nur darauf hinweisen, daß wir im Reichsmarineamt mit Erfindungen überschwemmt wurden, — ich habe mir einmal für die Verhandlungen in der Budgetkommission die Zahlen der Erfindungen zusammenstellen lassen; ich glaube, es hat sich da um 600 bis 800 gehandelt.

Vorsitzender: Es handelt sich, wenn ich unterbrechen darf, um eine Erfindung, von der es in dem Antwortschreiben heißt, daß sie eingehend geprüft worden sei; die sich daran anschließende not-

wendige Weiterentwicklung würde aber ebenfalls Monate beanspruchen, so daß das Ergebnis der Versuche in diesem Kriege nicht mehr verwendet werden könnte. Es wird also von vornherein damit gerechnet, der Krieg muß jetzt sein Ende finden, es hat keinen Zweck, an der Sache jetzt weiterzuarbeiten; eine Verwertung der Versuche kann deshalb gar nicht stattfinden.

Zeuge Staatssekretär a. D. **v. Capelle:** Ich entsinne mich nicht, daß ich ein derartiges Schreiben unterschrieben habe; derartige Schreiben sind mir nicht vorgelegt worden.

Vorsitzender: Da sind Sie also außerstande, sich zu diesem Spezialfall zu äußern?

Zeuge Staatssekretär a. D. **v. Capelle:** Darf ich Sie vielleicht fragen, wer das unterschrieben hat?

Vorsitzender: Das geht daraus nicht hervor. Ich darf die Zeitung vielleicht Eurer Exzellenz übergeben, um Recherchen anzustellen, daß nichts versäumt worden ist, wirkliche Erfindungen tatsächlich im U-Boot-Krieg zur Geltung zu bringen, und daß man sich dadurch nicht hat irritieren lassen, daß der U-Boot-Krieg in der Annahme der Marinestellen in kurzer Zeit ein Ende haben müsse.

Abgeordneter **Gothein:** Ist Exzellenz bekannt, daß von Ihrem Amtsvorgänger Herrn v. T i r p i t z mitgeteilt worden ist, daß er im Januar 1915 sich geäußert hätte, jedes U-Boot, das nach dem Mai 1915 fertig würde, interessiere ihn nicht?

Zeuge Staatssekretär a. D. **v. Capelle:** Nein, das ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter **Gothein:** Ist aber durch die Presse gegangen.

Ich möchte die Frage an Herrn Kapitän Bartenbach richten. Er hat gesagt, man hätte die U-Boote früh einsetzen müssen, auch wenn man weniger gehabt hätte, weil es nicht auf die Zahl ankomme, sondern auf die Zeit, wann es geschieht, wo die Abwehrungsmaßregeln noch nicht derartig im Gange waren.

Nach einer Mitteilung, welche General Ludendorff in seinen Kriegserinnerungen gibt, heißt es, daß Admiral v. Tirpitz im Februar 1915 gegen den U-Boot-Krieg gewesen wäre, weil er ihn für verfrüht gehalten habe. Wann hält der Herr Zeuge den Z e i t p u n k t für gegeben, daß der U - B o o t - K r i e g hätte einsetzen müssen?

Sachverständiger Dr. **Schäfer:** In den Erinnerungen von Tirpitz heißt es, daß am 27. Januar 1915 Herr v. Tirpitz ein längeres Gespräch mit Herrn v. Bethmann Hollweg gehabt und diesem auseinandergesetzt habe, daß der U-Boot-Krieg noch nicht beginnen könne, weil man nicht genügend mit U-Booten ausgerüstet sei; und wenn man überhaupt beginne, daß man zunächst Teil-

versuche machen müsse, am besten einen Teilversuch gegen die Themsemündung, aber nicht mit vollem Einsatz; und es heißt wörtlich, daß Herr v. Tirpitz verblüfft gewesen sei, daß am 4. Februar, wenige Tage nachher, doch durch die Erklärung des Herrn v. Bethmann Hollweg der U-Boot-Krieg erklärt worden sei; er sagt, Pohl und Bethmann Hollweg hätten das Seiner Majestät vorgelegt und den Entschluß zum U-Boot-Krieg herbeigeführt. Das steht in den Tirpitz-Erinnerungen zu lesen.

Ich habe bisher nicht darauf aufmerksam gemacht, und ich glaube, daß kein Anlaß war, die Differenz aufzuklären. Es sind eine ganze Reihe von Differenzen auch bei den Berichten über den Februar und März. Jetzt mache ich darauf aufmerksam, daß dieser Widerspruch besteht und daß nachher, als der U-Boot-Krieg begonnen war, Tirpitz immer dafür eingetreten ist, daß er auch scharf durchgeführt werden solle, und daß beim Lusitania-Fall Tirpitz dafür eingetreten ist, nicht nachzugeben, und daß er wieder beim Ancona-Fall dafür eingetreten ist. Österreich-Ungarn hat zunächst scharf geantwortet, erst unter deutscher Einwirkung eine zweite nachgiebige Note geschickt.

Vorsitzender: Herr Geheimrat Schäfer, ich glaube, das werden wir noch von Herrn v. Tirpitz erfahren. Es wird doch notwendig sein, ihn zu vernehmen.

Abgeordneter Dr. Spahn: In welchem Zeitpunkt nehmen Sie an, daß die U-Boote technisch so ausgebildet waren, daß sie den Aktionsradius erreichten, den wir im Jahre 1917 entwickelt haben? Die Entwicklung im U-Boot-Bau ist ja allmählich erfolgt. Ursprünglich war wohl der Aktionsradius nicht so weit entwickelt, wie im Jahre 1917. Wollen Sie sich darüber äußern, wann die Entwicklung des U-Boot-Baues so weit gewesen ist, daß wir den U-Boot-Krieg mit vollem Erfolge hätten führen können. Wollen Sie sich deshalb darüber äußern, ob dieser Zeitpunkt schon 1915 oder 1916 oder erst 1917 vorgelegen hat.

Zeuge Admiral Koch: Ich kann sagen, daß der Aktionsradius zunächst nicht gestiegen ist, daß die U-Boote der zwanziger Klasse schon einen genügenden Aktionsradius hatten, zum Teil sogar einen größeren Aktionsradius als die später gebauten Boote, zum Teil, weil gewisse Boote wieder für den Nahkriegsschauplatz gebaut worden sind. Gerade die Boote der zwanziger Klasse sind die Boote gewesen, die zunächst ins Mittelmeer gegangen sind. Diese hatten den weitesten Aktionsradius, den wir zu dieser Zeit überhaupt hatten.

Abgeordneter Gothein: Ich hatte doch die Frage gestellt, wann der Herr Kapitän meint, daß der U-Boot-Krieg hätte angefangen werden müssen.

Zeuge Korvettenkapitän Bartenbach: Mir ist die Ansicht des Herrn v. Tirpitz, daß der U-Boot-Krieg im Februar ihm überraschend und zu früh angefangen worden sei, bekannt. Ich weiß auch die Gründe in diesem Falle: sie lagen ganz einfach auf technischem Gebiete. Im Februar des Jahres 1915 waren die kleinen Boote, die für Flandern gebaut wurden, noch nicht fertig; sie wurden erst im April 1915 fertig. Ebenso war ein Teil der Boote, die im Frieden schon im Bau gewesen waren, U 31 bis U 41, bis dahin unsere besten und modernsten Boote, noch im Erprobungszustand bezw. waren die Besatzungen mit den Booten noch nicht voll eingefahren. Ich selbst habe die Ansicht gehabt, daß im Februar die Erklärung etwas zu früh erfolgt ist.

Als Termin würde ich ruhig angeben und festsetzen den 1. oder 15. April 1915.

Abgeordneter Gothein: Können Sie angeben, wieviel U-Boote wir damals hatten?

Zeuge Korvettenkapitän Bartenbach: Ich kann die Zahl unter meinem Eide nicht sagen. Ich schätze sie auf etwa 30 Boote.

Abgeordneter Gothein: Es sind uns vorhin verschiedene Angaben über die in der Front vorhandenen Boote gemacht worden. Es fing an: Februar 1917: 123 usw. Auch hier scheint mir wieder ein Unterschied in der Auffassung, welche Boote frontbereit waren und welche nicht, vorzuliegen. Ich möchte bitten, über diese Frage, da die Zahlen so stark abweichen von dem, was seinerzeit im Haushaltsausschuß in den Verhandlungen von verschiedenen Seiten vorgebracht worden ist, Herrn Dr. Strube als Zeugen zu vernehmen.

Vorsitzender: Ja, wir wollen aber zunächst diese Frage erledigen. Die Vernehmung des Herrn Dr. Strube kann später vor sich gehen.

Ich möchte jetzt eine Frage zur Erledigung bringen, die immer noch aussteht, nämlich die Frage, ob es technisch möglich oder unmöglich gewesen ist, Ende Januar, also am 29. Januar, den eingeleiteten rücksichtslosen U-Boot-Krieg wieder rückgängig zu machen. Es wird darauf ankommen, daß auch hier eine Feststellung nach der Richtung hin getroffen wird, wieviele U-Boote damals ausgelaufen waren, ob es sich um eine große Zahl handelt oder nur um eine kleine. Es würde ferner darauf ankommen, festzustellen, ob alle U-Boote mit einer Dienstinstruktion für die Aufnahme von Funksprüchen versehen waren, die sie jederzeit in die Lage brachte, von ihrer Tätigkeit, soweit sie auf den rücksichtslosen U-Boot-Krieg gerichtet war, zurückzukommen und dergleichen mehr. Ich brauche das ja nicht im einzelnen auszuführen.

Zeuge Admiral Koch: Einen Funkspruch, einen Rückrufungsbefehl abzugeben, war natürlich technisch möglich. Die Boote haben ihrem Typ entsprechend eine gute Empfangsstation an Bord. Auch waren alle Mittel zur Entzifferung geheimer Telegramme vorhanden. Man brauchte nur von einer Großstation, von Nauen, Eilvese oder Wusterhausen, den Befehl in die Welt zu funken. Irgendeine Gewähr dafür, daß das Telegramm auch ankam und verstanden wurde, bestand nicht, da eine Bestätigung des Empfangs ausgeschlossen war, und zwar wegen mangelnder Reichweite der Gebeapparate und wegen der Gefährdung der Boote durch Heranlocken der feindlichen Gegenwehr. Aber auch andere Umstände gewährleisteten keinen Empfang. Die Boote sind tagelang, besonders auch zu den Gebezeiten, unter Wasser gedrückt worden; sie konnten keinen Funkspruch aufnehmen. Die Unmöglichkeit, die Antennen zum Auffangen auszubringen oder die Antennen, wenn sie weggeschlagen waren, zu ersetzen, spricht hier mit. Weiter konnte die Empfangsstation unklar sein. Endlich waren das Versagen des Personals und auch meteorologische Einflüsse erfahrungsgemäß nur zu oft die Ursache für den Nichtempfang von Funksprüchen. Wegen dieser Unsicherheit der Übermittlung wurde grundsätzlich nur dann mit den Booten in Verbindung getreten, wenn es unbedingtes Erfordernis war; und es geschah dann auf gut Glück.

Ich kann hierfür ein Beispiel angeben. Vor Beginn des U-Boot-Krieges trat man von seiten des Auswärtigen Amtes an uns mit der Bitte heran, den Holländern zu gestatten, eine größere Anzahl holländischer Dampfer von der Westküste Englands aus durch das Sperrgebiet auf einem bestimmten Wege nach Westen ungehindert durchzulassen. Wir lehnten zunächst wegen der Unsicherheit der Befehlsübermittlung rundweg ab, die Durchfahrt vor Ablauf einer Frist von sechs Wochen zu gestatten, da erst dann eine unbedingte Sicherheit vorhanden war. Dann erst waren nur Boote in See, die den neuen Befehl schriftlich an Bord hatten. Durch das Drängen der Holländer und dann auch aus politischen Gründen fanden wir uns dann endlich bereit, die Dampfer schon nach einigen Tagen durchzulassen. Ich betonte aber damals in meinem Schreiben ausdrücklich, daß die Schiffe auf eigene Gefahr fahren würden, da wir infolge der F.-T.-Übermittlung nur eine bedingte Sicherheit bieten könnten. Der betreffende Befehl wurde tagelang zu den Gebezeiten morgens und abends abgegeben, um eben alles zu tun, was wir tun konnten; denn uns lag doch daran, die holländischen Schiffe nun auch tatsächlich, soweit das irgend möglich war, unbehelligt zu lassen. Der Erfolg unseres Nachgebens war, daß Boote — wieviele, weiß ich nicht mehr — den Befehl nicht bekamen und daß von einem einzigen Boot sieben Dampfer abgeschossen wurden. Die politischen Folgen waren in diesem Augenblick sehr schwer, sie wogen viel schwerer, als eine Ablehnung des holländischen Drängens gewogen hätte. Unser Vorgehen wurde

damals auch von der zuständigen Seite in Deutschland nicht gutgeheißen.

Ich wiederhole daher, daß es leichtfertig gewesen wäre, wenn der Admiralstab sich anheischig gemacht hätte, durch F.-T. einen solch wichtigen Befehl den Booten zu übermitteln. Ein solches Verfahren hätte leicht großes Unheil heraufbeschwören können. Eine absolute Sicherheit konnte, wie ich schon ausgeführt habe, nicht geboten werden. Demnach wären bei der Zusage einer bedingten Sicherheit von seiten der Reichsleitung an Wilson, wie das holländische Beispiel zeigt, nur allzu leicht amerikanische Bürger dem U-Boot-Krieg zum Opfer gefallen, und das würde man in Amerika erst recht als eine Ohrfeige empfunden haben. Das Anerbieten eines Schadenersatzes hätte daran nichts geändert. Der Gedanke des Schadenersatzes ist aber meines Wissens überhaupt nicht an den Chef des Admiralstabes herangebracht worden. Wäre das geschehen, dann hätte dieser freilich, wie ich nicht verfehlen möchte zu betonen, dagegen schärfsten Einspruch erheben müssen; denn, was man den Amerikanern zubilligte, hätte man in Kürze auch allen übrigen Neutralen zubilligen müssen, und einmal zugebilligt, hätte ein solches Zugeständnis später kaum zurückgezogen werden können. Die Abschreckung der neutralen Reeder von der Englandsfahrt — ein gravierendes Moment des U-Boot-Krieges — wäre von Anfang an geopfert worden für die angesichts der wahrscheinlichen Zwischenfälle doch kaum zu erwartende Friedensaktion des Präsidenten und für die noch weit geringeren Aussichten einer solchen Aktion bei der Entente.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Exzellenz, wie lang war damals in dem holländischen Falle die Zeit, die Ihnen zur Verfügung stand, um die U-Boote funkentelegraphisch zu erreichen?

Zeuge Admiral Koch: Das kann ich nicht genau sagen, aber ich schätze diese Zeit auf sechs bis sieben Tage.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Nach der Aufzeichnung der Admiralität, die ich hier habe, waren in der kritischen Zeit vom 29. Januar bis zum 7. Februar, also demjenigen Tage, an dem erst gegen neutrale Schiffe vorgegangen werden sollte, 10 U-Boote in See, alle übrigen nicht.

Zeuge Admiral Koch: Alle übrigen nicht? 21 U-Boote waren in See!

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: In der Zeit vom 29. Januar bis 7. Februar waren nicht im Hafen 10 U-Boote!

Zeuge Admiral Koch: Ja!

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Am 29. Januar waren diese U-Boote in See, jedoch am 7. Februar wieder im Hafen. Es waren also 11 U-Boote zu benachrichtigen.

Zeuge Admiral Koch: Nein! Sie waren in See vom 29. Januar ab, und am 7. Februar sind sie wieder in den Hafen zurückgekommen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Richtig, so verstehe ich das ja auch!

Zeuge Admiral Koch: Also 21 U-Boote waren in See!

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Gewiß! Aber von diesen 21 Booten kamen 11 am 7. Februar, also an dem Tage, an dem gegen neutrale Schiffe vorgegangen werden durfte, wieder zurück. Sie schieden aus und brauchten also funkentelegraphisch nicht benachrichtigt zu werden. Aber auch wenn Sie die 11 Boote mitrechnen, Exzellenz, so waren von sämtlichen U-Booten, die auf rund 120 geschätzt wurden, 21 draußen. Die Zeit, die für die Benachrichtigung dieser 21 U-Boote zur Verfügung stand, erstreckte sich vom 29. Januar bis zum 7. Februar, also auf 9 Tage. Sie sagen: Eine Gewähr konnte nicht übernommen werden. Auch nicht, wenn der Zeitraum 9 Tage war?

Zeuge Admiral Koch: Jawohl!

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Konnte man nicht annehmen, daß in diesem Zeitraum von 9 Tagen doch immerhin die große Mehrzahl der U-Boote funkentelegraphisch erreicht werden konnte?

Vorsitzender: Ob man nicht den Versuch hätte machen können?

Zeuge Admiral Koch: Das kann ich gar nicht wissen. Außerdem weiß ich nicht, wieviel Boote damals bei der holländischen Angelegenheit den Empfang nicht gehabt haben. Ein einziges Boot, das zufällig dort gewesen ist, konnte die gesamten Dampfer abschießen, weil es den Funkspruch nicht bekommen hat.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Es ist aber doch die Möglichkeit vorhanden gewesen, daß eine große Anzahl der U-Boote in diesen 9 Tagen durch *funkentelegraphische Mitteilung* erreicht werden konnte?

Zeuge Admiral Koch: Das ist möglich, man kann aber wirklich nicht sagen, daß es hätte ausgeführt werden können.

Vorsitzender: Die Möglichkeit muß ja vorhanden gewesen sein; sonst würden Euer Exzellenz nicht eben diesen Ausdruck gebraucht haben.

Zeuge Admiral Koch: Jawohl! In dem angeführten Falle weiß ich zufällig, daß „U 21“ den Empfangsapparat während der ganzen Zeit unklar hatte, so daß es überhaupt keine funkentelegraphische Mitteilung erhalten konnte.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Das war ein Zufall; aber denken Sie an den normalen Verlauf.

Zeuge Admiral Koch: Der normale Verlauf wäre gewesen, daß Boote den Funkspruch nicht bekommen hätten. Die Friedensvermittlung Wilsons war angenommen, wir standen vor der ungeheuren Frage, ob wir den Rückrufungsbefehl durch Funkspruch geben sollten. Das war nicht angängig, wir konnten den Empfang nicht dem Zufall überlassen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Den normalen Fall nach durchschnittlicher Auffassung!

Zeuge Admiral Koch: Nach durchschnittlicher Auffassung muß ich sagen, daß das U-Boot keine Mitteilung bekam und daß es demnach alles abschoß, was da war.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ein Boot oder mehrere Boote?

Zeuge Admiral Koch: Nein, mehrere Boote!

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Alle konnten also vom Land aus nicht sicher erreicht werden, so daß vielleicht die Frage offen steht, ob man die entsprechende Mitteilung an Wilson nicht hätte geben können: „U-Bootbefehl gegeben, aber zurückgezogen; es kann vorkommen, daß nicht alle erreicht werden; von vornherein machen wir diese Mitteilung.“ Die Frage bleibt offen, ob eine solche Möglichkeit damals bestanden hat.

Zeuge Admiral Koch: Es bleibt immer dasselbe Risiko. Wir haben es ja — das habe ich schon vorhin ausgeführt — bei den Holländern gehabt. Wir erklären ihnen: wir können gar keine Gewähr dafür geben, und nachher schießen wir 7 Dampfer an der Küste von England ab. Es entstand über diesen Fall eine derartige Erbitterung in Holland, daß unser Gesandter seinerzeit dringend an das Auswärtige Amt telegraphierte, wie so etwas möglich sei.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Gestatten Euer Exzellenz noch eins! Wir haben viel Pech in diesem Krieg gehabt. Konnten wir nicht auch einmal auf einen Glückszufall rechnen?

(Große Heiterkeit.)

Es ist Tatsache, daß amerikanische Schiffe nach dem 7. Februar längere Zeit nicht torpediert worden sind. Das ist Tatsache. Also das Glück wäre uns günstig gewesen!

Vorsitzender: Ich glaube, Ihre Aussagen, Exzellenz, dahin resümieren zu können, daß ich sage: die Möglichkeit an sich kann nicht in Abrede gestellt werden, daß es vielleicht gelungen wäre, das eine oder das andere bereits auf der Fahrt befindliche U-Boot zu erreichen. Aber diese Möglichkeit war tatsächlich eine so außerordentlich gering-wahrscheinliche, daß man eben diese Möglichkeit nicht mit in Rechnung stellen konnte.

(Zustimmung des Zeugen.)

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Bitte um die eine Feststellung, ob ich richtig gesagt habe: Tatsächlich ist in der Zeit vom 7. Februar bis weit späterhin kein amerikanisches Schiff torpediert worden.

Zeuge Admiral Koch: Das kann ich nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Aber es ist Tatsache. Also das Glück wäre in diesem Falle günstig gewesen!

Abgeordneter Dr. Cohn: Herr Kapitän, eine Frage. Sie haben die Meldungen von den Kapitänen entgegengenommen,

(Zeuge Korvettenkapitän Bartenbach: Ja!)

und haben doch auch die Lage Englands nach den Berichten kontrolliert? Haben Sie auch durch die in den Dampfern vorgefundene Presse oder andere Pressenachrichten oder durch Vernehmung von Mannschaften der aufgebrachten Schiffe von den wirtschaftlichen, namentlich von den Ernährungsverhältnissen Englands, Kenntnis bekommen?

Zeuge Korvettenkapitän Bartenbach: Ich habe selbstverständlich sämtliche Pressenachrichten, die mir zugänglich waren — und es waren recht viele —, gelesen und habe diese sämtlichen wirtschaftlichen Ausführungen da auch gelesen. Ich habe außerdem die Sammlung der Nachrichten durch den Admiralstab bekommen, und die Vernehmungen der eingebrachten Gefangenen oder auch die Meldungen der U-Boot-Kommandanten über Unterhaltungen mit den Besatzungen der versenkten Schiffe sind mir selbstverständlich auch gebracht worden. Es ist mir häufig gemeldet worden — die Zeitpunkte kann ich natürlich nicht hier auf das Datum genau sagen —, daß die Schiffe ganz mangelhaft mit Proviant ausgerüstet waren. Das war ja auffällig. In den Jahren 1915 und 1916, wo unsere U-Boote, wenn ein Schiff versenkt wurde, selbstverständlich immer ihren Proviant ergänzten, fanden sie erhebliche Vorräte an Speck, gutem Weißbrot, Mehl, Zucker, Kaffee und dergleichen. Das wurde immer geringer und geringer. Die Fischerfahrzeuge, die früher gut verproviantiert waren, hatten keine Kartoffeln, sondern nur Rüben, so daß unsere Leute, die sich ihren Proviant ergänzen wollten, nichts fanden. Sie hatten kein Brot, keinen Speck mehr, und die Mannschaften klagten selbst über die enge und knappe Rationierung, mit der sie über See geschickt wurden.

(Zuruf: Englische oder neutrale?)

— Englische und neutrale!

Abgeordneter Dr. Cohn: Haben Sie die englischen Blätter selbst gehabt oder nur Ausschnitte davon, die als Nachrichten des Admiralstabs herausgegeben wurden?

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach**: Das war verschieden, ich habe ganze Zeitungen bekommen und habe auch Ausschnitte und Zusammenstellungen des Admiralstabs bekommen, und natürlich, da wir der Armeeleitung zum Teil unterstanden, habe ich auch die Pressezusammenstellungen der Armee bekommen.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Haben Sie die Zeitungen in allen Teilen durchgesehen?

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach**: Jawohl!

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Ist Ihnen insbesondere eine ständige Rubrik aufgefallen, die in englischen Blättern das ganze Jahr 1917 bis tief in das Jahr 1918 hinein gewesen ist: die offiziellen Meldungen über die amtlichen Auktionen von Rohstoffen vieler Arten und mancher Nahrungsmittel?

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach**: Nein!

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Schmalz, Talg, Häute, Wolle, alles war im freien Handel in unbegrenzten Mengen zu haben. Es waren häufige Nachrichten. Ich erinnere mich sogar, ein paarmal in Berichten über offizielle Schmalzauktion die Feststellung gelesen zu haben, daß das Lager mangels Käufer nicht geräumt wurde. Ist Ihnen so etwas nicht aufgefallen?

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach**: Ich habe diese Auktionszusammenstellungen nicht gelesen.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Haben Sie sonst die Inserate in den Zeitungen verfolgt, zum Beispiel die Inserate der Warenhäuser, um daraus ein Bild zu gewinnen, was man im Lande kaufen konnte?

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach**: Ich habe wohl gelesen; aber ich kann nicht sagen, daß ich diese Sachen verfolgt hätte.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer**: Die eine Frage! Wir sprachen eben von der Möglichkeit der funkentelegraphischen Benachrichtigung. Ich weiß es nicht, aber ich möchte Sie fragen: Gab es auch die Möglichkeit direkter Benachrichtigung? Diese U-Boote standen an bestimmten Stationen?

Zeuge Admiral **Koch**: Nein!

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer**: Oder waren stationiert?

Zeuge Admiral **Koch**: Nein!

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer**: Also konnte nicht durch U-Boote, die ausliefen, eventuelle Benachrichtigung überbracht werden?

Zeuge Admiral Koch: Das wäre ein Zufall gewesen, wenn sie sich begegneten, weil sie freizügig gewisse Operationsgebiete hatten.

Zeuge Konteradmiral v. Bülow: Zu einer Äußerung des Herrn Berichterstatters in bezug auf die Rückruf-Frage möchte ich noch bemerken, daß es nicht darauf ankam, daß ein amerikanisches Schiff versenkt wurde, sondern daß kein amerikanischer Bürger seinen Tod fand oder verletzt wurde. Man denke an die „Lusitania"! Es kam nicht darauf an, daß dieser amerikanische Bürger auf einem amerikanischen Schiff war. Es hätte ebensogut auf einem englischen Schiffe passieren können.

Zeuge Admiral Koch: Das stimmt auch. Denn wir hatten nach dem Sussex-Untergang eine Note von Amerika bekommen, worin es hieß „wenn ein amerikanischer Bürger ums Leben kommt", dann sollte dies als unfreundlicher Akt aufgefaßt werden.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Wann wurde das erste neutrale Schiff nach dem 7. Februar versenkt? — Sie werden feststellen können, daß es viel später erfolgte.

Abgeordneter Dr. Schücking: Wir hatten ursprünglich gehört, daß die Abwehrmaßregeln gegen die U-Boote sehr gering waren. War es nicht ein schwerer politischer Fehler, daß in einem bekannten Interview Großadmiral v. Tirpitz die Absichten, durch den U-Boot-Krieg England völlig abzusperren, in solcher Weise preisgegeben hat? Mußte das nicht England veranlassen, sich auf Abwehrmaßregeln einzustellen? Durfte man den U-Boot-Krieg in so großartiger Weise ankündigen zu einer Zeit, als man ihn noch gar nicht durchführen konnte?

Zeuge Admiral Koch: Von militärischer Seite muß ich sagen: ja, ich hätte dieses Interview nicht gegeben, aber andererseits schätze ich das nicht so schwer ein. Ich bin der Überzeugung, daß Admiral v. Tirpitz dieses Interview vielleicht doch nur in der Hoffnung gegeben hat, daß recht bald der U-Boot-Krieg einsetzen würde. Denn er selbst hat ja doch auf dem Standpunkt gestanden, daß der U-Boot-Krieg möglichst bald durchgeführt werden könne, — zwar nicht zu dem Zeitpunkt. Das hat er ja in seinen Memoiren ausgeführt. Ich habe mit Admiral Tirpitz nicht darüber gesprochen. Aber er sah einen nahen Zeitpunkt, wo er anfangen wollte. Da sagte er: die Abwehrmaßnahmen können in der Zwischenzeit nicht größer gemacht werden.

Vorsitzender: Der Ausschuß hat beschlossen, Herrn Dr. Strube als Zeugen zu vernehmen nach der Richtung, wie es von Herrn Gothein bereits angeführt worden ist. Ich bitte Herrn Dr. Strube, hier vorzutreten.
Sie heißen mit Vornamen?

Zeuge Dr. Struve: Wilhelm.

Vorsitzender: Ihr Alter?

Zeuge Dr. Struve: 45 Jahre.

Vorsitzender: Wünschen Sie, den Eid mit dem religiösen Zusatz nachzusprechen oder ohne denselben?

Zeuge Dr. Struve: Mit dem religiösen Zusatz.

(Zeuge Mitglied der Preußischen Landesversammlung Dr. Struve leistet den Zeugeneid.)

Vorsitzender: Es wird auf Ihre Kenntnis hier zurückgegriffen als Vertreter von Kiel, der Sie ja wohl Gelegenheit gehabt haben, mit maßgebenden Persönlichkeiten Fühlung zu bekommen über die Zahl der frontbereiten U-Boote zu den verschiedenen wichtigen, kritischen Stadien, und dann auch über den Bau der U-Boote.

Ich bitte also, uns zunächst über die Zahl der frontbereiten U-Boote eine Auskunft zu geben.

Zeuge Dr. Struve: Die Zahl der frontbereiten U-Boote im Jahre 1915 oder 1916 oder 1917?

Vorsitzender: Wir werden wohl die gesamten Phasen einmal durchsprechen müssen. Ich bitte also, bei 1915 zu beginnen. Die kritischste Zeit ist natürlich die Zeit vom Januar 1917 beziehungsweise die Zeit vom Frühjahr 1916. Darauf können wir uns eigentlich beschränken.

(Zustimmung.)

— Wir wollen mit dem Frühjahr 1916 beginnen.

Zeuge Dr. Struve: Im Frühjahr 1916 haben wir eine authentische Mitteilung über den Stand unserer tatsächlichen U-Boot-Macht auf dem Wasser im Kampfe gegen England von dem Herrn Staatssekretär v. Capelle am 28. und 29. März in einer Sitzung des Haushaltsausschusses bekommen. Als damals von konservativer Seite der sofortige Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs beantragt war — Antrag Heydebrand und Graf Westarp —, fand eine geheime Sitzung des Haushaltsausschusses statt. Dort ist uns von dem eben neu ernannten Staatssekretär v. Capelle mitgeteilt worden, daß dieser U-Boot-Krieg, wenn er Erfolg haben solle, auf der Westküste von England, westlich von Irland, geführt werden müsse, und dort seien zum mindesten drei Stationen zu besetzen: Norden Irische See, Süden Irische See, Südwestausgang des Kanals. Alle drei Stationen seien mit einem U-Boot besetzt, drei U-Boote ständig westlich von England draußen auf eine Länge von 600 Seemeilen. Das war damals der verantwortliche Ausspruch des Herrn Staatssekretärs v. Capelle.

Die Sache selber ist so, wie der Herr Admiral v. Capelle gestern gesagt hat, daß die **Zahl der U-Boote** an und für sich mit der Zahl derjenigen, die auf See sind, in einem solchen Kontrast steht — dazu z. B. die Begriffe: frontverwendungsfähig, frontbereit, U-Boot auf Fahrt —, daß alles so kompliziert ist, daß es außerordentlich schwer ist, ein allgemeines Bild zu geben, außer wenn man die U-Boot-Zahlen speziell für einen einzelnen Zeitpunkt genau untersucht. Am 28. März 1916 fiel diese Äußerung von Herrn v. Capelle; sie steht nicht im Protokoll des Reichstags, sie ist aber aus den Ausführungen der Fraktionsredner zu beweisen. Sämtliche Fraktionen haben dann erklärt: mit U-Booten, die wir nicht haben, können wir den U-Boot-Krieg nicht führen. Zu **der** Zeit — nach meiner Kenntnis von Kiel her im März 1916 — waren in der Nordsee draußen 11 U-Boote; frontbereit wurden in Kiel gemeldet für alle U-Boot-Stützpunkte 22 große U-Boote.

Abgeordneter Dr. Cohn: Außer den 11?

Zeuge Dr. Struve: Nein, die 11 sind ein Teil von den 22.

Vorsitzender: Wo waren die 11?

Zeuge Dr. Struve: Die 11 waren auf der Nordsee. Das würde genau mit dem stimmen, was Herr Staatssekretär v. Capelle der Reichsleitung und dem Reichstag über unsere tatsächliche Macht auseinandersetzte. Denn wenn 11 in der Nordsee sind, so können, und so hieß es, 2 bis 3 — **ich** habe nachher immer die größere Zahl 3 genannt —, so können 2 bis 3 ständig draußen westlich von England sein, die anderen hin und die anderen zurück.

Abgeordneter Dr. Cohn: Es gehörten immer 5 zur Besetzung einer Station?

Zeuge Dr. Struve: Damals an dem Tage wurde gesagt, daß, um eine Station sicher und dauernd zu besetzen, 5 U-Boote auf die einzelne Station gerechnet werden müßten. Diese Sache war auch nicht politisch geschätzt, sondern sie war tatsächlich richtig geschätzt und marinemäßig gut geschätzt, was zum Beispiel eine andere Zahl noch illustrieren kann.

Im **Januar 1917** — wieder ein kritischer Punkt für die Politik —, als wir uns überlegten, ob der **uneingeschränkte U-Boot-Krieg** geführt werden sollte, war der Herr Staatssekretär v. Capelle nach Kiel gekommen, und in Kiel — ich darf die alten Akten nehmen, es ist ja alles alter Stoff — ist ihm vorgezählt worden, daß an der Front 20 U-Boote seien. Das waren nicht 20 %, sondern nur 12 %. Also die Schätzung im März war keine politische Schätzung, um den uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu verhindern, sondern eine tatsächliche Schätzung. Damals wurden 20 % gerechnet.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: Was heißt das, 20 %?

Zeuge Dr. **Struve**: Dasselbe, was Sie sagten, Herr Abgeordneter Dr. Cohn. 5 müssen da sein, wenn ich mir von einem U-Boot eine sichere Wirkung versprechen darf. Also 2 bis 3 konnten westlich von England im Jahre 1916 sein, denn 11 waren in der Nordsee. Januar 1917 waren im Hafen 45, in der Erprobung, zur Ausbildung, zur Erholung, zur Ausrüstung auf der Werft 57, in der Abnahme 30. Da hatten wir 152 U-Boote — solche Zahlen sind uns ja nachher auch genannt worden, ich komme gleich darauf —, während nur 20 an der Front waren. Von diesen 20 müssen wir dann wieder 20 % nehmen, die ständig draußen auf ihren Stationen ihrem Vernichtungswerk nachgingen.

1 9 1 6 haben wir, die wir damals im alten Reichstag waren, hier in Berlin gehört, daß im Bundesrat von Herrn v. Tirpitz durch Herrn Löhlein Zahlen von, wenn ich nicht irre, 203 U-Booten genannt wurden. Diese Zahlen haben Unstimmigkeiten im Bundesrat hervorgerufen, und auch die nachherige Korrektur, daß von diesen 203 U-Booten 54 frontbereit seien, hat die Unstimmigkeit nicht beseitigt. Es ist auch damals dem Bundesrat eine genauere Mitteilung nicht gemacht worden, aus dem gleichen Grunde, aus dem das Reichsmarineamt uns privatim und persönlich verboten hatte, daß wir in der Budgetkommission über die Z a h l d e r U - B o o t e irgendwelche Äußerung verlautbaren durften. Auch die Parteiführer, die später Zahlen bei persönlichen Besuche bekommen haben, haben diese Zahlen auch in der Budgetkommission nie genannt. 203 sind damals dem Bundesrat genannt worden, 2 bis 3 waren zur selben Zeit, im März 1916, draußen im Kampf gegen England. Ein Unterschied von 203 zu 2 bis 3! Diese Zusammenstellung zeigt vielleicht gerade den Herren vom Untersuchungsausschuß, wie kompliziert man die Frage gestalten kann und wie einfach sie auf der anderen Seite ist, wenn man nur angibt, was draußen zum Kampf bereit war!

Am 1 5. J a n u a r 1 9 1 7 ist dem Herrn Staatssekretär v. Capelle in Kiel amtlich mitgeteilt worden, daß frontbereit 20 U-Boote waren. Um so mehr mußte die Budgetkommission überrascht sein, als am 31. Januar 1917, als die Mitteilung an den Reichstag kam, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg befohlen und beschlossen sei und vor sich gehen würde — ich glaube, mich nicht zu irren; auch darüber sind ja die Aufzeichnungen vorhanden, ich könnte sie hier sofort vergleichen —, von Herrn v. Capelle von 160 U-Booten gesprochen worden ist. Es mußte — und so ist es auch gewesen — bei den Abgeordneten die Meinung erweckt werden, daß unsere U-Boot-Macht sich seit 1916 geradezu unvergleichlich gehoben hätte. Es wäre ebenso leicht gewesen, wenn man dort gesagt hätte: es sind 20 frontbereit, und von diesen 20 sind 5 oder 6 —

das weiß ich nicht, wieviel an jenem Tage — westlich von England einzusetzen.

Auch die Mitteilung des Herrn Staatssekretärs v. Capelle, daß nur etwa die Hälfte von den fertigen U-Booten gegen den Feind verwendungsfähig sei, kontrastiert so außerordentlich mit der Erfahrung, die der Herr Staatssekretär erst vor 14 Tagen in Kiel gemacht hatte, daß ich eine Erklärung dafür nicht habe.

Diese Zahlen — 20 U-Boote; es ist heute von 21 Booten, wenn ich mich nicht irre, gesprochen worden, für den Januar/Februar 1917 — haben sich nachher noch etwas erhöht. Es sind nachher 36, 43, 47 U-Boote gewesen. Ich könnte die Zahlen auch genau nennen.

Vorsitzender: Vielleicht empfiehlt es sich doch, die genauen Zahlen zu geben.

Zeuge Dr. Struve: In einem Brief, der von mir dem damaligen Reichskanzler Michaelis und von dem Herrn Abgeordneten Gothein an den General Ludendorff 1917 gesandt worden ist, haben wir geschrieben, daß auf Unternehmung im März 41, im April 47, im Mai 47, im Juni 53 Boote gewesen sind, daß der Durchschnitt Juni bis Oktober ungefähr 45 Boote ist. Die Zahlen der Frontboote selbst sind heute morgen schon hier von der Marine angegeben worden. Ich habe zu den Zahlen weiter keine Bemerkung zu machen. Diese Differenz zwischen den draußen tatsächlich vorhandenen U-Booten und den Zahlen, die uns im Haushaltsausschuß gegeben worden sind, ist aber nicht nur damals, am 31. Januar 1917, wo sie mir besonders kraß vorgekommen ist, in die Erscheinung getreten, sondern auch schon früher.

Herr Staatssekretär v. Capelle hat, als wir zum ersten Male Gelegenheit hatten, uns eingehend über den U-Boot-Bau zu unterhalten — und das konnte erst sein in der Zeit, als Herr v. Capelle Staatssekretär war, weil während der langen Amtsdauer des Großadmirals v. Tirpitz der Reichstag Budgetkommissionssitzungen über den Marineetat mit Aussprache über diese Sachen meines Wissens nicht gehabt hat; der Admiral v. Tirpitz hatte das Verfahren angewandt, daß die beiden Referenten, die Herren vom Zentrum und die Herren von der Sozialdemokratie, die Sache vorher mit ihm besprochen haben —, in einer Rede gesagt: es würden ja noch große Vorwürfe von den „Kielern" kommen. Herr v. Capelle wußte, daß ich schon kurz nach seinem Amtseintritt ihm geschrieben und ihm gesagt hatte, daß sein Versprechen, das wir im Frühjahr 1916 bekommen hatten, daß der U-Boot-Bau jetzt anders, jetzt mehr gefördert werden solle, als er unter Tirpitz gefördert worden war, nicht gehalten sei. Ich denke an die denkwürdigen Verhandlungen, wo wir von Herrn v. Capelle eine außerordentlich scharfe Kritik der ganzen Flottenbaupolitik des

Staatssekretärs v. Tirpitz gehört haben. Ich mußte zu meinem Erstaunen bald bemerken, daß trotz alledem nicht so stark gebaut wurde, und ich habe daher die Briefe gleich im Frühjahr 1916 geschrieben. Um diese Vorwürfe von vornherein zu entkräften, nannte der Herr Staatssekretär die Zahl von gegen 400 U-Booten, die wir hätten. Ich konnte nachher darauf hinweisen, daß auch, wenn er alle verlorenen mitrechnete, wir nicht an die Zahl von 400 herankommen; auch wenn man schon von den U-Booten spricht, die noch nicht einmal im Bau sind, sondern die gerade erst bestellt sind, auch dann würden es nur hoch 300 sein und keine 400. Gleichfalls war es ein Irrtum, als wir dort vom Staatssekretär amtlich hörten, daß serienweise gleich zu Anfang des Krieges, wie es ja hätte sein sollen, die U-Boote bestellt worden wären, und von den verschiedenen Serien z. B. die Serie U C 1 bis 60; auch da stellte es sich heraus, daß der Herr Staatssekretär nicht mit den tatsächlich nicht vorhandenen Bestellungen gerechnet hatte, sondern vielleicht mit den Bestellungen, die ihm in dem Augenblick politisch ebenso angenehm gewesen wären wie uns.

Um einen objektiven Maßstab über den Umfang der Bestellungen zu finden, ist es, glaube ich, das Richtigste, wenn man sagt, wieviel Tonnage U-Boote sind monatlich bestellt worden. Die U-Boot-Zahl kann hier nicht irgendwie in Frage kommen, da ja nach Ausbruch des Krieges Herr Großadmiral v. Tirpitz zunächst neben einigen planmäßigen Bestellungen, die vorbereitet waren, eine Reihe von so kleinen U-Booten bestellte, von 127 t, von 173 t, die sogenannten Kanalflöhe, die nachher unter Herrn Kapitän v. Bartenbach in Flandern ausgezeichnete Dienste getan haben, daß es ein Unrecht wäre, wenn man jetzt einfach zählen würde U-Boot gegen U-Boot, da wir nachher große U-Boote bestellt haben bis zu 1900 und 2100 t. Es wird also als Vergleichsmoment die U-Boot-Tonnenzahl angeführt werden müssen, um einen Maßstab zu bekommen, was bestellt ist. Wenn nun 20 Monate lang bestellt werden konnte — und so lange war noch Tirpitz Staatssekretär der Marine, von August 1914 bis März 1916 —, so, meine ich, ist der Zeitraum lang genug, um eine einigermaßen objektive Schätzung zuzulassen. In diesen 20 Monaten sind 80 455 t — die Zehner und Einer weiß ich nicht genau aus dem Kopf — bestellt worden. Das macht im Monat 4000 t.

Die Bestellungen vom Staatssekretär v. Capelle belaufen sich wiederum ungefähr auf 20 Monate. Von März 1916 rechne ich die Amtsdauer des Staatssekretärs v. Capelle, das Ende ist mir nicht dem Datum nach bekannt. Ungefähr 14 000 t pro Monat sind während der Zeit, wo Herr v. Capelle Staatssekretär war, bestellt worden. Schon diese Gegenüberstellung ergibt, daß die Zeiten — und zwar die einzigen Zeiten, wo, nachdem der U-Boot-Bau vor dem Kriege ja absolut nicht gefördert worden war, es noch Zweck gehabt hätte — nicht ge-

nügend genutzt sind. Unsere Industrie hätte weit mehr als 4000, auch mehr als 14 000 t pro Monat fertigstellen können. Vor dem Kriege — nur die beiden Zahlen — sind im Jahre 1913 ganze drei U-Boote bestellt worden, und im Jahre 1914 bis zum 1. August 1914 nur ein U-Boot. Dann hatten wir aber in der Zeit, wo Herr Staatssekretär v. Capelle U-Boote bestellte, am 5. Juli 1917 — ich glaube, den Tag richtig anzugeben — von Herrn Staatssekretär v. Capelle auch in einer Haushaltsausschußsitzung des Reichstags gehört, daß er von dem Herrn Reichskanzler die politische Direktive bekommen habe, der Herr Reichskanzler rechne mit einer viel längeren Dauer des U-Boot-Krieges als mit den von dem Admiralstab angenommenen 5 oder 6 oder 7 oder 8 Monaten, und Herr v. Capelle möchte doch die Bestellungen diesen politischen Gesichtspunkten anpassen. Da ist im Juni 1917 eine Bestellung an einem Tage gekommen von über 60 000 t. Die Zahlen liegen hier auch genauer vor. Es sind 63 506 t. Die ganze U-Boot-Bestellung des Herrn v. Tirpitz während des ganzen Jahres 1915 betrug ungefähr 50 000 t. Auch diese Gegenüberstellung zeigt, wie wenig unsere Industrie zur rechten Zeit ausgenutzt worden ist.

Als dann diese Bestellung fertig war und ich mit dem Herrn Unterstaatssekretär W a h n s c h a f f e über diese Sache sprechen konnte, konnte ich einen Glückwunsch, daß es so schnell gelungen wäre, neue U-Boote zu bestellen, nicht annehmen, weil ich dem Herrn Wahnschaffe sagen mußte, die Forderung der Zeit sei — da der Krieg doch lange genug dauere und das Landheer den Krieg nicht erledigen könne, deshalb hätten wir ja den U-Boot-Krieg eröffnet —, daß doch jetzt der ganze Schiffbau und die gesamte Industrie umfassend eingestellt werden müßte. Herr Wahnschaffe meinte, es sei die Meinung der Reichsleitung, es sei jetzt alles geschehen; mehr zu bestellen, wäre unmöglich. Da habe ich mir Mühe gegeben, sofort wieder das Material zu bekommen, um den Nachweis zu liefern, daß auch 1916 und 1917 nicht genügend bestellt worden ist.

Schon im Frühjahr 1916, als, ich glaube, Herr v. Capelle schon Staatssekretär war, ist von Vulkan, Weser, Germania, Blohm & Voß angeboten worden, sie könnten 102 mittlere und 37 große U-Boote bauen. Bestellt worden sind im Mai 1916 — das ist Herr v. Capelle — 24 mittlere und 32 große U-Boote. Das sind 56 U-Boote gegen 139 U-Boote, die die Werften zu bauen sich bereit erklärt hatten. Mitte 1916 hat die Weser darauf hingewiesen, daß wieder trotz der N e u b e st e l l u n g e n Lücken in der Ablieferung entstehen werden. Auf die Lücken werde ich gleich noch kommen. Die Weser wünscht noch einige weitere, mittlere U-Boote nach vorhandenen Zeichnungen zu bauen, die vom Dezember 1916 bis Januar 1917 abzuliefern seien. — Abgelehnt! Vulkan wünscht Nachbestellung von B-Booten, die gleichfalls Anfang 1917 zu liefern sind. Vulkan schreibt: „Um schnell und gut liefern zu können, müssen endlich Serien bestellt werden.“ Da kommt eine Verfügung

vom 17. Juli 1916 vom Herrn Staatssekretär: Von der Bestellung weiterer U-Boote wird zurzeit Abstand genommen; eine Pause in der Bestellung ist erwünscht, um den Bauwerften die Möglichkeit zu geben, die bisherigen Marineaufträge intensiver fördern zu können und sie für unvorhergesehene Arbeiten aufnahmefähig zu machen. Auch die U-Boot-Inspektion hat jedenfalls in der Zeit mehrfach das Reichsmarineamt gedrängt, zu bestellen. — Ohne Erfolg. Ende September 1916 bekommt Blohm & Voß einen Auftrag von fünf B-Booten, die Weser von acht B-Booten. Aber beide Werften müssen dem Reichsmarineamt ausdrücklich bestätigen, daß der Kreuzerbau auf den Werften nicht beeinträchtigt werden dürfe. Im Oktober 1916 schreibt die Weser-Werft, sie hätte Schwierigkeiten mit der Materialbeschaffung, sie wünsche beschleunigte Entscheidung, ob noch vier weitere Boote bestellt werden. Sie bitte um die Erlaubnis, das Schiffsbaumaterial jetzt schon bestellen zu dürfen. Februar 1917 beantragen Schichau und Kaiserliche Werft Danzig, je zwei weitere Boote bauen zu dürfen, Howald-Kiel bietet drei Boote an. — Abgelehnt. Im Mai 1917 mahnt die Kaiserliche Werft Danzig nochmals dringend, U-Boote zu bestellen. Es sei schon viel Zeit durch Warten verstrichen. Um Arbeiterentlassungen zu vermeiden, müßte die Werft spätestens Mitte Juni im Besitz von neuen Aufträgen sein.

Wir nahmen damals sicher an, daß man den Terminbeginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges sich reiflich überlegt hat, daß am 1. Februar 1917 die Marine nun aber auch wirklich auf alle Eventualitäten gerüstet sei und daß der Zuwachs in jedem Monat, der doch nötig ist, um die Verluste zu ersetzen, unter allen Umständen auch sicher da sei. Man hatte sich doch lange genug auf die Sache vorbereiten können, so daß man nun auch wissen konnte, daß auch die Werften ihre Sache in Ordnung hatten. Aber Blohm & Voß haben im Januar, Februar, März, April, Mai 1917 nicht ein einziges U-Boot abgeliefert, wo wir den Zuwachs so nötig hatten, die Vulkan-Werft keins in den Monaten Februar, März, April, Mai 1917, die Germania-Werft keins im Juni 1917, die Kaiserliche Werft keins im Juli 1917. Im Februar 1917 sind ganze 3 U-Boote neu in Dienst gestellt worden, im März 4, April 4, Mai 6, Juni 8 und im Juli 10 Boote, — also nicht viel mehr als 1 % Zuwachs pro Monat zu den in der Front befindlichen Booten.

Nun hatten wir schon im Herbst 1916 — wenn ich mich nicht täusche, Ende September oder Anfang Oktober — von dem Herrn Staatssekretär v. Capelle, als zum zweiten Mal lang und breit eine Woche ungefähr die Frage des uneingeschränkten U-Boot-Krieges im Reichstag behandelt wurde, gehört, daß rein marinetechnisch die Marine für alle Eventualitäten gerüstet sei. Rechnungsmäßig — und auch damals haben wir wie heute die Sache immer nur aktenmäßig nach dem gehört, was in den Akten verzeichnet stand — war es auch so. Es sollten 48 Stück mit ungefähr

32 900 t fertig werden. Es sind aber nur 35 U-Boote mit ungefähr 22 860 t fertig geworden. Das sind 30 % weniger als beim Voranschlag. Nun werde ich wohl zu hören bekommen: wir konnten uns nur nach dem Voranschlag richten, unser Voranschlag war nun einmal so, und anders als nach dem Voranschlag konnte die Marine nicht berichten. Wir haben aber auch in einer dieser Reden, in der Abwehrrede gegen meine Vorwürfe, von Herrn v. Capelle zu hören bekommen, 116 Boote werden noch bis Ende 1917 fertig. Das wird Ende April 1917, vielleicht am 30. April gewesen sein. Das ist ja in den Protokollen nachzulesen. Schon am ersten Ostertag konnte ich dem Herrn Reichskanzler schreiben — als wir den Ostererlaß des Kaisers bekommen hatten und ich die Gelegenheit benutzte, den Ostererlaß politisch umzumünzen —, daß höchstens 80 Boote in dem Jahre fertig werden würden. Auch diese Zahl konnte ich nicht taxieren, sondern ich mußte es mir auf das gründlichste überlegen, um mich in keiner Zahl und keinen Angaben zu irren. 78 Boote sind nun tatsächlich fertig geworden, während ich damals von 80 dem Herrn Reichskanzler geschrieben habe. So meine ich, daß es doch schon andere Sachverständige auf den Werften gegeben haben muß, nicht von der Marine, die aber den ganzen U-Boot-Bau so gut übersehen konnten, daß sie sich tatsächlich sehr wenig irrten. Um so mehr haben wir bedauert, daß all die Boote, von denen wir immer in der Budget-Kommission hörten, nachher nicht zum Tragen kamen, weil sie leider nicht abgeliefert worden sind.

Der Herr Abgeordnete Gothein hat als Mitglied des Untersuchungsausschusses vor einigen Stunden — das habe ich als Zuschauer gehört, nicht ganz deutlich, es ist auch noch nicht darauf geantwortet oder sonst besprochen worden — darauf hingewiesen, daß den U-Boot-bauenden Werften — wenn ich mich nicht täusche, ich bitte, mich eventuell zu korrigieren — bei den neuen Aufträgen, trotzdem die Boote ja soviel größer waren, von 800 Tonnen auf 1400 und 1600 gestiegen waren, doch die Bauzeiten soviel kürzer abgenommen wurden, daß es von vornherein eine glatte technische Unmöglichkeit war, überhaupt diese U-Boot-Bautermine einzuhalten. Jedenfalls haben die beiden Abgeordneten Gothein und Strube damals dem Herrn General Ludendorff diese Sache mit aller Deutlichkeit und technischen Gründen bewiesen. Ich habe allerdings dieses Schreiben heute nicht zur Hand. Das wird Herr Gothein haben.

Ich will noch auf eine Äußerung hinweisen. Am 1. Juli 1917 ist die letzte Sitzung bei dem Herrn Reichskanzler v. Bethmann Hollweg mit den Parteiführern gewesen, da hat Herr v. Capelle versichert, 158 U-Boote seien fertig, 240 seien im Bau; alle Vorwürfe wegen unzureichender Bestellung seien daher hinfällig. Tatsächlich waren aber nur 150 U-Boote im Bau, die anderen 90 waren eben erst bestellt. Auch das ist nachzuweisen, wann erst, vielleicht Ende

1917, der Bau dieser Boote begonnen worden ist. Wir haben das gleiche Schauspiel noch einmal erleben müssen, als wir es endlich nach vielen Verzögerungen fertig bekommen hatten, nachdem es der Seniorenkonvent abgelehnt hatte, den Antrag Gothein ins Plenum zu bringen, daß der Reichstag selber nach dem Stand des U-Boot-Baus fragen solle, eine Kommission beim Reichskanzler tagen zu lassen. Man glaubte, die Besprechung im Reichstag nicht verantworten zu können wegen der politischen Wirkung auf das Ausland und Inland. Als wir diese Kommission beim Reichskanzler endlich hatten, da waren auch die damals auftragsgemäß gegebenen Darstellungen des Herrn Kapitäns zur See Brüninghaus mit den Tatsachen nicht in Einklang zu bringen: „alle Werften sind bis zur Halskrause voll, ganze 479 Boote sind im Bau". Ich habe schon am 3., 10., 15. und 16. Juli 1918 in den Sitzungen dieses Ausschusses darauf hinweisen können, daß in dieser Zahl von 479 nicht weniger als 190 eben erst bestellte Boote enthalten waren und daß auch die restierenden 289 noch nicht einmal alle im Bau gewesen sind. Damals sind U-Boote im Bau gewesen: bei Schichau-Elbing 2, Vulkan 7, Blohm und Voß 10, Germania 19, Weser-Werft 15, Kaiser-Werft Danzig 5, Bremer Vulkan 23. Diese Zahlen kommen lange nicht an die 289 heran. Es fehlen ja bei diesen Zahlen die Anzahl von U-B-Booten und U-C-Booten, die auch noch im Bau auf diesen Werften gewesen sind. Die habe ich damals auch genannt.

So ist von den ersten Mitteilungen des Herrn Staatssekretärs v. Capelle bis zu dieser letzten amtlichen Mitteilung immer eine große Unstimmigkeit zwischen den tatsächlichen Verhältnissen und dem, was uns verantwortlich gesagt worden ist, zu verzeichnen gewesen. Es war das erste Wort, was der Herr Staatssekretär v. Capelle uns sagte am 28. März 1916: Alle Werften bis auf zwei bauen U-Boote — am 27. März 1916! —, und ich will mir überlegen — so ähnlich sprach Capelle —, ob wir diese Werften nicht auch noch hinzuziehen sollen. Leider sind noch 1918 nicht einmal alle Werften zum U-Boot-Bau hinzugezogen worden; 5 waren es 1916, 11 sind es nachher gewesen. Man sieht schon daraus, wie wenig die Angaben des Herrn v. Capelle mit den Tatsachen übereinstimmen. Ich will damit nicht den Vorwurf erheben, daß das etwas anderes als ein zu beklagender Irrtum gewesen ist; denn ich habe mich davon überzeugen müssen, daß der Herr Staatssekretär v. Capelle noch viel weniger über die Tatsachen orientiert gewesen ist, als wir schon 1916 und 1917 allmählich haben merken müssen. Aber bedauerlich ist es; denn es hat natürlich den Eindruck erwecken müssen, als wenn tatsächlich alles für den U-Boot-Bau geschähe, und so ist die beste Zeit ungenützt verstrichen. Ich zweifle keinen Augenblick, daß, wenn der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und die Oberste Heeresleitung früher über diese Dinge unterrichtet worden wären,

dann auch schon früher der U-Boot-Bau energisch und umsichtig gefördert worden wäre.

Vorsitzender: Ich nehme als selbstverständlich an, daß die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Strube eine Erwiderung seitens des Admiralstabes erhalten müssen. Dazu ist **aber** jetzt nicht mehr die Zeit; wir brechen infolgedessen ab.

Zeuge Staatssekretär a. D. **v.** Capelle: Ich bitte **doch**, noch eine kurze Erwiderung geben zu dürfen.

Vorsitzender: Wenn es eine kurze Erwiderung ist, dann bitte ich, das Wort zu nehmen.

Zeuge Staatssekretär a. D. **v.** Capelle: Meine Herren, der Herr Abgeordnete Strube hat mir in seinen Ausführungen zwei Vorwürfe gemacht: einmal den Vorwurf, daß ich die Haushaltskommission nicht ausreichend und zum Teil wohl auch nicht zutreffend informiert hätte, und den zweiten Vorwurf, daß ich nicht soviel U-Boote gebaut hätte, wie wir in der Lage gewesen wären.

Ich will zunächst auf den ersten Vorwurf eingehen. Da halte ich es doch für notwendig, daß ich wenigstens die Hauptteile aus der Rede verlese, die ich zuerst im Haushaltsausschuß gehalten habe, in Rücksicht darauf, daß damals der rücksichtslose U-Boot-Krieg von der Seekriegsleitung abgelehnt worden war. Ich will mich auf einige Auszüge beschränken. Ich sagte also am 28. März:

> Ich werde mich bemühen, durch Darlegung der militärischen Verhältnisse die Möglichkeiten des U-Boot-Krieges zu erörtern, damit Sie einen Überblick gewinnen und sich selbst ein Urteil bilden können.
>
> Der entscheidende Kriegsschauplatz für den U-Boot-Krieg ist die Westküste von England, der nördliche und südliche Eingang zur Irischen See und der westliche Eingang zum Kanal. Dies sind die Hochstraßen des Weltverkehrs. Der Admiralstab hat diese Gebiete in drei Stationen eingeteilt und hat Anordnung getroffen, daß diese drei Gebiete zurzeit mit je einem U-Boot besetzt werden. Er nimmt an auf Grund der bisherigen Erfahrungen, daß jedes U-Boot im Durchschnitt pro Tag ein feindliches Schiff in der Durchschnittsgröße von 4000 Tonnen erledigen wird. Die drei U-Boote, die dauernd auf Station sind, werden also pro Tag drei Schiffe, im Monat 90 Schiffe, erledigen. Dies ergibt an dieser Stelle eine Deplacementsverminderung von 360 000 Tonnen. Wenn man den Verkehr an dieser Stelle im Frieden gesehen hat oder auch nur den Verkehr auf der Elbe, wird man sich darüber klar sein, daß es ausgeschlossen ist, durch diese Tätigkeit der U-Boote die Zufuhr nach Eng-

land derart zu beschränken, daß gewissermaßen ein eiserner Vorhang um Englands Westküste fällt.

Die nächste Frage ist: wieviel U-Boote gehören dazu, um die Westküste von England dauernd mit drei U-Booten zu besetzen? Um eine Station dauernd mit einem U-Boot zu besetzen, sind fünf U-Boote erforderlich. Die U-Boote sind durchschnittlich vier Wochen auf Fahrunternehmung, und zwar etwa ein Drittel der Zeit auf Hinreise, ein Drittel auf Station und ein Drittel auf Rückreise. Das sind drei U-Boote. Zwei weitere sind auf den Werften zur Reparatur. Also sind im ganzen für die drei Stationen 15 U-Boote erforderlich an der Westküste Englands. Bei der dort herrschenden See und bei den militärischen Anforderungen können nur ganz moderne U-Boote verwendet werden. Von diesen sind zurzeit 20 verfügbar, also an sich genügend, um die drei Stationen dauernd zu besetzen.

Im Interesse der Zeit will ich abkürzen. Das deckt sich ja mit dem, — —

Vorsitzender: Es wird nicht möglich sein, erschöpfend diese Debatte zu Ende zu führen. Ich glaube, daß Sie selbst das Bedürfnis haben, Exzellenz, in ausführlicher Form darauf zu erwidern. Ich wollte Ihnen nur Gelegenheit geben, ein kurzes Wort zunächst hier auszusprechen, damit die Ausführungen des Herrn Dr. Strube, wie ich annehme, in Ihrem Sinne, nicht ganz ohne Erwiderung von Ihnen hinausgehen. Wir wollen aber jetzt damit die Sache abbrechen. Wir müssen sie dann in der nächsten Sitzung fortsetzen.

Ich beraume die nächste Sitzung an auf Dienstag, vormittags 10 Uhr, und bitte alle die Herren, soweit sie bisher als Zeugen erschienen waren, vor allen Dingen Herrn Dr. Strube, wieder zu erscheinen, außerdem auch Exzellenz Helfferich.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 34 Minuten.)

9. Sitzung des 2. Unterausschusses

Dienstag den 11. November 1919.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 22 Minuten durch den Vorsitzenden, Abgeordneten Warmuth, eröffnet.

Vorsitzender: Ich eröffne die Sitzung.

Ich habe zunächst einige Vorbemerkungen zu machen. Mir ist ein Telegramm von Herrn Professor Harms (Kiel) folgenden Inhalts zugegangen:

> Falls Blättermeldung über Aussage Geheimen Admiralitätsrates Koch zutrifft, erkläre ich sie für irrig. Ich bin vor Proklamierung unbeschränkten U-Boot-Kriegs weder von amtlichen Stellen um meine Meinung gefragt worden, noch habe ich mich ungefragt geäußert. Gegenüber privater Anfrage habe ich Stellungnahme grundsätzlich abgelehnt mit der Begründung, daß Urteil darüber, ob die Überzeugung erfolgreichen U-Boot-Krieges vorliege, nur den militärischen Stellen zustehe. Erst am 5. März 1917, nachdem U-Boot-Krieg einen Monat im Gange war, habe ich mich in einer Rektoratsrede über wirtschaftliche Wirkung bei erfolgreicher Absperrung Englands verbreitet, jedoch auch hierbei hervorgehoben, daß mir über nichtmilitärische Fragen Urteil nicht zustehe. Ich stelle anheim, mich über U-Boot-Krieg und seine Begleiterscheinungen zu vernehmen, da ich zur Aufklärung glaube beitragen zu können.

Wir haben aus dem Stenogramm festgestellt, daß Herr Admiral Koch in der Tat der Auffassung gewesen zu sein scheint, daß bereits vor Einleitung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges Herr Harms gehört oder jedenfalls das Urteil des Herrn Harms mitberücksichtigt worden sei. Das klärt sich also dann jedenfalls als ein Irrtum auf. Da aber die Rektoratsrede von Herrn Harms, auf die es hier ankommt, die die besondere wirtschaftliche Wirkung bei erfolgreicher Absperrung Englands behandelte, erst im März 1917 gehalten worden ist, also nachdem bereits der uneingeschränkte U-Boot-Krieg eingeleitet war,, ist es für den Ausschuß belanglos, Herrn Professor Harms zu diesem Punkte zu hören. Wir haben infolgedessen von seiner Vernehmung Abstand genommen.

Ich komme zu einem zweiten Punkte, der eine besondere Vorbemerkung erfordert. Die Äußerungen des Herrn Admirals Koch über die politische Wirkung des

uneingeschränkten U-Boot-Krieges im Sommer 1917, also seine Bemerkungen über Englands Friedensbereitschaft und die Zerstörung dieser Friedensbereitschaft durch eine Indiskretion haben zum Teil in der Presse eine Wertung gefunden, als ob sie ausschlaggebend seien und die Frage in dieser bestimmten Richtung erschöpften. Dazu sei bemerkt, daß hier zunächst noch eine persönliche Auffassung vorliegt. Inwieweit diese Auffassung den Tatsachen entspricht, unterliegt der Feststellung des Ausschusses, der nach dem Geschäftsordnungsplan ja gerade diese Frage noch einer besonderen Untersuchung zu unterziehen hat.

Was die wirtschaftliche Wirkung anlangt, so hat Herr Admiral Koch auf zwei Berichte ausdrücklich Bezug genommen, nämlich auf die Berichte von Sims und Churchill. Auch diese beiden Berichte können keinen Anspruch auf Erschöpfung der Sachlage machen. Es wird durch den Ausschuß auch in dieser Richtung, wie ich ausdrücklich bemerke, das gesamte außerordentlich umfangreiche Material geprüft werden, und auch dieses wird zur Unterlage dienen bei den Verhandlungen, die sich mit den Friedensmöglichkeiten im Sommer 1917 befassen. Aus diesen Gründen soll auch in den weiteren gegenwärtigen Verhandlungen die Frage der politischen Wirkung des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs, wie sie im Sommer 1917 zur Darstellung kam, vorläufig völlig ausscheiden. Wir haben uns also im wesentlichen mit der technischen Frage zu beschäftigen, die ja durch die letzten Erklärungen des Herrn Dr. Strube in ein besonderes Licht gerückt ist.

Ich gebe jetzt dem Herrn Admiral Exzellenz v. Capelle das Wort zu einer eingehenderen Erwiderung auf die Äußerung von Herrn Dr. Strube.

Zeuge Staatssekretär a. D. v. Capelle: Meine Herren! Herr Dr. Strube hat in seinen Zeugenaussagen in der letzten Sitzung mir zwei schwere Vorwürfe gemacht. Der erste Vorwurf ging dahin, daß ich während meiner Amtsdauer nicht genügend U-Boote gebaut hätte, und der zweite Vorwurf richtete sich dagegen, daß ich in meinen Ausführungen im Reichshaushaltsausschuß den Reichstag getäuscht hätte.

Ich wende mich zunächst zu dem ersten Vorwurf und möchte hier die Zahlen der in Bau gegebenen U-Boote nennen. Ich habe mir nach der letzten Sitzung des Untersuchungsausschusses von der Admiralität die neueste Zusammenstellung über die während des Krieges und unmittelbar vor dem Krieg in Bau gegebenen U-Boote geben lassen. Diese Kontrolle der Admiralität, die vom Mai 1919 datiert ist, weist nach, daß vor dem Krieg und während des Krieges im ganzen 810 U-Boote in Auftrag gegeben sind. Von diesen 810 U-Booten fallen auf die Zeit vor dem Krieg 45. Vom Großadmiral v. Tirpitz sind 186 U-Boote in Auftrag ge-

geben, und von mir sind während meiner Amtszeit in etwa 2½ Jahren 579 U-Boote in Auftrag gegeben worden. Meine Herren! Ich möchte glauben, daß diese Zahlen eigentlich für sich selbst sprechen. Die von mir in Auftrag gegebenen U-Boote verteilen sich auf die einzelnen Jahre, wie folgt: In den 9 Monaten des Jahres 1916, wo ich Staatssekretär war, habe ich 90 U-Boote in Auftrag gegeben, im Jahre 1917 269, in den 9 Monaten des Jahres 1918 — im September 1918 verließ ich den Dienst — habe ich noch weitere 220 U-Boote in Auftrag gegeben. Wie die Herren aus dieser Zusammenstellung ersehen, ist das Jahr 1916, das Jahr, das von ausschlaggebender Bedeutung war, schlecht weggekommen. — Das will ich jetzt erläutern.

Der Grund für die geringere Inbaugabe im Jahre 1916 lag vor allem in der politischen Situation. Wir hatten zunächst das Jahr 1915 hinter uns, im Februar 1915 war bekanntlich der U-Boot-Krieg zum ersten Male erklärt worden. Im Laufe des Jahres war derselbe unter der Einwirkung des amerikanischen Notenwechsels praktisch versandet. Im Herbst 1915 erließ der Admiralstab einen Geheimbefehl, daß der U-Boot-Wirtschaftskrieg an der Westküste Englands zunächst ganz eingestellt werden solle, und in der Nordsee solle der U-Boot-Handelskrieg nach Prisenordnung weitergeführt werden. Anfangs 1916 erfolgte ein sehr starker Vorstoß der damaligen Obersten Heeresleitung unter General v. Falkenhahn und der Seekriegsleitung unter Admiral v. Holtzendorff, um die Wiederaufnahme des rücksichtslosen U-Boot-Krieges durchzusetzen. Die Verhandlungen darüber kamen in einem gemeinschaftlichen Vortrage der Kriegsleitung und der politischen Leitung am 4. März 1916 beim Kaiser zur Entscheidung. Die Entscheidung fiel im wesentlichen dahin, daß der rücksichtslose U-Boot-Krieg vertagt werden sollte. Im Anschluß daran nahm der Großadmiral v. Tirpitz seinen Abschied. Am 15. März erfolgte meine Ernennung zum Staatssekretär.

Die Vertagung des U-Boot-Krieges, d. h. die am 4. März gefallene Entscheidung, und der Abschied des Großadmirals v. Tirpitz hat im deutschen Volke eine große Erregung hervorgerufen. Diese Erregung fand ihren Niederschlag in Resolutionen, die von sämtlichen politischen Parteien mit Ausnahme, glaube ich, der Sozialdemokratie, eingebracht wurden und die sich alle mehr oder minder zugunsten des U-Boot-Krieges aussprachen. Diese Resolutionen wurden der Haushaltskommission des Reichstages überwiesen. Ende März fanden langwierige Verhandlungen in der Haushaltskommission statt, in denen die ganze Frage sehr eingehend durchgesprochen wurde. Das Resultat dieser Verhandlungen war ein einheitlicher Plenarbeschluß des Reichstages von Heydebrand bis Scheidemann, daß bei dem U-Boot-Krieg die berechtigten Interessen der neutralen Staaten zu beachten seien.

Meine Herren, dieser einheitliche Beschluß des Reichstages bedeutete eine einheitliche Ablehnung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges; denn die Interessen der Neutralen — das war ja gerade die Pointe beim rücksichtslosen U-Boot-Krieg.

Im Anschluß an diese Verhandlungen erfolgte alsdann der Sussex-Fall. Am 4. Mai erging von unserer Seite die berühmte, ich darf das wohl sagen, Sussex-Note an Amerika. Aus dieser Sussex-Note will ich die Hauptstelle kurz verlesen; sie lautete:

> Von diesem Gedanken geleitet,

— nämlich die guten Beziehungen zu den amerikanischen Staaten aufrechtzuerhalten —

> teilt die Deutsche Regierung der Regierung der Vereinigten Staaten mit, daß Weisung an die deutschen Seestreitkräfte ergangen ist, in Beobachtung der allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze über Anhaltung, Durchsuchung und Zerstörung von Handelsschiffen auch innerhalb des Seekriegsgebietes Kauffahrteischiffe nicht ohne Warnung und Rettung der Menschen zu versenken, es sei denn, daß sie fliehen oder Widerstand leisten.

Meine Herren, mit dieser Sussex-Note war der U-Boot-Krieg auf das Jahr 1916 — —

Vorsitzender: Exzellenz gestatten, daß ich Sie einen Moment unterbreche. Wir sprechen doch über die technische Seite, und ich bitte Sie, wesentlich in dieser Richtung Ihre Ausführungen zu machen; sonst kommen wir wieder in die politische Sache hinein, und das ist jetzt nicht Zweck und Aufgabe.

Zeuge Staatssekretär a. D. v. Capelle: Herr Vorsitzender, die technische Seite! — Ich soll erklären, weshalb ich im Jahre 1916 kein großzügiges U-Boot-Bauprogramm aufgestellt habe,

(sehr richtig!)

und der Grund, weshalb ich kein großzügiges U-Boot-Programm aufgestellt habe, liegt eben in der politischen Seite: weil die Stellungnahme der Reichsregierung und die Stellungnahme des Reichstags dahin gegangen waren, daß der rücksichtslose U-Boot-Krieg zurückgeschoben wurde. Das ist ja mein Hauptbeweggrund!

Vorsitzender: Dann bitte ich, fortzufahren.

Zeuge Staatssekretär a. D. v. Capelle: Ich wiederhole: mit der Sussex-Note war der rücksichtslose U-Boot-Krieg auch für das Jahr 1916 auf den toten Strang geschoben. Er wurde erst im Herbst nach dem Dienstantritt von Hindenburg und Ludendorff als Kreuzerkrieg wieder aufgenommen. Kann nun jemand nach dieser

politischen Entwicklung des U-Boot-Krieges im Jahre 1915 und 1916 von mir als Staatssekretär verlangen, daß ich bei dieser Situation ein großzügiges U-Boot-Bauprogramm hätte aufstellen können? Mit einem solchen großzügigen U-Boot-Bauprogramm hätte ich mich mit der doch für mich maßgebenden Regierungspolitik in einen schreienden Widerspruch gesetzt, ganz abgesehen davon, daß mir das als Staatssekretär ja niemals gelungen wäre.

Nun kam aber noch für meine Entschließungen ein anderer, mehr marinetechnischer Grund dazu, oder mehrere marinetechnische Gründe, die in ihrem Effekt eine Verzögerung in der Bautätigkeit der U-Boote zur Folge hatten.

Der erste Grund war, daß bei meinem Dienstantritt — ich will zur Erläuterung einschalten, daß ich ein Jahr lang außer Dienst gewesen war und vorher mit den U-Boot-Bauten und der ganzen Technik gar nichts zu tun gehabt hatte —, daß bei meinem Dienstantritt sämtliche U-Boot-Typen in Neukonstruktion waren. Unser Haupt-U-Boot-Typ für den Krieg gegen England, das mittlere U. B-Boot, war gänzlich umkonstruiert worden, war ungefähr verdoppelt worden. Es waren große U-Boote von 1200 Tonnen in Konstruktion genommen worden, während die bisherigen größten U-Boote bloß 800 bis 900 Tonnen hatten. Ich will auf diese technischen Einzelheiten hier nicht weiter eingehen.

Der zweite Grund war, daß im Laufe des Jahres — am 1. Juli — die Skagerrakschlacht stattfand. Die Skagerrakschlacht hatte uns eine Menge Havarien gebracht, die notdürftig, die schleunigst — nicht notdürftig! — schleunigst wiederhergestellt werden mußten. Es war natürlich, daß diese Wiederherstellung auf die U-Boot-Bautätigkeit erheblich drückte. Wir mußten eine Reihe Arbeiter von den U-Booten wegnehmen, um unsere Schiffe nach der Skagerrakschlacht wiederherzustellen.

Nun kommt noch der Hauptgrund, marinetechnisch! Im Jahre 1916 hatten die Engländer angefangen, in einer ganz außerordentlich großzügigen Weise das Nordseegebiet vor unseren Flußmündungen — das sogenannte nasse Dreieck — mit Minen zu verseuchen. Meine Herren, dadurch entstand für uns eine neue Gefahr: es entstand die Gefahr, daß nicht nur die Schlachtflotte eingekesselt wurde, nicht mehr heraus konnte, sondern daß vor allem auch die U-Boote nicht mehr heraus konnten und eingekesselt wurden. Das war ja der Zweck dieser großartigen Maßregel der Engländer. Diese Minenverseuchng hatte zur Folge, daß nunmehr auf allen Seiten der Front der Schrei nach Minensuchbooten entstand, und ich möchte den Herren aus meinen damaligen Ausführungen in der Budgetkommission ein kurzes Stimmungsbild geben, wie die Verhältnisse lagen. Ich zitiere kurz aus dem Stenogramm meiner Ausführungen im Haushaltsausschuß:

Die Herren
— vom Haushaltsausschuß —
machen immer den Fehler, zu glauben, daß es sich jetzt lediglich um U-Boote handle. Es sind noch eine ganze Reihe von anderen Bedürfnissen vorhanden, die wir auch decken müssen, vor allem Minensuchboote, kleine Torpedoboote, Patrouillenboote usw. Als maßgebend für das Bedürfnis können Sie annehmen, daß ich, ich will nicht sagen, tagtäglich, aber doch wöchentlich mindestens einmal sehr energisch aus der Front bestürmt werde, es möchten doch nur noch mehr Minensuchboote, kleine Torpedoboote, Patrouillenboote, Motorboote und was alles sonst noch an kleinen Fahrzeugen dazu gehört, in Auftrag gegeben werden, während ich aus der Front nicht bestürmt werde, noch mehr U-Boote in Auftrag zu geben. Im allgemeinen ist doch in der Marine jetzt die Ansicht vertreten, daß es vor allem unsere Aufgabe ist, die im Bau befindlichen U-Boote erst einmal fertigzustellen und nicht immer neue U-Boote in Bau zu geben, die vielleicht erst 1919, frühestens Ende 1918, fertig werden können.

Meine Herren, es ist ja verständlich, daß Ihnen vielfach andere Ansichten zugetragen werden, Ansichten, die entweder von Herren ausgehen, die die Verhältnisse nicht übersehen können, oder die direkt oder indirekt von den Werften beeinflußt werden. Alle Werften reißen sich heute darum, U-Boot-Aufträge zu bekommen. Alle Werften versprechen, das Unmögliche zu leisten und setzen verhältnismäßig kurze Termine. Sie machen nur immer drei Bedingungen: die nötigen Facharbeiter, keine Streiks, die erforderliche Material- und Kohlenzufuhr.

Das waren meine damaligen Ausführungen in der Budgetkommission. Ich wollte dadurch den Herren ein Stimmungsbild geben, wie es damals in der Front und bei uns aussah.

Nachdem nun 1917 der rücksichtslose U-Boot-Krieg tatsächlich eingesetzt hatte, habe ich mir trotz der Sechs-Monate-Prophezeiung die stärkste Förderung des U-Boot-Krieges angelegen sein lassen. Ich wiederhole kurz die Zahlen. Im Jahre 1917 habe ich 269 U-Boote in Auftrag gegeben und im Jahre 1918 — für mich nur neun Monate — 220 U-Boote.

Ich muß nun noch mit einer Legende aufräumen, die dahin geht, daß ich eigentlich aus eigener Initiative so gut wie nichts getan hätte, sondern daß ich immer nur durch den Reichskanzler und die Oberste Heeresleitung zu U-Boot-Bestellungen gezwungen worden wäre. Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat dreimal Gelegenheit gehabt — oder das erstemal eigentlich keine Gelegenheit gehabt; das erläutere ich gleich —, mit mir über U-Boot-Bestellungen zu sprechen. Das erstemal war

dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg eine Denkschrift vom damaligen Abgeordneten Dr. Strube übermittelt worden, die in warmen patriotischen Worten die Besorgnis zum Ausdruck brachte, daß wir nicht genügend U-Boote bauten, und daran ein sehr erschöpfendes Material knüpfte. Von dieser Denkschrift habe ich überhaupt gar keine Kenntnis erhalten. Diese Denkschrift ist erst später durch den Reichskanzler Michaelis als Anlage zu der Michaelis-Denkschrift zu meiner Kenntnis gekommen. Das war das erstemal, wo ich mit der Frage überhaupt nicht befaßt worden bin.

Das zweitemal richtete der Reichskanzler, etwa im Sommer 1917, als der rücksichtslose U-Boot-Krieg gerade auf der Höhe stand, ein Schreiben an mich, in dem er zum Ausdruck brachte, daß ich doch auch bei den Dispositionen über den Neubau von U-Booten das Jahr 1918 nicht außer Betracht lassen möchte, da er, der Reichskanzler, mit einem langen Kriege und mit langen Waffenstillstandsverhandlungen rechnete. Dieses Schreiben stieß bei mir insofern offene Türen ein, als sehr erhebliche U-Boot-Bestellungen schon gemacht bezw. gerade in Vorbereitung waren. Ich habe dieses Schreiben aber sofort zu meinen Statsakten genommen, weil ich damals schon beabsichtigte, dieses Schreiben bei passender Gelegenheit im Haushaltsausschuß bekanntzugeben, um den Reichskanzler gegen die ewigen Vorwürfe zu decken, als ob der Reichskanzler sich nicht genügend für den U-Boot-Krieg interessierte und Vorsorge träfe. In diesem Sinne habe ich dann auch später dieses Schreiben verwandt, und daraus ist wohl irrtümlicherweise bei den Herren der Glaube entstanden, als ob ich sehr vom Reichskanzler gedrängt worden wäre.

Das drittemal war der Zusammenhang folgender. Der Herr Reichskanzler telephoniert mich eines Morgens an, die Abgeordneten Fischbeck und Wiemer wären bei ihm gewesen und hätten sehr schwere Besorgnisse zum Ausdruck gebracht, daß wir nicht genügend U-Boote bauten. Ich bin darauf sofort zum Reichskanzler gegangen, um demselben Vortrag über den Stand der Angelegenheit zu halten. Nachdem ich diesen Vortrag gehalten hatte, sagte mir der Reichskanzler etwa dem Sinne nach: er wäre beruhigt, er sehe ja, daß alles in Ordnung wäre. Das ist der Druck, den der Herr Reichskanzler auf mich ausgeübt haben soll, mehr U-Boote in Auftrag zu geben. Der Reichskanzler Michaelis und der Reichskanzler Graf Hertling haben mit mir überhaupt niemals ein Wort über U-Boot-Bauten gesprochen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Strube hatte auch an den Reichskanzler M i c h a e l i s eine eingehende Denkschrift ähnlichen Inhalts gerichtet, die mir der Reichskanzler Michaelis in der Budgetkommission eines Tages herübergab, ohne ein Wort dazu zu sagen. Das sind die Einwirkungen der drei Reichskanzler, von denen behauptet wird, daß sie mich andauernd zum U-Boot-Bau hätten zwingen müssen.

Nun die Oberste Heeresleitung. Meine Herren, soweit ich mich entsinnen kann — ich glaube sicher, nicht irre zu gehen —, hat die Oberste Heeresleitung während der ganzen Jahre mit mir niemals ein einziges Wort über U-Boot-Bauten gesprochen. Das hatte die Oberste Heeresleitung auch gar nicht nötig, denn die Oberste Heeresleitung verkehrte mit der Seekriegsleitung, die ja über alles orientiert war. Ich glaube aber doch, einen interessanten Beitrag zu dieser Frage hier noch liefern zu können. Der Abgeordnete Dr. Strube hatte auch an Ludendorff eine sehr eingehende, sachlich wohlbegründete und von patriotischen Beweggründen geleitete Denkschrift gerichtet, er möchte doch seinen Einfluß dafür einsetzen, daß mehr U-Boote gebaut würden, und der Herr Abgeordnete Gothein hatte dann auch ein Schreiben an Ludendorff gerichtet, worin er meiner Erinnerung nach zum Ausdruck brachte, daß er den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Strube in jeder Beziehung beitrete. Ich will nun hier kurz die Antwort verlesen, die dem Dr. Strube vom General Ludendorff geworden ist. Diese Antwort datiert von Ende des Jahres 1917 und lautet folgendermaßen:

Seiner Hochwohlgeboren,
Herrn Dr. med. Strube, M. d. R.

Euer Hochwohlgeboren gehen in Ihrer Zuschrift vom 4. November 1917 davon aus, daß das U-Boot eine der wirksamsten Waffen ist, und daß demgemäß sein Bau auf das äußerste zu betreiben sei. In dieser Beziehung herrscht auch bei der Obersten Heeresleitung, dem Reichsmarineamt und dem Admiralstab dieselbe Auffassung. Ein Unterschied zwischen Ihnen und den genannten militärischen Dienststellen besteht nur darin, daß Sie eine Steigerung des U-Boot-Baues für möglich halten. Demgegenüber muß ich

— Ludendorff —

an meiner Herrn Gothein erteilten Antwort festhalten, daß zurzeit im Rahmen der Gesamtrüstungsindustrie und der sonstigen kriegswichtigen Betriebe eine Steigerung nicht mehr möglich ist. Eine vom Reichsmarineamt bei den Werften kürzlich vorgenommene Feststellung, zu der auch ein Vertreter der Obersten Heeresleitung zugezogen war, hat für mich

— Ludendorff —

einwandfrei und erneut den Beweis erbracht, daß meine Auffassung auch jetzt noch zutreffend ist.

— Daß nämlich nicht mehr gebaut werden kann. —

Daran ändert nichts, daß einzelne Werften anscheinend Ihnen gegenüber erklärt haben, bei Erhöhung ihrer Arbeiterzahl, durch Serienbau usw. noch weitere U-Boote auf Stapel

legen zu können. Vor die einmal gegebene Tatsache des Arbeitermangels, Kohlenmangels usw. gestellt, ließ sich diese Auffassung nicht aufrecht erhalten. Auch die Frage des Serienbaues ist hierbei im Einvernehmen mit den Werften erörtert worden. Natürlich wären Serienaufträge von vornherein an sich günstig gewesen. Die fortlaufenden Änderungen und Verbesserungen in den Typen haben auf die Zahl der fertigzustellenden Boote zweifellos ungünstig gewirkt. Diese Verbesserungen und Änderungen waren aber unbedingt nötig, und der Erfolg hat gezeigt, daß der beschrittene Weg im wesentlichen richtig war. Die Entscheidung, wie weit nun in Zukunft Serien bestimmter Typen zu bauen sind, muß den zuständigen und sachverständigen Stellen in Berlin überlassen bleiben. Ich möchte am Schluß nochmals betonen, daß der Wirtschaftsplan unserer gesamten Industrie als Ganzes aufgefaßt werden muß, und daß die zweckmäßige Abgrenzung der einzelnen Interessengebiete nur in engster Zusammenarbeit der beteiligten Dienststellen des Heeres und der Marine erfolgen kann. Dieses Zusammenarbeiten ist vorhanden. Daß Arbeiter-, Ersatz-, Rohstoff- und Kohlenfragen bei den Entscheidungen eine ausschlaggebende Rolle spielen, bedarf wohl keines Beweises. Daß einzelne Industrievertreter wünschen und glauben, in ihrem Ressort noch mehr leisten zu können, ist an sich ein erfreuliches Zeichen deutscher Tatkraft. Es ist auch nur erwünscht, wenn sie ihre Ansichten zur Sprache bringen, damit eine Nachprüfung möglich ist und Mißstände erkannt und beseitigt werden können. Hinsichtlich der U-Boot-Fertigung ist aber die Frage meines Erachtens vorläufig abgeschlossen.

Vorsitzender: Ihre Ausführungen, Exzellenz, machen es mir notwendig, zunächst einige Aufklärungen von Exzellenz v. Bethmann zu erhalten. Darf ich Exzellenz v. Bethmann bitten, auf folgendes einzugehen. Es ist hier die Rede gewesen von einer Denkschrift des Abgeordneten Dr. Strube an Exzellenz im Jahre 1916. Diese ist, wie soeben hier mitgeteilt worden ist, nicht weitergegeben worden, jedenfalls nicht zu Händen des Herrn Staatssekretärs v. Capelle gelangt. Warum ist dies geschehen?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Darüber kann ich heute unmöglich eine Auskunft erteilen. Ich vermute, daß sich das aus den Akten ergeben wird. Aber den Grund dafür glaube ich, heute rekonstruieren zu können. Ich habe niemals den Eindruck gehabt, daß der Staatssekretär v. Capelle den Bau von U-Booten ungenügend fördere. Der Herr Staatssekretär v. Capelle hat vorgetragen, in welcher Weise ich mit ihm wegen des Baues

von U-Booten in Verbindung getreten bin. Ich kann mich der Äußerung des Herrn Staatssekretärs v. Capelle nur anschließen, daß der Brief, den ich — ich weiß nicht, an welchem Datum — infolge einer Vorstellung des Herrn Abgeordneten Dr. Strube an ihn gerichtet habe, es nicht nötig gehabt hat, Widerstände auf seiner Seite zu überwinden, sondern daß sich der Herr Staatssekretär in der Frage des U-Boot-Baues an sich mit mir in Übereinstimmung befunden hat.

Ich will noch das eine hinzufügen. Der Herr Staatssekretär v. Capelle hat auf einen mündlichen Vortrag Bezug genommen, den er mir im Anschluß an Vorstellungen der Herren Abgeordneten Fischbeck und Wiemer gehalten hat. Herr Staatssekretär v. Capelle hat in diesem Vortrage mir diejenigen Gründe auseinandergesetzt, welche für seine U-Boot-Baupolitik maßgebend waren, die er auch heute hier reproduziert hat. Ich habe damals den Eindruck empfangen, daß diese U-Boot-Baupolitik des Herrn Staatssekretärs v. Capelle wohlbegründet und fundiert gewesen ist. Wenn die Denkschrift vom Jahre 1917 von mir dem Herrn Staatssekretär nicht zugestellt worden ist, so kann das, soweit ich mir die Situation rückwärts wieder gegenwärtig machen kann, seinen vornehmsten Grund nur darin gehabt haben, daß ich der Überzeugung war, von seiten des Staatssekretärs v. Capelle geschehe für den U-Boot-Bau das Notwendige.

Vorsitzender: In den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs v. Capelle ist zutage getreten, die Weigerung der Reichsleitung in Sachen des U-Boot-Krieges 1916 habe die Marine wesentlich abgehalten, mehr U-Boote zu bauen. Würden Exzellenz dazu auch vielleicht einige Bemerkungen gleich jetzt machen können?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Ich wüßte nicht, welche Bemerkungen ich dazu meinerseits zu machen hätte. Meine generelle Stellung zum U-Boot-Krieg ist dem Herrn Staatssekretär v. Capelle, mit dem ich ja wiederholt darüber konferiert habe, vollkommen bekannt gewesen. Diese Stellung, die ich einnahm, hat unzweifelhaft auch in der Sussex-Note einen Ausdruck gefunden, und wenn der Herr Staatssekretär v. Capelle daraus den Schluß gezogen hat, daß es mir durchaus erwünscht wäre, um den rücksichtslosen U-Boot-Krieg herumzukommen, so hat er richtige Schlüsse gezogen.

Vorsitzender: Ich möchte noch einmal die Frage wiederholen, da Sie mir durch die Antwort von Exzellenz nicht erschöpft erscheint. Die Weigerung der Reichsleitung in Sachen des U-Boot-Kriegs 1916 hat die Marine abgehalten, mehr U-Boote zu bauen. Ist das richtig: ist eine Weigerung der Reichsleitung in einer ganz bestimmten Richtung, nämlich auf den U-Boot-Bau verzögernd einzuwirken, geschehen?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Nein, in keiner Weise! Ich habe zu jener Zeit mit dem Staatssekretär v. Capelle über den U-Boot-Bau überhaupt nicht verhandelt. Also die Schlüsse, die er daraus für den Bau von U-Booten gezogen hat, und von denen ich soeben gesagt habe, daß sie im Hinblick auf die Frage des U-Boot-Krieges und meine Stellung zum U-Boot-Krieg überhaupt richtig gewesen seien, sind seine eigene Angelegenheit.

Vorsitzender: Dann möchte ich doch, um nicht erst ein Mißverständnis aufkommen zu lassen, zu diesem Punkt nochmals eine präzise Antwort von Herrn v. Capelle haben.

Zeuge Staatssekretär a. D. **v. Capelle**: Meine Herren, ich habe mich bemüht, auszuführen, daß es ein ganzer Komplex von Vorgängen war, die mir, der ich nach Abgang des Großadmirals v. Tirpitz eben neu ins Amt hineingekommen war, die Überzeugung beibrachten, daß, wenn ich mich nicht mit der Reichsleitung, dem Kaiser, dem Reichskanzler, der Sussex-Note, dem Reichstag in Widerspruch setzen wollte, es doch gänzlich deplaciert, auch nicht ausführbar gewesen wäre, nun im Anschluß an diesen ganzen sozusagen negativen Komplex ein großzügiges U-Boot-Bau-Programm zu entwerfen. Für mein Empfinden, das ich noch heute habe, hätte das doch den Vorgängen geradezu ins Gesicht geschlagen: auf der einen Seite ein allgemeines Abblasen von seiten der Politik und auf der anderen Seite ein großzügiges U-Boot-Bauprogramm des neuernannten Staatssekretärs. Die Vorwürfe, die dem Großadmiral v. Tirpitz nach seinem Abgang überall gemacht werden, gipfeln ja gerade darin, daß er eine eigene Politik getrieben hätte. Wäre denn das nicht eine eigene Politik, wäre das nicht wieder derselbe Fehler gewesen, wenn ich nach diesen Vorgängen ein großzügiges U-Boot-Bauprogramm in die Hand genommen hätte?

Abgeordneter Gothein: Ich möchte eine kurze Frage stellen, die etwas weiter zurückgeht. Exzellenz haben ausgeführt, daß der Großadmiral v. T i r p i t z in seiner Amtszeit vor dem Kriege in Auftrag gegeben hätte insgesamt 45 U-Boote, einschließlich der 28, die wohl fertig waren, und dann während der 20 Monate, wo er noch Staatssekretär war, 186. Nun wollte ich gern einmal wissen, wie sich d i e s e B a u t e n a u f d i e e i n z e l n e n J a h r e v e r t e i l e n. Ist Eurer Exzellenz bekannt, daß nach dem Mobilmachungsplan, der bereits im Frieden aufgestellt war, z. B. unsere größte U-Boot-Werft, die G e r m a n i a - W e r f t, 12 U-Boote zu bauen hatte, und zwar sofort in Auftrag zu nehmen nach der Mobilmachung, daß aber sofort die Hälfte davon nach der Erklärung des Krieges gestrichen wurden?

Zeuge Staatssekretär a. D. **v. Capelle**: Nein, das ist mir nicht bekannt. Aber ich hatte in der Zeit vor dem Kriege mit der U-Boot-

Bautätigkeit gar nichts zu tun, ich war auch gar nicht orientiert darüber. Ich hatte während meiner ganzen Dienstzeit im Reichsmarineamt mit diesem ganzen Gebiet niemals etwas zu tun; aber neben mir sitzt ja der Referent, der kann vielleicht Aufschluß geben.

Vorsitzender: Dann bitte ich Herr Kapitän Bartenbach.

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach:** Zur Frage, die der Herr Abgeordnete Gothein angeschnitten hat über die Zurückziehung der sechs mobilmachungsmäßig zu bauenden Boote bei der Germania-Werft kann ich genaue Auskunft geben; denn ich habe selbst die Verhandlungen mit der Germania-Werft damals geführt. Die Sachlage auf der Germania-Werft war die, daß sie bis obenhin mit dem Rückstand der nicht abgelieferten Friedensboote vollkommen aufgefüllt war, daß es der Germania-Werft unmöglich war, mehr als sechs Boote zu übernehmen, weil sie die Serie U 31 bis 41, die schon seit einem Jahre abgeliefert sein sollte, nicht fertig hatte und weil außerdem noch fünf österreichische Boote, die wir natürlich sofort übernahmen, ebenfalls noch nicht fertig waren, und außerdem ein norwegisches Boot. Hinzu kam in diesem Augenblick, daß die sechs Boote nicht etwa ausfielen, sondern der Weser-Werft übergeben wurden, so daß also die Gesamtzahl von zwölf Mobilmachungsbooten erhalten werden sollte und außerdem der Vorteil gewonnen wurde, eine weitere U-Boot-Bauwerft, die bis dahin noch nicht gebaut hatte, erst in die Arbeit hineinzuführen. Ein weiterer Gesichtspunkt war, daß uns in diesem Augenblick diese Boote, die eine Bauzeit von im Mittel der ganzen Serie 20 Monaten hatten, uns am 1. August 1914 als nicht so dringlich erschienen wie die Fertigstellung der in annähernder Fertigstellung sich befindlichen Boote der Serie U 31 bis 41, weil wir — ich schließe mich davon gar nicht aus — auf dem Standpunkt standen, daß nach aller menschlichen Voraussicht, wie wir im August 1914 die Sache ansahen, diese Boote, die in 24 Monaten an den Feind kommen konnten, voraussichtlich nicht zum Tragen kämen. Das war der Grund, weshalb die sechs Boote bei der Germania-Werft auf die Weser-Werft übertragen wurden.

Abgeordneter Gothein: Darf ich eine Zusatzfrage dazu stellen? Es ist seitens der Werft meines Wissens nicht geäußert worden, daß sie diese Boote nicht liefern konnte. Haben vielleicht die Verzögerungen, die in der Ablieferung der Boote stattfanden, nicht darin bestanden, daß ein zu umfangreiches Bauprogramm nach der Zahl der verschiedenen Typen gegeben wurde? Ich habe seinerzeit im Hauptausschuß auseinandergesetzt, daß die Germania-Werft, ich weiß nicht mehr, waren es zwölf oder neun verschiedene Typen zu bauen hatte und deshalb, da eine große Leistung einer Werft natürlich nur mit Einheitstypen zu erzielen

ist, eine außerordentliche Verzögerung im Bau stattfand. Jeder Fachmann auf industriellem Gebiete weiß, daß eine große Leistung nur dann zu erzielen ist, wenn möglichst einheitliche Typen in Bau gegeben werden. Es wird vielleicht erwünscht sein, auf diesem Gebiete noch einmal Vertreter der Werften zu hören. — Ist der Herr Kapitän in der Lage, anzugeben, ob die Germania-Werft damals verschiedene Typen in Bau hatte?

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach**: Nein! Wir besaßen damals überhaupt nur einen einzigen Bootstyp, das war der des gewöhnlichen großen U-Boots, vertreten in diesem Augenblick auf der Germania-Werft durch die Serie U 31 bis U 41. Neue Bootstypen gab es in diesem Augenblick in Deutschland überhaupt nicht.

Abgeordneter **Gothein**: Darf ich noch eine andere Frage dazu stellen? Ist es richtig, daß erst im Oktober 1914 der Weser-Werft der Auftrag auf die sechs Boote erteilt wurde, die der Germania-Werft abgenommen wurden?

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach**: Ich bin in diesem Augenblick nicht mehr im Reichsmarineamt gewesen. Ich weiß nicht, ob es genau der Oktober war. Jedenfalls ist eine Verzögerung von einigen Wochen entstanden; das ist mir bekannt.

Abgeordneter **Gothein**: Dann also weiter! Erst im November sind dann andere Werften zugezogen worden, nämlich der Vulkan als einzige im November 1914.

(Zeuge Korvettenkapitän Bartenbach: Jawohl!)

Dann ist erst eine neue Werft wieder zugezogen im April 1915, nämlich Blohm & Voß. Stimmt das?

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach**: Jawohl!

Abgeordneter **Gothein**: Also erst im April 1915, also nach drei Vierteljahren, wurde erst wieder eine Werft zugezogen. Stimmt es, daß damals Anträge von Reiherstieg und Schichau, U-Boote zu bauen, vom Reichsmarineamt abgelehnt wurden?

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach**: Ich kann über diesen Punkt als Sachverständiger nicht genau Auskunft geben. Ich möchte aber betonen, daß wir jetzt in die Baupolitik von Exzellenz v. Tirpitz hineinkommen.

Abgeordneter **Gothein**: Es ist doch hervorgehoben worden, daß der Admiral v. Tirpitz so außerordentlich viele U-Boot-Bauten in Auftrag gegeben hätte,

(Zeuge Korvettenkapftän Bartenbach: Das stimmt auch!)

und da habe ich eben den Wunsch geäußert, hier einmal festzustellen, wann sind überhaupt diese Bauten in Auftrag gegeben worden, und wenn diese Werften erst so spät herangezogen wären, würde es doch dafür sprechen, daß man bis in den April 1915 hinein gar keine nennenswerten Aufträge mehr gegeben hat. Ich habe übrigens die Sache seinerzeit im Haushaltsausschuß vorgebracht; ihr ist nicht widersprochen worden. Dann stimmt es, daß später bis zum Frühjahr 1917 keine neuen Werften zugezogen wurden, nämlich dann erst der Bremer Vulkan im Frühjahr 1917.

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach**: Jawohl!

Abgeordneter **Gothein**: Also es waren da insgesamt zugezogen die Germania-Werft, die Weser-Werft, von vornherein die Kaiserliche Werft in Danzig, die ja aber nur ganz unbedeutend lieferte, und neu zugezogen war dann noch Blohm & Voß. Andere waren bis zum Frühjahr 1917 nicht zugezogen, und erst dann trat der Bremer Vulkan hinzu. Erst Ende 1917 wurden neu hinzugezogen die Werften Schichau und Elbing. Stimmt das?

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach**: Jawohl!

Abgeordneter **Gothein**: Anfang 1918 erst Teklenburg?

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach**: Jawohl!

Abgeordneter **Gothein**: Im Frühjahr 1918 erst Seebeck, die Atlaswerke und Neptun-Rostock.

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach**: Jawohl!

Abgeordneter **Gothein**: Alle übrigen, wie der Stettiner Vulkan, die Oderwerften, die Lübecker usw. haben überhaupt keine Aufträge bekommen.

Zeuge Korvettenkapitän **Bartenbach**: Jawohl!

Abgeordneter **Gothein**: Ich habe seinerzeit — vielleicht erinnert sich Herr Admiral Capelle daran —, als der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts uns die Erklärung gab, es sei unmöglich, weitere U-Boot-Bestellungen in Auftrag zu geben, ihm 16 verschiedene Werften genannt, die noch keinen Auftrag hätten. Das war am 5. Mai 1917. Es würde also danach stimmen.

Zeuge Staatssekretär a. D. **v. Capelle**: Soweit die Ausführungen des Herrn Geheimrats Gothein in meine Amtsperiode hineinfallen, möchte ich noch folgendes sagen: Im Jahre 1916, im ersten Jahre meiner Amtstätigkeit, war der U-Boot-Bau auf verhältnismäßig wenig Werften beschränkt. Im Jahre 1917, nach Schaffung des U-Boot-Amtes, ist der Kreis der Werften erweitert.

Ich habe vorhin ausgeführt, daß wir im Jahre 1916 unter dem starken Druck standen, vor allem erst mal Minensuchboote und kleine Torpedoboote zu schaffen. Die Werften, die erst im Jahre 1917/18 zum U-Boot-Bau herangezogen wurden, waren damals hauptsächlich mit dem Bau dieser Minensuchboote beschäftigt, und mein damaliger sachverständiger Referent sträubte sich mit Händen und Füßen dagegen, daß diese Werften auch noch U-Boote bekämen, weil er sagte: dann bricht alles zusammen. Wir müssen teilen: der eine Teil der Werften U-Boote, der andere Teil Minensuchboote! — Das erschien mir so verständig, daß ich dies nur billigen und genehmigen konnte.

Zeuge Korvettenkapitän Bartenbach: Ich wollte zur Frage der Heranziehung weiterer Werften doch eines feststellen. Es ist immer ein Nachteil, wenn man eine weitere Werft heranziehen muß. Man hat gerade mit dem U-Boot-Bau die Erfahrung gemacht, daß alle die elementaren Vorfragen mit jeder einzigen Werft wieder durchgearbeitet werden müssen, die man mit den anderen glücklich so weit durchgearbeitet hat, und daß dadurch, daß nicht mehr Werften herangezogen worden sind, an sich keinerlei Bild darüber gewonnen werden kann, wie eigentlich der U-Boot-Bau gefördert worden ist. Sondern es kommt nur darauf an: wieviel Boote sind überhaupt in Auftrag gegeben worden, und wieviel Boote sind geliefert worden? Welche Werften dabei beteiligt sind, ist doch eine gänzlich sekundäre Frage, und es bedeutet, wie gesagt, keinen Vorteil für das U-Boot-Bauprogramm, wenn ich möglichst viel Werften habe, sondern es bedeutet einen Nachteil.

Abgeordneter Gothein: Dazu möchte ich doch eins bemerken, daß natürlich die Leistungsfähigkeit einer Werft im U-Boot-Bau begründet ist, und daß seinerzeit der Herr Staatssekretär v. Capelle ausdrücklich erklärt hatte, daß man den alten Werften keine neuen Aufträge geben könnte, weil sie derartig mit U-Boot-Bauten überlastet seien, daß sie ganz außerstande seien, neue Aufträge zu übernehmen, und darüber ihre alten Aufträge verzögerten. Das stimmt doch? Also ich habe damals — daran werden sich der Herr Staatssekretär auch noch erinnern — auseinandergesetzt, daß die Verzögerung der U-Boot-Bauten auf den alten Werften, insbesondere auf Germania-Werft und Blohm & Voß, auf das verunglückte Bauprogramm, das man diesen Werften aufgedrungen hatte, zurückzuführen ist, indem die Germania-Werft zwölf und Blohm & Voß acht oder neun verschiedene Typen zu bauen hatten.

Zeuge Staatssekretär a. D. v. Capelle: Meine Herren, der Herr Geheimrat Gothein hat mehrfach in seinen Ausführungen davon gesprochen, daß den Werften — eben nannte er die „Germania" und „Blohm & Voß" — der Bau verschiedener Typen aufgezwungen worden wäre. Umgekehrt lag die

Sache: die Werften haben sich um die verschiedenen Aufträge gerissen. Jedesmal, wenn neue Aufträge erteilt und neue Typen gefordert wurden, haben die Werften ihr Menschenmögliches getan, um möglichst viel Aufträge auch von diesen neuen Typen zu erhalten. Der Grundgedanke, den Herr Geheimrat Gothein immer vertritt, daß es für den U-Boot-Bau praktisch ist, derselben Werft immer nur bestimmte Serien des gleichen Typ zu geben, ist natürlich richtig. Diesen Gedanken haben wir auch in der letzten Zeit durchgeführt, wo die Verhältnisse sich mehr geklärt hatten. Aber in der ersten Zeit konnten wir das nicht; da rissen sich die Werften darum. Nicht wir sind die Dränger gewesen, sondern die anderen, die Werften haben gedrängt.

Abgeordneter Gothein: Ist dem Herrn Admiral bekannt, daß diese Teilung der Arbeit und die Verteilung einheitlicher Typen auf die einzelnen Werften erst im Jahre 1918 Platz gegriffen hat, und daß wir bereits im Jahre 1916 darauf gedrängt haben?

Zeuge Staatssekretär a. D. v. Capelle: Mir ist sehr wohl bekannt, daß eine rationellere Verteilung der Typen auf die einzelnen Werften erst in meiner letzten Amtsperiode möglich gewesen ist. Ich hätte das auch sehr gern früher getan. Ich habe die Ausführungen der Herren sachlich für durchaus gerechtfertigt gehalten und durchaus anerkannt. Es ist mir nur nicht möglich gewesen.

Abgeordneter Gothein: Darf ich jetzt zu der Frage vom 5. Mai kommen. — Exzellenz haben angegeben, daß, als Sie das Amt als Staatssekretär übernahmen, es für Sie unmöglich gewesen sei, ein großzügiges U-Boot-Bauprogramm aufzustellen, da das der ganzen politischen Lage ins Gesicht geschlagen hätte. Sie haben bei dieser Gelegenheit zunächst betont, daß von allen politischen Parteien damals Resolutionen für den rücksichtslosen Unterseebootkrieg eingegangen seien. Es ist mir nicht bekannt, daß von der Fortschrittlichen Volkspartei irgendeine nennenswerte Organisation etwas derartiges gemacht hätte. Ist Ihnen auf diesem Gebiete etwas bekannt?

Zeuge Staatssekretär a. D. v. Capelle: Meine Herren! Ich habe mit vieler Überlegung nicht zum Ausdruck gebracht, daß sämtliche Parteien den rücksichtslosen U-Boot-Krieg gefordert hätten. Mir ist das nicht mehr gegenwärtig, was die einzelnen Parteien gefordert haben. Damals hatte von dem Gedanken des rücksichtslosen U-Boot-Krieges das große Publikum, die öffentliche Meinung noch gar nicht die richtige Auffassung. Ich habe nur gesagt, sämtliche Parteien hätten Resolutionen eingebracht zu Gunsten des U-Boot-Krieges — ganz allgemein gehalten. Aber diese Resolutionen befinden sich ja in den Akten

des Reichstags und werden sich zweifelsohne schnell beschaffen lassen.

Abgeordneter Gothein: Ich glaube nicht, daß es gelingen wird, eine solche von der Fortschrittlichen Volkspartei ausfindig zu machen.

Zeuge Staatssekretär a. D. v. Capelle: Aber eine Resolution ist doch wohl eingegangen?

Abgeordneter Gothein: Nein! — Damals, in jener Sitzung im Frühjahr 1916, ist von Euer Exzellenz betont worden, daß es unmöglich sei, den rücksichtslosen U-Boot-Krieg mit Erfolg durchzuführen, weil die nötige Zahl an U-Booten dafür nicht vorhanden sei.

Zeuge Staatssekretär a. D. v. Capelle: Meine Herren! In dieser ersten Sitzung, der ich beiwohnte und wo ich die große Rede gehalten habe, die nachher so oft zitiert worden ist, ist das von mir nicht betont worden; ich habe dem auch während meiner Amtsdauer mehrfach widersprochen! Ich hatte mir doch naturgemäß sehr wohl vorher überlegt, was ich sagen wollte und was ich nicht sagen wollte. Ich habe zu der Frage, ob der rücksichtslose U-Boot-Krieg zu jenem Termin richtig war oder nicht richtig war, ob er möglich war oder nicht möglich war, gar keine oder nur außerordentlich vorsichtig Stellung genommen. Ich habe mich darauf beschränkt, den Herren der Haushaltskommission die Verhältnisse, wie sie tatsächlich lagen, möglichst eingehend auseinanderzusetzen. Nur gegen eins habe ich mich besonders scharf gewandt und verwahrt. Ich habe wiederholt, zweimal, folgendes vorgelesen und erklärt: ich kann mich nicht zu der Überzeugung durchringen, daß ein sechsmonatiger U-Boot-Krieg mit vielleicht gerade ausreichenden, aber keineswegs reichlichen Kräften genügen wird, um England zum Frieden zu zwingen, das heißt zu einem Frieden, in dem England anerkennt, daß es den Krieg und die Seeherrschaft verloren hat. Dazu gehört nach meiner pflichtmäßigen Überzeugung denn doch noch mehr. Meine Herren, diese Erklärung beantwortet die Frage des Herrn Geheimrats Gothein. Ich habe gesagt: „mit vielleicht gerade ausreichenden Kräften", — und da kann ich doch andererseits nicht gesagt haben: „die Kräfte reichen nicht aus".

Abgeordneter Gothein: Darf ich darauf aufmerksam machen, daß erstens die wortgetreuen Äußerungen des Herrn Admirals v. Capelle aus dem Protokoll jener Sitzung in den Akten des Reichstages nicht mehr zu finden waren, daß man vergeblich sehr lange danach gesucht hat. Es ist sehr interessant, daß der Herr Staatssekretär jetzt in der Lage ist, dieses Protokoll wortgetreu zu verlesen, das in den Akten des Reichstages

nicht vorhanden ist. Zweitens wollte ich ihn fragen: ist es ihm in Erinnerung, daß der Eindruck seiner Ausführungen, insbesondere der, daß dazu noch mehr gehörte, einen so entschiedenen Anhänger des rücksichtslosen U-Boot-Krieges wie den Abgeordneten Gröber seinerzeit zu dem Verzicht auf den U-Boot-Krieg in dieser Situation bestimmt hat, und daß er seine Rede schloß mit den Worten: Wir haben sie eben nicht! Die Nürnberger hängen keinen, sie hätten ihn denn!

Zeuge Staatssekretär a. D. v. **Capelle**: Meine Herren! Ich habe erst vor zwei Tagen von dem Kapitän v. Gohren, meinem Referenten der Etatsabteilung, gehört, daß meine damalige Rede nicht von amtlichen Stenographen festgelegt worden ist — was ich mir bis vor zwei Tagen eingebildet hatte —, sondern daß diese Rede vom Kapitän v. Gohren stenographiert worden ist. Ich habe also bis vor wenigen Tagen geglaubt, daß diese meine Rede in den Akten des Reichstages vorhanden wäre. Ich habe daher auch verschiedene Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Strube wegen dieser Rede nie recht verstehen können, weil ich der festen Überzeugung war, daß diese Rede in den Akten des Reichstages wäre. Ich habe jetzt erst, als ich mir große Mühe gegeben habe, diese Rede zu bekommen, von dem Kapitän v. Gohren gehört: die Rede habe ich ja stenographiert, hier ist sie. Da habe ich sie erst erhalten.

Abgeordneter **Gothein**: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß das Büreau des Reichstages wiederholt das Reichs-Marineamt ersucht hat, diese Rede zu den Akten abzuliefern, und daß die Rede tatsächlich nicht abgeliefert worden ist.

Zeuge Staatssekretär a. D. v. **Capelle**: Zu den letzten Ausführungen des Herrn Geheimrats Gothein: dieses Verlangen des Reichstages ist niemals zu meiner Kenntnis gekommen; das ist bei den unteren Instanzen verhandelt worden, Etatsabteilung usw. Ich selbst hatte ein großes Interesse daran, daß die Rede in die Reichstagsakten kam. Wäre das zu meiner Kenntnis gekommen, so hätte ich darauf bestanden, daß sie in die Reichstagsakten gekommen wäre. Es ist für mich persönlich von großer Bedeutung, daß die Rede in den Reichstagsakten ist.

Nun zu dem zweiten Punkt. Der Herr Abgeordnete Gothein hat mich gefragt, ob ich mich noch der Rede des Abgeordneten Gröber entsinne. Dieser Rede entsinne ich mich ganz genau. Ich weiß ganz genau, wie der Abgeordnete Gröber, der Führer des Zentrums, seine Rede anfing; ich kann noch seine Worte anführen. Er sprach in sehr launiger Weise vom Kochen und sprach davon: man nimmt nach Gutdünken, man braucht es aber doch, man muß es haben. Ich war außerordentlich erstaunt bei dieser Rede des Herrn Abgeordneten Gröber, daß ich gesagt

haben sollte, wir hätten nicht genug U-Boote, um den rücksichtslosen U-Boot-Krieg anzufangen.

Abgeordneter Gothein: Das hat er nicht geäußert.

Zeuge Staatssekretär a. D. v. Capelle: Das weiß ich noch ganz genau; das kann ich auf meinen Eid nehmen.

Abgeordneter Gothein: In den Akten findet sich nichts.

Zeuge Staatssekretär a. D. v. Capelle: Ich darf auch noch eine kurze allgemeine Ausführung zu dieser Sache machen. Meine Herren, es liegt mit dem rücksichtslosen U-Boot-Krieg ganz anders als mit dem Landkrieg. Wenn ich zu Lande eine Offensive machen will, so brauche ich ein bestimmtes Maß von Kräften. Ohne dieses Kräftemaß kann ich eine Offensive überhaupt nicht unternehmen. Wenn ich aber einen rücksichtslosen U-Boot-Krieg anfangen will, so brauche ich kein bestimmtes Maß von Kräften, das kann ich mit wenigen U-Booten anfangen und mit vielen U-Booten. Gerade unter den Marinesachverständigen war eine außerordentlich starke Strömung vorhanden, deren lebhaftester Vertreter der Großadmiral v. Tirpitz war, daß unsere Zahl voll und ganz ausgereicht hätte. Auch meine Ansicht ist, daß unsere Zahl voll und ganz ausgereicht hätte, um den rücksichtslosen U-Boot-Krieg anzufangen. Es handelt sich bloß um den Erfolg, um den Effekt.

(Heiterkeit.)

Ich darf hier auch noch folgendes sagen: Meine Herren, bekanntlich erschien vor dem Kriege in England eine aufsehenerregende Broschüre, die den U-Boot-Krieg in einer geradezu meisterhaften Weise schilderte, es ist die Broschüre von Conan Doyle. Diese Broschüre führte den Krieg gegen England mit 8 U-Booten durch!

Vorsitzender: Die U-Boot-Frage scheint mir nach der technischen Richtung hin ziemlich erschöpft zu sein nach dem, was vorangegangen ist. Es liegen noch eine Anzahl Wortmeldungen vor, und es wird selbstverständlich den Herren das Wort verstattet werden, aber ich glaube, alles, was vorgetragen ist, dürfte zu einer Beschränkung in der Aussprache führen.

Zeuge Dr. Struve: Herr Staatssekretär v. Capelle hat sich eingangs darüber beschwert, daß ich ihm den Vorwurf gemacht hätte, er hätte den U-Boot-Bau nicht genügend gefördert. Den anderen Vorwurf, den ich ihm gemacht habe, daß er dem Reichstage die Zahlen anders gegeben hätte, als wie wir sie erwartet haben, hat Herr Admiral v. Capelle nicht beantwortet.

Zeuge Staatssekretär a. D. v. Capelle: Ich bin noch nicht so weit gekommen.

Zeuge Dr. Struve: Aber den anderen Vorwurf muß ich begründen, den ich am Schlusse meiner Aussage am 7. November machte, daß der Herr Staatssekretär uns schon 1916 außerordentlich wenig orientiert gewesen zu sein schien über den U-Boot-Bau. In der liebenswürdigen Weise, die Herr Staatssekretär v. Capelle in all den langen Jahren auch den opponierenden Abgeordneten gegenüber an den Tag gelegt hat, ist er auch heute auf diese Dinge eingegangen. Er hat erzählt, was den Tatsachen entspricht, daß er von einem anderen Departement, ohne vorher Gelegenheit gehabt zu haben, sich über U-Boote und U-Boot-Bau zu orientieren, gewiß aus patriotischen, vaterländischen Beweggründen das Amt als Staatssekretär angetreten hat, nachdem er ein Jahr von seinem Amt getrennt gewesen ist.

Schon damals war dieser Umstand uns das Bedenkliche an dem Staatssekretariat des Herrn v. Capelle. Wir wußten nicht, wo doch jeder Tag des Krieges so kostbar war, woher bei der leitenden Persönlichkeit des Reichsmarineamts die Erfahrung kommen solle!

Der Herr Staatssekretär v. Capelle hat vorige Woche durch meinen Mund eine lange Liste von technischen Ausstellungen am U-Boot-Bau gehört. Heute haben wir zum erstenmal erfahren, daß auch meine früheren Denkschriften, die dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, nachher durch Gothein Herrn Ludendorff, durch mich Herrn Michaelis übersandt worden sind, dem Herrn Staatssekretär bekannt geworden sind. Wir haben das Urteil Capelles über diese Denkschriften gehört, daß sie eine Reihe sachlicher Vorschläge enthalten hätten, Vorschläge, die schon damals der Kritik unterlagen, die aber auch heute nicht bestritten worden sind, Vorschläge, die nach Capelles Worten nur aus vaterländischen Beweggründen gemacht worden sind.

Ich darf also damit feststellen, daß die Ansichten, die wir schon 1916 und 1917 gehabt haben, aller früheren und der heutigen Kritik standgehalten haben. Sie sind daher nicht mit Privatmeinungen irgendeines x-beliebigen Abgeordneten abgetan, sondern es sind Ansichten, die technisch durch keine Kritik bis heute erschüttert worden sind.

Der Herr Staatssekretär v. Capelle hat weiter die Freundlichkeit gehabt, zu erklären, auch er müsse zugeben, daß er unsere Ausführungen sachlich stets für richtig gehalten habe, es sei ihm nur nicht möglich gewesen, nach diesen Vorschlägen und Darstellungen zu handeln. Weiter hat er zugegeben, daß unsere Vorwürfe, warum so viele Typen auf den einzelnen Werften wären und warum keine Serien bestellt wären, an sich richtig seien und er zu seiner eigenen persönlichen Freude gegen Schluß seiner Amtszeit nach diesen beiden Vorschlägen habe handeln können. Erst in der letzten

Zeit seiner Amtsführung sei es ihm gelungen, so zu handeln, wie wir schon von Anfang an gewollt hätten. Vorschläge und Ideen konnten wir ihm bringen: die Macht, sie durchzusetzen, nicht!

Von elf Werften, die zum U-Boot-Bau herangezogen worden sind, haben nur fünf die Möglichkeit gehabt, U-Boote abzuliefern. Sechs von diesen U-Boot-Werften haben überhaupt kein einziges U-Boot abgeliefert. Erst so spät hat das Reichsmarineamt die „Möglichkeit" gehabt, zu bestellen — ich will auch ganz unpersönlich sprechen. Es besteht also die Tatsache, daß alle diese schönen, großen Zahlen, die wir heute von Herrn v. Capelle gehört haben, nur in den Akten des Reichsmarineamts stehen. Von elf Werften haben nur fünf tatsächlich U-Boote geliefert!

Die Differenz, die zwischen uns technisch noch besteht und die heute aufgeklärt werden muß, da ich ja über diese Dinge auch früher schon geschrieben habe, ist die: das Jahr 1918, Herr Admiral v. Capelle, habe ich nicht mehr als zu Ihrer Amtsführung in U-Boot-Sachen gerechnet. 1918 im Januar habe ich in der Budgetkommission beinahe einen Vorwurf bekommen, weil ich sagte, daß Sie nur noch nominell Staatssekretär wären! Im Herbst 1917 war endlich unser Wunsch, daß ein U-Boot-Amt eingerichtet würde, auf Drängen der Obersten Heeresleitung, sagte man damals — sagte man damals! — erfüllt worden. Und im selben Augenblick — das bitte ich die anderen Herren, die sachverständig in diesen Dingen sind, zu vergleichen —, vom Herbst 1917 an kommen die großen Bestellungen, die aber leider nicht fertig geworden sind. Aber dann kommt erst der Wille zum Durchbruch, den meine politischen Freunde von 1900 ab, ich seit 1907, seitdem ich im Reichstage war, jahraus, jahrein der Marine gegenüber vertreten haben: genügend U-Boote zu bauen! Ich darf den Herrn Admiral v. Capelle daran erinnern, daß er, obschon ich ihm davon abgeraten habe, im Haushaltsausschuß 1916 die Erklärung abgegeben hat:

> Ich muß den Herren von der Fortschrittlichen Volkspartei, den Herren Leonhart, Strube und Gothein, zugestehen, daß sie mit ihrer früheren Voraussage bezüglich der großen Bedeutung der U-Boote recht behalten haben, recht behalten gegenüber allen damals vorliegenden fachmännischen Erfahrungen. Ich gebe gern zu, daß das für die Herren eine große Befriedigung ist und sein kann. Dieses große Vertrauen auf die U-Boote war wohl zum Teil darin begründet, daß die Herren den unbegrenzten Möglichkeiten unserer technischen Entwicklung mehr als wir vertrauten; vielleicht aber, möchte ich glauben, ist es doch auch nur instinktiv gewesen.

Um Ihrem Gedächtnisse zu Hilfe zu kommen, Herr Admiral, erinnere ich Sie daran, daß Sie mir persönlich damals gesagt haben:

„Bei Ihnen, Herr Doktor, war es ja Ihr guter Instinkt, der Sie in dieser Richtung geleitet hat." So haben Sie dann Ihrer mir vorher mitgeteilten Erklärung diesen freundlichen Schluß gegeben.

Nun komme ich darauf zurück, daß im Herbst 1917 der neue Geist sich durchsetzte und endlich ausreichende Bestellungen kamen. Unsere Briefe an Ludendorff liegen auch vor; wenn sie verlesen werden sollen, sind wir jederzeit dazu in der Lage. Da sie aber auch dem Reichsmarineamt vorliegen, ist damit auch festgestellt, daß ihr Inhalt bis heute durch die Kritik des Reichsmarineamts nicht entkräftet werden kann. Da kommt die ausgezeichnete diplomatische Antwort von General Ludendorff, daß das „Zusammenarbeiten" jetzt vorhanden ist. Für jemand, der durch die „Diplomatie" des Reichsmarineamts so lange Jahre hindurch Erfahrungen sammeln konnte wie ich, genügte das Wort: das Zusammenarbeiten ist vorhanden. Ich habe mich durch den abweisenden Ton anderer Sätze nicht irgendwie verärgern lassen. Nachher erfuhr ich, daß sofort, trotzdem Herr Ludendorff schrieb, daß neue Werften nicht herangezogen werden könnten, oder etwas Ähnliches, eine Bestellung von 132 U-Booten gleich 93 996 U-Boot-Tonnen erfolgte. Ich bedauere sehr, wenn ich auch jetzt so weit Techniker bleibe, daß ich immer von U-Boot-Tonnen spreche, weil die U-Boot-Tonnen ja viel bessere Vergleichszahlen darstellen als die Zahl der U-Boote. Daher hat Herr Ludendorff nur in unserem Sinne gehandelt. Nachher ist dann das große, sogenannte Scheer-Programm gekommen. Herr Staatssekretär v. Capelle, das rechnen wir nicht zu Ihrer Amtsführung; das sogenannte Scheer-Programm von 361 720 Tonnen: vom Juni 1918 124 170 Tonnen und 237 550 Tonnen einige Monate später. Das rechnen wir nicht zu Ihrer Amtsführung. Das kommt auf Konto: U-Boot-Amt, Ritter v. Mann! Das sind 40 000 Tonnen U-Boot-Bestellung im Monat! Ebenso ist ja auch von Ihnen zugegeben worden, daß der Herr Reichskanzler v. Bethmann Hollweg sich im Frühjahr 1917 um einen verstärkten U-Boot-Bau gekümmert hat, selbstverständlich auch in der liebenswürdigen Form, wie sie zwischen befreundeten Ministern herrscht. Sie haben ja auch heute morgen gesagt, Sie wären gerade bei den Vorbereitungen gewesen, so daß Ihnen der Wink vom Reichskanzleramt nur angenehm gewesen wäre. Die Äußerung habe ich aber nicht verstanden, als Sie sagten, Sie seien erst vorgestern davon unterrichtet worden, daß Ihre Rede vom 28. März 1916 nicht im Protokoll des Reichstages enthalten sei. Nicht einmal, mehrfach, immer und immer wieder habe ich im Reichstag darauf hingewiesen. „Herr Staatssekretär, Sie irren sich. Ich habe Ihre Rede nicht gefunden." Als Sie weiter bei Ihrer Behauptung blieben, habe ich gesagt: „Die Rede ist nicht mehr im Protokoll des Reichstags; sie mag im Protokoll gewesen sein, aber sie ist nicht mehr darin." Wir mußten

das für um so bedenklicher halten, weil im Jahre 1918, als Herr Graf Westarp an Sie dem Sinne nach die Frage richtete, und zwar an Sie als verantwortlichen Staatssekretär:

> Sämtliche Stellen der Marine also, darum bitte ich, nicht um der historischen Wahrheit willen — die ist längst festgestellt —, sondern damit endlich einmal die politische Münzerei aufhört, die man mit diesen Dingen macht, sämtliche verantwortliche Stellen der Marine sind also schon im März 1916 für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg eingetreten?

Sie dem Sinne nach geantwortet haben:

> Jawohl, das habe ich in meiner Rede ausgeführt, und das steht in meinen Reden vom 28. und 29. März 1916 darin.

Diese Ihre Bestätigung hat Graf Westarp dann in seiner Rede gegen mich benutzt, und es war außerordentlich — —

Vorsitzender: Herr Dr. Strube, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß es Ihre Aufgabe als Zeuge ist, hier Tatsachen anzuführen, die zur Aufklärung des U-Boot-Krieges irgendwie von Bedeutung sind, daß aber alles ausgeschieden werden muß, was eine Kritik bedeutet. Alle Ausführungen, die Sie jetzt zuletzt gemacht haben, scheinen mir doch ganz bedenklich das zu überschreiten, was hier als notwendig und als angemessen für eine Zeugenaussage anerkannt werden kann. Darf ich Sie bitten, sich danach bei Ihren weiteren Ausführungen zu richten.

Zeuge Dr. Strube: Sehr gern! Ich wollte nur — dazu habe ich die Pflicht, den, wenn ich nicht irre, Mitzeugen — Herrn Staatssekretär v. Capelle darauf aufmerksam zu machen, daß er sich in einem Irrtum befindet. In der Rede des Grafen Westarp vom 29. März 1916 steht, daß sowohl der Reichskanzler wie der Staatssekretär v. Capelle am Tage vorher eine gegenteilige Meinung geäußert haben — im Gegensatz zum Großadmiral v. Tirpitz —, daß der U-Boot-Krieg in sechs Monaten diese Erfolge nicht bringen würde. Wörtlich heißt es in der Rede des Grafen Westarp:

> Der Admiral v. Capelle habe gestern eine gegenteilige Meinung vertreten. Es sei aber bekannt, daß Großadmiral v. Tirpitz die Auffassung vertreten habe, daß der Erfolg zu erzielen sei. Er (Graf Westarp) müsse gestehen, daß die Auffassung des Großadmirals v. Tirpitz für ihn von durchschlaggebender Bedeutung sei.

Ich halte mich für verpflichtet, weil es eine außerordentliche, sachliche Differenz ist und weil der Herr Staatssekretär v. Capelle mehrfach auf die vaterländischen Motive hingewiesen hat, die mich während des Krieges geleitet haben, weil wir alle im gleichen Schützengraben gewesen und jetzt alle zusammen ein darbendes,

hungerndes Volk sind und infolgedessen Differenzen nicht unnötig vergrößern, sondern sie ausräumen sollten, diese Bemerkung hier zu machen!

Technisch brauche ich nichts hinzufügen, da es jetzt gerichtsnotorisch feststeht, daß nicht nur meine Äußerungen von Freitag morgen, sondern auch die Ausführungen, die ich im Laufe der Kriegsjahre über U-Boot-Bau gemacht habe, jeder Kritik bis heute standhalten.

Vorsitzender: Wenn der Ausschuß es sich auch jetzt zur Pflicht gemacht hat, die Verhältnisse des U-Boot-Kriegs insoweit aufzuklären, als er keine oder doch nur eine lockere Fühlung mit der Frage, die uns eigentlich beschäftigt, nämlich mit der Wilsonschen Friedensvermittlungsfrage, hat, so möchte ich doch bitten, immerhin im Auge zu behalten, daß das doch das Wesentliche ist, auf das wir hinaussteuern, und das andere doch nur einen mehr oder weniger beiläufigen Charakter haben soll. Ich bitte die Herren, darnach auch jetzt bei der Fragestellung zu verfahren.

Wünschen Eure Exzellenz eine besondere Erwiderung auf diese Ausführungen?

Zeuge Staatssekretär a. D. **v. Capelle:** Meine Herren! Ich möchte eine allgemeine Ausführung machen, die voraussichtlich den Überblick über die in Rede stehende Frage etwas klären wird, und die auch zum Teil eine Antwort auf die Ausführungen des vorhergehenden Zeugen enthält. Ich bin im März 1916 gegen meinen erheblichen Widerspruch zum Staatssekretär ernannt worden. Dieser Widerspruch begründete sich hautpsächlich darin, daß ich seit 20 Jahren aus der Front heraus wäre und mit der ganzen technischen Seite so gut wie nichts zu tun gehabt hätte. Ich war infolgedessen auf meinen Departementsdirektor angewiesen, den ich wegen seiner reichen Erfahrung sehr hoch einschätzte. Er war Oberwerftdirektor gewesen und genoß mein volles Vertrauen. Dieser Departementsdirektor vertrat mir gegenüber stets energisch die Ansicht, daß die ganze Bautätigkeit in einer Hand bleiben müßte: die Neubautätigkeit und Reparaturtätigkeit großer und kleiner Schiffe, der Kriegsschiffe und requirierten Schiffe der Handelsmarine. Nur einer könnte das alles übersehen und richtig auf die Werften verteilen. Dieser Gesichtspunkt erschien mir so einleuchtend, daß ich ihm grundsätzlich zugestimmt habe. Inzwischen verschärften sich die Verhältnisse mehr und mehr, und es wurde mir auch vom Chef des Admiralstabes mitgeteilt, daß sich gegen den genannten Departementsdirektor erhebliche Widerstände geltend machten. Man sehe ihn gewissermaßen als den Vater aller Hindernisse für eine rücksichtlose Förderung des U-Boot-Baues an. Ich kam infolgedessen zu der Entscheidung, daß ich die Verhältnisse

im Reichsmarineamt grundsätzlich ändern müßte — aus mir heraus, kein anderer Druck —, daß ich die U-Boot-Tätigkeit vor allem loslösen mußte von der ganzen übrigen Bautätigkeit der Marine. Daraufhin wurde aus meiner Initiative heraus das U-Boot-Amt geschaffen. Dieses U-Boot-Amt hatte weiter nichts zu tun, als den U-Boot-Bau zu fördern. Was vorauszusehen war, geschah. Es dauerte nicht lange, und das U-Boot-Amt war in Konflikt mit allen übrigen Stellen, die nunmehr scharf an die Wand gedrückt wurden. Ich habe andauernd Entscheidungen zu fällen gehabt, um wieder Frieden zu stiften, und habe stets zugunsten des U-Boot-Amtes entschieden. Ich habe bewußt alle anderen Bauinteressen der Marine in den Hintergrund gestellt — die Schaffung des U-Boot-Amtes war ungefähr im Herbst 1917 —, als ich sah, daß die 6 Monate doch nicht hinreichten, den Krieg zu beendigen. Von da ab hat durch das U-Boot-Amt — es war mir ja direkt unterstellt, ich hatte die Verantwortung — mit meiner Unterstützung eine sehr viel energischere Baupolitik eingesetzt, wie aus den Zahlen, die ich vorhin nannte, hervorgeht. Das sind die Zusammenhänge und der Verlauf der Entwickelung der U-Boot-Baupolitik während meiner Dienstzeit.

Vorsitzender: Bitte, Exzellenz Spahn!

Abgeordneter Dr. Spahn: Exzellenz, wir haben wiederholt aus Ihren Ausführungen entnehmen müssen, daß Entscheidungen über den U-Boot-Krieg, namentlich über die Aussetzung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, mit Ihrer Zustimmung gefallen sind. Darf ich Sie fragen, welches Ihre eigene Auffassung über die Wirkung des U-Boot-Krieges in den verschiedenen Stadien gewesen ist, seitdem Sie an der Spitze des Reichsmarineamtes standen?

Vorsitzender: Bitte, Exzellenz!

Zeuge Staatssekretär a. D. v. Capelle: Meine Herren! Diese Frage des U-Boot-Krieges gehörte nicht zu meinem Ressort als Staatssekretär. Als Staatssekretär hatte ich mit der Frage des rücksichtslosen U-Boot-Krieges nichts zu tun. Die Frage, ob und wann, ging mich als Staatssekretär nichts an. Ich hatte keinen Einfluß darauf und bin bei den großen Entscheidungen auch niemals gefragt worden, weder vom Reichskanzler, noch vom Kaiser, noch von der Obersten Heeresleitung, noch von der Seekriegsleitung.

Nun hat Exzellenz Spahn mich nach meiner persönlichen Anschauung gefragt. Meine persönliche Anschauung war folgende. Als ich im Jahre 1916 zum Staatssekretär ernannt wurde, war ich etwa ein Jahr im Dienst gewesen. Damals beurteilte ich unsere Kriegslage noch verhältnismäßig günstig und

konnte mich mit der vom Kaiser getroffenen Entscheidung, daß der rücksichtslose U-Boot-Krieg vertagt werden sollte, wohl befreunden. Ich bin mir über die große Gefahr des rücksichtslosen U-Boot-Krieges auf politischem Gebiete den Neutralen gegenüber niemals im unklaren gewesen. Infolgedessen wurde es mir leicht, die gefallene Entscheidung im Reichstage zu vertreten. Inzwischen bekam ich mehr und mehr Einblick in die Kriegslage. Ich war um die Jahreswende 1916/17 derselben Ansicht wie die Oberste Heeresleitung, der Reichskanzler und die Seekriegsleitung, daß unsere Situation mindestens sehr ernst war. Ich war der Ansicht, daß eigentlich nichts anderes mehr übrig blieb, als das letzte Kriegsmittel einzusetzen, um uns vor dem Untergange, vor einem ungünstigen Frieden zu retten. Um so mehr neigte ich zu dieser Ansicht, als uns der rücksichtslose U-Boot-Krieg auch nach meiner Ansicht, ebenso wie nach den Ausführungen des Admiralstabes in der bekannten Denkschrift, eine mindestens sehr große Chance bot, den Krieg zu einem für uns günstigen Ende zu führen.

Ich darf hier mal eine kleine Abschweifung machen. Herr Dr. Sinzheimer hat aus der bekannten Denkschrift des Admiralstabes angeführt, daß der Chef des Admiralstabes in der Denkschrift vom „Zum Frieden-Zwingen" gesprochen hätte. Das ist richtig. Das ist aber wohl nur auf eine etwas wenig sorgfältige Redaktion zurückzuführen. Denn an der entscheidenden Stelle — Herr Dr. Sinzheimer hat die Denkschrift, glaube ich, in der Hand und schlägt vielleicht mal Seite 26 auf —

(Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ja!)

findet sich unter Sperrdruck die Ansicht des Chefs des Admiralstabes, und die lautet am Schluß dieses Sperrdrucksartikels folgendermaßen:

> Ich erwarte diesen Erfolg mit Sicherheit innerhalb eines Zeitraumes von längstens fünf Monaten. Der Erfolg wird genügen, um England zu einem brauchbaren Frieden geneigt zu machen.

Um England zu einem brauchbaren Frieden geneigt zu machen! Meine Herren, ich bin nach meiner Ansicht gefragt worden; ich habe stets die Ansicht gehabt — und im kleinen Kreise vertreten —, daß der rücksichtslose U-Boot-Krieg England zu einem brauchbaren Frieden geneigt machen würde.

Vorsitzender: Speziell zu dieser Denkschrift noch Herr Dr. Sinzheimer!

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ich darf zu dieser Denkschrift, Herr Admiral, folgendes bemerken. Es kommt vor allen Dingen das Schlußergebnis dieser Denkschrift in Betracht. Es wurde gesagt — auch von Herrn Admiral Koch —, die Auf-

fassung sei gewesen, England zum Frieden geneigt zu machen, und vom Niederringen sei nicht die Rede gewesen. Nun heißt es am Schluß:

> Ist England einmal niedergerungen, dann wird auch mit den Vereinigten Staaten die Verständigung herbeizuführen sein, die allein ihnen die Wiederkehr wirtschaftlichen Gedeihens ermöglicht, und die ihnen politische Opfer nicht aufzuerlegen braucht. Das entscheidende Moment bleibt immer: Wir müssen der amerikanischen Gefahr ins Auge sehen, weil wir im Interesse unserer staatlichen Existenz den Sieg, und zwar einen baldigen Sieg erfechten müssen, um so mehr, nachdem die Antwort auf das deutsche Friedensangebot nach Form und Inhalt klargestellt hat, daß unsere Feinde es nach wie vor auf die politische Vernichtung Deutschlands abgestellt haben. Dafür, daß der U-Boot-Krieg an seinem Teil zum Siege führen wird, stehe ich ein.

Genau in demselben Sinne ist auch die Begleitdenkschrift vom 22. Dezember 1916 gefaßt.

Es wird also nicht davon gesprochen, daß England zu einem Verhandlungsfrieden gebracht werden solle an den Konferenztisch, sondern daß England besiegt werden solle durch den Unterseebootkrieg.

Ich darf dazu noch eine Feststellung machen, die in diesem Zusammenhang, weil Sie sich auf die Denkschrift bezogen haben, doch, wie mir scheint, von Bedeutung ist. Ich spreche jetzt von der Sitzung des Hauptausschusses am 31. Januar. Da führte Graf Westarp das Folgende aus:

> Nachdem der Schritt einmal getan ist, müssen wir uns vollständig darüber klar sein, daß es vor vollständigem Siege über England irgendein Zurück in dieser Frage nicht mehr gibt und nicht mehr geben kann.

Er führt dann weiter aus:

> Wenn England dann die Folgen der neuen Kriegführung an seinem Leibe gespürt haben wird, so wird voraussichtlich oder möglicherweise auch England dann bereit sein, auf solche Verhandlungen einzugehen, und es besteht dann die große Gefahr, daß derartige Verhandlungsversuche von dem Präsidenten Wilson und von unseren Feinden benutzt werden, um uns zu einer vorzeitigen Einstellung des U-Boot-Krieges zu bewegen.

Und er fährt fort:

> Deshalb möchte ich hier ganz besonders betonen, daß es nach meiner Auffassung und nach der Auffassung meiner politischen Freunde auch gegenüber solchen Verhandlungsver-

suchen keinerlei Zurück in der Durchführung des U-Boot-Krieges geben darf.

In dieser Sitzung waren sämtliche Regierungsvertreter anwesend, und ich stelle fest, daß dieser Auffassung des Herrn Grafen Westarp von dem vollständigen Sieg und der daran anschließenden Warnung, auf Verhandlungsbereitschaft Englands nicht einzugehen, niemand widersprochen hat.

(Heiterkeit und Bewegung.)

Vorsitzender: Wünschen Exzellenz dazu zu sprechen?

Zeuge Staatssekretär a. D. **v. Capelle:** Meine Herren! Alle diese Fragen waren ja nicht meines Amtes. Ich habe als Staatssekretär des Reichsmarineamts zu diesen großen politischen Fragen keine Stellung genommen. Man hat mich hier eben vom Untersuchungsausschuß um meine persönliche Ansicht gebeten, und ich habe meine persönliche Ansicht unter meinem Zeugeneide dahin erklärt, daß ich immer nur geglaubt habe, der U-Boot-Krieg würde uns zu einem brauchbaren Frieden — wobei der Ausdruck „brauchbar“ ja dehnbar ist; das ist mir natürlich klar — würde uns zu einem brauchbaren oder Verständigungsfrieden bringen. Das ist meine persönliche Ansicht stets gewesen. Zu den Ausführungen der anderen Herren konnte ich ja keine Stellung nehmen. Das war nicht meines Amtes. Ich war Sprachrohr der Kriegsleitung. Ich hatte die militärischen Interessen im Reichstage zu vertreten und zu verteidigen als Sprachrohr der Kriegsleitung.

Vorsitzender: Herr Reichsminister Dr. David!

Reichsminister Dr. **David:** Es ist von großer Bedeutung, Klarheit darüber zu schaffen, was die Oberste Heeresleitung und die Marineleitung von dem U-Boot-Krieg erwartet haben. Nach den Darstellungen des Herrn Staatssekretärs v. Capelle und auch den Darstellungen des Herrn Admirals Koch von neulich scheint es so, als ob die Oberste Heeresleitung und die Marineleitung nur gewissermaßen ein psychologisches Weichwerden Englands erwartet und in Aussicht gestellt hätten. Ich glaube, daß diese Auffassung nicht den Tatsachen entspricht, daß es irreführt für die Beurteilung der damaligen Situation, wenn sie unwidersprochen bleibt.

Wenn in der Denkschrift des Admiralstabs die Wendung steht, „England zu einem brauchbaren Frieden geneigt zu machen“, so muß zunächst festgestellt werden, daß nach allen Äußerungen, die damals von rechts kamen, ein „für uns brauchbarer Friede“ nichts anderes bedeutete wie den sogenannten deutschen Schwertfrieden, einen Frieden, den wir England nach dem Sieg aufzwingen könnten. Was man damals von

rechts zurückwies, auch in der Vermittlungsaktion Wilsons, war ein Frieden ohne Sieg. Das wollen wir nicht, hieß es, sondern wir müssen einen Frieden haben nach einem Sieg, den wir den Gegnern diktieren. Das ist wohl der Sinn eines „brauchbaren Friedens“. Wollte man das aber von England erreichen, dann genügte es nicht, England psychologisch weich zu machen, sondern dann mußte man England die Weiterführung des Krieges unmöglich machen. Darauf liefen denn auch alle Beweisführungen, die uns damals im Reichstag gegeben wurden, hinaus, nämlich daß der U-Boot-Krieg die Lebensmöglichkeiten und insbesondere die Möglichkeit der weiteren Kriegführung für die Entente zunichte machen werde. In diesem Sinne sprechen sich ja auch die Schriften, die amtlich vom Admiralstab verbreitet wurden, aus.

Ich habe hier in der Hand ein amtliches Schriftchen: „Die Wirkungen des U-Boot-Kriegs in amtlicher Darstellung“ (abgeschlossen im August 1917). Da wird das Ziel folgendermaßen dargestellt: Es komme darauf an, der Entente den Schiffsraum zu entziehen. Damit werde „der Grundpfeiler der Volkswirtschaft Englands unterwühlt.“ Damit werde weiter die Versorgung des englischen Volkes mit Lebensmitteln und Rohstoffen gelähmt und drittens dem Feind die Möglichkeit entzogen, der Armee und Flotte den Unterhalt und die Kriegsmittel zuzuführen. An welchem Punkte zuerst der Mangel an Schiffsraum, die Unmöglichkeit, sich mit Lebensmitteln oder Kriegsmitteln in ausreichendem Maße zu versorgen, eintreten werde, das könne dahingestellt bleiben. Wörtlich heißt es da:

> „An welcher Stelle auch immer der Schiffsraum fehlen wird, ob zuerst die Versorgung der englischen Zivilbevölkerung oder der Kriegführung oder der Bundesgenossen versagen wird, in jedem Falle gerät damit die Grundlage für die Fortsetzung des Krieges seitens des Verbandes ins Wanken: die Grenze des Erträglichen sehen wir überall näherrücken.“

Es handelt sich hier also nicht um die Erreichung eines psychologischen Zieles, sondern um die Erreichung eines radikalen Zieles, der Unmöglichmachung der Fortsetzung des Krieges für England. Das entsprach ja auch vollständig der ganzen geistigen Auffassung, die von dieser Seite vertreten wurde, daß man vom Gegner einen Frieden der Verständigung durch Zureden nicht erreichen werde, sondern daß man den Frieden nur erreichen werde, wenn man ihm die Fortführung des Krieges unmöglich machen werde. Dieses radikale Ziel war es.

Ich habe hier einen Vortrag, der ebenfalls amtlich verbreitet wurde, des Kapitäns z. S. Brüninghaus, des Herrn Departementsdirektors im Reichsmarineamt, der ja hier anwesend ist. Dieser Vortrag ist in verschiedenen Städten gehalten

worden und ist amtlich verbreitet worden, gedruckt im Admiralstab der Marine. Dort wird zusammenfassend gesagt:

> Die wirtschaftlichen und militärischen Nöte unserer Gegner werden durch den U-Boot-Krieg in immer schärferer Weise verstärkt; in dem Kampfe Schiffsbau gegen U-Boot bleibt das letztere Sieger. Seeraub kann den gegnerischen Zusammenbruch hinausschieben, aber nicht verhindern.

Also der militärische und wirtschaftliche Zusammenbruch ist das Ziel, und nicht ein bloß psychologisches Weichmachen.

Es wird dort noch weiter gesagt:

> Die hohe materielle und personelle Bereitschaft der U-Boot-Waffe, die auf lange Zeit hinaus sichergestellt und im ständigen Wachsen begriffen ist, das Unvermögen unserer Feinde, trotz aller Anstrengungen der U-Boote Herr zu werden, geben uns die sichere Gewähr dafür, daß wir mit dem U-Boot-Krieg unser Ziel erreichen werden.

Gegenüber diesen Tatsachen möchte ich die Frage an Herrn Staatssekretär v. Capelle richten: Ist Ihnen nicht auch damals bekannt gewesen, daß die Seekriegsleitung dieses reale Ziel der Unmöglichmachung der Lebensmittelversorgung und der Weiterführung des Krieges durch Unmöglichmachung der Munitionszufuhr auf dem westlichen Kriegsschauplatz als das eigentliche Ziel des U-Boot-Krieges gehabt hat?

Vorsitzender: Herr Minister, ich habe Sie nicht unterbrochen, obwohl die Ausführungen, die Sie machten, weitab von dem Thema liegen, das uns gegenwärtig beschäftigt, nämlich die technischen Fragen des U-Bootes zu einer Klärung zu bringen. Ich bitte also, wenn ich eine Antwort auf die Frage des Herrn Ministers nun trotzdem zulasse, sich möglichst kurz zu fassen. Ich werde dann die Debatte nach dieser Richtung hin jedenfalls schließen und lediglich die technischen Fragen des U-Bootes hier weiter zur Erörterung stellen. Sonst kommen wir überhaupt nicht vorwärts.

Zeuge Staatssekretär a. D. **v. Capelle**: Meine Herren! Es ist von der Marine, wenigstens von den maßgebenden Stellen der Marine, doch wohl niemals der Gedanke gehegt worden, daß man England von der Lebensmittelzufuhr gewissermaßen radikal abschließen oder die Munitionszufuhr über den Kanal verhindern könnte. Von mir ist im Haushaltsausschuß speziell auch in einer Polemik mit dem Herrn Reichsminister David immer wieder der Gedanke vertreten worden, man sollte doch diese radikalen Anschauungen fallen lassen. Ich entsinne mich sehr wohl, daß ich dem Herrn Reichsminister David einmal dem Sinne nach ungefähr erwidert habe: man sollte doch von der Aushungerung Englands

ruhig sein, daran dächte ja niemand. Das war vor der letzten Zeit, wo die Welternte so ungemein schwierig wurde. Ich habe immer darauf hingewiesen: es handelt sich ja nur um das Frachtraumproblem im ganzen. Ich habe dann längere Ausführungen über die Munitionszufuhr über den Kanal gemacht. Ich habe gestern im „Berliner Tageblatt" gelesen, daß der Herr Abgeordnete Dr. Strube diese meine Ausführungen wiedergegeben hat, die sich ja sehr pessimistisch darüber ausgesprochen haben.

Nun bitte ich aber doch den Herrn Vorsitzenden, mir noch eine Erwiderung über die Ansicht in der Marine zu gestatten.

Vorsitzender? Bitte sehr, Exzellenz!

Zeuge Staatssekretär a. D. v. Capelle: Die scheint mir doch von einer gewissen Bedeutung zu sein. Ich habe hier eine Rede von mir aus dem Jahre 1916 in der Hand, die ich bitte einmal vorlesen zu dürfen:

> Der Herr Abgeordnete Stresemann hat gestern gefragt — diese Worte haben mir ganz besonders gut gefallen —

(Vorsitzender: Von welchem Datum ist diese Rede?)

— Vom 29. März 1916. —

> und ich hoffe, daß ich den Sinn richtig wiedergebe: woher stammt eigentlich dieses Wort: England auf die Knie zwingen? Das sei ein unglückliches Wort.

— Sagt der Abgeordnete Stresemann. —

> Keiner wollte es gewesen sein, der dieses Wort zuerst gebraucht habe, und nun sei es auf einmal da. Meine Herren, das Wort „England auf die Knie zwingen" kann verschieden ausgelegt werden. Man kann sich darunter denken, daß England zu Boden liegt, um Frieden bittet, zugibt, daß es den Krieg verloren hat und auf die Seeherrschaft endgültig verzichtet. Das wäre die radikale Bedeutung dieses Wortes. Man kann sich darunter aber auch vorstellen, daß England durch einen sechsmonatigen U-Boot-Krieg mürbe und kriegsmüde geworden ist, daß es zu Friedensverhandlungen geneigter ist. Und, meine Herren, bei den nahen Beziehungen, die mich seit langen Jahren mit dem Großadmiral v. Tirpitz verbinden, habe ich, nicht in allerletzter Zeit, weil ich krank und infolgedessen nicht im Dienst war, aber vorher häufig die Frage des U-Boot-Krieges debattiert, und es ist mir eigentlich nie zum Bewußtsein gekommen, daß ich mit dem Großadmiral v. Tirpitz verschiedener Ansicht wäre. Wir haben auch wohl im Gespräch beiderseits den Ausdruck „England auf die Knie zwingen" gebraucht. Ich kann sogar mitteilen, daß ich da-

bei in vielen Fällen die Chancen des U-Boot-Krieges höher bewertet habe als der sehr vorsichtige Großadmiral v. Tirpitz. Jetzt ist in der allerletzten Zeit die Frage „England auf die Knie zwingen" auf die Messerschneide gestellt. Diese Frage ist gewissermaßen die Pointe geworden, um die es sich handelt. Ich habe in den wenigen Tagen, die ich wieder im Amt bin, Gelegenheit gehabt, mit verschiedenen Offizieren über diese Frage zu sprechen. Dazu gehört der Großadmiral v. Tirpitz nicht, aber der Chef des Admiralstabs gehört dazu. Immer wenn ich die Herren gefragt habe: Was verstehen Sie darunter: „England auf die Knie zwingen", und wenn ich von der radikalen Auffassung gesprochen habe, dann haben mir die Herren erwidert: Das verstehe ich nicht darunter, das habe ich nie gemeint. So ist es mir bei verschiedenen Herren gegangen, und ich glaube, wenn man eine Enquete bei älteren Seeoffizieren darüber veranstalten könnte, dann würde man finden, daß diese Ansicht von der überwiegenden Mehrheit geteilt wird. Ich habe mir gestern überlegt, ob ich auf diese Frage überhaupt in meinen Ausführungen eingehen sollte. Ich habe mir aber gesagt, nachdem diese Frage einmal so auf des Messers Schneide gestellt ist, kann ich mich nicht recht darum herumdrücken. Ich habe aber mir das, was ich gestern gesagt habe, vorsichtshalber vorher notiert und habe es wörtlich vorgelesen. Ich bitte um die Erlaubnis, dies nochmals vorlesen zu dürfen. Ich habe gesagt: Ich kann mich nicht zu der Überzeugung durchringen, daß ein sechsmonatiger U-Boot-Krieg mit vielleicht gerade ausreichenden, aber keineswegs reichlichen Kräften genügen wird, um England zum Frieden zu zwingen, d. h. zu einem Frieden, in dem England anerkennt, daß es den Krieg und die Seeherrschaft verloren hat. Dazu gehört nach meiner pflichtmäßigen Überzeugung denn doch mehr. Andererseits habe ich ausgeführt, daß ich durchdrungen davon sei, ein sechsmonatiger U-Boot-Krieg würde das englische Wirtschaftsleben schwer erschüttern. Ich habe auch gestern schon gesagt und darf es nochmals wiederholen, daß ich diese Erschütterung nicht geringer einschätze als der Referent, der Abgeordnete Bassermann. Ich bin überzeugt, daß England dadurch mürbe und kriegsmüde wird. Ich habe mir, als ich dies gestern ausführte, dabei gedacht, was ich nicht ausgesprochen habe, daß England dadurch zu einem allgemeinen Frieden geneigter gemacht würde.

Meine Herren, ich habe dies vorgelesen, um meine eigene Ansicht, nach der ich gefragt worden bin, aber auch die Ansicht der Marine, wie sie damals an maßgebenden Stellen existierte, klar zu stellen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Herr Admiral, das war im März 1916, wo auch Sie den Gedanken des rücksichtslosen U-Boot-Krieges bekämpft haben. Aber es kommt darauf an: Wie dachte die Admiralität am 22. Dezember, als die Denkschrift herauskam und verbereitet worden ist? Sie sagten: Die Marine stand nie auf dem Standpunkt, daß England gleichsam ausgehungert werden könnte. Ich bitte, die Denkschrift vom 22. Dezember, die kleine Begleitdenkschrift, zur Hand zu nehmen. Hier steht:

> Der Einwand, daß England genügend Brotgetreide und Rohstoffe im Lande haben könnte, um über die Gefahrzeit bis zur nächsten Ernte wegzukommen, ist in der Anlage ausführlich widerlegt.

An derselben Stelle heißt es ausdrücklich:

> Gelingt es, England das Rückgrat zu brechen, so ist der Krieg sofort zu unseren Gunsten entschieden.

Das ist die Auffassung der Marine am 22. Dezember, wie sie niedergelegt ist. Hier kommt nichts davon vor, daß nur England psychologisch bereit gemacht werden sollte, in Friedensverhandlungen einzutreten. Aber ich muß hier noch eins erwähnen: Wie dachte die politische Leitung? Und da ist vielleicht von Bedeutung, darauf hinzuweisen, daß Herr Reichskanzler v. Bethmann am 25. Juni ausdrücklich in vollkommener Erkenntnis der Sachlage geschrieben hat:

> Die Vorstellungen von der schnellen und durchschlagenden Wirkung des U-Boot-Krieges sind als übertrieben erkannt worden. Damit ist die weitverbreitet gewesene, auch im Verkehr zwischen Front und Heimat genährte sichere Erwartung des Kriegsendes noch vor dem Herbst zusammengebrochen.

Das war im Juni 1917. Am 1. Juni 1917 sollte England am Boden liegen! Und außerdem erinnere ich Sie daran, daß jedenfalls der Auffassung der Denkschrift annähernd auch die Auffassung des Auswärtigen Amts bei Beginn des U-Boot-Krieges entsprochen hat. Denn in der bekannten Mexiko-Depesche des Herrn Staatssekretärs Zimmermann heißt es, daß

> Aussicht vorhanden sei, daß in zwei bis drei Monaten England zum Frieden gezwungen sei.

So war die Auffassung. Das sind die Tatsachen.

Vorsitzender: Wünschen Exzellenz sich dazu zu äußern? Sonst verlassen wir dieses Gebiet.

Zeuge Staatssekretär a. D. v. Capelle: Ich möchte nur eine Erklärung noch geben. Meine Herren! Was die Frage der Aushungerung Englands anbetrifft, das ist ja nicht wörtlich

zu nehmen, sondern nur so, daß England in Ernährungsschwierigkeiten kam. So war die Situation im Frühjahr 1916 und im Frühjahr 1917 grundverschieden, wie ja vielleicht der Herr Staatssekretär Helfferich nachher Gelegenheit nehmen wird auszuführen. Im Frühjahr 1917 hatten wir eine so miserable Welternte hinter uns, wie das alles eingehend hier ausgeführt worden ist, wie nie zuvor. Infolgedessen waren die Chancen, daß England durch den U-Boot-Krieg im Jahre 1917 in Ernährungsschwierigkeiten geriet, größer als 1916. Dieses Moment wollte ich bloß betonen.

Dann habe ich mich noch gegen einen anderen Vorwurf zu verteidigen, daß ich den Reichstag getäuscht hätte.

Sachverständiger Dr. **Bonn** (zur Geschäftsordnung): Es ist für die Sachverständigen unmöglich, pflichtgemäß zur Aufdeckung des Sachverhalts beizutragen, wenn entgegen den Weisungen des Vorsitzenden bestimmte Fragenkomplexe angeschnitten werden, die über das eigentliche Thema hinausgreifen. Dann müssen wir entweder, wenn wir mitreden sollen, auch mit hinausgreifen, und dann gerät entgegen den Wünschen des Vorsitzenden die ganze Diskussion ins Ziel- und Uferlose, oder es muß möglich sein, wenn eine Frage angeschnitten wird, über diese Frage hinwegzugehen auch, wenn sie zum Teil beantwortet ist, und die Diskussion zur ersten Frage zurückzuführen. Das würde natürlich nicht bedeuten, daß einem Zeugen über die späteren Fragen das Wort verwehrt sein soll. Deswegen habe ich mich im Augenblick zum Wort gemeldet, bevor Exzellenz v. Capelle über die weiteren Fragen Antwort geben soll, weil ich zu den Dingen, die er bereits gesagt hat, einige Fragen stellen möchte, die vielleicht zur Aufklärung beitragen.

Vorsitzender: Dann wollen wir doch noch diese Frage zur Erledigung bringen, obwohl sie mit der eigentlichen technischen Frage, die uns beschäftigt, gar nichts zu tun hat. Es bleibt nichts übrig, da der besondere Wunsch der Sachverständigen, jetzt zu der einmal angeschnittenen Frage Stellung zu nehmen, anscheinend geht.

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Der Herr Vorsitzende hat mich, glaube ich, falsch verstanden. Ich habe gar nicht die Absicht, in diese Fragen einzutreten. Ich möchte bei den technischen Fragen bleiben. Ich möchte nur bitten, daß uns in Zukunft die Möglichkeit gegeben wird, uns gleich zu den Fragen, die zur Diskussion stehen, zu äußern, damit wir nicht entweder verzichten müssen oder die Diskussion später wieder zurückführen.

Vorsitzender: Es wird künftig in dieser Weise verfahren werden. Und nun wollten Sie noch auf diese Frage eingehen?

Sachverständiger Dr. **Bonn**: Ich wollte im Anschluß an diese Dinge dem Herrn Admiral ein paar Fragen stellen.

Vorsitzender: Jawohl! Zunächst aber wünscht noch Exzellenz eine besondere Frage wegen des Reichstages hier zur Erörterung zu bringen. Wenn Sie darauf verzichten, würde ich sofort auf diese technischen Sachen weiter eingehen und dazu Herrn Professor Bonn das Wort geben.

Zeuge Staatssekretär a. D. **v. Capelle**: Ich möchte bitten, daß Herr Professor Bonn zunächst die technischen Fragen behandelt.

Vorsitzender: Damit verlassen wir diese Sache und kommen wieder ganz allein zu den technischen Fragen, die ich hintereinander zu Ende bringen will. Ich werde nicht mehr zulassen, daß Fragen, die von diesen rein technischen Fragen abwegig sind, die Erörterung hemmen.

Sachverständiger Dr. **Bonn**: Exzellenz haben ausgeführt, Sie hätten aus politischen Gründen, weil Sie angenommen haben, der uneingeschränkte U-Boot-Krieg könne aus politischen Gründen nicht geführt werden, keine Möglichkeit gesehen, die Zahl der Unterseeboote im Sommer 1916 entsprechend zu vermehren. Ich glaube, Sie richtig verstanden zu haben. Dazu möchte ich nur eine Frage stellen. Die politische Entscheidung bedeutete doch nicht, daß auf jeden Unterseeboot-Krieg verzichtet werden sollte, sondern sie bedeutete nur, daß der Unterseeboot-Krieg als Kreuzerkrieg geführt werden sollte. Nun muß ich nach Ihren Äußerungen beinahe zu dem Eindruck kommen, daß der Unterseeboot-Krieg, geführt als Kreuzerkrieg, überhaupt wirkungslos gewesen ist. Ist das richtig?

Zeuge Staatssekretär a. D. **v. Capelle**: Damals im März 1916 war wohl die allgemeine Ansicht der Marine — zuständig ist mehr der Admiralstab als ich, aber ich darf das auch wohl sagen —, daß der Kreuzerkrieg keinerlei Ergebnis zeitigen würde. Die wichtigste Stelle für die Führung des Kreuzerkrieges gegen England ist der Chef der Hochseeflotte, und der Chef der Hochseeflotte hat auf das energischste stets den Standpunkt vertreten, ein Kreuzerkrieg lohne nicht den Einsatz der U-Boote; es gehen mehr U-Boote verloren, als überhaupt Erfolge erzielt werden. Er war ein sehr starker Gegner des Kreuzerkrieges und hat den Kreuzerkrieg mit den ihm unterstellten Streitkräften nicht geführt. Der Chef der Hochseeflotte ist erst Ende des Jahres, im Oktober oder November, durch den Kaiser gezwungen worden, von dieser seiner Ansicht abzulassen und den Kreuzerkrieg aufzunehmen.

Sachverständiger Dr. **Bonn**: Widerspricht das nicht im gewissen Sinne den Statistiken, die veröffentlicht worden sind,

aus denen immer hervorzugehen schien, daß der Kreuzerkrieg große Erfolge habe? Und es ist, wenn ich mich recht erinnere, auch errechnet worden, daß die Verminderung der englischen Flotte durch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg in fünf Monaten, glaube ich, um 39 Prozent stattfinden werde, durch den Kreuzerkrieg dagegen um 18 Prozent.

Zeuge Staatssekretär a. D. **v. Capelle**: Meine Herren, der Kreuzerkrieg war im Mittelmeer geführt worden außerhalb des Sperrgebiets und hatte im Mittelmeer immerhin namhafte Erfolge erzielt, aus dem einfachen Grunde, weil im Mittelmeer die Abwehrmaßnahmen so gut wie gar nicht oder jedenfalls nur sehr gering vorhanden waren, während um England herum starke Abwehrmaßnahmen waren, wir infolgedessen mit irgendwelchen Erfolgen nicht rechneten. Als er dann auch um England herum aufgenommen wurde, da, glaube ich — ich kann das zunächst nur von meiner Person sagen —, war ich über die Gesamterfolge sehr erstaunt. Ich glaube, es läuft Herrn Professor Bonn ein Irrtum unter, wenn er sagt, die Statistiken hätten ja größere Erfolge aufgewiesen. Das ist erst seit Ende 1916 der Fall. Vorher ist das eigentlich nicht der Fall gewesen,

(Sachverständiger Dr. Hoetzsch: Seit Oktober!)

wo also auf Befehl des Kaisers auch von der Flotte der Kreuzerkrieg aufgenommen war. Der Passus aus der Denkschrift des Admiralstabs, wo gesagt wird, der Kreuzerkrieg vermindere die englische Tonnage bloß um 18 Prozent, während der rücksichtslose U-Boot-Krieg die Tonnage um 38 Prozent vermindere, ist auf den Umstand zurückzuführen, daß beim Kreuzerkrieg die Neutralen geschont wurden, und weil die Neutralen geschont wurden, auch die Abschreckung fortfiel, und weil die Engländer die Chance hatten, die neutrale Flagge fälschlicherweise zu führen. Daher die Ansicht des Admiralstabs, daß der Kreuzerkrieg nichts brächte. Aber das ist eigentlich alles Sache der Seekriegsleitung. Ich werde laufend über Dinge gefragt, die mich nichts angehen.

Abgeordneter Dr. Schücking: Es ist mir vorher bei Ihrer Aussage eins nicht klar geworden. Sie sagten, Sie glaubten, im Einklang mit der politischen Leitung des Reichs handeln zu sollen, wenn Sie vom Frühjahr 1916 an zunächst auf die Ausführung eines großen Bauprogramms für U-Boote verzichteten. Nun hatte aber die Reichsleitung keineswegs unbedingt auf den U-Boot-Krieg verzichtet, sondern man hatte sich auch in den Antworten an Amerika ausdrücklich vorbehalten, auf den U-Boot-Krieg zurückzukommen. Lag es da nicht nahe, daß man in eventu auf den U-Boot-Krieg sich rüstete, und war dazu nicht notwendig, daß man da sofort eine größere Anzahl von Schiffen in Auftrag gab? W i e l a n g e d a u e r t e d e n n d a m a l s d e r B a u e i n e s U - B o o t e s ?

Zeuge Staatssekretär a. D. **v. Capelle:** Ich glaube, meine Herren, ich bin in einer Beziehung nicht recht verstanden worden. Ich habe nicht sagen wollen, daß ich durch die politische Situation veranlaßt worden wäre, gegen den bisherigen Modus zurückzugehen. Ich habe ja auch 90 U-Boote gebaut, ich habe ja sofort 50 U-Boote in Auftrag gegeben. Ich wollte nicht gegen das Bisherige zurückstehen. Ich bin noch heute der Ansicht, daß es politisch einen mehr als eigenartigen Eindruck gemacht hätte, nachdem wir die Sussex-Note an Amerika geschickt hatten, wenn der Staatssekretär des Reichsmarineamts mit einer großen Agitation an ein gewaltiges, großzügiges U-Boot-Programm herangegangen wäre. Ich habe sagen wollen: ich habe das bisherige System — ich will es mal nennen das System der kleinen Pakete — alle Vierteljahre fortgeführt. Ich kann mir auch heute noch keine Vorstellung davon machen, was ich denn anders hätte tun sollen. Ich wäre ja wahrscheinlich nach 14 Tagen nicht mehr Staatssekretär gewesen, wenn ich etwas anderes getan hätte.

Die Bauzeit eines U-Bootes war sehr verschieden nach der Größe, und auch für dieselbe Größe sehr verschieden nach dem Zeitpunkt des Krieges. Ich will mal sagen, der Bau eines großen U-Bootes dauerte zwei Jahre und länger, während der Bau eines kleinen und mittleren U-Bootes ein Jahr dauerte, so ungefähr.

Vorsitzender: Ist Herr Konteradmiral Brüninghaus noch im Saal? —

(Zuruf: Hier!)

Herr Konteradmiral, Sie hatten den Wunsch, auf verschiedene Anfragen von Herrn Dr. Strube zu antworten und als Zeuge vernommen zu werden.

Zeuge Staatssekretär a. D. **v. Capelle:** Darf ich vorher noch ums Wort bitten im Zusammenhang mit Herrn Brüninghaus?

Vorsitzender: Ich werde zunächst Herrn Brüninghaus vereidigen. Der Ausschuß hat beschlossen, Sie als Zeuge zu vernehmen. Ich bitte um Ihre Personalien, Vornamen?

Zeuge Konteradmiral **Brüninghaus:** Franz Willi.

Vorsitzender: Ihr Alter?

Zeuge Konteradmiral **Brüninghaus:** 49 Jahre.

Vorsitzender: Wünschen Sie den Eid, den ich vorspreche, mit dem religiösen Zusatz?

Zeuge Konteradmiral **Brüninghaus:** Mit dem religiösen Zusatz.

(Der Zeuge Konteradmiral Brüninghaus leistet den Zeugeneid.)

Vorsitzender: Nach welcher Richtung hin wünschen Sie ganz besonders gegen das, was Herr Dr. Strube gesagt hat, Stellung zu nehmen? Ich bitte jedenfalls sich in dieser Richtung hin zu äußern.

Zeuge Staatssekretär a. D. **v. Capelle:** Ich wollte vorher etwas bemerken.

Vorsitzender (zum Zeugen Staatssekretär a. D. v. Capelle): Exzellenz wünschen aus besonderen Gründen, die ich nicht kenne, vorher zu sprechen. Ich gebe diesem Wunsche nach und bitte Sie, Exzellenz, das Wort zu nehmen. Nachher werden wir Herrn Konteradmiral Brüninghaus vernehmen.

Zeuge Staatssekretär a. D. **v. Capelle:** Mir ist von Herrn Dr. Strube der Vorwurf gemacht worden, ich hätte den Reichstag getäuscht oder in etwas liebenswürdigerer Form: ich hätte irrige Vorstellungen erweckt oder dazu beigetragen, und zwar konzentriert sich das wohl auf meine Rede, die ich einen Tag vor Beginn des rücksichtslosen U-Boot-Krieges gehalten habe. Herr Dr. Strube hat dem Sinne nach gesagt, ich hätte die Zahl der fertigen U-Boote — 160 — genannt, hätte aber dabei verschwiegen, daß von diesen 160 U-Booten nur eine verhältnismäßig sehr geringe Zahl in See wäre und sein könnte. Nun habe ich die Zahl 160 gar nicht genannt. Das ist aber irrelevant. Ich habe gesagt — ich habe die Rede vor mir —: Wir hätten doppelt so viel U-Boote wie im Jahre vorher, und da kommt etwa die Zahl 160 heraus.

Die andere Frage, wieviel U-Boote in See sein konnten und waren, hat eine grundsätzliche Seite und eine für diesen Spezialfall bestimmende Seite. Ich möchte zunächst ein paar Worte über die grundsätzliche Seite der Sache sagen.

Bei Herrn Dr. Strube und bei den Herren, die der gleichen Ansicht sind, hat sich offenbar eine falsche, irrtümliche Ansicht gebildet, als ob zwischen der Zahl der U-Boote, die in See wären, und der Zahl der fertigen U-Boote sozusagen immer ein konstantes Verhältnis wäre, als ob mit steigender Zahl der U-Boote auch die Zahl der U-Boote in See in die Höhe ginge — wenn man die Sache graphisch darstellen will —, als ob dies gewissermaßen eine gleichmäßig aufsteigende Kurve wäre. Diese Ansicht ist grundverkehrt. Die Zahl der in See befindlichen U-Boote differiert bei gleichem U-Boot-Bestand ganz ungemein. Wenn ich das graphisch darstelle, so ergibt das eine starke Zickzackkurve, nicht eine gleichmäßig aufsteigende Kurve. Ich habe hier eine Aktennotiz, aus der ich dies an einigen Beispielen belegen möchte. Ich will aus den ersten fünf Monaten des rücksichtslosen U-Boot-Krieges für jeden Monat die Maximalzahl und die Minimalzahl der in See befindlichen

U-Boote geben. Im Februar betrug die Minimalzahl der in See befindlichen U-Boote 25, die Maximalzahl 14 Tage später 44; im Monat März die Minimalzahl 32, acht Tage vorher 57; im Monat April 39 und 58; im Monat Mai 36 und 58; im Monat Juni 49 und 66. Also: die Zahlen der in See befindlichen U-Boote differieren innerhalb ganz kurzer Zeiträume sehr stark. Der Gedanke, daß von der Zahl der in See befindlichen U-Boote der Nutzeffekt abhängig wäre, ist auch nicht einmal theoretisch richtig. Man kann sich vorstellen, daß bei einer geringen Zahl in See befindlicher U-Boote alle diese U-Boote auf dem eigentlichen Kriegsschauplatz sind und infolgedessen einen sehr großen Nutzeffekt erzielen. Man kann sich aber auch das Umgekehrte vorstellen, daß bei einer großen Zahl von in See befindlichen U-Booten die Mehrzahl auf der Aus- und Rückreise ist und sich auf dem Kriegsschauplatz nur wenige befinden, daß also der Nutzeffekt sehr gering ist. Das Moment also, daß die Zahl der an einem bestimmten Tage in See befindlichen U-Boote von ausschlaggebender Bedeutung ist, trifft nicht zu.

Nun habe ich über diese Verhältnisse im Ausschuß ja mehrfach gesprochen. Ich habe bei meiner ersten Rede auseinandergesetzt, daß, um die Kriegsstation mit nur einem U-Boot zu besetzen, fünf U-Boote in der Front sein müßten: ein U-Boot auf Station, ein U-Boot auf der Hinreise, ein U-Boot auf der Rückreise und zwei U-Boote in Reparatur. Ich habe ferner in der ersten Rede auseinandergesetzt, daß ständig eine größere Zahl fertig gewordener U-Boote Probefahrten mache. Ich habe damals Zahlen genannt. Ich habe dann drittens auseinandergesetzt, daß die U-Boot-Schule eine größere Zahl von U-Booten für sich beansprucht, die von der Verwendung im Handelskriege abgehen. Was sollte ich denn überhaupt mehr sagen? Wenn einzelne Herren mich nicht verstanden haben, und ihnen diese fremde Materie nicht sofort in Fleisch und Blut übergegangen ist, — ja, das ist doch nicht meine Schuld.

(Heiterkeit.)

Auseinandergesetzt habe ich es in aller Ausführlichkeit. Wie kann man da von einer Täuschung des Reichstages reden!

Nun komme ich zu dem Spezialfall. Der Herr Abgeordnete Strube sagt: Mitte Januar 1917 hätte auf der U-Boot-Inspektion eine Sitzung stattgefunden, auf der mir mitgeteilt worden sei, daß wir bloß 20 U-Boote in See hätten. Das hätte ich nach Ansicht des Herrn Dr. Strube, um den Reichstag nicht zu täuschen, bei meiner Rede mitteilen müssen.

Diese Sitzung hat stattgefunden. Der Zweck der Sitzung war ein ganz anderer. Ich wollte persönlich als Staatssekretär die Herren der U-Boots-Inspektion kennen lernen, und die Herren sollten mich kennen lernen. Das war der Zweck der Sitzung. Es ist möglich, daß auch die Tatsache der in See befindlichen

U-Boote zur Sprache gekommen ist. Da ich ihr gar keine Bedeutung beimaß, hat sich mir das nicht eingeprägt. Es ist ja aber an sich etwas — verzeihen Sie den Ausdruck — Törichtes, daß ich mich am 15. Januar auf der U-Boots-Inspektion erkundigen soll, wieviel U-Boote am 1. Februar in See sein würden. Die Herren haben ja aus den vorher vorgelesenen Zahlen ersehen, wie ungemein das wechselt. Wenn ich über diese Frage Auskunft hätte haben wollen, hätte ich bloß im Reichsmarineamt über den Korridor zu gehen brauchen, da war der Admiralstab. Das war die zuständige Stelle, nicht die U-Boot-Inspektion. Ich weiß nicht, ob sie das überhaupt gewußt hat; angehen tat sie das gar nichts. Meine Herren, als der rücksichtslose U-Boot-Krieg erklärt werden sollte, sollte das der Reichshaushaltskommission mitgeteilt werden. Wenn ich das für ein ungünstiges Moment gehalten hätte, daß momentan bloß 20 U-Boote in See wären, dann hätte ich das allerdings — das will ich gerne zugeben — dem Reichstagsausschuß nicht gesagt. Das war aber ja bloß ein ganz vorübergehender Moment, wenn ich auch annehmen mußte, daß der Reichstag das vielleicht nicht richtig einschätzte. Stellen die Herren sich doch einmal vor: der Kriegsminister macht dem Haushaltsausschuß unmittelbar vor einer großen militärischen Aktion eine Mitteilung, sagen wir einmal, von dem Durchbruch bei Gorlice oder einer großen Offensive an der Westfront oder einem Vorstoß in Italien oder Rumänien oder irgendetwas anderem. Glaubt denn jemand, daß der Kriegsminister diese Mitteilung macht und nun weiter fortfährt: meine Herren, ich kann aber nicht anders als Ihnen sagen, daß auch eine Reihe ungünstiger Momente vorliegen? Es hat eine Reihe von Divisionen nicht die etatmäßige Stärke, weil sie vorher abgekämpft sind oder weil Krankheiten gewütet haben; die Artillerie ist nicht durchgängig mit neuen Kanonen ausgerüstet, die sind zum Teil ausgeschossen; die Munitionszuführung macht Schwierigkeiten; es ist ein Fliegerangriff auf einen Eisenbahnknotenpunkt gewesen. Meine Herren, glauben Sie wirklich, daß ein Kriegsminister dem Reichstage eine derartige Mitteilung gemacht hätte? Wird nachher jemand aufstehen und sagen: der Kriegsminister hat den Reichstag getäuscht, weil er ihm diese Mitteilung nicht gemacht hat? — Für mich sind das ganz unfaßbare Gedankengänge.

Aber es kommt ja gar nicht darauf an, wieviel U-Boote an der Front waren; es kommt darauf an, welche Versenkungsziffern wir leisteten. Das war die Pointe, und da hat der Admiralstab und hat auch meine Person sich auf eine gewisse Versenkungsziffer festgelegt. Diese Versenkungsziffer war 600 000 Tonnen. Im Monat Februar, wo die Verhältnisse noch dazu ungünstig lagen: der Monat hatte bloß 28 Tage statt 30, es waren noch Schonzeiten für die Neutralen. Da haben wir das Versprechen, das wir dem Reichstage gegeben haben, das die Unter-

lage für sein eigenes Urteil bilden sollte, übertroffen: wir haben 750 000 Tonnen versenkt, und in den nächsten 4, 5 Monaten haben wir im Durchschnitt 900 000 Tonnen versenkt. Wie kann man mir da vorwerfen, daß ich den Reichstag getäuscht habe? Ich verstehe das einfach nicht, und ich spreche die Hoffnung aus, daß Herr Dr. Strube diesen harten Vorwurf zurücknehmen wird.

Vorsitzender Abgeordneter Warmuth: Wünscht Herr Dr. Strube gleich dazu zu sprechen? — Oder, bitte, erst Herr Konteradmiral!

Zeuge Konteradmiral Brüninghaus: Herr Dr. Strube hat in der Sitzung am Freitag hier nicht nur den Herrn Staatssekretär v. Capelle bezichtigt, den Reichstag getäuscht zu haben, sondern auch mich insofern, als er sagte — ich habe es nur aus den Zeitungen entnehmen können —, ich hätte in einer Sitzung am 3. Juli 1918 der Kommission zur Prüfung von Verträgen über Kriegslieferungen falsche Angaben über die im Bau befindlichen U-Boote gemacht. Herr Dr. Strube hat sich damit nicht begnügt, sondern gleichzeitig in der Demokratischen Parteikorrespondenz diese Sache des weiteren ausgeführt, die Entscheidung des Untersuchungsausschusses vorweggenommen und gesagt, daß nunmehr hier festgestellt worden wäre, daß ich den Reichstag in einer Kommission getäuscht hätte, und zwar, wie aus dem Artikel in der Demokratischen Parteikorrespondenz hervorgeht, nicht etwa unabsichtlich, sondern daß ich absichtlich die Kommission über die Zahl der in Bau befindlichen U-Boote getäuscht habe. Die Tatsache ist folgende:

Ich habe am 3. Juli in der Sitzung der betreffenden Kommission einen kurzen Vortrag darüber gehalten, wie der allgemeine Stand des U-Boot-Baues war. Ich habe damals, weil der Chef des U-Boot-Amts nicht zugegen war, ausdrücklich betont — —

Vorsitzender Abgeordneter Warmuth: Welches Jahr war das?

Zeuge Konteradmiral Brüninghaus: 1918! — Ich habe ausdrücklich, weil der Chef des U-Boot-Amtes nicht zugegen war, betont, daß ich nicht in der Lage wäre, genaue Auskünfte über alle die Zahlen zu geben, sondern nur einen kurzen Überblick vorlegen würde, der mir von dem U-Boot-Amt als schriftliche Unterlage gegeben worden war. Ich habe ausdrücklich hinzugefügt, daß ich es für notwendig hielte, daß der Chef des U-Boot-Amtes an diesen Sitzungen teilnehmen müßte, daß er aber leider auf Urlaub wäre. Ich habe aber durch den Herrn Staatssekretär veranlaßt, daß dieser Herr zur nächsten Sitzung erscheinen würde, um dann den Herren hier auf etwaige Fragen Rede und Antwort zu stehen. Es steht hier ausdrücklich:

> Kapitän zur See Brüninghaus: Bemerken möchte ich noch, daß der Chef des U-Boots-Amtes, dessen Anwesenheit bei der Sitzung doch von großem Wert ist, sich augenblicklich nicht in Berlin aufhält und erst am 18. Juni nach Berlin zurückkehrt. Ich selbst kann ihn ja vertreten, bin aber natürlich nicht so eingeweiht wie er.

Ich habe dann an der Hand der schriftlichen Aufzeichnungen, die mir von dem U-Boots-Amt gemacht waren, nicht als Herr Brüninghaus, wie Herr Dr. Strube es darzustellen beliebt, sondern als offizieller Vertreter des Staatssekretärs des Reichsmarineamts die Angaben gemacht. Ich möchte aber bei der Beurteilung dieser ganzen Sache noch etwas zu berücksichtigen bitten, und das ist folgendes: Die Kommission ist auf Wunsch der Fortschrittlichen Volkspartei zusammengetreten. Diese Kommission sollte bis ins einzelste prüfen, ob es möglich sei, auf den Werften noch irgendwelche Verbesserungen durch Arbeitergestellungen usw. herbeizuführen, die den U-Boot-Bau beschleunigen und vermehren könnten. Es war beabsichtigt, eine große Reihe von Sachverständigen von den Werften zu laden, was tatsächlich später auch geschehen ist. Die Sachlage war die: in der Kommission mußte entschieden werden an der Hand der von dem Chef des U-Boots-Amtes zu gebenden Unterlagen, inwieweit der U-Boots-Bau noch weiter gefördert werden könnte. Ich habe damals nach meiner Erinnerung vorgelesen: es sind im Bau — und daran stößt sich der Abgeordnete Dr. Strube — es sind in Bau gegeben 479 Boote. Ich möchte kurz auf eins hinweisen. „In Bau gegeben" ist ein terminus technicus, der gleichbedeutend ist mit „in Bestellung gegeben". Der Abgeordnete Dr. Strube entwickelte in seiner Erwiderung in der folgenden Sitzung die laienhafte Ansicht, daß es notwendig wäre, daß ein Boot, wenn es als im Bau befindlich bezeichnet wurde, auf Stapel liegen müßte. Das ist eine Auffassung, die technisch ganz unhaltbar ist. Technisch liegt die Sache so, daß, wenn von dem Reichsmarineamt ein U-Boot an die Werft zum Bau vergeben worden ist, es sich nicht bloß theoretisch, sondern auch praktisch, um es im extremsten Falle auszudrücken, am nächsten Tag im Bau befindet. Die Sache ist nicht so, daß die Kielplatten, die Spanten und die sonstigen vielen tausend Bestandteile, aus denen sich das Boot auf der Helling zusammensetzt, vom Himmel herunterregnen, um dann zusammengesetzt zu werden, sondern alle diese Sachen müssen erst in den Werkstätten verschiedenster Art hergestellt werden. Wir haben für den U-Boot-Bau, auch in Süddeutschland, etwa tausend Lieferanten gehabt. Praktisch spielt sich die Sache so ab: das Reichsmarineamt gibt die U-Boots-Bestellung heraus. Sie geht an die Werften, und auf einer gut organisierten Werft — und unsere Werften waren alle sehr gut organisiert — geht die Sache so, daß auf den Knopf gedrückt wird, und innerhalb 24 Stunden sind die Unteraufträge für Maschinen usw. an die Firmen ab-

gegeben. Das Boot befindet sich also jetzt „im Bau". Das ist der technische Ausdruck. Ich will nicht darüber streiten, ob ich gesagt habe, die Boote sind „im Bau" oder sind „in Bau gegeben". Im Protokoll ist es damals nicht aufgezeichnet worden. Es kommt nur darauf an, daß meine Angabe, daß 479 Boote in Bau gegeben worden sind, durchaus den Tatsachen entspricht. Herr Abgeordneter Dr. Strube hat gesagt, daß wäre eine Täuschung der damaligen Kommission gewesen. Ich stelle fest, daß ich weder eine Täuschung beabsichtigt, noch durchgeführt habe. Die Boote waren tatsächlich in Bau gegeben. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß ein kleiner Teil der Boote erst vor kurzer Zeit in Bau gegeben worden war. Ich wäre, ich möchte sagen, ja direkt dumm gewesen, wenn ich einer Kommission gegenüber, die ausdrücklich prüfen sollte, ob es unter Berücksichtigung aller Umstände auf den Werften nicht möglich wäre, mehr Boote zu bauen, absichtlich oder unabsichtlich falsche oder irrige Angaben gemacht hätte. Ich hätte eigentlich geglaubt, daß gerade der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Strube mich besser kennte und mir ein etwas größeres Maß von Intelligenz zugetraut hätte.

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Strube in der nächsten Sitzung gegenüber dieser meiner Äußerung, daß die 479 U-Boote in Bau gegeben wären, seine Bedenken geltend machte, so hat ihm sofort der Chef des U-Boot-Amtes, der auf meine Veranlassung zurückgeholt worden war, gesagt:

> „Ich bemerke demgegenüber, daß das Reichsmarineamt mit dieser Zahl nur hat sagen wollen, wieviel U-Boote vergeben sind. Man kann doch nicht alle bestellten U-Boote auf einmal auf Stapel legen."

Wenn der damalige Abgeordnete Dr. Strube bei der zweiten Sitzung im Juli 1917 also noch der Ansicht sein konnte, daß ich mit dieser Zahl, 479 U-Boote sind in Bau gegeben, eine Täuschung der Kommission beabsichtigt gehabt hätte — ich will ihm das einmal konzedieren, obgleich es an sich falsch ist —, so konnte er, nachdem der Chef des U-Boot-Amtes ausdrücklich gesagt hatte: „Sie haben den Kapitän Brüninghaus falsch verstanden. Kapitän Brüninghaus hat als Vertreter des Staatssekretärs und als mein Vertreter lediglich zum Ausdruck bringen wollen und auch zum Ausdruck gebracht, daß diese 479 U-Boote in Bau gegeben worden sind", keinen Zweifel mehr darüber haben, was gemeint war. Damit fällt für den Herrn Dr. Strube jetzt die Entschuldigung fort, er hätte nicht gewußt, was ich damit gemeint habe. Ich stelle ausdrücklich fest, wenn der Herr Abgeordnete Dr. Strube mich vor aller Öffentlichkeit und vor der Presse beschuldigt, daß ich die damalige Kommission fälschlich unterrichtet oder auf gut deutsch belogen hätte, so ist das eine ganz unhaltbare Auffassung des Herrn Abgeordneten Dr. Strube.

Zeuge Korvettenkapitän Bartenbach: Zu den Ausführungen des Herrn Dr. Strube. Erstens zu den Ausführungen über die vielen Vorschläge, die sich im Laufe der Zeit als praktisch erwiesen haben. Ich möchte feststellen, daß selbstverständlich diese Vorschläge absolut naheliegend waren, innerhalb der Marine zu demselben Zeitpunkt von Fachleuten längst erkannt, vorgeschlagen und vom Reichsmarineamt nur aus allen möglichen entgegengesetzten Gesichtspunkten zu diesem Augenblick nicht durchgeführt werden konnten.

Zweitens zu der Behauptung von Herrn Dr. Strube, die Zahl der U-Boote, die Herr Staatssekretär v. Capelle in der Sitzung vor Beginn des U-Boot-Krieges genannt hat, sei unzutreffend, möchte ich folgendes feststellen:

Der Herr Staatssekretär v. Capelle hat die Zahl mit dem Doppelten der Zahl bezeichnet, die uns im Zeitpunkte des Jahres 1916 bei dem damaligen Versuch, den U-Boot-Krieg zu führen, zur Verfügung gestanden hätte. Tatsächlich besaß die Marine zu Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges 154 U-Boote. Das war fast genau das Doppelte von dem, was in jenem Zeitpunkt 1916 zur Verfügung stand. Es ist von Herrn Dr. Strube die Gesamtzahl der U-Boote nach allen möglichen Gesichtspunkten untergeteilt worden, und es ist in der Öffentlichkeit eine sehr große Unklarheit über das entstanden, was man überhaupt als brauchbare U-Boote tatsächlich zur Verfügung hatte. Ich möchte feststellen: man kann die Gesamtzahl der U-Boote nur unterteilen nach den Gesichtspunkten: 1. Boote bei der Front, d. h. Boote, die bei den Frontverbänden stehen, und 2. Boote, die bei den Ersatzbehörden stehen. Es standen bei Beginn des U-Boot-Krieges bei der Front 109 Boote.

Zum weiteren Punkte! Herr Dr. Strube sagte, der Herr Staatssekretär hätte irreführende Angaben gemacht insofern, als er die Zahl der verwendungsbereiten Boote zu hoch angesetzt hätte. Der Herr Staatssekretär v. Capelle hatte damals gesagt, man kann mit 40 bis 50 Prozent der Boote bei der Arbeit am Feinde rechnen. Wenn wir die Prozentzahl von 40 Prozent, die eine Schätzung betrug, die sich auf die Zukunft bezog, einsetzen, so hätten bei der durchschnittlichen Zahl der vorhandenen Boote — es waren durchschnittlich 127 Boote bei dem gesamten U-Boot-Krieg an der deutschen U-Boot-Front — 50 Boote durchschnittlich ständig an der Arbeit sein müssen. Tatsächlich sind im Durchschnitt während der 19 Monate des U-Boot-Krieges 47 Boote bei der Arbeit gewesen. Die Schätzung des Herrn Staatssekretärs ist also außerordentlich genau gewesen.

Jetzt kommt der dritte Punkt. Es ist der Vorwurf, daß wir zu Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges am 1. Februar 1917 nur 20 verwendungsbereite Boote gehabt hätten. Die Sachlage war folgende: Man neigt dazu, den 1. Februar 1917 so anzu-

sehen, als ob in diesem Augenblick gewissermaßen für die Marine ein neuer Kriegsabschnitt, eine neue Operation begonnen hätte. So lag die Sache nicht. Unsere U-Boote waren ebenso wenig wie die Marineleitung vom Februar 1915 ab von dem Plane, am Wirtschaftsleben Englands monatlich einen kräftigen Aderlaß vorzunehmen, um damit England das Arbeiten auf lange Sicht gegen Deutschland und den jahrelangen Krieg zu vergällen und ihm zu zeigen, daß so, wie die Erdrosselung gegen uns wirke, das dauernde Nagen am Wirtschaftsleben bei den Engländern wirkt, — von diesem Plane war die Marine trotz aller Hemmungen, die im Laufe der Jahre eingetreten waren, nicht abgegangen. Der U-Boot-Krieg war tatsächlich im Gange, nur wurde er nach anderen Vorschriften geführt, und die U-Boote, die am 1. Februar ausliefen, unterschieden sich von den U-Booten, die vier Wochen vorher ausgelaufen waren, nur durch andere Verhaltungsvorschriften. Die Zahl, die am 1. Februar draußen war, kann normalerweise nicht höher sein als 40 Prozent. Das wären etwa 40 Boote gewesen. Daß tatsächlich nur 20 Boote draußen waren, fällt auf. Es liegt aber daran, daß in diesen Tagen, in den Januar- und Februar-Tagen, wenn die Herren sich entsinnen, außerordentlich schwierige Eisverhältnisse sowohl in der Nordsee, als auch an der flandrischen Küste waren. Die Nordsee war so vereist, daß ins Auge gefaßt war, alle Boote von der Nordsee nach Flandern zu verlegen. Die Boote hatten sich im Eise Beschädigungen zugezogen, und so erklärt sich die geringe Zahl von 20 Booten.

Vorsitzender: Sie sprechen von gewissen Instruktionen, die die U-Boot-Kommandanten nach der Eröffnung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges bekommen hätten. Ich möchte fragen, ob nach der Eröffnung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges Bestimmungen über das Verhalten der Führer der U-Boote geändert worden sind, z. B. in dem Sinne der Schonung zwischen England und Amerika verkehrender Schiffstypen. Vielleicht kann hierüber Herr Admiral Koch Auskunft geben.

Zeuge Admiral Koch: Abgesehen von den Fristen, ist an den ganzen Befehlen nichts geändert worden.

Abgeordneter Gothein: Meine Damen und Herren! Ich kann dem Herrn Admiral v. Capelle durchaus zugeben, daß er in seiner ersten Rede über die Möglichkeit der Verwendung von U-Booten absolut klaren Wein eingeschenkt hat, und daß die Zahl, die prozentmäßig von den vorhandenen U-Booten eigentlich aktiv gemacht werden konnte, d. h. die auf Unternehmung gegenüber dem Feinde waren, klar hervorging. Aber, wie gesagt, diese Rede war ja verschwunden, sie war nicht mehr aufzufinden, und die Bemühungen des Reichstagsbureaus beim Reichsmarineamt, sie

wiederzubekommen — sie gingen an den Staatssekretär selbst —, kamen ja in Fortfall, und ich muß sagen, es wirft ein mehr als eigentümliches Licht auf die Zustände im Reichsmarineamt, daß das wiederholte Ersuchen des Reichstagsbureaus an den Staatssekretär, seine Rede zu den Akten zu geben, vollständig verlorene Liebesmühe war, und daß diese Sachen nicht einmal an den Staatssekretär selbst gelangten; denn im allgemeinen hat doch der Herr Staatssekretär, wie wir aus seinen sonstigen Stenogrammen wissen, mit überaus großer Sorgfalt mit Bleistift in den Stenogrammen Richtigstellungen vorgenommen. Ich nehme an, daß sowohl Herr Dr. Strube wie ich durchaus richtig verstanden haben den Unterschied zwischen den U-Booten, die in der Front befindlich sind, wie wir uns damals ausdrückten, oder, wie wir jetzt sagen, die auf Unternehmung waren, wobei wir ausdrücklich — ich habe das schon in einem Zwischenruf gegenüber dem Herrn Staatssekretär neulich zum Ausdruck gebracht — unterscheiden, daß diejenigen U-Boote, die auf der Rückreise befindlich sind, zweifellos nicht mehr als in der Front befindlich anzusehen sind. In den späteren Reden des Herrn Staatssekretärs sind aber diese Unterscheidungen lange nicht mehr so deutlich hervorgetreten.

Nun hat der Herr Konteradmiral Brüninghaus gesagt, daß das Mißverständnis auf folgende Weise zu erklären sei: er habe sich dahin geäußert, daß die 479 Boote in Bau gegeben seien. Ja, es besteht doch für den Techniker ein großer Unterschied zwischen dem In-Bau-geben, das heißt Bestellen, und dem In-Bau-befindlich; denn mit vollem Recht hat er darauf hingewiesen, daß es Monate dauert, ehe eine Bestellung so weit gediehen ist, daß der wirkliche Bau stattfinden kann, weil ja erst die Bestellung bei den Hüttenwerken und den Unterlieferanten erfolgen muß.

Nun könnte man aus den ganzen Äußerungen vielleicht den Eindruck gewinnen, als ob es gleichgültig sei, wie viele Boote eigentlich für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg notwendig waren. Der Herr Staatssekretär hat gesagt: „Die Zahl ist ganz gleichgültig, wenn man den rücksichtslosen U-Boot-Krieg erklären wollte; es handelt sich bloß um den Effekt.“ Der Effekt war aber für die andern allerdings entscheidend; denn uns kam es auf den Effekt an, und für den Effekt spielte doch die Zahl der in Wirklichkeit vorhandenen und an den Feind zu bringenden U-Boote eine ausschlaggebende Rolle. Da möchte ich auf folgendes aufmerksam machen. Der Herr Staatssekretär wird mir zugeben, daß er selbst am 1. Februar 1917 im Haushaltsausschuß erklärt hat:

> Als ich Staatssekretär wurde, waren alle Werften und alle Maschinen- und Motorenfabriken bis an den Rand voll. Es war mir daher zunächst un-

möglich, weitere Aufträge zu geben. Im übrigen war es meine Richtschnur, so viele U-Boote zu bestellen, als die heimischen Werften nur leisten konnten.

Das hat der Herr Staatssekretär damals erklärt. Er hat also damit zugegeben, daß er, als er sein Amt antrat, nicht in der Lage war — nach seiner Überzeugung —, mehr U-Boote in Auftrag zu geben, als vorhanden waren. Nun möchte ich hinzufügen, daß er damals betont hat, es seien doppelt so viel U-Boote vorhanden wie bei seinem Amtsantritt, und nicht nur das, sondern sie seien auch qualitativ, materiell und persönlich höher zu bewerten als damals.

Nun aber handelte es sich um die Frage: konnten mehr U-Boote geliefert werden? Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß tatsächlich nur fünf Werften zur Ablieferung von U-Booten gekommen sind, weil andere nicht rechtzeitig beschäftigt wurden. Noch eigentümlicher liegt die Frage der Heranziehung der Motorenfabriken, denn das U-Boot nützt uns nichts, wenn es keinen Motor hat. Nun frage ich den Herrn Staatssekretär, ob er sich daran erinnert, daß er am 5. Mai 1917 uns noch erklärt hat, er könne keine U-Boote bauen, weil keine Werft mehr Aufträge übernehmen könne, und daß ich ihm damals 16 Werften namhaft gemacht habe, die noch keine U-Boot-Aufträge hatten? Daraufhin wurde seitens seines Departementsdirektors, des Herrn Konteradmirals Krafft, die Antwort gegeben, es sei wohl möglich, mehr Werften zu beschäftigen, aber es sei ausgeschlossen, die Motoren zu erhalten, die Motoren könnten nicht geliefert werden. Wir haben ihm darauf sofort mitgeteilt, daß das unzutreffend sei, daß die größte Motorenfabrik, die München-Augsburg-Nürnberger Motorenfabrik, in der Lage sei, das Doppelte und in wenigen Monaten das Dreifache zu liefern, daß verschiedene große Fabriken sich vergeblich um Aufträge für Motoren bemüht hätten. Ich nannte darunter die Maschinenfabrik Breslau, welche namentlich in der Flugzeugmotorenfabrikation Außerordentliches leistete und im Automobilbau — Daimler usw. — vorzüglich sei, daß sie aber auf ihr Angebot hin überhaupt keine Antwort bekommen hätten. Nun möchte ich einmal fragen: nach welchen Prinzipien wurde eigentlich dort die Motorenbestellung überhaupt geregelt? Eine der wenigen Motorenfabriken, die schon im Frieden Aufträge für U-Boot-Motoren hatten, war die Germania-Werft, die ja selbst welche baute. Ist dem Herrn Staatssekretär bekannt, daß unmittelbar nach der Mobilmachung der Germaniawerft die 24 Motoren, die sie in Auftrag hatte, gesperrt wurden — —

Vorsitzender: Ich bitte, Privatgespräche doch draußen abzumachen.

Abgeordneter Gotheim: — sodaß sie über Jahr und Tag voll-

ständig brachgelegen hat, daß sie lediglich für die für Österreich und Norwegen im Bau befindlichen U-Boote weiter bauen durfte? Ich kann mir wohl denken, wie die Antwort auf diese Frage lauten wird. Man wird mir sagen: diese Fabrik baute ebenso wie die München-Augsburger-Nürnberger Motorenfabrik seinerzeit den Zwei-Takt-Motor, und die Marine war plötzlich zu der Überzeugung gekommen, daß dieser Zwei-Takt-Motor nicht so gut sei wie der Vier-Takt-Motor; infolgedessen untersagte man dieser Fabrik den Bau des Zwei-Takt-Motors, den sie nur für die österreichischen U-Boote weiter bauen durfte. Ja, hat man sich denn damals nicht überlegt, daß man damit tatsächlich zu einer außerordentlichen Einschränkung des Motorenbaues kam, indem man die wichtigste Werkstatt für den Motorenbau vollständig stillegte? Erst später hat man sich dann wieder zu dem Bau des Zwei-Takt-Motors, der tasächlich ebenso Vorzügliches leistet wie der Vier-Takt-Motor, verstanden. Jedenfalls ist die München-Augsburg-Nürnberger Motorenfabrik stillgelegt worden. Welches waren nun die Gründe dafür, daß man die Motorenfabriken stilllegte und damit den U-Boot-Bau in dieser Weise abdrosselte, was doch in hohem Grade gefährlich sein mußte, wenn man die Absicht hatte, zu einem großen U-Boots-Kreuzerkrieg überzugehen? Die Marine ist ja erst sehr spät dazu gekommen, weitere U-Boot-Motorenfabriken zu beschäftigen, und es zeigte sich dann, daß sie das Vielfache leisten konnten.

Der Herr Staatssekretär hat seinerzeit angegeben, daß man die vermehrten Verluste, mit denen zu rechnen gewesen wäre, voll in Rechnung gestellt hätte. Er hat zunächst einmal in einer Sitzung vom Herbst 1916 ausgeführt, daß man eine wesentliche Erhöhung der monatlichen Verluste über zwei hinaus nicht zu erwarten habe, da England mit seinen Abwehrmaßregeln alles das erreicht hätte, was erreicht werden könnte, und weder in der Armierung der Geschütze noch in dem Verfahren irgendwie wesentlich mehr zu erwarten sei. Am 1. Januar 1917 hat er gesagt: „Auf erheblich gesteigerte Abwehrmaßnahmen sind wir gefaßt.“ Das steht im Gegensatz zu demjenigen, was er am 7. Oktober gesagt hat, indem er da wörtlich ausführte:

> Im wesentlichen befinden sich die gegenwärtigen Abwehrmittel schon jetzt auf der Höhe und können nicht mehr sehr wesentlich gesteigert werden. Übrigens haben wir dieser Steigerung schon Konzessionen gemacht. Gegenüber der durchschnittlichen Zahl der jetzigen Verluste von 1½ U-Booten im Monat bin ich auf die Zahl von 2 bis 3 U-Booten als künftigen durchschnittlichen Monatsverlust gekommen.

Vorsitzender: Meine Herren! Ich wiederhole nochmals die

Bitte, Privatgespräche doch draußen zu führen. Die Unruhe stört unsere Verhandlung hier außerordentlich.

Abgeordneter Gothein: Trotz seiner Aussage: auf erheblich gesteigerte Abwehrmaßregeln sind wir gefaßt, hat er einen monatlichen Verlust angegeben, der damals 2 Boote betrug, aber sich vielleicht auf 3 steigern würde. Vielleicht erinnert sich der Herr Staatssekretär daran. Tatsächlich sind wir bereits im Mai auf 7 gekommen. Trotzdem erklärte der Staatssekretär noch im Mai 17, daß die U-Boot-Werften nicht mehr beliefern könnten, da eine Steigerung ausgeschlossen sei.

Nun hat der Herr Staatssekretär ausgeführt, unsere Denkschriften hätten überhaupt gar keinen Einfluß auf die Mehrbestellung gehabt. Das Merkwürdige dabei ist, daß der Herr Staatssekretär am 5. Mai 1917 im Haushaltsausschuß erklärt hat, es sei ausgeschlossen, auch nur ein einziges U-Boot mehr in Auftrag zu geben, weil die Werften derartig überlastet seien; und sein Departementdirektor erklärte: auch die U-Boot-Motorenfabriken könnten nicht mehr liefern, es sei ganz ausgeschlossen. Auf unsere Vorstellung und auf unsere Forderung, Sachverständige zu hören und eine Sachverständigenkonferenz einzuberufen, — auf diese Forderung, die der Herr Abgeordnete Dr. Strube im Einverständnis mit mir seinerzeit in der Denkschrift an den Reichskanzler Herrn v. Bethmann-Hollweg erhoben hat, ist dann folgeweise eine Konferenz der Sachverständigen einberufen worden. Diese hat dahin geführt, daß am 27. Juni weitere 93 U-Boote in Auftrag gegeben wurden. Wir haben also binnen 7 Wochen den Unterschied, daß einmal am 5. Mai erklärt wird: es kann kein einziges U-Boot in Auftrag gegeben werden, und daß dann 7 Wochen später 93 U-Boote in Auftrag gegeben werden.

In der Denkschrift, die ich, nicht Herr Dr. Strube, dem General Ludendorff eingereicht habe, und auf die ich die stereotype Wendung bekommen habe: es geschieht alles, was geschehen kann, wird auch gesagt: es kann auf diese Antwort nichts gegeben werden. Auf die zweite Denkschrift folgt, nachdem Ende Dezember noch Herr Dr. Strube jene Antwort des Herrn Generals Ludendorff bekommt, in der ihm auseinandergesetzt wird, daß alles geschehe und tatsächlich neue Aufträge gegeben werden könnten — ich glaube 10 oder 12 Tage darauf —, eine Neubestellung von 117 Booten. Ich bitte, doch einmal diese merkwürdigen Widersprüche aufzuklären, wie es möglich ist, wenn eine derartige Antwort im vollständigen Einverständnis mit dem Herrn Staatssekretär gegeben wird, daß wenige Wochen oder Tage darauf dann diese großen Massenbestellungen auf einmal erfolgen, nachdem unmittelbar vorher erklärt worden ist: es ist überhaupt nicht möglich, größere Aufträge zu geben.

Vorsitzender: Wollen Exzellenz gleich hierauf antworten und über das Widerspruchsvolle, das zuletzt ganz besonders betont worden ist, Aufklärung geben?

Zeuge Staatssekretär a. D. v. Capelle: Bezüglich der Abwehrmaßnahmen unserer Gegner habe ich in den verschiedenen Momenten immer das gesagt, was Ansicht der Seekriegsleitung war und meiner persönlichen Ansicht entsprach. Etwas anderes konnte ich nicht sagen. Daß die Abwehrmaßnahmen nachher größere Verluste zur Folge hatten, als wir es vorausgesehen haben, ist zutreffend.

Was die Verluste anbetrifft, so habe ich in der Sitzung, die der Eröffnung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges vorausging, folgendes gesagt:

> Der Verlust im vergangenen Jahre, also im Jahre 1916, hat nur den vierten Teil des monatlichen Zuwachses betragen. Die Verluste sind ja von einer Reihe äußerer Umstände abhängig und verteilen sich nicht gleichmäßig auf die einzelnen Monate. Aber die Tatsache liegt vor, daß der Zuwachs an U-Booten nach den Erfahrungen der Vergangenheit viermal so groß gewesen ist wie der Abgang; es ist möglich, daß sich die Zahlen im laufenden Jahre in Anbetracht der verstärkten Abwehrmaßnahmen unserer Gegner ungünstiger gestalten. Das müssen wir abwarten.

Nun die Frage, daß ich mehrfach gesagt habe, die U-Boot-Werften können nicht mehr tragen, und daß trotzdem immer noch mehr U-Boote in Bau gegeben sind. Meine Herren, das hat zwei Gründe. Der eine Grund ist natürlich, daß eine Reihe von U-Booten immer fertig wurde, wodurch also gewissermaßen die Plätze frei wurden. Den andern Grund habe ich vorhin auseinandergesetzt: daß ich das Prinzip gewechselt habe. Im ersten Jahre hatte ich das Prinzip, die gesamte Bautätigkeit in eine Hand zu legen, und im zweiten Jahre habe ich das Prinzip gehabt, ein selbständiges U-Boot-Amt zu schaffen, das alles andere an die Wand drückte. Das ist der einfache Grund.

Was die Motorenfrage anbetrifft, so bin ich über die Zeit vor meiner Amtsführung gar nicht orientiert. Das wird aber Herr Kapitän Bartenbach, der damals Dezernent war, ausführlich auseinandersetzen können. Während meiner Amtsführung hat die Frage der Motoren Admiral Krafft in der Hand gehabt. Ich persönlich bin auch nicht so orientiert gewesen. Das hat Admiral Krafft machen müssen, der auf diesem Gebiet nach meiner Überzeugung außerordentlich beschlagen war.

Zeuge Korvettenkapitän Bartenbach: Es handelt sich zunächst um den Punkt, daß die Germania-Werft gezwungen wurde, an Stelle der hier immer konstruierten Zwei-Takt-Maschinen bei

den sechs M. S.-Booten, die in Auftrag gegeben wurden, sechs Vier-Takt-Maschinen von Augsburg zu beziehen und einzubauen. Das ist dadurch notwendig geworden, weil die Zwei-Takt-Motoren, die die Germania-Werft bis dahin lieferte, tatsächlich nicht voll frontbereit waren. Die Zwei-Takt-Motoren hatten nicht nur etwa 1½ Jahre lang die Verzögerung einer Serie von insgesamt 15 Booten dadurch herbeigeführt, daß die Maschinen einfach nicht fertig wurden, sondern sie hatten sich auf den Booten, auf denen sie nun schließlich eingebaut waren, im Frontbetrieb als außerordentlich unzuverlässig bis dahin erwiesen. Es war also das Risiko einfach nicht zu übernehmen, diese sechs Boote auch noch mit diesen Maschinen auszurüsten. Hinzufügen möchte ich noch, daß die Germania-Werft sich selbst schon vor dem Kriege einverstanden erklärt hatte, an Stelle der unsicheren Zwei-Takt-Maschinen Vier-Takt-Maschinen von Augsburg zu übernehmen und einzubauen. Von einem Stillegen der Motorenfabrik der Germania-Werft kann gar keine Rede sein. Die Germania-Werft konnte ohne weiteres, wenn sie wollte, Vier-Takt-Maschinen weiterbauen; sie konnte auch ihre Zwei-Takt-Motoren weiterbauen. Sie hat sie auch tatsächlich weitergebaut und später auch geliefert. Also weder eine Stillegung des Nürnberger Werkes der Augsburger Maschinenfabrik noch der Germania-Werft im Motorenbau lag vor.

Vorsitzender: Herr Dr. Strube hat den Wunsch ausgesprochen, nochmals als Zeuge gehört zu werden. Der Ausschuß hat das beschlossen, und ich bitte Herrn Dr. Strube, sich nochmals zu äußern. Aber ich möchte ihn bitten, sich möglichst kurz zu fassen mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit. Allerdings möchte ich die technische Seite der U-Boot-Frage heute zu Ende bringen, damit wir in späteren Sitzungen nicht darauf zurückzukommen brauchen.

Zeuge Dr. Strube: Ich habe die Pflicht, zunächst gegen die Einwendungen zu antworten, die Herr Kapitän Bartenbach gemacht hat. Es wird ihm entgangen sein, daß ich gegen den Herrn Staatssekretär v. Capelle nach dem Wortlaut seiner Ausführungen gesprochen habe, den der Herr Staatssekretär Capelle jetzt selber in der „Frankfurter Zeitung“ gegeben hat. Er hat am 12. Oktober 1919 unter der Überschrift „U-Boot-Zahlen“ ausgeführt:

> Wir verfügen heute über die doppelte Anzahl von fertigen U-Booten: 160 anstatt 80.

Ihre erste Bemängelung wegen der Zahl 160 — — —

(Staatssekretär a. D. v. Capelle: In Klammern!)

— Wenn sie auch in Klammern sind, so sind und bleiben es eben 160.

Die zweite Bemängelung! Der Herr Staatssekretär v. Capelle

hat in demselben Artikel — das haben Sie, Herr Bartenbach, jedenfalls nicht gewußt — ausgeführt:

> Damit die Herren sich ein richtiges Bild machen können

— das sind die Herren im Reichstag —

> muß ich darauf hinweisen, daß von den . . . fertigen U-Booten nur etwa die Hälfte gegen den Feind verwendet werden kann.

(Staatssekretär a. D. v. Capelle: Kann!)

Gegen den Feind ist tatsächlich niemals die Hälfte unserer U-Boote verwendet worden. Und auch die Zahlen: „20 im Februar 1917" sind mir auch mit der Begründung des Herrn Bartenbach bekannt, daß damals der Eisgang und das Wetter die Zahl so außerordentlich niedergedrückt hat. Aber damit wird die Angabe selbst nicht erschüttert, daß tatsächlich nur so wenig U-Boote in der Zeit draußen gewesen sind. Herr Kapitän Bartenbach hat ja die Zahl selbst nicht bestritten, sondern nur den Eisgang und die klimatischen Verhältnisse als Begründung angeführt. Ich glaube, er wird sich überzeugt haben, daß ich gegen den Schriftsteller Capelle, der in der „Frankfurter Zeitung" einen Artikel schreibt, genau so antworten mußte, wie Herr Capelle in einer verkürzten Inhaltsangabe seiner Ausführungen im Reichstage vorangegangen ist. Ich habe somit nichts gegen Herrn v. Capelle zurückzunehmen. Jeder Vorwurf bleibt!

An Herrn Bartenbach möchte ich aber die Frage richten: Wie stellen Sie sich zu der Kritik, die Sie selber am 10. April 1918 — damals, als Sie noch draußen in Brügge waren — an Exzellenz Admiral z. D. Dick geschrieben haben. Es ist veröffentlicht worden in dem Tirpitz-Buch, wo Sie schreiben:

> Was die Heranziehung weiterer Werften anbelangt,

— Seite 524! —

> so ist die Forderung von Str.

— das ist Strube! —

> im wesentlichen berechtigt.

Ist sie auch tatsächlich geschehen, die Heranziehung weiterer Werften? Darüber haben wir heute morgen gesprochen.

> Die Argumente, die Herr v. G. vorgebracht hat

— das wird Herr v. Gohren sein —

(Zeuge Korvettenkapitän Bartenbach: v. Gamp!)

— Also Herr v. Gamp! —

> treffen nicht zu. Von der Geheimhaltung der U-Boot-Konstruktion braucht man nicht mehr viel zu halten, nachdem die

Engländer mehrere Boote in Händen haben. Motoren werden auch auf Werften gebaut, zum Beispiel Blohm und Voß. Die Entwicklung war Sache der Marine.

Es kommt zurzeit beträchtlich mehr auf die fabrikmäßige Verbielfältigung der bestehenden Typen an als auf die Weiterentwicklung. Für Exzellenz füge ich hinzu, daß die Bautätigkeit des Reichsmarineamts etwa seit Anfang 1917 von der Front noch viel schärfer angegriffen wird als von Herrn Strube. Das aber hat mit dem Großadmiral

— das ist Herr v. Tirpitz —

nichts zu tun. Im Gegenteil, man vermißt dessen Großzügigkeit und Tatkraft auf Schritt und Tritt. Die letzten Bauaufträge sind alle auf scharfes Drängen der Front wesentlich vergrößert worden, als das Reichsmarineamt ursprünglich für möglich bezeichnet hätte. Aus diesem Gesichtspunkt würde ich empfehlen, die Abwehr der Strube-Angriffe nur auf die Person des Großadmirals, seine Baupolitik vor und im Anfang des Krieges auszudehnen.

Ich darf Herrn Bartenbach bitten, sich dazu zu äußern, wenn er heute nicht mehr bei diesen seinen Ausführungen bleibt, die er 1918 amtlich von Brügge aus gemacht hat.

Nun zu Herrn Brüninghaus. Herr Brüninghaus hat ausdrücklich gesagt, er hätte — von meiner Aussage hat er ja nichts gehört — einen Zeitungsbericht gelesen; die Grundlage seiner ja in der Form außerordentlich lebhaften Ausführungen wäre für ihn ein Artikel von mir in der „Demokratischen Korrespondenz“.

(Zeuge Konteradmiral Brüninghaus: Ich denke gar nicht daran!)

Kapitän zur See Brüninghaus

— so habe ich geschrieben —

setzte durch, daß er zunächst eine Übersicht und einen Aufschluß über den U-Boots-Bau zu geben habe. Er wollte begreiflicherweise sein Reichsmarineamt verteidigen und den Nachweis liefern, daß die Bemängelungen Gotheins und meine grundlos seien. Je ausführlicher er spräche, so meinte ein rechtsstehender Abgeordneter, desto leichter sei die Arbeit für uns: man ginge sonst in die nächste Sitzung hinein und wisse genau so wenig wie heute!

— Das waren die Sitzungen des Untersuchungsausschusses beim Reichskanzler im Juli 1918. —

Herr Brüninghaus hat denn auch ebenso lange wie mächtig geredet; einen ausgezeichneten Eindruck auf die tatsächlich nichts oder wenig wissenden Herren gemacht: das Reichs-

marineamt stand noch einmal stolz da: „man brauchte nur ruhig und dankbar zuzuhören".

Was aber Herr Brüninghaus gesagt hat, darüber steht in dem vertraulichen ausführlichen Protokoll, in dem sonst alle Zahlen über U-Boots-Bau, U-Boots-Verluste, U-Boots-Typen, U-Boots-Pläne offen angegeben worden sind, nur die kurze, diesmal sehr vielsagende Bemerkung: B. gibt vertrauliche Aufschlüsse über den U-Boots-Bau. Es ist auch am besten, wenn die Rede und die Tätigkeit des Herrn B. im Reichsmarineamt so mit dem Mantel der Liebe zugedeckt wird! Als wir zur Kritik das Wort erhalten hatten, blieb bitter wenig noch. „Alle Werften seien bis zur Halskrause voll von U-Boots-Bauten, 479 U-Boote seien im Bau, was wolle man noch mehr?"

Leider entsprach diese Behauptung des Herrn B. nicht den Tatsachen. In der Zahl 479 sind — ich zitiere aus meiner Antwort — 190 eben erst bestellte Boote enthalten. Von diesen 190 ist noch kein einziges im Bau. Nicht einmal die verbleibenden 289 Boote sind alle im Bau! Zurzeit sind auf den Werften in Arbeit: bei Schichau 2 U-Boote, auf dem Vulkan 7 U-Boote, bei Blohm u. Voß 10, auf der Germania 19, auf der Weserwerft 15, auf der Kaiserwerft Danzig 5 und beim Bremer Vulkan 23. Das sind die U-Boote, die im Bau sind. Außerdem sind noch eine Anzahl U-B- und U-C-Boote, deren Zahlen ich auch anführte, im Bau begriffen.

Ich glaube nicht, daß Herr Admiral Brüninghaus direkt gezwungen war, auf Grund dieser Lektüre, die ja, wie er selbst gesagt hat, die Grundlage seiner Aussage heute war,

(Widerspruch des Zeugen Konteradmirals Brüninghaus)

— ich habe es von Ihnen selbst gehört, daß Sie einen Artikel der „Demokratischen Korrespondenz" von mir zitiert haben —

(Zeuge Konteradmiral Brüninghaus: Dann haben Sie falsch gehört!)

— zu sagen, ich hätte behauptet, Sie hätten getäuscht, Sie hätten absichtlich irregeführt; nachher haben Sie auch in irgendeinem Zusammenhang mit Ihren Ausführungen das Wort „Lüge" gebraucht

(Zeuge Konteradmiral Brüninghaus: Sehr richtig!)

Ich bin nicht in der Lage, Ihre eigenen Gedankengänge zu kritisieren, das ist im Augenblick nicht meine Aufgabe. Aber ich habe den Wortlaut meiner Aussage gelesen; irgendeine persönliche Bemerkung gegen Sie steht nicht darin.

Es ist recht, daß nach mir Herr Vizeadmiral Ritter v. Mann gesagt hat: man kann doch nicht alle bestellten U-Boote auf einmal

auf Stapel legen; Herr Brüninghaus wollte mit dieser Zahl nur sagen: wie viele U-Boote vergeben sind. Aber ebenso wichtig ist es — wenn Sie eine Seite weiterlesen wollen, Seite 14 —, daß der Abgeordnete Gothein gesagt hat:

> Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob sich die U-Boote im Auftrag oder im Bau befinden. Wenn von den 479 U-Booten 190 U-Boote erst in der vorigen Woche bestellt sind, so sind sie eben nicht im Bau begriffen.

Sie haben dann gesagt, daß auf den Werften, auf denen alles ausgezeichnet funktioniert habe, es so wäre, daß höchstens 24 Stunden vergingen, daß nur auf den Knopf gedrückt zu werden brauche,

(Zeuge Konteradmiral Brüninghaus: Im idealen Zustand!)

— vom idealen Zustand haben Sie nicht gesprochen, sondern von 24 Stunden —, jetzt könnte ich ja auch Ihre Worte, Ihren Ausdruck „laienhaft" oder etwas ähnliches anführen. Aber ich will das nicht tun.

Es ist ja gewiß nicht leicht — das hat Herr v. Capelle ja auch heute mehrfach zugegeben —, sich in Berlin über den U-Boots-Bau so rechtzeitig und so gut zu unterrichten, wie es die Männer konnten, die jeden Tag an der Front waren und sich jeden Tag von Leuten, die auf den Werften waren, die Tag um Tag die U-Boote konstruierten und bauten, das richtige Material geben lassen konnten.

Denn von den U-F-Booten, die — die Angaben des Herrn Brüninghaus sind vom 3. Juli 1918 — im Dezember 1917 bestellt waren, — das sind Aussagen, die ich am 10. Juli 1918 gemacht habe, — von den U-F-Booten sind bei Schichau und bei Tecklenburg auf der Atlaswerft und der Neptunwerft und bei Seebeck in Geestemünde Boote im Bau gewesen: bei Tecklenburg lagen Mitte Juni erst 4 Boote auf Stapel, bei Atlas auch nur 4, die ersten Platten lagen eben erst. Neptun hatte noch kein Boot auf Stapel. So lange Zeit verging zwischen Bestellung und Bau. Es ist bedauerlich, daß es erst jetzt so weit gekommen ist, daß auch diese Werften mitbeschäftigt worden sind."

Die Bestellung ist also im Dezember 1917 gewesen, und noch im Juni 1918 waren bei Tecklenburg von den bestellten 12 Booten erst 4 Boote auf Stapel in Arbeit. So war es tatsächlich! Das wußten wir auf Grund unserer Kenntnisse — das ist der einzige Unterschied in allen Ausführungen, der Grund, weswegen wir immer zu verschiedenen Ansichten kommen mußten: auf der einen Seite das Vorhandensein, auf der anderen der Mangel an tatsächlichen Kenntnissen! So war es für einen Kenner der Verhältnisse vollkommen unerfindlich, wie man uns sagen konnte, daß 479 U-Boote

im Bau waren, so wie wir es amtlich am 3. Juli 1918 gehört haben.

Es ist auch nicht so, daß Herr Brüninghaus damals nur eine ganz nebensächliche Bemerkung hat machen wollen, wie er das heute morgen ausgeführt hat. Er wollte nicht nur eine kurze Bemerkung für den Chef des U-Boot-Amts machen, sondern er hat sich zu Anfang der Sitzung dazu erboten. Ich lese im Bericht Seite 9: „Im übrigen erlaube ich mir den Vorschlag, ob es nicht zweckmäßig ist, wenn ich den Herren zunächst kurz Aufschluß über die U-Boot-Bauten gebe.

Vorsitzender: Das sind kritische Bemerkungen, Herr Strube, damit müssen wir abbrechen. Es hat keinen Sinn, auf diese Sachen hier einzugehen. Es geht über das hinaus, was allein Zweck Ihrer Vernehmung sein kann, uns Tatsachen zu geben.

Zeuge Dr. Struve: Der Vorsitzende hat dann gesagt, es wäre zweckmäßig, wenn Kapitän z. S. Brüninghaus die Mitteilungen gibt, und er hat sie nachher gegeben. Auch heute weiß ich noch nicht, warum in dem Protokoll diese Äußerungen Brüninghaus' nicht enthalten sind! Im Protokoll steht nur: „Auf Anforderung des Vorsitzenden gibt hierauf Kapitän z. S. Brüninghaus vertrauliche Ausführungen über den U-Boot-Bau." Unsere Kritik nachher steht zur Verfügung des Gerichts. Die Denkschrift liegt hier vor mir.

Zeuge Konteradmiral Brüninghaus: Meine Herren! Der Herr Abgeordnete — der frühere Herr Abgeordnete — Dr. Strube —

Vorsitzender: Er ist noch Abgeordneter in der preußischen Landesversammlung!

Zeuge Konteradmiral Brüninghaus: Der preußische Landtagsabgeordnete Dr. Strube schloß seine Ausführungen damit, daß die Kritik dessen, was ich im Auftrage des Herrn Staatssekretärs und des U-Boot-Amts mit amtlichen Zahlen — nicht mit Zahlen, die Herr Brüninghaus irgendwie vorgebracht hat, sondern die das U-Boot-Amt mir gegeben hat —, daß diese Zahlen des Reichsmarineamts in den 114 Seiten enthalten sind. Diese Kritik des Reichsmarineamts und des U-Boot-Amts faßt sich in folgende Worte des Herrn Abgeordneten Dr. Strube zusammen:

> „Der Herr Kollege Gothein hat weggehen müssen und hat mich beauftragt, auch in seinem Namen dem Leiter des U-Boot-Amts besonderen Dank auszusprechen für seine hier von allen Seiten gerühmte zielbewußte und umsichtige För-

derung unseres U-Boot-Baues. Ich schließe mich aus vollster Überzeugung diesem Dank gern an."

Und der Herr Vorsitzende dieses Ausschusses, der Unterstaatssekretär Lewald — oder, wie ich eben sehe, war es der rechtsstehende Dr. Kapp — faßte noch einmal im Schlußwort die ganze Sache folgendermaßen zusammen:

> „Meine Herren! Ich begrüße es, daß es als Ergebnis unserer gestrigen und heutigen Beratung hingestellt werden darf, daß die Befürchtungen, die der Herr Abgeordnete Dr. Strube und seine politischen Freunde hinsichtlich der Förderung des Baues von U-Booten geltend gemacht haben, auch wohl nach seiner Auffassung durch die gestrigen und durch die heutigen Verhandlungen als nicht gerechtfertigt angesehen werden können."

Der Herr Abgeordnete Dr. Strube verschiebt ja den Kernpunkt der ganzen Frage. Er hat mir vorgeworfen, daß ich durch die Angabe des U-Boot-Amts, d. h. durch die amtliche Angabe des Reichsmarineamts, es wären 479 Boote in Bau gegeben, beabsichtigt hätte — vielleicht hat er das nicht ausdrücken wollen; das muß ich aber annehmen nach der ganzen Art und Weise, wie er gegen mich aufgetreten ist, auch in der Presse —, daß ich also beabsichtigt hätte, die Herren, mit denen wir uns an einen Tisch zu setzen hatten, um im einzelnen auseinanderzusetzen, wie wir auf den Werften noch besser arbeiten könnten, durch diese Zahlen irrezuführen.

Die Sache liegt auch nicht so, daß ich mich dazu gedrängelt hätte, den Herren einen großen Vortrag zu halten. Ist mir gar nicht eingefallen. Ich habe gesagt, es wäre vielleicht ganz angebracht, wenn ich den Herren eine kurze Aufstellung, die ich hier vor mir liegen habe, vortrage, damit sie bis zu einem gewissen Grade orientiert in die nächste Sitzung, an der der Chef des U-Boot-Amts teilnehmen wird, hineingehen können. Selbstverständlich habe ich hinzugefügt, daß die amtlichen Angaben, die ich hier mache, dann Gegenstand der Besprechung sein würden.

Aus diesen Umständen ergibt sich für jeden auch nur einigermaßen objektiv denkenden Menschen ohne weiteres die Tatsache, daß die Behauptung des Herrn Abgeordneten Dr. Strube, ich hätte mit dieser Angabe die Kommissionsmitglieder irreleiten und irreführen mögen, ganz abwegig und gänzlich unhaltbar ist.

Ich habe vorhin noch hinzugefügt — und das scheint dem Herrn Abgeordneten Dr. Strube entgangen zu sein —, daß er damals vielleicht der Auffassung sein konnte, ich hätte die Absicht gehabt, den Herren etwas Falsches zu sagen. Daraufhin hat ihm ja aber der Chef des U-Boot-Amtes, also ebenfalls ein Offizier des

Reichsmarineamts, — und das Reichsmarineamt ist ja so zusammengesetzt, nicht, wie der Herr Abgeordnete Dr. Strube anscheinend denkt, daß es besteht aus den Herren v. Mann und Brüninghaus und Herrn v. Gohren usw., sondern wir sind weiter nichts als die Glieder einer Kette, wir arbeiten alle an einem Strange — also der Herr, der mich ablöste, das war der Vizeadmiral Ritter v. Mann, der hat dem Herrn Abgeordneten Strube ausdrücklich gesagt, die Zahl von 479 Booten, die ihm der Kapitän zur See Brüninghaus als amtliche Unterlage gegeben hat, ist so zu verstehen, daß diese Boote in Bau gegeben worden sind, und daran war nicht mehr zu rühren. Trotzdem hat es der Abgeordnete Strube fertiggebracht, hier im Untersuchungsausschuß und in der Presse mit dieser Behauptung, die ihm durch den Vizeadmiral Ritter v. Mann bereits widerlegt worden war, wiederum hervorzutreten. Ich halte es doch für richtig, daß dieses Vorgehen des Herrn Abgeordneten Dr. Strube, was für mich das Gravierendste ist, hier ausdrücklich festgelegt wird. Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Baurat Gothein gegenüber bemerken —

(Abgeordneter Gothein: Ich bitte, Titel fortzulassen; sie stimmen auch nicht.)

— Sie haben gemeint, ich hätte ja selbst gesagt, daß, ehe an einem Boot angefangen würde zu bauen, Monate vergehen. Das ist ja gerade der prinzipielle Unterschied zwischen Ihrer Auffassung und der von dem Herrn Abgeordneten Strube als laienhaft bezeichneten meinigen. Ich stehe auf dem Standpunkt — und auf dem Standpunkt steht man marinetechnisch —, daß, wenn die U-Boot-Bestellung herausgegeben ist, wir im Reichsmarineamt sagen: dieses Boot ist in Bau gegeben. Denn tatsächlich fängt der Bau an. Es kommt gar nicht darauf an, wann die einzelnen Stücke in Angriff genommen werden. Gerade, was der Herr Abgeordnete Gothein immer betont hat, wir sollten serienweise bauen, das kann man nur machen, wenn, nachdem die Bestellungen heraus sind, an alle Fabriken telegraphiert wird: Die und die Typen werden gebaut, stellen Sie Spanten, Steven, Maschinen und sonstige Unterteile fertig, damit die Sachen nachher auf der Werft zusammengeklopft werden können. Also der Bau auch eines neuen Bootes beginnt in dem Moment, wo die Bestellung heraus ist; sonst arbeitet die Sache nicht richtig. Ich bedaure, daß der Abgeordnete Strube so wenig Zutrauen in meine fachtechnischen Kenntnisse setzt — er weiß ja doch, daß ich Seeoffizier gewesen bin —, daß er mir zumutet, ich wüßte nicht, wie es auf der Werft zugeht. Das ist ein ganz gewaltiger Irrtum. Ich habe mich sehr viel mit Werftangelegenheiten beschäftigt, vielleicht mehr als der Herr Abgeordnete Strube, und meine Kenntnis stammt wirklich nicht von Leuten, die ihm in hoch- und landesverräterischer Weise während des Krieges alle diese Sachen zugetragen haben, sondern meine Kenntnis stammt aus Marinekreisen und aus Kreisen, die durchaus einwandfrei sind,

und die Angaben, die ich damals in der Kommission gemacht habe, bestanden lediglich darin, daß ich an der Hand eines Blattes, das mir von dem U-Boot-Amt, der zuständigen Stelle, gegeben worden war, einen kurzen Vortrag gehalten habe.

Vorsitzender: Der Ausschuß betrachtet damit die U-Boot-Kriegsfrage nach der technischen Richtung hin als erschöpft und erledigt und bricht das Thema ab.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat zunächst der Herr Abgeordnete Gothein das Wort.

Abgeordneter Gothein: Herr Konteradmiral Brüninghaus hat die Schlußworte zitiert, die der Herr Abgeordnete Strube — in jener Sachverständigenkonferenz war es wohl im Juni oder Juli 1918 — gesprochen hat, wonach ich Herrn Dr. Strube ersucht habe, auch in meinem Namen den Dank an den Leiter des U-Boot-Amtes — das war der Herr Vizeadmiral v. Mann — auszusprechen. Ich bemerke, daß zu diesem Dank mich veranlaßt hat, daß in jener Sitzung tatsächlich unseren Wünschen gegenüber, die wir ausgesprochen hatten, und unserem jahrealten Bauprogramm vollstes Entgegenkommen geübt wurde, so daß wir — allerdings erst im Juli 1918 — zu der Überzeugung kamen, daß nunmehr unter Leitung des späteren Staatssekretärs v. Mann, des Admirals Ritter v. Mann, alles und jedes durchgeführt werden sollte, was von uns aus seit Jahren verlangt worden war. Diese Zusicherungen waren uns in jener Sitzung gemacht worden, leider zu spät.

Vorsitzender: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort Herr Dr. Strube.

Zeuge Dr. Strube: Ich muß auf das schärfste Verwahrung einlegen und erbitte auch den Schutz des Gerichts —

Vorsitzender: Wir sind hier nicht Gericht, wir sind hier nur Ausschuß!

Zeuge Dr. Strube: Ich bitte um Entschuldigung. Ich brauche keinen Schutz, ich kann ihn mir selber geben. Daß ein Herr Brüninghaus es heute noch fertig bekommt —

Vorsitzender: Ich muß gegen solche Ausdrücke entschieden Protest einlegen, Herr Dr. Strube, das geht nicht; wir sind hier nicht im Parlament wie unten, wo eine gewisse Freiheit des Wortes gestattet ist, sondern unser ganzer Ausschuß hat gewissermaßen eine starke Ähnlichkeit, eine starke Analogie mit einem Gerichtshof, und infolgedessen müssen die Formen, wie sie im Gericht üblich sind,

auch analog hier bei unserem Ausschuß vollständig ihre Geltung finden, und die persönlichen Spitzen dürfen nicht in dieser Weise herausgekehrt werden, wie es, glaube ich, Herr Dr. Strube zu tun in Angriff nahm.

Zeuge Dr. Strube: Ich habe die Form vor Gericht bei meiner Vernehmung vollkommen gewahrt. Ich habe eben gefragt, ob ich den Schutz des Gerichts bekommen könnte. Ich habe gehört, es wäre kein Gericht. Ich habe dann versucht, in einer so höflichen Weise, wie es mir richtig erschienen ist, gegen den unerhörten Vorwurf, daß in *landes- und hochverräterischer Weise* mir Sachen zugetragen seien und ich in landes- und hochverräterischer Weise diese Sachen benutzt hätte —

Vorsitzender: Das ist von Herrn Brüninghaus nicht gesagt worden!

Zeuge Dr. Strube: — daß in landes- und hochverräterischer Weise mir Sachen zugetragen worden sind.

(Zeuge Konteradmiral Brüninghaus: Jawohl! Natürlich!)

Wenn mir in *landes- und hochverräterischer Weise* Sachen zugetragen worden wären, und ich dann diese Sachen benutzt hätte, so würde ich mich auch heute mitschuldig fühlen! Es liegt für diese Annahme aber nicht der geringste Grund vor. Ich hätte gedacht, daß die Äußerung des Herrn Brüninghaus in irgendeiner Weise zurückgewiesen worden wäre.

Herr Brüninghaus hat vollkommen recht: er hat auch im Juli 1918 nichts anderes getan, als ein Stück Papier verlesen, das er vom U-Boot-Amt, wie er selber sagt, bekommen hat, und die Zahlen auftragsgemäß gegeben. Genau so habe ich ausgesagt!

Ich kannte den Herrn Brüninghaus auch 1918 schon genügend, daß er mit *der* Meinung ganz recht hat, daß ich mich schon damals nicht gegen Herrn Brüninghaus als *Person* gewandt habe, sondern nur gegen das Reichsmarineamt und gegen dessen Angaben. Die Tatsache, daß die 479 U-Boote nicht im Bau gewesen sind, bleibt bestehen.

Vorsitzender: Zur persönlichen Bemerkung Herr Konteradmiral Brüninghaus.

Zeuge Konteradmiral Brüninghaus: Ich muß leider eine kurze persönliche Bemerkung machen, die dahin geht, daß ich es ablehne, gesagt zu haben, daß der Herr Abgeordnete Dr. Strube, in landes- und hochverräterischer Weise irgendetwas getan hätte; das hat mir ganz fern gelegen. Ich habe lediglich behauptet, daß die In-

formationen, die der Herr Abgeordnete Dr. Strube während des Krieges in ausreichendem Maße bekommen hat, die die allergeheimsten Geheimnisse der Marine betrafen, ihm doch nur von Leuten überbracht sein konnten, die damit nach meiner Meinung — und in dieser Auffassung lasse ich mich durch keinen Menschen irgendwie beirren — Landesverrat getrieben haben. Weiter habe ich nichts gesagt.

Dann hat der Herr Abgeordnete Dr. Strube eben behauptet — auch eine lediglich persönliche Bemerkung — es hätte ihm ganz ferngelegen, gegen Herrn Brüninghaus irgendetwas zu unternehmen, auch damals bereits. Er hätte sich lediglich an den Direktor des Etatsdepartements gewandt. Meine Damen und Herren! In dem Artikel, den Herr Abgeordneter Dr. Strube immer anführt, steht folgendes:

> „Es ist auch am besten, wenn die Reden und die Tätigkeit des Herrn Brüninghaus im Reichsmarineamt mit dem Mantel der Liebe zugedeckt werden.“

— Ich weiß eigentlich nicht, was man Persönlicheres sagen kann.

Abgeordneter **Gothein**: Der Herr Konteradmiral Brüninghaus hat ausgeführt, daß diejenigen, welche dem Herrn Abgeordneten Dr. Strube derartiges geheimes Material zugetragen hätten, in *landesverräterischer Absicht* gehandelt hätten.

Zeuge Konteradmiral **Brüninghaus**: „Absicht“ habe ich nicht gesagt.

Abgeordneter **Gothein**: — Also landesverräterisch gehandelt hätten. Mir ist auch derartiges Material zugekommen, wie der Herr Konteradmiral Brüninghaus sehr genau weiß; denn ich habe es ebenfalls wiederholt im Ausschuß wie der Herr Abgeordnete Dr. Strube vorgetragen. Ich lege entschieden Verwahrung dagegen ein, daß die Herren, die mir derartiges Material zugänglich gemacht haben, dabei irgendwelche andere Absichten verfolgt haben, als im rein vaterländischen Sinne zu handeln. Sie haben, da sie nicht beim Reichsmarineamt durchdringen konnten, eine Förderung des Unterseebootbaues erlangen wollen, indem sie Abgeordnete darüber vertraulich informierten, und wir haben dies wirklich auch lediglich in vertraulichen Sitzungen vorgebracht.

Zeuge Dr. **Strube**: Auch Herrn Brüninghaus ist bekannt, daß das allergeheimste Material von mir ihm in dem Zimmer des Reichsmarineamts, in seinem Amtszimmer, übergeben worden ist, daß er sich für diese Sachen bedankt hat; es handelte sich damals um die große Zahl von Reparaturen an U-Booten in Pola — nachher sind vom Reichsmarineamt die nötigen Anweisungen erfolgt.

Ich kann nur wie Gothein bezeugen, daß das, was wir gehört haben, von besorgten Patrioten gekommen ist, aus reinsten vaterländischen Gesichtspunkten: daß es von A bis Z richtig gewesen und bis heute in keiner Zahl erschüttert worden ist.

Vorsitzender: Ich schließe damit die heutige Sitzung. Die morgige Sitzung findet statt um 10 Uhr: Vernehmung von Herrn Dr. Helfferich.

(Schluß der Sitzung: 2 Uhr 3 Minuten.)

---

10. Sitzung des 2. Unterausschusses

Mittwoch den 12. November 1919.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 22 Minuten durch den Vorsitzenden, Abgeordneten Warmuth, eröffnet.

Vorsitzender: Ich eröffne die Sitzung.

Bevor wir in die Vernehmung von Exzellenz Dr. Helfferich eintreten, möchte ich zwei Fragen an Exzellenz v. Bethmann Hollweg richten.

Die erste Frage ist die: Von wem und in welcher Richtung Eure Exzellenz über die Frage der Rückrufmöglichkeit des uneingeschränkten U-Boot-Krieges orientiert worden sind. Darf ich darauf um eine Antwort bitten!

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Schon vor dem 29. Januar hat Admiral v. Holtzendorff mir und den Staatssekretären Helfferich und Zimmermann wiederholt und bestimmt erklärt, der U-Boot-Krieg könne jetzt nicht mehr rückgängig gemacht werden, da die U-Boote draußen seien und ein gut Teil von ihnen nicht mehr zurückgerufen werden könnte. Admiral v. Holtzendorff hat diese Erklärung am 29. Januar mir und dem Staatssekretär Zimmermann kategorisch wiederholt, als wir mit Rücksicht auf das Telegramm des Grafen Bernstorff den Aufschub des U-Boot-Krieges forderten. Zu einer technischen Nachprüfung der Verbindungsmöglichkeiten mit den U-Booten war ich selbst völlig außerstande.

Vorsitzender: Also ein positives Nicht-Können!

Herr Konteradmiral v. Bülow wünscht zu dieser Frage noch eine besondere Bemerkung zu machen.

Konteradmiral **v. Bülow:** Im Zusammenhang mit der Rückruf-Angelegenheit bedarf ein technischer Trugschluß noch der Berichtigung. Wir hatten uns neulich klar gemacht, daß, um die Friedensaktion zu vereiteln, es nicht gerade der Versenkung eines amerikanischen Schiffes bedürfte, sondern daß dazu schon ausreichend sei, wenn ein amerikanischer Bürger durch den U-Boot-Krieg zu Schaden käme. Nun führten wir ja vor dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg den U-Boot-Kreuzerkrieg. Beide schlossen sich unmittelbar aneinander an und gingen ohne Lücken ineinander über. Hieraus lassen sich nun zwei Folgerungen ableiten. Einmal, daß das betreffende verhängnisvolle Unglück schon, sagen wir, am 28. oder 29. oder 30. Januar hätte eintreten können. Es war also nicht nur erforderlich, diejenigen zehn Boote mit Gegenbefehl zu

versehen, welche über den 7. Februar hinaus in See blieben, sondern es mußten alle Boote, welche vom 28. Januar ab für die folgende Zeit Gelegenheit hatten, Schiffe zu versenken, den Gegenbefehl erhalten. Also nicht elf Boote, sondern alle 21 mußten den Gegenbefehl erhalten. Zweitens: Wir hatten neulich annehmen zu können geglaubt, daß für den Rückruf eine Frist von neun Tagen zur Verfügung stände, und zwar waren wir ja dazu gekommen, weil die amerikanischen Schiffe nicht vor dem 7. versenkt werden konnten. Konnte nun aber, wie ich eben ausgeführt habe, das fragliche Unglück ebensogut schon am 28. eintreten, so ergibt sich daraus, daß gewissermaßen für den Rückruf eine Frist überhaupt nicht vorhanden war. Es konnte schon a tempo mit dem 28. oder 29. das Unglück geschehen, daß durch den U-Boot-Krieg ein amerikanischer Bürger Schaden nahm oder gar getötet wurde.

Vorsitzender: Wenn es bisher in den Verhandlungen immer dahin gelautet hat, daß eine Frist, sei es von drei, sei es von neun Tagen, also bis zum 9. Februar, gegeben war, so war das also ein Irrtum?

Konteradmiral **v. Bülow:** Es ist ein Trugschluß gewesen, weil wir ja an eine Versenkung amerikanischer Schiffe gedacht hatten. Aber nicht darauf kam es an, sondern auf die Möglichkeit, daß amerikanische Bürger zu Schaden kamen. Und diese Möglichkeit war schon vom 28. an gegeben, ebensogut wie sie schon am 27. oder 26. usw. bestanden hatte.

Vorsitzender: Denn sie bestand doch nicht allein beim uneingeschränkten U-Boot-Krieg, sondern auch beim Kreuzerkrieg, weil man ja nie voraussehen konnte, ob man nicht ein amerikanisches Leben auf einem Schiffe treffen konnte, auch mit dem Kreuzerkrieg.

Konteradmiral **v. Bülow:** Jawohl!

Vorsitzender: Da sagte man sich: wir wollen reinen Tisch machen und dann die Parole auch auf den uneingeschränkten U-Boot-Krieg sofort ausgeben, indem uneingeschränkter U-Boot-Krieg und Kreuzerkrieg damit hinsichtlich der Gefahr, die diese Schiffe sowieso für amerikanische Menschenleben boten, auf eine gleiche Stufe gestellt wurden.

Konteradmiral **v. Bülow:** Jawohl, also der Gegenbefehl hätte weiter lauten müssen, als wir bisher dachten. Es hätte ein völliges Abbrechen stattfinden müssen. Aber worauf es mir hauptsächlich ankam, war, nachzuweisen, daß die technische Unmöglichkeit der Erteilung des Gegenbefehls in viel höherem Maße bestand, als wir neulich noch annehmen zu dürfen geglaubt hatten.

Vorsitzender: Sehr wohl! —
Herr Professor Bonn!

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Ich glaube, an diesem Punkt liegt die Sache politisch — von technischen Dingen verstehe ich nichts — ganz anders. Was eben ausgeführt worden ist, scheint mir ein politischer Trugschluß zu sein. Denn die Tatsache war die folgende: Solange wir überhaupt ein U-Boot fahren ließen, bestand die Möglichkeit, daß ein Amerikaner ums Leben kam, — aus Zufall! Das hätte während der ganzen Friedensaktion jeden Tag passieren können, es ist auch im Herbst des Jahres 1916, wenn ich mich recht erinnere, gelegentlich passiert. Wilson hat damals, da er den Frieden wollte, über Zufälligkeiten hinweggesehen. Es handelt sich aber nicht um Zufälligkeiten, die bis zum 1. Februar eintreten konnten, sondern es handelt sich darum, daß am 1. Februar die Politik bewußt geändert wurde. Dadurch entstand eine ganz andere Sachlage. Eine Zufälligkeit konnte man entschuldigen, und da Wilson damals das Interesse hatte, Frieden zu machen, hätte man wahrscheinlich bei ihm einen guten Boden gefunden. Ganz anders war es aber, wenn man die Politik bewußt änderte.
Nun möchte ich bitten, im Zusammenhang mit diesen Dingen an den Grafen Bernstorff die folgende Frage zu richten: Angenommen, man hätte den Präsidenten informiert: das Friedensvermittlungsangebot ist zu spät gekommen, wir haben zwar das Möglichste getan, um die Unterseeboote wieder zurückzurufen, wir wissen aber nicht, ob es in jedem Falle glückt; wir wollen aber Zeit zur Verfügung stellen, damit die jetzt von Ihnen aufs neue begonnene F r i e d e n s a k t i o n ablaufen kann, — ich möchte die Frage an den Grafen Bernstorff richten, ob er glaubt — es kann sich bei solchen Dingen immer nur um Glauben handeln —, daß Wilson trotzdem die Beziehungen brüsk abgebrochen hätte.

Vorsitzender: Ich nehme also diese Frage von Herrn Professor Bonn auf, richte sie an Herrn Grafen Bernstorff und bitte dazu um eine Antwort.

Zeuge Botschafter Graf **v. Bernstorff:** Wenn ich richtig verstanden habe, soll ich mich dahin äußern, was geschehen wäre, wenn wir am 29. Januar, anstatt die Antwort zu geben, die der amerikanischen Regierung gegeben worden ist, die noch nichts vom U-Boot-Krieg wußte — und in der Öffentlichkeit war es auch nicht bekannt, daß der U-Boot-Krieg gemacht werden sollte —, Wilson geantwortet hätten: Wir beabsichtigen, die Friedensvermittlung anzunehmen und den Unterseebootkrieg, den wir zwar beabsichtigten, deshalb aufzugeben. Nicht wahr, so ist die Frage gestellt?

Vorsitzender: Ich fasse jedenfalls die Frage so auf.

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Aufschieben!

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Wenn diese Antwort gegeben worden wäre, so bin ich überzeugt, daß die Friedensvermittlung weitergegangen wäre.

Sachverständiger Dr. Bonn: Ich möchte dabei doch noch der Klarheit wegen betonen: Wenn trotzdem das eine oder andere U-Boot-Unglück, wenn ich mich einmal so ausdrücken darf, passiert wäre, wenn man dem Präsidenten gesagt hätte: die Boote sind aber schon zum Teil heraus, wir wissen nicht, ob sie noch rechtzeitig die Instruktion erhalten werden, — glauben Sie, Ihre Meinung aufrechterhalten zu können, daß trotzdem die Friedensaktion weitergegangen wäre?

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Wir hätten natürlich sagen müssen, daß ein solcher Fall eintreten könnte. Da aber damals, soviel ich mich entsinne, ungefähr schon vier bis fünf ähnliche Fälle auf der Liste waren, die wegen der Friedensvermittlung zurückgestellt worden sind, so glaube ich nicht, daß ein oder zwei neue Fälle die Friedensvermittlung gestört hätten, wenn wir erklärt haben würden, daß wir die Friedensvermittlung annähmen.

Abgeordneter Gothein: Ich möchte doch gegenüber dem Herrn Admiral v. Bülow darauf hinweisen, daß ja der Kreuzerkrieg von uns nach völkerrechtlichen Regeln geführt wurde und da lediglich ab und zu ein Unglück vorkam. Wenn der Kreuzerkrieg nach völkerrechtlichen Regeln geführt wurde und da auch ein amerikanischer Bürger sein Leben verlor, so konnte das unmöglich ein Anlaß für Amerika sein, nun seinerseits die diplomatischen Beziehungen mit uns abzubrechen. Daß in umfangreichem Maße derartige Sachen vorgekommen sind, hat ja eben Herr Graf Bernstorff auseinandergesetzt. Ich erinnere daran, daß im Dezember, wo gerade die Wilsonsche Friedensaktion auf der Höhe stand, nicht weniger als 445 000 Tonnen im Kreuzerkrieg von uns durch U-Boote usw. versenkt worden sind.

Sachverständiger Dr. Schäfer: Diese Fragestellung hat einmal wieder deutlich gezeigt, wie die verschiedenen Seiten der Fragen miteinander zusammenhängen, das Technische mit dem Politischen, das Politische mit dem Militärischen. Die Grundfrage ist aber doch: Wie konnte der Krieg zu einem für uns günstigen Ende geführt werden? Da kamen in der damaligen Lage nicht bloß die politischen und die technischen Meinungen in Frage, sondern vor allen Dingen die Meinungen der militärischen Autoritäten. Ich möchte deshalb an die Vertretung der Marine die Frage richten: Hat man damals die Vorstellung gehabt, daß durch weiteren Aufschub des rücksichtslosen U-Boot-Krieges dessen Erfolg geschädigt werde, oder hat man sich in die Vorstellung eingewöhnen können, daß das Aufschieben des rücksichtslosen U-Boot-

Krieges, wie er zum 1. Februar begonnen werden sollte, die ganze Operation schwächen und schädigen würde? Das ist die Frage, auf die es, wie mir scheint, am meisten ankommt.

Vorsitzender: Herr Professor, diese Frage wird noch ganz speziell ihre Erörterung finden, wenn wir auf die Frage über die Wirkung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges eingehen, wie sie tatsächlich erfolgt ist, und wie sie in Aussicht genommen war. Sie wird ganz speziell ihre Wertung finden bei der Vernehmung des Herrn Dr. Helfferich.

Sachverständiger Dr. Schäfer: Ich wollte sie hier nur in Erinnerung bringen, da ich es nicht für richtig halte, daß man alle diese verschiedenen Seiten voneinander trennt.

Vorsitzender: Sie wird natürlich festgehalten werden. Aber wir hatten hier zunächst einen Spezialfall zu erledigen, und es würde doch zu weit führen, wenn wir die Weiterungen, die Sie, Herr Professor, an diese Frage knüpften, schon jetzt zur Erledigung bringen würden.

Herr Admiral v. Bülow, wollten Sie noch etwas bemerken? Dann bitte ich.

Konteradmiral **v. Bülow:** Jawohl! Auf das, was der Herr Abgeordnete Gothein sagte, möchte ich erwidern, daß der U-Kreuzerkrieg ja auch immer mit verschiedenen Nuancen geführt worden ist. So war zum Beispiel eine neue Nuance im Laufe des Januar durch die bewaffneten Handelsschiffe in ihn hineingekommen. Am 9. Januar war Allerhöchst befohlen: „Vom 1. Februar ab sind alle Handelsschiffe, die einwandfrei als bewaffnet erkannt sind, ohne weiteres anzugreifen. Bis zu diesem Termin — also vor dem 1. Februar — sollen nur bewaffnete Frachtschiffe ungewarnt angegriffen werden." Es war also schon eine Verschärfung des U-Boot-Kreuzerkrieges in dem Sinne eingetreten, daß zwischen dem 9. Januar und 1. Februar bewaffnete Frachtschiffe ungewarnt angegriffen werden konnten, womit also auch die Möglichkeit eines Zwischenfalles erhöht war.

Sachverständiger Dr. Schäfer: Daran möchte ich eine Frage knüpfen Handelte es sich dabei um bewaffnete feindliche Handelsschiffe oder überhaupt um bewaffnete Handelsschiffe? Wenn es sich um bewaffnete feindliche Handelsschiffe handelte, so war es der Begriff des verschärften U-Boot-Krieges, wie er am 8. Februar 1916 erklärt worden ist, im Unterschiede von dem rücksichtsvollen U-Boot-Kriege. Handelt es sich bei dieser Auskunft, die gegeben worden ist, aber bloß überhaupt um bewaffnete Handelsschiffe, dann wäre weiter nichts geschehen, als daß am 9. Januar des Jahres 1917 das wiederhergestellt worden ist, was am 8. Februar des Jahres 1916 erklärt wurde und wovon man durch die Sussex-Note abgelassen hatte. In der ganzen Zwischenzeit wäre

demnach ein U-Boot-Krieg geführt worden, der weit hinter dem verschärften zurückgeblieben wäre.

Konteradmiral v. Bülow: Es kommen als bewaffnete Handelsschiffe, also auch als bewaffnete Frachtschiffe, doch nur feindliche in Frage. Wir haben keine Nachrichten gehabt von bewaffneten neutralen Frachtschiffen.

Vorsitzender: So daß also nur der alte Zustand vom 8. Februar 1916 wieder hergestellt wurde.

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Ich glaube, über diese Frage können wir doch sehr einfach zur Klarheit kommen. Das war ein Bedenken, das man am 9. Januar haben konnte. Aber soviel mir erinnerlich ist — Graf Bernstorff wird es bestätigen können —, sind zwischen dem 9. Januar und dem 29. Januar derartige Komplikationen, neue Fälle, nicht eingetreten. Man brauchte sich also am 29. Januar nicht den Kopf zerbrechen, ob infolge der Verordnung vom 9. Januar zwischen dem 9. Januar und dem 29. Januar etwas passieren würde. Die einzige Frage war, ob in den zwei Tagen bis zum 1. Februar noch etwas passieren würde und wie sich die Sache am 1. Februar gestalten würde.

Abgeordneter **Gothein:** Man war doch auch in der Lage, am 29. Januar noch die am 9. Januar ausgegebene neue Verordnung oder Instruktion wiederum abzuändern, ebensogut wie man die Instruktion abzuändern dann in der Lage war, welche auf den uneingeschränkten U-Boot-Krieg hinausging. Also genau dieselbe Wirkung, die für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg durch Zurücknahme der Instruktion gegeben worden wäre, wäre doch auch für den *verschärften U-Boot-Krieg* möglich gewesen.

Konteradmiral v. Bülow: Gegenüber dem, was Herr Professor Bonn äußerte, möchte ich bemerken, daß eine solche Verschärfung doch in der Weise ins Leben tritt, daß die Boote, die nun vom 9. angefangen auslaufen, einen solchen Befehl in der Richtung der Verschärfung mitbekommen. Der Befehl kommt also erst allmählich zur Geltung, immer mehr und mehr, bis schließlich alle Boote, die draußen sind, mit dem Befehl ausgerüstet sind. Ich möchte also aus der Tatsache, daß zwischen dem 9. Januar und dem 28. Januar bisher noch nichts durch diese Verschärfung eingetreten war — kein Konfliktsfall mit Amerika —, noch nicht für die Marine und Seekriegsleitung die Folgerung als gegeben erachten, daß eine erhebliche Gefahr nach der Richtung hin in der nächsten Zeit nicht bestanden hätte.

Zu dem, was der Herr Abgeordnete Gothein eben sagte, möchte ich bemerken: Natürlich konnte das geschehen. Die ganze Ausführung, die ich heute begonnen hatte, hat ja aber auch nur den Zweck, zu zeigen, daß die Seekriegsleitung erhebliche technische Schwierigkeiten darin sah, daß der Befehl durchkam, und darin

ein Moment der Gefahr für die Friedensaktion erblickte. An sich konnte man versuchen, jeden Befehl zurückzunehmen. Aber ob der Gegenbefehl durchkam, das war die Schwierigkeit. Deshalb hat die Seekriegsleitung dem Herrn Reichskanzler sagen müssen, sie könnte die Sicherheit nicht übernehmen, daß ein Befehl durchkäme; sie hat die technische Unmöglichkeit geltend gemacht.

Vorsitzender: Kam er nicht durch, dann war die Friedensaktion sowieso erschüttert, wo nicht vernichtet.

Konteradmiral v. Bülow: Dann war sie sehr gefährdet, indem ein Zwischenfall hätte eintreten können.

Sachverständiger Dr. **Bonn:** Es handelt sich einfach um die folgende Frage: Das Problem, das zu entscheiden war, war das Problem: war es noch möglich, am 28. oder 29. Januar den uneingeschränkten Unterseebootkrieg zu verschieben? Alles, was vor dem 29. Januar passiert war, hat dafür keine Bedeutung mehr. Es konnte allerdings geschehen, daß zwischen dem 29. Januar und dem 1. Februar noch der eine oder andere Unglücksfall infolge der Verordnung vom 9. Januar passierte. Das gebe ich zu. Aber es handelte sich doch darum: Konnte man am 1. Februar den Beginn des Unterseebootkrieges verhindern, oder konnte man das nicht? Wenn ich richtig verstehe, wird von seiten der Marine auf die technische Schwierigkeit hingewiesen. Selbstverständlich habe ich nicht die mindeste Absicht, auf diese technischen Fragen einzugehen. Das Problem liegt aber doch so: Konnte man trotz der technischen Schwierigkeiten eventuell doch den Versuch machen, politisch die Friedensaktion weiter zu spinnen, oder konnte man das nicht? Das ist keine technische Frage, das ist nicht eine Frage des Könnens, dafür ist nicht die Marine in irgendeiner Weise verantwortlich, sondern das ist eine Frage des politischen Wollens. Es handelte sich nur darum: Glaubte die Reichsleitung, trotz der technischen Schwierigkeiten den Versuch machen zu können, die Friedensaktion weiterrollen zu lassen? Nun hat uns Graf Bernstorff eben mitgeteilt, er glaube, daß trotz der technischen Schwierigkeiten, selbst wenn das eine oder das andere Unglück passiert wäre, die Friedensaktion weitergelaufen wäre. Das scheint mir der entscheidende Punkt zu sein.

Vorsitzender: Weitere Wortmeldungen liegen zu dieser Frage nicht vor. Wir verlassen infolgedessen diesen Punkt.

Ich richte jetzt die zweite Frage an Exzellenz v. Bethmann: Warum erfolgte die Proklamation bezüglich Polens am 5. November 1916 während des Flusses der von uns betriebenen Friedensaktion? Hatte man den ungünstigen Eindruck im Auge, den diese Proklamation auf Rußland machen mußte? Ich erinnere daran, daß Rußland es gewesen ist, das auf unser Friedensangebot als erstes Land die schärfste Gegenantwort erteilt hat.

Ich weiß nicht, ob es möglich ist, daß Exzellenz diese Frage bereits jetzt in extenso uns gegenüber erschöpfen können, ob es für Exzellenz dazu eines weiteren Zeitraums bedarf, um sich vollständig die damaligen Verhältnisse zurückzurufen. Ich würde mich also zunächst mit einer kurzen Antwort begügen und eventuell eine weitere Diskussion über diese Frage zurückstellen.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Die polnische Frage ist ein viel zu kompliziertes Thema, als daß ich es hier in der Beantwortung einer Zwischenfrage gewissermaßen als einen Inzidenzpunkt behandeln könnte. Zudem erfordern hervorgetretene Meinungsverschiedenheiten über den Verlauf der Angelegenheit, daß sich die Darstellung auch streng an aktenmäßige Vorgänge hält. Eine solche Darstellung heute zu geben, bin ich außerstande. Ich richte daher an den Ausschuß die Bitte, diesen Gegenstand einer besonderen und späteren Behandlung vorzubehalten.

Vorsitzender: Wir werden die Aufklärung über diesen Gegenstand zurückstellen.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. **Sinzheimer:** Die polnische Frage muß ja im Zusammenhang der Ostprobleme behandelt werden. Das ist zweifellos richtig. Aber es ist *eine* Frage, die uns jetzt wesentlich erscheint und die doch vielleicht beantwortet werden kann. Am 18. Oktober wurde von uns die Friedensaktion eingeleitet. Nun handelt es sich für uns um die Frage, wie dieses *Friedensangebot* politisch vorbereitet worden ist. Da ist die Frage aufgetaucht, da am 5. November das Königreich Polen proklamiert worden ist und die erste zornige Antwort auf unser Friedensangebot von Rußland gekommen ist, ob diese Antwort mit jener kurz vorher *proklamierten Selbständigkeit Polens* in Verbindung zu bringen ist. Am 18. Oktober wurde unser Friedensangebot eingeleitet. Die Proklamation fällt also in die Vorbereitungszeit unserer Friedensaktion! Mit dieser Frage steht an sich der Komplex der Ostfragen nicht im Zusammenhang. Es ist eine Frage der politischen Vorbereitung unseres Friedensangebots.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Die ganze polnische Frage ist nicht nur ein Problem der östlichen Fragen, sondern sie ist ein Problem des Verhältnisses zu unserem österreichischen Bundesgenossen und ein Problem des Krieges überhaupt gewesen. Ich erkläre mich außerstande, eine einzelne Seite des Problems, wie der Herr Berichterstatter es wünscht, hier herauszugreifen, ohne die anderen Seiten des Problems heranzuziehen. Ich glaube, daß in diesem politischen Zusammenhang es ganz unmöglich ist, antithetisch die Fragen so zu stellen, wie sie hier gestellt worden sind. Das würde eine ganz unvoll-

ständige Darstellung der Sache geben, die in keiner Weise zur Aufklärung der wirklichen Verhältnisse beiträgt.

Vorsitzender: In welcher Zeit glauben Exzellenz imstande zu sein, uns ein vollständig erschöpfendes Bild geben zu können über die ganzen Ostfragen, in die die Frage, die ich gestellt habe, nicht bloß hineingehört, sondern in denen sie von besonderer Wichtigkeit ist in bezug auf das eigentliche Thema, das wir hier bearbeiten: die Wilsonsche Friedensaktion. In welcher Zeit glauben Exzellenz dazu imstande zu sein?

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Ich würde großen Wert darauf legen, diese Fragen auch noch mündlich mit dem damaligen Staatssekretär v. Jagow zu besprechen, der in dem ganzen polnischen Problem mitgearbeitet hat, das bereits im wesentlichen im August 1916 in Verhandlungen, die mit Österreich geführt worden sind, berührt worden ist. Da ich gegenwärtig keinerlei Aufschluß darüber geben kann, wann der Herr Staatssekretär v. Jagow, der in Münster in Westfalen lebt, in der Lage sein wird, hier zu erscheinen, kann ich zu meinem Bedauern auch nicht in Aussicht stellen, wann ich imstande sein werde, die erforderte Auskunft zu geben.

Vorsitzender: Wir werden in dieser Frage auch natürlich Herrn v. Jagow zu hören haben. Ich denke, eine Vorfrist von etwa zwei Wochen wird genügen.

Sachverständiger Dr. Schäfer: Als Sachverständiger, wozu ich berufen bin, möchte ich hier doch vor der Öffentlichkeit die Bemerkung machen, daß ich dieses Verfahren, Dinge auseinanderzuziehen, einzelne Punkte herauszunehmen in diesem oder jenen Zusammenhang, nicht für ein Verfahren halte, das zu dem Ziel führen kann, zu dem wir die Untersuchung führen sollen. Diese Fragen stehen in einem unlösbaren Zusammenhang, und es sind die allerwichtigsten Fragen, in denen es sich um den Bestand unseres Reiches und unseres Volkes handelt. Die kann man nicht beantworten, indem man juristisch die einzelnen Punkte auseinanderzerrt; man muß sie in ihrer Gesamtheit im Zusammenhange beantworten. Ich halte mich für verpflichtet, als Sachverständiger diese meine Meinung zum Ausdruck zu bringen, weil ich einige Erfahrung habe, wie man zu historischen Wahrheiten gelangt.

Vorsitzender: Herr Professor, ich kann nur erwidern, daß es gar nicht möglich ist, anders zu prozedieren, als wir prozediert haben, daß wir nacheinander die verschiedenen Fragen, die uns für die Erörterung der Gesamtlage von Wichtigkeit sind, erschöpfen. Es läßt sich gar nichts anderes machen, als daß wir die Einzelfragen zu einem Ziele führen, weil die Beantwortung der Einzelfragen sich dann wieder in den Komplex dieser Fragen, deren Beantwortung uns

die Lösung der Gesamtfrage geben soll, hineinfügt. Ich sehe keine andere Möglichkeit, zu prozedieren, als es von uns geschehen ist.

Ich gehe nunmehr zu der Vernehmung von Exzellenz Helfferich über. Ich möchte zunächst, obwohl ich erwarte, daß Exzellenz uns ein zusammenhängendes Bild dessen, was Sie uns beantworten sollen, geben wird, doch eine Reihe von Fragen, von Gesichtspunkten Ihnen hier vortragen, auf die es ganz wesentlich für uns ankommt. Sie würden uns also, Exzellenz, zu erklären haben, welches Ihre Ansicht über die Wirkung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges in den verschiedenen Phasen gewesen ist, welche Wirkungen Sie insbesondere auf die wirtschaftlichen Verhältnisse Englands erwarteten und damit auf Englands Kampffähigkeit und Friedensgeneigtheit, und welches nach Ihrer Ansicht die tatsächlich eingetretenen wirtschaftlichen Wirkungen des vom 1. Februar 1917 an geführten uneingeschränkten U-Boot-Krieges gewesen sind, worin Sie insbesondere die Gründe dafür sehen, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg, obgleich die Versenkungen die angenommene Monatsleistung von 600 000 Tonnen übertroffen haben, die erwartete Wirkung, England zum Frieden geneigt zu machen, nicht erreicht hat. Es würde dann von Ihnen, Exzellenz, die Frage zu beantworten sein, wie Sie die Wirkung des U-Boot-Krieges auf unser Verhältnis zu den Neutralen, insbesondere auf die Vereinigten Staaten von Amerika, beurteilten, und ob Sie von der Erklärung des U-Boot-Krieges zu Beginn des Jahres 1917 eine Vereitelung der Friedensbemühungen Wilsons erwarteten. Es wird ganz besonders auch von Ihnen, Exzellenz, eine Aufklärung nach der Richtung gegeben werden müssen, daß Ihre Haltung nach dem Beschlusse des U-Boot-Krieges im Gegensatz steht zu der Haltung, die Sie bis zu diesem Beschluß des uneingeschränkten U-Boot-Krieges eingenommen haben, welches die Gründe waren, die Sie zur Verteidigung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges nach dem Beschluß vom 9. Januar 1917 geführt haben. Ich werde in dieser Hinsicht einmal das Telegramm zur Verlesung bringen, das Sie selbst an den Reichskanzler am 9. Januar 1917 gerichtet haben, und dann die Rede im Hauptausschuß, die Sie eine kurze Spanne nachher gehalten haben, in der die verschiedene Auffassung ganz besonders markant zum Ausdruck kommt. Ich halte es für notwendig, das in extenso vorzutragen, damit es Ihnen möglich ist, im einzelnen die veränderte Stellung, die Sie eine kurze Zeitspanne nachher eingenommen haben, zu begründen. Ich lese das Telegramm vor, das Sie an den Reichskanzler am 9. Janaur 1917 gerichtet haben — es ging durch Exzellenz Wahnschaffe —:

> Staatssekretär Helfferich läßt Euer Exzellenz folgendes telegraphieren:
>
> 1. Der Kernpunkt in der neuen Denkschrift

des Admiralstabes ist die Gegenüberstellung der Wirkung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges und des jetzigen U-Boot-Kreuzerkrieges auf die nach England fahrende Tonnage (Ziffer 5 des Begleitschreibens vom 22. Dezember). Behauptet wird, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg nach fünf Monaten den englischen Seeverkehr um etwa 39 Prozent verringert haben werde, der U-Boot-Kreuzerkrieg dagegen nur um 18 Prozent. Die Verringerung um 39 Prozent genüge, um die Lage für England unerträglich zu machen, während durch den Wegfall von 18 Prozent England nicht zum Frieden gezwungen werden könne. Die Berechnung der 39 und 18 Prozent beruht auf folgender Grundlage:

Für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg wird eine monatliche Versenkung von 600 000 Tonnen angenommen, für den Kreuzerkrieg eine solche von 400 000 Tonnen. Die Wirkung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges werde jedoch verstärkt durch die Abschreckung von zwei Fünfteln der für England fahrenden neutralen Tonnage, während für die Fortdauer des U-Boot-Kreuzerkrieges eine Abschreckung feindlicher Tonnage nicht in Rechnung gestellt wird.

Ich erlaube mir den Hinweis, daß die Abschreckung der neutralen Tonnage auch infolge des bloßen U-Boot-Kreuzerkrieges in gewissem Umfang bereits eingetreten ist. Die Denkschrift des Admiralstabes führt (S. 22/23) die zeitweilige Stockung im niederländisch-englischen Verkehr und die Unterbindung des norwegischen Verkehrs nach der Murman-Küste ausdrücklich an. Eine nachdrückliche Fortsetzung des U-Boot-Kreuzerkrieges wird das Auflegen oder wenigstens das Herausziehen neutraler Tonnage aus der englischen Fahrt zweifellos begünstigen, wenn auch die abschreckende Wirkung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges nicht voll erreicht werden wird. Immerhin vermindert sich die Differenz zwischen 39 und 18 Prozent.

Auf der anderen Seite muß meines Erachtens folgender Gesichtspunkt geprüft werden:

Wenn der uneingeschränkte U-Boot-Krieg die Wirkung hat, die seefahrenden Neutralen an der Seite Englands in den Krieg zu drängen, so würde dadurch die abschreckende Wirkung des U-Boot-Krieges mindestens zu einem erheblichen Teil aufgehoben werden. Dann ist die Fahrt nach England für die betreffenden Neutralen nicht mehr ein Geschäft, das man nach Abwägung des Vorteils und Risikos machen oder unterlassen

kann, sondern eine Kriegshandlung, für die Verlust und Tod keine entscheidende Rolle spielen wird. Ein Beweis, bei welchem Prozentsatz der Einschränkung des englischen Seeverkehrs England nicht mehr durchhalten kann, ist natürlich nicht zu erbringen. Beispielsweise wird bei einer stark angespannten inneren Getreidesituation eine geringere Abschnürung des Seeverkehrs und eine kürzere Dauer des U-Boot-Krieges genügen als bei einer günstigen inneren Getreidesituation.

2. Die Berechnungen des Admiralstabes über die augenblickliche Versorgung Englands mit Brotgetreide und über die Möglichkeiten der weiteren Zufuhr sind vorsichtig. Ich halte sie eher für zu günstig für England als für zu ungünstig.

Nach meiner Ansicht ist England zurzeit nur noch für 11 bis 12 Wochen mit Getreide versehen, während die Denkschrift des Admiralstabs mit 15 Wochen rechnet und während nach meiner seinerzeit in der Budgetkommission vorgetragenen Schätzung England Ende September 1916 noch für 4½ Monate, das heißt etwa 19 Wochen, mit Getreide versehen war. Die englischen Bestände werden im Laufe des Januar und Februar angesichts der knappen Zufuhrmöglichkeiten unaufhaltsam weiter abnehmen. England und mit ihm Frankreich und Italien treiben einer Lebensmittelkrisis zu, gegen die ich nur ein wirksames Mittel sehe: die Beschränkung des Verbrauchs der großen Produktionsländer, namentlich der Vereinigten Staaten. Letztere haben einen Eigenverbrauch, der in der Denkschrift des Admiralstabs Seite 34 nach Snow auf 623 Millionen Bushels — zirka 17 Millionen Tonnen — angegeben wird. Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg wird auf der einen Seite die ohnedies sehr knappen Zufuhren empfindlicher einengen als der U-Boot-Kreuzerkrieg.

Auf der anderen Seite darf ein bisher nicht beachteter Gesichtspunkt bei Abwägung der Vor- und Nachteile nicht übersehen werden. Hat der uneingeschränkte U-Boot-Krieg den Eintritt Amerikas in den Krieg gegen uns zur Folge, so ist Amerika an dem Sieg Englands wie an eigener Sache interessiert. Ist eine Niederlage Englands nur durch ausreichende Getreideversorgung abzuwenden, so muß und kann Amerika zu diesem Zweck ein Opfer bringen, an das es als neutraler Staat nicht denkt: die Einschränkung des eigenen Getreideverbrauchs zugunsten Englands. Die Einschränkung braucht keineswegs durch eine Rationierung des amerikanischen Brotverbrauchs zu er-

folgen. Es würden große Käufe, eventuell Zwangsankäufe der amerikanischen Regierung den Zweck wohl erreichen können. Da die Union mehr als doppelt so viel Einwohner hat ls England, ist jede Beschränkung des Getreideverbrauchs pro Kopf des Amerikaners eine mehr als doppelt so große Zulage pro Kopf des Engländers. Wenn das Schicksal des Krieges davon abhängt, halten wir es nicht für ausgeschlossen, daß Amerika eine zehnprozentige Einschränkung seines normalen Verbrauchs zugunsten von England durchführen könnte, womit 1,7 Millionen Tonnen — etwa 8,5 Millionen Quarters — gleich einem englischen Bedarf von etwa drei Monaten freigemacht würden. Auch wenn hiervon auf dem Wege nach England die Hälfte versenkt würde — ein Prozentsatz, der weit über die vom Admiralstab berechneten Möglichkeiten hinausgeht —, wäre ein solches Vorgehen für England eine wertvolle, vielleicht entscheidende Hilfe.

So paradox es klingt, ist also die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg gegenüber dem U-Boot-Kreuzerkrieg in seiner Endwirkung speziell die englische Versorgung mit Brotgetreide nicht verschlechtert, sondern verbessert.

3. Vorstehende Erwägungen zu 1 und 2 zeigen, wie wichtig es gerade für die mit dem U-Boot-Krieg erstrebten Wirkungen ist, daß die Neutralen draußen gehalten werden. Ob das beim uneingeschränkten U-Boot-Krieg möglich sein wird oder nicht, wird sich in einigen Wochen, wenn die Antwortnote der Entente an Wilson und deren Wirkung vorliegt, besser übersehen lassen als heute.

Zu überstürzten Entschlüssen liegt keine Veranlassung vor; denn augenblicklich arbeitet die Zeit in Sachen der Versorgung Englands nicht gegen, sondern für uns. Der Januar und namentlich der Februar sind aus den natürlichen Gründen der Jahreszeit stets ungünstige Monate für den englischen Getreideimport. In den Jahren 1909 bis 1914 betrug der durchschnittliche Monatsimport 86 700 000 Zentner, im Januardurchschnitt nur 70 600 000 Zentner, im Februardurchschnitt nur 58 700 000 Zentner, dagegen im Märzdurchschnitt 76 130 000 Zentner, dagegen im Aprildurchschnitt 92 510 000 Zentner. Diesmal hat, wie ich das auf Grund der Ernteverhältnisse vorausgesagt habe, die Absenkung der Getreideeinfuhr bereits im September begonnen. Trotz der größten Anstrengungen Englands und der wahnsinnigen Preise, die es bezahlt,

hat die Einfuhr der vier Dezemberwochen 1916 nur 1 410 000 Quarters erreicht gegen 1 955 000 Quarters im Vorjahr. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß diese Entwicklung sich fortsetzt, bis im März und April die argentinischen und australischen Ernten zugefahren werden können.

Wenn wir aus den oben angedeuteten Gründen die Entscheidung über den uneingeschränkten U-Boot-Krieg noch für einige Wochen aussetzen, so haben wir alle Aussicht, daß bis zu dieser Entscheidung die englische Getreideversorgung noch erheblich unter den Zwölfwochenbestand herabsinkt. Je niedriger der Bestand beim Beginn eines uneingeschränkten U-Boot-Krieges, desto sicherer und rascher wird der Erfolg sein. —

Vorstehendes ist in der kurzen mir zur Verfügung stehenden Zeit flüchtig zu Papier gebracht. Ich wäre deshalb dankbar, wenn Euer Exzellenz diese Notiz nur zu Ihrer Information benutzen, nicht aber schriftlich aus der Hand geben wollten.

Helfferich.

Nun ist im Hauptausschuß — ich glaube, am 31. Januar — von Exzellenz eine Rede gehalten worden, deren wesentlichen Inhalt ich den Herrn Berichterstatter bitte, zum Vortrag zu bringen.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. **Sinzheimer**: Diese Rede im Hauptausschuß ist gehalten worden nach Ausführungen des Herrn Dr. David, der gefordert hat, daß mindestens ein Aufschub des unbeschränkten U-Boot-Krieges stattfinden müsse, aber in erster Linie unter allen Umständen der Entschluß, zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu kommen, zu bedauern und zu bekämpfen sei, besonders auch mit Rücksicht auf Amerika und seine militärischen Hilfsquellen. Da erwidern Sie, Exzellenz, nun das Folgende:

Herr Dr. David hat ausgeführt, er könne die Hoffnungen, von denen wir gestern hier gesprochen haben, nicht teilen; er befürchte von dem Entschlusse, der gefaßt worden ist, schweres Unheil für unser Vaterland, und er bedaure deshalb diesen Entschluß. Wenn ich Sie um Geduld bitte, mich noch einmal über die wirtschaftliche Seite der ganzen Frage anzuhören, so geschieht es deshalb, weil mir ganz außerordentlich viel daran liegt, die Besorgnisse, die Herr Dr. David vorgetragen hat, zu zerstreuen. Ich möchte glauben, daß speziell meine bisherige Haltung in der Frage des U-Boot-Krieges, vor allem auch die Ansicht, die ich über die Bedeutung eines Eingreifens Amerikas habe, auch auf den Herrn Abgeordneten Dr. David den Eindruck gemacht haben muß, daß ich kein wilder Drauf-

gänger bin, daß ich die Dinge mit Ruhe und, wenn Sie wollen, mit Skepsis beurteile.

Nicht daß ich meinen Standpunkt geändert hätte in dem Sinne: ich war früher dagegen und bin jetzt dafür. So liegen die Dinge nicht. Ich möchte Herrn Dr. Stresemann an unser Zwiegespräch bei der letzten Diskussion über diese Angelegenheit erinnern. Er hat mir damals im September des vorigen Jahres gesagt, er habe aus meinen Ausführungen ein Niemals herausgehört. Ich habe ihm darauf geantwortet, daß ich ihm nicht gestatten könne, ein Niemals aus meinen Worten herauszuhören, daß ich ebenso wie der Herr Reichskanzler nur pro tempore gesprochen habe. Ich habe ferner erwidert: es ist eine ganz andere Sache, wenn wir den U-Boot-Krieg beginnen bei einer günstigen Ernährungssituation der Gegner, wenn England noch für viereinhalb bis fünf Monate Bestände im eigenen Lande zur Verfügung hat, oder wenn wir den Krieg beginnen in einem Zeitpunkt, wo England nur für zweieinhalb bis drei Monate eigenes Getreide im Lande liegen hat. So weit sind wir heute. Die Entwicklung der Dinge seit dem letzten September hat auch mich zu der ehrlichen und festen Überzeugung gebracht, daß der Zeitpunkt für den Beginn des U-Boot-Krieges jetzt gekommen ist, in einem Maße, daß sein Beginn einen Aufschub auch nicht mehr verträgt.

Wir haben alle Faktoren, die in Betracht kommen, — und ich habe speziell die wirtschaftlichen Faktoren seit zwei Jahren aufs eingehendste verfolgt und bin dabei zu der Ansicht gekommen: es ist jetzt der Moment. Die Verantwortung, heute den hemmungslosen U-Boot-Krieg nicht zu machen, wäre unendlich viel schwerer, als das Wagnis des U-Boot-Krieges — ein Wagnis bleibt es, das gebe ich zu — auf uns zu nehmen.

Ich möchte dies doch noch einmal hier für einige ganz besonders schwer ins Gewicht fallende Punkte erläutern und dartun.

Es folgen jetzt wirtschaftliche, technische Ausführungen über Getreideversorgung, über Grubenholz, über Eisenerze und Nahrungsmittel überhaupt, die am besten vielleicht Exzellenz selbst vorträgt im Zusammenhang mit all seinen Ausführungen, so daß ich das hier nicht vorwegzunehmen brauche. Ich darf vielleicht nur noch hervorheben, daß es am Schlusse dieser Ausführungen noch heißt:

Der Entschluß, zu dem wir gekommen sind, beruht auf der gründlichen Abwägung aller in Betracht kommenden Faktoren, insbesondere aller wirtschaftlichen Faktoren. Auch die Herren, deren Ansichten der Herr Abgeordnete Dr. David

ausgesprochen hat, müßten sich von den Tatsachen, die ich mir erlaubt habe darzulegen, beeindrucken lassen.

Dann darf ich Sie vielleicht noch in diesem Zusammenhang auf eine Äußerung aufmerksam machen, die Sie in Ihrem Buche anführen, die auf eine Äußerung zurückgeht, die Sie im Haushaltsausschuß im Oktober gemacht haben. Da heißt es:

> Wenn die Karte des rücksichtslosen U-Boot-Krieges ausgespielt wird, und sie sticht nicht, dann sind wir verloren, dann sind wir auf Jahrhunderte hinaus verloren.

Das war die Ansicht, die Sie im Oktober geäußert haben. Ihre Ansicht vom 9. Januar ist in dem Telegramm niedergelegt, Ihre Ansicht am 31. Januar ist soeben verlesen worden.

Vorsitzender: Darf ich nun Exzellenz bitten, uns ein Bild alles dessen zu geben, was zur Sache von Ihnen vorzutragen wäre unter Würdigung dieser Gesichtspunkte, die ich Ihnen hier vorgelegt habe, insbesondere auch unter Würdigung des zuletzt von mir und Herrn Dr. Sinzheimer Angeführten.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich:** Herr Vorsitzender! Ehe ich hier eine Bekundung zur Sache vor dem Ausschuß gebe, darf ich bitten, mir eine Bemerkung zu gestatten zu dem E i d, den ich hier geleistet habe. Der Herr Vorsitzende hat in der ersten Sitzung dieses Ausschusses hervorgehoben, daß die Aufgabe dieses Ausschusses lediglich die Feststellung von Tatsachen sei. Aber hinter diesem Ausschuß steht der S t a a t s g e r i c h t s h o f. Der Herr Vorsitzende selbst hat, wenn ich recht verstanden habe, ausgeführt, gleichfalls in der ersten Sitzung, falls die hier festzustellenden Tatsachen sich zu einer Belastung bestimmter Persönlichkeiten verdichten sollten, würde eventuell eine Anklage dieser Persönlichkeiten vor dem noch zu errichtenden Staatsgerichtshof in Frage kommen. Ich halte es für notwendig, ähnlich wie das Herr v. Bethmann Hollweg im Laufe seiner Vernehmung bereits getan hat, auch für meine Person auf die sich hieraus ergebenden eigenartigen Umstände hinzuweisen, unter denen wir hier unter Eid Bekundungen zu machen haben. Welche Personen eventuell als Angeklagte vor dem Staatsgerichtshof in Frage kommen, darüber besteht nach der parlamentarischen Vorgeschichte dieses Ausschusses und — ich darf hinzufügen — auch nach der Tendenz der Fragen einer Anzahl der Mitglieder dieses Ausschusses kein Zweifel. Sicher kommen nicht in Frage und sicher sind nicht gedacht Mitglieder der gegenwärtigen Regierung und ihrer revolutionären Vorgänger, sondern frühere Mitglieder der kaiserlichen Regierung. Die früheren Mitglieder der kaiserlichen Regierung sind also hier ungefähr in der Lage von Beschuldigten, die in einem Ermittlungsverfahren gegen sich selbst unter ihrem Eide vernommen werden. Ich stelle diese abnorme Lage fest zu Protokoll.

Ich habe trotzdem den von mir verlangten Eid geschworen und werde auf Grund dieses Eides die reine Wahrheit aussagen, ohne etwas hinzuzusetzen und ohne etwas wegzulassen, soweit das bei dem Umfang des Stoffes überhaupt möglich ist. Ich konnte diesen Eid um so leichter schwören, als ich nach meiner Überzeugung nicht in die Lage kommen würde, von der sonst üblichen Rechtswohltat Gebrauch zu machen, die Aussage zu verweigern, um nicht mich selbst einer nach dem geschriebenen Recht — oder auch nach dem noch ungeschriebenen Recht des Staatsgerichtshofes — strafbaren Handlung zu bezichtigen. — Darf ich nach dieser Bemerkung in die Sache eintreten?

Vorsitzender: Hierzu eine Bemerkung. Die Lage ist fraglos eine außergewöhnliche; sie trägt namentlich vom juristischen Standpunkte aus sehr Anormales an sich, wenn man erwägt, daß jemand unter seinem Eide eine Aussage macht, die möglicherweise die Konsequenz hat, ihn später vor das Tribunal eines Staatsgerichtshofs zu ziehen. Das ist aber durch die Verfassung festgelegt; wir sind daran gebunden und müssen uns daran halten. Außerdem trägt aber dieses Verfahren zweifellos wesentlich dazu bei — was ja der Zweck des ganzen Ausschusses ist —, objektive Wahrheit festzustellen. Die eidliche Aussage gibt eine volle Bürgschaft und Gewähr, daß tatsächlich das Bild rekonstruiert wird, das wir aus der Vergangenheit rekonstruieren wollen.

Wenn Exzellenz eine Bemerkung einfließen ließen, daß die Fragestellung manchmal eine bestimmte Tendenz zeige, daß die subjektive Färbung etwas zu stark bei den einzelnen Fragen herausgekehrt werde, so muß ich dazu bemerken, daß seitens der Mitglieder dieses Ausschusses es abgelehnt werden muß, wenn ihnen unterlegt wird, sie verfolgten eine ganz bestimmte tendenziöse Art bei ihrer Fragestellung. Jedes einzelne Mitglied von uns hat das volle Bestreben, zur objektiven Klarstellung zu gelangen. Wenn aus der politischen Richtung des einen oder anderen vielleicht eine subjektive Seite etwas mitzuschwingen scheint, so ist das ein äußerer Eindruck, der ja im einen oder anderen Falle kaum zu vermeiden sein wird. Das widerstrebt aber nicht der Tatsache, daß jedes einzelne Mitglied objektiv allein die reine Wahrheit festgestellt wissen will.

Eine Erklärung wünscht noch der Herr Berichterstatter zu geben.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Exzellenz! Der Vorsitzende hat geäußert, daß Ihre Auffassung, daß hier eine juristische Abnormität vorliege, unter Umständen geteilt werden könne. Ich darf Sie meinerseits darauf aufmerksam machen, daß der Konflikt, von dem Sie gesprochen haben, an den übrigens hier keiner denkt, jederzeit von Ihnen vermieden werden kann durch Ausübung des Ihnen wohlbekannten Rechtes, über die Dinge nicht

auszusagen, von denen Sie eventuell annehmen könnten, daß sie Ihnen zu einem rechtlichen Nachteil gereichen könnten.

Ich darf Ihnen vielleicht dazu noch bemerken, daß die Institution, die hier arbeitet, ich möchte fast sagen, eine europäische Institution ist, die allen demokratischen Staaten gemeinsam ist, und daß mir nicht bekannt ist, daß vor den Untersuchungskommissionen in anderen Ländern der Gesichtspunkt, den Sie soeben geltend gemacht haben, jemals von Staatsmännern oder Heerführern geltend gemacht worden ist.

Vorsitzender: Die Frage des Zeugnisverweigerungsrechtes hat ihre starken Bedenken, ob sie in diesem Falle analog dem Verweigerungsrecht in der Strafprozeßordnung angewendet werden kann. Fraglos ist das Zeugnisverweigerungsrecht ohne weiteres gegeben, soweit es sich um Delikte handelt, die ihre Ahndung bereits jetzt vor den bestehenden strafgerichtlichen Instanzen finden würden. Es ist aber sehr in Frage zu stellen, ob es möglich ist, in bezug auf den Staatsgerichtshof das Recht einer Verweigerung des Zeugnisses zu geben, weil wir noch gar nicht wissen, wie dieser Staatsgerichtshof sich gestalten wird, welche Delikte überhaupt für ihn in Frage kommen, von ihm zur Sühne geführt werden sollen, und worin diese Sühne bestehen soll. Das sind alles Sachen, die noch vollständig in der Luft hängen, und daran scheitert meiner Ansicht nach eine widerspruchslose Beantwortung der Frage, wie es in bezug auf das Zeugnisverweigerungsrecht steht.

Abgeordneter Dr. Cohn: Ich will mich in die Erörterung über die künftige Stellung der Herren Zeugen vor dem Staatsgerichtshof nicht einmischen. Ich für meine Person verspreche mir von irgendwelchem Verfahren vor dem Staatsgerichtshof nichts. Ich verspreche mir aber manches von einer Aufklärung der Tatsachen, wie sie hier versucht wird. Bei dieser Aufklärung habe ich keine Tendenz, es sei denn die eine, dem deutschen Volke und der gesamten Öffentlichkeit durch die Aussagen der hier vernommenen Auskunftspersonen und durch ergänzende Fragen die Tatsachen mitzuteilen, an deren Verhüllung und Verheimlichung die Mitglieder der alten Regierung im höchsten Maße beteiligt sind. Die Tatsachen sind aufzuklären, die das deutsche Volk wissen muß, um die Lage zu erkennen, in die es durch Mitglieder der alten Regierung gebracht worden ist.

Sachverständiger Dr. Schäfer: Ich möchte gegenüber einer Bemerkung des Herrn Dr. Sinzheimer Einspruch erheben. Er hat nämlich gesagt, daß bei ausländischen Untersuchungskommissionen immer reine Objektivität gewaltet habe, und daß sie völlig vorurteilsfrei in ihre Aufgaben eingegangen seien. Ich muß meinerseits sagen, daß, soweit mir die Einsetzung von ausländischen Untersuchungskommissionen bekannt ist, diese Be-

merkung nicht zutrifft, sondern sie sind sämtlich mit politischen Absichten — —

Vorsitzender: Verzeihen Sie, Herr Professor, wenn ich Sie unterbreche, aber diese Polemik scheint mir abwegig zu sein, da, soweit ich Herrn Dr. Sinzheimer gefolgt bin, er dies nicht gesagt hat.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. **Sinzheimer:** Ich habe das nicht gesagt. Ich habe gesagt, daß bei Enquetekommissionen, wie sie in allen anderen Ländern in Übung sind, nicht bekannt geworden ist, daß auswärtige Staatsmänner und Heerführer in diesen Untersuchungskommissionen einen Einwand erhoben hätten, wie ihn Exzellenz Helfferich erhoben hat.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich:** Es genügt mir, wenn meine Bemerkung zu Protokoll genommen wird. Im übrigen habe ich mich bereit erklärt, in vollem Umfang auszusagen.

Der Herr Vorsitzende hat die Fragen präzisiert, auf die ich mich hier zu äußern habe. Ich nehme an, daß mir bei der Darstellung die Reihenfolge, in der ich die einzelnen Dinge behandeln will — sie würde etwas anderes sein, als sie der Herr Vorsitzende vorgeschlagen hat — selber überlassen bleibt.

Vorsitzender: Die Reihenfolge ist Ihnen vollständig überlassen.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich:** Den Punkt, den der Herr Vorsitzende an den Schluß gestellt hat, werde auch ich im wesentlichen an den Schluß rücken müssen: den Punkt, daß meine Stellung am 9. Januar 1917 gegenüber dem Reichskanzler eine andere gewesen ist als am 31. Januar 1917 gegenüber dem Hauptausschuß des Reichstags. Diese Änderung der Stellungnahme beruhte natürlich auf dem Gesamtkomplex der Erscheinungen, über die ich auszusagen habe. Ich will aber gleich jetzt nur drei Tatsachen feststellen, die zwischen meinem Telegramm vom 9. Januar und meiner Stellungnahme vom 31. Januar oder 1. Februar 1917 sich zugetragen haben. Das sind: Erstens einmal der Beschluß, den rücksichtslosen U-Boot-Krieg zu machen, ein Beschluß, dessen Änderung für mich überhaupt nicht in Frage kam und der für den Stellvertreter des Reichskanzlers eine neue Situation schuf. Zweitens die ablehnende Antwort der Entente vom 10. Januar auf die Friedensnote des Präsidenten Wilson, deren Inhalt Ihnen bekannt ist und deren Inhalt ich hier nicht zu wiederholen brauche. Es genügt ein Wort: diese Note ist der Friedensvertrag von Versailles. Drittens die Note des Präsidenten Wilson vom 22. Januar, die ich nicht nur heute, sondern schon damals erheblich anders beurteilte, als es durch den Grafen Bernstorff und einige der Kommissionsmitglieder, wie durch den Sachverständigen Herrn Professor Dr. Bonn geschehen ist. — Das waren drei neue Tatsachen, wie mir scheint, von größter historischer

Bedeutung, die zwischen dem 9. und 31. Januar lagen und die ich voranstellen will, um nicht von vornherein den Gedanken aufkommen zu lassen, als ob andere als sachliche und vaterländische Gesichtspunkte mich am 9. wie am 31. Januar geleitet hätten.

Der Herr Vorsitzende hat in zutreffender Weise die beiden großen Fragenkomplexe unterschieden, auf die es bei der Stellungnahme der verantwortlichen Instanzen und Persönlichkeiten in bezug auf die Entscheidung über den rücksichtslosen U-Boot-Krieg ankommt. Das ist erstens die Wirkung des U-Boot-Krieges auf unsere Feinde, namentlich auf England, und zweitens die Wirkung des U-Boot-Krieges auf unser Verhältnis zu den Neutralen, besonders zu den Vereinigten Staaten. Um das Einschätzen und Abwägen dieser beiden Wirkungen drehten sich in der Tat die Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen an der Entscheidung beteiligten Stellen, die sich, wie ja bekannt ist, mitunter zu recht schweren Reibungen zugespitzt haben; um das Abwägen und Einschätzen dieser beiden Wirkungen drehte sich der Kampf im Hauptausschuß des Reichstages, in der Presse und in der öffentlichen Meinung. Und ich möchte gleich hinzufügen: um dieses Einschätzen und Abwägen drehte sich auch der Kampf in der Seele eines jeden einzelnen, der an der Entscheidung über diese schwerwiegenden Fragen beteiligt war.

Die Frage des uneingeschränkten U-Boot-Krieges konnte und durfte keine Prinzipienfrage sein, konnte und durfte nicht als Prinzipienfrage behandelt und beurteilt werden. Sie war eine Frage der politischen und militärischen Kriegführung. Sie war nicht eine Frage des dogmatischen Glaubens, für den es treue Gläubiger und untreue Abtrünnige gibt, sondern eine Frage des zweckmäßigen Handelns, eines Handelns, für das nur ihrer Natur nach wechselnde Zweckmäßigkeitsgründe entscheidend sein konnten. Das Handeln hatte sich der Situation anzupassen. Wer an der Verantwortung für diese Entscheidung, von der das Schicksal unseres Vaterlandes abhing, mitzutragen hatte, mußte neben dem Für stets das Wider und neben dem Wider stets auch das Für vor Augen haben und auf das gewissenhafteste prüfen; der hatte von dem Augenblicke an, in dem die Frage des U-Boot-Krieges aufgeworfen wurde, unausgesetzt mit sich selbst zu Rate zu gehen, unausgesetzt nach der Entwicklung aller mitspielenden Faktoren, nach dem Gange der militärischen und politischen Ereignisse, nach der Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu Hause und draußen, bei uns und beim Feinde, nach der technischen Ausgestaltung der U-Boot-Waffe usw. seine Stellungnahme nachzuprüfen. Alles das mußte uns immer und immer wieder vor die verantwortungsvollste Frage stellen, vor die je ein Staatsmann, ein Feldherr, ein Admiral in der Weltgeschichte gestellt worden ist. Diese ungeheure Verantwortung, gleich schwer — das möchte ich betonen — für das Unterlassen wie

für das Tun, lag auf allen Beratungen. Ein Vabanquespiel — der Ausdruck ist auch hier in diesem Saale gefallen — gab es nicht, für niemand. Jeder der Beteiligten war sich voll der schweren Verantwortung bewußt und trat ein für das, was er nach gewissenhafter Prüfung vor seinem Gott und seinem Volke als notwendig für die Rettung unseres Vaterlandes ansehen mußte. Wer heute von Vabanquespiel spricht, hat keine Ahnung von dem Geiste der Pflichttreue und der Gewissenhaftigkeit, mit der alle großen Entscheidungen in diesem Kriege getroffen worden sind. Wer heute von Vabanquespiel spricht — das darf ich wohl sagen —, bringt zu den Verhandlungen des Ausschusses eine Gesinnung mit, die unfähig ist, den Beweggründen der großen Entscheidungen in diesem großen Kriege auch nur im entferntesten gerecht zu werden.

Ich komme nun zur Sache. Bei der entscheidenden Rolle, die schließlich die Vereinigten Staaten in diesem Kriege gespielt haben, lassen Sie mich zunächst unser Verhältnis zu Amerika und seine Beeinflussung durch den U-Boot-Krieg behandeln. Ich brauche kein Wort darüber zu verlieren, wie wichtig es war, Amerika nicht nur aus dem Kriege zu halten, sondern Amerika auch bei einer aufrichtigen Neutralität, die uns nicht schlechter stellte als unsere Feinde, zu halten. Sie haben durch den Grafen Bernstorff gehört, der gewiß nicht voreingenommen ist gegen Amerika und gegen den Präsidenten Wilson, in welchem Maße die Politik der Vereinigten Staaten trotz aller idealen Reden des Präsidenten Wilson durch materielle Interessen in diesem Kriege entscheidend beeinflußt worden ist. Ich darf daran erinnern, daß Herr Graf Bernstorff Ihnen mitgeteilt hat, daß nach den großen Zugeständnissen, die wir Amerika in der Sussex-Note vom 4. Mai 1916 gemacht haben, der Vertraute des Präsidenten Wilson, der Oberst House, ihm, dem Grafen Bernstorff, im Mai 1916 mitgeteilt hat: Wilson könne nichts mehr tun, um jetzt, nachdem wir auf den Boden des Völkerrechts mit dem U-Boot-Krieg zurückgekehrt wären, auch England zur Beobachtung der völkerrechtlichen Normen des Seekrieges, also zur Aufgabe der Handels- und Hungerblockade, zu veranlassen, und zwar deshalb, weil die kommerziellen und finanziellen Beziehungen zwischen den Amerikanern und den Ententeländern sich zu sehr ausgedehnt und zu lukrativ gestaltet hätten. — Das war das Bekenntnis einer schönen Seele, das festgehalten werden muß, ein Bekenntnis, das für die Beurteilung der in Rede stehenden Frage, ob eine aussichtsvolle und für uns annehmbare Friedensaktion des Präsidenten Wilson zu erwarten war, das für die Beurteilung dieser Frage wichtiger ist als alle in den langen Verhandlungen angezogenen Einzelheiten.

Wilson, der schon im Mai 1916 eingestandenermaßen die geheiligten Grundsätze des Völkerrechts und der Verträge den Handelsinteressen unterordnete, aber nach wie vor die Heiligkeit des Völkerrechts und der Verträge auf den Lippen führte, das ist

der Mann, mit dem wir es zu tun hatten. Das bitte ich vor allen Dingen festzuhalten.

Die materielle Entwicklung Amerikas in der Richtung auf die Entente zu war von Anfang des Krieges an zu befürchten. Wir waren von Anfang an gegenüber der Entente schlechter gestellt. Die völkerrechtswidrige Unterbindung eines jeden Seeverkehrs zwischen Deutschland und der Außenwelt, auch des Seeverkehrs mit neutralen Staaten, auch des Verkehrs mit Waren, die nicht auf der Bannwarenliste standen, auch des Seeverkehrs von Nichtkombattanten, — alles das mußte die Entwicklung der kommerziellen und finanziellen Beziehungen in der Richtung nach den Ententestaaten zu begünstigen.

Immerhin wäre eine Gegenwirkung für uns unter der Voraussetzung möglich gewesen, daß bei den maßgebenden Persönlichkeiten der Union eine solche Gegenwirkung als erwünscht angesehen und gefördert worden wäre. Das war aber von Anfang an nicht der Fall. Versucht worden ist diese Gegenwirkung. Der Ausschuß hat die Möglichkeit, Zeugen darüber zu vernehmen. Gleich nach Kriegsbeginn ist der frühere Staatssekretär Dr. Dernburg von der Reichsleitung veranlaßt worden, nach Amerika zu reisen, gewissermaßen um dort als persönlicher Stützpunkt für unsere Interessen zu dienen, namentlich um unsere finanziellen und wirtschaftlichen Interessen dort zu vertreten; ferner ist einer der tüchtigsten Beamten des Reichsamts des Innern, Herr Albert, der jetzige Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei, zu gleichen Zwecken hinübergeschickt worden. Aber auch große Privatunternehmungen haben solche Versuche unternommen. So hat die Deutsche Bank, deren Direktorium ich bei Kriegsausbruch noch angehört habe, auf meine Veranlassung einen der stellvertretenden Direktoren mit weitgehenden Vollmachten nach New York geschickt, um auch für den zu erwartenden Fall mangelhafter Nachrichtenverbindungen drüben aktionsfähig zu sein. Aber alle Herren stießen von Anfang an auf große Schwierigkeiten sowohl in der öffentlichen Meinung, in der allgemeinen Volksstimmung, wie auch bei den maßgebenden Kreisen.

Bezeichnend ist die Behandlung unserer Telefunkenverbindungen, die auch bereits zur Sprache gekommen sind. Graf Bernstorff hat bereits berichtet, daß wir nach unseren eigenen Funkstationen in Amerika — es waren deutsche Unternehmungen, die geringe feindliche Beteiligung ändert nichts an der Sache — nach Kriegsausbruch auf Anordnung der amerikanischen Regierung nur solche Chiffre-Telegramme schicken durften, für die die amerikanische Regierung den Schlüssel besaß. Um die Nachrichtenverbindung mit Amerika zu verbessern, habe ich mich gleich nach Kriegsausbruch mit der Telefunkengesellschaft und mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung gesetzt wegen Schaffung von neuen Funkenverbindungen, um die zwei, die wir hatten und die nicht

übermäßig leistungsfähig waren, zu ergänzen. Die Schaffung einer neuen leistungsfähigen Telefunkenverbindung wäre technisch innerhalb nicht allzu langer Zeit möglich gewesen; aber der Plan mußte infolge der unfreundlichen Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber unseren Stationen aufgegeben werden, während die Entente auf ihren Kabeln, die doch schließlich auch auf amerikanischem Territorium gelandet waren, alles, was sie wollte, chiffriert und unchiffriert herübertelegraphieren konnte, und zwar die Regierungen sowohl wie die Privaten. Wir dagegen waren während des ganzen Krieges auf die magere und kontrollierte Verbindung dieser zwei oft versagenden Telefunkenstationen und auf gelegentliche Gefälligkeiten der amerikanischen Regierung für unseren Verkehr angewiesen, und ferner auf Umwege, die man sich mühsam und unter immer wachsenden Schwierigkeiten über das neutrale Ausland suchen mußte. Wäre Amerika von Anfang an neutral gewesen, ich frage hier, was stand dem entgegen, daß unsere Telefunkenverbindung mit Amerika sofort in größtem Maße ausgebaut wurde? Welcher völkerrechtliche Grundsatz stand dem entgegen, daß die amerikanische Regierung gestattete, eine solche Verbesserung des Konnexes zwischen Deutschland und Amerika, einem neutralen Lande, herbeizuführen?

Auch die *Bemühungen, die amerikanische Geschäftswelt finanziell und wirtschaftlich für uns zu interessieren*, blieben vergeblich. Man hat in der Öffentlichkeit gelegentlich die Meinung ausgesprochen, Amerika würde sich uns gegenüber anders verhalten haben, wenn wir ebenso wie Frankreich und England von Anfang an in Amerika — ich gebrauche den vulgären Ausdruck — „gepumpt" hätten; dazu wären wir aber in Deutschland zu stolz gewesen, wir hätten uns darauf kapriziert, alle *Anleihen* im Inlande aufzunehmen. Meine Damen und Herren, ich erinnere mich, daß diese Frage gelegentlich auch in der Budgetkommission des Reichstages gestreift worden ist. Ich erinnere mich, daß Anfang Mai 1916 im Hauptausschuß ein Abgeordneter mich beglückwünschte — ich war damals noch Reichsschatzsekretär —, daß ich es nicht nötig hätte wie die Engländer und Franzosen, in Amerika Geld zu suchen. Ich habe damals geantwortet, daß der Herr meine tugendhafte Enthaltsamkeit bedeutend überschätze, daß ich sehr gerne Geld von Amerika nehmen würde, wenn ich es nur bekäme. Aber das Ergebnis aller Bemühungen war kläglich. Außer einem größeren Posten von Kriegsanleihen, den eine rührige Propaganda in deutsch-amerikanischen Kreisen drüben abgesetzt hatte, gelang es nur, in einem Falle oder in zwei Fällen Schatzanweisungen des Reiches in einem lächerlichen Betrage in Amerika unterzubringen, und auch diese Schatzanweisungen mußten sehr bald wieder aus dem Markte genommen werden. Keine von den großen Banken, die sich nicht scheuten, Operationen mit der Entente zu machen, war für eine deutsche

Operation zu haben. Der Abschluß dieser kleinen Operation mußte mit einer mittleren Bank gemacht werden.

Ebensowenig gelang es, die amerikanische Geschäftswelt für die Wiederbelebung der Handelsbeziehungen mit uns ernsthaft zu interessieren. Unter Aufwand der größten Mühe kamen einige Versuchssendungen von Nichtkonterbande auf neutralen Schiffen zustande, wobei das Risiko unter der Hand auf das Reich übernommen wurde. Diese Versuche scheiterten daran, daß die amerikanische Regierung gegen die völkerrechtswidrige Festhaltung und Wegnahme dieser Schiffe nichts tat und die interessierten Amerikaner sich mit der Aussicht auf Geldentschädigung durch die Engländer zufrieden gaben.

Im Sommer 1915 — das war noch zu meiner Zeit als Schatzsekretär — hatte ich die Hoffnung, die großen amerikanischen Baumwollinteressenten zu unsern Gunsten mobil machen zu können für die Verbesserung dieser Verhältnisse, die unheilvoll werden mußten. Der Ausfall des deutschen Marktes hat sich damals in der ersten Zeit des Krieges für die amerikanische Baumwolle empfindlich fühlbar gemacht. Der Absatz der Baumwolle und die Baumwollpreise gingen zurück. Der inzwischen leider verstorbene Bremer Großkaufmann Herr Lohmann hat damals mit amerikanischen Geschäftsfreunden über den Ankauf eines gewaltigen Postens von Baumwolle zu günstigen Preisen verhandelt, unter der Bedingung der Lieferung in deutsche Häfen auf amerikanischen Schiffen oder auf neutralen Schiffen. Ich war als Schatzsekretär bereit, dieses Riesengeschäft durch die Übernahme des Preisrisikos auf das Reich möglich zu machen. Aber der Abschluß wurde dadurch vereitelt, daß England in völkerrechtswidriger Weise die Baumwolle auf die Konterbandeliste setzte. Von den Vereinigten Staaten ist trotz ihres großen Interesses an der Baumwollausfuhr auch gegen die Aufnahme der Baumwolle in die Konterbandeliste ein Einspruch nicht erhoben worden; wenigstens damals nicht, soweit meine Kenntnis reicht.

Aber nicht nur das. Die Duldsamkeit der amerikanischen Regierung und der amerikanischen Geschäftswelt gegenüber der Entente ging noch weiter; sie erstreckte sich auch auf Übergriffe, die sich England auf amerikanischem Boden selbst erlaubte. England nahm sich heraus, die Verschiffung von Baumwolle nach Europa nur noch solchen amerikanischen Händlern zu gestatten, die Mitglieder der Liverpooler Baumwollbörse wurden und sich verpflichteten, Deutschland auch nicht indirekt über irgendwelche Neutrale mit Baumwolle zu beliefern. Ähnlich bei der Wolle, ähnlich beim Kupfer und bei anderen Metallen.

Wenn also das materielle Interesse der amerikanischen Produzenten und Händler an Deutschland verkrüppelt ist und das materielle Interesse der amerikanischen Produzenten und Händler gegenüber der Entente sich hypertropisch entwickelt hat, so ist das

unter Duldung und Förderung der amerikanischen Regierung, der Regierung des Herrn Wilson geschehen. Die Zwangslage für Herrn Wilson, auf die Oberst House im Mai 1916 sich gegenüber dem Herrn Grafen Bernstorff berufen hat, ist also aus dem in der Sache unneutralen Verhalten der amerikanischen Regierung selbst entstanden.

Ich kann in diesem Zusammenhange die Frage der Munitionslieferung durch Amerika an unsere Feinde nicht übergehen. Völkerrechtlich ist die Frage vielleicht zweifelhaft; nicht zweifelhaft durfte sie für Herrn Wilson selbst sein. Wilson hat, soweit ich unterrichtet bin, kurz vor Kriegsausbruch selbst einen Präzedenzfall geschaffen. Im Februar 1914, also ein halbes Jahr vor Ausbruch des großen Krieges, hat der Präsident Wilson das von der amerikanischen Regierung erlassene Verbot der Waffen- und Munitionslieferung für die beiden in Mexiko sich bekämpfenden Parteien folgendermaßen begründet:

> Da Carranza keine Häfen hat, Huerta dagegen über Häfen zur Waffeneinfuhr verfügt, ist es unsere Pflicht als Nation, beide auf gleichem Fuße zu behandeln, wenn wir den wahren Geist der Neutralität beobachten wollen und nicht eine reine Papierneutralität.

Die Konsequenz dieses Standpunktes wäre nach Ausbruch des Weltkrieges selbstverständlich der Erlaß eines Waffen- und Munitionsausfuhrverbotes nach den kriegführenden Ländern gewesen; denn der Fall lag genau wie in Mexiko; Munition konnte zur Entente gebracht werden, aber nicht zu uns. Wilson hat aber in diesem Falle, der doch wahrhaftig ein gut Stück wichtiger war als die mexikanische Angelegenheit, auf den „wahren Geist der Neutralität" verzichtet und sich für das entschlossen, was er ein halbes Jahr zuvor selbst als „reine Papierneutralität" bezeichnet hat. Diese Papierneutralität hat den Krieg um Jahre verlängert, hat Millionen von Menschen das Leben gekostet, hat aber Millionen zu Krüppeln gemacht, hat das Meer von Blut und Tränen ins Ungemessene anschwellen lassen. Und warum? — Oberst House hat an den Grafen Bernstorff die Antwort gegeben, eine Antwort, deren Sinn lautete: weil Herr Wilson das Geschäft nicht stören wollte oder konnte, das im Grunde darin bestand, aus den Tränen und dem Blute Europas amerikanisches Geld zu machen.

(Bravo! im Zuhörerraum.)

Vorsitzender: Ich möchte nochmals dringend bitten, alle Äußerungen des Beifalls oder des Mißfallens zurückzuhalten. Ich kann hier nicht dulden, daß solche Äußerungen vorkommen. Ich gebe ohne weiteres zu: es mag das Bedürfnis manchmal bei dem einzelnen dafür vorhanden sein, sich bei einer Bemerkung Luft zu machen, die ihm ganz besonders zu Herzen geht. Es ist aber nicht zu vergessen, daß wir uns hier in einer Ver-

handlung befinden, die nach den äußeren Formen durchaus der eines Gerichtshofes analog ist. Wie in einem Gerichtshof es ganz selbstverständlich ist, daß man alles zurückhält, was irgendwie in die Verhandlung durch einen lauten Ausdruck der Empfindung störend eingreifen könnte, ebenso muß dies auch hier gelten. Ich bitte ernstlichst, nochmals alles das zu unterlassen, was gegen diesen Grundsatz verstößt.

Abgeordneter Dr. Cohn: Herr Vorsitzender! Ich würde Wert darauf legen, wenn auch den Herren Zeugen zum Ausdruck gebracht werden könnte, daß es gut wäre, wenn sie ihre Äußerungen in einer Form machten, die der Absicht der Wahrheitsermittelung nicht allzusehr zuwiderläuft.

Vorsitzender: Ich muß es jedem Zeugen überlassen, sich so auszudrücken, wie es ihm seine Empfindung eingibt. Soweit er sich nicht im Ton, in der Form vergreift, ist es jedem Zeugen überlassen, zu sprechen, wie er es für recht hält.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Das deutsche Volk hatte, wenn ich fortfahren darf, die Entwickelung begriffen, großenteils instinktiv begriffen. Es hat sie begriffen, bis ihm später zu seinem Verhängnis durch die Lobredner Wilsons der gesunde Sinn verwirrt worden ist. Das deutsche Volk hat in den ersten Jahren des Krieges begriffen, was ihm drüben an Verständnislosigkeit, an Unaufrichtigkeit und kaltherzigem Geschäftssinn gegenüberstand. Es ist neulich hier in diesem Ausschuß behauptet worden, die Erregung gegen Amerika sei durch eine künstliche Agitation in das Volk hineingetragen worden. Daß kann nur behaupten, wer mit dem Volk und namentlich mit dem kämpfenden Heer in der Zeit des Krieges keine Fühlung hatte. Wer von uns allen hat von unseren Feldgrauen an der Front keine Wutausbrüche gehört über die amerikanischen Granaten, über die amerikanischen Giftgase, über den amerikanischen Stacheldraht und über die amerikanischen Flieger!

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Nein! Das ist ein Irrtum, Exzellenz. Es wurde behauptet, die Leidenschaft für den U-Boot-Krieg sei zum Teil künstlich erregt worden.

Sachverständiger Dr. Schäfer: „Künstliche Provokation“ ist gesagt worden!

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Meiner Erinnerung nach ist von einer künstlichen Erregung der Stimmung gegen Amerika die Rede gewesen.

Vorsitzender: Ja, davon ist die Rede gewesen!

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich möchte bemerken, daß von einer derartigen künstlichen Erregung der öffentlichen Meinung keine Rede sein kann. Die Erregung gegen

Amerika war urecht und elementar und — das sage ich heute und auch hier —: sie war berechtigt. Die amtlichen Stellen haben sie nicht aufgestachelt; sie hatten es gar nicht nötig, sie aufzustacheln. Ich habe lange genug in amtlichen Stellen gearbeitet und kann sagen: wenn wir überhaupt in der Erregung des Volkes gegen Amerika etwas getan haben, so haben wir diese Erregung zu dämpfen gesucht zu gewissen Zeiten, wo es aus politischen und zwingenden Gründen notwendig und richtig erschien. Denn die Politik ist ein unsentimentales Geschäft, sie darf nicht mit Erregung gemacht werden. Die Politik kann, wenn es in ihren Kreis paßt, Massengefühle benützen, aber sie darf sich nicht von ihnen beherrschen lassen. Sie muß, wenn es darauf ankommt, auch gegen den Strom schwimmen können. Das wußten wir alle, die wir die Geschäfte zu leiten hatten, und ich glaube, sagen zu können: in Sachen Amerikas hat die Reichsleitung nach diesen Grundsätzen gehandelt. So schwer uns die in ihrem Wesen unneutrale Haltung Amerikas in ihrem Kampf auf Leben und Tod belastete, hat die Reichsleitung sich doch ein klares Bild davon gemacht, was der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg für uns bedeuten würde. Ich persönlich bin stets, wo sich die Gelegenheit dazu gibt, der viel verbreiteten Meinung entgegengetreten, daß die Hilfe, die das formell noch neutrale Amerika unseren Feinden gewährte, auch bei einem Eintritt Amerikas in den Krieg nicht gesteigert und übertroffen werden könnte. Ich habe das für falsch gehalten und habe das immer mit großem Nachdruck ausgeführt. Ich habe auf Grund meiner Kenntnis der amerikanischen Hilfskräfte diese Auffassung in den vertraulichen Beratungen mit der Obersten Heeresleitung und mit der Seekriegsleitung genau ebenso bekämpft wie hier in diesem Saale bei den Beratungen des Hauptausschusses des Reichstags. Ich habe schon im März 1916, als ich noch als Reichsschatzsekretär für den damals verhinderten Staatssekretär des Innern v. Delbrück eintreten mußte, diesen Gesichtspunkt stark unterstrichen. Ich habe damals gesagt: Eigensinnig und stolz, wie der Amerikaner ist, wird er, wenn es zum Kriege kommt, auch alles daran setzen, daß der Krieg so zu Ende geführt wird, daß wir zu Boden liegen. Ich habe diesen Standpunkt auch in der Beratung vom 31. August 1916 im Großen Hauptquartier, deren Protokoll in den Händen des Ausschusses ist, nachdrücklich vertreten, ebenso in einer für die Oberste Heeresleitung bestimmten Niederschrift, in der ich ausführte:

> Die Schwierigkeiten, mit denen heute die Geldaufnahme der Entente in Amerika zu kämpfen hat,

— Schwierigkeiten waren vorübergehend eingetreten —

> würden fallen, wenn es zum Bruch mit den Vereinigten Staaten kommt. Dann werden die Vereinigten Staaten das ganze Gewicht ihrer durch den Krieg außerordentlich gesteigerten Finanzkraft auf seiten der Entente in die Wag-

> schale werfen. Dazu kommt, daß Amerika auch seine bisherige Munitionserzeugung zweifellos noch sehr erheblich zu steigern vermag. Einer jährlichen Flußstahlerzeugung von etwa 14 Millionen Tonnen in Deutschland steht in den Vereinigten Staaten eine solche von 40 Millionen Tonnen gegenüber. Endlich darf bei einem Krieg, in dem die zur Verfügung stehenden Menschenmassen so schwer ins Gewicht fallen, die militärische Bedeutung eines Landes von 100 Millionen Einwohnern, die einer kultivierten und kräftigen Rasse angehören, nicht außer Acht gelassen werden. Das englische Beispiel im gegenwärtigen Krieg, wie auch der Union selbst im Bürgerkrieg zeigt, was auch aus solchen ungeschulten Kräften im Ernstfall herausgeholt werden kann.

Das habe ich damals im Anschluß an die Plesser Beratung in einer Niederschrift an die Oberste Heeresleitung festgelegt.

In gleichem Sinne habe ich im Oktober des Jahres 1916 vor dem Hauptausschuß des Reichstages gesprochen; ich habe im Anschluß daran auch die Möglichkeit amerikanischer Truppentransporte gestreift und dabei ausgeführt:

> Gewiß, der Transport von einer Million Mann macht ungeheure Schwierigkeiten. Das gibt uns einen Vorsprung. Ob dieser Vorsprung bei einem Krieg mit Amerika ausreicht, wenn wir nicht England in kurzer Zeit zum Frieden zwingen können, bleibt offen. Mein Optimismus geht jedenfalls nicht so weit, zu bezweifeln, daß Amerika im Kriegsfalle beträchtliche Mengen von Truppen herüberschaffen kann, auch wenn wir manchen Transportdampfer versenken. In Saloniki sollen noch 400 000 Mann und mehr stehen. Diese ganze Armee ist antransportiert worden und erhält ihren Nachschub an Ersatz, Munition und Proviant, trotzdem unsere U-Boote ihre Tätigkeit im Mittelmeer ausüben. Die Truppentransportdampfer werden eben auf ihrer Fahrt viel besser gesichert als andere Dampfer.

Ich habe also die Gefahr eines Krieges mit Amerika gewiß nicht gering eingeschätzt. Ich habe damals dem Hauptausschuß des Reichstages die Worte zugerufen, die vorhin der Herr Berichterstatter zitiert hat:

> Wenn die Karte des rücksichtslosen U-Boot-Krieges ausgespielt wird und sie sticht nicht, dann sind wir verloren, dann sind wir auf Jahrhunderte hinaus verloren.

Ich habe hinzugefügt:

> Wenn die Neutralität in diesem Kriege überhaupt aufhört, dann kann dasjenige, was heute die Entente träumt, Wirklichkeit werden, nämlich der Wirtschaftskrieg nach dem Krieg; dann können wir noch für Jahre der boykottierte

> Hund sein, von dem kein Mensch auf der ganzen Welt noch ein Stück Brot mehr nimmt.

Ich habe immer und immer wieder auf diese Gesichtspunkte hingewiesen. Man wurde darüber im Hauptausschuß etwas ungeduldig, und dieser Ungeduld habe ich entgegengehalten:

> Wir wollen doch hier klar sehen, wir wollen doch genau wissen, wie die Dinge liegen; und sollte der U-Boot-Krieg gemacht werden, dann darf niemand da sein, der nachher, wenn die Sache etwa schief geht, sagen kann: ja, wenn man dieses oder jenes uns gesagt hätte, wenn diejenigen, die an verantwortlicher Stelle stehen, auf dies und jenes hingewiesen hätten!

— Sie sehen daraus, meine Damen und Herren, daß ich diesen Unterausschuß und gewisse Reden, die wir hier bisher gehört haben, geradezu vorausgeahnt habe.

Aber was war damals die Wirkung meiner Ausführungen und derjenigen des Herrn Reichskanzlers, die nach derselben Richtung gingen? Ich lege das Dokument auf den Tisch des Hauses nieder: die **Erklärung der Zentrumsfraktion vom 7. Oktober 1916**, von der Herr v. Bethmann Hollweg schon gesprochen hat. Ich muß in diesem Zusammenhange den Wortlaut noch einmal verlesen:

> Namens **sämtlicher**

— fett gedruckt: sämtlicher! —

> Fraktionsmitglieder der Zentrumsfraktion des Ausschusses für den Reichshaushalt ist folgende Erklärung abgegeben worden:
>
> Für die politische Entscheidung über die Kriegführung ist dem Reichstage gegenüber der Reichskanzler allein verantwortlich.

— Feststellung eines Prinzips, das, wie Sie sehen werden, durch die folgenden Sätze für diesen Einzelfall aufgehoben wird! Die Erklärung fährt weiter:

> Die Entscheidung des Reichskanzlers wird sich dabei wesentlich auf die Entschließung der Obersten Heeresleitung zu stützen haben.
>
> Fällt die Entscheidung für die Führung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges aus,

— also nicht etwa: einerlei, wie die Entscheidung ausfällt; sondern: „fällt die Entscheidung für die Führung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges aus“! —

> so darf der Reichskanzler des Einverständnisses des Reichstages sicher sein.

Hier liegt die Erklärung! Damit hatte die größte Fraktion des Reichstages, die Fraktion, die in der U-Boot-Frage das Zünglein

an der Wage bildete — Zünglein ist ja ein sehr bescheidener Ausdruck gegenüber dieser großen Fraktion —, erklärt, daß sie die Entscheidung über den uneingeschränkten U-Boot-Krieg in die Hände der Obersten Heeresleitung lege und den Reichskanzler, falls die Entscheidung zugunsten des rücksichtslosen U-Boot-Krieges ausfalle, im voraus von seiner politischen Verantwortlichkeit für diese Entscheidung entlastet halte. Sie hat überdies den Reichstag durch die im voraus erteilte Zustimmung zum rücksichtslosen U-Boot-Krieg, soweit es an ihm lag, für die weitere Behandlung der U-Boot-Frage im voraus ausgeschaltet. Herr v. Bethmann Hollweg hat sich damals — das kann ich bezeugen — auf den Standpunkt gestellt, daß niemand auf der ganzen Welt — auch nicht die Oberste Heeresleitung, auch nicht eine Erklärung der stärksten Reichstagsfraktion — ihm seine Verantwortlichkeit abnehmen könne: nicht seine politische — das kann der Reichstag selbstverständlich, wenn ihm der Reichstag eine Blankovollmacht gibt —, aber seine Verantwortlichkeit vor Gott, seine Verantwortlichkeit vor seinem Kaiser und dem deutschen Volke. Wenn heute unter denjenigen, die wegen der Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges und der Folgen dieser Maßnahme gegen die damalige politische Leitung am lautesten Anklage erheben, sich Leute befinden, die damals diese Erklärung mit abgegeben haben, so würde ich im Privatleben das Gebaren dieser Leute als den Gipfelpunkt der Heuchelei bezeichnen. Ich spreche jedenfalls für meine Person denjenigen Leuten, die heute so laut Anklage erheben und sich heute als Richter aufspielen wollen, das Recht dazu auf Grund dieser Erklärung vollkommen ab.

Mein Standpunkt in der Sache des U-Boot-Krieges war vom ersten bis zum letzten Tage, solange um die Entscheidung gerungen wurde, der folgende — ich spreche in Anführungszeichen —:

> „Wir sind nur dann in der Lage, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg mit Aussicht auf Erfolg einzuleiten, wenn wir imstande sind, den Schlag gegen England so sicher und schnell zu führen, daß es um Frieden bitten muß, ehe noch die Vereinigten Staaten das große Gewicht ihrer finanziellen und industriellen Kraft und ihrer Bevölkerung werden in die Wagschale werfen können."

So habe ich die wichtigste Voraussetzung für den U-Boot-Krieg in einem an den Feldmarschall v. Hindenburg bestimmten Gutachten im Herbst 1916 formuliert. Das war für mich der kardinale Punkt in der ganzen Frage, und diesen Standpunkt hat der Herr Reichskanzler geteilt. Dieser Standpunkt war nicht diktiert von Gefühlen, auch nicht von noch so berechtigten Gefühlen. Er war lediglich diktiert von den Realitäten, die über alle Gefühlsregungen hinaus in diesem Kampf auf Leben und Tod kalt und nüchtern in Rechnung gestellt werden mußten.

Unser Standpunkt war auch nicht diktiert von irgendwelchen

abwegigen Spekulationen. Wenn zum Beispiel der Herr Großadmiral v. Tirpitz in seinen Erinnerungen meine Stellungnahme zum U-Boot-Krieg in Verbindung bringt mit einer angeblich von mir im Sommer 1916 den deutschen Bundesfürsten unterbreiteten Denkschrift, in der die Orientierung nach England hin empfohlen und gegen eine Verständigung mit Rußland Stimmung gemacht wird, so ist der Großadmiral falsch berichtet. Ich habe jene Denkschrift schon damals sehr energisch abgeschüttelt. Auch der Herr Reichskanzler v. Bethmann Hollweg stand dieser Denkschrift vollständig fern; er kannte sie nicht. Sie ist ihm dann — ich habe sie von dritter Seite bekommen — von mir vorgelegt worden. Auch der Herr Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hatte mit dieser Denkschrift nicht das mindeste zu tun, und der Inhalt dieser Denkschrift ist ungefähr das Gegenteil von der damals schon von mir vertretenen Ansicht.

Aber auch meine Überzeugung, daß England die Seele der feindlichen Mächtekoalition war, auch mein brennender Wunsch, England an seinen Lebenswurzeln fassen zu können, vermochte mich ebensowenig der sachlichen und nüchternen Prüfung der Aussichten der U-Boots-Waffe zu entheben, wie meine Gefühle gegenüber der uns schwer schädigenden unneutralen Haltung der Vereinigten Staaten.

Ich habe damit eine kurze Darstellung meines grundsätzlichen Standpunktes gegeben und bitte darum, nun die einzelnen Phasen der tatsächlichen Entwicklung, soweit ich dabei mitzuwirken berufen war, kurz schildern zu dürfen.

(Zuruf.)

Vorsitzender: Ich halte es für richtig, jetzt gleich fortzufahren.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Der Anfang Februar, zur Zeit meiner Berufung an die Spitze des Reichsschatzamts, eingeleitete Handels-U-Boot-Krieg, auf den auch ich zunächst große Hoffnungen gesetzt hatte, erwies sich als ein Fehlschlag. Ich weiß nicht, wie groß die Zahl der monatlich versenkten Tonnage war. Sie ist damals, glaube ich, nicht bekannt gegeben worden; ich habe jedenfalls keine Notizen darüber. Aber die Einwirkung auf die britische Einfuhr und Ausfuhr — die Zahlen wurden ja damals noch veröffentlicht — war erstaunlich gering.

Der Lusitania-Fall brachte uns dann die erste scharfe Zuspitzung unseres Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten. Die greifbaren Erfolge des damaligen U-Boot-Krieges schienen mir das Risiko eines Bruches mit Amerika nicht zu rechtfertigen. Als Präsident Wilson Ende Juli eine Wiederholung von Handlungen deutscher U-Boote, die eine Verletzung der Rechte amerikanischer Bürger darstellen, als eine „vorsätzlich unfreundliche Handlung" bezeichnete — eine sehr deutliche Drohung —, gleichzeitig aber eine

Kooperation zur Wiederherstellung der Freiheit der Meere noch während des Krieges, gegen wen es auch sei, anbot, vertrat ich die Meinung, daß der Versuch gemacht werden müsse, durch Ergreifen und Festhalten der — sei es ehrlich, sei es zum Schein — dargebotenen Hand eine klare Situation zu schaffen. Das schien mir möglich durch eine zeitweise Zurückstellung des U-Boot-Krieges, von dem ich, wie gesagt, erhebliche Resultate nach den bis dahin vorliegenden Ergebnissen ohnedies nicht erwarten konnte.

Ehe es jedoch über diese Frage zu einer Entscheidung kam, wurde nach der „Lusitania" die „Arabic" versenkt, und dabei sind abermals amerikanische Staatsangehörige ums Leben gekommen. Tatsächlich war, und zwar zum Teil schon vor der Versenkung der „Arabic", der U-Boot-Krieg damals erheblich eingeschränkt worden, insofern als Anweisung gegeben wurde, das Passagierschiffe, sogenannte „liners", nur nach vorangegangener Warnung und Rettung der Nichtkombattanten versenkt werden sollten. Die Voraussetzung für die von Wilson angebotene Kooperation zur Wiederherstellung der Freiheit der Meere war damit, wenn auf der anderen Seite der gute Wille vorlag, gegeben.

Der Präsident Wilson hat dann auch im November 1915 eine sehr ausführlich und stellenweise sehr scharf gehaltene Note an England richten lassen, eine Note, in der er erklärte, daß die Vereinigten Staaten „ohne Zaudern die Aufgabe der Vorkämpferschaft für die Rechte der Neutralen übernehmen und der Erfüllung dieser Aufgabe ihre ganze Energie zuzuwenden entschlossen seien". Sie sehen, die Worte klingen sehr stark. Aber die Drohung, die uns gegenüber immer wieder auftauchte, die Drohung, daß man irgendwelche Handlungen unsererseits als „unfreundliche Handlungen" ansehen werde oder die diplomatischen Beziehungen abbrechen werde, — eine solche Drohung finden Sie auch in dieser sich so stark gebenden Note nicht.

Immerhin, es konnte damals scheinen, als ob die Regierung der Vereinigten Staaten tatsächlich diesen Weg, endlich einmal nicht nur dem Völkerrecht im allgemeinen, sondern auch ihren eigenen Rechten und Interessen gegenüber der Entente Geltung zu verschaffen, betreten wollte. Dafür sprach, daß am 18. Januar 1916 der Staatssekretär L a n s i n g , der Leiter der amerikanischen auswärtigen Politik, an die Vertreter der Ententemächte in Washington jenes neulich hier bereits erwähnte Schreiben richtete, in dem er den Vorschlag machte, die U-Boote sollten sich auf die Formen des Kreuzerkriegs beschränken, dafür aber sollten die Kauffahrteischiffe der kriegführenden Staaten von jeder Bewaffnung absehen. Lansing fügte damals hinzu, seine Regierung ziehe ernstlich in Betracht, künftighin b e w a f f n e t e H a n d e l s s c h i f f e als Hilfskreuzer zu behandeln.

Meine Damen und Herren! Dieser Vorschlag war von einer eminenten Wichtigkeit. Die Durchführung dieses Vorschlages

hätte unseren U-Boot-Krieg auf eine ganz neue, durchaus annehmbare Grundlage gestellt, auf eine Grundlage, die eine dem Charakter der U-Boot-Waffe angepaßte wirksame Kriegführung gestattet hätte, und auf eine Grundlage, die vor allem weitere Reibungen mit den Vereinigten Staaten nach menschlichem Ermessen ausgeschaltet haben würde. Das ist die gar nicht hoch genug zu veranschlagende Bedeutung dieses Schreibens von Lansing an die Vertreter der Ententemächte. Aber was hat dieses Schreiben für einen weiteren Fortgang gehabt? Mit einem Male war dieses Schreiben eine private Äußerung des Herrn Lansing. Es ereignete sich etwas ganz Merkwürdiges, etwas, was mir bisher nicht aufgeklärt ist und über das vielleicht die Herren, die damals in Amerika waren, Aufklärung geben können. Als wir selbst ganz im Sinne der Lansingschen Anregung Anfang Februar den sogenannten verschärften U-Boot-Krieg gegen bewaffnete Handelsschiffe ankündigten, also ganz das taten, was Lansing als gerechtfertigt, als einen Ausweg für die Zukunft bezeichnet hatte, da griff der Präsident Wilson persönlich ein mit einem Brief an den Senator Stone, den Vorsitzenden des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, in dem er sich mit großer Heftigkeit, in der schärfsten Weise gegen unsern verschärften U-Boot-Krieg wandte. Am 25. März legte die amerikanische Regierung ihren neuen Standpunkt in Sachen der bewaffneten Handelsschiffe in einem den Mächten mitgeteilten Memorandum nieder, das im Gegensatz zu dem Standpunkt, den Lansing zwei Monate zuvor eingenommen hatte, zu dem Schluß kam, die Kriegführenden müßten auf hoher See die Präsumtion gelten lassen, daß ein bewaffnetes Handelsschiff nur zu Verteidigungszwecken bewaffnet sei und infolgedessen den Charakter eines gewöhnlichen Kauffahrteischiffes habe. Nur auf Grund beweiskräftiger Evidenz der Angriffsabsicht — d. h., wenn das Ding schießt — durfte ein bewaffnetes Handelsschiff als Kriegsschiff behandelt werden!

Damit spielte die amerikanische Regierung das Spiel Englands, ohne daß England auch nur im kleinsten Punkte vorher oder nachher seine völkerrechtswidrige Kriegsführung aufgegeben hätte. Von einem amerikanischen Druck auf England zum Zweck der Wiederherstellung der Freiheit der Meere war nichts mehr zu spüren. Dagegen hat Lansing den „Lusitania"-Fall schon vor dieser Meinungsänderung erneut wieder aufgenommen, und er hat unsern Botschafter — der Fall war ja nie ganz eingeschlafen, er wurde immer in petto gehalten, um im gegebenen Augenblick hervorgeholt zu werden — mit Hartnäckigkeit und Schärfe drangsaliert, daß wir ausdrücklich die „illegality", die Ungesetzlichkeit der Versenkung der „Lusitania" zugeben und uns damit für die weitere Führung des U-Boot-Krieges einen Riegel vorschieben sollten.

Dann erfolgte am 24. März, fast zu demselben Tage, als dieses Promemoria herausging, die Versenkung der „Sussex" im Kanal.

Diese Versenkung hat bekanntlich die Krisis, die sich in den vorhergegangenen Wochen vorbereitet hatte, zum vollen Ausbruch gebracht. Am 20. April hat der Botschafter Gerard hier dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts die Note übergeben, in der die Regierung der Vereinigten Staaten den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit nackten Worten androhte, falls die deutsche Regierung nicht unverzüglich ein Aufgeben ihrer Methoden des U-Boot-Krieges gegen Passagier- und Frachtschiffe erklären und bewirken sollte. Der Note wurde besonderer Nachdruck dadurch gegeben, daß der Präsident sie unmittelbar vor ihrer Übergabe in einer von ihm, soviel ich weiß, persönlich verlesenen Botschaft dem Kongreß zur Kenntnis brachte.

Es war klar: wir standen vor dem Biegen oder Brechen.

Es ist damals vielfach die Meinung vertreten worden, und sie wird ja auch heute noch vielfach vertreten, daß wir es damals auf das Brechen hätten ankommen lassen sollen und können. Auch der Herr Admiral Koch hat, wenn ich recht verstanden habe, in der letzten oder vorletzten Sitzung dieses Ausschusses sich zu dieser Ansicht bekannt, zu der Ansicht, daß das Frühjahr 1916 der richtige Augenblick zur Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges gewesen wäre, natürlich — ich nehme an — auch damals auf die Gefahr des Krieges mit Amerika hin.

Ich bin damals auf Grund einer eingehenden Prüfung der Sachlage zu der gegenteiligen Ansicht gekommen. Die Wiederholung des Fehlers vom Februar 1915, mit einer kaum ausreichenden Anzahl von U-Booten in den U-Boot-Krieg und aller Wahrscheinlichkeit nach in den Krieg mit Amerika hineinzugehen, konnte nach meiner Ansicht nicht verantwortet werden. Wir verfügten Anfangs 1916, wenn die Notiz, die ich mir damals gemacht habe, zutreffend ist, über nur 62 U-Boote, von denen nur ein Teil frontbereit war. Der U-Boot-Bau war, trotz aller Erörterungen, die gestern hier stattgefunden haben, in gutem Zuge. Wir hatten Monat für Monat die Ablieferung einer sehr stattlichen Zahl von U-Booten, zeitweise mehr als 10 in einem Monat, zu erwarten, U-Boote, die zudem in ihrer Leistungsfähigkeit dem größten Teil des vorhandenen Bestandes weit überlegen sein sollten. Binnen Jahresfrist sollte auf beträchtlich mehr als eine Verdoppelung gerechnet werden. Immer mit dem Vorbehalt, daß meine Notizen zutreffend sind: binnen Jahresfrist sind wir auch in der Tat von 62 auf 148 U-Boote gekommen, also auf mehr als das Doppelte, und jedenfalls auf erheblich leistungsfähigere U-Boote.

Wenn nun in der vorletzten Sitzung von Herrn Kapitän Bartenbach erwähnt wurde, die Vervollkommnung der Abwehr habe die Zunahme der U-Boote ausgeglichen, so finde ich das auch heute durch die tatsächliche Entwicklung der U-Boot-Leistungen nicht in vollem Umfange bestätigt; und auf die Leistungen kommt es schließlich doch an. Die Leistungen sind

die Resultate einerseits aus der Komponente der Zahl und Leistungsfähigkeit unserer U-Boote und andererseits der Komponente der Abwehr. Und diese Leistungen sind seit dem Frühjahr 1916 doch erheblich gestiegen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß im Frühjahr 1916 im verschärften U-Boot-Kriege die Höchstmonatsleistung, soweit mir bekannt ist, nur etwa 225 000 Tonnen war. Im verschärften U-Boot-Kriege! Dagegen ist es uns in den letzten Monaten des Jahres 1916 mit der inzwischen wesentlich stärker und besser gewordenen U-Boot-Flotte gelungen, im Wege des an sich weniger wirksamen bloßen Kreuzerkrieges mehr als 400 000 Tonnen zu versenken.

(Widerspruch des Sachverständigen Dr. Hoetzsch.)

— In den letzten Monaten mehr als 400 000, das heißt im November, Dezember und Januar.

(Erneuter Widerspruch.)

— Dann bitte ich die Herren von der Admiralität, meine Zahlen zu kontrollieren. Nach meinen Notizen sind wir in den Monaten November, Dezember, Januar über die Zahl von 400 000 Tonnen hinausgekommen. Ich habe die Zahlen im Augenblick nicht da, sie können aber ohne weiteres durch die Admiralität kontrolliert werden.

Also abgesehen davon, daß nach meiner Ansicht im März und April 1916 unsere U-Boot-Flotte nach den früher gemachten Erfahrungen kaum ausreichend war, um das Risiko eines Krieges mit Amerika in Kauf zu nehmen, sprach nach meiner Ansicht gegen den Bruch die Tatsache, daß Englands wirtschaftliche Reserven damals als noch verhältnismäßig stark veranschlagt werden mußten, daß insbesondere Englands Getreidevorräte damals höher waren als in den Vorjahren, und daß die nächstgelegenen Bezugsländer, auf die es vor allem für die Versorgung Englands ankam, die Vereinigten Staaten und Kanada, eine Rekordernte hinter sich hatten, eine Rekordernte, die auch beim Herunterholen zahlreicher Getreideschiffe das Entstehen einer empfindlichen Nahrungsmittelknappheit in England nicht besonders wahrscheinlich machte. Es kam schließlich auch unsere wirtschaftliche Lage hinzu. Wir waren in jener Zeit darauf angewiesen, aus dem damals noch neutralen Rumänien die großen Getreidebestände zur Ergänzung unserer eigenen Ernte hereinzubekommen, und nach meiner Ansicht konnte — die Zentral-Einkaufs-Genossenschaft war gerade beim Abtransport, der uns in der Tat über den Sommer 1916 hinweggeholfen hat — das Risiko nicht übernommen werden, daß infolge der Kriegserklärung Amerikas auch Rumänien sofort zu unseren Feinden abgeschwenkt wäre. Ob es geschehen wäre, weiß niemand. Mit der Möglichkeit, ja der Wahrscheinlichkeit, mußte, wie die Dinge lagen, gerechnet werden. Es kam schließlich die politische, militärische Lage hinzu, über die Herr v. Bethmann Hollweg neulich schon ausführlich gesprochen hat.

Die Ereignisse des Sommers 1916 haben meines Erachtens denjenigen recht gegeben, die der Ansicht waren, daß diese Lage durch den Eintritt Amerikas in den Krieg eine geradezu verhängnisvolle Erschwerung hätte erfahren müssen. Ich erinnere an die schweren Kämpfe auf den Schlachtfeldern der Somme, die wir noch im Sommer 1916 zu bestehen hatten; ich erinnere an die schwere, schwere Niederlage der Österreicher in Wolhynien, an die Brussilow-Offensive, die nahezu unsere ganze Ostfront zum Einsturz brachte, und ich erinnere schließlich an den rumänischen Überfall, der gleichfalls eine schwere Krisis dieses Krieges bedeutete. Ich bin auch heute noch der Meinung: der Bruch mit Amerika im Frühjahr 1916 hätte uns geraden Weges zur Katastrophe geführt. Aber ich gebe zu, hier steht Ansicht gegen Ansicht. Ein Beweis für oder gegen läßt sich nicht erbringen. Ich kann hier nur bezeugen, daß allen an der Entscheidung Beteiligten nur das Wohl des Vaterlandes vor Augen stand, nur die Pflicht, bei dieser Entscheidung dasjenige durchzusetzen, was sie für das Richtige und für das Notwendige in dieser schweren Lage hielten.

Wir haben damals in der Note vom 4. Mai 1916 nachgegeben. Sie können mir glauben, das ist auch denen namenlos schwer geworden, die glaubten, nach bestem Wissen und Gewissen dem Kaiser zu dieser Entscheidung raten zu müssen. In dieser unserer Antwort haben wir zurückgegriffen auf die von Wilson im Juli 1915 ausdrücklich erklärte, bisher aber nicht betätigte Bereitschaft, mit uns zur Wiederherstellung der Freiheit der Meere noch während des Krieges zu kooperieren, und wir haben an die Mitteilung unserer Einschränkung des U-Boot-Krieges auf die Form des Kreuzerkrieges ausdrücklich die Erwartung geknüpft, daß die amerikanische Regierung nunmehr nach unserem vollständigen Nachgeben bei der britischen Regierung die Beobachtung der völkerrechtlichen Normen der Seekriegsführung verlangen und durchsetzen werde. Wir behielten uns die Freiheit der Entschließung für den Fall ausdrücklich vor, daß die Schritte der Vereinigten Staaten nicht zu dem gewollten Erfolg führen sollten. Wir haben darauf eine Antwort von Wilson bekommen. Diese Antwort des Präsidenten Wilson auf unser großes Zugeständnis — das Zugeständnis, das wir uns alle schwer vom Herzen gerungen haben —, die Note vom 10. Mai, betonte mit schneidender Schärfe, daß die amerikanische Regierung nicht gesonnen sei, Deutschland zu gestatten, sein Verhalten in Sachen des U-Boot-Krieges irgendwie abhängig zu machen von Dingen, die zwischen England und Amerika schwebten. Mit keinem Wort stellte der Präsident Wilson einen Schritt in Aussicht, um England auf den Boden des Völkerrechts zurückzuführen. Mit keinem Wort stellte er einen Schritt in Aussicht, um dem entsetzlichen und mörderischen Verfahren der Engländer, dem entsetzlichsten und mörderischsten Verbrechen dieses blutigen Krieges, der britischen Hungerblockade, ein Ende zu machen.

Er hat tatsächlich, soweit mir bekannt ist, auch keinen einzigen Schritt nach dieser Richtung nach unserer Note vom 4. Mai 1916 unternommen. Er hat im Gegenteil es ruhig mit angesehen, daß England und Frankreich am 7. Juli 1916 sich von der Londoner Seerechtsdeklaration, die der Präsident selbst bei Beginn des Krieges als maßgebend für die Seekriegsführung vorgeschlagen hatte, vollständig lossagten. Sie war bisher schon durchlöchert wie ein Sieb, aber nunmehr waren England und Frankreich Amerikas so sicher, daß sie in einer öffentlichen und offiziellen Erklärung den letzten Rest der Londoner Seerechtsdeklaration einfach über Bord werfen konnten. Das war die Zeit, in der Oberst House dem Grafen Bernstorff sagte, Wilson sei durch die großen Handelsinteressen an der Entente in seiner Handlungsfreiheit gebunden.

Die U-Boots-Frage trat nun abermals für uns in ein akutes Stadium im August 1916 infolge des erneuten Antrags des Admiralstabs, der dem Reichskanzler mitteilte, daß er nach genauer Prüfung aller Verhältnisse jetzt den Zeitpunkt für Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges für gekommen erachte. Die Beratungen über diesen Antrag fanden am 31. August in Pleß statt unter Teilnahme der gerade an die Spitze der Obersten Heeresleitung berufenen Herren, des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg und des Generals Ludendorff. Rumänien hatte wenige Tage zuvor den Krieg an Österreich-Ungarn erklärt und war in Siebenbürgen eingebrochen. Wir befanden uns in einer der schwersten Krisen des ganzen Krieges. Das Protokoll über die Beratung ist in den Händen des Ausschusses. Ich habe ihm nichts hinzuzufügen. Die Beratung schloß mit der Feststellung des Reichskanzlers, er werde dem Reichstag bei der nächsten Gelegenheit mitteilen, daß man im Hinblick auf die gegenwärtige Kriegslage dazu gekommen sei, die Entscheidung zu vertagen, nachdem der Feldmarschall v. Hindenburg erklärt habe, daß er zunächst die Entwicklung des rumänischen Feldzuges abwarten müsse, bevor zu der Frage des U-Boot-Krieges Stellung genommen werden könne.

Von diesem Zeitpunkt an spielt die Frage eines Friedensschrittes in die Angelegenheit des U-Boot-Krieges und unseres Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten von Amerika mit hinein, und, meine Herren, da möchte ich etwas betonen, was, wie mir scheint, bisher der Aufmerksamkeit des hohen Ausschusses entgangen ist, etwas, was auch der Herr Berichterstatter in seinem einleitenden Referate nicht erwähnt hat. Der erste Anstoß in der Friedensfrage kam von Amerika, nicht von uns. Das dem Ausschuß vorliegende Aktenmaterial ergibt, daß schon am 11. April 1916 Graf Bernstorff telegraphierte, daß nach den Mitteilungen des Obersten House Wilson nach der Erledigung des Sussex-Falles in wenigen Monaten — ich unterstreiche diese Worte „in wenigen Monaten" — Frieden stiften möchte. Die Initiative und der erste Anstoß lag also bei Herrn Wilson.

Auf dieses Telegramm hat Graf Bernstorff von Herrn v. Jagow eine ermutigende Antwort bekommen. Herr v. Bethmann hat bereits erwähnt, daß er bei Erledigung des Sussex-Falles im Mai gegenüber Herrn Gerard Andeutungen im gleichen Sinne gemacht habe. Aus den Akten ergibt sich, daß auch Herr Gerard darüber nach Amerika berichtet hat. Die Dinge zogen sich hin. Am 22. Juni telegraphierte Graf Bernstorff, eine Friedensvermittlung Wilsons sei im Laufe des Sommers bestimmt zu erwarten — im Laufe des Sommers! —, schon aus Wahlrücksichten. Damals war also die Wahl noch kein Hindernis, sondern ein Ansporn. In einem Berichte vom 16. August spricht Graf Bernstorff von einigen Wochen, in denen ein Friedensschritt Wilsons zu erwarten sei. Aber die Wochen und Monate vergingen, die Wochen und Monate des Ringens auf den Schlachtfeldern der Somme, Wochen und Monate, die uns Ströme des besten deutschen Blutes kosteten — und Präsident Wilson tat nichts. Weder unternahm er Schritte gegen die völkerrechtswidrige Hungerblockade, noch für die Herbeiführung von Friedensverhandlungen.

Unsere Lage spitzte sich zu. Ende August kam der rumänische Überfall; mit den neuen Herren der Obersten Heeresleitung fanden die Besprechungen in Pleß, die ich schon erwähnt habe, statt, die Besprechungen über unsere gesamte militärische und politische Lage. Ich habe den Eindruck damals mitgenommen, und ich glaube, dieser Eindruck bestand wohl auch bei allen, daß wir alles tun müßten, um in naher Zeit zum Frieden zu kommen, daß wir, wenn das nicht gelang, gezwungen sein würden, unsere äußerste Kraft und jedes verfügbare Mittel, auch das gewagteste, in den Endkampf um unser Dasein einzusetzen. Hinter den Beratungen von Pleß und den Friedensgesprächen, die damals zwischen Herrn v. Bethmann, Herrn v. Jagow und mir geführt wurden, stand bereits das Hilfsdienstgesetz, das heißt das letzte Aufgebot unserer Kraft im Inlande, und stand der verschärfte U-Boot-Krieg für den Fall, daß nicht Friedensverhandlungen, die eine Fortsetzung des Krieges über den Winter hinaus verhinderten, zustande kommen sollten.

Aus dieser Lage heraus ist dann die Anfrage, die Herr v. Bethmann Hollweg an den Grafen Bernstorff am 2. September gerichtet hat, entstanden, in der Herr v. Bethmann sich erkundigte, was die persönliche Meinung des Grafen Bernstorff über eine Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson sei. In diesem Telegramm ist schon gesagt, daß im anderen Falle der rücksichtslose U-Boot-Krieg ernst erwogen werden müsse.

Von Anfang September an war also unser Botschafter in Amerika, Graf Bernstorff, darüber im Bilde, daß, wenn die Friedensvermittlung nicht komme, nicht bald komme, der rücksichtslose U-Boot-Krieg unvermeidlich würde.

Graf Bernstorff antwortete, die Friedensaktion Wilsons —

von der seit April die Rede war, von der es damals hieß, sie kommt bald, sie kommt in einigen Wochen, sie kommt in einigen Monaten — sei wegen des Eingreifens Rumänien aufgeschoben worden. Vor den Wahlen könnte Wilson nichts mehr unternehmen. Meine Herren, zu den Wahlen war noch ein langer Weg. September und Oktober und die erste Novemberwoche, neun bis zehn schwere Wochen, für die es bei uns um Kopf und Kragen ging. Das Warten war für uns keine Kleinigkeit in einer solchen Lage. Graf Bernstorff sagte in dem Telegramm weiter, es wäre seine persönliche Ansicht, im Falle seiner Wiederwahl werde der Präsident sofort seine Vermittlung eintreten lassen. Dieses „Sofort" hat Graf Bernstorff in einem zweiten Telegramm dahin eingeschränkt, er halte Wilsons Friedensvermittlung noch vor Jahresschluß — nicht etwa für sicher, sondern für „sehr aussichtsvoll". Der Kanzler drängte am 26. September aufs neue, die Wilsonsche Aktion müsse bald erfolgen, andernfalls werde die augenblicklich günstige Konjunktur für den Friedensschritt verpaßt und der rücksichtslose U-Boot-Krieg unabwendbar werden. Meine Herren, bei der mangelhaften Nachrichtenvermittlung mit Amerika und der seltenen Gelegenheit der Nachrichtenübermittlung mußte jedes Wort, das telegraphiert wurde, beachtet werden, und wenn der Reichskanzler telegraphierte, die Friedensvermittlung muß bald erfolgen, andernfalls wird die für den Friedensschritt jetzt günstige Konjunktur verpaßt und wird der rücksichtslose U-Boot-Krieg notwendig, — ich meine abermals, unsere Vertretung in Amerika mußte im Bilde sein.

Graf Bernstorff antwortete erneut, daß Wilson erst nach seiner Wiederwahl marschieren wollte, und er fügte hinzu, der Ausgang des Wahlkampfes sei „ganz unsicher". In einem weiteren Telegramm vom 14. Oktober bezeichnet er den Ausgang der Wahl als „noch immer zweifelhaft".

In dieser Zeit ließ der Präsident Wilson in einer der, soweit ich sehen kann und aus der Bekundung des Grafen Bernstorff entnommen habe, ganz seltenen direkten Unterhaltungen, die er mit dem Grafen Bernstorff gehabt hat, durchblicken, daß ihm eine ausdrückliche deutsche Anregung oder Aufforderung, die Friedensvermittlung zu übernehmen, willkommen wäre. Das steht im Telegramm vom 14. Oktober. Damals hat sich also Wilson vor einer deutschen Initiative und Anregung nicht gefürchtet. Ich erwähne das ausdrücklich, weil später das alter ego des Präsidenten Wilson, der Oberst House, dem Grafen Bernstorff gegenüber in dem deutschen Friedensschritt eine Beeinträchtigung der Wilsonschen Friedensbemühungen gesehen hat, weil sie Wilson in den Verdacht gebracht hätte, prodeutsch zu sein. Graf Bernstorff hat schon von sich aus an Wilson in dieser Unterhaltung geantwortet, daß seines Erachtens keine Aussicht auf eine solche ausdrückliche Anrufung der Wilsonschen Vermittlung durch eine kriegführende Macht bestehe, und hat dafür in einem Telegramm des Kanzlers vom 14. Oktober

die ausdrückliche Bestätigung erhalten. Der Kanzler hat damals telegraphiert: Lediglich ein spontaner Friedensappell Wilsons komme in Betracht, und lediglich zu einem solchen spontanen Appell solle Wilson ermutigt werden. Auch diese Nuance muß man, glaube ich, berücksichtigen, wenn man über die Frage urteilen will, ob und wieweit die deutsche Politik durch die Ermunterung des Präsidenten Wilson zu einem Friedensappell sich in ihrer eigenen Bewegungsfreiheit in bezug auf den Frieden gebunden habe.

Der 6. November hat dann die Wiederwahl Wilsons zum Präsidenten gebracht. Aus Amerika keine Nachricht über Wilsons Aktion! Nur der Botschaftsrat Herr v. Haniel berichtet am 20. November an den Gesandten v. Treutler — das steht auch in Ihren Akten —: „Was Wilson allerdings jetzt" — also nach seiner Wahl — „in der internationalen Politik tun wird, bleibt abzuwarten". Am 16. November, als immer noch keine Nachricht über Wilsons Absichten vorlag, soweit ich wenigstens sehe, drahtete Herr v. Jagow an den Grafen Bernstorff:

> Läßt sich übersehen, ob Präsident in Friedensvermittlung Schritte unternehmen will, eventuell welche und wann? Frage wichtig zur Beurteilung etwaiger anderweitiger Schritte in gleichem Sinne.

Dieser ausdrückliche Hinweis, daß wir eventuell in der Friedensfrage eigene Wege gehen würden, lag fast vier Wochen vor unserem Friedensschritte. Es vergeht eine Woche, vom Grafen Bernstorff keine Antwort! Am 22. November wird ihm zu seiner persönlichen Information mitgeteilt:

> Sofern günstige militärische Lage es uns gestattet, beabsichtigen wir, mit unseren Verbündeten demnächst Bereitwilligkeit unsererseits anzukündigen, in Friedensverhandlungen einzutreten.

Nun telegraphierte Graf Bernstorff am 25. November: Wilson habe ihn durch den Oberst House spontan wissen lassen, daß er möglichst bald in Friedensvermittlung Schritte tun wolle, „vermutlich" zwischen jetzt und Neujahr. Ich unterstreiche das „vermutlich". Aber in demselben Telegramm ist schon von den belgischen Deportationen als von einem neuen Hindernis die Rede, und in demselben Telegramm wird weiter gesagt:

> Wilson zögert noch, weil Staatsdepartement eine Ablehnung seitens unserer Feinde erwartet.

Am Tage darauf, am 26. November, schickte der Staatssekretär Zimmermann das hier vielbesprochene Telegramm, in dem er mitteilte, daß wir die Friedensaktion Wilsons unserer eigenen Aktion an sich vorziehen würden; er fügte aber hinzu: Hierfür sei es jedoch unbedingt erwünscht, daß Wilson sich zu baldigem Handeln entschließe. Ein Hinziehen bis Neujahr hat Zimmermann mit ausführlicher Begründung als untunlich bezeichnet.

Das war am 26. November. Am 7. Dezember berichtete Graf Bernstorff: Für die Friedensaktion sei alles vorbereitet, doch bleibe es bei dem unbeständigen Herrn Wilson noch immer zweifelhaft, wann er damit herauskommen werde.

Seit dem 11. April, also seit nahezu acht Monaten, war die Reichsleitung in Washington immer und immer wieder vertröstet worden. Auch Anfang Dezember bestand noch keinerlei Sicherheit, ob und wann Herr Wilson vorgehen werde. Graf Bernstorff hat noch in einem Berichte vom 14. Januar, also als die Dinge bereits über den Jahreswechsel hinausgerollt waren, in einem Bericht sich dahin ausgesprochen, Wilsons Friedensnote wäre wohl auch ohne unser Vorgehen zu Weihnachten abgeschickt worden, „obgleich dies bei dem zaudernden Naturell des Herrn Wilson, der alle Fragen gern dilatorisch behandle, nicht so unbedingt sicher ist". Also am 14. Januar 1917 hat Graf Bernstorff immer noch Zweifel daran gehabt, ob Wilson ohne unseren Friedensvorschlag zu Weihnachten und vor Neujahr herausgekommen wäre. Einer der Sachverständigen, Herr Professor Bonn, hat in seinem Buche „Amerika als Feind" gesagt:

> Das deutsche Friedensangebot hatte nicht nur den Präsidenten zu schnellem Handeln gezwungen —

usw., zu schnellem Handeln nach acht Monaten! Also auch Professor Bonn, der hier schreibt, daß unser Friedensangebot den Präsidenten zu „schnellem Handeln" gezwungen habe, scheint bei der Abfassung seines Buches der Ansicht gewesen zu sein, daß vor unserem Friedensappell und ohne unseren Friedensappell das, was er ein schnelles Handeln nennt, von Herrn Wilson nicht so unbedingt sicher zu erwarten gewesen wäre.

Der Eindruck, daß Herr Wilson in der Tat noch Anfang Dezember gänzlich unentschlossen war, wird bestätigt durch das, was Herr G e r a r d — nun kommt die amerikanische Seite — in seinem Buche berichtet, das, wie ich annehme, den Mitgliedern der hohen Kommission bekannt ist; es ist sehr wichtig für die Beurteilung dieser Frage. Das Buch ist allerdings in manchen Punkten cum grano salis zu nehmen in Dingen, die ich selbst kontrollieren kann. Herr Gerard, der nach Amerika gereist war in der ausdrücklichen Absicht, die Sache des Friedens weiterzubringen, ist am 4. Dezember von New York wieder nach Europa zurückgereist. In seinem Buche — es steht auf Seite 253 — berichtet er, daß er den Präsidenten vor seiner Abreise gesprochen habe, was sich bei der Wichtigkeit der Sache eigentlich von selbst versteht. Er habe den Eindruck gehabt, fügt er hinzu, daß der Präsident vor allen Dingen wünsche, Frieden zu haben und Frieden zu machen. Den „Eindruck" hat er also gehabt.

> Aber

— fügt er hinzu —

> die Frage des Friedenmachens war eine sehr heikle Sache.

> Ein direktes Anerbieten von unserer Seite hätte uns der gleichen Behandlung aussetzen können, die wir England während des Bürgerkrieges haben angedeihen lassen, als England uns Eröffnungen wegen des Friedens machte und die Vereinigten Staaten eine Antwort gaben, die praktisch besagte, daß die britische Regierung sich um ihre eigenen Geschäfte kümmern möge, daß sie keine Einmischung dulde und weitere Eröffnungen als unfreundliche Handlungen ansehen würde.
>
> Die Deutschen

— so fügt Herr Gerard weiter hinzu —

> haben diesen Krieg begonnen, ohne die Vereinigten Staaten zu fragen, und schienen jetzt zu denken, daß sie ein Recht hätten, von den Vereinigten Staaten zu verlangen, daß diese für sie Frieden machten zu solchen Bedingungen und zu solcher Zeit, wie es den Deutschen gerade paßt. Andernfalls hätten sie ein begründetes Recht, alles Völkerrecht zu brechen und Bürger der Vereinigten Staaten auf hoher See zu morden. Nichtsdestoweniger

— so schließt Gerard —

> glaube ich, daß die Neigung des Präsidenten Wilson in der Richtung auf Erreichung des Friedens sehr weit zu gehen scheint.

Wer diese Stellen aus dem Buche des Herrn Gerard liest, bei dem steht eines fest: Als Wilson Herrn Gerard in Abschiedsaudienz empfing — kurz vor dem 4. Dezember —, hat er ihm nicht einmal einen kleinen Fingerzeig dafür gegeben, ob und wann er nun mit irgendeiner Aktion vorgehen werde; und das ist auch der Eindruck, den ich dann auch nach der Rückkehr des Herrn Gerard aus persönlicher Unterhaltung mit ihm sehr deutlich empfangen habe.

Ich wiederhole: seit acht Monaten hatten Wilson und sein Vertrauensmann, der Oberst House, über die Friedensaktion hin und her geredet, und immer noch fehlte jede präzise Zusage, jede präzise Meinungsäußerung des Präsidenten, daß er eine Friedensaktion unternehmen wolle, welche Art von Friedensaktion er unternehmen wolle und wann er eine Friedensaktion unternehmen wolle. Konnte die politische Reichsleitung die Verantwortung noch länger auf diesen ewig zaudernden, ewig vertröstenden, niemals auch nur mit dem kleinsten Worte sich bindenden Mann warten, wenn ihr aus der Gesamtlage heraus ein ernster Friedensversuch dringend geboten erschien?

Sie kennen die Entstehung des Verhandlungsvorschlages der Zentralmächte. Die erste Anregung zu dem Vorschlage hat Baron Burian in der Unterredung mit Herrn v. Bethmann Hollweg am 17. Oktober gegeben. Wenn der rumänische Feldzug zu einem gewissen Abschluß gekommen sein werde, müsse man den Versuch machen, ohne Preisgabe wesentlicher

Lebensinteressen ein Ende des Krieges herbeizuführen. Das war der Kern der Burianschen Meinungsäußerung.

Ganz unabhängig vom Baron Burian und ohne Kenntnis seiner Anregung kam ich in einer Besprechung mit Herrn v. Bethmann Hollweg am 25. Oktober über die Rede, die Sir Edward Grey zwei Tage vorher in London gehalten hatte, zu dem gleichen Vorschlag. Der Vorschlag lag in der Luft. Es waren die Tage der Einnahme von Konstanza und Cernavoda. Der rumänische Feldzug näherte sich seinem Ende. Die Lage war für uns wieder hergestellt. Die Aussicht, uns in absehbarer Zeit und ohne weitere entsetzliche Menschenopfer niederzukämpfen, war für unsere Feinde zerronnen. Das ganze ungeheure Ereignis des Krieges drängte auf einen Haltepunkt zu. Jedes menschliche Herz in der ganzen Welt mußte fühlen: entweder bringt Weihnachten dem leidenden und blutenden Europa die Verheißung: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! —, oder aber die entsetzlichste Steigerung des Völkerringens zum Verzweiflungskampfe, in dem alle Mittel gelten, ja noch mehr als das: die Gefahr des Unterganges der ganzen mehrtausendjährigen europäischen Kultur. So standen doch die Dinge.

Noch am Nachmittag des 25. Oktober besprach der Kanzler den Friedensschritt mit dem Kaiser und reiste mit dessen Zustimmung am Abend desselben Tages nach dem Großen Hauptquartier. Auch der Feldmarschall v. Hindenburg stimmte zu, daß versucht werden müsse, jetzt zum Frieden zu kommen.

Die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn und unseren anderen Bundesgenossen wurden aufgenommen. Sie waren nicht ganz leicht und haben eine gewisse Zeit beansprucht, aber sie wurden mit allem Nachdruck betrieben. Am 31. Oktober, nachdem der Kanzler dem Kaiser über den Gang der Dinge Bericht erstattet hatte, schrieb der Kaiser an den Kanzler einen Brief — jenen Brief, der nach meiner Ansicht doch auch in die Akten dieses Untersuchungsausschusses hineingehört, und den ich mir deshalb mit Erlaubnis des Herrn Vorsitzenden gestatten werde zu verlesen. Der Kaiser schrieb damals an den Kanzler:

> Der Vorschlag, Frieden zu machen, ist eine sittliche Tat, die notwendig ist, um die Welt, auch die Neutralen, von dem auf allen lastenden Druck zu befreien. Zu einer solchen Tat gehört ein Herrscher, der ein Gewissen hat und sich Gott verantwortlich fühlt, und ein Herz für seine und die feindlichen Menschen, der unbekümmert um die eventuellen absichtlichen Mißdeutungen seines Schrittes den Willen hat, die Welt von ihren Leiden zu befreien. Ich habe den Mut dazu. Ich will es auf Gott wagen!

Ich habe die Karte, auf die der Kaiser mit Bleistift diese Worte an den Kanzler geschrieben hat, damals mit eigenen Augen gesehen. Sie hat auf mich den tiefsten Eindruck gemacht. Ich frage: gibt

es hier jemanden, der an der Ehrlichkeit der Absicht, Frieden zu machen, der an dem tiefen sittlichen Ernst, der an dem christlichen und menschlichen Verantwortungsgefühl, das den deutschen Friedensschritt eingegeben hat, den leisesten Zweifel hegen kann? Darf es jemanden geben, der es in Kenntnis der wirklichen Vorgänge wagen will, Zweifel an dem Ernst, an diesem Verantwortungsgefühl in unser eigenes Volk und in die Welt hinauszutragen, in die Welt, die im Krieg unser Feind war, und die es — Gott sei es geklagt! — auch heute noch ist. Ich bekenne mich auch heute noch zu der Meinung: es wird für alle Zeiten ein Ruhmestitel des deutschen Namens sein, daß von Deutschland und seinen Verbündeten in jenem Zeitpunkt, der einen Frieden unter Gleichen gestattete, die Frage des Friedens vor der Welt aufgeworfen worden ist. Mögen Sie, meine Damen und Herren vom Ausschuß, an der taktischen Zweckmäßigkeit des Vorschlages Ausstellungen machen, mögen Sie bezweifeln, ob es nicht trotz des sieben- bis achtmonatigen Zögerns des Präsidenten richtig gewesen wäre, Herrn Wilson — um Herrn Wilson nicht zu „verstimmen" — die Vorhand zu lassen, selbst auf die Gefahr hin, daß abermals Monate und Monate mit Strömen von Blut dahingingen. Schließlich handelte es sich doch hier nicht um taktische Finessen, nicht um Fragen der Etikette, wer den Vortritt hat, und nicht um die Tischordnung bei einem Honoratiorendiner, es handelte sich um die Menschheitsfrage des Friedens nach mehr als zweijährigem Kriege, um die Frage, ob dieser Krieg ins Ungemessene fortgesetzt und gesteigert werden solle, oder ob die menschliche Vernunft stark genug sei, das zu verhindern. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Daß bei uns ein ehrlicher Wille war, der ehrliche Wille zum Frieden, wer will das bestreiten? Es hätte zum Frieden kommen müssen — müssen, unter allen Umständen zum Frieden kommen müssen, wenn ein Funke dieses ehrlichen Willens auf der Seite unserer Feinde vorhanden gewesen wäre. Ich sage weiter, es hätte zum Frieden kommen müssen, wenn auch auf der Seite der mächtigsten neutralen Macht, der Vereinigten Staaten von Amerika, und ihrer leitenden Männer der Wille zum Frieden in derselben ehrlichen, überzeugten Weise vorhanden gewesen wäre wie auf unserer Seite.

Ich gehe nicht weiter auf Einzelheiten ein, die bereits dargestellt worden sind, sondern stelle nur die wichtigsten Punkte der weiteren Entwicklung fest.

Am 12. Dezember kamen wir mit unserem Friedensangebot heraus. Es war ein vernünftiger, sachlicher Vorschlag, ein Vorschlag zum Verhandeln zwischen den Kriegführenden auf einer Grundlage, die Ehre, Dasein und Entwicklungsfreiheit unseres Volkes und der Völker unserer Verbündeten gewährleisten sollte. Ich kann bezeugen, daß den Männern, von denen dieser Schritt ausging, die Absicht der Durchkreuzung einer etwaigen Wilsonschen Friedensaktion fernlag. Ich kann es

um so eher bezeugen, als ich persönlich von Anfang an einer Wilsonschen Friedensaktion skeptisch gegenübergestanden habe, als ich von Anfang an von einer Wilsonschen Friedensaktion wenig gehalten habe. Ich habe damals, als der Kanzler am 31. August 1916 in Pleß in Gegenwart des Herrn v. Jagow von einem Appell an den Präsidenten Wilson in Sachen des Friedens sprach, meine Einwendungen geltend gemacht. Ich konnte nach allen Erfahrungen, die wir bisher mit Wilson und mit Amerika gemacht hatten, kein Glück darin sehen, den amerikanischen Präsidenten in die Friedensangelegenheit hineinzuziehen. Ich habe damals zur Erwägung gestellt, lieber die Verständigung mit Rußland auf Kosten Polens und nötigenfalls auch des von den Russen besetzten Ostgaliziens zu suchen.

Ich war weiterhin im einzelnen, in allen Details über den Telegrammwechsel mit dem Grafen Bernstorff natürlich nicht unterrichtet; aber das kann ich sagen, daß ich aus allen meinen Unterhaltungen mit Herrn v. Bethmann Hollweg, mit dem ich doch damals in ständiger Verbindung stand, den Eindruck gewonnen habe, daß auch Herr v. Bethmann Hollweg in der Weise, wie er es hier geschildert hat, allmählich an die ernstliche Absicht Wilsons, etwas für den Frieden zu tun, nicht mehr recht glauben wollte. Können Sie sich nach der Darstellung, die ich Ihnen gegeben habe, darüber wundern? Kann sich auch der Geduldigste darüber wundern nach allen diesen Verzögerungen, denen doch diese Friedenssache seit dem April 1916 ausgesetzt war?

Auf unser Friedensangebot wurde dann am 21. Dezember die Friedensnote des Präsidenten Wilson überreicht. Niemand kann wissen, und auch Herr Professor Bonn scheint es nicht für ausgemacht zu halten, daß sie überreicht worden wäre, wenn unser Friedensangebot nicht vorangegangen wäre. In der Sache kam das Friedensangebot Wilsons auf das gleiche Ziel hinaus wie der Vorschlag der Mittelmächte, nämlich auf einen gegenseitigen Austausch der Friedensbedingungen. Nur hatten wir für dieses Ziel einen bestimmten Weg vorgeschlagen, nämlich den alsbaldigen Eintritt der Kriegführenden in Friedensverhandlungen. Herr Wilson dagegen hatte in seiner Note den Weg ausdrücklich offen gelassen. Er hat in seiner Note ausdrücklich gesagt, daß er einen bestimmten Weg, um zu diesem Ziele zu gelangen, nicht vorschlagen, sondern diesen Weg den Kriegführenden überlassen wolle. Unter der Hand allerdings hat er durch den Obersten House beim Grafen Bernstorff die Idee propagiert, daß er in dieser Friedensangelegenheit — ich gebrauche denselben Ausdruck, den der Oberst House gebraucht hat — als Clearing House benutzt werden solle. Für diese Funktion als Clearing House hat sich der Präsident Wilson unter der Hand empfehlen lassen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Darf ich bitten, diese Note vorzulesen, Exzellenz?! Der Inhalt scheint mir doch ein anderer zu sein. Es kommt darauf an, daß in dieser Note Wilson die

Friedensbedingungen verlangt hat, daß er gerade positiv ersucht hat, man solle ihm die Friedensbedingungen mitteilen.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: „Ihm" — das steht in der Note nicht drin! Es heißt in der Note ausdrücklich, daß die Friedensbedingungen öffentlich bekannt gemacht werden möchten, so daß sie miteinander verglichen und ausgeglichen werden könnten.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Jawohl!

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Er hat aber ausdrücklich erklärt, daß er die Wege dazu den Kriegführenden offen hält. Er hat ausdrücklich, wenn ich mich recht entsinne — ich habe die Note augenblicklich nicht zur Hand —, erklärt, daß er nicht Vermittler sein und auch nicht mal einen bestimmten Vorschlag machen wolle, sondern die Art und Weise den Kriegführenden überlasse. Aber ich möchte empfehlen, die Sache vielleicht im Zusammenhang behandeln zu können.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Da ist die Note. Es fängt an mit der Bitte, die Friedensbedingungen mitzuteilen.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich bin bei der Note vom 21. Dezember.

Vorsitzender: Vielleicht kann der Herr Berichterstatter sie vorlesen, schon um Ihre Stimme zu schonen.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich habe hier die entscheidende Stelle! Der Präsident regt an, daß

> „baldigst Gelegenheit genommen werde, von allen jetzt kriegführenden Staaten ihre Ansichten über die Bedingungen zu erfahren",

— also ganz unpersönlich: daß Gelegenheit genommen werde, die Bedingungen zu erfahren —

> „unter denen der Krieg zum Abschluß gebracht werden könnte, und über die Vorkehrungen, die gegen eine Wiederholung des Krieges oder die Entfachung irgendeines ähnlichen Konflikts in der Zukunft zufriedenstellende Bürgschaft leisten könnten, so daß sich die Möglichkeit bietet, sie offen zu vergleichen. Dem Präsidenten ist die Wahl der zur Erreichung dieses Zieles geeigneten Mittel gleich."

— Also genau das, was ich sagte. —

> „Er ist gern bereit, zur Erreichung dieses Zweckes seinerseits in jeder Weise dienlich zu sein oder sogar die Initiative zu ergreifen; er wünscht jedoch nicht, die Art und Weise und die Mittel zu bestimmen. Jeder Weg wird ihm genehm sein, wenn nur das große Ziel, das er im Auge hat, erreicht wird."

Also hier hat der Präsident seinerseits keinen bestimmten Weg empfohlen, sondern es den Kriegführenden überlassen, sich hierüber

schlüssig zu werden. Unter der Hand hat er allerdings durch den Obersten House dem Grafen Bernstorff sagen lassen, er würde gern als „Clearing House“ figurieren.

Nun ist für den weiteren Gang der Dinge die Tatsache wichtig, daß, schon ehe Wilson seine Friedensnote der Öffentlichkeit übergab, die feindlichen Staatsmänner in Parlamentsreden Stellung zu unseren Friedensvorschlägen genommen haben. Am eiligsten hatten es die Franzosen. Unser Friedensangebot wurde am 12. bekanntgegeben, und schon am 13. Dezember erklärte der Ministerpräsident Briand unseren Vorschlag für ein Manöver, das bestimmt sei, unter den Verbündeten Zwietracht zu säen. Er hat es wirklich sehr eilig gehabt, Herr Briand! Die folgenden Tage brachten Erklärungen der Russen, der Italiener und Englands, alle scharf ablehnend. Am ehesten konnte man noch in der Erklärung des Herrn Sonnino — vielleicht und bei sehr, sehr gutem Willen — eine versteckte Hintertür zum Frieden finden.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Darüber lag eine besondere Note vor.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich will darauf nicht eingehen, weil es in geheimer Besprechung erörtert werden soll, ob und inwieweit bei Herrn Sonnino ein Spezialfall vorliegt, ob bei ihm damals ein Wille zum Frieden bestand. Darum sage ich: man könnte aus der Note bei sehr, sehr gutem Willen und recht versteckt vielleicht eine Hintertür zum Frieden finden.

Am 30. Dezember brachte dann die gemeinsame Antwortnote der Entente auf unseren Friedensvorschlag die offizielle Antwort. Sie lehnte die Annahme des „Angebots ohne Aufrichtigkeit und Bedeutung“ mit schneidender Schärfe ab. Der Inhalt dieser Antwort, erlassen in voller Kenntnis der Wilsonschen Friedensnote, ließ bereits erwarten, daß auch der Vorschlag Wilsons von der Entente eine glatte Ablehnung erfahren würde. Vom 21. bis 30. Dezember hatte die Entente Zeit, in Kenntnis der Wilsonschen Note ihre Antwort zu formulieren, und wenn die geringste Absicht bestand, auf die Wilson-Note keine ganz ablehnende Antwort zu geben, so durfte die Friedenstür nicht so ins Schloß geworfen werden, wie es durch die Antwort vom 30. Dezember an uns geschah.

Die Wilson-Note ist bekanntlich abgelehnt worden in der gemeinsamen Note der Ententemächte, die Briand am 10. Januar 1917 in Paris dem amerikanischen Botschafter übergeben hat. Diese Note warf in den schärfsten Worten alle Verantwortlichkeit für den Krieg und für alle Ausschreitungen der Kriegführung auf die Mittelmächte. Diese Note stellte Kriegsziele auf, die nichts weiter waren und bedeuteten als die Verstümmelung und Erniedrigung Deutschlands, die Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie und die Zertrümmerung der

Türkei, kurz ein Programm, das dem Frieden von Versailles so ähnlich sieht wie ein Ei dem andern. Die Ententemächte verwahrten sich — und das ist auch noch ein wichtiger Punkt — in ihrer Note mit höflichen Worten — denn es ging hier gegen Wilson und nicht gegen uns —, aber doch mit hinreichend deutlichen Worten gegen jede Gleichstellung mit den Zentralmächten. Diese Verwahrung gegen die Gleichstellung mit den Zentralmächten richtete sich gegen Wilson. Die Verwahrung war eine kategorische Zurückweisung jeder Vermittlung und aller guten Dienste, die ein Dritter zur Herbeiführung einer Verständigung zwischen beiden kriegführenden Gruppen überhaupt erweisen konnte. Eine solche Vermittlung und solche guten Dienste sind überhaupt nur zwischen Gleichstehenden möglich.

Als ich damals diese Note las, sagte ich mir: dem Präsidenten Wilson ist in seinem Leben ein solcher Affront noch nicht vorgekommen; ich bin gespannt, was Präsident Wilson auf diesen Affront — deutlich lesbar für jeden, der diplomatische Schriftstücke zu lesen versteht — antworten wird. Sie kennen ja die Antwort. Ich werde nachher darauf zurückkommen, muß aber hier eine Bemerkung dazwischenschalten.

Gegenüber dem scharfen Abschneiden einer jeden Friedensaktion, das durch keinen noch so wohlmeinenden Versuch von dritter Seite, die Dinge im milderen Lichte erscheinen zu lassen, aus der Welt geschafft werden konnte — die Tatsachen waren zu brutal —, gegenüber dem scharfen Abschneiden treten die in früheren Sitzungen des Ausschusses erwähnten eingehenden Unterhaltungen an Bedeutung zurück, in denen Oberst House den Herrn Grafen Bernstorff und durch ihn die deutsche Regierung für die Wilsonsche Idee des „Clearinghouse“ zu gewinnen suchte. Die ganzen Bemühungen des Obersten House in jener Zeit gingen, soweit ich aus den Aktenstücken ersehen habe, darauf hin, die deutsche Regierung für die Idee des „Clearinghouse“ zu gewinnen. Die deutsche Regierung blieb auf der mit der deutschen Heeresleitung und den Bundesgenossen vereinbarten Linie des unmittelbaren Gedankenaustausches zwischen den Kriegführenden, das heißt dem Gedankenaustausch ohne Clearinghouse, als einem geeigneten Wege, zum Frieden zu gelangen, stehen und brachte das in der Antwort auf die Wilson-Note vom 6. Dezember zum Ausdruck; sie fügte noch den Vorschlag hinzu, es möchten Delegierte der Kriegführenden alsbald an einem neutralen Orte zusammentreten. Das war ein präziserer Vorschlag als unser Angebot vom 12. Dezember, worin nur im allgemeinen vom Eintritt in Friedensverhandlungen gesprochen worden war. Jetzt schlugen wir vor, daß alsbald Delegierte aller Kriegführenden an einem neutralen Ort zu einer Aussprache über die Friedensmöglichkeiten zusammentreten möchten, um zu erwägen, wie Wilson angeregt hatte, ob ein Ausgleich der Friedensziele möglich sei.

Die deutsche Regierung hat an ihrem Standpunkt auch weiterhin festgehalten. Ich verweise auf das Telegramm des Grafen Bernstorff vom 29. Dezember, das in Berlin am 3. Januar 1917 einging und von Herrn Staatssekretär Zimmermann am 7. Januar beantwortet worden ist. Immerhin enthielt die Antwort des Herrn Staatssekretärs Zimmermann vom 7. Januar die Erklärung, daß *unsere Kriegsziele* im Gegensatz zu den Kriegszielen der Entente überaus mäßig seien, und daß wir Belgien nicht annektieren wollten, eine Erklärung, die nach einer Mitteilung des Obersten House an den Grafen Bernstorff vom Präsident Wilson als „höchst wertvoll“ betrachtet wurde.

Bisher, meine Damen und Herren, solange wir auf unserem Programm feststanden: unmittelbare Aussprache zwischen den Kriegführenden über die eigentliche Frage des Friedensschlusses; dann eine Konferenz unter Zuziehung der Neutralen über die allgemeinen völkerrechtlichen Fragen, die bei dem Friedensschluß geregelt werden sollten, wie Abrüstung, Schiedsgerichte, Völkerbund, — solange hatte die Frage, welche *Stellung Präsident Wilson zu den Kriegszielen* der einzelnen kriegführenden Gruppen materiell einnehmen werde, keine Rolle gespielt, jedenfalls keine Rolle in dem Depeschenwechsel zwischen Berlin und Washington, auch wohl keine Rolle in den Verhandlungen des Grafen Bernstorff und dem Vertrauensmanne des Präsidenten. Das wurde natürlich anders, sobald die Idee des „Clearinghouse“ in Sicht trat. Wie sich derjenige, der die beiderseitigen Bedingungen entgegennimmt, materiell zu der Frage der Friedensbedingungen stellt, ist natürlich eine ganz andere Frage als die, wie derjenige sich zu den Friedensbedingungen stellt, der die beiden Parteien lediglich zusammenführt und sagt: nun bleibt allein und sprecht euch erst einmal untereinander aus.

Bisher war man also auf unserer Seite der Meinung gewesen, daß es möglich sein werde, die Mitwirkung des Präsidenten Wilson bei den eigentlichen Friedensverhandlungen darauf zu beschränken, daß es seinen guten Diensten gelingen werde, die beiden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Wenn jetzt Wilson im Anschluß an seine Friedensnote vom 21. Dezember, die anscheinend alle Wege offen ließ, die Aufgaben des „Clearinghouse“ in Anspruch nahm und insistierte, daß ihm von beiden Seiten die Friedensziele mitgeteilt werden möchten, so war das ein wichtiger Schritt über den bisher vereinbarten Rahmen hinaus. Es war von da an nur noch ein einziger Schritt bis zu dem Schiedsrichter unter den kriegführenden Parteien.

Die Ententemächte hatten nun in ihrer Kollektivnote vom 10. Januar Wilson ihre Friedensziele, die bekannten exorbitanten Bedingungen, von denen ich vorhin gesprochen habe, mitgeteilt. Jetzt mußte Klarheit werden, wohin eigentlich die Wilsonsche Friedensaktion zielte. Auch von beachtlicher neutraler Seite wurde

die Meinung ausgesprochen, wenn der Präsident seinen Friedensvorschlag ernstlich gemeint habe, müsse er unzweideutig zum Ausdruck bringen, daß diese Antwort der Sache des Friedens nicht dienen könne, sondern den Fortgang des Krieges unvermeidbar mache. Ein Urteil von beachtlicher neutraler Seite!

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer**: Es bestehen noch andere neutrale Stimmen.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Gewiß, ich habe schon erwähnt, daß noch andere neutrale Stimmen bestehen.

Vorsitzender: Das kann nur vertraulich besprochen werden. Ich würde übrigens vorschlagen, um Ihre Stimme nicht übermäßig anzustrengen, daß wir um 1 Uhr oder bei einem passenden Abschnitt, der in Ihrem Belieben steht, abbrechen. Andererseits glaube ich, daß unsere Aufmerksamkeit durch die Fülle des von Ihnen vorgetragenen Materials auf die Dauer überanstrengt wird.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Auf meine Stimme bitte ich keine Rücksicht zu nehmen.

Vorsitzender: Wie lange wird Ihr Vortrag noch dauern?

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Mein Vortrag wird noch ungefähr 40 Minuten in Anspruch nehmen.

Vorsitzender: Das dürfte nun doch eine zu große Anstrengung für uns bedeuten. Ich möchte infolgedessen meinen Vorschlag wiederholen, daß Sie, Exzellenz, sobald dieser Abschnitt zu Ende ist, mit Ihrem Vortrag für heute abbrechen.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Wir stehen jetzt, wenn ich diesen Abschnitt vollenden darf, vor der Frage, wie Wilson zu der ungeheuerlichen Ententeantwort, die geradezu die Ankündigung des Versailler Friedens war, sich verhielt.

Wilson richtete am 22. Januar jene vielbesprochene Botschaft an den Kongreß, die am gleichen Tage den sämtlichen Kriegführenden durch die diplomatischen Vertreter offiziell übermittelt wurde. In dieser Botschaft erging sich der Präsident des langen und breiten über die ihm vorschwebende künftige Ordnung der Welt. Für die akute Friedensfrage wichtig waren folgende Punkte:

1. Die Botschaft enthielt nicht nur keine Zurückweisung der unerhörten Kriegsziele der Entente, sondern eine Zensurierung der Ausführungen der Entente und der Mittelmächte, die deutlich zugunsten der Entente ausfiel und — das stelle ich fest im Gegensatz zu einer von dem Herrn Abgeordneten Dr. Sinzheimer in der ersten Sitzung des Ausschusses versuchten Abmilderung — die für die Mittelmächte schlechthin unannehmbaren Kriegsziele der Entente als diskutabel behandelte. Der Präsident sagte in seiner Botschaft:

„Die Mittelmächte erwiderten in einer Note, die lediglich — merely heißt es im Text —

> besagte, daß sie bereit seien, mit ihren Gegnern zu einer Konferenz zusammenzutreten, um die Friedensbedingungen zu erörtern. Die Mächte der Entente haben viel ausführlicher geantwortet, und wenn auch nur in allgemeinen Umrissen, so doch mit genügender Bestimmtheit, um Einzelfragen einzubeziehen, die Vereinbarungen, Bürgschaften und Wiederherstellungen angegeben, die ihnen als die unumgänglichen Bedingungen einer befriedigenden Lösung erscheinen. Wir sind dadurch der endgültigen Erörterung des Friedens, der den gegenwärtigen Krieg beenden soll, um so viel näher gekommen.

Ich unterstreiche den letzten Satz doppelt, weil der Herr Referent ihn in seinem einleitenden Referat bei der Wiedergabe der unmittelbar vorausgehenden Sätze der Botschaft nicht mit vorgelesen hat. In diesem Satz werden die unerhörten Kriegsziele der Entente, von denen Wilson ausdrücklich mitteilt, daß sie der Entente als die unumgänglichen Bedingungen einer befriedigenden Lösung erscheinen — Bedingungen, so unerhört, daß sie für jedes nicht niedergebrochene Volk unannehmbar sein mußten —, als solche bezeichnet, durch die man der Erörterung des Friedens so viel näher gekommen sei.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Sie beziehen das — ich habe privatim mit Ihnen darüber gesprochen — nur auf den letzten Satz.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich beziehe es auf beide.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Nein. In dem folgenden Gedankengang: Die Mittelmächte haben sich zu einer Friedenskonferenz bereit erklärt, um über den Frieden zu sprechen, die Entente hat ihre Friedensbedingungen mitgeteilt, durch beide Äußerungen sind wir dem Frieden nähergekommen, — darin liegt das Wesen der Äußerung.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Die Zensur sehe ich heute und sah ich damals darin, daß der Präsident sagte: Die Zentralmächte haben „lediglich" — merely — ihre Friedensbedingungen mitgeteilt, während die anderen viel ausführlicher geantwortet haben. Darin liegt eine Zensur.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Sinzheimer.)

— Wenn Sie ein anderes Gefühl haben, dann kann ich es nicht ändern. Mein Eindruck ist der, den ich festgestellt habe.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Das Wesentliche ist: Hat der Präsident Wilson die Bedingungen als eine Diskussionsgrundlage, als diskutabel bezeichnet?

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich lese noch einmal vor:

> Die Mittelmächte erwiderten in einer Note, die lediglich besagt, daß sie bereit seien, mit ihren Gegnern zu einer Konferenz zusammentreten, um die Friedensbedingungen zu erörtern.

Daß das „lediglich" kein Ausdruck der Befriedigung oder Anerkennung ist, werden Sie mir zugeben. Dann heißt es:

> Die Ententemächte haben viel ausführlicher geantwortet, und, wenn auch nur in allgemeinen Umrissen, so doch mit genügender Bestimmtheit, um Einzelfragen einzubeziehen, die Vereinbarungen, Bürgschaften und Wiederherstellungen angegeben, die ihnen als die unumgänglichen Bedingungen einer befriedigenden Lösung erscheinen.

Hierauf mußte, wenn der Friede kommen sollte, der Satz folgen: Diese Bedingungen sind unmöglich, so kommen wir nicht zum Frieden. Aber statt dessen folgt der Satz:

> Wir sind dadurch

— beziehen Sie unsere Erklärung mit ein, aber wir sind durch die unerhörte Antwort der Entente, die die Tür des Friedens für jeden, der denken konnte, zuschlug —

> der endgültigen Erörterung des Friedens, der den gegenwärtigen Krieg beendigen sollte, um so viel nähergekommen.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Weil zwei Äußerungen vorliegen!

Sachverständiger Dr. Bonn: Ich glaube, die Sache läßt sich, wenn wir alles Pathos weglassen, sehr einfach erklären. Es handelt sich um folgendes. Da ist jemand, der eine Vermittlerrolle spielen will, der die beiden Parteien zusammenführen will. Er wendet sich an beide Parteien. Die eine Partei sagt: Ich bin bereit, mich mit der anderen Partei an einen Tisch zu setzen. Das ist das, was w i r gesagt haben. Die andere Partei stellt eine Anzahl von Bedingungen auf. Sie erklärt dabei ausdrücklich: Ich bin nicht bereit, den andern als gleichberechtigt zu behandeln. Darauf sagt der Präsident Wilson, der Vermittler: Durch diese beiden Äußerungen kommen wir einen Schritt weiter; A will sich mit B an den Tisch setzen; B sagt positiv, was er will; infolgedessen hat man eine Grundlage,

(Zurufe und Unruhe)

— ich bitte, mich ausreden zu lassen — infolgedessen hat man eine Grundlage, über die man reden kann. Nun wird ausgeführt: B sagt aber, daß er sich mit dem andern nicht an einen Tisch setzen will; B will, daß der andere nicht als Gleichberechtigter behandelt wird. Da setzt nun der wesentliche Sinn der ganzen W i l s o n s c h e n A k t i o n ein, indem Wilson erklärte, er wolle einen Frieden der Gleichberechtigten. Ich bringe das im Augenblick schon vor. Es

wäre gewiß viel besser, wenn wir alle diese Erörterungen auf eine spätere Zeit verschieben würden.

(Zustimmung.)

Wenn aber gewertet wird, dann muß von allen Seiten gewertet werden.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Ich glaube, daß auch das Referat des Herrn Dr. Sinzheimer gewisse Wertungen enthalten hat; auch ich kann die Dinge hier nicht vortragen, ohne gewisse Wertungen hinzuzufügen; denn diese Wertungen geschehen jetzt nicht ex post, sondern sie geschahen damals, als es sich um die große Entscheidung handelte, die hier zur Erörterung steht. Diese Wertungen waren ausschlaggebend für meine Haltung am 31. Januar. Deswegen beanspruche ich das Recht, darüber zu sprechen, und dieses Recht wird mir auch von dem Herrn Vorsitzenden gewährt.

Vorsitzender: Selbstverständlich haben Exzellenz dieses Recht. — **Ich bitte, jetzt fortzufahren, wenn noch** etwas hinzuzufügen ist.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Ich glaube, daß es am besten wäre, wenn die Herren mich diesen Abschnitt ohne weitere Unterbrechung kurz beendigen ließen, und wenn ich dann morgen im Anschlusse daran meine weiteren Ausführungen machen könnte.

Vorsitzender: Ich bitte also nunmehr, Exzellenz, die Ausführungen bis zu einem natürlichen Abschnitt zu Ende zu führen, und ich bitte die Herren, möglichst weitere Fragen zu unterlassen.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Was wir erwartet hatten und erwarten mußten, war, daß der Präsident Wilson, wenn er ehrlich den Frieden herbeiführen wollte und außerdem für dieses Geschäft das notwendige Verständnis für unsere Lebensinteressen hatte, nun der Entente zu verstehen gab, wie auch neutrale Staatsmänner angenommen haben: diese Bedingungen machen jeden Frieden unmöglich. Der Präsident war aber der Ansicht, daß wir mit durch diese Antwort der Entente dem Frieden nähergekommen seien. Daraus mußte für uns der Eindruck entstehen: Dank dem Gott, der uns vor diesem Friedensvermittler bewahrt hat. — Das ist der erste Punkt.

Ich erinnere weiter daran, daß in der Botschaft des Präsidenten Wilson der Satz vorkam:

> Ich halte es zum Beispiel

— ganz nebensächlich, wie man etwa über ein Butterbrot und ein Ei spricht —

> ich halte es zum Beispiel für ausgemacht, daß die Staatsmänner überhaupt darin übereinstimmen, daß es ein einiges, unabhängiges, selbständiges Polen geben sollte.

Gleich darauf sprach er von der Notwendigkeit, allen großen Nationen, zu denen natürlich auch die Polen gehören, einen

direkten Ausgang zur See zu geben, wo dies durch Gebietsabtretungen nicht möglich sei, durch die Neutralisierung der Zugänge unter allgemeiner internationaler Garantie, — die wir ja jetzt im Frieden von Versailles glücklich bekommen haben.

Also nicht nur, daß Wilson die unerhörten Kriegsziele der Entente allgemein als diskutabel behandelte, sie jedenfalls nicht als ein Hindernis zum Frieden ansah, — er nahm in einem für Deutschland ganz besonders empfindlichen Einzelpunkt seinerseits eine dezidierte Stellung für eine Lösung ein, die für ein nicht niedergeworfenes Deutschland schlechthin unannehmbar war. Es ist bei der Vernehmung des Grafen Bernstorff davon die Rede gewesen — Graf Bernstorff hat es ja mit einem kleinen Lächeln bestätigt —, Herr Wilson habe von den Verhältnissen in unseren Ostmarken und in Polen keine Ahnung gehabt. Ich nehme an, daß dies richtig ist. Sonst würde ich Wilson als den größten Kriegsverlängerer allein wegen dieser Äußerung bezeichnen. Selbst wenn er keine Ahnung von den Verhältnissen hatte, über die er in einem so wichtigen Akt, wie in dieser Botschaft vom 22. Januar, über unsere Köpfe hinweg sich aussprach und festlegte, so sage ich noch einmal: Dank dem Gott, der uns vor diesem Friedensvermittler bewahrt hat.

Ich habe nie begriffen, und ich werde es nie begreifen, daß diese Senatsbotschaft Wilsons von dieser und jener Seite als eine Bekundung des guten Willens, der Unvoreingenommenheit und der Unparteilichkeit Wilsons angesehen worden ist. Für mich war sie eine Bestätigung meiner schlimmsten Befürchtungen. Für mich war sie ein Dokument, das die Unfähigkeit Wilsons, sich aus seiner Voreingenommenheit zu befreien, das seine Unkenntnis unserer Geschichte, unserer geographischen, unserer Bevölkerungsverhältnisse und unserer nationalen Lebensbedürfnisse, das sein unheilbares Vorurteil gegen Deutschland ins hellste Tageslicht stellte. Ich kann es mir auch heute noch nur durch die lange Abschnürung eines jeden unmittelbaren Verkehrs und jeder unmittelbaren Berührung mit der deutschen Heimat und nur mit der starken Suggestion der amerikanischen Umwelt erklären, wenn der Botschafter Graf Bernstorff in dieser Botschaft einen weiteren Schritt zu einem für uns annehmbaren Frieden gesehen hat und auch nach dem 22. Januar in diesem Sinne berichtete. Hinter dieser Botschaft des Präsidenten Wilson vom 22. Januar 1917 zeigte sich bereits das Gesicht des Wilson von Versailles.

Damit möchte ich für heute schließen.

Vorsitzender: Wir brechen die Verhandlungen ab. Fortsetzung Freitag, den 14. November, vormittags 10 Uhr.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 9 Minuten.)

11. Sitzung des 2. Unterausschusses

Freitag den 14. November 1919.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 25 Minuten durch den Vorsitzenden, Abgeordneten Warmuth, eröffnet.

Vorsitzender: Ich eröffne die Sitzung und bitte Exzellenz Helfferich, in seinen Ausführungen fortzufahren.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! Ich darf kurz, um Ihre Erinnerung auf die wichtigsten Punkte meiner vorgestrigen Ausführungen zu konzentrieren, einiges rekapitulieren.

Im Brennpunkt der Fragen, die an mich gestellt worden sind, stand diejenige, wie es sich erklärt, daß ich in dem bei den Akten des Ausschusses befindlichen Telegramm vom 9. Januar 1917 an den Herrn Reichskanzler noch Einwendungen gegen die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges am 1. Februar 1917 geltend gemacht habe, und daß ich dann am 31. Januar, also drei Wochen später, hier in diesem Saal vor dem Hauptausschuß des Reichstags die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges am 1. Februar vertreten habe. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß der U-Boot-Krieg keine Glaubenssache, sondern eine politische Handlung ist, eine politische Handlung im Krieg, die sich nach den Verhältnissen zu richten hat. Ich habe ferner auf die neuen Tatsachen aufmerksam gemacht, die nach meinem Telegramm vom 9. Januar, das um 4 Uhr morgens geschrieben ist, und vor meinem Auftreten hier am 31. Januar desselben Jahres im Reichstag sich ereignet haben.

Ich rekapituliere diese Tatsachen: 1. Der am Abend des 9. Januar im Hauptquartier gefaßte, und zwar unumstößlich gefaßte Beschluß, den U-Boot-Krieg zum 1. Februar zu eröffnen. 2. Die Kollektivantwort der Ententemächte an den Präsidenten Wilson vom 10. Januar, also vom Tage darauf, die die Friedenstür geradezu schallend ins Schloß geworfen hat, die nach meiner Auffassung die Sache des Friedens für jenes Stadium des Krieges aussichtslos machte. 3. Die Senatsbotschaft des Präsidenten Wilson, die meine schlimmsten Befürchtungen in bezug auf die materielle Neutralität des Präsidenten bestätigte, die mir zeigte, daß eine Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson, die uns einen für uns annehmbaren und erträglichen Frieden verschaffen würde, überhaupt nicht mehr zu

erwarten war. Denn in dieser Botschaft hat der Präsident — das wiederhole ich — erstens unsere Antwort auf seine Note, in der wir die sofortige Beschickung einer Friedenskonferenz an einem neutralen Platze vorschlugen, einer Friedenskonferenz, zu der wir Vorschläge mitbringen wollten, die lediglich Ehre, Dasein und Entwicklungsfreiheit unseres Volkes sicherstellten, mit einer Zensur versehen, daß sie „lediglich" den Vorschlag des Zusammentritts einer Konferenz enthalten habe. Er hat diese Zensur ausgesprochen, obwohl ihm inzwischen durch den Grafen Bernstorff eröffnet war, daß unsere Friedensziele maßvoll seien und daß wir insbesondere Belgien nicht zu annektieren wünschten, und obwohl der Oberst House, der Vertraute des Präsidenten Wilson, in dessen Auftrag dem Grafen Bernstorff eröffnet hatte, daß der Präsident Wilson diese unsere Mitteilungen als höchst wertvoll betrachte. Dagegen hat er die unerhörte Antwort der Entente, die ja leider Gottes in dem Versailler Frieden zwei Jahre später ihre Verwirklichung gefunden hat, nicht etwa als das zurückgewiesen, was sie war, nämlich als das Ende der Friedensbestrebungen, sondern er hat diese Antwort — Herr Dr. Sinzheimer mag Einwendungen machen, soviel er will — als diskutabel behandelt.

Er hat zweitens in einem Spezialfall, der uns besonders nahe ging, in die materiellen Kriegsziele eingegriffen in einer für uns unerträglichen Weise, in einer Weise, die das Schlimmste für alle Zukunft befürchten lassen mußte, nämlich in der Frage P o l e n, wo er beiläufig erklärte, daß bei allen Staatsmännern selbstverständlich Übereinstimmung darüber herrschte, daß es ein freies, unabhängiges Polen geben müsse. Und bald darauf folgte der Zusatz von dem freien Zugang zum Meer entweder durch territoriale Abtretung oder, wo das nicht möglich sei, durch Neutralisierung der Zufahrtstraßen unter allgemeiner internationaler Garantie. — Das sind die drei Ereignisse, die zwischen meinem Telegramm vom 9. Januar und meinem Auftreten im Hauptausschuß am 31. Januar lagen.

Ich fahre nun weiter fort. Als Herr G e r a r d am 22. Januar im Auswärtigen Amt einen Abdruck der Botschaft überreichte, die der Präsident Wilson im gleichen Augenblick im amerikanischen Kongreß verlas, war in der Frage des U-Boot-Krieges die E n t s c h e i d u n g, wie Sie wissen, bereits gefallen. Ende November oder Anfang Dezember 1916 hatte der Admiralstab auf Grund eines Spezialfalles die Wiederaufnahme des verschärften U-Boot-Krieges gegen die bewaffneten Handelsschiffe verlangt, auf Grund eines Spezialfalles, der mir hierfür an sich eine Rechtfertigung zu geben schien. Graf Bernstorff ist davon in einem Telegramm vom 1. Dezember 1916 verständigt worden. Über diesen Punkt ist es zwischen der politischen Leitung einerseits, dem Admiralstab und der Obersten Heeresleitung andererseits, wie die Akten ergeben, zu

sehr lebhaften Auseinandersetzungen gekommen. Ich habe dabei die Ansicht vertreten, daß, wenn ich auch den Einzelfall, der die Veranlassung zur Wiederaufnahme des verschärften U-Boot-Krieges gab, durchaus würdigte, eine Verkündigung der Wiederaufnahme des verschärften U-Boot-Krieges gegen die Handelsschiffe angesichts der von der amerikanischen Regierung in dem Memorandum vom 25. März 1916 eingenommenen Haltung die Friedensaktion kompromittieren und die Gefahr eines Bruches mit Amerika in der gleichen Weise heraufbeschwören würde, wie der uneingeschränkte U-Boot-Krieg. Herr Staatssekretär Zimmermann hat neulich hier bekundet — und das stimmt mit den Tatsachen überein —, daß er in diesem Punkt anderer Ansicht war, daß er glaubte, man würde jetzt bei der amerikanischen Regierung einiges Verständnis für den verschärften U-Boot-Krieg finden. Immerhin sind dann die Weisungen nach Washington bis in den Januar 1917 hinein verschoben worden, und diese Angelegenheit hat dann im weiteren Verlauf der Entscheidung über den unbeschränkten U-Boot-Krieg für den Gang der Dinge keine besondere Rolle mehr gespielt.

Die Erörterung über die Wiedereröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges war, seit sie Anfang Oktober im Hauptausschuß des Reichstages zur Sprache gekommen war, zeitweilig durch unsere Friedensaktion vollständig in den Hintergrund gedrängt worden. Sie wurde, sobald sich das Scheitern unserer Friedensaktion annehmen ließ, erneut aufgerollt, und zwar durch das dem Ausschuß vorliegende Telegramm des Generals Ludendorff vom 20. Dezember. Das Telegramm lautet:

> Nachdem Lloyd George

— der am 18. vor dem Unterhause Erklärungen abgegeben hatte —

> das Friedensangebot durch seine Erklärungen im Unterhause abgelehnt hat,

— das ist in einer sehr scharfen Weise geschehen —,

> bin ich auf Grund der Eindrücke, die ich an der Westfront gewonnen habe, der Überzeugung, daß nunmehr der U-Boot-Krieg mit aller Schärfe einsetzen muß.

Der Reichskanzler stellte dem entgegen, daß zunächst die formelle Antwort der Entente abgewartet werden müßte und daß dann der Verabredung gemäß die Frage des U-Boot-Krieges gegen bewaffnete Handelsschiffe betrieben werden sollte. In einer persönlichen Aussprache in Pleß, der auch der Staatssekretär Zimmermann und ich beiwohnten, erklärte der Reichskanzler, seine weitere Haltung zur Frage des uneingeschränkten U-Boot-Krieges von der endgültigen Stellungnahme der Entente zu unserem Friedensschritt und zu der Friedensaktion des Präsidenten Wilson und von der weiteren Entwicklung der gesamten Frage abhängig

machen zu müssen. Wenn im gegebenen Moment eine Einigung zwischen ihm, der Obersten Heeresleitung und dem Admiralstabe nicht zu erzielen sei, werde die Entscheidung des Kaisers herbeigeführt werden müssen. Damit sind wir damals am 29. Dezember 1916 in Pleß auseinandergegangen. Am Tage darauf, am 30. Dezember, übergaben die Ententemächte ihre Antwortnote auf unseren Friedensvorschlag, deren Inhalt bekannt ist. Dagegen stand die Antwort der Entente auf die Friedensnote Wilsons noch aus, als am 8. Januar das gleichfalls dem Ausschuß bekannte Telegramm des Feldmarschalls v. Hindenburg in Berlin eintraf des Inhalts, daß er die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges zum 1. Februar aus militärischen Gründen für unbedingt geboten halte. Der Kanzler reiste nach dem Eingehen dieses Telegrammes noch am Abend des 9. Januar nach dem Großen Hauptquartier und dort ist — Herr v. Bethmann Hollweg hat das ja hier ausführlich dargestellt — am 9. Januar abends die Aufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges für den 1. Februar 1917 beschlossen worden.

Über meine persönliche Stellungnahme zu dieser Entscheidung möchte ich folgendes bekunden

Zunächst über meine Beurteilung der Wirkung des U-Boot-Krieges auf England.

In einem wichtigen Punkte hatten sich gegenüber dem Frühjahr 1916 die Verhältnisse sehr erheblich zugunsten des uneingeschränkten U-Boot-Krieges geändert. Die Ernte in England war wesentlich schlechter ausgefallen als in dem vorigen Jahre. Vor allem aber war die Ernte des Jahres 1916 in den für die Versorgung Englands wichtigsten Bezugsgebieten, einmal in den Vereinigten Staaten und dann in Kanada, geradezu unheilvoll schlecht. Die Vereinigten Staaten und Kanada, die im abgelaufenen Erntejahr mehr als 88 % der britischen Getreidezufuhr gedeckt hatten, diese beiden Gebiete sahen ihre Weizenernte von 37½ Millionen Tonnen auf 21½ Millionen Tonnen reduziert. Der Abgeordnete Gothein, Mitglied der Kommission, hat damals im Hauptausschuß gleichfalls über diese Verhältnisse ausführlich gesprochen, und er wird mir die Richtigkeit dieser Zahlen bestätigen. Die Bestände an Brotgetreide in England selbst, die während der ersten acht Monate des Jahres 1916 durchweg höher gewesen waren als in den Vorjahren, hielten sich vom September an unter dem Vorjahresstand. Auf Grund der Tatsachen habe ich nicht etwa erst im Januar, sondern schon im Oktober 1916 bei den Verhandlungen des Hauptausschusses ausdrücklich anerkannt — und hier zitiere ich wörtlich nach dem Stenogramm —, daß „der rücksichtslose U-Boot-Krieg heute erheblich bessere Aussichten auf eine Abschnürung Englands von der notwendigen Nahrungsmittelzufuhr haben würde als vor einem halben Jahre“. Trotzdem schienen mir im Oktober 1916 auch gegenüber diesen gebesserten Aussichten die Gefahren eines Eintritts

der Vereinigten Staaten in den Krieg zu überwiegen aus den Gründen, die ich vorgestern mir erlaubt habe hier im allgemeinen Teil meiner Darstellung zu entwickeln.

Die nun auf den Oktober folgenden Wochen und Monate brachten eine Bestätigung des unerhört schlechten Ernteausfalles in Nordamerika sowie Nachrichten über einen ähnlich ungünstigen Ernteausfall in Argentinien, wo der Weizenertrag auf nur 2,1 Millionen Tonnen gegen 4,7 Millionen Tonnen im Vorjahr geschätzt wurde. Überall zeigten sich deutliche Symptome einer starken Verknappung der Getreideversorgung. Das Wort von der „Welthungersnot“ kam damals auf. Die Preise stiegen rapide. Aber trotzdem England die höchsten Preise bewilligte, sah es seine Zufuhren immer weiter hinter dem Bedarf zurückbleiben. Der Dezember 1916 brachte ihm eine Weizeneinfuhr von nur 1 410 000 Quarters gegenüber 1 955 000 Quarters im Vorjahr, und zwar mit der deutlichen Tendenz zu weiterer Verschlechterung, die dann auch eingetreten ist, soweit das die englischen Statistiken, die nach dem Bekanntwerden unseres Entschlusses zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg nicht mehr veröffentlicht wurden, zu übersehen gestatteten. Auch die an sich großen Getreidebestände, die Amerika aus der vorjährigen Rekordernte zurückbehalten hatte, zeigten eine reißende Abnahme, sanken mehr und mehr unter den Stand des Vorjahres herab.

Dazu kam als weiteres Moment: die Erhöhung der Leistungsfähigkeit und der effektiven Leistungen unserer U-Boote. Ich habe bereits erwähnt, daß die Versenkungen, die im Frühjahr 1916 im verschärften U-Boot-Krieg mit etwa 225 000 Tonnen monatlich ihre Höchstleistung erreicht hatten, in den letzten Monaten des Jahres 1916 mehr als 400 000 Tonnen auf den Meeresgrund hinabschickten. Ich weiß nicht, ob Herr Professor Hötzsch inzwischen die Zahlen kontrolliert hat; ich habe es getan, ich nehme an, daß die niedrigeren Zahlen, die Herr Professor Hötzsch angegeben hat, nur die feindlichen Schiffe, die versenkt worden sind, betreffen, nicht auch die neutralen. Die amtlich veröffentlichten Zahlen für November sind bereits etwas über 400 000 Tonnen, für den Dezember 416 000 Tonnen und für den Januar rund 440 000 Tonnen. Diese Ergebnisse im U-Boot-Kreuzerkrieg ließen erwarten, daß die früher in Aussicht gestellten, doch immerhin nicht ganz sicheren 600 000 Tonnen, die der Admiralstab für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg in Aussicht gestellt hatte, nicht nur mit Sicherheit erreicht, sondern mit großer Wahrscheinlichkeit erheblich übertroffen werden würden. Das war eine Entwicklung, die erst seit dem Oktober zu übersehen war. Überhaupt machte sich die Wirkung des im Oktober in den britischen Gewässern auf Befehl des Kaisers, wie neulich festgestellt worden ist, mit Nachdruck aufgenommenen U-Boot-Kreuzerkrieges in dem Schiffsverkehr der britischen Häfen in ganz anderer Weise fühlbar als der frühere

U-Boot-Krieg. Der Rauminhalt der in den britischen Häfen mit Ladung eingehenden Schiffe hatte in den Monaten Juni, Juli und August 1916, also nach der Einstellung des verschärften U-Boot-Krieges, wieder mehr als 2 700 000 Nettotonnen monatlich betragen. Im Monat Dezember 1916 waren es nur noch 2 213 000 Nettotonnen gegenüber — und das ist wichtig — einem monatlichen Friedensdurchschnitt von 4 090 000 Tonnen im Jahre 1913. Der Eingang beladener Schiffe in britischen Häfen war also gegenüber der Friedenszeit im Dezember 1916 um nicht weniger als 45 % nach der englischen Statistik selbst abgedrosselt. Von dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg konnte man natürlich eine weitere erhebliche Einschnürung erwarten.

Diese weitere Einschnürung zu den 45 % bereits vorhandener Abdrosselung hinzu ließ allerdings die Möglichkeit, England an den Wurzeln seiner wirtschaftlichen Kraft und seiner Kriegführung zu fassen, greifbarer erscheinen als vorher. Bei der Zusammensetzung der englischen Einfuhr mußte eine solche Einschnürung des Schiffsverkehrs Warenkategorien empfindlich treffen, die für die Volksversorgung und für die Kriegführung unentbehrlich waren, und für die England im eigenen Lande Ersatz entweder überhaupt nicht oder nur langsam oder in engen Grenzen schaffen konnte; denn von der Einfuhr des letzten Friedensjahres in Höhe von 57 Millionen Tonnen kamen in runden Zahlen allein etwa 20 Millionen Tonnen auf Nahrungs- und Genußmittel, 16 Millionen Tonnen auf Holz, das insbesondere für den britischen Kohlenbergbau und Eisenerzbergbau von großer Wichtigkeit war, 7½ Millionen Tonnen auf Eisenerze und insgesamt nur 13½ Millionen Tonnen auf alle anderen Waren, darunter auch solche kriegswichtige Warengattungen wie Metalle — vor allen Dingen Kupfer — Baumwolle, Wolle, Petroleum.

Trotzdem auch die ungünstigen Ernteverhältnisse, die bereits erzielte Abdrosselung des britischen Seeverkehrs und die gesteigerte Leistungsfähigkeit unserer U-Boote die Aussichten für den U-Bootkrieg erheblich verbessert hatten, habe ich, als im Dezember 1916 die U-Boot-Frage erneut aufgeworfen wurde, mit Entschiedenheit von der Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges vor einer klaren Erledigung der schwebenden Friedensfragen abgeraten; — vor einer klaren Erledigung der schwebenden Friedensfragen, das war der Hauptgesichtspunkt dabei. Auch wenn es mir jetzt möglich schien, England durch den Druck des U-Boot-Krieges zum Frieden geneigt zu machen, ehe Amerika das volle Gewicht seiner Wirtschaftskraft und Bevölkerung gegen uns einsetzen könnte — möglich schien! —, so hielt ich die amerikanische Gefahr doch immer noch für so groß, daß nach meiner Ansicht nichts versäumt werden dürfte, was auch nur die leiseste Möglichkeit geben konnte, Amerika vielleicht doch noch draußen zu halten. Von einem Losbrechen mit dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg, ehe unsere

eigene Friedensaktion und diejenige Wilsons nicht nur vor unseren eigenen Augen, sondern auch klar vor aller Welt an der Ablehnung unserer Feinde gescheitert war, fürchtete ich die Zerstörung eines vielleicht immer noch — vielleicht immer noch! — vorhandenen Restes der **Möglichkeit** eines U-Boot-Krieges ohne Krieg mit Amerika. Ich konnte ferner in diesen schweren Tagen die Erwägung nicht unterdrücken, daß ein solches vorzeitiges Losbrechen den falschen, grundfalschen, aber in seiner Wirkung auf die neutrale Welt und vielleicht auch auf das eigene Volk bedenklichen Eindruck erwecken könnte, als sei unser Friedensschritt nicht ernst gemeint, sondern nur ein taktisches Vorspiel einer von vornherein gewollten Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges gewesen. Diese Gefahr hielt ich für vorliegend, auch wenn der Eindruck ein falscher war. — In der Politik hat man eben auch mit falschen Eindrücken zu rechnen! — Schließlich erschien es mir nicht angezeigt, durch eine nach meiner Ansicht durch die technische Sachlage nicht unbedingt gebotene Beschleunigung der Entscheidung eine, wenn auch noch so schwache Möglichkeit, doch noch zum Frieden zu kommen, in Frage zu stellen.

Sie können sich denken, wie bei jemandem, der mitverantwortlich ist, sich jedenfalls mitverantwortlich fühlt, in solchen Zeiten, wo es um das Schicksal des eigenen Landes, des Vaterlandes geht, wo einem die Entscheidung über dieses Schicksal klar vor Augen steht, alle diese Erwägungen sich zusammendrängen.

Ich habe mich bemüht, Ihnen die Gedankengänge hier auseinanderzusetzen, aus denen heraus ich nicht gegen den U-Boot-Krieg an sich, sondern für eine kurze Vertagung der Entscheidung eintrat. Daß der U-Boot-Krieg nach dem Scheitern der Friedensbemühungen kommen müsse, darüber, meine Damen und Herren, war auch ich mir nicht im Zweifel.

Der Herr Vorsitzende hat neulich das Telegramm verlesen, das ich in dieser Frage am Vormittag des 9. Januar an Herrn v. Bethmann in das Große Hauptquartier gerichtet habe. Ich darf zu diesem Telegramm bemerken: Zusammen mit dem Staatssekretär Zimmermann habe ich mit dem Kanzler, ehe der Kanzler am Abend des 8. Januar abreiste, die Situation lange und eingehend besprochen. Ich hatte, wenn ich mich recht erinnere, erst am Tage zuvor mit einem Schreiben des Admiralstabs, das vom 6. Januar datiert ist, die Denkschrift des Admiralstabs vom 22. Dezember bekommen. Die Arbeit auch für andere Dinge schlug mir damals über dem Kopf zusammen. Ich habe mich damals, nachdem Herr v. Bethmann im Zuge saß, die Nacht über hingesetzt und die Denkschrift des Admiralstabs, die ich vorher nur hatte flüchtig durchsehen können, aufs genaueste durchstudiert, und ich habe, wie ich vorhin schon erwähnte, morgens um 4 Uhr dieses Telegramm nach dieser Nachtarbeit geschrieben, das hier in den

Akten sich befindet und hier, wie die Dinge gelaufen sind, gegen mich angeführt werden soll. In diesem Telegramm ging ich auf die Hauptpunkte der Argumentation der Denkschrift des Admiralstabs vom 22. Dezember 1916 ein. Ich wies dabei namentlich darauf hin, daß zu überstürzten Beschlüssen keine Veranlassung vorliege, machte darauf aufmerksam, daß der Januar und Februar aus natürlichen Gründen an sich ungünstige Monate für die britische Getreideeinfuhr seien. Amerikas Getreidebestände waren im wesentlichen ausgeschöpft; die argentinische Ernte war noch nicht bereit. Januar und Februar sind die natürliche Pause in der Getreidezufuhr. Die Zeit mußte also, soweit ich die Dinge von hier aus übersehen konnte, gerade in diesen Monaten nicht gegen uns, sondern für uns arbeiten und von selbst bewirken, daß die damals schon knappen Getreidebestände Englands sich noch weiter erheblich verschlechtern würden. Aus diesen Gründen kam es mir auf einen kurzen Aufschub der Entscheidung an, bis in der Friedensfrage nicht nur vor unseren Augen, sondern vor der ganzen Welt ein klareres Bild vorhanden sei. Sie wissen, daß die Entscheidung am 9. Januar 1917 im Großen Hauptquartier dahin gefallen ist, daß nicht länger zugewartet werden dürfe und zugewartet werden könne, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg am 1. Februar eröffnet werden solle, und daß sofort alle Vorbereitungen dafür getroffen werden müßten.

Die Gründe für diese Entscheidung, Gründe, die man als schwerwiegender ansah als jeden Einwand, der gegen diese Entscheidung geltend gemacht werden konnte, hat Herr v. Bethmann Hollweg hier neulich ausführlich auseinandergesetzt. Ich kann für meine Person nur bestätigen, daß er mir nach seiner Rückkehr aus Pleß, und zwar am Abend des 12. Januar, die Vorgänge in Pleß genau ebenso wie neulich hier im Untersuchungsausschuß geschildert hat, ebenso die Motive, die ihn, den Kanzler, bestimmt haben, dem Kaiser am Abend des 9. bei der entscheidenden Beratung zu sagen, er könne ihm nicht empfehlen, gegen den Antrag der Obersten Heeresleitung und des Admiralstabs zu entscheiden.

Ich habe den Verhandlungen in Pleß nicht beigewohnt. Als mir am Vormittag des 10. Januar der Chef der Reichskanzlei, der auch nicht in Pleß gewesen war, die getroffene Entscheidung kurz mitteilte, zunächst ohne Einzelheiten — er war ja dazu gar nicht in der Lage — ich kann Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren, ich war aufs tiefste erschüttert. Ich hielt die Entscheidung in diesem Augenblick, in dem die Friedensfrage nach außen hin nicht erledigt war, noch nicht in klarer, für alle Welt ersichtlicher Weise genügend geklärt und abgeschlossen schien, für einen Fehler, — für einen Fehler, der die ganze gute Wirkung, die unser Friedensangebot auch im Falle seiner Ablehnung ausüben sollte und mußte, in ihr Gegenteil zu verwandeln drohte.

Sie werden begreifen, daß mein erster Gedanke war, die Mitverantwortung für diese Entscheidung durch den Rücktritt von meinem Amte mit aller Deutlichkeit abzulehnen, und von diesem ersten Eindruck habe ich auch dem Chef der Reichskanzlei mit dem Ersuchen um Übermittlung an den Reichskanzler Kenntnis gegeben.

Ich habe von diesem Entschluß Abstand genommen, nachdem mir Herr v. Bethmann Hollweg am Abend des 12. Januar die Sachlage, wie er sie in Pleß vorgefunden, und den Gang, den die Dinge in Pleß genommen hatten, dargelegt und die am 10. Dezember dem amerikanischen Botschafter in Paris überreichte Antwortnote der Entente auf die Wilsonsche Friedensnote mitgeteilt hatte. Der Text dieser Antwort ist am 12. Januar hier eingegangen. Herr v. Bethmann reichte sie mir entgegen, als ich bei ihm in das Zimmer eintrat. Das ist die Friedensnote, von der ich sagte, sie enthält in nuce den Vertrag von Versailles. Nun wußte auch ich: es gibt keinen Frieden ohne weiteren Kampf; nun nahm ich an, nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Welt einschließlich des Herrn Wilson sieht nun ein: auf Grund dieser Antwort gibt es keinen Frieden.

Es gab nur eine Möglichkeit, an die ich nicht glaubte, und die auch nicht eingetreten ist. Die einzige Möglichkeit, nun doch noch zum Frieden zu kommen, wäre gewesen, daß der Präsident Wilson sich zu einem sofortigen Einsetzen des stärksten Druckes auf die Entente bereit gefunden hätte. Das ist nicht geschehen. Zunächst hat der Präsident geschwiegen, und dann kam die Senatsbotschaft vom 22. Januar, die keine Zurückweisung war, sondern aus der man eher ein Gehenlassen, ein Geschehenlassen, wenn nicht gar in gewissem Umfang eine Billigung der Ententebedingungen herauslesen mußte. Ich hatte denselben Eindruck wie denjenigen, von dem neulich Herr v. Bethmann Hollweg nicht als von seinem eigenen, sondern als von dem des Herrn Scheidemann gesprochen hat. Herr v. Bethmann hat die Rede des Herrn Scheidemann zitiert. Ich habe den Text nicht hier; aber der Kern war doch wohl, daß vor uns selbst und vor aller Welt durch die Ententeantwort vom 10. Januar der uneingeschränkte U-Boot-Krieg herbeigeführt und moralisch gerechtfertigt worden sei. Es bestand immerhin eine entfernte Möglichkeit, daß dieser Umstand sogar auf das amerikanische Verhalten gegenüber dem U-Boot-Krieg nicht ganz ohne Einfluß bleiben würde.

Das war die Situation, meine Herren, in der ich mir die Frage vorzulegen hatte, ob ich durch das Bestehen auf meinem Rücktritt die Hand dazu geben sollte, den U-Boot-Krieg — den beschlossenen U-Boot-Krieg! —, noch ehe mit unseren Bundesgenossen darüber gesprochen war, noch ehe unsere Bundesgenossen für den Anschluß gewonnen waren, und noch ehe der

U-Boot-Krieg begonnen hatte, — ob ich es vor mir selbst verantworten konnte, in den Augen unseres eigenen Volkes, unserer Bundesgenossen und unserer Feinde, diesen U-Boot-Krieg durch eine Demonstration zu diskreditieren, die im übrigen ganz nutzlos gewesen wäre. Ich wäre mir als ein Verbrecher vorgekommen, wenn ich so gehandelt hätte. Ich hätte durch ein solches Verhalten die gleiche untragbare Schuld auf mich geladen, wie ich sie neidlos den Männern überlasse, die im Juli 1917 hier in diesem Saale dem U-Boot-Krieg in den Rücken gefallen sind.

(Lebhafte Bewegung. — Unruhe bei den Ausschußmitgliedern.)

Wir waren im Kriege, wir kämpften um unser Leben! Sollte ich das Beispiel zu der Disziplinlosigkeit geben, an der wir schließlich zugrunde gegangen sind?

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ich muß um Zurücknahme dieser Äußerung bitten!

Vorsitzender: Diese Bemerkung, Exzellenz, muß ich zurückweisen, daß hier in diesem Saale eine Stellungnahme gegen den U-Boot-Krieg geschehen sei, die sich in der Weise charakterisieren läßt, wie es Exzellenz eben getan haben.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich:** Ich muß mich diesem Einspruch fügen; aber meine Überzeugung kann ich natürlich nicht ändern.

Die Entscheidung stand fest, sie war, wie die Dinge lagen, nicht mehr umzustoßen. Ich selbst hätte, so schwer ich auch jetzt noch die kaum abzuwendende Gefahr des Krieges mit Amerika einschätzte, angesichts des Scheiterns der Friedensbemühungen und angesichts der Erklärungen unserer Feldherren über die militärische Zwangslage eine Möglichkeit der Vermeidung des U-Boot-Krieges nicht mehr sehen können. Nachdem die Entente nicht nur gegenüber uns, sondern auch gegenüber dem Präsidenten Wilson erklärt hatte, daß sie auf ihrem Vernichtungswillen bestehe, nachdem auf Grund aller bisherigen Erfahrungen auf einen Druck des Präsidenten Wilson auf die Entente nicht mehr gerechnet werden konnte, da hatten wir nur die Wahl, uns schmählich zu unterwerfen oder das letzte zu wagen, und da, meine Damen und Herren, hielt ich es mit Friedrich Wilhelm III., der in dem Aufruf an sein Volk vom 17. März 1813 gesagt hat:

> „Keinen anderen Ausweg gibt es, als einen ehrenvollen Frieden oder einen ruhmvollen Untergang. Auch diesem würdet ihr getrost entgegensehen, weil ehrlos der Preuße und der Deutsche nicht zu leben vermag."

So habe auch ich im Januar 1917 das deutsche Volk einge-

schätzt, und so schätze ich trotz allem, was inzwischen vorgekommen ist, das deutsche Volk auch heute noch ein.

Ich möchte hier eine Feststellung einschalten. Ich wünsche in keiner Weise mich darauf zu berufen, weder hier noch vor irgendeiner anderen Instanz, daß ich am 9. Januar bei der Entscheidung über den U-Boot-Krieg nicht mitgewirkt, ja daß ich noch am 9. Januar der Entscheidung in diesem Augenblick durch das bekannte Telegramm widerraten habe. Ich bin der Entscheidung am 12. Januar beigetreten. Ich habe dadurch die moralische Mitverantwortung für diese Entscheidung übernommen. Ich habe in den folgenden Wochen und Monaten die Entscheidung vor dem Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, vor dem Hauptausschuß des Reichstags und vor der Öffentlichkeit vertreten helfen. Ich habe dadurch auch die politische Mitverantwortlichkeit übernommen. Ich bekenne mich zu dieser Verantwortlichkeit, und ich stehe für sie ein. — Das möchte ich hier feststellen.

Wenn irgend etwas nach dem 12. Januar geeignet war, mich in meinem Eintreten für den U-Boot-Krieg zu bestärken, so waren es die weiteren Nachrichten, die aus Amerika zu uns herüberkamen, vor allem die Senatsbotschaft vom 22. Vor allem diese Senatsbotschaft hat mich in der Überzeugung bestärkt und mußte mich in dieser Überzeugung bestärken, daß auf des Präsidenten Wilson Hilfe für die Herbeiführung eines für uns annehmbaren Friedens nicht zu rechnen sei, ja sie hat mich zu der Überzeugung gebracht, die sich später so fürchterlich bewahrheitet hat — später, als im Oktober 1918 die Sache des Friedens in die Hände des Präsidenten Wilson gelegt wurde —, daß diese Sache in Wilsons Händen für uns zu einem Verhängnis ausschlagen müßte. Ich für meine Person bin deshalb auch gegenüber dem neuen Anerbieten des Präsidenten Wilson in der Depesche des Grafen Bernstorff vom 28. Januar skeptisch gewesen, um so mehr, als es mir gänzlich unwahrscheinlich erschien, daß der Präsident Wilson und die amerikanische Regierung damals nicht bereits über unseren Beschluß, am 1. Februar den U-Boot-Krieg zu eröffnen, unterrichtet gewesen seien. Lesen Sie, bitte, das Buch des Herrn Gerard. In diesem Buche wird ausdrücklich berichtet, daß Herr Gerard nach dem vielbesprochenen Bankett vom 6. Januar bestimmte Nachrichten darüber bekommen habe, daß der Beschluß über die Eröffnung des U-Boot-Krieges gefaßt sei, und daß er diese Nachricht nach Amerika weitergegeben habe. Das eröffnet Perspektiven, Möglichkeiten, von denen hier noch nicht die Rede war, Möglichkeiten, daß dieser Vorschlag, der am 28. Januar 1917 einging, überhaupt nicht ernst gemeint war, Möglichkeiten, daß uns hier eine Falle aufgebaut würde, Möglichkeiten, die jedenfalls von diesem Ausschuß nicht ganz ignoriert werden dürfen. Ich habe zwar dem Versuch, diesen letzten Faden aufzunehmen, nicht widersprochen. Ich kann nur sagen, daß ich

Herrn v. Bethmann selten in einer solchen innerlichen Erregung gesehen habe wie am Abend des 28. Januar, als sich diese leise Aussicht eröffnete, doch noch zum Frieden zu kommen. Und das ist auch begreiflich. Derjenige, der in erster Linie die Verantwortung trug für das, was nun geschah, mußte, wenn er so ehrlich dem Frieden zustrebte, trotz aller gegenteiligen Einwände, die sich ihm schließlich auch aufdrängen mußten, — er konnte gar nicht anders, als nochmals eine Probe aufs Exempel zu machen, nochmals Gelegenheit zu geben zu einer letzten Nachprüfung, nochmals eine letzte Türe zu öffnen, um zu sehen, ob nicht gegenüber all den anderen Eindrücken dennoch die Möglichkeit bestehe, aus dem Kriege hinaus zum Frieden zu kommen.

So erklärt sich das Telegramm, das am 29. abgeschickt worden ist. Dieses Telegramm hat zu keinem Ergebnis geführt. Wir haben ja hier vorgestern am Eingang Auseinandersetzungen darüber gehört, wie der damalige Reichskanzler Herr v. Bethmann Hollweg eigentlich hätte prozedieren und eingreifen müssen. Wir haben die Frage des Herrn Professor Bonn an den Grafen Bernstorff gehört, ob, wenn Herr v. Bethmann nur einige Nuancen anders telegraphiert hätte, ob dann Wilson so oder anders geantwortet hätte

Meine Damen und Herren, es ist sehr schwer, sich den Kopf dieses sehr komplizierten Präsidenten Wilson zu zerbrechen.

Was stand in unserer Antwort?

Erstens unsere Friedensbedingungen; unsere Friedensbedingungen, von denen jedermann anerkennt, daß sie sehr mäßige waren, daß sie gar nicht in Vergleich mit den Ententebedingungen standen, bei deren Formulierung wir auch keinen Gebrauch gemacht haben von dem Rate des Herrn Lansing: die Entente macht vielleicht einen Bluff, schlagt doch auch ganz gehörig auf! Ich hatte den Eindruck, daß dieser Rat auch hier von dem einen oder anderen Herrn klug gefunden worden ist. Aber stellen Sie sich nur vor, wenn wir in dieser Situation gesagt hätten: wir wollen Belgien und Nordfrankreich annektieren! Dann hätten wir das Spiel Englands und vielleicht auch des Präsidenten Wilson gespielt. Das haben wir nicht getan, wir haben nicht aufgeschlagen. Ich will nicht sagen, daß wir das letzte Wort gesprochen haben, aber es war ein Wort, über das geredet werden konnte. Über den Vorschlag der Entente konnte nicht geredet werden.

Wir haben weiter in unser Antwort uns bereit erklärt, den U-Boot-Krieg einzustellen, sobald dem neuen Versuche des Herrn Wilson, den Frieden herbeizuführen, ein Erfolg gesichert ist. So ungefähr hieß es doch wohl in unserm Telegramm vom 29. Januar 1917.

Ja, sagt Herr Professor Bonn, wenn wir gesagt hätten: wir können die U-Boote jetzt im Augenblick nicht zurückrufen, es kann

infolgedessen vorkommen, daß einige amerikanische Schiffe versenkt werden; also seid uns nicht böse, wir werden die U-Boote sobald wie möglich zurückrufen, und dann seid so gut und macht Frieden, — dann hätte Wilson, wie Herr Professor Bonn meint und wie Graf Bernstorff bestätigt hat, seine Friedensvermittlung fortgesetzt. Selbstverständlich nimmt Herr Professor Bonn an, daß es so gewesen wäre, und selbstverständlich nimmt Herr Graf Bernstorff auch an, daß es so gewesen wäre. Nun lassen Sie mich auch einmal eine Frage stellen: Wenn es dem Präsidenten Wilson Ernst mit dem Frieden war, konnte er auf diese Eröffnung von unserer Seite nicht sagen: ich begreife, daß ihr nicht sofort alle U-Boote zurückrufen könnt, und daß in der nächsten Zeit durch U-Boote noch Versenkungen vorkommen werden, daraus will ich euch also keinen Strick drehen; aber gebt wenigstens die Erklärung ab, daß ihr jetzt gleich und nicht erst dann den U-Boot-Krieg einstellen werdet, wenn der Erfolg gesichert ist, sondern wenn ich euch jetzt verspreche: ich werde den nötigen Druck zugunsten eines annehmbaren Friedens auf die anderen ausüben. Das wäre kein großer Schritt gewesen, und ich glaube, jeder, dem das Telegramm bekannt war, wie es dem Präsidenten Wilson durch den Oberst House mitgeteilt wurde, und dem die Sache des Friedens wirklich ernst am Herzen lag, der hätte wohl diesen kleinen weiteren Schritt tun müssen.

Aber was tat der Präsident Wilson?

Da müssen Sie den Herrn Grafen Bernstorff fragen. Eine Antwort hat er überhaupt nicht gegeben, er hat einfach die Beziehungen abgebrochen, und in all der Zeit nachher, in der in der Welt über unsere angeblich übertriebenen Kriegsziele gesprochen worden ist, hat der Präsident Wilson die Bedingungen, die ihm von uns mitgeteilt worden waren und die so maßvoll waren, so ganz für sich behalten, daß kein Mensch und keine Seele etwas davon erfahren hat. Wir blieben die „Kriegsverlängerer", wir blieben die „Welteroberer".

Ich möchte nun ausdrücklich feststellen, daß sowohl das am 27. Januar eingegangene Telegramm des Grafen v. Bernstorff, wie auch unsere Antwort den Mitgliedern des Hauptausschusses des Reichstages in der geheimen Sitzung vom 31. Januar in seinem vollen Wortlaute mitgeteilt worden ist. Ich möchte weiter feststellen, daß die große Mehrheit sich mit der Behandlung der Angelegenheit durch die politische Leitung einverstanden erklärt hat, mit der Einschränkung, daß die Sprecher der meisten Parteien den Wunsch ausdrückten, der Herr Reichskanzler möchte, wenn es nun doch noch auf Grund unseres Telegramms zu Friedensverhandlungen kommen sollte, die jedermann wünschte, sich nicht streng an die von dem Grafen Bernstorff skizzierten mäßigen Bedingungen für gebunden halten. Das stelle ich fest; denn das ist, wie mir

scheint, von grundlegender Wichtigkeit für die Behandlung der ganzen Angelegenheit hier in diesem Ausschuß.

Aber, meine Damen und Herren, ich kann an dieser Tatsache nicht vorbeigehen, ohne eine Bemerkung an Sie zu knüpfen, die sich an den Reichsminister Dr. David richtet, der wohl anwesend ist. Der Herr Reichsminister Dr. David hat nach dem „Vorwärts", der wohl authentisch in diesem Falle berichtet, am letzten Sonntag in einer sozialdemokratischen Versammlung behauptet, daß nach den letzten Feststellungen — gemeint ist dieser Untersuchungsausschuß — das deutsche Volk in der U-Boot-Frage und hinsichtlich der Verhandlungen mit Wilson hinters Licht geführt worden ist; er hat hinzugefügt: während man Wilson gegenüber den plumpen Versuch machte, ihn zu betrügen, hat man dem deutschen Volke die Schwere des U-Boot-Krieges verschwiegen. — Ich glaube, die bisherigen Bekundungen haben keinerlei Anlaß für die Behauptung des Herrn Dr. David gegeben. Daß der Reichstag über den U-Boot-Krieg und die Verhandlungen mit Wilson hinters Licht geführt worden sei, diese Behauptung wird durch die neulichen, von Herrn v. Bethmann Hollweg gemachten und heute von mir wiederholten Feststellungen doch wohl erledigt. Konnte man dem Reichstag über die amerikanische Gefahr klareren Wein einschenken, als es von mir geschehen ist zu der Zeit, ehe der Reichstag selbst die Entscheidung aus der Hand gegeben hatte?

Und nun der plumpe Betrug an Wilson aus dem Munde eines deutschen Reichsministers! Ich habe diese Dinge hier übersichtlich und wohl auch lückenlos vorgetragen. Wo ist da auf unserer Seite auch nur der Anlauf, auch nur der schüchternste Versuch, auch der leiseste Anschein zu einem betrügerischen Versuch? Der Herr Reichsminister Dr. David nehme das Zeugnis des amerikanischen Botschafters Gerard zur Hand. Herr Gerard schreibt in seinem Buch, das wohl auch Herr Dr. David kennt, über den Chef der damaligen Reichsleitung, die den plumpen Betrugsversuch gemacht haben soll, folgendes:

> Es wäre leichter für Deutschland gewesen, zum Frieden zu kommen mit Bethmann an der Spitze, denn die ganze Welt kennt und achtet ihn wegen seiner Ehrenhaftigkeit.

So der amerikanische Botschafter! — und so ein deutscher Reichsminister!

(Bewegung und Zwischenrufe.)

Vorsitzender: Ich bitte, alle Schärfe der Kritik in der Form, wie sie zuletzt zum Austrag kam, doch zu unterlassen.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Herr Vorsitzender, ich habe kein verletzendes Wort gesprochen. Ich habe die Äußerung des Herrn Reichsministers Dr. David und die Ausführungen des Botschafters Gerard gegenübergestellt und habe gesagt: so spricht

ein amerikanischer Botschafter, und so ein deutscher Reichsminister. Ich glaube, daß das zur Sache gehört.

(Wiederholte Zurufe.)

Vorsitzender: Ich bitte mich nicht zu unterbrechen. Daß das sachlich gerechtfertigt ist, bestreite ich keineswegs. Infolgedessen habe ich, wenn hier von einer maßgebenden Persönlichkeit der früheren Regierung der Vorwurf gemacht wird, einen plumpen Betrugsversuch gemacht zu haben, es auch für angebracht gehalten, daß hierzu Stellung genommen wird. Aber, Exzellenz, der Ton ist es, der die Musik macht, und aus diesem Grunde habe ich die Bemerkung gemacht, daß alle Schärfe der Form vermieden werden möge bei allen Ausführungen, die hier zum Gegenstand gemacht werden, materiell das zurückzuweisen, was in der Öffentlichkeit als Vorwurf gegen die alte Regierung erhoben wird.

Abgeordneter Dr. **Cohn** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte nicht den Eindruck aufkommen lassen, als ob der Ausschuß damit einverstanden sei, daß die polemischen Bemerkungen des Herrn Staatssekretärs Dr. Helfferich mit dem Gegenstande der Verhandlungen etwas sachlich zu tun hätten. Herr Dr. Helfferich hat sich zu äußern über den Friedensschritt Wilsons und die Friedensversuche in der zweiten Hälfte des Jahres 1916 und die Friedensmöglichkeiten, die sich auf Grund dieser Vorgänge etwa boten. Damit hat nichts zu tun eine Äußerung, die Dr. David vor einigen Tagen gemacht haben soll, und es haben auch weiterhin die anderen Polemiken, die Herr Dr. Helfferich über Vorgänge einer sehr viel späteren Zeit als 1916 jetzt hier vorgebracht hat, durchaus nichts mit dem Beweisthema zu tun.

Da der Herr Vorsitzende sofort eingesprungen ist und ausdrücklich betont hat, daß an und für sich die polemischen Versuche des Herrn Dr. Helfferich im Zusammenhange mit dem Beweisthema stehen, so habe ich es für meine Pflicht gehalten, dem ausdrücklich zu widersprechen.

Vorsitzender: Ich halte meine Ansicht im Gegensatz zu der Ansicht des Herrn Dr. Cohn vollkommen aufrecht.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer:** Exzellenz haben eine Äußerung aus dem Buche Gerards in scharf pointierter Form vorgelesen. Nun bitte ich, die Äußerung Gerards aus dem Buche zu verlesen, die er an das Diner anknüpft, und wo er mitteilt, daß an diesem Tage noch kurz vorher die bestimmte Zusicherung gemacht worden sei, unter keinen Umständen würde der uneingeschränkte U-Boot-Krieg gemacht werden. Ich bitte Sie, auch diese Äußerung vorzulesen. Vielleicht gründet sich die Äußerung des Herrn Dr. David darauf.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich:** Ich habe das Buch

nicht hier, ich habe auch diese Äußerung nicht so genau im Gedächtnis. Daß Herr Gerard behauptet, es seien ihm in jener Zeit beruhigende Zusicherungen gemacht worden, das ist wohl richtig. Aber ich habe Grund, zu zweifeln, daß ihm solche Zusicherungen gegeben worden sind. — Es handelt sich für mich übrigens nur darum, daß Herr Gerard ausdrücklich die Ehrenhaftigkeit des damaligen Chefs der Reichsleitung mit den von mir angeführten Worten anerkennt.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer:** Ich hatte Exzellenz gebeten, daß, wenn Sie in Ihrer Polemik gegen ein Wort, das draußen gefallen ist, Stellen aus einem Buch vorlesen, Sie auch die anderen Stellen vorlesen möchten. Ich stelle fest, daß das nicht geschehen ist.

Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich:** Ich stelle fest, daß ich nicht ganze Bücher verlesen kann.

(Heiterkeit.)

Abgeordneter Dr. **Cohn:** Ich habe hier nicht das Bedürfnis nach vollständigen Zitaten aus dem Buche Gerards. Ich möchte nur den Herrn Minister Dr. Helfferich gerade im Zusammenhang mit dem Gerard-Diner bitten, seine eigene Teilnahme an diesem Diner und die Friedensrede, die er dort Herrn Gerard gehalten hat, ebenfalls hier zur Sprache zu bringen. Es ist möglich, daß Herr Gerard absichtlich das Lob der Ehrenhaftigkeit auf den Herrn Reichskanzler v. Bethmann Hollweg eingeschränkt hat.

Vorsitzender: Sind Exzellenz in der Lage, einem Wunsche, der in der Richtung der Ausführungen des Herrn Dr. Cohn liegt, jetzt nachzukommen, oder wünschen Sie, daß erst am Schlusse Ihrer Ausführungen auf diese Frage zurückgekommen wird, Sie also dann erst ein Klarstellung geben, wie sie soeben angeregt worden ist?

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich:** Ich möchte zunächst in meiner Darstellung fortfahren und die einzelnen Punkte, um die es sich hier handelt, auf das folgende sogenannte Kreuzverhör beschränken.

Vorsitzender: Dann bitte ich zunächst, fortzufahren.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich:** Meine Damen und Herren! Ehe ich fortfahre, muß ich allerdings betonen: Wenn ich mich mit einer Äußerung des Herrn Reichsministers Dr. David befaßte, so lag für mich als hier vorgeladener Zeuge eine zwingende Veranlassung dazu vor; denn wenn von einem Herrn, der als Reichsminister an den Sitzungen des Ausschusses teilnimmt und hier das Wort ergreift, in der Öffentlichkeit mit deutlichem Hinweis auf diesen Untersuchungsausschuß von „festgestellten Tatsachen“

in Dingen gesprochen wird, über die ich hier noch Bekundungen machen soll, so sehe ich darin ein Vorgreifen, das ich nicht ohne Widerspruch lassen kann. Aus diesem Grunde habe ich diese Angelegenheit hier zur Sprache gebracht. — Ich darf nunmehr vielleicht in der Sache fortfahren.

Reichsminister Dr. **David:** Darf ich dazu um das Wort bitten?

Vorsitzender: Herr Minister Dr. David, ich bitte doch, den Herrn Zeugen zunächst seine Ausführungen im Zusammenhang zu Ende bringen zu lassen und alle Bemerkungen, die sich daran knüpfen, späteren Vernehmungen vorzubehalten.

Reichsminister Dr. **David:** Das war auch meine Absicht. Ich will darum nicht materiell auf die Ausführungen des Herrn Zeugen in diesem Augenblicke eingehen. Da aber der Herr Zeuge hier immer und immer wieder betont, daß ich in meiner Rede am Sonntag Unzulässiges gesagt habe, so will ich jetzt nur kurz erklären, daß ich die sachliche Antwort darauf nicht schuldig bleiben werde.

(Heiterkeit im Zuhörerraum.)

Vorsitzender: Ich bitte, sich aller Äußerungen des Beifalls oder Mißfallens zu enthalten. Ich habe schon wiederholt Veranlassung genommen, dieses dringende Ersuchen auszusprechen. Ich bitte jetzt, dieses dringende Ersuchen nun auch ad notam zu nehmen. Ich würde mich sonst gezwungen sehen, soweit es sich um den Zuhörerraum handelt, den Zuhörerraum räumen zu lassen. — Ich bitte nunmehr Exzellenz, fortzufahren.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich:** Zur Sache zurückkommend, möchte ich meine Meinung dahin aussprechen, daß auch ohne die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges der neue Friedensschritt Wilsons nicht nur zu keinem für uns annehmbaren Frieden, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer kritischen Zuspitzung unseres Verhältnisses zu Amerika geführt hätte. Nur wenn der Präsident Wilson bereit gewesen wäre, mit dem ganzen Schwergewicht der amerikanischen Macht auf die Entente zu drücken, um sie zu einer völligen Sinnesänderung zu zwingen, und nur wenn er bei einem solchen Vorgehen die Unterstützung des amerikanischen Volkes und seiner Vertreter gefunden hätte, wäre Aussicht gewesen, zum Frieden zu kommen. — Glaubt heute noch irgend jemand, daß Herr Wilson zu einem solchen Druck auf die Entente bereit gewesen wäre? Glaubt das heute noch irgend jemand, trotzdem er unseren Friedensvorschlag in seiner Senatsbotschaft mit einer schlechten Zensur bedacht und die Vernichtungs- und Zerstückelungsziele der Entente als diskutabel behandelt hat, trotz seiner Äußerung über die Selbstverständlichkeit der Wiederherstellung Polens, trotzdem er sich schon im Frühjahr 1916 zu schwach gefühlt hat, um angesichts der Amerika mit der Entente

verflechtenden Handelsinteressen Englands Seekriegführung auf den Boden des Völkerrechts zurückzuführen, trotzdem nach dem Zeugnis seines Staatssekretärs Lansing von den 14 Punkten, die er uns im Oktober 1918 als Grundlage des Friedens garantiert hat, dann bei seinen Beratungen mit der Entente in Paris überhaupt kaum die Rede gewesen ist? Einen Druck hätte Wilson, um zum Frieden zu kommen, allerdings vielleicht ausgeübt, aber nicht auf die Entente, sondern auf uns. Schon im Oktober 1916 hat er in einer Rede angedeutet, daß es mit dem Neutralsein bald vorüber sei, daß der Krieg einen Umfang angenommen habe, der die Stellung der Neutralen früher oder später unmöglich mache. In seiner Note vom 21. Dezember 1916 selbst fand sich der Passus, daß die Interessen der Vereinigten Staaten durch den Krieg ernstlich in Mitleidenschaft gezogen seien und daß die Vereinigten Staaten offenkundig genötigt wären, Bestimmungen über den bestmöglichen Schutz ihrer Interessen zu treffen, falls der Krieg fortdauern sollte. Am Tage der Übergabe dieser Note vom 21. September 1916, ehe bei uns die Frage des uneingeschränkten U-Boot-Krieges überhaupt nur neu angeschnitten war, hat der Staatssekretär Lansing den Vertretern der amerikanischen Presse eine Unterredung gewährt, in der er sagte, Amerika stehe nahe am Kriege. Jedermann verstand: nahe am Kriege mit Deutschland. Er hat noch am gleichen Tage, als durch diese Äußerung eine ziemlich große Aufregung entstand, versucht, die Äußerung abzuschwächen, sie zu retuschieren; aber die Äußerung ist nicht aus der Welt zu schaffen.

Aus alledem ergibt sich, wie groß ohne den U-Boot-Krieg damals die Gefahr war, daß schließlich der Präsident Wilson im Fortgang der von ihm beanspruchten Rolle als Friedensvermittler die Vermittlung mit dem Gewehrkolben besorgt hätte, und daß der Präsident Wilson im weiteren Gange seiner Vermittlung uns mglicherweise — persönlich möchte ich sogar sagen: wahrscheinlicherweise — vor die Frage gestellt hätte, entweder uns den ihm gutscheinenden Bedingungen zu unterwerfen oder die Vereinigten Staaten in die Reihe unserer Feinde eintreten zu sehen. Das ist die logische Folgerung aus den Äußerungen Wilsons und Lansings, die ich mir erlaubt habe, soweit sie Ihnen nicht ohnedies bekannt waren, zu Ihrer Kenntnis zu bringen. Diese Beurteilung hat dann ihre Bestätigung durch das bekannte Zwiegespräch zwischen Wilson und Mac Cumber in der amerikanischen Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten gefunden. Es ist neulich über die Bedeutung dieses Zwiegespräches viel gesprochen worden. Ich glaube: nach dem, was ich eben mitgeteilt habe, wird diese Bedeutung des Zwiegespräches um eine Schattierung klarer. In diesem Zwiegespräch hat der Präsident Wilson nach mehrfachem Hin und Her schließlich zugegeben, er glaube, daß Amerika auch ohne den U-Boot-Krieg unter allen Umständen in den Krieg mit Deutschland gekommen wäre.

Es scheint allerdings, als ob es trotz alledem, auch trotz der Erfahrungen von Versailles, in Deutschland immer Leute geben wird, die Wilson als den Mann der Gerechtigkeit und des Friedens feiern und die die Schuld für die Kriegsverlängerung auf das eigene Vaterland schieben werden. Das Flagellantentum, die Selbsterniedrigung ist ja zur deutschen Krankheit geworden.

Vorsitzender: Ich möchte bitten, doch möglichst bei den Tatsachen zu bleiben, die sich eigens auf die Wilsonsche Friedensvermittlungsaktion beziehen.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich möchte die Hoffnung aussprechen, daß die Bekundungen vor diesem Ausschuß und seine Feststellungen dieser unheilvollen Krankheit einigermaßen entgegenwirken werden. —

Ich habe nun die Frage des Herrn Vorsitzenden nach den tatsächlichen Wirkungen des U-Boot-Krieges zu beantworten.

Die Antwort ist nicht leicht. Das Ende sehen wir ja alle; aber darum handelt es sich nicht, sondern darum, wie es zu diesem Ende gekommen ist. Da gehen technische, wirtschaftliche, militärische und politische Wirkungen, technische, wirtschaftliche, militärische und politische Gegenwirkungen sowohl auf unserer Seite wie auf der Seite unserer Feinde durcheinander. Das schließliche Resultat, das wir alle erlebt haben, ist nur das Ergebnis dieser komplizierten Kräfte.

Eine andere Schwierigkeit ist, daß wir auch heute noch in manchen Punkten die Situation, wie sie sich bei unseren Feinden gestaltet hat, nicht klar übersehen. Die englische Statistik, die englischen Veröffentlichungen über alle wirtschaftlichen Dinge waren ausgezeichnet und lückenlos bis zum Beginn des U-Boot-Krieges. Dann wurden sie in allen interessanten Punkten eingestellt, und es ist mir bisher nicht gelungen, nachträglich eine volle Aufhellung dieser Dinge herbeizuführen.

Schon hinsichtlich der Versenkungen, also hinsichtlich der rein technischen Wirkungen, sind ja Zweifel an der Richtigkeit der von unserer Admiralität veröffentlichten Zahlen geltend gemacht worden. Der Herr Abgeordnete Gothein hat neulich den Zahlen des Admiralstabs die von der britischen Admiralität veröffentlichten Zahlen gegenübergestellt. Ich habe einen Auszug aus der Veröffentlichung des britischen Admiralstabs hier, und ich stelle aus diesem Auszug folgendes fest — es handelt sich nur um britische Schiffe, nicht um neutrale Schiffe —:

> Verloren wurden während des Krieges an britischen Handelsschiffen — einschließlich Fischerfahrzeugen, die aber keine große Rolle spielten —: 7 831 000 Tonnen, beschädigt

wurden an Handelsschiffen 8 008 000 Tonnen, zusammen rund 15 839 000 Tonnen.

Also 15 839 000 Tonnen verlorene und beschädigte Schiffe auf eine Tonnage Englands, die zu Anfang des Krieges rund 20 Millionen Tonnen stark war! Der Herr Abgeordnete Gothein hat neulich, wenn ich recht gehört habe, darauf aufmerksam gemacht, es sei unverhältnismäßig viel Tonnage durch Minen verloren gegangen. Wenn ich recht gehört habe, nahm er an, es sei der größere Teil durch Minen verloren gegangen.

(Abgeordneter Gothein: Das war ein Irrtum!)

— Das war in der Tat ein Irrtum. Verloren gegangen sind durch Minen 673 000 Tonnen, durch U-Boote 6 635 000 Tonnen, also zehnmal so viel; beschädigt worden sind durch Minen 432 000 Tonnen, durch U-Boote 7 335 000 Tonnen, also zwanzigmal so viel.

Wenn ich nun die Veröffentlichungen unseres Admiralstabs vornehme, so errechne ich mir insgesamt auf die Welttonnage, nicht auf die britische, rund 19 Millionen Tonnen Versenkungen. — Ich weiß nicht, ob das so stimmt. Ich habe mich bemüht, die Einzelzahlen, die zu meiner Kenntnis gekommen sind, aufzuaddieren. — Davon kommen 5 Millionen Tonnen auf die Zeit vor dem 1. Februar 1917 und 14 Millionen Tonnen auf die Zeit nach dem 1. Februar 1917. Was speziell an englischen Schiffen versenkt worden ist, ist nur zeitweise veröffentlicht worden; wenn ich das sich danach ergebende Verhältnis als allgemeinen Maßstab zugrunde lege, so würde ich nach diesen Angaben auf eine englische Versenkungsziffer von 11 bis 13 Millionen Tonnen kommen gegenüber 7 bis 8 Millionen Tonnen Versenkung und 15,8 Millionen Tonnen Versenkungen und Beschädigungen nach den englischen Ziffern. Sie sehen also: die Zahlen unseres Admiralstabes liegen in der Mitte zwischen den Angaben der Engländer für versenkte Schiffe und für versenkte zuzüglich beschädigter Schiffe. Die Erklärung, die neulich hier gegeben wurde, daß ein Teil der von den Engländern als beschädigt gemeldeten Schiffe von uns als versenkte angenommen wurden, scheint hiernach zu stimmen. Jedenfalls aber steht fest, daß die 19 Millionen Tonnen Gesamtversenkungen nach unserer Statistik auf die Welttonnage von zwischen 45 und 50 Millionen Tonnen und die nach der englischen Statistik versenkten und beschädigten nahezu 16 Millionen Tonnen auf eine englische Tonnage von zirka 20 Millionen Tonnen bei Beginn des Krieges eine ganz ungeheure technische Leistung sind. Die technische Leistung erreichte nach den englischen wie nach den deutschen Zahlen ihren Höhepunkt in den Monaten April und Juli 1917. In den beiden Monaten hatten sie mehr als eine Million Tonnen nach unseren Meldungen überschritten. Vom Herbst 1917 ab ist dann ein merkbares Nachlassen eingetreten und ein stärkeres Nachlassen vom Mai 1918 an.

Ich glaube, man kann sagen: in dem Nachlassen vom Herbst 1917 an ist die Steigerung der Abwehr sehr deutlich erkennbar. Hier tritt also die technische und militärische Gegenwirkung auf der anderen Seite von diesem Zeitpunkt an deutlicher in die Erscheinung.

Nun die wirtschaftlichen Wirkungen! Sie stoßen in noch höherem Maße als die technischen Wirkungen bei ihrer Ermittlung auf die Schwierigkeit, daß von Februar 1917 an die englische Regierung die Veröffentlichung der wichtigsten statistischen Nachweise verhinderte oder einstellte, so die Statistik über den Schiffsverkehr, so die Statistik der Einfuhr der wichtigsten Einfuhrartikel, namentlich der Nahrungsmittel, so die Angaben der britischen Fachzeitschriften über die Getreidebestände, über die Zugänge und über die Abgänge. Das alles ist entweder schon vom Monat Februar an oder bald darauf verschwunden. Einen Eindruck geben die im März veröffentlichten Zahlen für eine Anzahl bekannter Einfuhrwaren. Hier zeigen sich gegenüber dem März 1916, dem Parallelmonate des Vorjahres, folgende Rückgänge: bei Wolle 33 %, bei Baumwolle 53 %, bei Eisen und Stahl 62 % und bei Holz 64 %. Für Nahrungsmittel sind leider Mengenangaben für den Februar nicht mehr erhältlich, für den März überhaupt nicht mehr.

Für die Getreideversorgung Englands und seiner Verbündeten in der kritischen Zeit ergeben sich aber gewisse Anhaltspunkte aus den Ziffern über die Getreideverschiffung der atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten. Die Weizenverschiffung dieser Häfen hat noch im August 1916 25 Millionen Bushels gegenüber 14 Millionen im Vorjahre betragen, also nahezu doppelt soviel. Das war die Situation noch im August 1916! Im September, mit dem Hereinkommen der neuen Ernte, kam der Umschlag. Schon im September 1916 betrug die amerikanische Verschiffung 14,5 Millionen gegenüber 16,5 Millionen im Vorjahre, im Dezember 12,3 Millionen gegen 23,8 Millionen im Vorjahr; in den fünf Monaten Januar bis Mai 1917 stand die Verschiffung auf rund 17 Millionen Bushels gegenüber 120 Millionen im Vorjahre. Im Mai selbst waren es 11 Millionen gegen 22 Millionen im Vorjahre. Das ist der Eindruck, den die amerikanische Getreideverschiffungsstatistik, die nicht nur nach England, sondern nach den anderen außerdeutschen Ländern ging, für die Einschnürung der Getreideversorgung der Entente in jener kritischen Zeit gibt. Sie werden mir zugeben, daß die Einschnürung, wie sie sich hiernach darstellt, eine sehr erhebliche ist. Der Juni hat steigende Zahlen gebracht; aber leider hören meine Nachrichten im Laufe des Juni auf. Ich habe aus anderen Quellen gelesen, daß im Juni oder Juli die Einfuhr besser gewesen sein soll als nahezu fünf Monate zusammengenommen. Amerika hat in diesem Zeitpunkt die äußersten Anstrengungen gemacht, um bei Einschnürung seines

eigenen Bedarfs in diesem ganz kritischen Augenblick England zu versorgen und herauszureißen.

England tat, was es nur irgend konnte, um sich unserem Griff zu entziehen. Neben technische Gegenwirkungen, über die ich nicht zu sprechen brauche, über die ich auch nicht kompetent bin, stellte es starke wirtschaftliche Gegenwirkungen. Es verbot die Einfuhr aller irgendwie überflüssiger Dinge, es konzentrierte seine Einfuhr auf die Dinge, die für das Land und die Kriegführung absolut und in erster Linie wesentlich waren. Es hat in der kritischen Zeit zum Beispiel die Schiffe für Fleischtransport mit Gefriereinrichtungen ohne weiteres in die Getreidefahrt hineingeworfen, um das Getreide, das in England in der kritischen Zeit bis zum äußersten knapp geworden war, noch rechtzeitig heranzuschaffen. Es hat ferner die Ausnützung des Schiffsraums aufs äußerste gesteigert: teilweise durch einheitliche Kontrolle, teilweise durch stärkere Beladung. Es hat seine Schiffe aus allen nicht unmittelbar für die Versorgung Englands dienenden Linien herausgezogen, so daß nach dem Ausspruche des britischen Handelsministers von der internationalen Schiffahrt Großbritanniens nur noch das Skelett übrig geblieben war. Die Neutralen wurden in die Schiffahrt mit England durch die stärksten Druckmittel gezwungen. Die Hungerpeitsche wurde nicht nur über uns, sondern über den Neutralen geschwungen. Die Aneignung der deutschen Tonnage überall in der Welt dadurch, daß Länder, mit denen wir nicht das geringste zu tun hatten, wie Siam und andere Staaten, in den Krieg mit uns hineingepreßt wurden, — diese Aneignung deutscher Tonnage, die man dort raubte, ist bekannt. Dazu kam die Aneignung neutraler Tonnage. Ich erinnere an den ungeheuren Druck, den England mit den Knochenfingern des Hungers auf Holland im März 1918 ausgeübt hat, wo die Situation offenbar kritisch war, wo England nicht nur von dem ius angariae Gebrauch gemacht hat, von dem neulich Herr Professor Schücking sprach, sondern wo England Holland gezwungen hat, die auf hoher See fahrenden Schiffe auszuliefern und sogar die Schiffe aus holländischen Häfen — ich glaube, es waren 300 000 Tonnen —, der Entente zur Verfügung zu stellen. Die Holländer wehrten sich aufs äußerste, sie haben sich an uns gewendet; wenn wir ihnen damals mit Getreide hätten zu Hilfe kommen können, so hätten wir ihnen einen Widerstand möglich gemacht. Das konnten wir nicht in der Quantität, wie es von Holland verlangt wurde, und so mußte Holland sich vor dem Hungerdrucke beugen und eine unneutrale Handlung begehen, indem es aus seinen eigenen Häfen an England Schiffe auslieferte.

Dazu kamen auf längere Sicht die großartigen Bemühungen, die ich anerkenne — wie ich überhaupt den festen Sinn und die feste Organisation und die Geschlossenheit und den absoluten Willen zum Durchhalten bei den Engländern anerkenne —, die groß-

zügigen Maßnahmen zur Hebung der Produktion im eigenen Lande, die natürlich nicht in Monaten, sondern erst im nächsten oder übernächsten Jahr wirken konnten: das große Ackerbauprogramm, verstärkter Holzschlag, verstärkte Eisenerzgewinnung und Ähnliches mehr.

Das waren in kurzen Zügen die wirtschaftlichen Gegenwirkungen, die in England versucht worden sind. Über all diese Dinge ist auch während des ersten Halbjahres von 1917 wiederholt in diesem Saale gesprochen worden, auch von mir, und zwar nicht schönfärberisch, wie mir später oft vorgeworfen worden ist, sondern — das glaube ich sagen zu dürfen — nüchtern und sachlich, wie sich das unter ernsten Männern geziemt.

Ich habe den Gedanken, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg in wenigen Monaten zum Erfolge führen würde, nicht nur nicht verbreitet, sondern ausdrücklich zurückgewiesen. Ich habe allerdings die Hoffnung ausgesprochen, daß es uns gelingen werde, England friedensbereit zu machen, ehe Amerika in der Lage sei, effektiv in den Krieg einzugreifen; aber in bewußtem Gegensatz zu der Festsetzung, zu dem Inaussichtstellen irgendwelcher bestimmten Termine habe ich hier am 31. Januar 1917 dieser Hoffnung ausdrücklich den Zusatz folgen lassen: „Eine Garantie kann natürlich niemand übernehmen."

Vorsitzender: Die g r o ß z ü g i g e n G e g e n w i r k u n g e n gerade in wirtschaftlicher Beziehung sind wohl auch vorgesehen worden, oder hat man sie nicht mit in die Erwägungen eingestellt, als man den rücksichtslosen U-Boot-Krieg proklamierte?

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich:** Man kann nicht alles voraussehen, was in der Welt geschieht.

Vorsitzender: Natürlich nicht in Einzelheiten, nur in großen Zügen!

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich:** Aber in großen Zügen habe ich immer erwartet, daß die Engländer sich mit der ihnen eigenen Zähigkeit aufs äußerste zur Wehr setzen werden, und ich habe auch in früheren Sitzungen des Reichstags auseinandergesetzt, ich habe auch, was Amerika anlangt, in dem Telegramm, das verlesen worden ist, ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn Amerika in den Krieg eintritt, es dazu kommen kann, daß Amerika zu einer Einschränkung seines eigenen Bedarfs greift, um die Engländer zu unterstützen, wie es auch geschehen ist.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer:** Exzellenz, in der Denkschrift vom 22. Dezember ist die Summe all dieser Gegenwirkungen — technisch, wirtschaftlich, militärisch —, die eigentlich auf der Hand liegt, nicht berücksichtigt, und deswegen darf ich Sie viel-

leicht bitten, auch Ihr Urteil über die Unterlagen und die wissenschaftliche Bedeutung jener Denkschrift vom 22. Dezember, über die Sie sich ja teilweise in den Akten bereits geäußert haben, hier in diesem Zusammenhange vielleicht abzugeben.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich glaube, Herr Dr. Sinzheimer, wenn überhaupt von mir eine Kritik der Denkschrift einer anderen Behörde verlangt werden soll, so wird es sich empfehlen, das auf die Zwiesprache zu verschieben, die dann folgen wird.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Sie haben so viel Kritik geübt, Exzellenz, daß das vielleicht jetzt auch hier zur Sprache gebracht werden kann.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich kann nur sagen, daß ich nicht im stillen Kämmerlein, sondern hier im Reichstage wiederholt davon gesprochen habe, daß wir es in England mit einem zähen Gegner zu tun haben, der organisieren kann, und daß England alles tun wird, sich unserem Griff zu entwinden. Ich darf auch daran erinnern, daß ich alle die Maßnahmen, von denen ich hier sprach, im Hauptausschuß erwähnt und hervorgehoben habe.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Ich würde doch bitten, über diese Bedeutung der Denkschrift jetzt mitzusprechen. Wir hatten das auch beschlossen.

Vorsitzender: Wenn ich recht verstanden habe, Exzellenz, beabsichtigen Sie, in Ihren späteren Ausführungen das zu tun. Sie möchten aber jetzt Ihre Ausführungen zu Ende bringen?

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich würde vorziehen, wenn der Herr Vorsitzende einverstanden ist, jetzt die Ausführungen zu Ende zu bringen.

Vorsitzender: Ich bitte dann, jetzt in Ihren Ausführungen fortzufahren.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Also ich wiederhole: ich bin dem Gedanken, daß man Termine festsetzen könne und Garantien übernehmen könne, nicht etwa nur beiläufig, sondern doch mit klar erkennbarer Absicht in den Worten, die ich eben verlesen habe, entgegengetreten. Ich habe mich für verpflichtet gehalten, darauf hinzuweisen, wie schwer der Kampf ist, und ich habe immer und immer wieder auch auf die ideellen und sittlichen Kräfte hingewiesen, die wir brauchten, um unsere materiellen Erfolge zu dem Ziel ausreifen zu lassen, das wir in diesem Krieg erreichen mußten: zur Selbstbehauptung.

Herr Dr. Sinzheimer hat — wohl um mich in Gegensatz zu mir selbst zu stellen — einige Absätze aus einer Rede von mir vom 1. Februar 1917 verlesen. Lassen Sie mich auch eine Stelle aus dieser Rede verlesen, die Ihnen zeigt, in welchem Sinn ich mich damals im Hauptausschuß aussprach. Ich habe damals in derselben Rede gesagt:

> Der Entschluß ist gefaßt worden, weil wir die Überzeugung haben, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg dasjenige Mittel ist, das, wie heute die Dinge liegen, allein geeignet ist, unsere Gegner zur Vernunft zu bringen und den Krieg abzukürzen. Ich glaube, es ist unsere Pflicht, diese Überzeugung überall in unser Volk zu tragen. Ich wiederhole: der Würfel ist gefallen. Jetzt heißt es, die Zähne aufeinanderbeißen, alle Kräfte zusammennehmen; jetzt heißt es: festen Tritt und „durch"!

Ich glaube, auch diese Worte waren deutlich und klar genug. Sie sollten zeigen, daß allein von den materiellen Wirkungen des U-Boot-Krieges ich mir die entscheidende Wirkung nicht versprechen konnte, sondern daß dazu die Kräfte mit notwendig waren, an die ich in dieser Sitzung vom 1. Februar in diesem Saale hier appelliert habe.

Lassen Sie mich einige Monate weiter greifen! Lassen Sie mich eine Stelle aus einer Rede vom 30. April 1917 — gleichfalls in diesem Saal — verlesen. Ich habe damals gesagt:

> Wenn ich aus alle dem, was ich Ihnen vorgetragen habe, das Ergebnis ziehe, daß wir mit England fertig werden,

— das war mein Eindruck damals: wir werden es schaffen —

> so müssen wir uns doch innerlich darauf einrichten, daß das alles vielleicht nicht so schnell geht, wie wir es wünschen. Das versteht sich ja von selbst!
>
> Diese Dinge machen wir aber unter uns aus; die brauchen wir nicht nach außen zu tragen. . . . Flaumacherei mache ich nicht mit! Das können wir nicht brauchen!

Das war die Situation, in der die materiellen Wirkungen des U-Boot-Krieges ihren Höhepunkt erreichten, in der aber auch schon jene inneren Gegenwirkungen anfingen, von denen noch sehr viel zu sprechen sein wird. Nicht heute. Ich weiß, daß der Ausschuß das nicht wünscht, ich werde deshalb heute kurz darüber hinweggehen. Aber später!

Ich habe damals schon vor diesen Gegenwirkungen ernstlich gewarnt. Ich habe im unmittelbaren Anschluß an die soeben verlesenen Ausführungen gesagt, und zwar zu den Herren Sozialdemokraten gewendet, die nach Frieden riefen:

> Ich möchte den Frieden sehen, den Sie uns heute bringen können. Wir müssen sehen, daß die Franzosen heute erklären, wenn sie uns Elsaß-Lothringen und womöglich das linke Rheinufer nehmen, das sei keine Annexion, denn das gehöre ihnen von Rechts wegen; daß sie eine Entschädigung aller der Schäden haben wollen, die sie durch den Krieg erlitten haben, denn das sei keine Kriegsentschädigung, sondern eine „zivilrechtliche Entschädigung". Für eine solche „zivilrechtliche Entschädigung" ist ihnen das Saarrevier gerade gut genug. Es sind französische Sozialisten, die solche Ansichten vertreten.

— Das habe ich unseren Sozialisten damals zugerufen. —

> Diese Art von Frieden ohne Annexion und Entschädigung können Sie vielleicht heute haben. Aber ich mache einen solchen Frieden nicht mit; da gehe ich lieber nach Hause und traure in Sack und Asche.

Ich habe im Anschluß daran dann einen Artikel des Senators Humbert zitiert, der mir damals die Situation richtig zu beleuchten schien und den Sie heute gewiß nicht ohne Bewegung anhören werden. Der Senator Humbert hat damals geschrieben:

> Solchen Kriegsmethoden — wie den deutschen — muß man Friedensbedingungen entgegenstellen, die aus demselben Geist hervorgegangen und mitleidlos sind. Deutschland muß also wieder herausgeben, was es gestohlen hat; es muß alles, was es zertrümmert hat, den Wert nicht nur in Geld, sondern in natura erstatten. Deutschland muß wiedergutmachen. Seine Bergwerke, seine Fabriken, seine Werften werden uns umsonst Kohlen, Stahl, Schienen, Lokomotiven, Waggons, Maschinen liefern müssen. Es wird arbeiten, um uns die Grundlage des Wohlstandes, die es zerstören wollte, wiederzugeben. Dorthin, wo Deutschlands Heere von Plünderern ihre Verwüstungen ausübten, wird es jährlich Arbeiterkontingente senden müssen, die dort eine dem abgeschafften Militärdienst entsprechende Leistung zu vollbringen haben werden. Wir werden als Sklaven die Rasse von Sklaven behandeln, die davon träumt, das Weltall tyrannisch zu beherrschen.

Das ist der Friede, habe ich hinzugefügt, den Sie (die Sozialdemokraten) heute haben können, und das ist der Friede, den wir nicht haben wollen.

Das war am 30. April 1917. Konnte ich ernster sprechen? Konnte ich eindringlicher sprechen? Habe ich Ihnen damals hier im Ausschuß nicht unser Schicksal vorgezeichnet, das unentrinnbar wurde, wenn wir zu wanken und zu schwanken anfingen?

Aber, meine Damen und Herren, es war ja alles in den Wind gesprochen, weil Leute, die heute von Verschweigen und Vertuschen

sprechen, damals nicht hören wollten. Gerade damals — ich spreche vom 30. April — begann die Frucht des Friedens heranzureifen. Der U-Boot-Krieg wirkte fühlbar auf England. Ich habe es Ihnen ja in den Zahlen gezeigt, wie sich das steigerte. Er entlastete unser Heer. Die Herren vom Militär werden Ihnen bestätigen, daß sie uns Berichte schickten: wir merken den U-Boot-Krieg, wir spüren die Entlastung. Der Kriegsminister v. Stein hat das hier im Hauptausschuß ausdrücklich bestätigt. Der U-Boot-Krieg trug dazu bei, uns die Abwehr der gewaltigen feindlichen Offensiven möglich zu machen, vor allem die Abwehr der Champagne-Offensive des Generals Nivelle, die im Blut erstickte und die im französischen Heer schwere Meutereien auslöste. Wir konnten die politischen Wirkungen des ungeheuren Druckes unserer U-Boote in ihren Anfängen feststellen. Darüber soll ja heute nicht gesprochen werden, sosehr ja das alles zum Bilde gehört. Das Bild ist unvollständig, es ist überhaupt kein Bild, solange gerade über diese Dinge nicht sehr eingehend gesprochen wird.

Vorsitzender: Das ist vollständig berechtigt, Exzellenz. Die Sachen gehören zusammen. Trotzdem soll aber die Frage der politischen Stimmung im Sommer 1917 hier vollständig ausgeschaltet bleiben. Korrekt wäre es ja, im Rahmen unseres Themas eigentlich nur über die Berechtigung der Erwartungen zu sprechen, die der rücksichtslose U-Boot-Krieg mit sich brachte. Aber wir haben beschlossen, daß wir zwar die wirtschaftlichen und technischen Auswirkungen des U-Boot-Krieges hier zur Erörterung mit hineinziehen, aber die politischen Auswirkungen des U-Boot-Krieges noch völlig beiseite stellen, da sie ja bei Gelegenheit der Besprechung der Friedensmöglichkeiten im Sommer 1917 zu einer eingehenden Würdigung kommen werden. Diese Debatte soll im unmittelbaren Anschluß an den Programmpunkt Wilsonsche Friedensmöglichkeiten erfolgen.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich:** Ich füge mich selbstverständlich dieser Disposition. Ich übergehe infolgedessen die einzelnen Ausführungen, die ich zu diesem nach meiner Ansicht nicht nur wichtigen, sondern entscheidenden Punkte zu machen hätte, und beschränke mich heute darauf, festzustellen, daß hier eine Lücke bleibt, die später ausgefüllt werden muß. Ich beschränke mich darauf, festzustellen, daß im Kriege nicht nur die Masse, nicht nur die Menschenzahl, nicht nur die Technik entscheiden, daß im Kriege zu allen diesen Dingen geistige und sittliche Imponderabilien hinzukommen. Ich beschränke mich darauf, festzustellen, daß gerade in jener Zeit der Feldmarschall v. Hindenburg in seiner Äußerung zu der unseligen Denkschrift des Grafen Czernin gesagt hat, der Ausgang des Krieges sei jetzt mehr denn je eine Nervenfrage; daß es völkerpsychologische Imponderabilien gibt, die

man eben nicht wiegen kann, die aber, wenn die großen Entscheidungen der Weltgeschichte nur noch im labilen Gleichgewicht sind, den Ausschlag geben; daß die schärfste Waffe stumpf wird, wenn der Glaube an sie bei Freund und bei Feind zerstört wird.

Und, meine Damen und Herren, wenn Sie wissen wollen, was meine Ansicht ist, warum der U-Boot-Krieg nicht zur Auswirkung kam, warum er uns nicht zum Ziel geführt hat, so will ich meine Ansicht, die ja dann erst später eingehend begründet werden kann, hier wenigstens niederlegen: Der U-Boot-Krieg hat nicht zum Ziel geführt, weil die U-Boot-Waffe von innen heraus stumpf gemacht worden ist.

Damit habe ich meine Bekundungen beendet.

Reichsminister Dr. David: Der Herr Zeuge hat seine Zeugenaussage dazu benutzt, einen Angriff gegen mich zu eröffnen wegen der Rede, die ich am Sonntag im Kleinen Schauspielhaus gehalten habe. Ich muß das gleich in diesem Stadium zurückweisen, damit es nicht unwidersprochen in die Presse kommt, was hier von dem Zeugen vorgetragen worden ist. Zunächst hat der Zeuge zum Ausgangspunkt des Angriffs gegen mich einen Bericht des „Vorwärts" zur Grundlage gemacht, der ganz kurz das zusammenfaßt, was ich dort ausgeführt habe zum Beweis, daß das Unheil des deutschen Volkes nicht durch die Revolution, sondern durch die Niederlage herbeigeführt worden sei, und daß diese Niederlage aus militärischen Gründen gekommen sei, bevor die Revolution irgendwie in Sicht sei. Das war der Gedankengang im großen, aus dem der Herr Zeuge die Sätze herausgezogen hat, die er zum Gegenstand des Angriffs machte. Die Rede, die ich gehalten habe, ist durch einen Stenographen des Reichstags aufgenommen worden. Das Stenogramm liegt mir vor. Ich konstatiere zunächst, daß die drastische Form, in der diese Tendenz meiner Rede gewissermaßen im „Vorwärts" wiedergegeben ist, von mir nicht gebraucht wurde. Die einschlägige Stelle meiner Rede lautet:

> Die Vertreter des Alten klagen uns an, wir seien schuld an dieser furchtbaren Niederlage, wir seien damit schuld an der furchtbaren Not, an dem Elend, das die Folge dieser Niederlage ist. Wir weisen diesen Vorwurf zurück, wir stehen mit gutem Gewissen unserem Volk gegenüber da. Die Niederlage haben die verschuldet, die das Volk in diesen Krieg geführt haben, die die Vormünder dieses Volkes waren und die dem Volke selber nicht das Recht gaben, seine eigenen Geschicke selbst zu entscheiden.
>
> Der tragische Tag in diesem Kriege, die Peripetie dieses Kriegsdramas war der 8. Januar 1917. Da wurde, ohne daß das deutsche Volk eine Ahnung davon hatte, im Großen Hauptquartier beschlossen, den rücksichtslosen U-Boot-Krieg

zu eröffnen. Dem Volke wurde gesagt: mit diesem Mittel werden wir binnen 6 Monaten die Feinde auf die Knie zwingen; mit diesem Mittel werden wir es fertigbringen, binnen 6 Monaten die Feinde zu zwingen, den deutschen Schwertfrieden, den wir ihnen diktieren werden, anzunehmen. Heute wissen wir, weiß es die Öffentlichkeit, was um diese Zeit alles spielte. Damals wußte das Volk nichts davon.

Im Spätsommer 1916 hatte die deutsche Regierung den Präsidenten der amerikanischen Republik Wilson gebeten, eine Friedensaktion zu unternehmen. Wilson hatte das zunächst abgelehnt aus Rücksicht auf die amerikanischen Wahlen, aber erklärt, nach den Wahlen, die im November stattfanden, wolle er es tun. Und nach den Wahlen, Ende November, berichtet unser Botschafter aus Amerika, der Präsident sei entschlossen, diese Friedensaktion zu unternehmen. Der Termin stehe nicht ganz fest, aber spätestens vor Ablauf des Jahres, um Weihnachten etwa, werde er damit heraustreten.

Das deutsche Volk wußte nichts davon. Es wurde dann überrascht am 12. Dezember des Jahres durch das deutsche Friedensangebot. Unsere Geheimdiplomatie hielt es für weise, nachdem sie den Präsidenten Wilson aufgefordert hatte, eine Friedensaktion zu machen, und dieser sich bereit erklärt hatte, ihm plötzlich vorwegzuspringen mit einem eigenen Friedensangebot.

Trotzdem erließ dann Wilson seinen Friedensappell an die Völker. Er wurde von der Entente freilich zunächst zurückgewiesen, aber Wilson gab die Hoffnung nicht auf, er erklärte das unserem Botschafter. Der berichtete es, Wilson werde fortfahren, er werde einen zweiten Schritt unternehmen.

Inzwischen aber beschloß die Oberste Heeresleitung den rücksichtslosen U-Boot-Krieg. Am 22. Januar hielt der Präsident Wilson dann seine Rede an den Senat, in der er erklärte, daß er auf der Bahn des Friedens fortschreiten werde. Unserem Botschafter wurde mitgeteilt, er möge in Berlin dahin wirken, daß unsererseits die Friedensziele angegeben würden, und mitteilen, daß der Präsident einen zweiten Friedensschritt vorhabe.

So war die Situation. Davon wußte das deutsche Volk nichts, und bevor Wilson diesen zweiten Friedensschritt tun konnte, wurde der rücksichtslose U-Boot-Krieg erklärt, obgleich unser Botschafter mitgeteilt hatte, daß der rücksichtslose U-Boot-Krieg todsicher Amerika in den Krieg gegen uns führen werde. Und so geschah es. Am 1. Februar 1917 wurde der rücksichtslose U-Boot-Krieg begonnen. Kurz

> danach brach Amerika die diplomatischen Beziehungen ab, und einige Tage später erklärte es uns den Krieg.
>
> So ist das deutsche Volk, ohne es zu wissen, in den Krieg mit Amerika geführt worden. Was bedeutete das? Das bedeutete, daß aus dem europäischen Kriege der Weltkrieg gemacht wurde.

Das sind meine Worte. Der „Vorwärts“-Berichterstatter hat sie sehr drastisch zusammengesetzt, dahingehend:

> Er wies darauf hin, daß nach den letzten Feststellungen das deutsche Volk in der U-Boot-Frage und hinsichtlich der Verhandlungen mit Wilson hinters Licht geführt wurde.

(Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Weiter, es geht noch weiter!)

— Das kommt auch noch. — Zunächst dieses eine. Das deutsche Volk wurde hinters Licht geführt, der Reichstag an der Spitze des deutschen Volkes. Ihm wurde nicht mitgeteilt, daß von der deutschen Regierung aus Wilson zu einer Friedensaktion eingeladen worden war. Davon wußte der Reichstag nichts. Er wußte nichts von den Depeschen, die Graf Bernstorff nach Berlin gegeben hatte, die im Zusammenhang damit standen, daß der Präsident erklärt hat, er sei bereit, einen solchen Friedensschritt zu einer Zeit in Erwägung zu ziehen, wo er Erfolg verspreche. Zur selben Zeit, zur kritischen Zeit im Dezember, wurde von einer anderen neutralen Macht ein Friedensschritt unternommen, der als ergänzender Hilfsschritt von ungeheurer Bedeutung war. Diese Sache ist nicht hier öffentlich verhandelt worden, weil eine neutrale Macht dabei in Frage kommt. Aber die Tatsache selbst darf hier öffentlich ausgesprochen werden, daß in der zweiten Hälfte des Dezember von einer neutralen Macht eine Friedensvermittlung eingeleitet wurde, die als eine außerordentlich verheißungsvolle angesehen werden mußte und die im Zusammenhang und zur Verstärkung der Wilsonschen Friedensaktion angesehen werden mußte. Davon wußte der Reichstag nichts. Hätte der Reichstag davon gewußt, so hätte die Zentrumsfraktion wohl unter keinen Umständen ihre Einwilligung dazu gegeben, daß das alles durchkreuzt wurde durch den rücksichtslosen U-Boot-Krieg. So wurde der Reichstag hinters Licht geführt.

Vorsitzender: Herr Minister, ich halte es nicht für zulässig, daß wir Beurteilungen dieses Friedensschritts der neutralen Macht hier in einer solchen Schärfe und Bestimmtheit zum Ausdruck geben, weil, ohne daß die Öffentlichkeit irgendwie erkennen kann, ob dieses Urteil in der Tat begründet ist, dadurch in der Öffentlichkeit Vorstellungen in einer ganz bestimmten einseitigen Richtung erweckt werden. Das Verfahren hier hat zum wesentlichen Zweck, soweit

es in der Öffentlichkeit verhandelt wird, auch der breitesten Öffentlichkeit draußen ein eigenes Urteil sich bilden zu lassen. Das ist unmöglich, soweit Sachen zur Sprache kommen, die an sich nur in geheimer Sitzung verhandelt werden können und dürfen. Infolgedessen halte ich es nicht für richtig, wenn über diese Dinge, die einmal der Öffentlichkeit entzogen sind, in öffentlicher Sitzung bestimmte Urteile abgegeben werden.

Reichsminister Dr. **David**: Ich habe dieses Moment auch nur angeführt, weil es ein außerordentlich schwerwiegendes Moment für mein Urteil ist, daß das deutsche Volk damals im Dunkeln gehalten wurde, mit verbundenen Augen ins Verhängnis geführt wurde.

Dann kamen am 28. noch einmal die Telegramme des Grafen Bernstorff, daß die Erklärung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges Amerika in den Krieg führen werde. Seine Anstrengungen darum, einen Aufschub zu erreichen, wurden dem Reichstag vorenthalten, das deutsche Volk wußte davon nichts. Das entscheidende Telegramm Bernstorffs war das vom 28. Januar, der Präsident habe neuerdings erklärt, er sei zur Friedensvermittlung bereit, er werde einen Friedensschritt machen, er bittet dringend um Aufschub.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Ist mitgeteilt worden!

Reichsminister Dr. **David**: Das deutsche Volk, der Reichstag wußten davon nichts.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Ist in Ihrer Gegenwart in einer geheimen Sitzung den Mitgliedern des Hauptausschusses vorgelesen worden. Sie selbst haben dazu gesprochen.

Reichsminister Dr. **David**: In einer geheimen Sitzung, die nach dem Beschluß des U-Boot-Krieges stattfand!

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Das Telegramm des Grafen Bernstorff vom 28. Januar ist ja erst nach dem U-Boots-Beschluß vom 9. Januar abgesandt worden.

Reichsminister Dr. **David**: Und nachher wurde in öffentlicher Sitzung mitgeteilt, daß dem Präsidenten Wilson die Friedensbedingungen, auf Grund deren wir bereit seien, zu verhandeln, auf diskretem Wege zugänglich gemacht worden seien.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Der ganze Telegrammwechsel wurde wörtlich verlesen.

Reichsminister Dr. **David**: In diesem Moment, ohne das Vorhergehende zu wissen, erschien diese Auffassung des Grafen Bern-

storff, daß unsere Friedensbedingungen mitgeteilt werden sollten, als eine isolierte, als eine sehr wesentliche Handlung, und wir hofften, auf Grund dessen werde sich noch eine Neutralität Amerikas erreichen lassen können. Wir haben nichts erfahren von den Mitteilungen des Grafen Bernstorff, daß es aussichtslos sei, eine solche Neutralität zu erwarten, wenn der rücksichtslose U-Boot-Krieg erklärt werde, und das ist das Entscheidende. So wurde der Reichstag blind ins Verhängnis geführt. Das habe ich in meiner Rede ausführen wollen und das entspricht den Tatsachen.

Der „Vorwärts“ hat dann noch ausgeführt:

> Während man Wilson gegenüber einen plumpen Versuch machte, ihn zu betrügen.

Ich habe diesen Satz nicht gebraucht, und er geht auch über das Maß dessen hinaus, was ich gesagt habe. Das habe ich verlesen. Ich erkläre, daß ich es als eine überaus unkluge und illoyale Diplomatie gehalten habe, nachdem man den Präsidenten Wilson eingeladen hatte, den Friedensschritt zu unternehmen, ihm in dieser Weise vorwegzuspringen und ihn damit selbst in eine Situation zu bringen, die er unter allen Umständen als peinlich und schwierig empfinden mußte. Die ganze Situation ist von mir in der Rede im Hauptausschuß, die ja schon zitiert wurde, am 31. Januar 1917 noch unter dem Gesichtspunkt behandelt worden, daß es möglich sei, die Neutralität Amerikas vielleicht auch jetzt noch für uns zu erhalten. Ich hatte nicht viel Hoffnung, aber ich glaubte, es sei noch einige Hoffnung. Hätte ich gewußt, was vorangegangen war, hätte ich den Depeschenwechsel zwischen unserem Botschafter und dem Auswärtigen Amt gekannt, so hätte ich diese Hoffnung nicht mehr gehabt, und meine Partei würde vielleicht damals zu noch weitergehenden Beschlüssen gekommen sein. Was das Entscheidende für uns war, war nicht das Zustandekommen der Friedensaktion, so gern wir das gewünscht hätten — vom Ursprung der Wilsonschen Aktion wußten wir ja gar nichts —, sondern das Ziel, das wir verfolgten, war, die Absicht der Entente zu durchkreuzen, Amerika gegen uns in den Krieg zu führen. Alles aber, was von Berlin aus geschehen ist, die ganze U-Boot-Kriegs-Diplomatie hat direkt den Krieg mit Amerika provoziert, und das ist die schwere Anklage, die ich erhebe: Das deutsche Volk, der Reichstag würden sich dem entgegengeworfen haben, wenn sie eine Ahnung gehabt hätten, was vorging. So sind sie hinter das Licht geführt worden in der entscheidendsten Stunde, die die Geschichte unseres Volkes überhaupt gehabt hat, und so sind sie in das Verhängnis hineingeführt worden mit verbundenen Augen.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Der Herr Reichsminister Dr. David stellt schon jetzt in Erneuerung seiner Rede vom Sonntag fest, das deutsche Volk sei im

Dunkeln gelassen und hinters Licht geführt worden, und er hat das in einer Form getan, welche die schwersten Anklagen in sich schließt. Er hat dieser Anklage die weitere Anklage hinzugefügt, ich hätte gegen Amerika eine illoyale Politik geführt. Auch diese Anklage kann nicht mehr überboten werden an Schwere und Schärfe. Diese Anklage wird hier in öffentlicher Sitzung in die Welt geschleudert. Ich lasse diese Anklage nicht auf mir sitzen. Ich beantrage, daß sich der Ausschuß schleunigst schlüssig macht, ob er sich der Ansicht des Herrn Reichsministers anschließt.

Vorsitzender: Die Auffassung des Ausschusses — ich habe mich nach dieser Richtung hin nicht informieren können; ich glaube aber, das aussprechen zu dürfen; wenn andere Ansichten als die meinige, die ich hier aussprechen werde, zutage treten, bitte ich, das zu sagen — geht dahin, daß es nicht die Aufgabe des Ausschusses ist, sich ein materielles Urteil in dem jetzigen Stadium nach dieser Richtung hin zu bilden und dieses Urteil in der Öffentlichkeit zu erklären. Wir haben lediglich Tatsachen zu eruieren, wie das von Exzellenz v. Bethmann Hollweg selbst als die Aufgabe des Ausschusses des öfteren ausdrücklich bezeichnet worden ist. Wir können also einen derartigen Appell nicht aufnehmen.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg:** Dann bitte ich, daß wenigstens namens des Ausschusses festgestellt wird, der Herr Reichsminister Dr. David sei nicht imstande, durch die Ausführungen, die er hier in sehr prononzierter Weise und von einer maßgebenden Stelle aus gemacht hat, der Entscheidung des Ausschusses vorwegzugreifen. Ich bitte, daß das mit aller Schärfe konstatiert wird.

Reichsminister Dr. **David:** Ich habe bei meinen Ausführungen die Person des Herrn Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg nicht genannt.

(Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich bin der Verantwortliche!)

— Ich werde gleich sagen, warum ich Sie nicht genannt habe, weil ich unter dem starken Eindruck stehe, daß die politische Leitung damals nicht einheitlich in sich war und handelte. Den Vorwurf einer illoyalen Politik habe ich in erster Linie an die Adresse des damaligen Chefs des Auswärtigen Amtes gerichtet, der am 10. oder 11. Dezember der Presse vertrauensvoll mitteilte: Wir wollen unseren Friedensschritt machen, damit wir einer eventuellen Friedensaktion Wilsons zuvorkommen. Das ist ein so illoyales Verfahren — —

Vorsitzender: Ich bitte, Herr Reichsminister, derartige Kritiken kann ich nicht durchgehen lassen, wir sind nicht ein Parlament.

Reichsminister Dr. **David**: Das war die Grundlage von dem eben vom Herrn Reichskanzler v. Bethmann Hollweg gerügten Vorwurf einer illoyalen Politik. Das halte ich, soweit es auf dieser Linie läuft und geführt wurde von dem Herrn Staatssekretär Zimmermann, durchaus aufrecht. Daß Herr v. Bethmann Hollweg diese illoyale Politik für seine Person nicht machen wollte, davon bin ich überzeugt. In der Wirkung nach Amerika hinüber aber mußte sie so aufgefaßt werden. Sachlich war sie eine solche.

Zeuge Reichskanzler a. D. Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Ich möchte an den Ausschuß die Frage richten, ob dieser Saal dazu da ist, daß Mitglieder der Reichsregierung gegen die frühere Regierung hier öffentlich die schwersten Anklagen erheben.

(Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Und ich werde den Saal verlassen!)

Es ist mir bisher mitgeteilt worden, daß dieser Ausschuß dazu da ist, um Tatsachen festzustellen, und ich bin als Auskunftsperson geladen worden; aber ich stehe nicht hier, um mir von einem Mitglied der jetzigen Regierung solche Anklagen vor aller Öffentlichkeit ins Gesicht schleudern zu lassen.

Vorsitzender: Ich stehe auch durchaus auf dem Standpunkt, den Exzellenz Bethmann soeben eingenommen hat, und ich habe dieser meiner Auffassung soeben dadurch Ausdruck verliehen, daß ich dem Herrn Reichsminister David gegenüber erklärt habe, daß diese Ausführungen in der Form und in der Art, wie sie gegeben wurden, nicht dem Rechnung tragen, was hier tatsächlich Gegenstand unseres ganzen Verfahrens ist, daß sie sich niemals zu einer solchen Kritik und besonders zu einer Kritik, die derartige schwere Beleidigungen in sich schließt, ausufern dürfen. Ich glaube, es ist richtig, daß der Ausschuß Veranlassung nimmt, sich zurückzuziehen, damit ich hier eine Erklärung abgeben kann, die die Auffassung des Ausschusses in seiner Gesamtheit wiedergibt. — Vorher hat noch das Wort Herr Reichsminister David.

Reichsminister Dr. **David**: Meine Herren, ich habe diese Diskussion nicht angeschnitten.

(Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Am Sonntag!)

— Am vorigen Sonntag habe ich hier nicht gesprochen. Ich habe diese Diskussion hier im Ausschuß nicht angeschnitten. Es ist seitens des Herrn Zeugen gegen mich ein überaus scharfer Angriff eröffnet worden im Rahmen seiner Zeugenaussage, wo er nicht hingehörte, und das hat mir das Recht und, meine Herren, das hat mir die Pflicht gegeben, diesen Angriff sachlich zurückzuweisen. Gegen die Anklage, die er mir gegenüber erhoben hat, habe ich mich rechtfertigen müssen, und ich habe kein Wort gesagt, was aus dem Rahmen dieser Rechtfertigung herausgesprungen ist.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Zimmermann**: Der Herr Reichsminister Dr. David hat hier eine Reihe von parteipolitischen Reden gehalten. Ich hätte geglaubt, daß ein Vertreter der heutigen Regierung hoch über der Situation steht und daß er sich von der Unparteilichkeit durchdringen läßt, die hier den Untersuchungsausschuß auszeichnet. Wir müssen hören, was Herr Minister David sagt, und wir haben nicht das Recht, wie im Hauptausschuß, sofort das Wort zu ergreifen und ihm zu erwidern. Dieser Vorwurf der Illoyalität, den er mir gemacht hat, ist unerhört, und ich weise ihn mit aller Schärfe zurück. Ich weise ihn um so mehr zurück, als ich meinen Standpunkt neulich eingehend erörtert habe. Ich habe dem Herrn Reichsminister gesagt, und zwar auf seine Anregung hin, daß ich die Presse damals zu einer vertraulichen Besprechung eingeladen hätte und daß ich damals der Presse allerdings erklärt hätte: wir wünschen Wilson zuvorzukommen. Die Gründe, weshalb ich das erklärt habe, habe ich auseinandergesetzt. Meine Herren, das Auswärtige Amt stand damals durchaus nicht in der Gunst des Publikums, das Auswärtige Amt galt als schlapp, und wenn ich den Herren gesagt hätte: wir machen die ganze Sache lediglich um der Gefahr des U-Boot-Krieges oder mit aus der Erwägung, um der Gefahr des U-Boot-Krieges vorzubeugen, so wäre ich wahrscheinlich von einem Teile der Herren gesteinigt und das Vertrauen, das zwischen uns in bescheidenem Maße bestand, wäre gänzlich erschüttert worden. Deshalb habe ich aus taktischen Erwägungen zu der Sache gegriffen, und daß der Herr Reichsminister es wagt, mir Illoyalität gegenüber Wilson vorzuwerfen, weil ich etwas gesagt habe in einer vertraulichen Erklärung zu würdigen Herren, die des Vertrauens in jeder Beziehung wert waren und die nicht darüber geschwatzt haben, das ist unerhört; ich weise es nochmals aufs schärfste zurück.

Was den Eindruck in Amerika anlangt, meine Herren, so hat man in Amerika davon gar nichts gehört dank der Vertrauenswürdigkeit der Herren, die damals von mir eingeladen waren; es waren, ich wiederhole es, keine Schwätzer, bei denen man jedes Wort auf die Wagschale legen mußte. Auch haben mir die Herren nachträglich zum Teil rechtgegeben, daß, wenn ich dieses taktische Mittel in dem Moment wählte, es vielleicht das richtige Mittel gewesen ist, um einigermaßen die Meinung für das Auswärtige Amt zu halten. Im übrigen erinnere ich an das berühmte, auch von dem Herrn Reichsminister uns wiederholt vorgehaltene Diner mit dem Botschafter Gerard. Wir haben vorher dem Herrn Gerard kein Wort gesagt darüber, daß der U-Boot-Krieg etwa nicht gemacht würde. Alles Erfindungen! Auch haben wir nicht etwa Herrn Gerard vorher gesagt, wie er reden sollte. Ich bin durch seine Rede gänzlich überrascht worden.

(Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich auch!)

Ich mache aber darauf aufmerksam — das Telegramm des Grafen

Bernstorff liegt vor —, daß der Botschafter Gerard, als er von meiner Ernennung zum Staatssekretär hörte, besonders erfreut gewesen ist und sagte: Das wird besonders gute Wirkungen auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika ausüben. — Der Herr Reichsminister lacht. Jedenfalls beweist es aber, daß der Botschafter zu mir Vertrauen hatte, und das hat er bis zum Schluß zu mir immer gehabt.

Von allen diesen Geschichten, von dieser „Illoyalität", die der Herr Reichsminister mir vorwirft, ist in Amerika nichts bekannt geworden. Ich wiederhole, daß ich diesen Vorwurf aufs schärfste zurückweisen muß.

Vorsitzender: Der Ausschuß wird sich zu einer kurzen Erörterung über die Erklärung zurückziehen.

(Geschieht.)

Der Ausschuß nimmt um 12 Uhr 56 Minuten die öffentlichen Verhandlungen wieder auf.

Vorsitzender: Namens des Ausschusses gebe ich folgende einstimmig angenommene Erklärung ab:

> Der Untersuchungsausschuß ist nach der Verfassung ein sebständiges Organ zur Untersuchung von Tatsachen. Die endgültige Feststellung des Ergebnisses seiner Untersuchungen kann erst nach Erschöpfung des Beweismaterials erfolgen. Werturteile von Nichtmitgliedern des Ausschusses sind deshalb für den Ausschuß nicht maßgebend. Soweit die Form von Äußerungen in diesem Saale zur Beanstandung Anlaß gegeben hat, sind sie vom Vorsitzenden gerügt worden und werden vom Vorsitzenden gegebenenfalls selbstverständlich weiter gerügt werden.

Ich gebe jetzt das Wort Herrn Dr. Schücking.

Abgeordneter Dr. Schücking: Exzellenz! Sie haben Ihr Mißtrauen gegen die amerikanische Friedensvermittlung in Ihrer Aussage unter anderem durch den Hinweis auf die amerikanische Handhabung des Völkerrechts gerechtfertigt. Nun steht ja fraglos nach dem, was Sie zur Sprache gebracht haben, fest, daß von amerikanischer Seite uns gegenüber scharf auf korrekte Handhabung des Seekriegsrechts gedrungen worden ist, während man sich leider angesichts der englischen Handhabung des Seekriegsrechts von seiten Amerikas auf papierene Proteste beschränkt hat. Darüber hinaus haben Sie einige völkerrechtliche Fragen angeschnitten, über die ich mich gern noch mit Ihnen aussprechen möchte, weil doch ein solidarisches Interesse vorliegt, daß keine Vorwürfe gegen

einen fremden Staat, auch wenn wir mit ihm im Krieg gewesen sind, erhoben werden, die sich nicht vollständig begründen lassen.

Da wäre zunächst auf die Frage der amerikanischen Munitionslieferungen zurückzukommen. Wenn ich mich recht an den Wortlaut Ihrer Rede erinnere, so haben Sie gesagt, daß die Munitionslieferungen vom völkerrechtlichen Standpunkt aus zweifelhaft seien. Ist Ihnen nicht bekannt, daß diese Frage der Munitionslieferungen von seiten der Neutralen in einem Krieg eine positive Regelung erfahren hat durch das fünfte Abkommen des Haager Reglements — ich lese Ihnen den betreffenden Artikel, es ist Artikel 7, vor —, in dem es heißt:

> Eine neutrale Macht ist nicht verpflichtet, die für Rechnung des einen oder des anderen Kriegführenden erfolgende Ausfuhr oder Durchfuhr von Waffen, Munition und überhaupt von allem, was für ein Heer oder eine Flotte nützlich sein kann, zu verhindern.

Entgegen gewissen pazifistischen Bestrebungen, die ein solches Verbot von Munitionslieferungen durch Neutrale einführen wollten, hat das Deutsche Reich 1907 auf der zweiten Haager Konferenz an diesem Zustand des Völkerrechtes festgehalten aus dem Interesse der Rüstungsindustrie und des Handels heraus. Ist Ihnen das nicht bekannt, Exzellenz?

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Ich werde mich gleich dazu im Zusammenhange äußern.

Vorsitzender: Bitte, Exzellenz!

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Es ist mir bekannt, daß formell der völkerrechtliche Standpunkt, wie ihn der Herr Abgeordnete Dr. Schücking eben auseinandergesetzt hat, zutreffend ist. Aber ich möchte, wenn es gestattet ist, an Herrn Dr. Schücking die Gegenfrage richten, ob er nicht auch der Auffassung ist, daß Wilson zwar nicht formell verpflichtet war, die Munitionsausfuhr zu verhindern, daß er aber sehr wohl berechtigt war, dies zu tun, ohne sich den Vorwurf irgendeiner Neutralitätsverletzung zuzuziehen, daß aber Präsident Wilson bei verschiedenen Gelegenheiten geäußert hat, er könne ein Munitionsausfuhrverbot nicht erlassen, weil dadurch die Interessen einer kriegführenden Partei verletzt würden, und weil darin eine unneutrale Handlung liege. Meine Bemerkung hat sich nicht nur auf die beiden Seiten des Wilsonschen Verhaltens bezogen, und deshalb habe ich — ich gebe zu: vielleicht etwas vage — gesagt, man könne in dieser Frage verschiedener Meinung sein. Es kam mir überdies weniger auf das Formelle als auf das Materielle an, und was das Materielle angeht, habe ich die tatsächliche Haltung, die Wilson vorher gegenüber Mexiko eingenommen hat, der Haltung gegenübergestellt, die er uns gegenüber eingenommen hat, und im An-

schluß daran gesagt: wenn jemand einen bestimmten Weg in dieser Angelegenheit vor sich sehen mußte, um nicht nur formell, sondern auch tatsächlich neutral zu sein, dann war es Wilson; denn dieser hat im Falle Mexiko im Februar 1914 erklärt: da Carranza über keine Häfen verfügt und Huerta Häfen hat, würde die Gestattung der Munitionseinfuhr nur einem der Kriegführenden zugute kommen. Das wäre keine wahre Neutralität, zu der jede anständige Nation, so sagte er, glaube ich, verpflichtet ist, sondern eine reine „Papierneutralität", mit der ich, Wilson, nichts zu tun haben will. — Darauf kam es mir an.

Abgeordneter Dr. Schücking: Dagegen ist aber folgendes geltend zu machen. Zunächst hat der Präsident der Vereinigten Staaten, auf dessen Gesinnung es hier für unsere politischen Fragen in erster Linie ankommt, überhaupt nicht die rechtliche Kompetenz, das Waffenausfuhrverbot oder Munitionsausfuhrverbot zu erlassen. Darüber hat sich das amerikanische Staatsdepartement vom 15. Oktober 1914 wörtlich folgendermaßen ausgesprochen:

> „Weder der Präsident noch eine Exekutivbehörde der Regierung besitzt die gesetzliche Befugnis, irgendwie gegen den Handel der Bevölkerung dieses Landes mit dem Gebiete eines Kriegführenden einzuschreiten. Es gibt keinen Kongreßakt, der eine solche Befugnis erteilt oder den Handel dieser Art mit europäischen Nationen verbietet, obgleich"

— und damit komme ich auf Ihren zweiten Einwand wegen Mexiko — .

> „der Kongreß im Falle benachbarter amerikanischer Republiken den Präsidenten ermächtigt hat, ein Ausfuhrverbot für Waffen und Munition zu erlassen, falls dies nach seinem Ermessen geeignet ist, innere bürgerliche Kämpfe zu verhindern."

Also für den Fall von Mexiko hat der Präsident eine besondere Rechtsgrundlage gehabt, wie sie ihm innerhalb dieser Schranken geschaffen war, daß sich der Fall auf benachbarte amerikanische Republiken beziehen mußte, und daß es dem Präsidenten notwendig erschien, um innere bürgerliche Kämpfe zu verhindern. Danach werden Sie doch auch für festgestellt erachten, Exzellenz, daß der Präsident nach Lage der amerikanischen Gesetzgebung in diesem Falle zunächst nicht eingreifen konnte, ohne daß die Gesetzgebung geändert worden wäre.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Ist Herrn Abgeordneten Dr. Schücking bekannt, daß der Präsident der Vereinigten Staaten den geringsten Versuch gemacht hat, die hiernach erforderliche gesetzgeberische Ermächtigung zu erlangen? Mir ist nichts Derartiges bekannt! — Dagegen ist mir bekannt, daß aus

amerikanischen Kreisen selbst an den Präsidenten das Ersuchen gerichtet worden ist, nach dieser Richtung hin vorzugehen. Ich darf vielleicht, um bei der Frage der amerikanischen Neutralität zu bleiben, hier eine Eingabe zur Verlesung bringen, die ein so hervorragender Mann wie der Senator Stone, der, glaube ich, während des ganzen Krieges Vorsitzender der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten war, die in den Vereinigten Staaten eine große Rolle spielt, mit anderen Senatoren an den Präsidenten gerichtet hat. Senator Stone hat in dieser Denkschrift dem Präsidenten nicht weniger als 20 Neutralitätsverletzungen vorgeworfen, nämlich folgende:

1. Verschiedene Behandlung drahtloser Telegramme und Kabeltelegramme zuungunsten Deutschlands

— ein Punkt, über den ich bereits gesprochen habe. —

Abgeordneter Dr. Schücking: Ich werde darauf zurückkommen.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich:

2. Amerika lasse sich die Zensur amerikanischer Postsachen durch England ruhig gefallen. Solche Postsachen würden auf neutralen, z. B. auf holländischen Dampfern geöffnet.
3. Durchsuchung amerikanischer Fahrzeuge nach deutschen oder österreichischen Staatsangehörigen auf hoher See und in territorialen Gewässern eines Kriegführenden.
4. Protestlose Duldung der britischen Verletzung der Regeln bezüglich der absoluten und relativen Konterbande, wie sie in den Haager Konventionen und der Londoner Deklaration und im Völkerrecht aufgestellt sind.

Also nicht nur der Londoner Deklaration, die noch nicht ratifiziert war, sondern auch der Haager Konvention!

5. Protestlose Duldung der Einreihung von Kupfer und anderen Artikeln in die britische Liste der absoluten Konterbande.
6. Protestlose Duldung der Einmischung in den amerikanischen Handelsverkehr mit neutralen Ländern in relativer und absoluter Konterbande.
7. Protestlose Duldung der Störung des Handelsverkehrs in relativer Konterbande, welcher an Private in Deutschland und Österreich adressiert ist, und somit Unterstützung der Politik Großbritanniens, Deutschland und Österreich alle Zufuhr abzuschneiden.
8. Duldung der britischen Einmischung in den Handelsverkehr in Petroleum, Gummi, Leder, Wolle usw.
9. Die Vereinigten Staaten haben sich nicht in den Verkauf von Waffen, Munition, Pferden, Uniformen und anderem

Kriegsmaterial an Großbritannien und seine Verbündeten eingemischt, obwohl durch diese Verkäufe der Konflikt verlängert wurde.

10. Die Vereinigten Staaten haben den Verkauf von Dumdum-Geschossen an England nicht verboten.
11. Britischen Kriegsschiffen wird gestattet, vor amerikanischen Häfen zu liegen und neutrale Fahrzeuge abzufangen.

— Ich erinnere bei diesem Passus an die Behandlung unseres U 53 vor der amerikanischen Küste. —

12. Großbritannien und seinen Alliierten wird ohne Protest gestattet, amerikanische Bürgerpapiere und Pässe zu ignorieren.
13. Zulassung von Anleihen für die Ententemächte, obgleich die amerikanische Regierung erst den Standpunkt eingenommen hatte, daß Anleihen an alle kriegführenden Staaten unzulässig seien.
14. Festnahme von eingeborenen Amerikanern auf neutralen Schiffen und in britischen Häfen und ihre Einkerkerung.
15. Gleichgültigkeit in betreff der Gefangenhaltung von Nichtkombattanten in Detentionslagern in England und Frankreich.
16. Versäumnis, den Transport von britischen Truppen und britischem Kriegsmaterial über Gebiete der Vereinigten Staaten zu verhindern.
17. Verhalten gegenüber dem deutschen Kriegsschiff „Geier" und dem deutschen Kohlenschiff „Locksum" und deren schließliche Internierung in Honolulu.
18. Unbilligkeit Deutschland gegenüber in betreff Anordnungen über Bekohlung von Kriegsschiffen in der Kanalzone.
19. Unterlassung einer Protesterhebung gegen die Modifizierung der Londoner Deklaration durch die britische Regierung.
20. Allgemeine unfreundliche Haltung der Regierung gegenüber Deutschland und Österreich.

Das ist eine lange Liste, in der die Frage der Munition unter Punkt 9 gleichfalls eine Rolle spielt. Mir ist aber nicht bekannt, daß der Präsident auf die an ihn herangekommenen Anregungen, ein Embargo zu erlassen, auch nur mit irgendeinem Schritt geantwortet hätte, daß er irgendeinen Versuch gemacht hätte, die gesetzliche Handhabe zu bekommen, die ihm ein Verbot der Munitionsausfuhr gestattet hätte, das, völkerrechtlich betrachtet, ohne Neutralitätsverletzung durchaus möglich war.

Abgeordneter Dr. **Schücking**: Sie meinen, es sei völkerrechtlich noch jederzeit möglich gewesen, nachträglich die Munitionsausfuhr

zu verbieten. Nach dieser Richtung hin ist ja eine Aktion von den amerikanischen Pazifisten eingeleitet gewesen. Barthold hatte einen Gesetzesantrag gestellt. Es ist, wie Sie schon vorhin erwähnten, von Wilson gelegentlich dann geltend gemacht worden, daß rechtliche Schwierigkeiten vorhanden seien, und in der Tat konnte eine amerikanische Note darauf Bezug nehmen, daß, wenn einmal gewisse Neutralitätsgrundsätze proklamiert worden sind, es dann im allgemeinen als völkerrechtswidrig oder zum wenigsten als unfreundlicher Akt gilt, wenn diese Neutralitätsgrundsätze nachträglich geändert werden. Das stehe ausdrücklich in einem Absatz 3 der Präambel zum 13. Abkommen über die Rechte und Pflichten der Neutralen. Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Das war mir im Augenblick nicht so gegenwärtig. Ich habe ja damals mit dieser Frage nur indirekt zu tun gehabt. Sie hat mich aber immerhin sehr stark interessiert. Aber auch darauf möchte ich folgendes sagen.

Wenn es ein unfreundlicher Akt, nicht nur nach geschriebenem Recht, sondern nach diplomatischem Brauch ist, Neutralitätsgrundsätze ohne ausreichenden Grund nachträglich zu ändern, so haben zu einer solchen Änderung, glaube ich, die Engländer der amerikanischen Regierung reichlichen Grund gegeben; denn sie haben auch ihrerseits ihre Politik gegenüber Amerika fortgesetzt geändert. Ich mache darauf aufmerksam — um beim Gebiet des Seekriegsrechts zu bleiben —, daß die Entente zunächst die Londoner Deklaration mit gewissen noch bescheidenen Modifikationen als bindend angenommen hat, daß sie dann fortgesetzt durch neue Orders in council weitergehende Änderungen der Londoner Deklaration herbeigeführt hat und daß sie schließlich — ich glaube, am 7. Juli 1916 — die Londoner Deklaration vollständig aufgehoben hat. — Also fortgesetzt weitere Verschiebungen auf dem Gebiete des Seekriegsrechts im Laufe des Kriegs! Ich glaube deshalb trotz der Bestimmungen, die der Herr Abgeordnete Dr. Schücking eben angezogen hat, daß Amerika durchaus legitimiert gewesen wäre, auch seinerseits nachträgliche Änderungen in den von ihm zu Beginn des Krieges in der Voraussetzung der Gültigkeit der Londoner Deklaration bekundeten Neutralitätsgrundsätzen eintreten zu lassen.

Abgeordneter Dr. Schücking: Jedenfalls ist es doch ein Unterschied, ob ein Neutraler seine Grundsätze über Neutralität ändert, oder ob ein Kriegführender seine Praxis ändert.

Was die Neutralen angeht, so hat eine amerikanische Note von Lansing einmal Bezug darauf nehmen können, daß das einzige deutsche Buch, das sich zu dieser Frage äußerte, von einem Schüler des Professors Zorn — Einicke —, betont, daß — wörtlich:

„Verbote des Konterbandehandels als Neutralitätsverletzungen oder zum mindesten als unfreundliche Akte angesehen werden können, wenn sie während eines Krieges in der Absicht erlassen werden, die Zufuhrquellen einer Partei, die sich bisher darauf verlassen hatte, unerwarteterweise zu verschließen."

Also das wurde von amerikanischer Seite geltend gemacht.

„Wie die Dinge sich entwickelt haben, hat sich die eine Partei auf diese amerikanischen Neutralitätsgrundsätze verlassen, und nun können wir die nicht plötzlich ändern, ohne daß wir gegen diese Partei einen unfreundlichen Akt vornehmen.

Ich identifiziere mich nicht mit dieser Erklärung; aber es ist immerhin ein rechtlicher Gesichtspunkt.

Nun haben Sie von der moralischen Seite der Munitionslieferung gesprochen. Ist Ihnen bekannt, daß die deutsche Rüstungsindustrie jede Gelegenheit benutzt hat, um an Kriegen zwischen anderen Staaten zu verdienen, und daß es sich hier um Sünden des Kapitalismus gehandelt hat?

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich glaube, über Sünden des Kapitalismus haben wir uns hier nicht auszusprechen.

(Heiterkeit.)

Ich glaube, die Debatte über eine Frage, die nicht so einfach liegt, die nicht nur auf moralischem Gebiete liegt, ob es richtig ist, daß nach allgemeinen Völkerrechtsgrundsätzen eine Belieferung von Kriegführenden mit Kriegsmaterial und Munition innerhalb des Rahmens der Neutralität zu gestatten wäre, — ich glaube, eine Debatte darüber würde doch wohl zu weit führen. Ich möchte nun folgendes bemerken: Moralisch liegt vom Standpunkt der völkerrechtlichen Beziehungen der Völker aus, wenn man den Krieg einmal als ein Faktum annimmt, das besteht, der Fall doch etwas anders, wenn Munitionslieferungen Neutraler an Kriegführende bewirkt werden, die beide die Möglichkeit des Munitionsbezuges von außen haben. Das war im russisch-japanischen Kriege so. Rußland sowohl wie Japan konnten von neutraler Seite mit Kriegsmaterial jeder Art versorgt werden und sind tatsächlich mit Kriegsmaterial von beiden Seiten versorgt worden. Die Besonderheit unseres Falles lag aber darin, daß wir, und zwar nicht nur durch unsere geographische Lage, sondern auch durch völkerrechtswidrige Maßnahmen Englands vom Verkehr mit der Außenwelt überhaupt abgeschnitten waren, und daß wir, teils durch diese völkerrechtswidrigen Maßnahmen Englands, teils durch die Tatsache unserer geographischen Lage gegenüber Amerika, materiell in der Lage

waren, wie es Carranza gewesen ist, der keine Munition beziehen konnte, während sein Gegner in der Lage war, Munition zu beziehen. Diese Ungleichheit ist ein abnormer Fall, der natürlich, wenn ich hier schon einmal von dem moralischen Gesichtspunkt sprechen soll, ein anderes Bild gibt, als wenn beiden Kriegführenden der Bezug von Munition und Kriegsmaterial in gleicher Weise möglich ist.

Abgeordneter Dr. Schücking: Es handelt sich hier darum, festzustellen, ob es sich um Sünden eines einzelnen Volkes, oder um Sünden des Kapitalismus handelt. Insofern muß ich an diesem Worte festhalten; denn es kommt hier darauf an, ob das einzelne Volk unmoralisch gehandelt hat. Es wird Ihnen bekannt sein, daß von deutscher Industrie Munition nicht nur in den Fällen geliefert worden ist, wo an beide Kriegführende geliefert werden konnte, so namentlich schon im Krimkrieg, dann in den Kriegen zwischen der Türkei und Italien, sondern daß namentlich auch im Burenkrieg, wo die Situation genau so war, daß nur die eine Seite deutsche Munition beziehen konnte, von Deutschland sehr viel Munition an die andere Partei verkauft worden ist. Ist Ihnen bekannt, daß der amerikanische Staatssekretär Lansing darauf Bezug nehmen konnte, wörtlich:

> „Während des Burenkrieges verkaufte Deutschland ungeachtet der kommerziellen Isolierung des einen Kriegführenden Hunderttausende von Kilogrammen von Sprengstoffen, Schießpulver, Patronen, Geschossen und Waffen" —

und daß diese Äußerung unwidersprochen geblieben ist?

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Das mag mir wohl damals auch durch die Finger gegangen sein. Ich kann natürlich nicht beschwören, ob ich gerade diese Erklärung von Lansing gesehen habe. Aber ich glaube, sie berührt den Kern der Sache nicht, die uns hier beschäftigt. Die Situation ist und bleibt die: wir waren nicht nur wie die Buren abgeschnitten, sondern es kam noch das Weitere hinzu, daß der andere Teil, nämlich England und seine Verbündeten — um uns abzuschneiden — sich eine Reihe von positiven Völkerrechtsverletzungen gestatteten, gegen die Amerika nicht eingeschritten ist, während Amerika ein wirksames Druckmittel gehabt hätte. Ich möchte Herrn Abgeordneten Schücking fragen, ob er nicht auch glaubt, daß Herr Wilson und Amerika, als Ganzes genommen, daß die amerikanische Legislative nur hätte zu sagen brauchen: Wenn ihr nicht auf den Boden der Londoner Deklaration zurückkehrt, erlassen wir ein Embargo auf Munition, auf Getreide und Baumwolle. Dann wäre England auf den Boden der Londoner Deklaration zurückgekehrt, und der Krieg hätte ein Ende gehabt. Das hat Amerika nicht getan, und darauf in erster Linie geht mein Vorwurf.

Abgeordneter Dr. Schücking: Ich habe schon vorhin gesagt, daß ich die Art, wie Amerika gegen England Stellung oder nicht Stellung genommen hat, natürlich ebenso bedauere wie Sie. Hier handelt es sich aber um andere Vorwürfe. Vor allen Dingen bleibt doch dabei auch noch die politische Frage übrig: welche Möglichkeiten hätte praktisch, politisch Wilson zu einem solchen Gesetz gehabt? Darüber wird uns Herr Graf Bernstorff vielleicht später noch Auskunft geben können. Lag die praktische Möglichkeit vor, in Amerika ein derartiges Gesetz durchzubringen?

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Darf ich zunächst hierauf antworten? Die Antwort gerade hierauf erscheint mir wichtig. Ich teile die Zweifel des Herrn Abgeordneten Dr. Schücking, ob der Präsident die Möglichkeit gehabt hätte; denn ich teile die Ansicht, die Herr Graf Bernstorff hier mitgeteilt hat, daß in Amerika das geschäftliche Interesse an England so stark war, daß der Präsident dagegen nicht einschreiten konnte oder nicht einschreiten wollte. Das entlastet aber nicht das amerikanische Verhalten, sondern im Gegenteil, das zeigt, daß hier bei der Haltung des Präsidenten nicht nur die Haltung einer Einzelperson vorlag, sondern daß der Kern der ganzen Entwicklung, die wir alle bedauern, sehr viel tiefer lag.

Vorsitzender: Wünschen Sie, Herr Graf Bernstorff, zu dieser Frage vielleicht noch einmal Stellung zu nehmen? Im allgemeinen ist ja das, was Sie dazu zu sagen hatten, in Ihrer Vernehmung, soweit ich mich erinnere, gesagt. Ich glaube nicht, daß Sie dem etwas hinzuzusetzen haben. Aber ich will Ihnen Gelegenheit geben, wenn Sie es für wünschenswert halten, das jetzt zu tun.

Zeuge Botschafter Graf **v. Bernstorff:** Ich habe dazu nichts Besonderes zu sagen. Das weiß ja jeder, daß, wenn man die amerikanischen Handlungen betrachtet, man nicht einseitig den Präsidenten allein in Betracht ziehen darf, sondern auch die öffentliche Meinung. Ein amerikanischer Präsident ist überhaupt nicht in der Lage, etwas gegen die öffentliche Meinung zu tun. Er kann sie vielleicht beeinflussen, er kann sie vielleicht hemmen, er kann aber nichts gegen sie tun. Zur Beurteilung der Handlungen der Vereinigten Staaten gehört in erster Linie, daß man genau weiß, wie die öffentliche Meinung steht. Ich möchte das besonders betonen, weil in der ersten Zeit, wo die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten gegen uns nicht neutral, sondern unfreundlich war, die Regierung gar nicht in der Lage war, gewisse Dinge zu tun. Die Regierung hat sich, soviel ich beurteilen konnte, im allgemeinen formell auf dem Standpunkt der Neutralität gehalten. Soviel ich mich entsinne, ist es auch immer die Ansicht der Rechtsabteilung des Auswärtigen

Amts gewesen, daß die amerikanische Staatsgewalt formell neutral gewesen ist.

Selbstverständlich wußten wir aber alle, daß die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten uns gegenüber in ihrem Empfinden nicht neutral war, sondern daß sie in ihrer großen Mehrheit für die Entente Partei nahm. Ich betone dieses besonders — wenn ich da vielleicht vorausgreifen darf —, weil diese Frage auch bei der Friedensvermittlung Wilsons sehr wichtig ist. Es wird so oft behauptet, daß mit der Beurteilung der Person Wilsons die ganze Friedensvermittlung erledigt wäre. Das ist eine falsche Auffassung. Die öffentliche Meinung in Amerika hatte bei den Wahlen Wilson das Mandat gegeben, weil er den Frieden erhalten hatte, und weil sie von ihm erwartete, daß er den allgemeinen Frieden wiederherstellen würde. Wir standen also nicht einer; wie hier gesagt worden ist, nicht vertrauenswürdigen Person gegenüber, sondern wir standen der ausgesprochenen Ansicht des amerikanischen Volkes gegenüber. Infolgedessen handelte es sich für uns nicht darum, ob Wilson zuverlässig war oder nicht, sondern es handelte sich darum, daß das amerikanische Volk einen Wunsch ausgesprochen hat. Wenn ich noch einmal vorausgreifen darf, so war in Versailles wiederum die Lage die, daß die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten Wilson gar keine Stütze geboten hätte, wenn er sich für uns eingesetzt haben würde. Infolgedessen ist ihm das nicht möglich gewesen.

Sachverständiger Dr. Schäfer: Ich möchte doch kurz darauf hinweisen, daß die Frage, die hier erörtert wird, keine bloß völkerrechtliche, sondern eine politische ist. Das wird durch das Beispiel von Mexiko, das angeführt worden ist, klargestellt. Wilson hat den Kongreß bewogen, ein Waffenausfuhrverbot nach Mexiko zu gestatten. Das ist erlassen zuungunsten Huertas, zum Vorteil Carranzas, wie es heißt, weil der eine von der Waffenzufuhr Vorteil hatte, der andere nicht; in Wirklichkeit aber deshalb, weil Wilson vom ersten Anfang an den Huerta bekämpft hat und alsbald, nachdem Huerta sich der Hauptstadt bemächtigt hatte, seinen Kommissar John Lind hingeschickt und Widerspruch erhoben hat. Es handelte sich nicht um die Frage, den einen oder den anderen zu bevorzugen, sondern um die Frage, den Kandidaten niederzuhalten, den Wilson persönlich bekämpfte. Das ist der Grund seines Einschreitens. Politische Momente bewegen ihn, und das Völkerrecht spielt keine Rolle. Wenn die Wendung gebraucht wird, daß es sich darum handele, Bürgerkriege in Nachbarstaaten zu vermeiden, so ist das nur die Form, in der die Sache dem Kongreß mundgerecht gemacht wird. Ähnliche Formeln sind ja nachher im Verhältnis zu Deutschland auch gebraucht worden.

Dann möchte ich in bezug auf die Waffenausfuhr an kämpfende Mächte noch darauf hinweisen, daß dieses Ver-

fehlen des Kapitalismus keine bloße deutsche Eigentümlichkeit ist, wie es nach den hier gefallenen Äußerungen erscheinen könnte, sondern daß in England selbst — das weiß jeder, der mit englischer Geschichte nur einigermaßen vertraut ist — soundso oft von englischen Waffenfabrikanten Waffen ausgeführt sind an Völker, mit denen England zeitweise in Krieg lag, daß also mit den englischen Waffen die eigenen Angehörigen der englischen Nation bekämpft worden sind. Das sind allgemeine Übelstände, die man meinetwegen mit dem Namen „Verfehlungen des Kapitalismus" bezeichnen mag, die man aber nicht allein bei den Deutschen voraussetzen soll.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Ich möchte bemerken, daß die Ausführungen des Herrn Grafen Bernstorff doch die Auffassung vollkommen bestätigen, die ich vorgestern hier vertreten habe. Ich habe nicht nur von der Person des Präsidenten Wilson, sondern ausdrücklich von der amerikanischen Geschäftswelt und der *amerikanischen öffentlichen Meinung* gesprochen, die in dieser Richtung hinter dem Präsidenten standen und ihn wohl auch getrieben haben. Darin lag ja für mich ein sehr wesentlicher Punkt für die Beurteilung der Situation. Denn meine Ausführungen sind ja schließlich nicht gemacht zu theoretischen Zwecken irgendwelcher Art, sondern ich hatte hier vor diesem Ausschuß zu begründen, wie ich damals in den kritischen Monaten die Situation beurteilte, wie ich die Aussichten und die Ernsthaftigkeit einer amerikanischen Friedensvermittlung beurteilte. Ich habe Wilson, glaube ich, als Person die Vertrauenswürdigkeit nicht abgesprochen; ich habe nur betont, daß wir von Wilson nichts zu erwarten hatten, von Herrn Wilson persönlich nicht und erst recht nicht von dem Präsidenten Wilson auf Grund der öffentlichen Meinung, wie sie Graf Bernstorff so zutreffend geschildert hat. Für mich waren die Ereignisse gerade im Januar und insbesondere die Botschaft vom 22. Januar eine schlagend deutliche Manifestation dieser in der Sache und im Kern unneutralen, unseren deutschen Lebensbedingungen gleichgültig und fremd gegenüberstehenden, mit Vorurteilen schwerbeladenen und mit einer Kette von materiellen Interessen verknüpften politischen Meinung in Amerika, die der Präsident teils führte, teils als für sich maßgebend anerkannte.

Abgeordneter Dr. **Schücking**: Ich möchte zunächst konstatieren, daß ich niemals gesagt habe, daß nur oder in besonderem Maße die *deutsche Rüstungsindustrie* verdient hätte an den Tränen der fremden Länder, sondern das ist selbstverständlich von mir hervorgehoben worden als eine internationale Erscheinung, die eben mit dem Wesen der Rüstungsindustrie zusammenhängt.

Weiter haben Sie, Exzellenz, neulich davon gesprochen, es gäbe doch keinen völkerrechtlichen Satz, auf Grund dessen Amerika

uns die Benutzung unserer Stationen für drahtlose Telegraphie verbieten konnte. Ist es Ihnen nicht bekannt, daß auch diese Dinge eine positive Regelung auf den Haager Konferenzen in demselben Abkommen über Rechte und Pflichten der Neutralen erfahren haben?

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Die Bestimmungen darüber sind mir allerdings so nicht gegenwärtig.

Abgeordneter Dr. Schücking: Es war im Ostasiatischen Kriege vorgekommen, daß die Japaner auf chinesischem Boden sich Stationen eingerichtet hatten für drahtlose Telegraphie und nun von da aus ganz munter sich Signale gaben an ihre Landsleute über die herankommende russische Flotte, wie sie formiert war, wie stark sie war usw. Nach solchen Erfahrungen hat man im Haag dieser Betätigung auf neutralem Gebiet einen Riegel vorschieben wollen und hat erklärt, daß die Neutralen nicht dulden dürfen, daß Kriegführende auf ihrem Gebiet Stationen für drahtlose Telegraphie anlegen. Nun hat uns Herr Graf Bernstorff neulich mitgeteilt, daß eine deutsche Station für drahtlose Telegraphie auf amerikanischem Boden in der Anlage begriffen gewesen, aber noch nicht vollendet gewesen ist.

(Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Es bestanden zwei bei Beginn des Krieges, Tuckerton und Sayville!)

Diese beiden waren noch nicht vollendet.

(Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Sie waren beide im Betrieb, soviel ich weiß!)

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Das war eben das Unglück, daß sie nicht in eröffnetem Betrieb waren. Das war das juristische Unglück dabei.

Abgeordneter Dr. Schücking: Der Betrieb war noch nicht eröffnet; infolgedessen konnten sich die Vereinigten Staaten für befugt erachten, die Regie dieser privaten Stationen für sich zu übernehmen. Das ist geschehen, nicht wahr, Herr Graf?

Zeuge Botschafter Graf v. Bernstorff: Der Hergang war der folgende: Diese beiden Stationen sind, soviel ich mich entsinne, im Laufe des Jahres 1914 angelegt worden und sollten dem öffentlichen Betrieb übergeben werden. Das ist aber vor dem Beginn des Krieges nicht geschehen. Es kamen für uns besonders zwei unglückliche Umstände dabei in Betracht. Der erste war der, daß der Betrieb noch nicht eröffnet war, und der zweite Umstand war noch unglücklicher für uns, nämlich daß bei dem Privatkapital, welches die Errichtung übernommen hatte, auch französisches

Kapital beteiligt war. Infolgedessen war der erste Schritt, der erfolgte, der, daß die französischen Aktionäre einen Einhaltsbefehl forderten, damit diese Stationen sofort geschlossen werden sollten. Um die Schließung der Stationen zu vermeiden, welche außer dem Kabel die einzige Verbindung mit dem kontinentalen Europa herstellten, hat die amerikanische Regierung erklärt, daß sie unter Zurückstellung der privaten Streitigkeiten die Stationen in eigene Regie übernehmen würde.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich glaube, mich doch sehr deutlich zu entsinnen, daß bei Beginn des Krieges bereits drahtlos nach Tuckerton wie nach Sayville telegraphiert worden ist. Technisch waren beide Stationen bei Beginn des Krieges jedenfalls vollendet. Ob eine formelle Abnahme und Übergabe an den öffentlichen Verkehr bereits erfolgt war, kann ich nicht sagen. Aber das wäre meiner Ansicht nach doch eine kleinliche und engherzige Auslegung gewesen, die sich an dieses Merkmal angeklammert hätte. Was die französischen Aktionäre anlangt, so halte ich den Einspruch der französischen Aktionäre, einer beschränkten Minderheit, bei der amerikanischen Regierung rechtlich, auch völkerrechtlich, für ganz bedeutungslos. Wenn die Gesellschaft als solche zu einem Schritt kommen will, so hat darüber die Generalversammlung oder der Verwaltungsrat zu entscheiden und den Schritt zu unternehmen, aber einzelne Aktionäre können nach meiner Ansicht weder auf Grund privatrechtlicher noch auf Grund völkerrechtlicher Sätze einen Einspruch erheben und ein Eingreifen oder eine sonstige Maßnahme einer neutralen Regierung herbeiführen.

Sachverständiger Dr. Bonn: Soweit die Auffassung der mangelnden materiellen Neutralität Amerikas in Frage steht, die Exzellenz gegeben haben, so habe ich ihr zugestimmt; ich habe auch in meinen verschiedenen, von Ihnen zitierten Schriften betont und habe sie vor allen Dingen auch dort zum Ausdruck gebracht, wo es sehr viel wesentlicher war als hier, nämlich in Amerika. Aber der springende Punkt scheint mir doch der folgende zu sein. Alle diese Tatsachen, über diese mangelnde materielle Neutralität waren Ihnen ja im Herbst 1916 schon bekannt; Sie haben trotzdem, wenn ich richtig verstanden habe, immer auf dem Standpunkt gestanden, daß es ein großes Unglück wäre, wenn diese mangelnde Neutralität sich in absolute Feindschaft verwandeln würde, und Sie haben von diesem Standpunkt aus den U-Boot-Krieg bekämpft. Das ist so weit richtig. Nun sehe ich nicht recht ein, wie weit diese mangelnde Neutralität, die Ihnen bereits im Herbst 1916 vollkommen bekannt war und danach Ihre Stellungeinnahme nicht beeinflußt hat, eine Wirkung auf Ihre Stellungnahme am 9. Januar ausgeübt hat.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Soll ich die Frage gleich beantworten?

Vorsitzender: Jawohl, obgleich sie eigentlich außerhalb des Rahmens steht. Wir wollten uns nur mit der völkerrechtlichen Frage beschäftigen.

Sachverständiger Dr. **Bonn**: Es handelt sich hier um den Einfluß der völkerrechtlichen Frage auf die Entscheidung des Staatssekretärs. Ich glaube, die Sache gehört zum Thema, aber ich füge mich sehr gern und ziehe sie zurück.

Vorsitzender: Wir wollen die Sache, da sie ja hiermit im Zusammenhange steht, auch jetzt entscheiden.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Ich glaube, doch sehr deutlich ausgeführt zu haben, wie bei der Urteilsbildung in der entscheidenden Zeit über die damals vorliegende Situation diese Auffassung von der *Neutralität Amerikas* mitgewirkt hat. Herr Professor Bonn hat ganz recht. Ich habe immer noch einen großen Unterschied zwischen dem ferneren Verharren Amerikas in dieser formellen Neutralität und dem effektiven Eintritt Amerikas in den Krieg gemacht. Und mit dieser Unterscheidung habe ich leider recht behalten. Ich habe immer darauf aufmerksam gemacht, daß die Auffassung falsch ist, ein kriegführendes Amerika könne die Entente nicht stärker unterstützen, als es Amerika ohnedies mit seiner materiellen unneutralen Haltung tut. Deswegen habe ich mich auch so lange gegen den U-Boot-Krieg gestellt. Ich habe ausgeführt, welche Rolle speziell die Senatsbotschaft vom 22. Januar gespielt hat in einer Situation, wo auch nach meinem Urteil der Krieg in seine letzte Phase trat, wo es darauf ankam: Kommen wir noch irgendwie durch irgendeinen eigenen Schritt oder durch amerikanische Vermittlung zum Frieden, oder kommen wir nicht zum Frieden. Im letzten Fall mußten alle Mittel, mochten sie auch noch so gewagt sein, angewandt werden. Und daß wir durch Wilsons Vermittlung nicht zum Frieden kommen konnten, nachdem Wilson im Senat diese Ausführungen in die Welt hinausgegeben hatte: dieser Zusammenhang ist doch klar und dieser Zusammenhang hat mich in der Überzeugung bestärkt: Wir haben von Wilson die Vermittlung eines für uns erträglichen Friedens in keiner Weise zu erwarten. Diese Angelegenheit war daher für mich mit der Botschaft des Präsidenten Wilson vom 22. Januar 1917 erledigt. Ich habe weiter ausgeführt, daß bei der wiederholten Drohung, daß, wenn es nicht zum Frieden kommen werde, Amerika Partei ergreifen müsse, nach meiner Auffassung der Krieg mit Amerika gekommen wäre, auch ohne daß der U-Boot-Krieg den Anlaß dazu gab. Der Krieg wäre gekommen aus irgendeinem andern Grunde; wahrscheinlich wäre Wilson dazu gekommen, *den Frieden*,

wie ich neulich hier sagte, mit dem Gewehrkolben zu vermitteln. Das alles beruht auf dem breit angelegten Unterbau, den ich mir erlaubt habe, zur Darstellung zu bringen.

Abgeordneter Dr. Schücking: Was die Funkentelegraphie betrifft, so ist Ihnen ja bekannt, daß die Stationen später doch gebraucht worden sind.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Aber unter Kontrolle!

Abgeordneter Dr. Schücking: Nun gibt Artikel 8 des bezüglichen Abkommens aus dem Haag dem Neutralen das Recht, derartige Kontrollen einzuführen.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Wir kommen immer wieder auf die formelle Frage. Wenn das Recht bestand, dann bestand das Recht auch gegenüber den englischen Stationen, und da ist es nicht eingeführt worden.

Abgeordneter Dr. Schücking: Das wollen wir einmal feststellen. Herr Graf Bernstorff wird uns das vielleicht sagen können: Hatten die Engländer überhaupt Stationen für drahtlose Telegraphie?

Zeuge Botschafter Graf **v. Bernstorff**: Nein!

Zeuge Staatsminister a. D. Dr. **Helfferich**: Aber ihre Kabel landeten in Amerika.

Abgeordneter Dr. **Schücking**: In bezug auf die Kabel wurde keine Kontrolle geübt?

Zeuge Botschafter Graf **v. Bernstorff**: In bezug auf die Kabel? Nein!

Vorsitzender: Dann haben Sie recht, daß das eine materiell unneutrale Handlung war, denn nach Artikel 8 der bezüglichen Konvention kann der Neutrale auch die Benutzung von Kabeln unter seine Kontrolle stellen, genau, wie das bei der drahtlosen Telegraphie geschehen ist. Auf dem Gebiete der drahtlosen Telegraphie wurde die Kontrolle durchgeführt, aber nicht bei den Kabeln. Das wäre ein materieller Fehler.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Ich darf vielleicht auf die Munition zurückkommen. Soeben werde ich daran erinnert — vielleicht kann Herr Professor Schücking das kontrollieren —, daß im spanisch-amerikanischen Kriege der Botschafter White hier gegen die deutschen Munitionslieferungen nach Spanien Protest erhoben hat, worauf Graf Bülow

damals als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes die für Spanien bestimmten Munitionstransporte zurückgerufen hat.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Der Fall scheint mir besonders wichtig zu sein, weil er Amerika gegenüber der einzige Fall ist, wo wir zu einer Entscheidung in dieser Frage hatten kommen können. In dem einzigen Fall also, stelle ich fest, wo unter Geltung dieser völkerrechtlichen Normen eine Munitionszufuhr an einen Feind Amerikas möglich war, haben wir sie auf Ersuchen und Einspruch Amerikas verhindert. Ich stelle fest, daß die sachliche materielle Neutralitätsverletzung Amerikas dadurch wesentlich erschwert wird, daß Amerika uns gegenüber keine Reziprozität geübt hat.

Abgeordneter Dr. **Schücking**: Dann ist weiter von der Frage der bewaffneten Handelsschiffe gesprochen worden. Es ist von Lansing einmal eine ausgezeichnete Note verfaßt worden am 18. Januar 1916, in der ein materielles Abkommen vorgeschlagen war, daß wir uns an die Normen des Kreuzerkrieges halten sollten, auf der anderen Seite die Entente die Handelsschiffe nicht mehr bewaffnen sollte, und dann haben Sie es gerügt, daß Amerika auf die Durchführung dieses Abkommens verzichtet hat.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Hier liegt ein Mißverständnis vor. Es handelt sich nicht um ein Abkommen, sondern um einen Vorschlag Lansings. Lansing hat am 18. Januar 1916 einen Brief an die Vertreter der Ententemächte in Washington, glaube ich, gerichtet. Ich habe ihn nur gestreift; aber nachdem der Herr Abgeordnete Schücking die Sache anführt, muß ich etwas ausführlicher werden. In diesem Briefe hat Lansing auf die Besonderheit der U-Boot-Waffe hingewiesen, vor allem darauf, daß die U-Boote durch leichte Verletzung schon untauglich gemacht und zum Sinken gebracht werden. Er hat hervorgehoben, daß infolgedessen die Kriegführung mit den U-Booten nach anderen Grundsätzen erfolgen müsse, als diejenigen sind, die bisher aufgestellt waren und auf die U-Boot-Waffe überhaupt keine Rücksicht nahmen. Er hat vor allem hervorgehoben, daß man anerkennen müsse, daß gegenüber einem U-Boot ein Kauffahrteischiff, das auch nur leicht bewaffnet ist, dessen Bewaffnung in früherer Zeit als Bewaffnung zur Verteidigung ohne weiteres hätte als qualifiziert gelten können, gegenüber dem U-Boot als Bewaffnung zum Angriff angesehen werden müßte. Darauf liegt der Schwerpunkt. Handelsschiffe, die zum Angriff bewaffnet sind, stehen Hilfskreuzern gleich, und infolgedessen hat Lansing mit dem Anschein einer leichten Pression auf die Entente den Vorschlag gemacht: unsere U-Boote beschränken sich auf den Kreuzerkrieg, das heißt, sie versenken keine Handelsschiffe ohne Warnung, ohne Durchsuchung, ohne Rettung der Menschenleben — auf diese drei Punkte kommt es an —, dafür aber unter-

lassen und verbieten sämtliche Kriegführenden die Bewaffnung ihrer Handelsschiffe und den Widerstand gegen die Untersuchung durch die U-Boote. Er hat hinzugefügt: Wenn sich die Kriegführenden diesen Bestimmungen nicht anpassen sollten, so werde Amerika unter Umständen in die Lage kommen, seinerseits bewaffnete Handelsschiffe irgendwelcher Art, also auch leichtbewaffnete als kriegführende, als Hilfskreuzer zu behandeln. — Was das materiell bedeutet, darüber brauche ich Ihnen, Herr Abgeordneter Schücking, keine Aufklärung zu geben; das hätte bedeutet, daß die bewaffneten Handelsschiffe allen Beschränkungen für Kriegführende in den Häfen der Vereinigten Staaten unterlegen hätten, und diese Beschränkungen sind immerhin so weitgehende, daß damit allein schon eine effektiv ausgiebige Benutzung dieser Schiffe für die Verproviantierung und Munitionsversorgung Englands kaum mehr ernstlich in Frage gekommen wären. Das war *die* Lösung der ganzen U-Boot-Kriegsfrage. Wort für Wort unterschreibe ich diese Note von Lansing. Das war die Lösung, die sich aus der Natur der U-Boote ergab und die sich aus einem neutralen Geiste ergab.

Jetzt aber geschah das, was ich als das Merkwürdigste und bisher Unaufgeklärte bezeichnet habe; vielleicht kann Graf Bernstorff Aufklärung geben. Als wir — der Brief ist vom 18. Januar — Anfang Februar in den ersten Februartagen das Memorandum verschickten, indem wir ganz genau im Lansingschen Gedankengang darauf aufmerksam machten, daß wir angesichts des Charakters der U-Boote und vor allem angesichts der von uns aufgefundenen Befehle auf feindlichen Handelsschiffen — generellen Befehlen, die die Weisung enthielten, sofort beim Erblicken des U-Bootes angriffsweise vorzugehen —, als wir, gestützt hierauf, erklärten, daß wir nunmehr bewaffnete feindliche Handelsschiffe als Hilfskreuzer behandeln würden, hat *Wilson* über den Kopf von Lansing hinaus einen außerordentlich scharfen und heftigen *Brief an den Senator Stone*, den Präsidenten des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, geschrieben, indem er sich auf die allerschärfste und entschiedenste Weise gegen dieses deutsche Vorgehen aussprach. Am 25. März 1916 hat dann die amerikanische Regierung offiziell ein Promemoria verschickt, das sich auf den Standpunkt Wilsons stellte, und hat die von Lansing am 18. Februar gegebene Anregung bei den Kriegführenden vollständig fallen lassen, indem sie mit geradezu scholastischer Deduktion ausführte: wie die Neutralen sich verhalten, sei ihre Sache, aber Kriegführende auf hoher See, auf die es in erster Linie ankommt, dürften bewaffnete Handelsschiffe nur dann als Hilfskreuzer behandeln, wenn die Evidenz der Angriffsabsicht festgestellt sei, andernfalls bestehe die Präsumtion, daß es sich um friedliche Kauffahrteischiffe handele.

Abgeordneter Dr. Schücking: Ich gebe ohne weiteres zu, daß ich diese Note von Lansing auch geradezu als salomonische Lösung vom ersten Tage an angesehen habe, wo ich sie gelesen habe.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Da hatten wir die Lösung und den Frieden.

Abgeordneter Dr. Schücking: Vielleicht kann Graf Bernstorff Auskunft geben, warum es nun nicht zu einer Regelung auf dieser Basis gekommen ist.

Zeuge **Graf v. Bernstorff**: Diese Sache spielte damals in die allgemeinen diplomatischen Verhandlungen hinein und ist in eine sehr unglückselige Verkettung von diplomatischen Verhandlungen hineingeraten, die leider die Signatur der ganzen Verhandlungen während der 2½ Jahre in Amerika gewesen ist. Die provisorische Lösung in der Frage der „Arabic" hatte für einen Augenblick die Bahn frei gemacht für diplomatische Verhandlungen. Daraufhin hat die amerikanische Regierung die Verhandlungen mit England aufgenommen und hat die bekannte Note, in welcher die Blockade für ungesetzlich und nicht zu verteidigen erklärt wurde, nach London gesandt und hatte damals offenbar die Absicht, diese Verhandlungen aufzunehmen. In derselben Kette befand sich diese Note vom 18. Januar, die übrigens nicht zur Veröffentlichung bestimmt war, sondern nur an die Ententediplomaten ging. Dann fingen die Verhandlungen mit uns über eine endgültige Erledigung des „Lusitania"-Falles an. Diese Verhandlungen spitzten sich Ende Januar in dem Augenblick, wo die Lansing-Note abgegangen war, wieder so zu, daß man überhaupt in Washington von nichts anderem sprach als von dem Bruch mit uns, und gleich darauf, noch ehe die „Lusitania"-Frage erledigt war, kam von Berlin der Auftrag, den verschärften U-Boot-Krieg zu erklären, so daß also durch die Verquickung der „Lusitania"-Frage mit dem verschärften U-Boot-Krieg jede Möglichkeit zu Verhandlungen beseitigt war.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Darf ich hierzu um das Wort bitten?

Vorsitzender: Bitte, Exzellenz!

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Ich glaube, der Herr Graf Bernstorff wird mir bestätigen, daß die chronologische Reihenfolge, die hier sehr wichtig ist, folgende ist: Im November 1915 hat Amerika endlich — endlich! — eine große Protestnote an England abgeschickt wegen der ungeheuerlichen Völkerrechtsverletzungen. Im November 1915! Am 18. Januar 1916 hat Lansing das Schreiben versandt, von dem ich vorhin sprach, und das für die Geschichte dieses Krieges und

für die ganze Weltgeschichte von der ungeheuerlichsten Bedeutung geworden wäre. Wie ich davon zum ersten Male Kenntnis erhielt, fragte ich mich: will er hier einen Druck ausüben auf die Entente, einen ernstlichen Druck, daß sie zur Londoner Deklaration zurückkehrt? — Ich habe nun den Eindruck, daß Präsident Wilson und Herr Lansing nicht immer sehr intim zusammengearbeitet haben. Wir wissen ganz genau, daß Präsident Wilson verschiedene Male über den Kopf seiner Staatssekretäre, zuerst über den Kopf Bryans, dann über den Kopf Lansings hinaus, gehandelt hat, daß er verschiedene wichtige Noten bei sich in der Dunkelkammer zurecht gemacht hat und, ohne seinen Staatssekretär damit zu befassen, dann den Auftrag gegeben hat, sie zu übergeben. Das wird wohl stimmen; ich glaube, das kann nicht bestritten werden; die Nachrichten darüber sind auch niemals dementiert worden. Ich sehe in dem sehr heftigen Schreiben des Präsidenten Wilson an den Senator Stoone ein Dementieren Lansings durch den Präsidenten. Ich nehme an — das ist die einzige Erklärung, die ich habe —, daß Lansing seinen Vorschlag gemacht hat, ohne daß er oder der Präsident sich vollkommen über die Tragweite im Bilde war, daß, nachdem das Schreiben Lansings abgegangen war, die englischen Freunde des Präsidenten Wilson ihn auf diese Tragweite aufmerksam gemacht haben, und daß es dann hieß, dieses Schreiben zu konterkarieren. Und nun möge mir Graf Bernstorff erklären: wann ist der „Lusitania“-Fall wieder aufgenommen worden?

Zeuge Botschafter a. D. Graf v. Bernstorff: Am 12. Dezember.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Am 12. Dezember bereits! Und wann kam die scharfe Zuspitzung im „Lusitania“-Fall?

Zeuge Botschafter a. D. Graf v. Bernstorff: Die Zuspitzung kam, soviel ich mich entsinne, ungefähr am 25. Januar.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Sie kam also später! Am 18. Januar der Brief an Lansing und am 25. Januar die Zuspitzung der „Lusitania“-Frage, wo die Amerikaner aus der Frage, ob wir uns ausdrücklich dazu hergeben wollten, die „illegality“, die Ungesetzlichkeit unseres Vorgehens bei der „Lusitania“ zu erklären oder nicht, einen Kriegsfall mit uns machen wollten. Das kam, wie Sie eben durch Herrn Grafen Bernstorff gehört haben, sieben Tage nach der Absendung des Lansingbriefes. Ich habe den Eindruck — ich wollte mich neulich nicht darüber aussprechen — ich sagte: es ist mir unerklärlich — ich hatte damals schon den Eindruck, daß der ganze „Lusitania“-Fall nur wieder aufgenommen und verschärft worden ist, um einen Grund für die Zurückziehung der Lansingnote zu gewinnen,

nachdem man erkannt hatte, welche Wirkung diese Note auf die ganze Seekriegführung, auf den U-Boot-Krieg und auf den Ausgang des Krieges haben würde, und weil Wilson diesen Ausgang nicht wünschte. Darum wurden wir vor die ungeheure Tatsache gestellt: wenn ihr nicht erklärt, daß die Versenkung der „Lusitania“ „illegal“ war und dieses Wort „illegality“ nicht unterschreibt, habt ihr den Krieg mit Amerika.

Sachverständiger Dr. **Bonn**: Ich wollte bloß fragen: Wenn Herr Graf Bernstorff die Daten richtig angegeben hat, handelt es sich darum, daß der „Lusitania“-Fall am 12. Dezember wieder aufgenommen wurde, das heißt doch, daß vom 12. bis zum 25. Januar darüber gesprochen worden ist. Selbst wenn das nicht der Fall gewesen wäre, könnte sich ja die Situation gar nicht verschärft haben.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Ich stelle fest, daß die entscheidende Verschärfung, die für uns in Berlin — das wird auch der Staatssekretär des Äußeren bestätigen — sehr überraschend kam, wesentlich später lag, als Dezember.

Vorsitzender: Exzellenz Graf v. Bernstorff, auf welche Gründe ist wohl die Verschärfung vom 25. zurückzuführen?

Zeuge Botschafter Graf **v. Bernstorff**: Das war nur der Kulminationspunkt von Verhandlungen.

Vorsitzender: Worin besteht die Wiederaufnahme des „Lusitania“-Falles?

Zeuge Botschafter Graf **v. Bernstorff**: Bei der „Arabic“-Lösung ist nur der Spezialfall erledigt worden, damit derselbe aus der Welt geschafft wurde, und es ist damals die Lösung dadurch gefunden worden, daß sich herausstellte — was ich in Amerika damals nicht wußte und was auch im allgemeinen nicht bekannt war —, daß schon vorher der Befehl gegeben war, Passagierdampfer nicht zu versenken. Infolgedessen ließ sich bei dem „Arabic“-Fall die Lösung so konstruieren, daß der Kommandant des U-Bootes seine Instruktionen überschritten hätte. Es wurde also bei der „Arabic“ nur dieser eine einzelne Fall erledigt; vom Prinzip war gar nicht mehr die Rede. Es ist aber immer wieder gesagt worden, daß irgendwie eine Entschädigung oder irgendeine Erklärung über die „Lusitania“ erfolgen muß. Die ist zurückgestellt worden, und am 12. Dezember hat Lansing damals mir zum ersten Male wieder davon gesprochen, indem er mir einen Entwurf zurückgab, den ich ihm ungefähr Ende Juli oder Anfang August gegeben hatte, — eine Formel, die ich damals nach meinen Berliner Instruktionen verfassen konnte, für eine Erklärung, die wir abgeben sollten. Von der hatte ich bis zum 12. Dezember nichts mehr ge-

hört. Am 12. Dezember sagte mir der Staatssekretär: „Sie haben mir damals diesen Brief gegeben. Diese Erklärung genügt uns aber nicht, und ich gebe Ihnen jetzt den Entwurf einer Erklärung, wie er uns passen würde.“ Den habe ich dann nach Berlin geschickt. Dann kam dieser Entwurf zurück. Dieser Entwurf ist vielleicht zehnmal geändert worden. Es ist jedes Wort hin- und hertelegraphiert worden nach Berlin, und schließlich kam Anfang Februar eine Lösung zustande, welche die amerikanische Regierung annehmen wollte. In dem Augenblick kam, gerade noch ehe die Formel unterschrieben war, der Befehl zum verschärften U-Boot-Krieg, und diese Lösung ist dann nicht abgeschlossen worden, sondern die Sache wurde vollkommen zurückgestellt, und ich habe nie wieder etwas von der „Lusitania“ gehört.

Abgeordneter Dr. **Cohn**: War Ihnen am 12. Dezember, als Staatssekretär Lansing Ihnen die Note zurückgab, das Friedensangebot schon bekannt?

Zeuge Botschafter Graf **v. Bernstorff**: Nein, das war ein Jahr vorher, 1915!

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer**: Darf ich an den Grafen Bernstorff eine Frage richten? — Welche Gründe haben nach Ihrer Auffassung die Verschärfung des „Lusitania“-Falles herbeigeführt?

Zeuge Botschafter Graf **v. Bernstorff**: Nach meiner Ansicht ist eine Verschärfung überhaupt nicht eingetreten, sondern die Frage war von Anfang an völlig unlösbar, wenn beide Regierungen auf ihrem Standpunkt beharrten, und es handelte sich nur darum, eine Formel zu finden, welche diese unlösbaren Schwierigkeiten irgendwie verdeckte. Wir haben wochenlang darüber verhandelt, um eine Form zu finden, welche beide befriedigte, und im letzten Moment Moment handelte es sich noch um dieses eine Wort „illegal“, das die Amerikaner aber vom ersten Tage an uns entgegengehalten haben. Dieses Wort hat immer in der Formel gestanden; nur haben wir bi szum letzten Augenblick geglaubt, daß wir es aus der Erklärung herausbekommen würden.

Abgeordneter Dr. **Sinzheimer**: Und was halten Sie von der „Konjektur“, darf ich wohl sagen, die eben aufgebracht worden ist, daß die Verschärfung des Lusitania-Konfliktes oder seine Wiederaufnahme in Amerika vielleicht oder möglicherweise nur gemacht worden sei, um von dem Briefe Lansings zurückzukommen?

Zeuge Botschafter Graf **v. Bernstorff**: Ich habe diese Auffassung niemals gehabt, denn die Lansingsche Note wäre niemals vom amerikanischen Kongreß angenommen worden. Da hätte der

Präsident unzählige Reden halten können: der Kongreß hätte sich niemals auf den Boden der Lansingschen Note gestellt; denn man braucht sich nur zu überlegen, daß die Lansingsche Note bedeutet, daß die Amerikaner von dem Tage an keine Handelsschiffe mehr zur Verfügung hatten. Es gab ja gar keine unbewaffneten englischen Schiffe. Es hätten also keine Handelsschiffe mehr zur Verfügung der Amerikaner gestanden, und daß sie sich darauf eingelassen hätten, wird doch kein Mensch glauben.

Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich: Ich glaube, das, was Graf Bernstorff eben ausgeführt hat, ist eine völlige Bestätigung meiner Gesamtauffassung der Sache. Lansing hat einen Vorschlag herausgegeben, von dem Graf Bernstorff eben erklärt, daß ihn Präsident Wilson niemals angenommen haben würde; infolgedessen brauchte man einen Vorwand, unter dem man den Vorschlag Lansings unter den Tisch fallen lassen konnte. Es gab nur zweierlei: entweder verschwindet Lansing, oder es wird ein Grund gefunden, der das Gesicht wahrt, ein anderer Grund, der die Möglichkeit zur Zurückziehung des Lansingschen Vorschlags gibt. Da möchte ich doch wiederholen: wenn auch die Verhandlungen über die „Lusitania" niemals eingeschlafen sind, so habe ich doch den Eindruck gehabt — ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube —: der „Lusitania"-Fall wird in der Schwebe gehalten, damit man ihn im geeigneten Augenblick wieder hervorholen kann; und so ist Ende Januar oder — ich habe inzwischen das genaue Datum gefunden — Anfang Februar überraschenderweise eine sehr starke Krisis in diesen Verhandlungen eingetreten, so stark, daß am 5. Februar hier das Wolffsche Bureau eine Unterredung des damaligen Unterstaatssekretärs Zimmermann mit dem Berliner Korrespondenten der „Associated Preß" veröffentlicht hat, in der Herr Zimmermann unter anderm sagte:

> Er wolle den Ernst der Lage nicht verhehlen. Deutschland könne keinesfalls die Ungesetzlichkeit der Kriegführung der U-Boote in der Kriegszone anerkennen. Die ganze Krisis sei auf die neue Forderung Amerikas zurückzuführen, daß Deutschland die Versenkung der „Lusitania" als eine völkerrechtswidrige Tat anerkennen solle.

Das war am 5. Februar! Also unmittelbar in den Wochen nach dem Lansingbrief kommt diese wirklich vollständig wie vom Himmel heruntergefallene neue Krisis in unserm Verhältnis mit den Vereinigten Staaten. Ich sehe darin in dieser an den Haaren herbeigezogenen Krisis die Kulisse, hinter der der Vorschlag Lansings, der Millionen Menschenleben gerettet und den Krieg mit Sicherheit im Laufe des Jahres 1916 beendigt haben würde, erwürgt wurde.

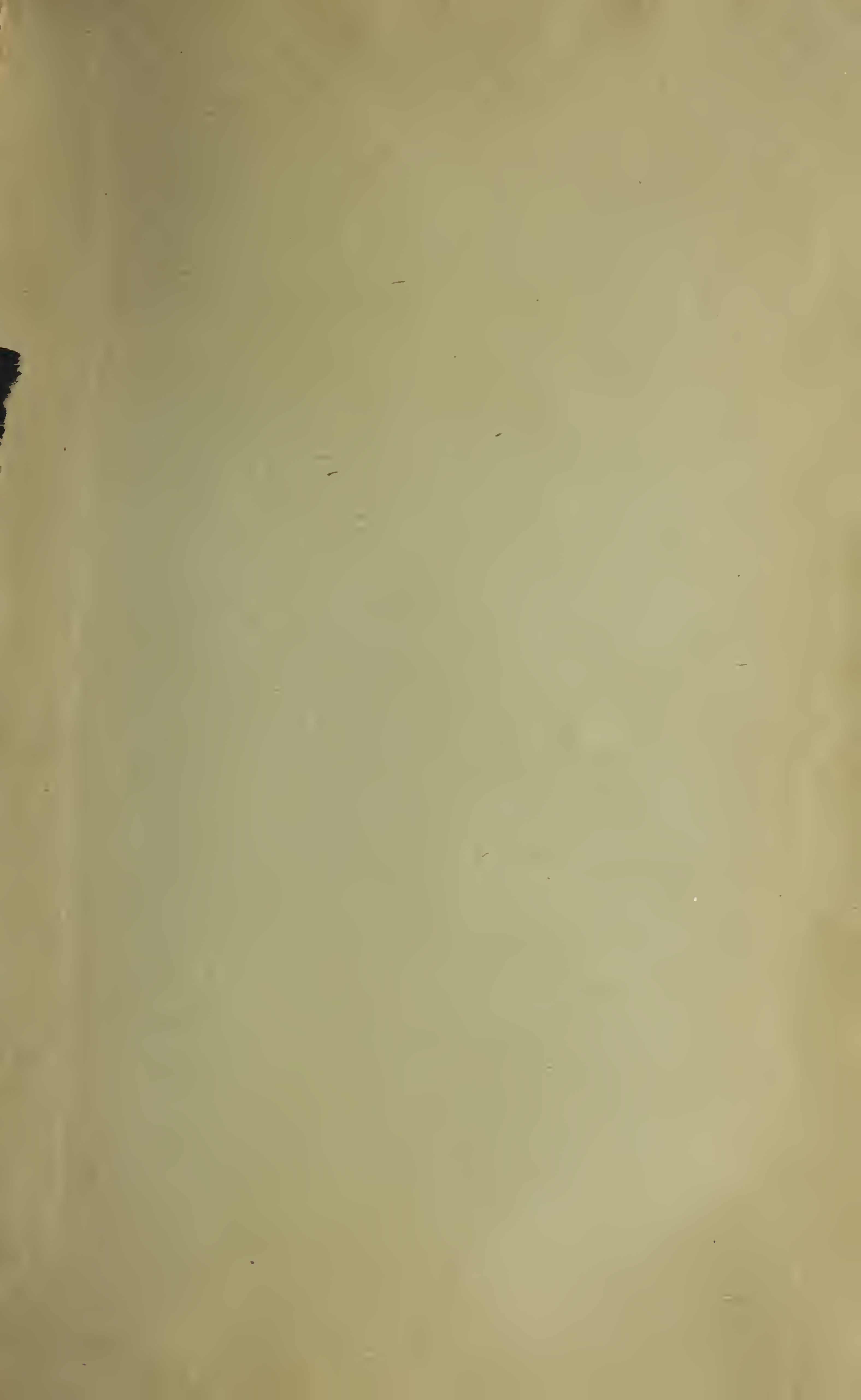
Abgeordneter Dr. **Schücking**: Immerhin werden Sie zugeben, daß, wenn auch leider dieser ausgezeichnete Vorschlag von Lansing fallen gelassen wurde, Amerika in der Frage der bewaffneten Handelsschiffe auf dem Boden des formalen Rechtes blieb, allerdings zum Schaden einer idealen Neutralität.

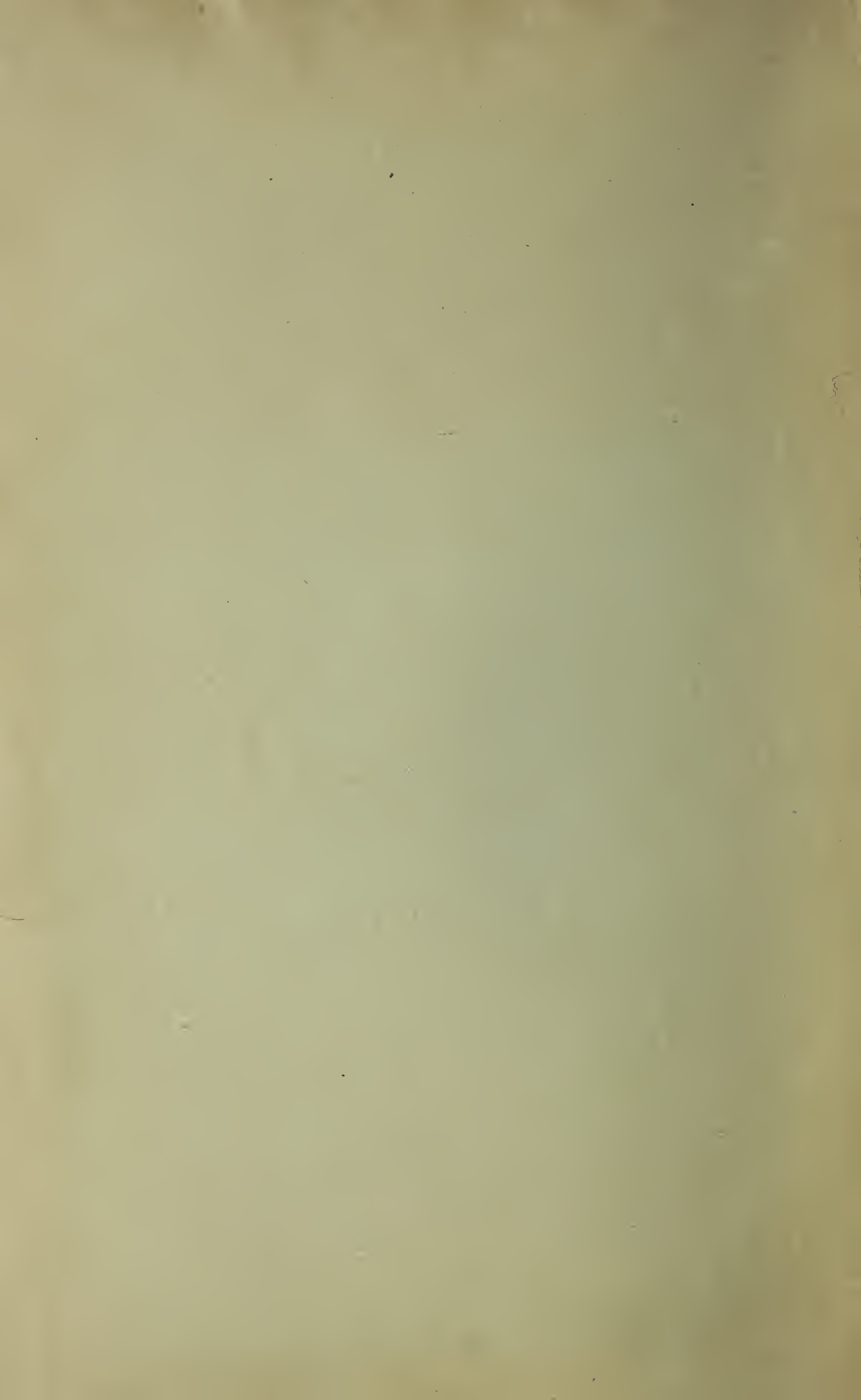
Zeuge Staatssekretär a. D. Dr. **Helfferich**: Und Sie, Herr Professor, werden zugeben, daß Amerika den Rahmen des formalen Rechtes mit unneutralem Handeln vollgepropft hat bis zum Platzen.

Vorsitzender: Wir brechen damit die Verhandlung ab. Soweit sie die völkerrechtliche Frage berührt, betrachte ich sie als erschöpft.

Die Fortsetzung findet statt morgen, Sonnabend, um 10 Uhr.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 57 Minuten.)








UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 074931178